

Außenpolitischer Bericht 2003



Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik

Bundesministerium für

auswärtige Angelegenheiten

**Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Ballhausplatz 2
A-1014 Wien**

- Telefon:** während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von 9 bis 17 Uhr:
(0043) (05) 01150-0
bzw. beim Bürgerservice während und in Zusammenarbeit mit dem Bereitschaftsdienst auch außerhalb der Bürozeiten in dringenden Fällen:
(0043) (05) 01150-4411 und
0802 426 22 (gebührenfrei)
- Fax:** **Einlaufstelle:**
(0043) (05) 01159-0
Bürgerservice:
(0043) (05) 01159-245
- E-Mail:** einlaufstelle@bmaa.gv.at
- Telegramm:** AUSSENAMT WIEN
- Internet:** <http://www.bmaa.gv.at>

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten www.bmaa.gv.at unter dem Punkt „Service“ ausführlich dargestellt.

Außenpolitischer Bericht

2003

Bericht der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
1014 Wien, Ballhausplatz 2

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. Dr. Michael Schmidt
Mag. Eveline Jamek
Dipl. MTA Dagmar Hafner

Kommissionsverlag:
MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung
1014 Wien

Gesamtherstellung:
Manz Crossmedia GmbH & Co KG, Stolberggasse 26, 1051 Wien

ISBN 3-214-08320-1

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten	IX
A. Österreich in der Europäischen Union	1
I. Die Erweiterung der Europäischen Union	1
II. Die Politiken der Europäischen Union	5
1. Die Rolle Österreichs in den Europäischen Institutionen .	5
2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parla- ment und den Ländern	8
3. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen	9
4. Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)	14
5. Beschäftigung	15
6. Binnenmarkt	16
7. Verkehr	17
8. Umwelt	19
9. Energie	21
10. Bildung und Jugend	22
11. Forschung	22
12. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	23
III. Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union	24
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) .	24
2. Die mittel- und osteuropäischen Staaten	31
3. Südosteuropa / Westlicher Balkan	38
4. Russland	45
5. Asien	48
6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum	58
7. Afrika südlich der Sahara	72
8. Nordamerika	84
9. Lateinamerika und Karibik	91
B. Österreich in anderen Europäischen Foren	99
I. Europäische Sicherheitspolitik	99
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	102
1. Einleitung	102
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten	102
3. Die menschliche Dimension der OSZE	106
	III

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE	107
5. OSZE-Strategie und Sicherheitspolitische Fragen	108
6. Die wirtschaftliche und ökologische Dimension der OSZE	108
7. Institutionelle Fragen und Amtssitz	109
8. Parlamentarische Versammlung	109
III. Europarat (ER)	109
1. Politische Entwicklungen	109
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen ...	111
3. Menschenrechte	112
4. Monitoring	112
5. Hilfsprogramme	113
6. Organe des Europarates	113
7. Der Europarat und Österreich	116
IV. Zentraleuropäische Initiative/ Central European Initiative (CEI)	117
V. Nachbarschaftspolitik	118
1. Die Regionale Partnerschaft	118
2. Südtirol	119
3. Umweltschutz	120
4. Zusammenarbeit im Donauraum	121
C. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ost-	
 zusammenarbeit (OZA)	125
I. Einleitung	125
II. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	127
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	135
IV. Die Ostzusammenarbeit (OZA)	140
D. Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen	144
I. Einleitung	144
II. Die Generalversammlung (GV)	144
III. Der Sicherheitsrat (SR)	152
IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)	160
V. Programme und Fonds der Vereinten Nationen	161
VI. Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten	
Nationen	164
VII. Andere Einrichtungen der Vereinten Nationen	175
E. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation	176
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenver-	
richtungswaffen	176

IV

II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen	180
III. Multilaterale Exportkontrollregime	183
F. Der internationale Schutz der Menschenrechte	185
I. Einleitung	185
II. Menschenrechte in der Europäischen Union	185
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen (VN)	189
IV. Menschenrechte in der OSZE	194
V. Menschenrechte im Europarat (ER)	194
VI. Netzwerk Menschliche Sicherheit	195
VII. Schwerpunktthemen	198
VIII. Humanitäres Völkerrecht	203
IX. Veranstaltungen	203
G. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen . .	205
I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen	205
II. Humanitäre und Katastrophenhilfe	206
III. Internationale humanitäre Organisationen	207
IV. Internationale Drogenkontrolle	208
V. Internationale Verbrechenverhütung	210
VI. Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)	211
H. Multilaterale Weltwirtschaftspolitik	213
I. Der Weltwirtschaftsgipfel	213
II. Die Welthandelsorganisation (WTO)	213
III. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	215
I. Globale Nachhaltigkeitspolitik	219
I. Follow-up des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD)	219
II. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP)	221
III. Globale Umweltschutzabkommen	221
J. Auslandskulturpolitik	224
1. Schwerpunkte und Projekte 2003	224
2. Musikprojekte	226
3. Literatur- und Theaterprojekte	228
4. Bildende Kunst	230
5. Film und audiovisuelle Medien	231
6. Internationale Jugendzusammenarbeit	231

7. Internationale Sportbeziehungen	231
8. Kulturelle Förderungen	232
9. Wissenschaftliche Projekte	233
10. Österreichische Studienzentren und Österreich-Lehrstühle im Ausland	234
11. Österreich-Bibliotheken	234
12. Deutsch als Fremdsprache: die Österreich-Institut GmbH .	236
13. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich	236
14. Universitäre Zusammenarbeit – Europäischer Hochschulraum	237
15. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	237
16. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union	238
17. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft	240
K. Medien und Information	241
I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten	241
II. Internationale Kooperation auf dem Mediensektor	243
L. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik	244
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen	244
II. Reise- und Grenzverkehr	247
III. Sozial-, Arbeits und Gesundheitspolitik	249
IV. Die AuslandsösterreicherInnen	249
M. Der österreichische auswärtige Dienst	252
I. Einleitung	252
II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate	252
III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten	253
IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst	253
V. Personal	254
VI. Budget	255
VII. Informationstechnologie (IT) und Außenpolitische Bibliothek	256
VIII. Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten (Organigramm)	259
IX. Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen	260

ANHANG I:	Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern	264
ANHANG II:	Österreich und die Staatenwelt	359
ANHANG III:	Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich	364
ANHANG IV:	Wien als Sitz internationaler Organisationen	365
ANHANG V:	Die Diplomatische Akademie Wien (DA)	368
ANHANG VI:	Österreich in Internationalen Organisationen	369
ANHANG VII:	Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien	381
ANHANG VIII:	Österreich in Zahlen und im internationalen Vergleich	387
Sachindex		395

VORWORT

2003 war außenpolitisch ein sehr bewegtes Jahr und hat die internationalen Beziehungen in einer Weise beeinflusst, die noch lange zu spüren sein werden. Es hat gezeigt, was Außenpolitik und Diplomatie im besten Falle zu leisten vermögen, indem in Europa die Weichen für die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union und für ihren Verfassungsvertrag gestellt wurden. Gleichzeitig wurde der Welt im Irak vor Augen geführt, wohin es führt, wenn die Möglichkeiten der Diplomatie, der friedlichen Streitbeilegung und der internationalen Vermittlung nicht entsprechend genutzt werden. Beide Entwicklungen haben auch die österreichische Außenpolitik vor große Herausforderungen gestellt.

Als Erfolg jahrelanger diplomatischer Bemühungen und konsequenter Außenpolitik wird die am 1. Mai 2004 vollzogene Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder in die Geschichtsbücher eingehen. Erstmals in seiner Geschichte ist fast der ganze Kontinent in Frieden und Freiheit geeint, und die EU ist mit nunmehr 25 Mitgliedstaaten und 450 Millionen Einwohnern der größte und dynamischste Integrationsraum der Welt. Österreich liegt diesem Erdteil nunmehr tatsächlich in jeder Hinsicht inmitten, womit eine Priorität der österreichischen Außenpolitik verwirklicht werden konnte.

Österreich ist aber durch die Erweiterung der Union nicht nur geographisch ins Zentrum Europas gerückt, es hat dadurch auch ein Mehr an Sicherheit gewonnen: liegt es doch nun im Zentrum einer Entität, die sich zunehmend gerade auch als gemeinsame Sicherheitszone formiert. In einem Zeitalter, das geprägt ist durch neue, oft schwer zu greifende Bedrohungen, wie den Terrorismus, muss dieser Sicherheitsaspekt im Vordergrund unserer Überlegungen stehen, wenn wir an die Erweiterung der Union denken. Denn wir leben in einer Zeit, in der der Erfolg der Außenpolitik daran gemessen wird, wie viel Sicherheit wir den Menschen bieten können und Sicherheit nur mehr im Verbund zu gewährleisten ist.

Im Jahr 2003 wurde die Erweiterung der Europäischen Union, mit dem die künstliche Trennung Europas durch den Kalten Krieg endgültig überwunden wurde und Österreich in diese für es so natürliche gemeinsame Sicherheitszone hineingewachsen ist, entscheidend vorbereitet. Als am 16. April 2003 Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und ich für Österreich den Beitrittsvertrag der zehn neuen Mitgliedstaaten in Athen, der Wiege der europäischen Demokratie, unterschrieben, war dies sicher für mich einer der bewegendsten Momente meiner Tätigkeit als österreichische Außenministerin. Für die österreichische Außenpolitik war wichtig, dass die EU-Erweiterung für die alten wie die neuen Mitglieder der Union zu einem Erfolg

wird. Wir haben in den Beitrittsverhandlungen großen Wert darauf gelegt, österreichische Interessen, etwa im Bereich der Übergangsregelungen bei Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit, durchzusetzen, aber insgesamt zu einer Lösung im Sinne der Gründerväter der europäischen Integration zu kommen: den eigenen Vorteil im gemeinsamen Vorteil zu finden.

Dass Österreich wirtschaftlich einer der größten Gewinner der Erweiterung aus dem Kreise der bisherigen Mitgliedstaaten der EU sein wird, ist, ebenso wie die bereits vorhandene enge wirtschaftliche Verschränkung unseres Landes mit unseren Nachbarn in Mitteleuropa, das Ergebnis jahrelanger konsequenter Arbeit der österreichischen Außenpolitik und der heimischen Wirtschaft. Dass im Zuge dieses Prozesses auch geistig und kulturell wieder zusammenwächst, was Jahrhunderte lang ein gemeinsames Schicksal geteilt hat, ist dabei besonders wichtig. Die von mir schon vor einigen Jahren ins Leben gerufene „Regionale Partnerschaft“ hat sich hierbei bereits bestens bewährt.

Jetzt ist es eine unserer Aufgaben, Stabilität und Wohlstand, die Friedensdividende der Europäischen Union, rasch auch auf dem Balkan zu etablieren, um den gefährlichsten Krisenherd des Kontinents zu entschärfen. Südosteuropa muss in das europäische Friedenswerk in unserem eigenen Interesse voll eingebunden werden, denn unsere Sicherheit beginnt heute weit jenseits unserer Staatsgrenzen. In diesem Sinne hat Österreich auch den im Frühjahr 2003 gestellten Beitrittsantrag Kroatiens als ermutigendes Signal begrüßt und von Anfang an nachdrücklich unterstützt und engagiert sich politisch und im Sicherheitsbereich aktiv in Bosnien und im Kosovo.

Das Jahr 2003 brachte für die Europäische Union jedoch noch einen weiteren wichtigen Schritt, den Abschluss der Vorbereitungen zu einem Verfassungsvertrag im Europäischen Konvent und den Beginn der Regierungskonferenz zu seiner Beschlussfassung. Die neue Verfassung wird die künftige Entwicklung der erweiterten Union erleichtern und die Funktionsfähigkeit der Organe verbessern, die europäische Gesetzgebung vereinfachen und mehr Transparenz gegenüber dem Bürger bringen. Der neue Verfassungsvertrag ist dann im Juni 2004 als erstes gemeinsames Projekt des neuen, erweiterten Europa beschlossen worden und stellt den institutionellen Schlussstein zur Überwindung der Teilung Europas dar.

Europa bekommt eine Verfassung, die auf die Gleichheit der Mitgliedstaaten ebenso Rücksicht nimmt wie auf die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger, die getragen ist vom Willen, die Union handlungsfähiger und entscheidungsfreudiger zu machen. Es ist aber auch eine Verfassung, die – was mir in den Verhandlungen besonders wichtig war – die Sorgen, Ängste und

X

Forderungen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen versucht und die Europäische Union demokratischer und transparenter macht.

Das Jahr 2003 stand jedoch darüber hinaus ganz besonders im Zeichen des dramatischen Geschehens im Irak. Diesem – durch so viele Jahre einer blutigen Diktatur, durch Krieg und Terror vielgeprüfem – Land endlich die Chance auf Frieden, Freiheit und eine demokratische Entwicklung zu verschaffen, bleibt auch heute eine zentrale Aufgabe der Staatengemeinschaft. Im Sinne der Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates vom 29. Jänner und 24. März 2003 hat Österreich sich dabei von Anfang an insbesondere für eine möglichst maßgebende Rolle der Vereinten Nationen sowie für eine gemeinsame Haltung der EU eingesetzt. Auf der Basis eines parteienübergreifenden Konsenses habe ich sichergestellt, dass Österreich die auf Grund der damaligen Situation erforderlichen neutralitätsrechtlichen Maßnahmen ergreift.

Wie immer wir zu den konkreten Ereignissen des vergangenen Jahres stehen mögen, ist doch eines klar: Heute sind wir von der gefährlichen Instabilität im Irak alle miteinander betroffen. Wenn es dort nicht gelingt, für Frieden und dauerhafte Stabilität zu sorgen, kann dies für die Sicherheit des gesamten Nahen Ostens, ja auch für unsere Sicherheit in Europa einschneidende negative Konsequenzen haben. In diesem Sinne und konkret in Erfüllung der Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen leistet Österreich seinen Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Stabilisierung des Irak: durch die Teilnahme an Programmen in Jordanien für die Ausbildung irakischer Polizisten ebenso wie durch das Angebot, in Österreich Ausbildungskapazitäten für irakische Offiziere und Diplomaten zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus glaube ich aber, dass wir aus dem Umstand, dass die Europäische Union in der damaligen Situation zu keiner gemeinsamen Linie gefunden hat – ja dass es in dieser Frage sogar innerhalb des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen tiefreichende Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedstaaten der EU gegeben hat – grundlegende Konsequenzen für die Zukunft ziehen müssen. Die Annahme einer gemeinsamen EU-Strategie für die Unterstützung des politischen Transformationsprozesses und des Wiederaufbaus im Irak beim letzten Europäischen Rat erachte ich in diesem Zusammenhang als ersten wesentlichen Fortschritt.

Ich trete gerade im Lichte dieser Erfahrungen noch stärker als bisher für das Ziel einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein, in deren Rahmen die EU und ihre Mitglieder auch wirklich mit einer Stimme sprechen. Ich stehe daher auch zum längerfristigen Ziel eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Europäische Union als solche.

Und noch etwas erachte ich für einen ersten wesentlichen Fortschritt: Heute sehen viele klarer als vor einem Jahr, dass es keine nachhaltige Alternative zum Multilateralismus, zur Zusammenarbeit und zu diplomatischen Anstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen gibt. Auch in diesem Zusammenhang wird die Rolle der Europäischen Union immer wichtiger. Sie ist nicht nur der mit Abstand größte Beitragszahler der Vereinten Nationen und damit ihre größte finanzielle Stütze, sie ist auch in so gut wie allen ihren Aufgabenbereichen ein wichtiger Ideengeber und eine der stärksten Kräfte im Meinungsbildungsprozess ihrer Mitgliedstaaten. Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen EU und UNO, wie sie im September 2003 in der Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Europäischen Union im Bereich des Krisenmanagements“ ihren Ausdruck gefunden hat, ist ein wichtiger Beitrag der EU zu Frieden und Stabilität in unserer Welt. In der Demokratischen Republik Kongo hat im Sommer 2003 mit der Operation „Artemis“ erstmals die EU selbst – mit österreichischer Beteiligung –, und nicht einzelne ihrer Mitgliedsstaaten, die Friedensbemühungen der UNO schnell und unbürokratisch unterstützt und damit weitere Massaker an der Zivilbevölkerung verhindern können.

Gleichzeitig hat sich die Zusammenarbeit innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU in den Vereinten Nationen in den letzten Jahren intensiviert, eine Entwicklung, die Österreich vollinhaltlich begrüßt. Habe ich doch in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, dass die EU in den Vereinten Nationen mit einer Stimme spricht. Die Europäische Kommission hat im Sommer 2003 ein Papier vorgelegt, das den Weg zukünftiger noch engerer Zusammenarbeit weisen soll. Das Papier trägt den bezeichnenden Titel: „The EU and the UN: The Choice of Multilateralism“. Es nennt damit genau den Weg, für den Österreich immer eingetreten ist: die EU muss ihre gemeinsame Außenpolitik klar auf den Multilateralismus ausrichten und seine Instrumente nachhaltig unterstützen und stärken. Dem trägt auch die im Dezember 2003 beschlossene Sicherheitsstrategie der EU, die den Titel „A Secure Europe in a Better World“ trägt und für deren Annahme sich Österreich nachdrücklich eingesetzt hat, klar Rechnung.

Das Jahr 2003 hat mit seinen Höhen und Tiefen ein Plädoyer für verantwortungsbewusste und vorausschauende Außenpolitik gehalten. Auf die Europäische Union, die sich zunehmend die Mechanismen geschaffen hat, sich diesen Herausforderungen zu stellen, kommen dabei in den nächsten Jahren wichtige Aufgaben zu. Sie wird Entscheidendes dazu beitragen können, dass verantwortungsbewusste Diplomatie in einer Welt des Rechtes ihre Chancen zu positiver Gestaltung erhält und wahrnimmt. Die Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter des österreichischen Außenministeriums werden dabei verstärkt die Möglichkeit erhalten, vieles von dem einzubringen, was die österreichische Außenpolitik seit vielen Jahren auszeichnet.


* * *

Ein Außenpolitischer Bericht wäre unvollständig ohne Erwähnung dessen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeriums in der Zentrale und an den österreichischen Vertretungsbehörden in aller Welt bei der Betreuung von Konsularfällen täglich leisten. Mir war und ist es ein Anliegen, das Außenministerium so serviceorientiert wie möglich zu gestalten, damit alle Österreicherinnen und Österreicher, egal wo sie sich gerade aufhalten, immer einen Ansprechpartner für allfällige Notsituationen zur Verfügung haben. Unter dem Motto „Weltweit für Sie da“ sind das Bürgerservice und der Bereitschaftsdienst des Außenministeriums rund um die Uhr erreichbar. Hilfe bei Unglücks- und Todesfällen, Hilfe für jene Österreicherinnen und Österreicher, die unverschuldet in eine Notlage geraten, die Ausstellung von Dokumenten und Sichtvermerken, Reisewarnungen und andere Informationen stehen im Mittelpunkt der Serviceleistungen.

Konsularfälle sind, und das ist mir besonders wichtig zu betonen, selbstverständlich auch Chefsache. So bestehe ich darauf, dass sich in wichtigen Fällen die Botschafterin oder der Botschafter selbst der Sache annimmt, und auch ich schreite dort, wo es notwendig ist, persönlich ein. Im Frühjahr 2003 war dies etwa im Falle der österreichischen Saharageiseln erforderlich, die wir lange vor den Geiseln anderer Staaten vollzählig und wohlbehalten in die Heimat zurückbringen konnten.

* * *

Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des österreichischen Außenministeriums in aller Welt haben in bewährter Zusammenarbeit wieder dazu beigetragen, dass das vorliegende umfassende Nachschlagewerk über die Außenpolitik des Jahres 2003 zustande gekommen ist. Ihnen allen danke ich und hoffe, dass der Außenpolitische Bericht 2003 möglichst viele an den außenpolitischen Ereignissen eines bewegten Jahres Interessierte findet.



Dr. Benita Ferrero-Waldner
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

*Die Erweiterung der Europäischen Union***A. Österreich in der Europäischen Union****I. Die Erweiterung der Europäischen Union**

Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern im Dezember 2002 stand das Jahr 2003 vor allem im Zeichen der Vorbereitungen des auf den 1. Mai 2004 festgesetzten Beitritts dieser zehn Länder zur Europäischen Union. Der Fahrplan umfasste die Erstellung des endgültigen Textes des Beitrittsvertrags, seine Annahme durch das Europäische Parlament und durch den Rat der Europäischen Union, die Unterzeichnung sowie die innerstaatliche Genehmigung des Vertrages in den fünfzehn alten und zehn neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Die redaktionelle Arbeit am Text des Beitrittsvertrags, d.h. die juristische Ausformulierung der Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen, wurde im Februar 2003 abgeschlossen. Nach Beendigung der Übersetzungsarbeiten wurde der endgültige, in allen nunmehr 20 Amtssprachen der Europäischen Union authentische Text des Beitrittsvertrags, im April 2003 zunächst dem Europäischen Parlament zugeleitet, das am 9. April 2003 in getrennten Abstimmungen dem Beitritt jedes der zehn Beitrittsländer zustimmte. Danach fasste auch der Ministerrat der Europäischen Union den erforderlichen einstimmigen Beschluss. Am 16. April 2003 wurde der Beitrittsvertrag schließlich von den Vertretern der Regierungen der 25 alten und neuen Mitgliedstaaten der EU in Athen unterzeichnet. Für Österreich unterschrieben Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner.

In Österreich erbrachten die verfassungsmäßigen parlamentarischen Abstimmungen über den Beitrittsvertrag am 3. Dezember 2003 im Nationalrat bzw. am 18. Dezember 2003 im Bundesrat jeweils große Mehrheiten für die Erweiterung. Damit konnte nach Ratifikation durch Bundespräsident Thomas Klestil und Gegenzeichnung durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel am 19. Dezember 2003 das innerösterreichische Genehmigungsverfahren formell abgeschlossen und die Ratifikationsurkunde am 23. Dezember 2003 in Rom (Italien ist Depositarstaat der Beitrittsverträge) hinterlegt werden.

Die in einigen anderen Staaten zu Jahresende 2003 noch laufenden innerstaatlichen Genehmigungsverfahren sollten bis spätestens 30. April 2004 abgeschlossen sein, sodass der Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten wie vorgesehen am 1. Mai 2004 erfolgen kann. In neun der zehn neuen Mitgliedstaaten umfasste die innerstaatliche Genehmigung jeweils auch die Abhaltung eines Referendums. Diese Volksabstimmungen fanden zwischen März und September 2003 statt und ergaben Zustimmungsraten zwischen 53,65% (Malta) und 93,71% (Slowakei). Nur auf Zypern wurde aufgrund der de facto bestehenden Teilung der Insel keine Volksabstimmung über den EU-Beitritt durchgeführt. Aufgrund der andauernden politischen Teilung Zy-

Österreich in der Europäischen Union

perns wird der Acquis (gemeinschaftliche Rechtsbestand) bis auf weiteres nur im Südteil Anwendung finden. Zypern tritt aber in seiner Gesamtheit der EU bei, sodass es wie im historischen Präzedenzfall Deutschland bei einer Wiedervereinigung Zyperns keiner Änderung des Beitrittsvertrags bedürfen wird.

Die im österreichischen Parlament von einer – bis auf zwei symbolische Gegenstimmen – großen Mehrheit getragene Zustimmung zur EU-Erweiterung ist Ausdruck eines in Österreich breiten gesellschaftlichen Konsenses über die Erweiterung. Grundlage dieses Konsenses sind für Österreich wichtige, in den Beitrittsverhandlungen zwischen 1998 und 2002 erzielte Lösungen in Sachfragen, die in der Beitrittsakte als integraler Bestandteil des Beitrittsvertrags rechtsverbindlich festgeschrieben sind.

Die Beitrittsakte berücksichtigt das besondere Schutzbedürfnis des österreichischen Arbeitsmarktes durch zeitlich befristete Übergangsregelungen von insgesamt bis zu sieben Jahren im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen gelang es ebenfalls, Übergangslösungen für spezifische, durch die Erweiterung besonders betroffene Sektoren in Österreich und Deutschland, etwa im Baugewerbe, im Reinigungsgewerbe, bei der Hauskrankenpflege oder bei Überwachungs- und Schutzdiensten, in der Beitrittsakte zu verankern.

Im Bereich der Regionalpolitik garantiert die Beitrittsakte die Weiterführung der Finanzierung der für Österreich wichtigen grenzüberschreitenden Programme zwischen derzeitigen und künftigen Mitgliedstaaten durch die Union. Derzeit betreibt Österreich vier solche Programme der „cross-border co-operation“ (CBC) gemeinsam mit Ungarn, der Slowakei, Slowenien und der Tschechischen Republik. Im Rahmen dieser Initiative werden nach gemeinsam erarbeiteten grenzüberschreitenden Programmen Projekte in den verschiedensten Bereichen, etwa die Errichtung und Gründung gemeinsamer Forschungszentren, der Ausbau von Infrastruktur in den Grenzgebieten oder gemeinsame Tourismusprojekte, umgesetzt.

Ein besonderes Anliegen Österreichs sind hohe sicherheitstechnische Anforderungen für Kernkraftwerke in den Beitrittsländern. Wo keine entsprechende sicherheitstechnische Nachrüstung möglich ist, konnten in der Beitrittsakte verbindliche Schließungsdaten festgeschrieben werden: betroffen sind Reaktorblöcke in Litauen (Ignalina) und der Slowakei (Bohunice). Im Zuge der Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrags im Nationalrat wurde die österreichische Position in Bezug auf Temelin durch entsprechende Entschliebung bekräftigt.

Im finanziell besonders relevanten Kapitel „Landwirtschaft“ sieht die Beitrittsakte vor, Direktzahlungen an Landwirte in den Beitrittsländern schrittweise über eine Periode von zehn Jahren einzuführen. Durch diese Regelung wird den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Landwirtschaftssek-

Die Erweiterung der Europäischen Union

toren in den alten und neuen Mitgliedstaaten Rechnung getragen sowie die Einhaltung des Budgetrahmens der Union sichergestellt. Gleichzeitig wird eine mögliche soziale und wirtschaftliche Destabilisierung in den beitretenden Staaten durch ein Ungleichgewicht zugunsten des Landwirtschaftssektors verhindert. Während der zehnjährigen Übergangszeit besteht für die neuen Mitglieder außerdem die Möglichkeit, Direktzahlungen der Union durch nationale Mittel zu ergänzen.

Monitoring, d. h. die ständige und genaue Beobachtung und Evaluierung der Umsetzung des gemeinschaftlichen Rechtsbestandes (Acquis) in den neuen Mitgliedstaaten, werden auch nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages weitergeführt. Die Schutzklauseln des Beitrittsvertrages definieren einen Mechanismus für eine sachlich und zeitlich begrenzte Aussetzung der Anwendung des Acquis für den Fall, dass ein Beitrittsland diesen ungenügend umsetzt.

Die Vertretung der alten und neuen Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union, im Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission und in den anderen EU-Organen sowie die Funktionsweise dieser Institutionen nach der Erweiterung entsprechen bis auf weiteres den institutionellen Bestimmungen des Vertrags von Nizza, nachdem beim Europäischen Rat von Brüssel vom 12./13. Dezember 2003 keine Einigung über eine institutionelle Reform der EU auf Grundlage des Verfassungsentwurfs des Europäischen Konvents erzielt werden konnte. Die Beitrittsakte enthält die Regelungen von Nizza allerdings in technisch angepasster Form, da man dort von einer EU der 27 einschließlich Bulgarien und Rumänien ausgegangen war, diese beiden Länder 2004 aber nicht beitreten werden. So ist das Weiterfunktionieren der EU-Institutionen auch mit 25 Mitgliedern gesichert.

Bulgarien und Rumänien haben mit Jahresende 2003 26 bzw. 22 der insgesamt 31 Kapitel der Beitrittsverhandlungen vorläufig abgeschlossen. Im Jahre 2004 sollen die Beitrittsverhandlungen zu Ende geführt und im Jahre 2005 der Beitrittsvertrag unterzeichnet werden. Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 12./13. Dezember 2003 kann, unter der Voraussetzung zufriedenstellender Ergebnisse von Verhandlungen und Monitoring, im Jänner 2007 der Beitritt dieser beiden Staaten zur EU erfolgen.

Laut dem im November 2003 präsentierten aktuellen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission erfüllt Bulgarien weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Minderheitenschutz), verfügt über eine funktionierende Marktwirtschaft und dürfte in Kürze in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union standzuhalten. Der aktuelle Fortschrittsbericht zu Rumänien besagt, dass das Land ebenfalls weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Erstmals wird Rumänien auch der Status einer funktionierenden Marktwirtschaft zuerkannt. Gemäß dem Bericht bedarf

Österreich in der Europäischen Union

es aber noch großer Anstrengungen in vielen wichtigen Bereichen, um die Verwaltungskapazitäten nachhaltig zu verbessern, ebenso wie weiterer makroökonomischer Reformen und der Fortsetzung der Umsetzung des Strukturreformprogramms; ein großer Problembereich bleibt zudem die Korruption.

Die Finanzierung der Erweiterung um Rumänien und Bulgarien soll im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Thessaloniki vom Juni 2003 und unabhängig von den Ergebnissen der finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 geklärt werden. Dies ist möglich, da die Auswirkungen der Erweiterung um Rumänien und Bulgarien auf den Gemeinschaftshaushalt in Verhältnis zu allen Ausgaben der EU einen relativ geringen Teil ausmachen und überdies die in die Beitrittsakte mit Rumänien und Bulgarien aufzunehmenden Bestimmungen zur Beitrittsfinanzierung im nachhinein den Ergebnissen der Verhandlungen der nächsten finanziellen Vorausschau angepasst werden können.

In der Frage eines EU-Beitritts der Türkei gilt weiterhin grundsätzlich die Aussage des Europäischen Rates von Kopenhagen vom Dezember 2002, dass der Europäische Rat im Dezember 2004 auf Grundlage eines Berichts der Europäischen Kommission über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden wird. Der Europäische Rat von Brüssel vom 12./13. Dezember 2003 begrüßte die glaubwürdigen und bereits mit substanziellen Erfolgen belohnten Bemühungen der türkischen Regierung, politische und rechtliche Reformen im Sinne der politischen Kriterien von Kopenhagen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Minderheitenschutz) durchzuführen, sowie die wirtschaftlichen Fortschritte im Sinne der wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen und konstatierte ein Näherrücken des Landes an die Union. Der Rat hebt dabei die Unabhängigkeit und das Funktionieren der Gerichte, die Ausübung der Grundfreiheiten (Assoziationsrecht, Meinungs- und Religionsfreiheit), die Gestaltung der Beziehungen zwischen Militär und Zivil nach europäischen Standards, die Lage im Südosten des Landes, die kulturellen Rechte von Minderheiten sowie die Überwindung makroökonomischer Unausgewogenheiten als Bereiche hervor, in denen weitere nachhaltige Anstrengungen erforderlich sind. Die Lösung der Zypernfrage hätte auf die Beitrittsbestrebungen der Türkei positive Auswirkungen. Die Entscheidung wird auch davon abhängen, inwieweit sich die EU in der Lage sieht, einen Beitritt der Türkei in politischer, gesellschaftlicher und finanzieller Hinsicht zu verkraften.

Kroatien stellte am 21. Februar 2003 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union. Bundesministerin Ferrero-Waldner begrüßte das Beitrittsansuchen und versicherte Kroatien der österreichischen Unterstützung auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft, der wie bei allen bisherigen Beitrittskandidaten auf Grund seiner individuellen Leistungen erfolgen soll. Der Antrag ist nicht nur als eine klare Bekundung der weiteren an der EU orientierten Politik

Die Politiken der Europäischen Union

Kroatiens zu betrachten, sondern führt auch vor Augen, welch weiten Weg Kroatien in wenigen Jahren in Richtung EU-Reife zurückgelegt hat. Der Rat beauftragte bei seiner Tagung am 14. April 2003 die Europäische Kommission, eine Stellungnahme zum kroatischen Beitrittsansuchen auszuarbeiten, die am 20. April 2004 präsentiert wurde.

Österreich beteiligte sich 2003 an 18 Projekten im Rahmen des für die Beitrittsvorbereitung geschaffenen Instrumentes Twinning (Verwaltungspartnerschaften) in zwölf Staaten und konnte daraus einen Mittelrückfluss von etwa 12 Millionen Euro lukrieren. Dazu kommen 15 österreichische Angebote für „Twinning light“-Projekte in acht verschiedenen Staaten. Damit konnte sich Österreich in einem zunehmend von Konkurrenz zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten geprägten Umfeld erfolgreich behaupten. Das Twinning-Instrument wird in den neuen Mitgliedstaaten auch nach der Erweiterung in der Form der „Übergangsfazität“ bis 2006 weitergeführt werden, ebenso in Rumänien, Bulgarien und der Türkei sowie in den Ländern des Westbalkans, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und des Mittelmeerraumes.

Der dichte Erweiterungsfahrplan des Jahres 2003 konnte eingehalten und so der Weg für den Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 geebnet werden. Damit steht eine der beiden aktuellen Schlüsselherausforderungen der Europäischen Union vor einem erfolgreichen Abschluss. Die Europäische Union wird nach dieser Erweiterung mehr als 450 Millionen Menschen umfassen. Die EU ist damit die stärkste Handelsmacht der Welt, der größte Geber von Entwicklungshilfe und humanitärer Unterstützung, sie verfügt über eine starke gemeinsame Währung und wird zunehmend, durch zehn neue Mitglieder verstärkt, weltweit eine politische Rolle zu spielen haben, die auch ihrem wirtschaftlichen Gewicht gerecht wird.

II. Die Politiken der Europäischen Union

1. Die Rolle Österreichs in den Europäischen Institutionen

Österreich ist als Mitglied der EU in allen Organen und Institutionen der Union vertreten. Österreichisches Mitglied in der Europäischen Kommission ist seit 1995 Franz Fischler, dessen Aufgabengebiet seit dem 15. September 1999 die Bereiche Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei umfasst. Am 1. Jänner 2002 trat Hubert Weber eine zweite Amtsperiode von sechs Jahren als Mitglied des europäischen Rechnungshofes an. Je einen Richter beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) bzw. Europäischen Gericht erster Instanz (EuGI) stellt Österreich mit Peter Jann und Josef Azizi. Seit dem Jahr 2000 ist Österreich auch mit Christine Stix-Hackl als Generalanwältin im EuGH vertreten.

Österreich in der Europäischen Union

1.1. Europäischer Gerichtshof (EuGH) und Gericht erster Instanz (EuGI)

Die Vertretung der Republik Österreich vor dem EuGH und dem EuGI wird von Prozessbevollmächtigten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes wahrgenommen. Im Jahr 2003 wurden von österreichischen Gerichten neun neue Vorabentscheidungsverfahren (Anrufung des EuGH durch ein nationales Gericht wegen Auslegung von Gemeinschaftsrecht) eingeleitet. Ende 2003 waren gegen die Republik Österreich 25 Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen Gemeinschaftsrecht anhängig. Diese Vertragsverletzungsverfahren betreffen das Inverkehrbringen von Nahrungsergänzungsmitteln, die Richtlinie 75/442/EWG über Abfälle, das passive Wahlrecht bei Arbeiterkammer- und Betriebsratswahlen, die Genehmigung der Erweiterung der Golfanlage in der Gemeinde Wörschach/Steiermark, die Rechtsmittelrichtlinien auf dem Gebiet des öffentlichen Auftragswesens 89/665/EWG und 92/13/EWG, die Richtlinie 98/10/EG über die Anwendung des offenen Netzzuganges beim Sprachtelefondienst und den Universaldiensten im Telekommunikationsbereich, die Richtlinie 86/278/EWG über die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft, die Richtlinie über Altölbeseitigung, den Muster- und Modellschutz, die Bedingungen für die freiberufliche Ausübung bestimmter gehobener medizinisch-technischer Dienste, das UniversitätsstudienG in Bezug auf die Zulassungsvoraussetzungen für EU-Staatsbürger, die Richtlinie 71/11/EG über die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Gleichbehandlung von Männern und Frauen betreffend den Zugang zur Beschäftigung im Untertagebergbau, die Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen, die absichtliche Freisetzung von genetisch veränderten Organismen in die Umwelt, das sektorale Fahrverbot auf der Inntalautobahn, den Arbeitnehmerschutz bezüglich chemischer Arbeitsstoffe, die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei manueller Handhabung von Lasten, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Bildschirmarbeit, die Richtwertgrenze chemischer Arbeitsstoffe am Arbeitsplatz, die Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen, die technische Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen, die Entwicklung von Eisenbahnunternehmen, ihre Genehmigung und die Zuweisung von Fahrwegkapazitäten sowie die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur, die Bescheinigung der Gleichwertigkeit der Facharztausbildung Zahnarzt für Dentisten und den Versandhandel von Verzehrprodukten.

Im Verfahren C-231/99 über die Umsetzung von Richtlinien betreffend Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln in Obst und Gemüse sowie in Lebensmitteln erging im Jahr 2003 ein Urteil des Gerichtshofes, in dem dieser einen Verstoß der Republik Österreich gegen Gemeinschaftsrecht feststellte.

Der Präsident des EuGH erließ im Zusammenhang mit Verfahren C-320/03 betreffend das sektorale Fahrverbot auf der Inntalautobahn einen Beschluss,

Die Politiken der Europäischen Union

gemäß dem das strittige Fahrverbot vorläufig bis 30. April 2004 auszusetzen ist.

Der EuGH hat im Verfahren C-445/00 der von Österreich eingebrachten Klage über die Nichtigkeitklärung der VO 2012/00/EG zur Änderung des Anhangs 4 des Protokolls Nr. 9 zur Beitrittsakte von 1994 und der VO 3298/94/EG über ein System von Ökopunkten für Lastkraftwagen im Transit durch Österreich teilweise stattgegeben.

Im Verfahren C-356/01 hat der EuGH die Klage Österreichs auf Nichtigkeitklärung der Entscheidung der Kommission vom 25. Juli 2001, mit der die Vorlage eines Verordnungsentwurfs zur Verringerung der Ökopunkte für das Jahr 2001 abgelehnt wurde, bzw. hilfsweise auf Nichtigkeitklärung des Beschlusses der Kommission vom selben Tag über die ungekürzte Freigabe der für das Jahr 2001 verbliebenen Ökopunkte, abgewiesen.

2003 klagte Österreich auf Nichtigkeitklärung der von der Europäischen Kommission (EK) ausgesprochenen endgültigen Ablehnung der Aufforderung, durch Vorschlag eines Entwurfes zur Reduktion der Zahl der Ökopunkte für das Jahr 2003 tätig zu werden, bzw. hilfsweise auf Nichtigkeitklärung des Beschlusses der EK, mit dem die ungekürzte Freigabe der Ökopunkte für das Jahr 2003 verfügt wurde. Der Antrag auf einstweilige Anordnung, den gestellten Anträgen stattzugeben, wurde durch Beschluss des Präsidenten des EuGH zurückgewiesen.

Im November erhob Österreich Nichtigkeitsklage gegen den ablehnenden Beschluss der EK betreffend das oberösterreichische Gentechnik-Verbotsgesetz.

1.2. Europäisches Parlament (EP)

Einen Schwerpunkt der parlamentarischen Tätigkeit bildete der Abschluss der Arbeiten des Europäischen Konvents sowie die Teilnahme des EP an den Arbeiten der Regierungskonferenz. Die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechtsstellung und die Finanzierung europäischer politischer Parteien konnte am 17. September angenommen und die Arbeit der europäischen politischen Parteien damit auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt werden.

Das Europäische Parlament unterzeichnete am 16. Dezember mit dem Rat eine interinstitutionelle Vereinbarung über „Bessere Gesetzgebung“, die eine intensive Koordination und mehr Transparenz im Legislativprozess sicherstellen soll.

Das österreichische Parlament stimmte 2003 der Annahme des Beschlusses zur Änderung des Akts zur Einführung allgemeiner, unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 3. Dezember im Nationalrat und 18. Dezember im Bundesrat zu.

Österreich in der Europäischen Union

Die Arbeiten an einem einheitlichen Abgeordneten-Statut wurden fortgesetzt. Das EP beschloss am 14. Juni einen Entwurf für ein Statut und änderte diesen am 17. Dezember, um einigen Forderungen des Rates entgegenzukommen. Der Rat stimmte zu Beginn des Jahres 2004 der geänderten Fassung nicht zu.

1.3. Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss der Regionen, ein beratendes Gremium der EU und Forum für die Vertretung regionaler und lokaler Interessen im Zusammenhang mit der europäischen Integration, setzt sich derzeit aus 222 Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten zusammen. Österreich ist mit 12 Mitgliedern vertreten. Die nationale österreichische Delegation wird von den neun Landeshauptleuten und drei Vertretern des österreichischen Städtebundes bzw. des österreichischen Gemeindebundes gebildet. 2003 wurden Landeshauptmann Herwig van Staa und Heinz Schaden als Mitglieder sowie Viktor Sigl und Franz Voves als stellvertretende Mitglieder von Österreich neu in den AdR entsandt. Leiter der österreichischen Delegation war bis November 2003 Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die diese Funktion an Landeshauptmann Herwig van Staa übergab. Anlässlich der Plenartagung vom November wurde Landeshauptmann van Staa zum Vizepräsidenten des Ausschusses gewählt, Landeshauptmann Klasnic zu seinem persönlichen Stellvertreter.

1.4. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)

Durch das beratende Gremium des WSA werden die Interessensvertretungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den Rechtssetzungsprozess der EU eingebunden. Die 222 Mitglieder sind organisatorisch in die Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und „verschiedene Interessen“, bzw. inhaltlich in sechs Arbeitsgruppen gegliedert. Österreich ist mit zwölf Mitgliedern vertreten.

2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Parlament und Bundesländern in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt durch die in Art 23 e B-VG in Form von Informations- und Stellungnahmerechten betreffend Vorhaben in der EU vorgesehenen Mitwirkungsrechte des National- und Bundesrates.

Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das bundesverfassungsgesetzlich zu regeln wäre oder das auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsaktes gerichtet ist, der Ange-

Die Politiken der Europäischen Union

legenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf davon nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen abweichen. 2003 hat der Hauptausschuss des Nationalrates eine Stellungnahme gemäß Art 23 e B-VG zur österreichischen Grundsatzposition für die EU-Regierungskonferenz 2003 über den Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrags abgegeben.

Die in Art 23 d B-VG festgelegten Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden enthalten jeweils für deren Zuständigkeitsbereiche ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Die Länder gaben im Jahr 2003 sieben einheitliche Stellungnahmen gemäß Art 23 d Abs 2 B-VG zu den folgenden Themen ab: Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt, Staatliche Beihilfen und Ausfallbürgschaft für öffentliche Kreditinstitute (zwei Stellungnahmen), Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), Vorschlag für eine Richtlinie über eine Umwelthaftung zur Vermeidung von Umweltschäden und zur Sanierung der Umwelt, Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Entwurf der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 92/43/EWG über eine Gemeinschaftsliste der alpinen Regionen.

Wie bisher wurden auch 2003 die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) in einem wöchentlichen Koordinationsmechanismus abgestimmt, in dem das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten den Vorsitz führt. Durch diesen wird die laufende Einbindung der Fachressorts, der Sozialpartner, der Nationalbank, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

3. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen

3.1. Der Europäische Konvent

Der am 28. Februar 2002 eröffnete Europäische Konvent setzte in der ersten Jahreshälfte 2003 seine Arbeit fort. Auf der Basis der Ergebnisse von zwölf Arbeitsgruppen und drei weiteren Arbeitskreisen unterbreitete das Präsidium sukzessive Entwürfe zu einzelnen Teilen eines Verfassungsvertrages, die 2003 in insgesamt 13 Plenartagungen erörtert und auf der Basis dieser Debatten weiterentwickelt wurden.

Bei der Tagung des Europäischen Rates von Thessaloniki am 20. Juni 2003 präsentierte der Vorsitzende des Konvents die abschließende Fassung der Teile I (Grundbestimmungen) und II (Charta der Grundrechte der Union) des Entwurfs eines europäischen Verfassungsvertrages. Die Teile III (Politikbereiche und Arbeitsweise der Union) und IV (Allgemeine und Schlussbestimmungen) wurden in der 1. Julihälfte noch weiter überarbeitet. Am 18. Juli

Österreich in der Europäischen Union

wurde der vom Europäischen Konvent nach über 17monatiger Arbeit im Konsensverfahren angenommene gesamte Text des Entwurfs eines Vertrags über eine Verfassung für Europa in Rom dem Präsidenten des Europäischen Rates überreicht.

Der Verfassungsentwurf des Konvents stellte gemäß dem Auftrag des Europäischen Rates von Laeken vom Dezember 2001 eine Empfehlung für die anschließenden Beratungen einer Regierungskonferenz dar. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Thessaloniki vom 20. Juni 2003 wurde der Entwurf als eine gute Ausgangsbasis für die bevorstehende Regierungskonferenz bezeichnet.

Die wesentlichen Errungenschaften des Verfassungsentwurfs des Konvents, die als Ausgangspunkt für die Regierungskonferenz allgemein akzeptiert wurden, sind:

- die Zusammenfassung der überarbeiteten bisherigen Verträge zu einem einzigen Verfassungstext unter Auflösung der sog. Säulenstruktur und Schaffung einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit der Union
- die Integration der Charta der Grundrechte der Union in die Verfassung und die Verbesserung des Rechtsschutzes
- eine klarere Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten
- die Vereinfachung der Handlungsinstrumente und Entscheidungsmechanismen der Union
- eine transparentere, effizientere und demokratischere Struktur und Funktionsweise der Unionsorgane sowie eine direktere Einbindung der nationalen Parlamente in die europäischen Entscheidungsprozesse und die Anerkennung der Rolle der Regionen und Kommunen entsprechend den Verfassungsstrukturen der Mitgliedstaaten in der europäischen Architektur
- die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Union beim außenpolitischen Handeln (insb durch Schaffung eines Außenministers der Union), bei der Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Berücksichtigung von gemeinsamen Kernelementen des europäischen Sozialmodells.

Das gesamte Spektrum dieser Errungenschaften entspricht auch wesentlichen österreichischen Anliegen und wurde von den zahlreichen schriftlichen und mündlichen Beiträgen der österreichischen Konventmitglieder mitgeprägt. So haben der Beauftragte des österreichischen Bundeskanzlers im Konvent, Bundesminister a.D. Hannes Farnleitner, und sein Stellvertreter, Bundesrat Gerhard Tusek, allein oder zusammen mit anderen Konventmitgliedern rund 170 Änderungsvorschläge zu den einzelnen Artikeln des Verfassungsentwurfs eingebracht. Bei den Vertretern des österreichischen Parlaments, den Abgeordneten zum Nationalrat Caspar Einem und Reinhard

Die Politiken der Europäischen Union

Bösch bzw. deren StellvertreterInnen Evelin Lichtenberger und Gerhard Kurzmann (im Frühjahr 2003 von Eduard Mainoni abgelöst), belief sich diese Zahl auf über 300. Dazu kam eine große Anzahl von Änderungsvorschlägen des Europäischen Parlaments, die von den österreichischen EP-Abgeordneten Reinhard Rack, Maria Berger und Johannes Voggenhuber im Rahmen der Konventdelegationen ihrer jeweiligen Fraktionen mitgetragen wurden. Der Verlauf und die Ergebnisse des Konvents waren mehrfach Gegenstand von Parlamentsdebatten, im Hauptausschuss des Nationalrates am 21. Mai und 16. Juni, im Plenum des Nationalrates am 17. Juni und 19. Juli und im EU-Ausschuss des Bundesrates am 20. Mai. Trotz unterschiedlicher Detailvorstellungen und Prioritätensetzungen der im österreichischen Parlament vertretenen Fraktionen zeigte sich dabei grundsätzliches Einvernehmen hinsichtlich der im Konvent erzielten Kompromisse.

Während der Konvent über weite Teile des Verfassungsvertrages einen Konsens herstellen konnte, blieben einige Aspekte der institutionellen Reform der Union (v. a. die Definition der qualifizierten Mehrheit, die Zusammensetzung der Europäischen Kommission, das System der Präsidentschaft im Europäischen Rat und im Ministerrat) sowie einzelne Bestimmungen zu den konkreten Politiken der Union in Teil III (v. a. das Ausmaß des Übergangs zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen) bis zuletzt umstritten. Diese Teile des Konvententwurfs wurden von einer beträchtlichen Zahl von Konventmitgliedern, darunter auch dem Beauftragten des österreichischen Bundeskanzlers, zuletzt nur unter der Prämisse akzeptiert, dass die vorgeschlagenen Lösungen von der Regierungskonferenz einer nochmaligen Diskussion unterzogen werden.

3.2. Die Regierungskonferenz

Entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Thessaloniki wurde bereits im Juli das formelle Verfahren zur Einberufung der Regierungskonferenz in die Wege geleitet. Unumstritten war, dass die zehn am 1. Mai 2004 beitretenden Mitgliedstaaten – ebenso wie ein Vertreter der Europäischen Kommission – völlig gleichberechtigt mit den derzeitigen Mitgliedstaaten an der Regierungskonferenz teilnehmen sollten. Auch zwei Vertreter des Europäischen Parlaments wurden zu den Beratungen der Konferenz hinzugezogen. Die drei Bewerberländer (Bulgarien, Rumänien, Türkei) nahmen an allen Tagungen der Regierungskonferenz als Beobachter teil.

Im Gegensatz zu früheren Regierungskonferenzen sollten die Verhandlungen von vornherein auf die politische Ebene beschränkt und von den Staats- und Regierungschefs, unterstützt von den Außenministern, jedoch ohne vorgelagerte, regelmäßig zusammentretende Beamtengruppe, geführt werden. Allgemein akzeptierter Ausgangspunkt war, dass die Grundstruktur des Konventvorschlags nicht in Frage gestellt und die Verhandlungen der Regierungskonferenz auf eine begrenzte Zahl von Themen konzentriert werden

Österreich in der Europäischen Union

sollten. Unterschiedliche Auffassungen bestanden allerdings von vornherein darüber, inwiefern die Regierungskonferenz auch bei diesen Themen die Substanz der Konventvorschläge unangetastet lassen bzw. nur geringfügig weiterentwickeln oder aber Alternativvorschläge prüfen sollte. Die italienische Ratspräsidentschaft akzeptierte schließlich den Wunsch einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedstaaten, darunter auch Österreichs, dass grundsätzlich alle von einzelnen Delegationen als nicht zufriedenstellend erachteten Bestimmungen des Konvententwurfs bei der Regierungskonferenz zur Diskussion gestellt werden können.

Die österreichische Grundsatzposition für die Regierungskonferenz wurde nach einem Begutachtungsverfahren am 23. September vom Ministerrat beschlossen und vom Hauptausschuss des Nationalrates am 30. September begrüßt. Der Bundespräsident erteilte dem Bundeskanzler und der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten auf dieser Basis das Verhandlungsmandat für die Regierungskonferenz. Österreich begrüßte den größten Teil der Konventvorschläge als gute Ausgangsbasis für den Beginn der Regierungskonferenz, war aber der Auffassung, dass die Vorschläge zur institutionellen Reform noch einer Überarbeitung bedürfen, damit das institutionelle Gleichgewicht und die Balance zwischen den Prinzipien der Gleichheit der Mitgliedstaaten und der Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellend gewahrt bleiben. Als zentral erachtete Österreich dabei, dass weiterhin jeder Mitgliedstaat ein stimmberechtigtes Mitglied der Europäischen Kommission nominieren kann. Gemäss seiner Grundsatzposition setzt sich Österreich weiters für die Verbesserung von einzelnen konkreten Bestimmungen zu den Politikbereichen in Teil III des Verfassungsentwurfs ein. Als unzufriedenstellend erachtete Österreich ferner, dass der Konvent den EURATOM-Vertrag keiner substantiellen Reform unterzog. Deshalb sollte die Regierungskonferenz nach österreichischer Ansicht eine Revision des EURATOM-Vertrags nach Annahme des Verfassungsvertrags in Aussicht stellen.

Die Eröffnung und erste Arbeitssitzung der Regierungskonferenz erfolgte am 4. Oktober in Rom durch die Staats- und Regierungschefs im Beisein der Außenminister. Danach fanden fünf Sitzungen der Außenminister (13. und 27. Oktober, 18. und 28./29. November und 9. Dezember) sowie zwei Tagungen der Staats- und Regierungschefs (16./17. Oktober und 12./13. Dezember) statt. Lediglich zwei Mal wurden zur Vorbereitung bzw. Vertiefung der Verhandlungen auf politischer Ebene auch Sitzungen auf Beamtenebene einberufen. Parallel zu den politischen Verhandlungen tagte eine Arbeitsgruppe der Rechtsexperten, die den gesamten Konvententwurf aus rein juristischer Perspektive überprüfte, wobei vom Text nur dann abgewichen wurde, wenn keine Delegation einen Einwand erhob.

Im Zuge dieser Beratungen legte die italienische Ratspräsidentschaft mehrmals überarbeitete Textentwürfe zu den Themen Ministerratsformationen,

Die Politiken der Europäischen Union

Vorsitz in den Ministerratsformationen, Außenminister der Union, strukturierte und engere Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zu einer Reihe von Einzelbestimmungen des Teils III des Verfassungsentwurfs vor. Zu diesen Fragestellungen konnte beim Außenministertreffen am 28./29. November in Neapel eine weitestgehende Annäherung der Standpunkte erreicht werden. Offen blieb jedoch auch bei dieser Sitzung, neben zentralen institutionellen Fragen, ob bzw. in welchem Ausmaß in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Politikbereichen Steuern, soziale Sicherheit und Strafjustiz von der Einstimmigkeit zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit übergegangen werden sollte. Zu den höchst kontroversiellen Fragen der Zusammensetzung der Europäischen Kommission und der Definition der qualifizierten Mehrheit unterließ es die italienische Präsidentschaft bis zuletzt, konkrete Kompromissvorschläge zu unterbreiten.

Beim Europäischen Rat von Brüssel am 12./13. Dezember gelang es nicht, die geplante endgültige Einigung über den Verfassungsvertrag zu erzielen. Vor allem in der Frage der Definition der qualifizierten Mehrheit (Beibehaltung der Stimmgewichtung entsprechend dem Vertrag von Nizza oder Einführung eines Systems der doppelten Mehrheit entsprechend dem Konventvorschlag) konnte kein Kompromiss gefunden werden. Während insb Deutschland und Frankreich auf der doppelten Mehrheit bestanden, wollten Polen und Spanien nicht von der in Nizza vereinbarten Stimmgewichtung abgehen. Die Regierungskonferenz soll daher unter irischer Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2004 fortgesetzt werden. Die bis zum Europäischen Rat von Brüssel seitens der italienischen Ratspräsidentschaft vorgelegten Kompromissvorschläge übernahmen die meisten der in der österreichischen Grundsatzposition formulierten Anliegen zu Teil III des Verfassungsvertrages. Diese betrafen insb die Klarstellung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten für Leistungen der Daseinsvorsorge und die Vervollständigung des Rechtsschutzes hinsichtlich bindender Beschlüsse des Europäischen Rates. Die letzten Vorschläge zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigten auch die Position der neutralen bzw. nicht paktgebundenen Staaten in der EU. Ebenso zeichnete sich hinsichtlich der gleichberechtigten Zusammensetzung der Europäischen Kommission bereits Unterstützung anderer Mitgliedsstaaten für die österreichischen Vorstellungen ab. Aus österreichischer Sicht sind einige weitere bereits vorliegende Vorschläge aus dem sogenannten „Neapel-Paket“, zu denen weitgehender Konsens erzielt wurde, hervorzuheben, darunter die Aufnahme einer Sozialklausel, die dem Politikteil vorangestellt wird, und ein Verfassungsartikel für den Tierschutz. Daher tritt Österreich dafür ein, dass die Regierungskonferenz ihre Verhandlungen zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt wieder aufnimmt, wobei das Ergebnis der Regierungskonferenz wichtiger ist als der Zeitpunkt des Abschlusses.

Österreich in der Europäischen Union

3.3. Das Strategische Mehrjahresprogramm 2004–2006

In Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Rates von Sevilla vom Juni 2002 zur Reform des Rates wurde im Laufe des 2. Halbjahres 2003 unter dem Vorsitz Irlands und mit Beteiligung des Ratssekretariats von jenen Mitgliedstaaten, die 2004–2006 die Ratspräsidentschaft innehaben werden – neben Österreich Irland, die Niederlande, Luxemburg, Großbritannien und Finnland – ein Strategisches Mehrjahresprogramm für den genannten Zeitraum erarbeitet. Es enthält als Schwerpunkte die erfolgreiche Integration der neuen Mitgliedstaaten in die EU sowie die Heranführung von Rumänien, Bulgarien und Kroatien. Besonderes Augenmerk wird auch auf die Stärkung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie als Raum des Wachstums und Wohlstandes gelegt, im Rahmen dessen 2005 die Halbzeitbeurteilung der sogenannten Lissabonstrategie ansteht. Das Mehrjahresprogramm 2004–2006 stellt die Grundlage für das Jahresprogramm 2004 der irischen und niederländischen Ratspräsidentschaften sowie die Grundlage für das Arbeitsprogramm der österreichischen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2006 dar.

4. Die Wirtschafts- und Währungsunion

2003 blieb die Wirtschaftsdynamik in der Europäischen Union das dritte Jahr in Folge enttäuschend. Die Wirtschaft der Eurozone wuchs nur um knapp 0,5%, jene der gesamten EU um 0,8%. Die anhaltende Konjunkturschwäche schlug sich in der Bilanz der öffentlichen Haushalte und auf dem Arbeitsmarkt nieder. In der Eurozone vergrößerte sich der Abgang der öffentlichen Haushalte gegenüber dem Vorjahr um rund 0,5% auf 2,8% des BIP und die Arbeitslosenrate stieg von 8,4% auf 8,9%. In Österreich betrug der Budgetsaldo im Jahr 2003 minus 1%, was einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (2002: minus 0,1%) darstellt. Die Arbeitslosenrate betrug in Österreich 4,5% und lag deutlich unter dem Schnitt der Eurozone. Die Inflation sank im Jahresdurchschnitt auf 2,1%. Trotz der gegenüber den USA insgesamt langsameren Wirtschaftsentwicklung stieg der Eurokurs zum US-Dollar stark an und erreichte im Dezember historische Höchstwerte. Ab der zweiten Jahreshälfte begann sich das Wirtschaftsklima zu verbessern und gegen Jahresende verfestigten sich die Anzeichen für einen Aufschwung.

Sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik unterstützten tendenziell die Konjunktur im Jahresverlauf. Auch weitere Fortschritte bei den Strukturreformen sollten zu einer soliden Grundlage für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung und eine längerfristige Erhöhung des Wachstumspotentials der EU beitragen. So wurden bedeutsame Fortschritte bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme in einer Reihe von Mitgliedstaaten, darunter Österreich, erzielt. Einen Meilenstein im Bereich der Steuerpolitik stellte die definitive Annahme des Steuerpakets durch den Rat dar. Schließlich wurde mit der Festlegung eines gemeinsamen Standpunktes des Rates zur

Die Politiken der Europäischen Union

Richtlinie über Wertpapierdienstleistungen auch ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung des „Aktionsplans Finanzdienstleistungen“ geleistet.

In der zweiten Jahreshälfte beschloss der Europäische Rat eine Wachstumsinitiative. Ihr zentrales Element ist die beschleunigte Umsetzung eines Pakets von gesamteuropäisch bedeutsamen Infrastrukturvorhaben, durch welche die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gesteigert und so ein Beitrag zur Umsetzung der Lissabonstrategie geleistet werden soll. Die Initiative fügt sich in den Rahmen der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der Finanziellen Vorausschau und des vereinbarten Rahmens für das Kapital der Europäischen Investitionsbank.

Die Koordination der Wirtschaftspolitik folgte erstmals dem Ende 2002 beschlossenen gestrafften Verfahren, welches vor allem eine Dreijahresperiode für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik sowie eine Synchronisation der beschäftigungspolitischen Leitlinien mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik vorsieht. Im Juni wurden die Grundzüge der Wirtschaftspolitik für den Zeitraum 2003 bis 2006 beschlossen. Die darin genannten strategischen Ziele sind die Stärkung des Wirtschaftswachstums, Reformen für mehr und bessere Arbeitsplätze und die Reformen der Pensions- und Gesundheitssysteme zur Sicherung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes setzte der Rat das Verfahren gegen Deutschland fort und leitete gegen Frankreich ein Verfahren ein. Sowohl im Falle Deutschlands als auch Frankreichs folgte der Rat der von der Kommission vorgeschlagenen Vorgangsweise nach Art 104 Abs 8 und 9 EG-Vertrag nicht, sondern verabschiedete stattdessen Schlussfolgerungen mit budgetpolitischen Empfehlungen an diese beiden Länder.

5. Beschäftigung

Die von den Europäischen Räten (ER) von Lissabon, Stockholm und Barcelona grundsätzlich definierten beschäftigungspolitischen Ziele werden von Österreich bereits jetzt weitgehend erfüllt. Die 2003 verabschiedeten und für drei Jahre geltenden neuen beschäftigungspolitischen Leitlinien definieren drei vorrangig zu behandelnde übergreifende Zielsetzungen, nämlich Vollbeschäftigung gemäß den Zielvorgaben des ER von Lissabon, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität sowie die Förderung des sozialen Zusammenhaltes und eines integrativen Arbeitsmarktes. Anhand von zehn spezifischen Leitlinien mit einer Reihe von quantitativen Zielen wurden die in den Mitgliedstaaten zu setzenden Aktivitäten konkretisiert. In den jährlichen Empfehlungen der Europäischen Kommission (EK) zur Implementierung der Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten (Beschäftigungspolitische Empfehlungen) wurden an Österreich Empfehlungen in den Bereichen lebenslanges Lernen, Arbeitskräfteangebot und aktives Altern sowie Gleichstellung der Geschlechter gerichtet.

Österreich in der Europäischen Union

Die EK hat gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom März 2003 eine Europäische Taskforce „Beschäftigung“ eingesetzt. Dies geschah als Reaktion auf die Sorge, dass die EU Gefahr laufe, ihr vom ER von Lissabon definiertes ehrgeiziges Ziel, „bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu werden, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“, zu verfehlen. Die Taskforce kam zu dem Ergebnis, dass die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen verstärken müssen, um die vereinbarten beschäftigungspolitischen Ziele zu erreichen. Die EU sollte daher die umfassenderen, langfristigeren Herausforderungen – wie Globalisierung und wirtschaftliche Integration sowie die Alterung der Bevölkerung – nicht aus den Augen verlieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben und höhere Beschäftigungsquoten zu erzielen.

6. Binnenmarkt

Nach der Zusammenlegung der Ratsformationen Binnenmarkt, Industrie und Forschung im Gefolge des ER von Sevilla im Jahre 2002 galt es, Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Rolle und Funktionsweise des neuen Rates als strukturpolitisches Instrument im Lichte der Lissabonstrategie waren zu definieren. Im Rahmen der Vorbereitung des ER im Frühjahr 2003 in Brüssel kam es erstmals zu einem gemeinsamen Beitrag der drei betroffenen Politikbereiche. Erstmals wurde die Erstellung des für die Lissabonstrategie massgeblichen Umsetzungspakets (etwa des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts) inhaltlich und zeitlich besser auf den ER im Frühjahr 2003 ausgerichtet.

Unter Einbindung der Ergebnisse des ER im Frühjahr 2003 verabschiedete die EK noch im Mai eine überarbeitete Binnenmarktstrategie, die einen Zeitraum von drei Jahren umfasst und Prioritäten in 10 Politikbereichen (z. B. Gütermärkte, Dienstleistungsmärkte, netzgebundene Dienstleistungen, Beschaffungsmärkte, etc) setzt.

Die Bemühungen um die Vervollständigung des Binnenmarkts wurden weitergeführt. Zu den abgeschlossenen legislativen Maßnahmen zählen unter anderem die Reform der Fusionskontrolle sowie das Richtlinienpaket zum öffentlichen Auftragswesen. Bei der Konsolidierung und Ausweitung des Gemeinsamen Besitzstandes über die Personenfreizügigkeit von Unionsbürgern wurde im Rat bereits ein Gemeinsamer Standpunkt erzielt. Wesentliche Fortschritte gab es insb bei der Richtlinie bezüglich Übernahmeangebote. Diesen Erfolgen stehen allerdings auch einige Schwachstellen gegenüber. So konnte eine lange erwartete Einigung zum Gemeinschaftspatent trotz aller Bemühungen nicht erzielt werden und im Bereich der Dienstleistungen, etwa bei der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen oder beim Verordnungsvorschlag zur Verkaufsförderung, scheinen die Verhandlungen festgefahren zu sein. Ein neuer Vorschlag für eine Rahmenricht-

Die Politiken der Europäischen Union

linie über Dienstleistungen wurde für Jahresende angekündigt, verzögerte sich jedoch.

Die EK hat ihre Bemühungen um Vereinfachung des Gemeinsamen Besitzstandes fortgesetzt. Dabei soll die Anzahl der Rechtsakte, die der bisherige Gemeinsame Besitzstand umfasst, bis 2005 durch Neukodifikation und Konsolidierung (ohne inhaltliche Veränderung) um zumindest ein Drittel reduziert werden.

Die EK wies Anfang 2003 nachdrücklich auf die zentrale Bedeutung einer Beschleunigung der Umsetzung der EU-Binnenmarktrichtlinien in das Recht der Mitgliedstaaten für einen Erfolg der Lissabonstrategie hin. Österreich hat mit Stichtag 30. November 2003 eine Umsetzungsrate von 97,5% (38 überfällige Richtlinien) erreicht. Damit ist Österreich diesbezüglich in das Mittelfeld der Mitgliedstaaten (8. Stelle) vorgerückt.

7. Verkehr

Die Transitproblematik behielt für Österreich ihre besondere Aktualität. Höchste Priorität kam der Verlängerung des Ökopunkteregimes, welches die nachhaltige Schadstoffreduktion im Straßengütertransit auf 40% im Zeitraum 1991–2003 zum Ziel hatte, über den 31. Dezember 2003 hinaus zu. Angesichts unterschiedlicher Positionen zwischen Europäischem Parlament (EP) und Rat kam es zu einem Vermittlungsverfahren, bei dem man sich am 26. November – gegen die Stimme Österreichs – auf einen gemeinsamen Text einigen konnte, der in dritter Lesung am 18. (EP) bzw. 22. Dezember (Rat) angenommen wurde. Für Österreich ist das Ergebnis nicht akzeptabel, weil ein Grossteil der Transitarbeiten liberalisiert würde und selbst für die weiterhin betroffenen LKW wegen zu geringer Absenkung der Punkte praktisch freie Fahrt bestünde. Darüber hinaus könnte auch das Verbot von LKW der Klasse Euro 0 bei weitem keinen Ausgleich schaffen. Dadurch entfällt der dem Ökopunktesystem immanente verkehrspolitische Lenkungseffekt, den Transitverkehr auf möglichst umweltschonende Weise abzuwickeln, weitgehend. Überdies stehen eine Reihe technischer wie administrativer Probleme einer Exekutierbarkeit des Systems entgegen.

Wie in den beiden Vorjahren erhob Österreich am 11. September beim EuGH Nichtigkeitsklage gegen die Zählweise der EK im Zusammenhang mit der 108%-Regel bei den Transitarbeiten, zumal die EK wiederum Transitarbeiten ungeachtet deren korrekter Erfassung (Fahrerdeklaration) nicht als solche anerkannte. Am 20. November wies der EuGH jene Klage, die sich auf die Überschreitung im Jahr 2000 bezieht, ab. Österreich hat daher am 16. Dezember die Klagen betreffend die Überschreitungen in den Jahren 2001 und 2002 zurückgenommen.

In Entsprechung der Fristsetzung des ER von Kopenhagen vom Dezember 2002 stellte die EK am 23. Juli eine Richtlinie für eine neue Berechnung der

Österreich in der Europäischen Union

Wegekosten vor, die allerdings weit hinter den Ankündigungen im Weißbuch der EK für eine nachhaltige Verkehrspolitik zurückbleibt. So sind die Internalisierung externer Kosten nur in Randbereichen (Unfallkosten) und der Mautzuschlag zur Querfinanzierung mit 25% für teure Projekte wie den Brenner-Basistunnel unzureichend. Vor allem geht der Berechnungsrahmen für die zur Bestimmung der Mauthöhe herangezogenen Infrastrukturkosten von einer zu kurzen Finanzierungsdauer (Investitionen der letzten 15 Jahre) aus. Angesichts der Dringlichkeit des Dossiers hat der ER von Brüssel vom Dezember 2003 dem Rat den Auftrag erteilt, bis März 2004 einen Entwurf zu verabschieden.

Die Revision der TEN-Leitlinien ist bisher an der Ergänzung der Liste der vorrangigen Vorhaben gescheitert. Um größtmögliches Einvernehmen unter den MS und Beitrittskandidaten herzustellen, hat die EK eine Expertengruppe (Van Miert-Gruppe) eingesetzt. Diese hat im Juni 18 vorrangige Vorhaben vorgeschlagen. Die EK ergänzte ihren Vorschlag aus dem Jahr 2001 entsprechend und schlug am 1. Oktober eine Liste mit 29 vorrangigen Vorhaben vor. Grenzüberschreitende Abschnitte europäischen Interesses sollen mit einem Gemeinschaftsanteil bis zu 20% gefördert werden. Der ER von Brüssel begrüßte die im Rat erreichte politische Einigung über den Vorschlag der EK. Neben dem Brenner-Basistunnel wurden vier weitere grenzüberschreitende vorrangige Verkehrsvorhaben mit Österreichbezug berücksichtigt.

Trotz des Ausscherens von Italien beim Rat am 5. Dezember konnte Österreich gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und Luxemburg die Sperrminorität gegen eine Harmonisierung von Wochenend- und Nachtfahrverboten noch halten. Die Regelungshoheit wird daher gemäß dem Subsidiaritätsprinzip weiter bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Auf Grund der Überschreitung von Grenzwerten der dem Schwerverkehr im Unterinntal als Verursacher zuzurechnenden NOx-Belastung in der Luft erließ der Tiroler Landeshauptmann bereits im Vorjahr auf einem Abschnitt der Inntalautobahn ein saisonales Nachtfahrverbot, welches inzwischen auf das ganze Jahr ausgedehnt wurde. Gegen ein darüber hinaus beabsichtigtes sektorales Fahrverbot erhob die EK jedoch am 25. Juli Klage vor dem EuGH und erwirkte vorläufig bis 30. April 2004 die Aussetzung des Inkrafttretens der diesbezüglichen VO. Für den EuGH kommt als Lösung nur ein Kompromiss der widerstreitenden Interessen in Betracht, der auch gewisse Nachteile für das Funktionieren des Binnenmarktes und für einzelne Wirtschaftsteilnehmer mit sich bringen wird.

Die VO über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems (Programm Marco Polo) vom 22. Juli schuf als Nachfolge zum PACT-Programm für den intermodalen Verkehr ein wichtiges Instrument zur Verlagerung des stetig wachsenden Straßengüterverkehrs auf alternative Verkehrsträger. Das Programm Marco Polo ist bis Ende 2010 befristet.

Die Politiken der Europäischen Union

Zum Zweiten Eisenbahnpaket zur Neubelebung des Schienenverkehrs durch den schnellen Aufbau eines integrierten europäischen Eisenbahnraums durch Öffnung des Eisenbahngüterverkehrsmarktes konnten Rat und EP noch keine Einigung erzielen. Das EP tritt für eine raschere Öffnung des Güterverkehrs auch im nicht grenzüberschreitenden Verkehr und die Einbeziehung des Personenverkehrs ein.

Der Bereich Seeschifffahrt war vom Tankerunglück der „Prestige“ im November 2002 beherrscht. So wurden die Verordnungen über das Verbot von Schweröltransporten in Einhüllen-Tankern und das beschleunigte Außerdienststellen von Einhüllen-Tankern verabschiedet sowie an einer Verordnung zur Ausweitung der Aufgaben der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) gearbeitet, über deren künftigen Sitz in Lissabon im Rahmen des Europäischen Rates von Brüssel vom Dezember Einvernehmen erzielt werden konnte.

Zum Projekt „Einheitlicher Europäischer Luftraum“, über das im Dezember 2002 im Verkehrsministerrat eine politische Einigung erzielt worden war, konnte im Dezember in einem Vermittlungsverfahren Einvernehmen erzielt werden.

Als Folge des „Open Skies“-Urteils des EuGH vom 5. November 2002 wurde der EK vom Verkehrsministerrat im Juni 2003 ein Mandat für Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs erteilt. Ferner wurde die EK ermächtigt, Verhandlungen mit Drittstaaten über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen durch ein Gemeinschaftsabkommen aufzunehmen. Es fanden bereits die ersten Verhandlungsrunden zwischen der EK und den USA mit dem Ziel eines umfassenden Luftverkehrsabkommens, durch welches alle bisherigen bilateralen Abkommen zwischen den EU-MS und den USA ersetzt werden sollten, statt. Im Juni wurden ferner Richtlinien für Verhandlungen der EU-MS mit Drittstaaten verabschiedet, womit die Konformität bilateraler Luftverkehrsabkommen mit dem Recht der EU gewährleistet werden soll. Die EU-MS sind dadurch auch verpflichtet, der EK alle relevanten Informationen über ihre Verhandlungen mit Drittstaaten zur Verfügung zu stellen.

Im EU-Rahmen wurde weiters politische Einigung über eine Verordnung über Versicherungsanforderungen an Luftfahrtunternehmen und Luftfahrzeugbetreiber sowie eine Verordnung zur Verhinderung von unlauteren Wettbewerbsvorteilen für Luftfahrtunternehmen, welche nicht aus EU-MS stammen, erzielt.

8. Umwelt

Die EU-Umweltpolitik war intensiv mit der Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung beschäftigt, ebenso wie mit der

Österreich in der Europäischen Union

Umsetzung der in diesem Zusammenhang ratifizierten internationalen Abkommen.

Der ER von Thessaloniki unterstrich die außenpolitische Dimension der nachhaltigen Entwicklung und etablierte das „Green Diplomacy Network“. Dieses EU-interne Diplomatennetzwerk hat sich ein Arbeitsprogramm mit den Schwerpunkten Umwelt und Sicherheit, Klimapolitik, nachhaltige Energiepolitik und internationale institutionelle Architektur gegeben, was vom ER von Brüssel bestätigt wurde.

Die EK legte im Bereich Wald einen sektorübergreifenden Aktionsplan („Forest Law Enforcement, Governance and Trade“, FLEGT) vor, der Legalitätsnachweise für Holzimporte in die EU auf Basis freiwilliger Vereinbarungen mit den Erzeugerländern schaffen sollte.

Eine umfassende Überarbeitung der EU-Chemikalienpolitik wurde anhand eines Entwurfs für eine Neuordnung über die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) diskutiert. Diese soll den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt verbessern, aber auch Wettbewerbs- und Handelsfragen berücksichtigen, die Vereinbarkeit mit internationalen Umweltabkommen sicherstellen und das Substitutions- und Vorsorgeprinzip anwenden. Der ER von Brüssel entschied, die Europäische Chemikalienagentur in Helsinki anzusiedeln.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Kyoto-Protokolls wurde an einem System zur Überwachung der Treibhausgasemissionen in der Gemeinschaft gearbeitet. Die Emissionshandelsrichtlinie ist im Herbst in Kraft getreten, sodass der EU-weite Emissionshandel wie geplant 2005 beginnen kann. Noch keine politische Einigung kam über die Integration der projektbezogenen Kyoto-Mechanismen in das EU-interne Emissionshandelssystem zustande.

Politische Einigung erzielte der Rat jedoch zum Vorschlag einer Richtlinie über Umwelthaftung. Sie regelt die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden im Rahmen eines verwaltungsrechtlichen Ansatzes und beruht auf dem Verursacherprinzip. Österreich konnte dem Kompromiss nicht zustimmen, da der Forderung nach Einbeziehung des Nuklearsektors in die Richtlinie nicht entsprochen wurde.

Der Ausstieg aus der Kernenergie und die Erhöhung des Schutzniveaus für Menschen und Umwelt als Zwischenschritt bleiben Ziele der österreichischen Nuklearpolitik im Rahmen der EU. Österreich begrüßte daher, dass von Kommissarin Loyola de Palacio ein Paket zur nuklearen Sicherheit in der EU vorgeschlagen wurde, das im wesentlichen auf gemeinsame Sicherheitsstandards im Nuklearbereich abzielt. Die diesbezüglichen Beratungen erweisen sich jedoch als langwierig und schwierig, da einige MS schwerwiegende Bedenken geäußert haben. Dies gilt ebenso für Österreichs Bemühungen, eine Reform des Euratom-Vertrags zu erwirken, als auch für Österreichs Bestrebungen, die Euratom-Anleihe in ein ausstiegsunterstützendes Instru-

Die Politiken der Europäischen Union

ment umzuformen. Diese drei Themen dominierten Österreichs nuklearpolitische Aktivitäten auf europäischer Ebene.

9. Energie

Die Weiterarbeit an der **Liberalisierung des Strom- und Gasbinnenmarktes** in der EU bildete im vergangenen Jahr ein Schwerpunkt. Darüber hinaus wurden u. a. eine Richtlinie über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Koppelung im Energiebinnenmarkt angenommen und Vorschläge für eine Richtlinie zur Sicherung der Versorgung mit Erdöl-erzeugnissen sowie zur sicheren Erdgasversorgung eingebracht.

Darüber hinaus nahm die Gestaltung der internationalen Beziehungen im Energiebereich, insb der Dialog mit Russland, die Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum, die energiepolitische Dimension in Südosteuropa im Rahmen des Stabilitätspaktes, sowie die Nördliche Dimension, großen Raum ein. Ziel ist es, in diesen Regionen die Energieversorgung zu fairen Preisen zu sichern und bei der Errichtung von regionalen Binnenmärkten Hilfestellung zu leisten.

Ein wichtiger Beitrag der EU zur Umsetzung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung ist die **„Johannesburg Renewable Energy Coalition“**, in der sich die EU als treibende Kraft darum bemüht, langfristige quantitative Ziele zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien international zu verankern. Zu diesem Zweck beabsichtigt die EU auch, einen Finanzierungsfonds zu gründen.

Erneuerbare Energieformen sollen angesichts der gemeinsamen Klimaziele als Kernpunkt der nachhaltigen Entwicklung auch in der EU verstärkt genutzt und weiterentwickelt werden. Derzeit wird das bereits existierende Ziel (12% erneuerbare bis 2010) nicht erreicht. Österreich hat das EU-Ziel bereits übererfüllt.

Der 1994 von mehr als 50 Staaten unterzeichnete Vertrag über die **Europäische Energiecharta**, mit welchem ein rechtlicher Rahmen für die Förderung langfristiger Zusammenarbeit geschaffen wurde und durch welchen Rechtssicherheit auf den Gebieten der Investitionen, des Transits und des Handels angestrebt wird, wurde von der Russischen Föderation nach wie vor nicht ratifiziert. Sie macht dies von einem positiven Abschluss des Transitprotokolls abhängig, dessen Ziel es ist, einen sicheren, effizienten, unterbrechungsfreien und ungehinderten Transit von Erdöl und Erdgas zu gewährleisten. Die Weiterarbeit am Transitprotokoll stellte auch die Hauptaufgabe während des Jahres 2003 dar. Da abermals bei der Energiecharta-Konferenz im Dezember 2003 von Seiten der Russischen Föderation als einzigem Land keine Zustimmung erfolgte, wurde eine Erklärung verabschiedet und der Text als solches eingefroren. Das Mandat des Vorsitzenden zur Weiterverhandlung mit der Russischen Föderation bleibt auch für 2004 aufrecht.

Österreich in der Europäischen Union

10. Bildung und Jugend

Der Rat Bildung verabschiedete am 5. Mai 2003 fünf konkrete Schwellenwerte im Bildungsbereich, an denen sich die Mitgliedstaaten vergleichen und ihre Fortschritte zur Erreichung der Bildungsziele in der Lissabonstrategie messen können. Die EU-Bildungsminister einigten sich darauf, dass bis 2010 die Zahl der Schulabbrecher nicht mehr als 10% betragen soll, die Gesamtzahl der StudienabsolventInnen in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik um mindestens 15% steigen soll, wobei gleichzeitig das Geschlechterungleichgewicht abnehmen soll, mindestens 85% der 22-Jährigen die Sekundarstufe II (jene Bildungsstufe, die nach Abschluss der 9-jährigen Pflichtschule begonnen wird) abgeschlossen haben sollen, der Anteil der 15-Jährigen, die im Bereich der Lesekompetenz schlechte Leistungen erzielen, im Vergleich zu 2000 um mindestens 20% niedriger sein soll und der EU-Durchschnitt der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe 25–64 Jahre), die sich an Maßnahmen des lebenslangen Lernens beteiligen, mindestens 12,5% betragen soll. Österreich schneidet bei diesen Werten bereits 2003 vergleichsweise gut ab. So gibt es in Österreich mit 9,5% im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten am wenigsten Schulabbrecher (der EU-Schnitt liegt bei 18,8%). Mit einem Anteil von 86,5% der 22-Jährigen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II hat Österreich auch das diesbezügliche EU-Ziel bereits erfüllt.

Beim Rat Bildung am 25. November wurden in Brüssel „ERASMUS MUNDUS“ (2004–2008), ein Programm zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten im Bereich der Universitäten mit einem Budget von 230 Millionen Euro, beschlossen. Ebenso wurde das Mehrjahresprogramm „e-Learning“ (2004–2006) für die wirksame Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung verabschiedet und mit 44 Millionen Euro dotiert.

11. Forschung

Nach Verabschiedung des 6. Rahmenprogramms für Forschungs- und Technologieentwicklung (FTE) sowie der Spezifischen Programme im Jahre 2002 (17,5 Mrd. Euro) ging es im Jahr 2003 um die Umsetzung des Rahmenprogramms in Form von öffentlichen Ausschreibungen (insgesamt 12.000 Projekteinreichungen mit rund 100.000 Teilnehmern aus rund 50 Ländern) sowie um die Lösung offener Fragen, wie die Schaffung von Richtlinien für die Förderung der Forschung an humanen embryonalen Stammzellen und die Partnerschaft Europas sowie der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien basierend auf Art 169 EG-V.

Im Rahmen der Verhandlungen betreffend Richtlinien für die Förderung der embryonalen Stammzellenforschung konnte aufgrund eines mangelnden Kompromisses im Rat am 3. Dezember und des Auslaufens eines Moratori-

Die Politiken der Europäischen Union

ums, das die Forschung an bereits existierenden Stammzellen erlaubt hätte, jedoch die an Embryonen verboten hätte, die Ausschreibung zur Forschung an embryonalen sowie adulten Stammzellen ab 1. 1. 2004 beginnen.

Bei der Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums konnten ein Aktionsplan der EK zur Steigerung der Forschungsinvestitionen bis 2010 auf 3% (davon 2/3 von der Industrie aufzubringen) verabschiedet sowie die Beziehungen zwischen der EG und der ESA durch die Unterzeichnung eines Abkommens und gemeinsame Vorlage eines Weißbuchs über die zukünftige Weltraumpolitik der Union effizienter gestaltet werden.

12. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Der schrittweise Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts war 2003 für die griechische wie die italienische Präsidentschaft vorrangig. Im Zentrum der Arbeiten standen die Bemühungen um die Verwirklichung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik. So einigten sich im Februar die Innenminister auf eine Richtlinie über die Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen und die Bedingungen für ihren langfristigen Aufenthalt in der EU. Im Juni nahmen sie eine Richtlinie über die Rechtsstellung von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen an. Ebenfalls im Juni einigten sich die Innenminister grundsätzlich auf eine Richtlinie zum Status und zu den Rechten von Flüchtlingen und Personen mit subsidiärem Schutz, wobei aber Deutschland seine Zustimmung von der Verabschiedung der nationalen Novelle zum Asyl- und Einwanderungsgesetz abhängig machte. Da dies bis Ende 2003 noch nicht geschehen war, blieb der deutsche Vorbehalt zu dieser Richtlinie somit weiterhin aufrecht. Im November einigte sich der Rat auf eine Richtlinie über die Erteilung kurzfristiger Aufenthaltstitel für Opfer der Beihilfe zur illegalen Einwanderung und des Menschenhandels, die mit den zuständigen Behörden kooperieren (Opferschutz-Richtlinie).

Der Rat setzte seine Arbeiten zur Umsetzung der Programme der Europäischen Räte von Sevilla (Juni 2002) und Thessaloniki (Juni 2003) für eine wirksame Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels fort. Besondere Aufmerksamkeit genossen in diesem Zusammenhang die Verhandlungen von Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten und die Arbeiten am Konzept über ein integriertes Grenzmanagement, wobei sich der Rat bis Jahresende auf die Leitlinien einer Grenzschutzagentur für die Koordinierung der operationellen Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen einigen konnte.

Im justiziellen Bereich konnte der Rat Anfang 2003 den im Mai 2002 von der Kommission unterbreiteten Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über Angriffe auf Informationssysteme annehmen. Im Mai erzielten die Justizminis-

Österreich in der Europäischen Union

ter politische Einigung über einen Rahmenbeschluss über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Geldstrafen von mehr als 70 Euro. Alle Geldstrafen über dieser Höhe, die durch ein Strafgericht verhängt wurden oder gegen die vor einem solchen Gericht Einspruch erhoben werden kann, werden künftig durch die anderen Mitgliedstaaten anerkannt. Diese müssen die zur Vollstreckung dieser Geldstrafen notwendigen Maßnahmen ergreifen, wenn der Mitgliedstaat, der die Strafe verhängt hat, sie dazu auffordert.

Im Juni konnten die Justizminister weniger als ein Jahr nach Aufnahme der Verhandlungen der Unterzeichnung von Abkommen zwischen der EU und den USA über Auslieferung und über Rechtshilfe zustimmen. Der wesentliche Mehrwert dieser beiden Abkommen im Verhältnis zu den weiter geltenden bilateralen Verträgen der EU-Mitgliedstaaten mit den USA besteht in den Bestimmungen zur Vereinfachung der gerichtlichen Zusammenarbeit. Für Österreich wird somit der bilaterale Rechtshilfe- und der bilaterale Auslieferungsvertrag mit den USA ergänzt.

Im Oktober konnten die Justizminister nach jahrelangen Verhandlungen politische Einigung über die Verordnung über die elterliche Verantwortung, einen für die europäischen Staatsbürger besonders wichtigen Bereich, erzielen. Diese Verordnung bestimmt das zuständige Gericht, das in Scheidungsfällen sowie über das Sorge- und das Besuchsrecht nach Scheidungen und bei Kindesentführungen befindet.

III. Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

1.1. Allgemeines

Das Jahr 2003 war in der GASP vor allem durch den Beginn der ersten EU-Missionen und durch die Irakkrise geprägt. Die Tatsache, dass sich die EU nicht auf ein gemeinsames Vorgehen im Falle der Irakkrise einigen konnte, wurde von vielen Beobachtern als Rückschritt in der GASP gewertet. Dies konnte durch gemeinsame Maßnahmen nach Ende des Irakkriegs teilweise ausgeglichen werden.

Weitere wichtige Themen in der GASP waren intensive Bemühungen der EU für eine Friedenslösung im Nahen Osten, die Situation im Iran und in Nordkorea, die Schaffung eines Aktionsplans und einer Gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Verabschiedung einer Europäischen Sicherheitsstrategie.

Die **GASP-Mechanismen** wurden auch in diesem Jahr intensiv eingesetzt und trugen damit zum weiteren Anwachsen des Acquis der Zweiten Säule bei. Die verbindlichen Instrumente der **Gemeinsamen Aktionen** (29 neue wurden verabschiedet) und **Gemeinsamen Standpunkte** (21 neue) kamen

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

zur Anwendung, des weiteren verabschiedete die Union **143 Erklärungen** und führte **Demarchen** in Drittstaaten durch. **Gemeinsame Strategien** bestehen weiterhin für Russland, die Ukraine und den Mittelmeerraum.

Wichtige Akzente in den Außenbeziehungen der Union wurden ferner mit **Gipfeltreffen** der Union mit den USA am 25. Juni, mit Kanada am 28. Mai, mit China am 28. Oktober, mit der Ukraine am 7. Oktober, mit Russland am 31. Mai und 6. November, mit Japan am 1. Mai und mit den Westbalkanstaaten am 21. Juni gesetzt.

Fragen der zukünftigen Vertiefung der GASP und der dafür notwendigen institutionellen Reformen waren im **Konvent** und in der **Regierungskonferenz** Diskussionsgegenstand. Wichtigste Punkte sind die Vorschläge, die bisher getrennten Funktionen des Hohen Vertreters für die GASP und des Außenkommissars in einer Person zu vereinen und einen einheitlichen Haushalt für Außenbeziehungen im Budget vorzusehen (eigene GASP-Haushaltslinie, deren Verwendung in dringlichen Fällen erst nachträglich begründet werden müsste).

1.2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Die im Jahr 1999 initiierte gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zielt im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) darauf ab, der EU jene zivilen und militärischen Mittel zu geben, die sie benötigt, um internationale Krisen zu bewältigen und als globaler politischer Akteur mehr Profil zu zeigen. 2003 war für die Entwicklung der ESVP ein entscheidendes Jahr. So wurden durch den Abschluss und die Umsetzung von EU-NATO-Dauervereinbarungen die Modalitäten der strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen im Bereich des Krisenmanagements festgelegt, die ersten zivilen und militärischen EU-Krisenmanagement-Operationen durchgeführt und weitere Fortschritte bei der Entwicklung militärischer und ziviler Kapazitäten erzielt.

1.2.1. EU-NATO-Beziehungen

Seit dem Abschluss der EU-NATO-Dauervereinbarungen, insb der „Berlin Plus“-Vereinbarungen im März 2003, steht die strategische Partnerschaft im Bereich des Krisenmanagements zwischen beiden Organisationen auf einem soliden Fundament. Unter den „Berlin Plus“-Vereinbarungen versteht man die vertraglich gesicherte Möglichkeit der EU, auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten (u. a. NATO-Planungs- und Kommandostrukturen) zurückzugreifen, die für militärische Krisenmanagement-Operationen der EU benötigt werden. Im Falle der ESVP-Operation CONCORDIA in Mazedonien wurden diese Vereinbarungen bereits erfolgreich in die Praxis umgesetzt.

Österreich gelang es, zusammen mit anderen nichtpaktgebundenen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass im Falle einer im Rahmen der „Berlin Plus“-Vereinbarungen durchgeführten ESVP-Operation auch Stabsoffiziere

Österreich in der Europäischen Union

der allianzfreien EU-Mitgliedstaaten adäquat in die Planungs- und Kommandostrukturen der NATO eingebunden sind.

Mit der Annahme eines „Rahmens für einen verstärkten Dialog zwischen der NATO und der EU und ein abgestimmtes Vorgehen in Bezug auf Sicherheit und Stabilität in den westlichen Balkanstaaten“ wurden die Weichen für einen verstärkten Dialog und eine engere Zusammenarbeit der beiden Organisationen in dieser Region gestellt. Ebenso fand ein erster Informationsaustausch über den Mittelmeerdialog der NATO und über die EU-Initiativen zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den Mittelmeerpartnern im Bereich der ESVP statt. Die EU sondiert darüber hinaus weitere Möglichkeiten für eine fortgesetzte Zusammenarbeit mit der NATO bei der Terrorismusbekämpfung. Die Stäbe der EU und der NATO tauschten außerdem Informationen betreffend die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen aus.

1.2.2. Die ersten ESVP-Operationen

Seit Anfang des Jahres 2003 führt die EU als erste ESVP-Operation eine Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM) durch, welche den Auftrag hat, durch Beobachtungs-, Beratungs- und Überprüfungstätigkeiten dazu beizutragen, dass die Polizei in Bosnien und Herzegowina bei der Erreichung europäischer Standards Fortschritte erzielt. Die Operation ist auf drei Jahre angelegt.

Die EU führte ihre erste militärische Operation CONCORDIA in Mazedonien vom 31. März bis 15. Dezember durch. Als Teil eines umfassenden EU-Konzepts zielte die Operation darauf ab, in Nachfolge der NATO-Militärpräsenz zur Schaffung eines stabilen und sicheren Umfelds beizutragen, um so die Regierung Mazedoniens in die Lage zu versetzen, das Rahmenabkommen von Ohrid umzusetzen. Dieses Ziel konnte erreicht werden. Darüber hinaus setzten die EU und die NATO erstmals ihre o. a. Dauervereinbarungen (insb die „Berlin Plus“-Vereinbarungen) in die Praxis um, so dass die EU die Operation unter Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten durchführen konnte.

In enger Zusammenarbeit mit den mazedonischen Behörden und mit deren Zustimmung beschloss die EU, ihr Engagement auch nach Auslaufen der Operation CONCORDIA fortzuführen und den Aufbau eines effizienten und professionellen Polizeiapparates, der europäischen Standards entspricht, zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde am 15. Dezember die EU-Polizeimission EUPOL PROXIMA in Mazedonien begonnen.

Vom 12. Juni bis 1. September führte die EU in Entsprechung eines Ersuchens des VN-Generalsekretärs die militärische Krisenmanagement-Operation ARTEMIS in der Demokratischen Republik Kongo durch. Dieser Einsatz ermöglichte eine Stabilisierung der Sicherheitslage in der Provinz Bunia bis zum Eintreffen verstärkter VN-Truppen. ARTEMIS war nicht nur die erste

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

ESVP-Operation außerhalb Europas, sondern auch der erste autonome (ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten) Militäreinsatz der EU. Darüber hinaus bewies die EU mit der Operation ARTEMIS, dass sie in der Lage ist, innerhalb kürzester Zeit auf Krisensituationen mit einer ESVP-Operation zu reagieren.

Der Europäische Rat von Brüssel bekräftigte am 12. und 13. Dezember die Bereitschaft der EU zu einer militärische Aspekte umfassenden ESVP-Mission in Bosnien und Herzegowina unter Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten. Mit der NATO, die derzeit die Operation SFOR in Bosnien und Herzegowina durchführt, wurden diesbezüglich Konsultationen aufgenommen.

Österreich beteiligte sich an allen ESVP-Operationen, nämlich mit fünf ExekutivbeamtenInnen an EUPM, mit zuletzt elf Angehörigen des Bundesheeres an CONCORDIA, mit drei Angehörigen des Bundesheeres als Stabsmitglieder an ARTEMIS und mit zwei ExekutivbeamtenInnen an PROXIMA.

1.2.3. Verbesserung der militärischen und zivilen Kapazitäten für EU-Krisenmanagement

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten/Außenbeziehungen bestätigte am 19. Mai, dass die EU nunmehr im gesamten Spektrum der Petersberg-Aufgaben einsatzfähig ist. Allerdings wies der Rat auch auf nach wie vor bestehende Einschränkungen und Zwänge aufgrund gewisser Fähigkeitslücken hin, welche zu einem erhöhten Risiko bei Operationen im oberen Spektrum der Petersberg-Aufgaben führen können, insb dann, wenn mehrere Operationen gleichzeitig durchgeführt werden.

Lösungsmodelle zur Schließung der Fähigkeitslücken werden vor allem im Rahmen des Europäischen Aktionsplans zur Schließung der militärischen Fähigkeitslücken (ECAP) erarbeitet. Die Arbeiten wurden in insgesamt 19 Arbeitsgruppen durchgeführt, die am 1. März ihre Abschlussberichte vorlegten. In Projektgruppen werden seitdem konkrete Beschaffungen vorgeschlagen. Österreich nimmt an den Projektgruppen „Hauptquartiere“, „Drohnen“, „Interoperabilität bei humanitären Einsätzen“, „Schutz vor ABC-Waffen“, „Besondere Einsatztruppen“ und „Sanitätseinheiten“ teil. Im Sachstandsbericht zu den militärischen Fähigkeiten, den der Rat Allgemeine Angelegenheiten/Außenbeziehungen am 17. November zur Kenntnis nahm, wird festgestellt, dass Fortschritte bei der Behebung bestimmter Kapazitätslücken erzielt wurden.

In Ausführung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Thessaloniki beschloss der Rat Allgemeine Angelegenheiten/Außenbeziehungen am 17. November des weiteren, eine Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung einzurichten. Zu den Aufgaben dieser Agentur, die dem Rat unterstellt sein und

Österreich in der Europäischen Union

allen EU-Mitgliedstaaten zur Teilnahme offen stehen wird, werden sowohl die Entwicklung von Kapazitäten für Krisenmanagement, die Förderung und Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungssektor, die Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis Europas und die Schaffung eines wettbewerbsfähigen europäischen Markts für Verteidigungsgüter gehören als auch die Förderung der Forschung mit dem Ziel, dadurch das industrielle Potential Europas in diesem Bereich zu stärken. Die Agentur soll im Laufe des Jahres 2004 eingerichtet werden. Der Rat beschloss weiters die Einsetzung eines Aufbaustabs, der die Errichtung der Agentur vorbereiten soll.

Parallel zu den militärischen Strukturen wurden die zivilen Krisenmanagement-Kapazitäten der ESVP weiter ausgebaut. Während bisher die Kapazitäten in den Schwerpunktbereichen Polizei, Rechtsstaatlichkeit, Zivilverwaltung und Zivilschutz sowie die Ausarbeitung eines Rahmens für die kohärente Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und militärischen Bereich im Vordergrund standen, wird nunmehr angesichts der Tatsache, dass mittelfristig die Durchführung weiterer ziviler ESVP-Missionen wahrscheinlich ist, die Stärkung der zivilen Planungsstrukturen der EU zu einer vordringlichen Aufgabe.

Darüber hinaus wurde mit den „Gemeinsamen Kriterien für die Ausbildung in Bezug auf die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung“ ein strategisches Ausbildungskonzept gebilligt. Die Umsetzung dieses Konzepts durch die EU-Mitgliedstaaten und –organe wird die Rekrutierung von zivilem Personal, das für Krisenmanagementoperationen bestens vorbereitet ist, erleichtern.

1.2.4. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Am 24. September wurde eine Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinten Nationen (VN) auf dem Gebiet des Krisenmanagements unterzeichnet, mit der ein strukturierter Rahmen für diesbezügliche Konsultationen und Zusammenarbeit festgelegt und der Weg für eine effizientere Unterstützung der VN in Krisengebieten seitens der EU geebnet wird. In der Erklärung werden vier Bereiche genannt, in denen die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen verstärkt werden sollen, nämlich Planung, Ausbildung, Kommunikation und bewährte Praktiken.

In seinen Schlussfolgerungen zur ESVP vom 17. November hob der Rat hervor, dass er der Zusammenarbeit der EU und der OSZE in den Bereichen Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge große Bedeutung beimisst.

Für bestimmte ESVP-Operationen wurde eine konkrete Zusammenarbeit mit den VN (ARTEMIS, EUPM) und mit der OSZE (PROXIMA) entwickelt.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1.2.5. Krisenmanagement-Übung

Vom 9. bis 25. November fand die erste gemeinsame Krisenmanagement-Übung der EU und der NATO, CME/CMX 03, statt. Dabei ging es hauptsächlich darum, eine ESVP-Operation mit militärischen und zivilen Elementen im Rahmen der „Berlin Plus“-Vereinbarung strategisch zu planen. CME/CMX 03 bot Gelegenheit, das Zusammenwirken von EU und NATO auf Grundlage der EU-NATO-Dauervereinbarungen im Krisenfall zu üben. Die Entscheidungsabläufe auf Ebene der EU, insb auch die Koordinierung ziviler und militärischer Instrumente, wurden ebenfalls durchgespielt. Des Weiteren waren Konsultationen auf politischer Ebene mit Drittstaaten auf der Grundlage getroffener Vereinbarungen Teil der Übung.

1.2.6. ESVP und Terrorismus

Entsprechend dem vom Europäischen Rat von Sevilla 2002 erteilten Auftrag wurde der Aufbau einer Datenbank für militärische Mittel und Fähigkeiten, die für den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Folgen von Terroranschlägen, einschließlich chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Anschläge, relevant sind, weiter vorangetrieben. Der Inhalt der militärischen Datenbank soll für den gemeinschaftlichen Katastrophenschutzmechanismus zur Verfügung gestellt werden.

1.2.7. Die ESVP im Entwurf für einen Verfassungsvertrag des Europäischen Konvents und in der Regierungskonferenz

Der Entwurf für einen Verfassungsvertrag des Europäischen Konvents enthält weitreichende Bestimmungen im Bereich der ESVP. Vorgeschlagen werden

- eine Ausweitung der Petersberg-Aufgaben auf die Bereiche Abrüstungsmaßnahmen, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Konfliktverhütung und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten;
- die Errichtung einer europäischen Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten;
- die Schaffung der Möglichkeit, dass jene EU-Mitgliedstaaten, welche besondere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die untereinander auf diesem Gebiet verbindliche Zusagen machen wollen, eine „strukturierte Zusammenarbeit“ begründen;
- die Schaffung der Möglichkeit, dass jene EU-Mitgliedstaaten, die dies wünschen, eine „engere Zusammenarbeit“ im Bereich der gegenseitigen Verteidigung begründen;
- die Einführung einer Solidaritätsklausel für alle EU-Mitgliedstaaten zur Bewältigung terroristischer Bedrohungen und Katastrophen.

In der Regierungskonferenz zeigte sich, dass die Ausweitung der Petersberg-Aufgaben, die Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten

Österreich in der Europäischen Union

sowie die Solidaritätsklausel von allen EU-Mitgliedstaaten ohne Textänderung akzeptiert werden können. Diskutiert wurden hingegen die „strukturierte Zusammenarbeit“ und die „engere Zusammenarbeit“ im Bereich der gegenseitigen Verteidigung.

Bezüglich der „strukturierten Zusammenarbeit“ setzte sich Österreich gemeinsam mit einer Mehrheit von Mitgliedstaaten dafür ein, dass diese Form der Kooperation offen, transparent und inklusiv gestaltet ist. Der zuletzt in der Regierungskonferenz diskutierte Präsidentschaftsvorschlag für diese nunmehr „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ genannte neue Form der Kooperation enthält eine Auflistung der Verpflichtungen, die ein teilnehmender EU-Mitgliedstaat einzugehen hat. Demnach haben die Teilnehmer vor allem höhere militärische Kapazitätskriterien zu erfüllen, Anstrengungen zur Erreichung bestimmter Interoperabilitätsziele zu unternehmen sowie im Rahmen von europäischen Beschaffungsprogrammen zusammenzuarbeiten. Ein wichtiges Ziel dieser Kooperation ist es, dass die teilnehmenden Staaten bis zum Jahr 2007 in der Lage sind, Verbände aufzustellen, die sich als Komponenten für schnelle Eingreifkräfte eignen und für anspruchsvolle Einsätze des Krisenmanagements bereit sind. Der Präsidentschaftsvorschlag sieht entsprechend den Wünschen Österreichs sowie der Mehrheit der Mitgliedstaaten ein transparentes Verfahren zur späteren Teilnahme an der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ vor und gewährleistet die Einbindung des Rates in die laufenden Arbeiten dieser Kooperation.

Als Ergebnis von Verhandlungen über die „engere Zusammenarbeit“ im Bereich der gegenseitigen Verteidigung, an denen sich die Außenminister Finnlands, Irlands, Österreichs und Schwedens mit einem gemeinsamen Vorschlag beteiligt haben, sieht der dem Europäischen Rat im Dezember 2003 vorgelegte überarbeitete Entwurf des italienischen Ratsvorsitzes einen Verfassungsartikel vor, der wie folgt lautet:

„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates müssen die anderen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung leisten. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.

Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der NATO eingegangenen Verpflichtungen, die für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und die Instanz für deren Verwirklichung sind.“

Aufgrund des bisherigen Verlaufs der Verhandlungen geht Österreich davon aus, dass diese Formel für alle EU-Staaten – und insb auch für unsere nicht-paktgebundenen EU-Partner Finnland, Irland und Schweden – akzeptabel ist und auch Teil eines endgültigen Konsenses über die EU-Verfassung sein dürfte.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

2. Die mittel- und osteuropäischen Staaten

2.1. Die mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten

Nachdem beim Europäischen Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 die EU-Beitrittsverhandlungen mit den drei baltischen Republiken, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn offiziell zum Abschluss gebracht worden waren, erfolgten 2003 für diese Länder weitere entscheidende Schritte auf ihrem Weg zur vollen EU-Mitgliedschaft mit 1. Mai 2004. Für Bulgarien und Rumänien bestehen klare Vorgaben, die ihren Beitritt per 1. Jänner 2007 ermöglichen sollen.

In etwas mehr als einer Dekade ist es den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas durch große Anstrengungen und Reformbemühungen gelungen, das schwierige Erbe des Kommunismus zu überwinden und beeindruckende integrationspolitische Erfolge zu erringen. Unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung der Entscheidungsträger war die Integration in die Strukturen von EU und NATO für die gesamte Außenpolitik der Staaten der Region richtungsweisend.

Österreich hat die EU-Beitrittsbemühungen der neuen Mitglieder im Rahmen seiner Möglichkeiten bestmöglich unterstützt und war stets bemüht, bestehende Hindernisse und Differenzen auszuräumen. Im Verhältnis zur Tschechischen Republik haben zahlreiche Gespräche auf Regierungsebene zu einer in die Zukunft gerichteten Orientierung in den bilateralen Beziehungen geführt. Die Bundesregierung hat dabei mit der Tschechischen Republik im Sinne der im Nationalrat angenommenen Entschließungsanträge über jene Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946, die sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen, Gespräche geführt, um unter Einbindung der betroffenen Interessenvertretungen eine menschenrechtskonforme Lösung zu erzielen, und ihre Forderungen nach einem Ausstieg aus dem AKW Temelin („Nullvariante“) abermals bekräftigt. Im Rahmen der Vereinbarungen von Melk („Melker Prozess“) sind bislang sowohl von tschechischer als auch österreichischer Seite alle festgelegten Schritte im Hinblick auf den Zeitplan zur Umsetzung der Annexe I und II der Vereinbarung von Brüssel fristgerecht erfolgt.

Gegenwärtige und zukünftige EU-Staaten der Region kooperieren (abgesehen von breiter angelegten Foren wie der OSZE oder dem Europarat) einerseits innerhalb der NATO, andererseits in Gruppierungen wie derjenigen der Ostsee-Anrainerstaaten, der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) oder dem Weimarer Dreieck (Frankreich, Deutschland und Polen). Darüber hinaus kooperiert Österreich mit seinen Nachbarländern (der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und dem „kulturellen Nachbarn“ Polen) in der Regionalen Partnerschaft sowie gemeinsam mit den dreizehn Staaten des Donaubeckens in der Donaunraumkooperation (siehe Kapitel B. V. Nachbarschaftspolitik).

Österreich in der Europäischen Union

Auch untereinander wurde die Kooperation der Beitrittsländer in der Region fortgesetzt. Die zuvor in Einzelbereichen bestehenden Irritationen zwischen den Visegrád-Partnern (Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn), etwa im Zusammenhang mit dem ungarischen Gesetz über die in Nachbarstaaten lebenden Ungarn, konnten ausgeräumt und die Beziehungen weiter verbessert werden.

Neue positive Entwicklungen sind beim Schutz von Minderheiten zu verzeichnen. Estland und Lettland haben weitere Fortschritte bei der Integration ausländischer Staatsbürger und Staatenloser erzielt. Trotzdem gibt es immer wieder Klagen Russlands über angebliche Diskriminierungen der russischen Minderheit, die auch gegenüber NATO, EU und OSZE geäußert werden. In mehreren Ländern wurde der rechtliche und institutionelle Rahmen des Minderheitenschutzes weiter gefestigt. In Bulgarien, der Slowakei und Rumänien spielen im nationalen politischen Leben Minderheiten nach wie vor eine wichtige Rolle.

In allen Ländern mit größeren Roma-Gemeinden wurden zur Verbesserung der schwierigen Lebensbedingungen der Roma Fortschritte erzielt, dennoch harrt die heikle Frage der Integration der Roma weiterhin einer umfassenden, langfristig wirksamen Lösung.

2.2. Belarus, Ukraine, Moldau

Die im Jahr 2002 lancierte „Neue Nachbarn“-Initiative (NNI) der EU für die östlichen Anrainer Belarus, Ukraine und Moldau wurde mittlerweile in ein „Wider Europe“-Konzept eingebunden, das auch die Stärkung der Beziehungen zu anderen – mittelbaren – Nachbarn, nämlich den südlichen und östlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten, umfasst. Dieses Konzept wird nunmehr als „European Neighbourhood Policy“ bezeichnet. Auch Russland soll in diesem „größeren Europa“ seine Berücksichtigung finden. Trotz der Zusammenfassung derart heterogener Regionen in einem Außenbeziehungsansatz ist aber nicht beabsichtigt, egalisierende Modelle über die jeweiligen Beziehungen der EU mit den Zielländern im „Wider Europe“-Konzept zu stützen. Die individuelle Herangehensweise an jedes einzelne Land soll gewahrt werden. In Entsprechung der Genesis dieser Initiative werden zunächst mit der Ukraine und Moldau Aktionspläne abgestimmt, die im Laufe des Jahres 2004 zu finalisieren sind. Im Fall der Ukraine soll dieser Aktionsplan die 1999 von der EU einseitig beschlossene Gemeinsame Strategie ablösen. Russland hat zu erkennen gegeben, dass der „Wider Europe“-Rahmen im Vergleich zu den Beschlüssen des Gipfeltreffens von St. Petersburg (s. Kapitel A.III.4.) kaum neue Elemente für sein Verhältnis zur EU aufweist, weshalb es diesem Ansatz gegenüber weniger Interesse entgegenbringt als die „wirklichen“ neuen EU-Nachbarn im Osten des Kontinents (Russland ist bereits seit dem Beitritt Finnlands zur EU am 1. 1. 1995 dessen unmittelbarer Nachbar).

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

2.2.1. Belarus

Die seit 1997 eingeschränkten Beziehungen der EU zu Belarus haben sich im Lauf des Jahres 2003 nicht grundsätzlich oder nachhaltig geändert. Erst im Dezember hat Präsident Alexander Lukaschenko der Wiederaufnahme von Gesprächen mit der EU über eine Reihe konkreter Anliegen zugestimmt. Sondierungen über die weitere Vorgangsweise sind Anfang 2004 aufgenommen worden. Innerhalb der EU wurde von verschiedenen Seiten wiederholt darauf hingewiesen, dass eine volle Umsetzung der „Neue Nachbarn“-Initiative (mit individuellem Aktionsplan) gegenüber Belarus so lange nicht konsequent und praktikabel erscheint, als die allgemeinen Beziehungen zwischen EU und Belarus eingeschränkt bleiben. Die in manchen Bereichen (insb Medien, NGOs, Schul- und Universitätswesen) gegenüber früher noch strikteren Maßnahmen der belarussischen Führung wie auch die Art und Weise der Durchführung von Lokalwahlen im März trugen nicht dazu bei, diese Beziehungen positiv zu beeinflussen. Die neue, von den belarussischen Behörden Anfang 2003 zugelassene OSZE-Mission („Office in Minsk“; die Bezeichnung der Vorgänger-Mission lautete „Advisory and Monitoring Group“) konnte ihrem Mandat entsprechend die Tätigkeit aufnehmen und fortsetzen. Die im November 2002 verhängten Reisebeschränkungen von 14 EU-Staaten gegen Spitzenrepräsentanten des belarussischen Regimes wegen dessen Behandlung der früheren OSZE-Mission wurden daher im April aufgehoben.

2.2.2. Ukraine

Die Kooperation der Ukraine mit der EU intensivierte sich, gleichzeitig gab die Ukraine zu verstehen, dass sie die Haltung der EU ihr gegenüber oft nicht teile, aber pragmatischer damit umzugehen gelernt habe. Es ist nunmehr sichtbar, welche Marschroute die Ukraine bei ihrer Annäherung an die EU einschlagen und welche konkreten Schritte sie bei diesem Prozess setzen muss.

Eckpfeiler der Beziehungen zwischen EU und Ukraine bleibt das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) aus dem Jahre 1994 (in Kraft seit 1998). Ein im März vorgestellter Bericht des Kooperationsausschusses spricht davon, dass die Umsetzung des Abkommens gute Fortschritte macht und bescheinigt der Ukraine substantielle Fortschritte in mehreren Bereichen, wie etwa politischer Dialog, Handel und Investitionen (inklusive Fortschritt betreffend den von der Ukraine angestrebten WTO-Beitritt), Wissenschaft und Technologie, Zoll und Statistik. Ausdrücklich gelobt wird die Kooperation auf dem Gebiet der Justiz und inneren Angelegenheiten, die sogar über den vom PKA vorgesehenen Rahmen hinausgeht. In dem Bericht ist allerdings auch davon die Rede, dass in einer Reihe von Bereichen zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind bzw. die Kooperation vertieft werden muss. Dies betrifft beispielsweise die Freiheit der Medien, weiters die Berei-

Österreich in der Europäischen Union

che Energie (vor allem die nukleare Sicherheit), Rechtsangleichung, Umwelt und Transport.

Angesichts des nach wie vor großen, noch nicht ausgeschöpften Potentials des PKA, erscheinen Wünsche der Ukraine nach einer anderen Vertragsbasis auf absehbare Zeit nicht realistisch. Dies wurde der Ukraine beim Gipfeltreffen mit der EU in Jalta am 7. Oktober und bei Besuchen der Kommissare Verheugen im September und Patten im November deutlich dargelegt. Die „europäische“ Zukunft der Ukraine liegt vorerst in der Erstellung und Durchführung eines möglichst substantiellen Aktionsplans in Entsprechung der „Neue Nachbarn“-Initiative. Dieser sollte verbindliche Zielvorgaben für beide Seiten enthalten. Differente Auffassungen bestehen noch hinsichtlich der Geltungsdauer.

Gleichwohl erscheint es wichtig, dass Kiew von Seiten der EU nicht der Eindruck vermittelt wird, dass diese an einem weiteren Ausbau der Beziehungen nicht interessiert sei. Wie dies zu bewerkstelligen ist, ohne den Bezug zur Realität zu verlieren, zeigt ein vom Ausschuss der Ständigen Vertreter als „guter Beitrag“ gewürdigtes österreichisch-ungarisches Arbeitspapier. Es schlägt erstens Prioritäten für den zu erstellenden Aktionsplan vor, nämlich die Beseitigung der letzten Hindernisse zur Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an die Ukraine, die aktive Unterstützung des ehest möglichen Beitritts der Ukraine zur WTO sowie den sofortigen Beginn von Vorbereitungsarbeiten für ein Freihandelsabkommen EU – Ukraine auf Basis von Art 4 PKA. Zweitens sieht das Papier konkrete Initiativen und Vorschläge für den Aktionsplan vor, so etwa in den Bereichen Justiz und Inneres, Wirtschaftsbeziehungen, Infrastruktur und Energie, Regionalpolitik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Umweltschutz. Es ist anzunehmen, dass Elemente des von der Ukraine sehr begrüßten österreichisch-ungarischen Papiers in der einen oder anderen Form in den Aktionsplan einfließen werden.

Österreich sieht sich innerhalb der EU gemeinsam mit Ungarn als Fürsprecher der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Union. Dies wurde von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner bereits anlässlich der Beitrittskonferenz im April in Athen artikuliert und war auch ein Thema bei ihrem Besuch in der Ukraine Anfang Juni. Ein wichtiger Testfall für die europäische Berufung der Ukraine wird sein, ob die Präsidentenwahl im Oktober 2004, sei dies eine Volkswahl oder eine Wahl durch das Parlament, den von der EU verlangten demokratischen Standards entsprechen wird.

2.2.3. Moldau

2003 hat die moldauische Führung ihre Europapolitik intensiviert und konkretisiert. Ende Februar/Anfang März nahmen ein parlamentarischer Ausschuss für Europäische Integration und der nationale Ausschuss für Europäische Integration unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten ihre Arbeiten

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

auf. Im September wurde eine EU-Abteilung im Außenministerium geschaffen und im Oktober das langerwartete „Konzept zur Integration der Republik Moldau in die EU“ präsentiert, das als erklärtes Ziel den Assoziiertenstatus bis 2007 nennt.

Während die EU ihre Beziehungen mit Moldau für die absehbare Zukunft im Rahmen der „Neue Nachbarn“-Initiative sieht, plädiert Moldau für eine Anerkennung als südosteuropäischer Staat und damit für eine Gleichbehandlung mit den westbalkanischen Ländern des Stabilitäts- und Assoziationsprozesses (SAP). Anfang Dezember hielt sich EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen zu einem Arbeitsbesuch in der Republik Moldau auf, um die „Wider Europe“-Initiative vorzustellen und einen gemeinsam zu erarbeitenden Aktionsplan zu diskutieren. Die Einrichtung einer Vertretung der Kommission in Moldaus Hauptstadt Chişinău wurde mittelfristig ins Auge gefasst.

Die Union kam dem Wunsch Moldaus nach, sich im Transnistrienkonflikt verstärkt zu engagieren. Im Februar erließ die Union ein Visaverbot für 17 transnistrische Politiker und schloss – im Zusammenwirken mit den USA – weitere Maßnahmen nicht aus. Diese Maßnahme trug dazu bei, dass Transnistrien im März die Blockade des Abtransports und der Vernichtung der in Transnistrien unter katastrophalen Bedingungen lagernden 40.000 Tonnen Russland gehörender Munition aufhob. Die von der OSZE-Ministerkonferenz im Dezember 2002 in Porto verlängerte Frist bis Ende 2003 konnte zwar nicht eingehalten werden, doch bis Ende November wurden knapp 50% des Kriegsmaterials abtransportiert.

Im Februar präsentierte Präsident Vladimir Voronin eine neue, von der Union begrüßte, Initiative für eine Lösung des Transnistrienkonflikts. Demnach sollte ein Verfassungsausschuss bestehend aus Vertretern des moldauischen Parlaments und des transnistrischen Obersten Sowjet einen Verfassungsentwurf für einen wiedervereinigten Gesamtstaat erarbeiten, der in der Folge durch internationale Experten begutachtet und anschließend einem Referendum mit gleichzeitigen Parlamentswahlen sowie Wahl einer Gesamtstaatsregierung und eines Präsidenten in beiden Landesteilen unterzogen werden könnte. Die EU nahm an diesem Verfassungsausschuss nach dessen Konstituierung als Beobachter teil. Moldau deponierte in der Folge wiederholt seine Einladung an die Union zur Teilnahme an einer internationalen Sicherheitspräsenz nach einem erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen.

Vor und während ihres halbjährigen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats zwischen Mai und November kam die Republik Moldau in den Genuss einer Phase der innenpolitischen Stabilität, die sich auch im Wahlerfolg der regierenden KP bei den Lokalwahlen im Mai widerspiegelte. Die Beziehungen zwischen dem cisnistrischen Teil Moldaus und Transnistrien verschlechterten sich im Laufe des Jahres, nachdem neben gegenseitigen wirt-

Österreich in der Europäischen Union

schaftlichen Sanktionen eine Blockade der Mobiltelefonie („Telephonkrieg“) im Oktober und November die Kommunikationsmöglichkeiten einschränkte. Die Veröffentlichung des sogenannten „Kosak-Memorandums“ im November, eines im Wesentlichen russisch inspirierten Verfassungsentwurfs, der außerhalb des fünfseitigen Verhandlungsrahmens zur Lösung des Konflikts (diese fünf Seiten sind die beiden moldauischen Streitparteien und die drei Mediatoren Russland, Ukraine und OSZE) erstellt wurde, setzte eine Protestbewegung der moldauischen Opposition in Gang. Sie beschloss, bei den Parlamentswahlen 2005 in einem Wahlbündnis anzutreten. Nach Kritik seitens des OSZE-Vorsitzes, der EU und der USA am Inhalt des Memorandums scheiterte diese Initiative.

Bei einem weiteren Problem im Transnistrienkonflikt gab es ebenfalls Bewegung: Die Frage der Grenzkontrollen zwischen der Ukraine und der Republik Moldau kam einer Lösung näher, nachdem eine bilaterale Einigung über die Anerkennung der moldauischen Zollstempel durch die Ukraine mit 1. Juli in Kraft trat. Die EU-Kommission bot Expertise und weitergehende Unterstützung bei der Kontrolle der ukrainisch-moldauischen Grenze an. Im Rahmen der weiteren Transnistrienverhandlungen schlug im Juli der niederländische OSZE-Vorsitz eine künftige internationale Sicherheitspräsenz (etwa in Form einer „Peace Consolidation Force“) unter EU-Führung vor, die jedoch von der EU abgelehnt wurde. Die EU zeigte sich aber bereit, an einer multinationalen Lösung unter der Ägide der OSZE teilzunehmen. Die auch nur konzeptuellen Erwägungen derartiger Pläne noch vor dem Erkennbarwerden einer innerstaatlichen politischen Lösung dürften zur Verhärtung gewisser transnistrischer Positionen in der zweiten Jahreshälfte beigetragen haben.

2.3. Südkaukasien

Die Beziehungen der EU zu den Staaten Südkaukasiens (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) standen unmittelbar mit den in allen drei Ländern stattgefundenen Wahlen im Zusammenhang. Nach den Präsidentschaftswahlen in Armenien und Aserbaidschan und den Parlamentswahlen in Armenien und Georgien veröffentlichte die EU Erklärungen, die unter Hinweis auf manche Fortschritte die mangelnde Beachtung und Pflege international geltender Standards und Regeln feststellten und eine zukünftige bessere Durchführung der Wahlen sowie Transparenz einforderten.

Gleichzeitig setzte die EU ihre Intensivierung der Beziehungen mit der Region durch die im Juli erfolgte Bestellung des ersten Sonderbeauftragten für Südkaukasien, Heikki Talvitie, fort, der die Region bis Jahresende fünf Mal besuchte. Das Mandat des Sonderbeauftragten sieht vor, die EU-Politik gegenüber der Region, insb auf den Gebieten der politischen und wirtschaftlichen Reformen voranzutreiben, weiters eine Stärkung des Beitrags zur Konfliktlösung und -verhinderung und der regionalen Zusammenarbeit. Die südkaukasischen Staaten zeigten sich mit dieser Bestellung und den Aufga-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

ben des Sonderbeauftragten sehr zufrieden, drückten gleichzeitig aber ihre Enttäuschung über die Nichtaufnahme ihrer Region in den geographischen Anwendungsbereich des „Weiteren Europa“ aus.

Die Parlamentswahlen in Georgien vom 2. November und der am 23. November erfolgte Rücktritt von Staatspräsident Eduard Schewardnadse erforderten von der EU rasche Reaktionen, um ihr Engagement in der Region auch sichtbar unter Beweis zu stellen. Neben einer Erklärung, in der das Verhalten Schewardnadses gewürdigt und zur Besonnenheit der neuen Führung aufgerufen wurde, wurde Heikki Talvitie noch am 23. November beauftragt, möglichst rasch nach Georgien zu reisen. Seine Besuche sollten die Unterstützung der EU für die neuen politischen Gegebenheiten in Georgien ausdrücken, zugleich aber sowohl die Rolle der EU als wichtiger internationaler Akteur in der Region manifestieren als auch die Bedürfnisse der neuen Regierung ausloten, wobei georgischerseits ein umfassender Katalog mit Unterstützungsbitten übergeben wurde. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisteten umgehend umfangreiche finanzielle Hilfe, insb auch im Hinblick auf die für 4. Jänner 2004 angesetzten Präsidentschaftswahlen. Die in Tbilisi residenten EU-BotschafterInnen trafen am 28. November mit Präsidentschaftskandidat Michael Saakaschwili, der den Umsturz in Georgien eigentlich herbeigeführt hatte und dann auch bei den erwähnten Wahlen mit überwältigender Mehrheit zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, zu einem Meinungsaustausch zusammen. Die amtierende Staatspräsidentin Nino Burdschanadse traf am 2. Dezember in Brüssel auch EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, um die EU über die aktuellen Entwicklungen in Georgien zu informieren und Unterstützung für die neuen Machtstrukturen sicherzustellen. Am 9. Dezember wurden Ratskonklusionen zur Situation in Georgien und Südkaukasien angenommen, in der die EU der neuen georgischen Führung ihre Unterstützung und die Respektierung der territorialen Integrität zusichert, zur Bewahrung der Stabilität aufruft und allen drei südkaukasischen Staaten intensiviertere Beziehungen zur EU in Aussicht stellt. Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments diskutierte am 2. Dezember einen Bericht über die Politik der EU gegenüber Südkaukasien, wobei ein verstärkter Einsatz der EU zur Stabilisierung der Region, deren Aufnahme in das Konzept des „Weiteren Europa“, die Schaffung eines Stabilitätspakts und eine Unterstützung für regionale Energieversorgungssysteme gefordert wurden.

Im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit den drei südkaukasischen Staaten fanden am 30. September in Brüssel Sitzungen der Kooperationsräte auf Außenministerebene statt, die im Juni durch entsprechende Kooperationskomitees in den drei südkaukasischen Hauptstädten vorbereitet worden waren. Ebenso fanden Parlamentarische Kooperationskomitees statt. Eine EU-Troika unter Leitung der italienischen Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten, Margherita Boniver, besuchte vom 7. bis 10. Juli die Region.

Österreich in der Europäischen Union

Außer den Erklärungen bzw. Demarchen im Zusammenhang mit der Wahl gab die EU noch eine Erklärung zur Abschaffung der Todesstrafe in Armenien ab und führte in Georgien eine Demarche im Zusammenhang mit der Respektierung religiöser Freiheiten durch.

Um die Integration in europäische Strukturen seinerseits voranzutreiben, verabschiedete das georgische Parlament am 28. März eine Resolution über die Beschleunigung der Integrationsprozesse Georgiens in die EU. Georgien erhielt außerdem für die vom abchasischen Konflikt betroffene Bevölkerung seitens des European Community Humanitarian Office (ECHO) humanitäre Hilfe in der Höhe von 2,2 Mio. Euro.

Das TACIS-Programm zur Modernisierung der Zollverwaltung unter Leitung eines Österreicherers wurde fortgeführt. Die österreichische Plattform Zivildienst erhielt den Zuschlag für ein TACIS-Programm zur Ausarbeitung eines Zivildienstes in Georgien. Die Universität für Bodenkultur unterhält zwei TACIS-TEMPUS-Projekte mit Georgien. Im TACIS-Büro in Jerewan ist ein Österreicher beschäftigt.

3. Südosteuropa / Westlicher Balkan

3.1. Entwicklungen in den einzelnen Staaten

3.1.1. Kroatien

Kroatien unternahm im Berichtszeitraum eine Reihe von Reformen, um das Land näher an die EU zu führen. Dazu zählten die Verabschiedung des Gesetzes über den kroatischen Rundfunk sowie von Novellen zu den Wahlgesetzen. Ebenso konnte die Militärreform erfolgreich fortgeführt werden.

Das von Österreich im März 2002 ratifizierte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) Kroatiens mit der EU konnte auch im Jahr 2003 noch nicht in Kraft treten. Einige EU-Mitgliedstaaten machten ihre Ratifikation von einer Verbesserung der Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal (ICTY) abhängig. Dies betrifft insb die Auslieferung des kroatischen Generals Ante Gotovina. Der ebenfalls vom ICTY angeklagte Generalstabschef Janko Bobetko verstarb im April noch vor seiner angekündigten Auslieferung nach Den Haag.

Kroatiens Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten war von zahlreichen positiven Entwicklungen gekennzeichnet. Im März beschloss der Sabor das Inkrafttreten des Abkommens zwischen Kroatien und Slowenien über die beiderseitigen Rechte und Pflichten im AKW Krško. Anfang Mai unterzeichnete Außenminister Tonino Picula die gemeinsam mit Albanien, Mazedonien und den USA abgeschlossene „Adriatic Charter“. Im Juni erfolgte die Suspendierung der Visapflicht gegenüber Staatsbürgern von Serbien und Montenegro. Dem Drängen der USA, ein Abkommen über die Nichtauslieferung von US-Bürgern an den Internationalen Strafgerichtshof zu unterzeich-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

nen, gab Kroatien im Hinblick auf seine EU-Beitrittsbestrebungen nicht nach. Das Verhältnis zu Slowenien erfuhr jedoch durch den im Oktober gefassten Beschluss des Sabor, eine Fischerei- und Umweltzone in der Adria auszurufen, eine deutliche Belastung.

Am 23. November fanden Parlamentswahlen statt, die zu einem Machtwechsel von der von den Sozialdemokraten geführten Koalition zur Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) unter ihrem Vorsitzenden Ivo Sanader führten. Am 23. Dezember wurde die neue kroatische Regierung unter Premierminister Sanader angelobt. Die Regierung wird von den Vertretern der serbischen Minderheit unterstützt, die acht Vizeminister stellt.

3.1.2. Bosnien und Herzegowina

Das Jahr 2003 stand im Zeichen der Ausarbeitung und Durchführung diverser staatlicher Reformen sowie der langsamen Annäherung an die EU. Reformen wurden in erster Linie vom Hohen Repräsentanten (HR) der VN und Sonderbeauftragten der EU, dem Briten Lord Ashdown, vorangetrieben und orientierten sich an dem zu Beginn des Jahres 2003 festgelegten „Mission Implementation Plan“, einem Katalog jener Maßnahmen, die vor einem zukünftigen Auslaufen der Tätigkeit des HR zu setzen sind. Zu den inhaltlichen Fortschritten zählten dabei insb die Reform des Steuersystems und die Annahme der Verteidigungsreform durch alle gesetzgebenden Körperschaften des Gesamtstaats und der Entitäten im Dezember. Zu den weiteren Erfolgen zählten die Einrichtung eines Gerichtshofs auf Gesamtstaatsebene samt dem Aufbau einer Sonderkammer für Kriegsverbrechen, die in Zukunft Verfahren gegen Kriegsverbrecher vom Haager Kriegsverbrechertribunal übernehmen soll. Der Aufbau dieser Sonderkammer wird von Österreich im Rahmen der Ostzusammenarbeit des BMaA finanziell unterstützt. Im März und Juli setzte der HR gemeinsam mit SFOR und den USA Schritte zur Bekämpfung jener kriminellen Strukturen, die vermutlich das Netzwerk des vom ICTY gesuchten Radovan Karadžić bilden. Die Chefanklägerin des Haager Tribunals beklagte jedoch in ihrem Bericht an den SR vom Oktober die weiterhin fehlende Kooperation der Behörden in beiden Entitäten. Das Mandat von Lord Ashdown wurde im Dezember bis zum Mai 2005 verlängert. Die weiterhin schlechte Wirtschaftssituation, welche der HR mit dem sog. „Bulldozer“-Komitee, einer Initiative zum Abbau von bürokratischen und investitionsfeindlichen Barrieren, zu verbessern sucht, zog zahlreiche Streiks und Proteste nach sich. Am 19. Oktober verstarb der Gründer und frühere Vorsitzende der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) und ehemalige Präsident Alija Izetbegović in Sarajevo.

3.1.3. Serbien und Montenegro

Nachdem im März 2002 mit dem sogenannten Belgrader Abkommen die Gründung einer Staatenunion zwischen den beiden Republiken Serbien und

Österreich in der Europäischen Union

Montenegro vereinbart worden war, konnte die Verfassung dieser Union erst im März 2003 verabschiedet werden. Die Bundesrepublik Jugoslawien, die 1992 von Slobodan Milošević nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien gegründet worden war, hörte damit zu existieren auf. Der neue Staat erhielt den Namen Serbien und Montenegro. Es wurde eine fünfköpfige Regierung (Ressorts: Äußeres, Verteidigung, Menschen- und Minderheitenrechte, Außenwirtschaft, Binnenwirtschaft) unter der Führung des Präsidenten der Union gebildet. Zum Präsidenten wurde der aus Montenegro stammende Svetozar Marović gewählt. Nach Ablauf von drei Jahren steht es den Republiken frei, ein Referendum über den Verbleib bei der Staatenunion abzuhalten.

Am 3. April wurde Serbien und Montenegro in den Europarat aufgenommen.

Beim ersten offiziellen Besuch eines kroatischen Präsidenten in Serbien und Montenegro am 10. September entschuldigten sich die beiden Präsidenten Marović und Stipe Mesić für das Leid, das den jeweils anderen Staatsbürgern während des jüngsten Krieges zugefügt worden war. Eine Entschuldigung gegenüber dem bosnischen Volk sprach Marović bei seinem Besuch in Sarajewo am 13. November aus.

Überschattet wurden diese positiven Entwicklungen auf Ebene der Union und der Region durch die Ermordung des serbischen Premierministers Zoran Djindjić am 12. März in Belgrad, welche tiefe Erschütterungen in Serbien zur Folge hatte. Das Attentat war ein Versuch krimineller Kreise, durch den Sturz der Regierung ihre unter Milošević begonnenen Aktivitäten abzusichern und sich drohender Strafverfolgung zu entziehen. Entschlossenes Handeln der Regierung, u. a. durch die Verhängung des Ausnahmezustandes, verhinderte in der Folge weitere Anschläge und das beabsichtigte politische Chaos. An den Begräbnisfeierlichkeiten in Belgrad nahm Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als Vertreter Österreichs teil.

Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes am 23. April traten die internen Differenzen der serbischen Regierungskoalition Demokratische Opposition Serbiens (DOS) wieder offen zutage. Im Sommer und im Frühherbst erschütterte darüber hinaus eine Reihe von Skandalen (Korruption, Amtsmissbrauch) Serbien.

Am 16. November scheiterte auch der dritte Versuch einen serbischen Präsidenten zu wählen an der Wahlbeteiligung, die unter den gesetzlich erforderlichen 50% der Stimmberechtigten lag. Der Kandidat der Serbischen Radikalen Partei (SRS), Tomislav Nikolić, konnte überraschend knapp 47% der Stimmen auf sich vereinigen. Am 28. Dezember fanden schließlich Parlamentswahlen in Serbien statt, bei denen die SRS zur stärksten Partei wurde. Die DOS, die den Sturz von Milošević im Oktober 2000 erreicht hatte, löste sich vor den Wahlen auf.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Im Kosovo zeichnete UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) weiterhin für die Erfüllung der Sicherheitsrats-Resolution 1244 (1999) verantwortlich. Mit Ende Juni trat der Leiter von UNMIK, Michael Steiner (Deutschland), von seiner Funktion zurück. Im August 2003 nominierte VN-GS Kofi Annan Harri Holkeri (Finnland) als dessen Nachfolger. Am 14. Oktober fand in Wien die erste Gesprächsrunde seit Ende des Krieges zwischen Vertretern der Republik Serbien und des Kosovo zur Führung eines Dialogs über praktische Probleme statt. Serbien war durch Premierminister Zoran Živković vertreten, Kosovo durch Präsident Ibrahim Rugova. Von Seiten der internationalen Gemeinschaft nahm Holkeri als Leiter der Gespräche teil sowie für die EU der Hohe Repräsentant für die GASP, Javier Solana, und Kommissar Chris Patten, für die NATO GS George Robertson und für die OSZE der amtierende Vorsitzende, der niederländische Außenminister Jaap de Hoop Scheffer. Die Fortsetzung der Direktgespräche wurde vereinbart. Am 10. Dezember präsentierte Holkeri formell Richtlinien zur Erfüllung von Standards, darunter Demokratisierung, Menschen- und Minderheitenrechte, Rückkehr von Flüchtlingen sowie Klärung von Eigentumsrechten. Damit sollen, bevor eine Entscheidung über den künftigen politischen Status des Kosovo gefällt werden kann, die Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben aller Einwohner des Kosovo sichergestellt werden.

Nach den Wahlen vom Oktober 2002 wurde am 9. Januar in Montenegro eine Regierungskoalition unter der Führung des kurz zuvor aus dem Präsidentenamt geschiedenen Milo Djukanović gebildet. Nachdem zweimal die Präsidentenwahlen wegen zu geringer Wahlbeteiligung im Dezember 2002 und Februar 2003 gescheitert waren, wurde am 11. Mai nach der Aufhebung der Regelung über eine Mindestbeteiligung von 50% der Wahlberechtigten der Regierungskandidat und bis dahin Premierminister Filip Vujanović zum Präsidenten Montenegros gewählt.

Die Regierung stand weiterhin wegen eines anhängigen, noch immer ungeklärten Menschenhandelsfalls, in den höchste Kreise involviert sein sollen, unter Druck. Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft vom Mai, kein Gerichtsverfahren gegen die Hauptbeschuldigten zu eröffnen, brachte Montenegro scharfe internationale Kritik ein. Im November wurde seitens der neuen Generalstaatsanwältin die Wiederaufnahme der Untersuchungen angeordnet.

3.1.4. Albanien

Die anhaltende Spaltung der regierenden Sozialistischen Partei (SP) in zwei Flügel um den Parteivorsitzenden und Premierminister Fatos Nano und den Vizepremier- und Außenminister Ilir Meta führte im zweiten Halbjahr zu einer schweren politischen Krise. Nach dem Rücktritt Metas im Juli und der Amtsenthebung von Innenminister Luan Rama im Oktober scheiterte deren

Österreich in der Europäischen Union

Nachbesetzung in Folge der Parteispaltung wiederholt an der fehlenden Zustimmung im Parlament. Erst nach der überwältigenden Bestätigung von Nano als Parteivorsitzender am SP-Parteikongress vom 12./13. Dezember gelang die Nachbesetzung und Umgestaltung des Kabinetts. Die neue Regierung wurde am 30. Dezember angelobt.

Am 12. Oktober fanden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes statt, das in Zusammenarbeit mit der OSZE und dem Europarat ausgearbeitet worden war und das das albanische Wahlrecht näher an europäische Standards heranführen soll. Nach Einschätzung einer von der OSZE und dem Europarat durchgeführten internationalen Wahlbeobachtungsmission war die Abhaltung der Lokalwahlen ein weiterer Fortschritt Albaniens bei der Erfüllung der entsprechenden internationalen Standards. Die weiterhin bestehenden Mängel betrafen insb die Wählerlisten. Die Lokalwahlen, bei denen beide großen Parteien Wahlerfolge erringen konnten, führten zu einer deutlichen Aufweichung der sich bereits in bedenklicher Weise verfestigenden politischen Aufteilung des Landes in Nord (Demokratische Partei) und Süd (Sozialistische Partei).

3.1.5. Mazedonien

Mit einem im März zwischen den wichtigsten Regierungsparteien, dem ethnisch-mazedonischen Sozialdemokratischen Bund für Mazedonien (SDSM) und der ethnisch-albanischen Demokratischen Union für die Integration (DUI), abgeschlossenen „Kompromisspaket“ wurden drei Aktionspläne der Regierung zur Implementierung des Ohrid-Rahmenabkommens (geschlossen im August 2001 zur Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen) in den Bereichen „gerechte Vertretung“ der ethnischen Albaner in der Verwaltung, Verwendung der albanischen Sprache im Parlament und auf öffentlichen Dokumenten sowie Verwirklichung der Gemeindeautonomie vereinbart. Mitte Dezember wurden die Regierungsvorlagen für die Gesetze über die Neuziehung der Gemeindegrenzen, die Finanzierung der Gemeindeautonomie und die Stadt Skopje nach langem politischen Tauziehen im Parlament eingebracht. Zuvor war das Resultat der Volkszählung vom November 2002 offiziell bekannt gegeben worden, demzufolge der Anteil der ethnischen Albaner an der mazedonischen Bevölkerung 25,17% beträgt.

Von 31. März bis 15. Dezember übernahm die EU mit der Mission CONCORDIA die Aufgaben der ausgelaufenen NATO-Operation „Allied Harmony“. Die Präsenz der EU ist weiterhin durch die an diesem Tag angelaufene Polizeimission PROXIMA gegeben (vgl zu beiden EU-Missionen näher Kapitel A.III.1). Nach Spannungen Anfang des Jahres auf Grund der bevorstehenden Entlassung hunderter Angehöriger der „Löwen“-Sonderpolizei wurde die Labilität der Sicherheitslage in Mazedonien insb in der zweiten Jahreshälfte deutlicher, als es im Skopska Crna Gora-Gebirge zu Aktionen bewaffneter und uniformierter ethnischer Albaner kam, die die Bildung einer „befreiten

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Zone“ in dieser Region beabsichtigten. Die bewaffneten Gruppen konnten Anfang September im Zuge von Gefechten mit mazedonischen Armeeeinheiten und Sonderpolizei zerschlagen werden. Die konkrete Vorgangsweise ließ jedoch Mängel in der Organisation der Sicherheitskräfte erkennen und hatte eine schwere Koalitionskrise zur Folge. Diese konnte nicht zuletzt auf Grund der Vermittlungstätigkeit des Sonderbeauftragten der EU, des Belgiers Alexis Brouhns, beigelegt werden. Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner betonte gegenüber mazedonischen Politikern wiederholt die Wichtigkeit einer raschen und vollständigen Umsetzung des Ohrid-Abkommens und unterstützte auch auf diese Weise die Tätigkeit des EU-Sonderbeauftragten.

3.2. Der Westliche Balkan und die Europäische Union

Der positive Trend des Jahres 2002 fand auch im Berichtszeitraum seine Fortsetzung. Die Region des Westlichen Balkan unternahm vielfältige Schritte in Richtung fortgesetzte Stabilisierung und Annäherung an die europäischen Strukturen. Als Krisenregion kann der Westliche Balkan nicht mehr bezeichnet werden, das heißt, die Gefahr eines Wiederaufflammens von zwischenstaatlicher oder zwischenethnischer Gewalt konnte auf Grund von Bemühungen der Staaten selbst, aber auch dank tatkräftiger Mithilfe der EU weiter gemindert werden. Auf Grund der noch immer schlechten wirtschaftlichen Lage ist jedoch nach wie vor das Potenzial für Instabilität gegeben.

Die weitere Annäherung der Staaten des Westbalkans an die Europäische Union ist eine der Prioritäten der österreichischen Außenpolitik. Der institutionelle Rahmen dafür ist der seit 1999 bestehende **Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP)**, der beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder mit jenen des Westbalkans am 21. Juni in Thessaloniki wesentliche neue Impulse erhielt. Österreich beteiligte sich intensiv an der den Gipfel vorbereitenden Orientierungsdebatte, in der es vor allem darum ging, aus dem derzeitigen Beitrittsprozess gewonnene Erfahrungen in geeigneter Weise für den Ausbau des SAP zu nutzen.

Die Staats- und Regierungschefs nahmen beim Gipfel die „Agenda von Thessaloniki für die westlichen Balkanstaaten: Auf dem Weg zur Europäischen Integration“ sowie eine Gemeinsame Erklärung an. Diese beiden Dokumente schaffen den Rahmen für die Zusammenarbeit der EU mit dem Westbalkan in den kommenden Jahren. Inhaltlich erfährt der SAP durch mehrere Vorbeitrittsinstrumente eine Anreicherung. Zu den bereits bestehenden Jahresberichten über die Fortschritte der betroffenen Länder bei der Umsetzung des SAP, welche die Europäische Kommission im März zum zweiten Mal vorlegte, kommen nun auch Europäische Partnerschaften, die ähnlich den Beitrittspartnerschaften im derzeit laufenden Erweiterungsprozess konzipiert sind. Der Gipfel rief das „Forum EU – Westliche Balkanstaaten“ ins Leben, das den bereits bestehenden Politischen Dialog ausweitet. Es sieht regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs, jährliche Treffen der Außen-

Österreich in der Europäischen Union

Innen- und JustizministerInnen und intensive Konsultationen von ParlamentarierInnen sowie Beamten vor. Ein erstes Treffen der Innen- und JustizministerInnen fand am 28. November in Brüssel statt, gefolgt von einem der AußenministerInnen am 9. Dezember in Brüssel. Die Staaten des Westlichen Balkans haben weiters die Möglichkeit, sich den Demarchen, Erklärungen und Gemeinsamen Standpunkten der EU zu GASP-Fragen anzuschließen.

Die Aufstockung der Mittel aus dem Reformen unterstützenden EU-Hilfsprogramm CARDS um 200 Millionen Euro sowie die Möglichkeit der Beteiligung an weiteren Gemeinschaftsprogrammen für die Länder des Westbalkans flankieren die Gipfelbeschlüsse. Das die öffentlichen Verwaltungen unterstützende Twinning-Programm steht nun allen Ländern des Westbalkans zur Verfügung. Aufbauend auf umfangreichen Erfahrungen in Mittel- und Osteuropa sind österreichische Institutionen auch am Westbalkan verstärkt tätig. Zu nennen sind etwa ein großes Projekt betreffend Zollmanagement in Kroatien und eines zur Reform der Strafanstalten in Albanien.

Der Gipfel von Thessaloniki brachte aber nicht nur ein Bekenntnis zu einem intensiveren Engagement der EU, sondern verpflichtete auch die geographisch in voraussichtlich naher Zukunft von EU-Mitgliedstaaten umschlossenen Ländern des Westbalkans zu vermehrten Anstrengungen im Sinne der politischen und wirtschaftlichen Kriterien des SAP-Prozesses. Die beim Gipfel festgelegte weitreichende Agenda deckt sich mit der österreichischen Absicht, die Staaten des Westbalkans als potentielle Beitrittskandidaten angesichts der traditionell intensiven politischen und wirtschaftlichen Verbindungen so schnell wie möglich an die EU-Strukturen heranzuführen. Dabei kommt dem Prinzip der individuellen Bewertung der erzielten Fortschritte jedes einzelnen Landes große Bedeutung zu. Um die Erfahrungen des derzeitigen Erweiterungsprozesses besser nutzen zu können, veranstaltete das BMAA in Zusammenarbeit mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa am 5. Mai in Wien die Konferenz „The Transformation Experience: Constructing a Central and South Eastern European Partnership“.

Komplementär zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess setzte der **Stabilitätspakt für Südosteuropa** unter Leitung von Sonderkoordinator Vizekanzler a. D. Erhard Busek zahlreiche Initiativen zur Heranführung der Region an die EU und zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der Region selbst. Angesichts der weitgehenden Stabilisierung der Region seit der Gründung des Stabilitätspaktes 1999 verfolgt Sonderkoordinator Busek erfolgreich das Ziel, in den Ländern Südosteuropas entstehende regionale Initiativen zu unterstützen und Aktivitäten in der Region selbst durchzuführen. Österreich engagierte sich weiter bei einer Reihe von Stabilitätspaktinitiativen und leistete finanzielle Beiträge. Die Initiative zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, einem der bedeutendsten Aufgabengebiete des Stabilitätspaktes 2003, steht seit Mai unter österreichischem Vorsitz. Weiters leiten Österreicher die Task Forces Menschenhandel, Bildung und Jugend

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

sowie Investment Compact, in deren Rahmen am 10./11. Juli eine Ministerkonferenz „Pushing Ahead with Reform: Removing Obstacles to Foreign Direct Investment in South East Europe“ unter Vorsitz von Bundesminister Martin Bartenstein stattfand. Österreich stellt den Direktor des in Agram angesiedelten Regionalen Unterstützungszentrums zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa (RACVIAC). Im Bereich Energie arbeitete Österreich an der Ausarbeitung eines „Memorandum of Understanding on the Regional Energy Market in South East Europe and its Integration into the European Community Internal Energy Market“ mit und unterzeichnete dieses am 8. Dezember in Athen. Weitere österreichische Schwerpunkte im Rahmen des Stabilitätspaktes sind die Reintegration von Flüchtlingen, Migrationsfragen, Medien und Soziales.

4. Russland

In seiner jährlichen Botschaft an die Russische Nation erklärte Präsident Wladimir Putin im Mai, dass es das strategische Ziel seiner Regierung sei, Russland zu einem „starken, wirtschaftlich modernen und einflussreichen Staat“ zu machen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre werde eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts und damit verbunden auch eine Verringerung der Armut in der Bevölkerung angestrebt. Als weitere Ziele nannte der Präsident die volle Konvertibilität des Rubels, eine einschneidende Verwaltungsreform und damit einhergehend eine Eindämmung der Bürokratie.

Die Fundamentaldaten der russischen Wirtschaft sind weiterhin signifikant; die wirtschaftliche Entwicklung Russlands ist durch beachtliche Budgetüberschüsse, enorme Devisenreserven dank der Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasexporten und durch ein eindrucksvolles Wirtschaftswachstum in der Höhe von fast 7% gekennzeichnet. Die Ereignisse rund um das Erdölunternehmen JUKOS beeinträchtigten das wirtschaftliche Umfeld nicht wesentlich. Zwar gab der russische Aktienindex RTS kurzfristig nach und der Abfluss von Kapital ins Ausland nahm zu, dennoch wird angenommen, dass bei Ausbleiben weiterer staatlicher Zwangsmaßnahmen gegen Privatunternehmen ausländisches Kapital schon bald wieder nach Russland strömen wird, da dort hohe Gewinne zu erzielen sind.

Der Kreml versicherte westlichen Investoren, dass die Rechte von Wirtschaftstreibenden nicht eingeschränkt werden, solange sich diese nicht in das politische Geschehen einmischen. Die Ergebnisse der Privatisierung der 90er Jahre sollen nicht in Frage gestellt werden. Gefragt sind offenbar unpolitische Technokraten an der Spitze der russischen Unternehmen, die für wirtschaftliche Effizienz, Beschaffung ausländischer Investitionen und Technologie sowie für vermehrte Steuerleistung sorgen sollen.

Mit der Verhaftung des Jukos-Vorsitzenden Michael Chodorkowskijs und dem Rücktritt des noch aus der Ära Jelzin stammenden Leiters der Präsi-

Österreich in der Europäischen Union

denschaftsadministration Alexander Woloschin dürfte ein neuer Abschnitt in der russischen Innenpolitik begonnen haben. Nach der Entmachtung der Gouverneure, ihrer Unterstellung unter die russische Zentralmacht sowie nach der Einschränkung der Unabhängigkeit der audio-visuellen Medien sollen nun offenbar die „Oligarchen“ der staatlichen Kontrolle unterworfen werden. Die Produktionsmittel sollen zwar in privatem Besitz bleiben, der prosperierende Privatsektor – die Basis für das Wiedererstehen eines mächtigen Russlands – soll jedoch staatlicher Kontrolle unterliegen.

Die im Besitz eines privaten Unternehmerkonsortiums befindliche Fernsehanstalt TV6 wurde im Mai geschlossen. Damit wurde auch das letzte landesweit zu empfangende, regierungsunabhängige Fernsehprogramm eingestellt. Schwerwiegende Probleme im Bereich der inneren Sicherheit, wie Terrorismus, Korruption, Drogenmissbrauch und illegale Immigration, waren Anlass für eine Umgliederung der russischen Sicherheitsdienste.

Im März hat sich die Bevölkerung Tschetscheniens für die Annahme einer neuen Verfassung ausgesprochen. Tschetschenien bleibt eine autonome Republik im Rahmen der Russischen Föderation; es soll über einen eigenen Republikspräsidenten und ein eigenes Parlament verfügen. Zum neuen tschetschenischen Präsidenten wurde im Oktober Achmed Kadyrow gewählt, nachdem zuvor chancenreiche Gegenkandidaten auf ihre Kandidatur verzichtet hatten. Die Präsidentenwahl war ein Beispiel der sogenannten „geleiteten Demokratie“. Es hat bisher nicht den Anschein, dass es damit gelungen ist, einen politischen Prozess einzuleiten, der zur Befriedung Tschetscheniens führen wird.

Aus den Dumawahlen im Dezember sind die Präsidentenpartei „Einiges Russland“ sowie zwei andere ebenfalls kremlfreundliche Gruppierungen, nämlich die nationalistischen Liberaldemokraten Wladimir Schirinowskijs und der sozialistisch-nationalistische „Rodina“-Block als Sieger hervorgegangen. Die gleichzeitige beträchtliche Schwächung der Kommunisten und die weitgehende Eliminierung der liberalen Abgeordneten (Jabloko und Union der Rechten Kräfte) aus der Duma bedeuten die Entstehung einer neuen Parteienlandschaft und wahrscheinlich auch den Beginn einer neuen politischen Ära in Russland. Der Ausgang der Dumawahlen stellt einen beachtlichen persönlichen Erfolg Präsident Putins dar, der nun die Hauptverantwortung für die Politik Russlands trägt. Der Duma wird in Zukunft vor allem eine unterstützende Rolle zukommen.

Der Ausbau der Beziehungen Russlands zu den anderen Teilnehmern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bleibt eine Priorität der russischen Außenpolitik. Anlässlich des GUS-Gipfeltreffens in Jalta haben am 19. September die Präsidenten der Russischen Föderation, der Ukraine, Kasachstans und Belarus' ein Rahmenabkommen über die schrittweise Schaffung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums („Single Economic Space“; SES) unterzeichnet. Dieser soll eine Zollunion, einen freien Güter-, Dienstleis-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

tungs-, Personen- und Kapitalverkehr sowie gemeinsame Politiken in wirtschaftsrelevanten Bereichen umfassen. Über jeden einzelnen Integrations-schritt entscheidet jeder Mitgliedstaat autonom. Der ukrainische Präsident Kutschma hat überdies erklärt, dass die Schaffung des Einheitlichen Wirtschaftsraums der ukrainischen Verfassung und der außenpolitischen Orientierung der Ukraine nicht widersprechen dürfe. Es bleibt abzuwarten, ob das Abkommen von Jalta nicht bloß einen weiteren vergeblichen Versuch einer wirtschaftlichen Integration im Rahmen der GUS darstellt.

Der russisch-ukrainische Grenzstreit in der Meerenge von Kertsch (Insel Tuzla), die politischen Umwälzungen in Georgien und die Zurückweisung eines russischen Plans zur Beilegung des Transnistrienkonflikts durch den moldauischen Präsidenten zeigten, dass die Beziehungen Russlands zu einer Reihe von GUS-Teilnehmern konfliktträchtig sind.

Wie von offizieller russischer Seite stets betont wird, stellen die **Beziehungen zwischen der EU und Russland** eine strategische Priorität der russischen Außenpolitik dar. Anlässlich ihres Gipfeltreffens in St. Petersburg am 31. Mai beschlossen die EU und Russland, ihre Partnerschaft durch die Schaffung von vier Gemeinsamen Europäischen Räumen weiter zu entwickeln. Bis zum Gipfel in Rom Anfang November wurde das Konzept eines Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraums ausgearbeitet, und zur Konkretisierung des Gemeinsamen Europäischen Raums Äußerer Sicherheit wurden die Kriterien für Krisenmanagement – Kooperation festgelegt. Im Zusammenhang mit dem angestrebten Gemeinsamen Europäischen Raum Innerer Sicherheit wurden ein Kooperationsabkommen zwischen Russland und Europol unterzeichnet und Gespräche über Schengen-konforme Visaerleichterungen auf reziproker Basis in Aussicht genommen. Das beim Gipfel in St. Petersburg festgelegte Ziel eines visafreien Reiseverkehrs zwischen EU und Russland kann nur langfristig erreicht werden, wobei von russischer Seite eine Reihe von Voraussetzungen (u. a. Abschluss eines Rückübernahmeabkommens) zu erfüllen sind. Im Zuge der Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Raums der Wissenschaft, Bildung und Kultur trat Russland dem sogenannten Bologna-Prozess (gegenseitige Anerkennung von Universitätsdiplomen) bei.

Der ebenfalls in St. Petersburg ins Leben gerufene Permanent Partnership Council (PPC) stellt eine Weiterentwicklung des im Rahmen des PKA bestehenden Kooperationsrates dar: über das bisherige Außenministerformat dieses Gremiums hinaus soll der PPC auch in anderen Fachministerkonstellationen (Wirtschaft, Inneres usw.) tagen. Nach EU-Ansicht soll sich dabei am gewohnten Troikaformat nichts ändern; Russland tritt für einen größeren Rahmen (möglichst 25 + 1) ein.

Anlässlich des 5. „EU – Russia Industrialists“ Round Table behaupteten russische Regierungsmitglieder Anfang Dezember neuerlich, dass Russland durch die bevorstehende EU-Erweiterung wirtschaftliche Nachteile erleiden

Österreich in der Europäischen Union

werde und Kompensation seitens der EU verlangt. Insb die Frage der Ausdehnung der Geltung des PKA auf die neuen EU-Mitglieder wurde mit Gegenforderungen verknüpft. Nach EU-Ansicht wird in einer Gesamtbetrachtung auch Russland von der Erweiterung der Union profitieren, da diese zu einem beschleunigten Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten und somit zu einem Anstieg im Handel EU – Russland führen wird („trade creating effects“). Gerade die Ausdehnung der Geltung des PKA werde Russland auch im Verhältnis zu den neuen Mitgliedstaaten den Meistbegünstigungsstatus bringen.

Die von der Europäischen Kommission geforderte Erfüllung von Voraussetzungen für einen WTO-Beitritt Russlands, insb eine Anhebung des russischen Gaspreises für Industrieunternehmen auf Weltmarktniveau, die Zerschlagung des Gasprom-Monopols und der Verzicht auf das staatliche Pipeline-Monopol, werden vom Kreml als inakzeptabel zurückgewiesen und mit der Frage einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls in Zusammenhang gebracht.

Bei den Bemühungen um eine Beilegung der Konflikte in Moldau und Georgien erbrachte die Zusammenarbeit zwischen den strategischen Partnern EU und Russland keine Resultate. Die jeweiligen Vorstellungen über einzuschlagende Wege zur Konfliktregelung lagen weit auseinander.

5. Asien

5.1. Allgemeine Entwicklung

5.1.1. China, Japan, Koreanische Halbinsel

Die sicherheitspolitische Situation in Nordost-Asien ist vor allem durch die **weiterhin angespannte Lage auf der koreanischen Halbinsel** gekennzeichnet. Die im Herbst 2002 bekannt gewordenen Informationen über ein geheimes Urananreicherungsprogramm bzw. die damit verbundenen Verstöße Nordkoreas (DVRK) gegen eine Reihe von internationalen Verpflichtungen führten zu Belastungen der Beziehungen Nordkoreas vor allem zu den Vereinigten Staaten, aber auch zu Japan, Südkorea und letztlich auch zur EU, die alle an einer kernwaffenfreien koreanischen Halbinsel interessiert sind. Der Ausstieg der DVRK aus seinen internationalen Verpflichtungen, insb aus dem NPT, ist jedenfalls keine bilaterale Angelegenheit zwischen Nordkorea und den USA, sondern betrifft die gesamte Staatengemeinschaft.

Vom 23.–24. April fanden von der Volksrepublik China initiierte Gespräche im trilateralen Format USA – DVRK – China in Peking statt. Ein weiterer Ansatz zur Lösung der Krise wurde durch multilaterale Sechs-Parteien-Gespräche vom 27.–29. August versucht, die ebenfalls in Peking abgehalten wurden. Teilnehmer waren die beiden koreanischen Staaten, China, die USA, Japan und die Russische Föderation. Obwohl dabei keine Einigung auf ein

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

schriftliches Ergebnis erzielt werden konnte, wurde international schon das Zustandekommen der Gespräche als Erfolg gewertet. Im Oktober stimmte die DVRK grundsätzlich der Fortsetzung des Dialogs auf Basis dieses Formats zu.

Eine Troika-Mission der EU besuchte vom 9.–11. Dezember 2003 Nordkorea, um die fortgesetzte Bereitschaft der EU zur Unterstützung einer friedlichen Lösung des Nuklearproblems auf Basis der Sechs-Parteien-Gespräche auszudrücken.

Die **Volksrepublik China**, die eine wichtige Vermittlerrolle gegenüber Nordkorea im Rahmen der Nuklearkrise spielt, entwickelt sich immer mehr zu einem bestimmenden regionalen und auch wichtigen globalen Akteur, der ehrgeizige wirtschaftliche und entwicklungspolitische Ziele verfolgt. Ihr Wirtschaftswachstum ist ungebrochen und wird auch 2003 wieder 8% übersteigen. Der XVI. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas im November 2002 stellte auf Parteiebene die Weichen für den friedlichen Übergang der Führung Chinas auf eine neue Generation, der im März auch auf Staats- und Regierungsebene vollzogen wurde. Probleme, die China nach wie vor lösen muss, sind: die Auflösung von unrentablen Staatsbetrieben und die Kontrolle der damit einher gehenden Arbeitslosigkeit, der Bankensektor und das hohe Volumen an Not leidenden Krediten, das Finden einer größeren Balance zwischen Arm und Reich, was einen Ausgleich zwischen der sich rasch entwickelnden Küste und dem zurückgebliebenen Hinterland sowie zwischen Stadt und Land bedeutet. Langfristig kommt noch die Bewältigung von enormen Verkehrs- und Umweltproblemen sowie die Frage des Ausbaus demokratischer Einrichtungen hinzu.

Die Kooperation der EU mit China wurde in Anpassung an die dynamische Entwicklung der internationalen Beziehungen weiterentwickelt. Bei ihrem jährlich stattfindenden Gipfeltreffen am 30. Oktober in Peking tauschten die EU und China erstmals politische Strategiepapiere aus und formulierten das Ziel einer neuen strategischen Partnerschaft, deren Umsetzung die Beziehungen zwischen China und der EU weiter vertiefen wird. Des weiteren konnte in diesem Rahmen mit der Paraphierung des „Authorized Destination Status“ (ADS-Abkommens) auch ein Durchbruch im Bereich des Tourismus erzielt werden. Dieses Abkommen wird chinesischen Reisebüros die Möglichkeit geben, Gruppenreisen für chinesische Staatsbürger in alle EU-Staaten anzubieten.

5.1.2. Zentralasien

Die internationale Bedeutung Zentralasiens, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 rasant angestiegen war, verminderte sich auch 2003 grundsätzlich nicht, nicht zuletzt auf Grund der Entwicklungen im Irak, wiewohl seitens der Staaten der Region ein gewisses rückläufiges Interesse

Österreich in der Europäischen Union

an den Entwicklungen in Zentralasien und Afghanistan und eine hiermit einhergehende neuerliche Destabilisierung Afghanistans mit Auswirkungen auf Zentralasien befürchtet worden waren.

Einzelne Staaten der Region versuchten daher von sich aus, ihr internationales Profil durch Durchführung von internationalen Großveranstaltungen, bedeutende Besuche und demonstrative Aktivitäten innerhalb regionaler Organisationen oder Zusammenschlüsse zu schärfen. Wichtigstes Ereignis auch aus EU-Sicht war in diesem Rahmen die Jahrestagung der EBRD in Taschkent (3.–5. Mai), die als erste Tagung der EBRD in Zentralasien ein Signal für eine weitere Öffnung Usbekistans in marktwirtschaftlicher und demokratiepolitischer Hinsicht hätte sein sollen. Die für diesen Anlass angestrebte Einführung der Konvertibilität des usbekischen Som sowie usbekische Zugeständnisse in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie konnten allerdings nicht erreicht werden – Usbekistan wurde dafür eine Einjahresfrist eingeräumt. Die Konvertierbarkeit des Som erfolgte am 15. Oktober.

Kasachstan setzte seine außenpolitische Positionierung durch die Abhaltung von zwei internationalen Großkonferenzen, den „Dialog der Glaubensgemeinschaften“ (23.–28. September, Astana) und die Konferenz der Vereinten Nationen zu Fragen der Probleme des Transits von Entwicklungsländern, die Binnenstaaten sind (28.–29. August, Almaty), fort. Kasachstan bewarb sich auch offiziell für den OSZE-Vorsitz 2009. Tadschikistan führte als Haupteinbringer der entsprechenden Resolution der Vereinten Nationen (Österreich war Miteinbringer) eine Konferenz im Rahmen des internationalen Jahres des Frischwassers durch (29. August – 1. September, Duschanbe).

Als regionales Zugeständnis an Russland bzw. als gewisses Gegengewicht zu den noch immer vorhandenen Stationierungen der Antiterrorkoalition (unter Teilnahme einiger EU-Mitglieder) in Kirgisistan und Usbekistan wurde im Rahmen eines Besuchs von Präsident Putin in Kirgisistan im Oktober die russische Basis in Kant offiziell eröffnet. Ebenfalls im Rahmen eines Besuchs von Präsident Putin in Usbekistan im August wurde die Verlegung des Antiterrorzentrums der Shanghai-Zusammenarbeitsorganisation (s. Kapitel A.III.5.2.) von Bischkek nach Taschkent beschlossen, um so Usbekistan in diese regionale Organisation stärker zu integrieren. Kasachstan begründete seinerseits gemeinsam mit Belarus, Russland und der Ukraine eine neue Vierergemeinschaft („Single Economic Space“ – siehe Kapitel A.III.4.), die in Zukunft – mit der EU als Vorbild – die wirtschaftliche Integration vorantreiben soll.

Weiteres markantes Ereignis der innenpolitischen Entwicklungen war das Verfassungsreferendum in Kirgisistan vom 2. Februar, das auf eine neue innerkirgisische Machtverteilung und die volle Ausschöpfung der Amtszeit von Staatspräsident Askar Akajew bis 2005 gerichtet war. Es wurde von der Opposition auf Grund der Missachtung ihrer Vorschläge stark kritisiert. Die EU führte in diesem Zusammenhang eine Demarche in Bischkek durch bzw.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

veröffentlichte eine Erklärung. In Tadschikistan wurde mittels Referendum vom 22. Juni die Möglichkeit für den derzeitigen Staatspräsidenten Emomali Rachmonow eröffnet, allenfalls bis 2020 im Amt zu bleiben.

Um das anhaltende Interesse der EU an Zentralasien zu manifestieren, fand im März in Brüssel eine Sitzung der zuständigen Arbeitsgruppe in Anwesenheit aller EU-Botschafter in Zentralasien sowie anderer wichtiger EU-Persönlichkeiten mit Zentralasienbezug statt. Die Finanzierung des von Österreich initiierten BOMCA („Border Management in Central Asia“)-Programms wurde endgültig von EU-TACIS übernommen und führt unter Leitung des BMI Ausbildungsprojekte in Zentralasien und Österreich durch. Mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan fanden Sitzungen des EU-Kooperationskomitees bzw. -räte, mit Kasachstan auch Unterausschusssitzungen der Komitees für Handel, Investitionen, Energie und Transport und Justiz und Inneres statt, mit Usbekistan eine Sitzung des Unterausschusses zu Wirtschafts- und Handelsfragen. Mit Tadschikistan wurde im Dezember eine Gemischte Kommissionssitzung in Brüssel durchgeführt, im Rahmen derer die Ausarbeitung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens beschlossen wurde. Am 26. März besuchte Staatspräsident Emomali Rachmonow zum ersten Mal die EU-Kommission in Brüssel und traf mit dem Hohen Repräsentanten für die GASP, Javier Solana, zusammen. Rachmonow wies in diesem Gespräch vor allem auf die Sorge vor einem aus Afghanistan kommenden militanten Islam hin, der auch in der ungenügenden internationalen Unterstützung der neuen afghanischen Machtstrukturen begründet sein könnte.

In Turkmenistan war keine Besserung der innenpolitischen Lage seit Ende November 2002, dem Zeitpunkt eines angeblichen Umsturzversuches gegen Staatspräsident Nijasow, festzustellen. Die EU brachte vor der dritten Kommission der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf zur Menschenrechtssituation in Turkmenistan ein, der auch angenommen wurde. Diese Resolution ist als Follow-up zur Ingangsetzung des Moskauer Mechanismus der OSZE im Frühjahr zu sehen. Die residenten EU-Botschafter in Aschgabat hatten dafür einen entsprechenden Bericht zur Lage der Menschenrechte in Turkmenistan vorgelegt. Um die Einbringung dieser Resolution zu verhindern, wandte sich Staatspräsident Nijasow in einem Brief an den EU-Kommissionsvorsitzenden Romano Prodi, worin ein Dialog zwischen der EU und Turkmenistan zu demokratie- und menschenrechtlichen Fragen vorgeschlagen wurde, was seitens Prodis positiv aufgenommen wurde. Die EU unternahm auch einige Demarchen im Zusammenhang mit den menschenrechtlichen Folgen des vermeintlichen Attentats, insb was die Situation der in diesem Zusammenhang Inhaftierten betrifft.

Im Hinblick auf die im Dezember 2004 stattfindenden Parlamentswahlen in Usbekistan begann die EU, sich intensiver mit der innenpolitischen Situation Usbekistans, der Menschenrechtssituation und der Registrierung politischer

Österreich in der Europäischen Union

Parteien zu beschäftigen. Eine Reihe von Demarchen, ein Besuch in einem Sondergefängnis in Karakalpakistan sowie themenspezifische Gespräche mit dem Außenminister, dem Vorsitzenden der Wahlkommission und dem Justizminister wurden von den in Taschkent residenten EU-Botschaftern durchgeführt.

In Kasachstan erfolgten EU-Erklärungen bzw. Demarchen im Zusammenhang mit dem Moratorium über die Todesstrafe bzw. dem neuen Grund- und Bodengesetz und der Rücknahme bzw. Überarbeitung eines Gesetzes betreffend Nichtregierungsorganisationen, ebenso eine kritische Erklärung zum Fall der Gerichtsverhandlung des Journalisten Duwanow. EU-Vertretern war allerdings die Teilnahme an der Gerichtsverhandlung ermöglicht worden.

Das Europäische Parlament verabschiedete im Oktober eine Resolution zu Turkmenistan und Zentralasien, in der die Menschenrechtssituation insb in Turkmenistan stark kritisiert, Vorschläge zur Verbesserung der Situation in den einzelnen zentralasiatischen Staaten gemacht und die EU zu mehr Engagement in der Region aufgefordert wurde. Vorher nominierte das Europäische Parlament bereits vier politische Häftlinge in Zentralasien für den Sacharow-Preis für Menschenrechte: Muhammed Bekdschanow (Usbekistan), Batyr Berdijew (Turkmenistan), Felix Kulow (Kirgisistan) und Galymschan Schaqijanow (Kasachstan).

An der EU-Kommissionsvertretung in Almaty sind zwei ÖsterreicherInnen tätig. Im Rahmen des seitens vom BMAA finanzierten Vernetzungsprojekts österreichischer mit zentralasiatischer Universitäten sind im TEMPUS-TACIS-Rahmen fünf österreichische Bildungseinrichtungen an neuen Kooperationsprojekten beteiligt bzw. agieren als Teamleader. Im Rahmen eines kirgisischen TACIS-Projekts zur Implementierung des EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommens hielt sich eine Studiengruppe im Juli in Österreich auf.

5.1.3. Afghanistan

Beim schwierigen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans konnten sichtbare Fortschritte erzielt werden: Der politische Konsolidierungsprozess wurde fortgeführt, die Wirtschaft wuchs laut Angaben des IWF 2003 um rund 30%, in weiten Teilen des Landes wurde der Schulbetrieb wieder aufgenommen und ein großer Teil der Flüchtlinge kehrte zurück.

Österreich leistete sowohl im Rahmen der EU als auch bilateral einen substantiellen Beitrag zum Wiederaufbau. Die für die Periode 2002–2004 zugesagte Hilfe in der Höhe von 12,3 Mio. Euro wurde bereits bis Ende 2003 weitgehend ausbezahlt. Österreich konzentriert seine Hilfe auf die Schwerpunktbereiche Drogenbekämpfung, Stärkung der Frauenrechte und Entminung. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich zwischen Februar 2002 und

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

August 2003 mit insgesamt 170 Soldaten an der VN-Friedenstruppe (ISAF) in Afghanistan. 2004 wird Österreich erneut zehn Offiziere zur VN-Friedensoperation nach Afghanistan entsenden.

Die afghanische Übergangsregierung unter Präsident Hamid Karzai steht auf dem Weg zur schrittweisen Stabilisierung des Landes aber weiter vor großen Herausforderungen. Eine wichtige Etappe auf diesem Weg war die Ausarbeitung der dann am 4. Jänner 2004 angenommenen neuen Verfassung durch eine Große Ratsversammlung (Loya Jirga). Die neue Verfassung sieht ein politisches System mit einem starken Präsidenten an der Spitze vor. In einer nächsten Etappe sollen 2004 Wahlen stattfinden.

Beeinträchtigt wurde der politische und wirtschaftliche Aufbauprozess vor allem durch Sicherheitsprobleme in den afghanischen Provinzen, die vielfach unter der Kontrolle von regionalen Kriegsherren stehen. Deutliche Anzeichen für eine Reorganisation der Taliban und fortgesetzte Auseinandersetzungen zwischen regionalen Kriegsherren führten insb im Süden und Südosten des Landes zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage. Vor diesem Hintergrund beschloss der VN-Sicherheitsrat am 13. Oktober eine Ausweitung des Mandats der bisher auf Kabul beschränkten ISAF auf die afghanischen Provinzen. Das Kommando über ISAF ging im August auf die NATO über. Die USA setzten ihre gegen Taliban und Al Qaida geführte Militäroperation „Enduring Freedom“ im Süden und Südosten des Landes fort.

Der Aufbau zentralstaatlicher Institutionen wie Armee, Polizei und Justiz gestaltete sich schwierig. Nicht zuletzt auf Grund internationaler Hilfe konnten aber Fortschritte erzielt werden. Mit der Entwaffnung und Reintegration von lokalen und regionalen Milizen wurde im Oktober begonnen.

Ein massives Problem stellt die zunehmende Drogenproduktion dar. Bislang konnte kein wirksames Rezept zur Bekämpfung der ausgeprägten Drogenwirtschaft gefunden werden. Afghanistan ist mit einem Anteil von rund 70% der weltweit größte Erzeuger von Rohopium. Ein Großteil des Opiums landet in Europa.

5.1.4. Süd- und Südostasien

Süd- und Südostasien werden mit ihren exportorientierten Volkswirtschaften und dem sich sukzessive entwickelnden Binnenmarkt nach dem Rückschlag in Folge der Finanzkrise 1997/98 wieder zunehmend zu einer dynamischen Wachstumsregion. Studien über die langfristigen Trends des Welt Handels sagen voraus, dass sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft bis 2050 in den asiatisch-pazifischen Raum verlagern wird.

5.1.4.1. Indien und Pakistan

Zwischen Indien und Pakistan gab es erfreuliche Anzeichen für eine langsame Entspannung und Verbesserung der bilateralen Beziehungen, auch

Österreich in der Europäischen Union

wenn eine dauerhafte politische Lösung im Streit um Kaschmir weiterhin nicht in Sicht ist. Auf die vom indischen Premierminister Atal Behari Vajpayee im April lancierte neue Entspannungsinitiative folgten erste vertrauensbildende Maßnahmen (volle Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, Wiedereröffnung einer Busverbindung zwischen Indien und Pakistan). Ende Oktober unterbreitete Indien zwölf Vorschläge zur Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen (direkte Verkehrsverbindungen, erleichterte Reisemöglichkeiten). Pakistan reagierte positiv auf diese Vorschläge und kündigte seinerseits einen einseitigen Waffenstillstand ab 25. November entlang der indisch-pakistanischen Demarkationslinie im Kaschmir an, der von Indien akzeptiert wurde. Weitere Schritte zur Normalisierung der Beziehungen sollten in den ersten Tagen des Jahres 2004 folgen: Ab Jänner 2004 wurde die Flugverbindung zwischen den beiden Ländern nach knapp zweijähriger Unterbrechung wieder aufgenommen und am 5. Jänner 2004 vereinbarten der pakistanische Präsident Pervez Musharraf und der indische Premierminister Vajpayee bei einem Treffen in Islamabad die Aufnahme eines umfassenden Dialogs zur friedlichen Lösung aller bilateralen Probleme. Die internationale Gemeinschaft begrüßte die von beiden Regierungen gesetzten Schritte zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

5.1.4.2. Nepal und Bhutan

In der Frage des Verbleibs der rund 100.000 Bewohner der Flüchtlingslager in Nepal, die seit Jahren für Spannungen zwischen Nepal und Bhutan sorgt, konnten Fortschritte erzielt werden. Beim 15. Gemeinsamen Ministerausschuss im Oktober einigten sich Bhutan und Nepal grundsätzlich darüber, welche Flüchtlinge nach Bhutan zurückkehren können. Die Flüchtlingsrückführung soll im Februar 2004 beginnen. Die Gruppe der „Freunde Bhutans“, der neben Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und der Schweiz auch Österreich angehört, setzte sich in Kontakten mit den Regierungen von Nepal und Bhutan konsequent für eine rasche Lösung des Flüchtlingsproblems ein.

In Nepal einigten sich Regierung und maoistische Aufständische im Jänner auf einen Waffenstillstand. Die danach aufgenommenen politischen Verhandlungen zwischen Regierung und Aufständischen wurden allerdings im August abgebrochen und der Waffenstillstand wurde beendet. Seither flammten die bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen seit 1996 rund 8000 Menschen ums Leben gekommen sind, erneut auf.

Die Regierung von Bhutan startete Mitte Dezember eine Militäroperation gegen militante Separatisten aus dem nordindischen Bundesstaat Assam, die den Süden und Südosten Bhutans seit Jahren als Rückzugsgebiet benützten. Mehrere davor abgehaltene Verhandlungsrunden über einen friedlichen Abzug der Separatisten aus Bhutan hatten keine Lösung erbracht.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

5.1.4.3. Sri Lanka

Das im Februar 2002 abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung von Sri Lanka und der LTTE („Befreiungstiger von Tamil Eelam“) wurde weiter eingehalten. Allerdings gerieten die im September 2002 begonnenen Friedensgespräche im April – nach insgesamt sechs Verhandlungsrunden – ins Stocken. Ungelöst ist vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen eine Übergangsverwaltung für die von der LTTE kontrollierten Gebiete im Nordosten des Landes errichtet werden soll. Direkte Verhandlungen über die von beiden Seiten dazu vorgelegten Vorschläge kamen bisher nicht zustande. Ein Grund dafür waren zunehmende Differenzen innerhalb der Führung von Sri Lanka über den inhaltlichen Kurs gegenüber der LTTE. Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga warf Regierungschef Rame Wickremesinghe eine zu nachgiebige Politik vor. Diese Differenzen führten schließlich Anfang November zu einer offenen Regierungskrise. Präsidentin Kumaratunga löste das Parlament vorübergehend auf, entließ drei Schlüsselminister und verhängte den Ausnahmezustand. EU und USA äußerten sich besorgt, dass die Krise den Friedensprozess negativ beeinflussen könnte. Die Situation entspannte sich in weiterer Folge, die Friedensgespräche wurden bislang aber nicht wieder aufgenommen. Alle drei Seiten (Präsidentin, Regierung und LTTE) versicherten allerdings, den Friedensprozess fortsetzen zu wollen. Österreich unterstützt den Friedensprozess durch Seminare und Workshops im Bereich des Konfliktmanagements.

5.1.4.4. Indonesien

Nach den verheerenden Terroranschlägen vom 12. Oktober 2002 auf der Insel Bali verstärkte die indonesische Regierung ihre Maßnahmen zur Terrorbekämpfung. Am 5. August wurde Indonesien erneut zur Zielscheibe moslemischer Extremisten. Für den Bombenanschlag auf das Hotel Marriott in Jakarta, bei dem 14 Menschen starben, wurde die regionale Terrororganisation Jemaah Islamiyah verantwortlich gemacht, der Verbindungen zu Al Qaida nachgesagt werden.

Im Konflikt um die Provinz Aceh scheiterten Mitte Mai Verhandlungen zwischen der indonesischen Regierung und der Separatistenbewegung GAM. Das im Dezember 2002 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen wurde nicht verlängert. Am 19. Mai verhängte die indonesische Regierung in Aceh den militärischen Ausnahmezustand und begann mit einer umfassenden Militäroperation, die durch humanitäre Maßnahmen ergänzt wurde. Am 19. November verlängerte die Regierung den militärischen Ausnahmezustand um weitere sechs Monate. Die EU, Japan und die USA äußerten in einer gemeinsamen Erklärung Besorgnis über die Verlängerung des militärischen Ausnahmezustandes und forderten die indonesische Regierung auf, den ungehinderten Zugang von internationalen humanitären Organisationen zu gewährleisten.

Österreich in der Europäischen Union

5.1.4.5. Kambodscha

In Kambodscha fanden am 27. Juli Parlamentswahlen statt, die mit einem Sieg der regierenden kambodschanischen Volkspartei (CPP) unter Premierminister Hun Sen endeten. Die nachfolgenden Koalitionsverhandlungen gestalteten sich schwierig. Trotz grundsätzlicher Einigung über die Bildung einer Dreiparteienkoalition war die Regierungsbildung bis Jahresende nicht abgeschlossen. Österreich stellt mit Prof. Peter Leuprecht den Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs für Menschenrechtsfragen in Kambodscha.

5.1.4.6. Myanmar (Birma)

In Myanmar wurden die Hoffnungen auf die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses durch die erneute Festnahme der Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin **Aung San Suu Kyi** und weiterer Oppositionspolitiker am 30. Mai stark gedämpft. Die EU verurteilte die Vorgangsweise der birmanischen Führung und forderte die Freilassung von Aung San Suu Kyi sowie die Aufnahme eines politischen Dialogs mit der Opposition. Die seit 1996 bestehenden Sanktionen der EU gegen Myanmar wurden nach den Ereignissen vom 30. Mai verschärft. Die Regierung von Myanmar reagierte in weiterer Folge nur sehr zögernd auf internationale Appelle, einen nationalen Versöhnungs- und Demokratisierungsprozess zu beginnen. Ende August präsentierte der neu ernannte birmanische Premierminister General Khin Nyunt einen Stufenplan, der die Einberufung eines Nationalkonvents, die Ausarbeitung einer Verfassung und die Abhaltung von Wahlen vorsah. Der Plan enthielt aber keine Details, in welchem Zeitrahmen er umgesetzt und in welcher Weise die Opposition eingebunden werden sollte. Ende September wurde die Haft von Aung San Suu Kyi in Hausarrest umgewandelt. Die Freilassung einiger Oppositionspolitiker folgte. Am 15. Dezember fand in Bangkok auf Initiative Thailands ein „Forum über internationale Unterstützung für die nationale Versöhnung in Myanmar“ statt, an dem neben Myanmar elf Staaten, darunter auch Österreich, und der Sonderbeauftragte der VN für Myanmar, Razali Ismail, teilnahmen. Myanmar kündigte beim Forum an, dass der nationale Versöhnungsprozess 2004 beginnen und alle politischen Parteien und ethnischen Minderheiten einschließen soll. Das Forum soll 2004 erneut zusammentreten, um die Fortschritte zu evaluieren.

5.2. Regionale Organisationen

Die zehn Länder umfassende ASEAN-Gruppierung (Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Brunei, Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha) ist ein wichtiges Forum für regionale Zusammenarbeit, das aber noch weit davon entfernt ist, innerhalb der Region eine entscheidende politische Rolle einnehmen zu können. Wirtschaftspolitisch hat mit dem Inkrafttreten der ASEAN-Freihandelszone AFTA im April 2002 allerdings eine gewisse Dynamik eingesetzt.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Mit China, Japan und der Republik Korea unterhält ASEAN eine institutionalisierte Zusammenarbeit im Format „ASEAN + 3“. Zu den Beziehungen zwischen der EU und ASEAN siehe Kapitel A.III.5.3.

Die **Shanghai-Zusammenarbeitsorganisation** umfasst China, Kasachstan, Kirgisistan, die Russische Föderation, Tadschikistan und Usbekistan und hat die Sicherung von Stabilität in der Region durch vertrauensbildende Maßnahmen sowie die gemeinsame Terrorismusbekämpfung zum Ziel. Das Sekretariat befindet sich in Peking, das Antiterrorismuszentrum wurde von Bischkek nach Taschkent verlegt.

Die auf Initiative Kasachstans gegründete **Konferenz über Interaktion und Vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA)** beschäftigt sich ähnlich wie die OSZE mit Vertrauensbildung. Mitglieder sind derzeit Afghanistan, Ägypten, Aserbaidschan, China, Indien, Israel, Kasachstan, Kirgisistan, Mongolei, Pakistan, Palästina, die Russische Föderation, Tadschikistan und die Türkei.

An der **Zentralasiatischen Zusammenarbeit** nehmen Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan teil.

5.3. Partnerschaft EU – Asien

Auf Ministerebene besteht ein regelmäßiger formalisierter Dialog mit den ASEAN-Staaten (**ASEAN-EU Ministerial Meeting AEMM**), seit 1978 zweijährlich. Das letzte Treffen der EU- und ASEAN-AußenministerInnen, an dem Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner teilnahm, fand von 27.–28. Jänner 2003 in Brüssel statt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den damaligen ASEAN-Mitgliedstaaten war bereits im Jahr 1980 durch den Abschluss eines Kooperationsvertrags über Handel, Wirtschaft und Entwicklung (**EC-ASEAN Co-operation Agreement EACA**) institutionalisiert worden.

Der Dialogprozess mit Asien hat durch die Schaffung des **Asia-Europe Meeting (ASEM)**, eines Dialogforums der Staats- und Regierungschefs, im Jahr 1996 an Intensität gewonnen. Seither finden zweijährliche Gipfeltreffen statt. ASEM hat zur Zeit 26 Mitglieder, die 15 EU-Mitgliedstaaten (plus Kommission) und zehn asiatische Partner, nämlich Brunei, China, Indonesien, Japan, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand und Vietnam. Der ASEM-Dialog erstreckt sich auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten. In seinem Rahmen finden aber auch Treffen von FachministerInnen statt; die ASEM-AußenministerInnen sind für die Gesamtkoordination des ASEM-Prozesses zuständig.

Von 23.–24. Juli fand auf Bali das 5. Treffen der ASEM-AußenministerInnen statt, das vornehmlich im Zeichen der Situation in Myanmar stand. Durch die Menschenrechtssituation in Myanmar ist die Frage der Erweiterung von ASEM vorerst blockiert. Während die EU auf den Einschluss ihrer zehn

Österreich in der Europäischen Union

neuen Mitglieder nach deren Beitritt im Jahre 2004 besteht, verlangt die asiatische Seite parallel dazu die Aufnahme der noch außenstehenden ASEAN-Mitglieder Myanmar, Laos und Kambodscha. Hinsichtlich der allfälligen Akzeptanz Myanmars besteht gegenwärtig noch kein Konsens zwischen der EU und den asiatischen ASEM-Teilnehmern. Die ASEM-AußenministerInnen würdigten bei ihrem Treffen in Bali die österreichische Initiative betreffend das „Human Security Network“-Handbuch über Menschenrechtserziehung „Menschenrechte verstehen“.

Das fünfte ASEM-Gipfeltreffen (ASEM V) wird 2004 in Hanoi stattfinden.

Weitere ASEM-Einrichtungen sind die **Asia – Europe Foundation (ASEF)**, die durch akademische und kulturelle Aktivitäten zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses beitragen soll, das **Asia – Europe Business Forum**, das VertreterInnen der Privatwirtschaft aus beiden Regionen zusammenbringt, und das **Asia – Europe Young Leader Symposium (AEYLS)**, eine österreichisch-japanische Initiative, in dessen Rahmen einmal jährlich Symposien abgehalten werden (zuletzt im August in Vietnam).

6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum

6.1. Allgemeine Entwicklungen

Der Nahe Osten sowie der nordafrikanischen Raum standen während des gesamten Jahres im Eindruck der schweren Krise um den Irak und des andauernden Konflikts zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

Bei der Sondertagung des Europäischen Rates zum Irak am 17. Februar wurde die Entschlossenheit der EU betont, „mit allen unseren Partnern, insb mit den Vereinigten Staaten, zusammenzuarbeiten, um die Abrüstung des Irak, Frieden und Stabilität in der Region und eine würdige Zukunft für alle dort lebenden Völker zu erreichen“.

In einem am 7. März eingebrachten Resolutionsentwurf forderten die USA, GB und Spanien den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN – SR) auf zu beschließen, „dass der Irak es verabsäumt haben wird, die ihm mit der Resolution 1441 eingeräumte letzte Chance zu nutzen, sofern der Rat nicht am oder vor dem 17. März 2003 zu dem Schluss kommt, dass der Irak volle, bedingungslose und aktive Kooperation gemäß seinen Abrüstungsverpflichtungen nach Resolution 1441 (2002) und den früheren einschlägigen Resolutionen bewiesen hat . . .“. Die Beratungen des VN – SR über diesen Resolutionsentwurf blieben ergebnislos.

In Österreich befasste sich der Nationale Sicherheitsrat am 29. Jänner 2003 mit der Krise im Irak und empfahl der Österreichischen Bundesregierung, eine ausdrückliche Ermächtigung durch den Weltsicherheitsrat als Voraussetzung für eventuelle militärische Aktionen gegen den Irak zu betrachten, somit zu diesem Zeitpunkt keine österreichischen Kräfte zu eventuellen

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Kampfhandlungen im Irak zu entsenden und verstärkte Anstrengungen zur Überwachung des österreichischen Luftraumes zu unternehmen.

Am 24. März 2003 bekräftigte ein weiterer Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates diese Position und betonte u. a. die wichtige Rolle der Vereinten Nationen nach einem Ende der Kampfhandlungen im Irak, die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Autonomie für die Kurden im Nordirak und die Förderung des Dialogs mit der arabischen Welt zur Minderung der Spannungen im Nahen Osten.

Am 17. März stellte die von den USA angeführte Koalition dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein ein Ultimatum, zurückzutreten und den Irak innerhalb von 48 Stunden zu verlassen, andernfalls sie zu militärischen Mitteln greifen würde. Nach Ablauf dieses Ultimatums erfolgte in den frühen Morgenstunden des 20. März der Angriff auf den Irak.

Am 9. April nahmen die Truppen der Koalition Bagdad ein. Am 1. Mai erklärte US-Präsident George Bush offiziell das Ende der „größeren Kampfhandlungen“ und den Sieg der Koalitionsarmee. Am 16. Mai wurde die sogenannte „Coalition Provisional Authority“ (CPA) eingesetzt.

Am 22. Mai nahm der VN – SR Resolution 1483 an. Die „Coalition Provisional Authority“ wird darin als Trägerin der „nach dem anwendbaren Völkerrecht bestehenden spezifischen Befugnisse, Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen“ der Koalitionsstaaten anerkannt.

Am 20. Juni bekräftigte der Europäische Rat von Thessaloniki die Bereitschaft der Union, sich im Rahmen von SR-Resolution 1483 am Wiederaufbau des Irak zu beteiligen. Er forderte außerdem die Nachbarländer des Irak auf, die Stabilität im Irak und in der Region zu unterstützen.

Am 13. Juli wurde der interimistische Regierungsrat Iraks gebildet. Am 14. August begrüßte der VN – SR mit Resolution 1500 diesen „als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Bildung einer international anerkannten, repräsentativen Regierung durch das Volk des Irak, welche die Souveränität des Irak ausüben wird“.

Am 16. Oktober verabschiedete der VN-SR die SR-Resolution 1511. Darin wird die „Coalition Provisional Authority“ aufgefordert, die Regierungsverantwortung und -befugnisse sobald wie möglich dem irakischen Volk zu übertragen. Der Regierungsrat Iraks wird gebeten, bis zum 15. Dezember einen Zeitplan und ein Programm für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Abhaltung demokratischer Wahlen im Rahmen dieser Verfassung dem SR zur Prüfung vorzulegen. SR-Resolution 1511 fordert die Mitgliedstaaten der VN und die internationalen und regionalen Organisationen weiters auf, „zur Ausbildung und Ausrüstung der irakischen Polizei- und Sicherheitskräfte beizutragen“. Österreich beteiligt sich derzeit mit vier Polizisten an der Ausbildung der irakischen Polizei in Jordanien.

Österreich in der Europäischen Union

Am 17. Oktober begrüßte der Europäische Rat die Annahme von SR-Resolution 1511 und bestätigte die Entschlossenheit der EU, im Rahmen der einschlägigen Resolutionen des VN – SR bei dem politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Irak eine wesentliche Rolle zu spielen. Er bezeichnete dabei eine stabile Sicherheitslage, eine starke und maßgebliche Rolle der VN, einen realistischen Zeitplan für die Übergabe der politischen Verantwortung an das irakische Volk sowie die Einrichtung eines transparenten, multilateralen Geberfonds zur Kanalisierung der von der Internationalen Gemeinschaft geleisteten Unterstützung als unerlässliche Voraussetzungen für einen Erfolg.

Die Söhne von Saddam Hussein, Kusai und Udai, wurden am 22. Juli bei einem Feuergefecht mit Truppen der Koalition in Mossul im Norden des Landes getötet. Saddam Hussein selbst wurde am 13. Dezember von US-Truppen festgenommen.

Die Sicherheitslage im Irak blieb angespannt. Die schwersten Anschläge auf die Koalitionskräfte konzentrierten sich auf den Zentralirak und die Gegend um Bagdad.

Die Kosten für den Wiederaufbau des Irak belaufen sich nach Schätzungen der Weltbank und des Entwicklungsprogramms der VN (UNDP) auf etwa 50 Milliarden Euro über den Zeitraum 2004–2007. Von 23.–24. Oktober fand in Madrid eine Geberkonferenz statt. Die USA sagten etwa 18 Milliarden Euro zu, Japan etwa 4,5 Milliarden, während die EU etwa 200 Millionen Euro aus Gemeinschaftsmitteln versprach. Österreich sagte für diesen Zeitraum 16 Millionen Euro aus nationalen Mitteln zu, wovon der Großteil schon im Jahr 2004 zur Verfügung stehen soll. Die Frage eines teilweisen Schuldennachlasses wurde Gegenstand internationaler Beratungen.

Am 15. November wurde das sogenannte Bagdader Abkommen zwischen der CPA und dem Irakischen Regierungsrat geschlossen, das die Annahme einer Verfassung an das Ende des politischen Übergangsprozesses setzt und die Bildung einer souveränen Übergangsregierung bei gleichzeitiger Auflösung der CPA bis spätestens Juni 2004 vorsieht. Diese Übergangsregierung soll aus einer Übergangsnationalversammlung hervorgehen, die durch lokale Delegierte bis spätestens Ende Mai 2004 gewählt werden soll. Die Annahme eines Grundgesetzes bis Ende Februar 2004, in dem die Grundelemente des Staatsaufbaus definiert werden (Föderalismus, Gewaltentrennung, Bürgerrechte), soll der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung bis spätestens 15. März 2005 vorangehen, während die Verfassung später durch ein Referendum angenommen werden soll. Die Wahl einer neuen irakischen Regierung ist bis spätestens Ende Dezember 2005 vorgesehen. Der künftige Status der Koalitionsstreitkräfte soll mit dem Irakischen Regierungsrat durch bilaterale Verträge bis Ende März 2004 vereinbart werden.

Österreich wurde im Irak schon frühzeitig im humanitären Bereich aktiv. Im Mai konnte auf Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

in Zusammenarbeit mit Slowenien und Jordanien ein Projekt zur Behandlung kriegstraumatisierter Kinder durch professionelle psychologische Unterstützung in die Wege geleitet werden. Im Rahmen dieser Initiative fand von 18.–21. Oktober 2003 in Amman ein „Workshop über die psychologische Unterstützung für Kinder, Familien und Lehrer im Irak“ statt. Schon im Mai konnten verletzte irakische Kinder zur medizinischen Behandlung nach Österreich gebracht werden. Außerdem trägt Österreich seit Juni im Rahmen einer Hilfsaktion zur Erneuerung von Spitälern im Irak bei.

In **Saudi Arabien** spitzte sich die Sicherheitslage auf Grund der zunehmenden Terror-Anschläge dramatisch zu. Immer wieder kam es zu Feuergefechten zwischen Extremisten und saudischen Sicherheitskräften sowie Waffenfunden in massivem Ausmaß. Im Mai und November 2003 gelangen den Extremisten verheerende Großanschläge auf westliche Ausländerwohnviertel, die mehrere Dutzend Tote und viele hundert Verletzte forderten. Am 31. August wurde in Jeddah das bilaterale WTO-Beitritts-Abkommen zwischen der EU und Saudi Arabien unterzeichnet. Beim OIC-Gipfel in Malaysia Mitte Oktober sprachen sich Kronprinz Abdullah und Außenminister Prinz Saud Al-Faisal für eine schnelle Machtübergabe im Irak sowie gegen eine verfrühte Entsendung von Truppen der OIC-Staaten in den Irak aus.

Die Positionierung von **Kuwait** zu der gegen den Irak geführten Militäraktion gestaltete sich schwierig. Einerseits stellte Kuwait für die unter US-Führung stehende Koalition Militärbasen zur Verfügung, leistete umfangreiche logistische Hilfestellung und diente als Aufmarschgebiet für ca. 200.000 alliierte Truppen. Andererseits legte die kuwaitische Regierung wiederholt auf die Feststellung wert, dass Kuwait den Krieg nicht wollte und sich selbst in keiner Phase an der Militäraktion beteiligte.

Kuwait begrüßte den Sturz des Regimes von Saddam Hussein und sprach sich von Beginn an für die Anerkennung des von den USA eingesetzten irakischen Regierungsrates und der Übergangsregierung aus.

Bei den im Juli abgehaltenen Parlamentswahlen verloren einige prominente liberale Abgeordnete ihre Sitze, während das gemäßigte islamistische Lager Gewinne verbuchen konnte. Im Gefolge der Parlamentswahlen kam es auch zu einer Neubildung der Regierung, wobei zum ersten Mal in der Geschichte Kuwaits eine Trennung der Funktionen des Kronprinzen und des Ministerpräsidenten erfolgte. Scheich Sabah Al-Ahmed Al-Sabah wurde auch formell mit dem Amt des Ministerpräsidenten betraut.

Die innenpolitische Entwicklung in **Katar** stand im Zeichen der Fortführung des demokratischen Reformprozesses. In einem am 29. April durchgeführten Referendum wurde der Entwurf für eine neue Verfassung mit fast 97% der abgegebenen Stimmen angenommen. Wichtigste Elemente der Verfassung sind die Festschreibung von Grundrechten wie Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie die Trennung von Exekutive und Legislative.

Österreich in der Europäischen Union

In den **Vereinigten Arabischen Emiraten** wurde Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan zu Jahresende zum stellvertretenden Kronprinzen ernannt. In der Außenpolitik bemühen sich die Emirate mit einem gemäßigten, vorhersehbaren Kurs um Stabilität in der Region.

Oman hat den irakischen Regierungsrat im August offiziell anerkannt. Omanischerseits ist man über die Situation im Irak überaus besorgt, da sie einen Destabilisationsfaktor für den gesamten Nahen Osten darstellt.

Im Iran erlitten die Reformer um Präsident Khatami im Februar eine deutliche Niederlage bei den Gemeinderatswahlen. Studentenunruhen im Mai und Juni richteten sich erstmals auch gegen den Präsidenten und seine Parteigänger. Sie waren auch ein Ausdruck der Frustration der Jugend. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Menschenrechtsaktivistin Shirin Ebadi wurde von breiten Bevölkerungskreisen mit Begeisterung aufgenommen.

Das iranische Nuklearprogramm, dessen geringe Transparenz Anlass zur Besorgnis bot, wurde von den USA und anderen westlichen Staaten kritisiert. Ein Besuch der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands im Oktober bewirkte iranische Zugeständnisse: Der Iran wird sein Nuklearprogramm gegenüber der IAEO offen legen, mit der IAEO ständig kooperieren, ein Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnen und alle Aktivitäten zur Anreicherung von Uran suspendieren.

Durch die Bombenanschläge in Casablanca im Mai, die 45 Menschenleben forderten, ist auch **Marokko** zu einem Angriffsziel des Terrorismus geworden. Als Reaktion darauf erhoben König und Regierung nicht nur den Kampf gegen den Terrorismus zu einer Priorität, sondern wandten sich auch verstärkt sozialen Problemen zu. Landesweit setzte eine Bewegung zur Verteidigung des marokkanischen Gesellschaftsmodells ein. König Mohammed VI. kündigte im Oktober eine weitreichende Familienrechtsreform an, mit der in vielen Bereichen die Gleichstellung von Mann und Frau bewirkt werden soll. Bei den im September stattgefundenen Kommunalwahlen erzielte die gemäßigt islamistische Partei (PJD), die im Parlament drittstärkste Kraft ist, nur einen geringen Stimmenanteil, was jedoch in erster Linie auf die selbstverfügte Beschränkung der Bewerbung auf nur etwa ein Viertel aller Wahlbezirke zurückzuführen ist. Außenpolitisch setzte Marokko seinen Weg einer möglichst weitgehenden Annäherung an die EU fort. Vor dem Hintergrund des von Marokko angestrebten „statut avancé“, das über das bestehende Assoziationsverhältnis hinausgehen sollte, wurde das EU-Konzept der „Neuen Partnerschaft“ besonders begrüßt. Marokko ist auch jenes Land unter den zwölf MEDA-Partnern, das die zur Verfügung stehenden Mittel am besten ausnützt (140 Mio. Euro für 2003). Die Beziehungen zu Spanien normalisierten sich im Lauf des Jahres weitgehend, was u.a. in dem im Dezember in Marokko stattgefundenen Besuch des spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar, mit dem der seit 2000 unterbrochene bilaterale Gipfelprozess wieder aufgenommen wurde, seinen Ausdruck fand. Die Verhandlungen mit

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

den USA über die geplante Errichtung einer Freihandelszone wurden fortgesetzt. Nach wie vor problematisch sind die Beziehungen zum Nachbarland Algerien; die Landgrenzen zwischen beiden Staaten sind weiterhin geschlossen und eine Lösung des Westsaharakonflikts ist noch nicht abzusehen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützte in einer Resolution am 31. Juli den sogenannten „Baker-Plan“ als optimale politische Lösung des Konflikts, jedoch auf Basis eines Abkommens zwischen den beiden Parteien.

Seit seiner Wahl 1999 hat Präsident Abdelaziz Bouteflika Algerien wieder auf die internationale Bühne zurückgeführt. Schwerpunkte der algerischen Außenpolitik sind die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Beziehungen zu den EU-Ländern, darunter besonders zu deren Mittelmeeranrainern, der afrikanische Kontinent, wo Algerien seit seiner OAU-Präsidentschaft 1999 besonderes Profil zeigt, sowie die intermaghrebischen Beziehungen, welche jedoch vorläufig am getrübbten Verhältnis zu Marokko leiden. Diesem liegen vor allem Divergenzen in der Westsaharfrage zugrunde. Ein Assoziationsabkommen mit der EU wurde bereits 2002 unterzeichnet, der Beitritt zur WTO ist für 2004 geplant. Der Prozess der nationalen Versöhnung auf Basis des Amnestiegesetzes von 1999 („concorde civile“) wurde aufrechterhalten. Die allgemeine Sicherheitslage hat sich zwar weiter verbessert, doch wurden mit den Entführungen von 31 Geiseln im Februar in der südlichen Sahara, worunter sich auch zehn Österreicher befanden, erstmals seit Jahren wieder Europäer zum Ziel terroristischer Aktivitäten. Trotz bedeutender Investitionen und Umstrukturierungsmaßnahmen des Staatssektors sowie der Förderung der Privatwirtschaft blieben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hinter den Erwartungen zurück.

Schwerpunkte der Außenpolitik Tunesiens als ein moderates islamisches Land mit westlicher Orientierung sind die Beziehungen zu Europa bzw. dem Westen, die Partnerschaft mit der EU (und einzelnen euromediterranen Mitgliedstaaten, insb Frankreich), die Maghrebisch-Arabische Union (UMA), die arabische Welt, die Lage in und um den Irak, das Nahostproblem und die Bekämpfung des Terrorismus.

Eine Neubelebung der Nord-Süd-Beziehungen zumindest für den westlichen Mittelmeerraum erhofft man sich vom Dialog der „5 plus 5“, deren 1. Gipfel im Dezember in Tunis stattfand.

Eine Wiederbelebung der UMA scheitert trotz tunesischer Bemühungen v. a. am Westsahara-Konflikt. Die bilateralen Beziehungen Tunesiens zu den Maghreb-Staaten, inklusive Libyen, erhielten politisch und wirtschaftlich neue Impulse. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den arabisch-nordafrikanischen Ländern bleiben aber äußerst unterentwickelt. Tunesien tritt für eine Stärkung der Arabischen Liga ein.

In der Irakfrage drängte die tunesische Regierung die irakische Führung zu Flexibilität und missbilligte das militärische Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten. In der Nahostfrage befürwortet Tunesien seit langem eine Ver-

Österreich in der Europäischen Union

handlungslösung und unterstützt alle darauf gerichteten internationalen Bemühungen. Der diesbezüglich in der zweiten Jahreshälfte zu beobachtende Stillstand wurde auch im Hinblick auf eine mögliche Radikalisierung der eigenen Bevölkerung mit großer Sorge gesehen.

In Libyen kündigte Staatschef Muammar Ghaddafi nach Jahrzehnten der Ablehnung jeglicher privatwirtschaftlicher Initiative im Herbst die Etablierung eines privatwirtschaftlichen Sektors und die Privatisierung einer Reihe verstaatlichter Betriebe an.

In ähnlicher Weise leitete er gegen Ende des Jahres eine Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik ein. Nach einer Initiative der USA und Großbritanniens und neunmonatigen Gesprächen erfolgte am 19. Dezember 2003 die libysche Erklärung des Verzichts auf Massenvernichtungswaffen aller Art und der Zustimmung zu Inspektionen durch die IAEA bzw. andere unabhängige Experten.

Fortschritte und Lösungen anhängiger Entschädigungsforderungen im Zusammenhang mit Terroranschlägen der Vergangenheit („Lockerbie“, „UTA“ und „La Belle“) hatten schon im September die Aufhebung der bereits 1999 suspendierten VN-Sanktionen ermöglicht. In weiterer Folge erhofft sich die EU eine Annäherung auf der Basis des Barcelona-Prozesses, woran Libyen bislang nur fallweise und in der Regel als Beobachter bzw. Gast der Ratspräsidentschaft teilnahm. Österreich ist bestrebt, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu Libyen zu vertiefen und sich für Libyens volle Beteiligung am „Barcelona-Prozess“ unter Übernahme des bestehenden „acquis“ einzusetzen.

Ägypten bemühte sich im Zuge der zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen im israelisch-palästinensischen Konflikt weiterhin um Vermittlung und die Erhaltung einer diesbezüglich gemäßigten Linie der arabischen Staaten. Wie im Nahoskonflikt setzte Ägypten auch auf diskrete Diplomatie und war bemüht, weder seine strategische Partnerschaft mit den USA noch seine Einflussmöglichkeiten innerhalb der arabischen Welt zu gefährden. Diese Rahmenbedingungen führten zu einer ausgleichenden, gemäßigten Haltung in der Irakkrise.

In Israel war das Jahr vorrangig vom israelisch-palästinensischen Konflikt geprägt, die ersten Monate weiters von befürchteten irakischen Angriffen im Zuge der Militäraktion der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak. Im zweiten Halbjahr kamen zu den außenpolitischen Konflikten die von der israelischen Gewerkschaft in Reaktion auf Finanzminister Benjamin Netanjahus Reformbemühungen initiierten Streiks. Das Thema Sicherheit dominierte auf Grund von Terroranschlägen innerhalb Israels die politische Diskussion.

Ministerpräsident Ariel Sharon (Likud) erzielte im Jänner bei den Wahlen zur 16. Knesset einen Erdrutschsieg: Seine Partei hält seither 40, seine Mit-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Rechts-Koalition 68 der 120 Knessetsitze. Weiterer Gewinner mit 15 Knessetsitzen war Tommy Lapid's Partei Shinui („Wechsel“) mit ihrem laizistischen Parteiprogramm. Die Arbeiterpartei fuhr mit 19 Knessetsitzen ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis ein und konnte, auch nach dem Vorsitzwechsel von Amram Mitzna auf Shimon Peres, im Verlaufe des Jahres in der politischen Diskussion keine merkliche Beobachtung finden. Die orientalistisch-religiöse Shas-Partei rutschte auf 11 Knessetsitze ab.

Jordaniens Außenpolitik war durch den Krieg im Irak einerseits und die Probleme im Zusammenhang mit dem Friedensprozess im Nahen Osten andererseits geprägt. Von 21.–23. Juni fand eine außerordentliche Tagung des Weltwirtschaftsforums am Toten Meer statt, an dem u. a. US-Außenminister Colin Powell teilnahm.

Hinsichtlich des Irakkonflikts war Jordanien stets um eine friedliche Lösung bemüht und nahm, zumindest nach außen hin, eine unparteiische, gegen einen Krieg gerichtete Haltung ein. Der König besuchte mehrmals zu politischen Gesprächen die Vereinigten Staaten.

Jordanien war auch im Rahmen des Nahostfriedensprozesses intensiv um Vermittlung bemüht, um die Umsetzung der „Road Map“ voranzubringen. In diesem Zusammenhang ist das Gipfeltreffen von Aqaba am 4. Juni von Bedeutung, an dem US-Präsident George Bush, der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon sowie der palästinensische Ministerpräsident Mahmoud Abbas teilnahmen.

Am 17. Juni fanden mit zwei Jahren Verspätung Wahlen zum Unterhaus statt. Sechs der 120 Sitze waren für Frauen reserviert. Die Islamische Aktionsfront gewann fünfzehn Sitze und übt ihre politische Tätigkeit im Rahmen der Institutionen aus. Anlässlich der Eröffnung des Parlaments wurde vom König ein politischer Reformkurs mit besonderer Betonung der Demokratisierung angekündigt.

Der Libanon lehnte den Angriff auf den Irak ab und trat für eine Beilegung des Problems auf der Basis der Beschlüsse des SR der VN ein. Diese Haltung hat der Libanon auch während seiner bis zum 1. März dauernden Vorsitzführung in der Arabischen Liga eingenommen.

Im Verhältnis zu Israel vertritt der Libanon im engsten Einvernehmen mit Syrien den Standpunkt, dass eine umfassende und dauerhafte Friedensregelung nur auf Basis des vollständigen Rückzugs Israels aus dem Südlibanon (inklusive der Shebaa-Farms, die von den VN und Israel jedoch als syrisches Gebiet behandelt wurden, und einiger vom Libanon verlangten geringfügigen Korrekturen der Rückzugslinie) und von den Golanhöhen sowie der Gewährung der nationalen Rechte an die Palästinenser (inklusive des Rückkehrrechts) möglich ist.

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Libanon blieb angespannt. Durch das Ausbleiben von Privatisierungs- und Einsparungsmaßnahmen

Österreich in der Europäischen Union

steigen Budgetdefizit und Staatsverschuldung weiter an. Die Ergebnisse der Geberkonferenz „Paris II“ vom Dezember 2002 führten zwar zu einer Atempause, mit der ein Sinken der Zinsen für neue Staatsschulden und ein Nachlassen des Drucks auf die libanesische Währung einher gingen, sind aber keine dauerhafte Lösung des Schuldenproblems.

Im Zuge der regionalen Entwicklungen ist die Frage der militärischen Präsenz und des Einflusses Syriens im Libanon etwas in den Hintergrund getreten. Im Juli 2001 und im März 2002 waren syrische Truppen aus und um Beirut fast vollständig abgezogen worden. Im Februar und Juli 2003 erfolgten weitere Teilabzüge syrischer Truppen aus dem Nordlibanon. Die Anzahl der verbleibenden syrischen Truppen wird auf unter 20.000 geschätzt.

Syrien ist seit Anfang 2002 nichtständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates und setzte sich dabei insb für die Anliegen der arabischen Staaten ein. Syrien hätte im Herbst 2002 zwar für die VN-Sicherheitsratsresolution 1441 gestimmt, trat in der Folge aber als einer der vehementesten Gegner der Anwendung von militärischer Gewalt im Irak im VN-SR auf.

Kurz vor der Übernahme der Kontrolle im Irak durch Streitkräfte der USA und Großbritanniens Mitte April nahm Syrien dann eine pragmatischere Haltung ein. Mit der Schließung der syrisch-irakischen Grenze und der Kooperation mit den USA betreffend die Verfolgung von Anhängern des Regimes von Saddam Hussein versuchte Syrien, das Verhältnis zu den USA zu entspannen.

Syrien wurde Anfang Oktober Ziel eines israelischen Luftangriffs auf ein vermeintliches palästinensisches Trainingslager nordwestlich von Damaskus. Es war dies der erste israelische Angriff auf syrisches Gebiet seit 30 Jahren. Damit hatten die syrisch-israelischen Beziehungen einen weiteren Tiefpunkt erreicht. In der Nahostproblematik vertrat Syrien weiterhin seine Grundsatzposition, wonach die Grundlagen für den Frieden in der Region das in der Madrider Friedenskonferenz festgelegte Prinzip „Land für Frieden“ sowie die entsprechenden VN-Resolutionen sind. Der im April von den USA indorsierten „Road Map“ steht Syrien skeptisch gegenüber, da die Rückgabe des Golan an Syrien darin nicht berücksichtigt wird.

In Fortsetzung des von Staatspräsident Bashar Al Assad bei seinem Amtsantritt im Juli 2000 eingeleiteten Reformprozesses setzte die syrische Regierung einige weitere Maßnahmen zur Wirtschaftsliberalisierung. Im September ernannte Präsident Assad einen neuen Premierminister, der die Regierung umbildete. Die Zusammensetzung der neuen Regierung signalisierte allerdings eher Kontinuität als Reform. Anfang Dezember konnten die Verhandlungen zu einem EU-Assoziationsabkommen weitgehend abgeschlossen werden. Im Sinne einer Intensivierung des politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Dialogs tritt Österreich für eine rasche Klärung der ausstehenden Fragen, einen baldigen Abschluss sowie eine ehestmögliche Ratifizierung dieses Abkommens ein.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

6.2. Der Friedensprozess im Nahen Osten

Das Jahr 2003 war erneut von der „Al-Aqsa-Intifada“, die zu einer schweren Destabilisierung der Region führte, sowie internationalen Friedensbemühungen, die jedoch keinen bleibenden Erfolg sicher stellen konnten, dominiert. Selbstmordattentate und andere Terroranschläge sowie bewaffnete Zusammenstöße forderten 745 Todesopfer (540 Palästinenser, 205 Israelis) und über 4.000 Verletzte. Seit Beginn der „Al-Aqsa-Intifada“ im September 2000 stieg die Zahl der Toten damit auf über 3400 (mehr als 2.300 Palästinenser, 910 Israelis), die der Verletzten auf über 30.000. Enorme wirtschaftliche Schäden trafen die ganze Region.

Angriffe radikal-nationalistischer und fundamentalistisch-religiöser palästinensischer Gruppen (Hamas, Al-Aqsa-Brigaden, Islamischer Jihad sowie Splittergruppen) auf israelische Siedlungen und Soldaten in den besetzten Gebieten, Terroranschläge in den städtischen Zentren Israels sowie Gegenschläge der israelischen Armee (inklusive „Liquidierung“ mutmaßlicher Terroristen) und die weitgehende Wiederbesetzung der Autonomen Palästinensischen Gebiete hielten die Gewaltspirale in Bewegung. Die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung wurde durch Ausgangssperren und Absperrungen der israelischen Armee stark beeinträchtigt, was eine dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen und humanitären Lage der palästinensischen Bevölkerung zur Folge hatte. Israel sah sich auf Grund seines militärischen Vorgehens, einer Regierungsentscheidung auf mögliche Ausweisung des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Yasir Arafat, fortgesetzter Siedlungstätigkeit und nicht zuletzt der Errichtung des sogenannten „Sicherheitszaunes“ in den Besetzten Gebieten zunehmender internationaler Kritik ausgesetzt. Präsident Arafat verbrachte das Jahr ausschließlich in der Muqata, seinem Sitz in Ramallah.

Zur Wiederbelebung des Friedensprozesses formulierte das Internationale Nahost-Quartett (EU, USA, Russland, VN) auf Grundlage der „Palestinian Statehood“-Rede von Präsident Bush vom Juni 2002 die „Road Map“, einen Friedensplan, dessen Umsetzung zu einem Ende von Terror und Gewalt, einem israelischen Rückzug aus den Besetzten Gebieten, einer Normalisierung des Alltags für die palästinensische Bevölkerung, einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und der Schaffung eines palästinensischen Staates bis zum Jahr 2005 führen soll. Diese „Road Map“ wurde im Mai von der israelischen (allerdings mit 14 Vorbehalten) sowie der palästinensischen Regierung unter dem neu eingesetzten Ministerpräsidenten Mahmoud Abbas („Abu Mazen“) akzeptiert und deren Gültigkeit von US-Präsident Bush, König Abdullah I. von Jordanien, Ariel Sharon und Mahmoud Abbas beim Gipfeltreffen in Aqaba Anfang Juni feierlich besiegelt. Eine innerpalästinensische Waffenruhe („hudna“), der Rückzug der israelischen Armee aus dem nördlichen Gazastreifen und die Freilassung palästinensischer Gefangener brachten jedoch im Sommer nur kurzlebige Fortschritte. Mangels gezielter

Österreich in der Europäischen Union

Bemühungen beider Seiten kam es im August zum völligen Zusammenbruch des Friedensprozesses. Der deutlich geschwächte Mahmoud Abbas legte sein Amt zurück. Sein Nachfolger Ahmed Qurei'a (Abu Ala') scheiterte im Dezember mit seinen Bemühungen, mit umfassender ägyptischer Unterstützung eine neuerliche innerpalästinensische Waffenruhe herbeizuführen. Auf russische Initiative verabschiedete der VN-SR mit Resolution 1515 die „Road Map“ – und zwar ohne die israelischen Vorbehalte.

Neben den erfolglosen internationalen Friedensbemühungen formulierte das israelisch-palästinensische Friedenslager unter dem früheren israelischen Justizminister Yossi Beilin und dem früheren palästinensischen Informationsminister Yassir Abed Rabbo die „Genfer Initiative“, die in ausgefeilter Vertragsform Lösungsvorschläge für den „Final Status“, also zu den Kernfragen „Jerusalem“, „Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge“, „Siedlungen“ und „Grenzziehung zwischen Israel und dem zukünftigen palästinensischen Staat“ formuliert. Der Text wurde Anfang Dezember in Genf vorgestellt. Diese Friedensinitiative der Zivilgesellschaft, die mögliche Kompromisslösungen für die zentralen Fragen des Konflikts vorstellt, entspricht einer inhaltlichen Weiterführung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Taba (Ägypten) zu Beginn des Jahres 2001. Sie wurde intensiv in den israelischen und internationalen Medien diskutiert und stieß – als Vorwegnahme offizieller Friedensverhandlungen – auf vehemente Kritik der israelischen Regierung.

Der israelische Vizepremierminister Ehud Olmert (Likud) sprach sich Anfang Dezember überraschend deutlich für einen einseitigen israelischen Rückzug aus Teilen der besetzten Gebiete aus, sollten innerhalb eines Zeitraums von ca. sechs Monaten keine Fortschritte in den Verhandlungen mit der palästinensischen Seite erzielbar sein. Eine derartige einseitige Errichtung einer „Sicherheitsgrenze“ würde nach den Kriterien des größtmöglichen Schutzes der israelischen Bevölkerung, inklusive der Siedlungen im Westjordanland, erfolgen.

Als Reaktion auf einen Terroranschlag im Oktober in Haifa, der Israel zufolge von Terrororganisationen in Syrien angeordnet worden war, flog Israel einen Luftangriff auf ein verlassenes Ausbildungslager in der Nähe von Damaskus. Anfang Dezember erklärte der syrische Präsident Assad die Bereitschaft Syriens zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel auf Basis der im Jahr 2000 erzielten Zwischenergebnisse.

Wiederholte Schusswechsel an der israelisch-libanesischen Grenze forderten ein ziviles israelisches Opfer und mehrere Verletzte.

6.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess)

Bei der euro-mediterranen Konferenz im November 1995 in Barcelona wurde unter Teilnahme der EU und aller Mittelmeer-Anrainerstaaten ein Prozess in Gang gesetzt, der die erste integrierte europäische Initiative für

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Zusammenarbeit im Mittelmeerraum darstellt. Der Prozess ist als regionale Antwort auf die Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten zu sehen, die sich aus der geographischen Nähe der Mittelmeerländer zu Europa ergeben. Inhaltlich hat dieser Prozess insb zum Ziel, eine gemeinsame Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes zu schaffen. Die Euromed-Partnerschaft ist bis heute das einzige Forum, in dem alle Mittelmeer-Anrainerstaaten gemeinsam beraten. Zu den zwölf Partnern der EU zählen Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, der Libanon, Malta, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, die Türkei, Tunesien und Zypern.

Zypern, Malta und die Türkei haben wegen ihrer Beitrittsperspektive eine gewisse Sonderstellung. Im Übrigen werden Zypern und Malta mit dem Beitritt am 1. Mai 2004 von der Seite der Partner auf die Seite der EU-Mitgliedstaaten wechseln. Libyen hat derzeit Beobachterstatus (seine vollständige Teilnahme an der Partnerschaft ist derzeit offen).

Die drei inhaltlichen Schwerpunkte des Barcelona-Prozesses sind die Zusammenarbeit im **politischen und sicherheitspolitischen Bereich** auf der Grundlage fundamentaler Prinzipien, insb der Beachtung von Menschenrechten und Demokratie, die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** mit dem Ziel der Schaffung einer den gesamten Mittelmeerraum umfassenden **Freihandelszone bis 2010** sowie die **Vertiefung der sozialen, kulturellen und humanitären Kooperation**.

Im **politischen** Bereich standen insb partnerschaftliche Maßnahmen und Fragen der Menschenrechte, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie Migrationsfragen im Mittelpunkt. Durch die anhaltende Intifada konnten bei einer Vielzahl an politischen Vorhaben jedoch nur schleppend Fortschritte verzeichnet werden. Nichts desto trotz bleibt der Barcelona-Prozess als einziges Gremium, in welchem sowohl europäische, arabische und israelische Staatenvertreter auf höchster Ebene zusammentreffen, nach wie vor ein wichtiger Faktor.

Das wesentliche Ziel der **wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit** bleibt die Errichtung einer Freihandelszone bis 2010. In der Heranführungsstrategie an dieses Ziel wurden mit nunmehr allen Partnern außer Syrien bilaterale **Assoziationsabkommen** mit dem Ziel der stufenweisen Einführung des bilateralen Freihandels abgeschlossen. Im April und Juni 2002 wurden die bislang letzten dieser Abkommen mit Algerien bzw. dem Libanon abgeschlossen. Mit Syrien konnte die Europäische Kommission im Dezember einen Durchbruch in den Verhandlungen erzielen, wodurch Hoffnung auf den baldigen Abschluss eines Assoziationsabkommens besteht.

Zusätzlich zur Schaffung einer Freihandelszone im Verhältnis EU – Mittelmeerländer („**vertikale Handelsliberalisierung**“) soll gleichzeitig der Handel zwischen den Mittelmeerpartnern untereinander liberalisiert werden („**horizontale**“ oder „**Süd-Süd-Integration**“). Außerdem soll sich die Zusammenarbeit auf Angelegenheiten von transnationalem Charakter erstrecken

Österreich in der Europäischen Union

(beispielsweise auf die Vernetzung von Infrastruktur oder auf die Harmonisierung technischer Standards). Darüber hinaus umfassen die Assoziationsabkommen auch eine Reihe von sozialen, kulturellen und finanziellen Aspekten im Sinne des Barcelona-Prozesses.

Zur Implementierung der euro-mediterranen Partnerschaft stehen zwei Finanzierungsinstrumente zur Verfügung: zum einen das **MEDA-Programm**, das finanzielle und technische Unterstützungsmaßnahmen zur Begleitung der Wirtschafts- und Sozialreformen in den MEDA-Partnerländern beinhaltet. Die finanzielle Basis wird durch eigene Ratsverordnungen sichergestellt (für den Zeitraum 2000–2006 sind im Rahmen von „MEDA II“ 5,35 Mrd. Euro an Finanzmitteln veranschlagt). Die Zuständigkeit zur Durchführung des MEDA-Programms liegt seit 2001 beim Amt für Zusammenarbeit (EuropeAid). Zu beabsichtigten Projekten ist vor der Verabschiedung durch die EK eine Stellungnahme der Mitgliedstaaten im Rahmen des MED-Ausschusses erforderlich. Die zweite wichtige Finanzierungsquelle ist die **Europäische Investitionsbank (EIB)**, die seit 30 Jahren in der Region tätig ist. 2003 erreichte das von der EIB für die Mittelmeerpartner zur Verfügung gestellte Kreditvolumen mit einer Summe von Euro 2,1 Milliarden einen Rekordwert.

In Verfolgung des Aktionsplans von Valencia aus dem Jahr 2002 wurde die euro-mediterrane Integration durch die Umschreibung kurz- und mittelfristiger Initiativen zur Unterstützung in den drei Kernbereichen des Barcelona-Prozesses dynamisiert. Dazu zählen im Einzelnen die **Verstärkung des politischen Dialogs** der EU mit den MED-Partnern (zu Themen wie Terrorismus, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Konfliktverhütung und Krisenmanagement, Good Governance, EU-Erweiterung) und der **Ausbau der wirtschaftlichen und finanziellen Kooperation** (durch die Schaffung einer MED-Investitionsfazilität „FEMIP“, die prinzipielle Teilnahme der MED-Partner am System der europäischen Ursprungskumulierung sowie durch die Förderung der Infrastruktur- und Telekommunikationssektoren sowie des Privatsektors der MED-Partner). Weiters hervorzuheben ist die Dynamisierung des dritten Schwerpunktes der Partnerschaft auf dem Gebiet der sozialen, kulturellen und menschlichen Zusammenarbeit durch die **Annahme eines Aktionsprogramms zum Dialog der Kulturen**, die prinzipielle Einrichtung einer Euromed-Stiftung sowie ein Rahmendokument für ein Regionalprogramm „Justiz und Inneres“.

Die euro-mediterrane Partnerschaft erhielt 2003 durch die Ratspräsidentschaft von zwei mediterranen Staaten, Griechenland und Italien, einen weiteren Impuls. Dazu trug das **Euromed-Außenministertreffen** am 26. und 27. Mai auf Kreta bei. Bei diesem Treffen zeigte die Teilnahme Syriens, des Libanon und Israels, dass der Barcelona-Prozess seine Rolle als nützliches Forum zur Diskussion von Regionalproblemen behauptet. Vor dem Hintergrund der Verschiebung des geopolitischen Gleichgewichtes in Folge des Irakkrieges wurde die Involvierung der EU durch die arabischen Staaten begrüßt.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Das **Euromed-Außenministertreffen** am 2. und 3. Dezember in Neapel bestätigte die Entscheidung über die Errichtung der **Euromed-Stiftung zum Dialog der Kulturen**, vertagte jedoch die Entscheidung über den Sitz der Stiftung. Die von der EIB umgesetzte **Euromediterrane Investitionsfazilität und Partnerschaft (FEMIP)** wurde verstärkt und mit weiteren Mitteln und Instrumenten ausgestattet. Schwerpunkte der Tätigkeit der FEMIP sind insb die Entwicklung des Privatsektors sowie eine engere institutionelle Einbindung der Partnerländer in die Finanzierung. Zur Stärkung der parlamentarischen Dimension im Rahmen der Erweiterung der Zusammenarbeit EU – Mittelmeer wurde die Gründung der **Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung** beschlossen.

6.4. Organisationen der multilateralen Zusammenarbeit

6.4.1. Arabische Liga

Die Gipfeltreffen der Arabischen Liga standen im Zeichen des Nahostkonflikts und des Irakkrieges. Die israelische Politik in den palästinensischen Gebieten wurde verurteilt, der Militärschlag der USA gegen den Irak als völkerrechtswidrig abgelehnt und der sofortige und bedingungslose Rückzug der Koalitionstruppen gefordert. Im September wurde der Vertreter des Irakischen Regierungsrates bedingt und befristet als Vertreter des Irak in der Arabischen Liga akzeptiert.

6.4.2. Organisation der Islamischen Konferenz (OIC)

Beim OIC-Gipfel in Malaysia Mitte Oktober wurde die Wahl eines neuen Generalsekretärs beim nächsten OIC-Gipfel im April 2004 in Istanbul in Aussicht genommenen. Derzeit stehen der aus Bangladesh stammende und von Saudi Arabien unterstützte Salahuddin Quader Chowdhury und ein malaysischer Kandidat zur Verfügung.

6.4.3. Golfkooperationsrat (GCC)

Die Tätigkeit des Golfkooperationsrates (GCC) stand im Zeichen des Irakkrieges und dessen Auswirkungen auf die Golfregion. Bei der am 8. Februar in Jeddah abgehaltenen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister wurde die Entsendung von Einheiten der „Peninsula Shield Force“, der gemeinschaftlichen GCC-Eingreiftruppe, nach Kuwait beschlossen. Damit kam es erstmalig zur Anwendung des seit Dezember 2000 bestehenden gemeinsamen Verteidigungsabkommens und der darin verankerten militärischen Beistandsklausel. Das Mandat des GCC-Truppenkontingentes beschränkte sich ausschließlich auf die Verteidigung Kuwaits und beinhaltete keine Mitwirkung im Krieg gegen den Irak.

Beim 24. GCC-Gipfel vom 21.–22. Dezember in Kuwait wurden im Abschlusskommuniqué die Prinzipien der territorialen Integrität, Souveränität

Österreich in der Europäischen Union

und Unabhängigkeit des Irak sowie der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten festgehalten. Das Abkommen von Bagdad vom 15. November mit dem Zeitplan für die Übertragung der Souveränität des Landes an die Iraker wird begrüßt. Für die Vereinten Nationen wird eine wichtige Rolle beim Übergangsprozess gefordert. Die Besatzungsmächte werden aufgefordert, ihrer Verantwortung gemäß den Genfer Konventionen nachzukommen.

Die 13. Tagung des gemeinsamen EU-GCC-Ministerrates fand am 3. März in Doha, Katar, statt. Zu den wichtigsten Themen gehörten der Irakkrieg, die Lage im Nahen Osten, Fragen der Menschenrechte, verstärkte Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und das geplante Freihandelsabkommen.

7. Afrika südlich der Sahara

7.1. Allgemeines

Auch 2003 war das Bild Afrikas von den bekannten soziologischen und ökonomischen Problemen wie niedrige Lebenserwartung, bittere Armut, hohes Analphabetentum, hohe Kindersterblichkeit, rasches Bevölkerungswachstum und erschreckende HIV/AIDS-Zahlen gekennzeichnet. Diese Ausgangslage, verschärft durch eine immer stärker hervortretende Islamisierung entlang der historischen Trennlinie quer durch Afrika, führte vielerorts zu einer Versteinerung politischer Strukturen mit Einparteiensystemen (Togo, Gabun), starkem Einfluss der Armee, mehr oder weniger demokratisch durchgeführten Präsidentschaftswahlen (Nigeria, 22. April bzw. Togo, 1. Juni und Guinea, 21. Dezember), erfolgreichen (Guinea-Bissau, 14. September) oder gescheiterten (Mauretanien, 8./9. Juni) Staatsstreichen und ähnlichen Phänomenen.

Die Zahl der bewaffneten Konflikte ging jedoch zurück, da der Bürgerkrieg in Liberia beendet werden konnte, die Lage in der Côte d'Ivoire durch Entsendung einer VN-Mission, der zwei Österreicher angehören, stabilisiert wurde und eine Friedensregelung für den zwei Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieg im Sudan im Laufe des Jahres 2004 erwartet wird. In Burundi kam es über südafrikanische Vermittlung zu einer Einigung zwischen der Regierung und der größten Rebellenbewegung FDD und zu deren Eintritt in die Regierung. Im Gefolge von Massakern verfeindeter Milizen in Bunia (Ituri/Ostkongo) kam es im Juli/August unter Führung Frankreichs und mit Beteiligung Österreichs erstmals zu einer militärischen Krisenmanagement-Operation der EU („ARTEMIS“) in Entsprechung eines Ersuchens des VN-Generalsekretärs. Diese Operation führte die dringende Notwendigkeit einer eigenständigen Kapazität der Afrikanischen Union (AU) für friedenssichernde Maßnahmen vor Augen, die grundsätzlich schon beim 1. AU-Gipfel von Durban 2002 beschlossen worden war. Die EU beschloss im November die Einrichtung einer vorerst mit 250 Mio. Euro pro Jahr dotierten „African Peace Facility“ zur Unterstützung der AU bei ihren entsprechenden Bemühungen.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Der afrikanische Kontinent ist für die EU und deren Mitgliedstaaten weiterhin von großer Bedeutung, allerdings ist der ursprüngliche Elan bei der gemeinsamen Kraftanstrengung EU – Afrika, um den Kontinent für das 21. Jahrhundert zu positionieren, einer gewissen Ernüchterung gewichen. Der verstärkte EU – Afrika-Dialog und der Aktionsplan mit acht prioritären Themen, der im Jahr 2000 beim EU – Afrika-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Kairo beschlossen worden war, hätte im April in Lissabon mit dem zweiten EU – Afrika-Gipfel seine Fortsetzung und Vertiefung erfahren sollen. In Folge der gegen das Regime des Präsidenten von Simbabwe, Robert Mugabe, verhängten EU-Sanktionen, die u. a. Einreisebeschränkungen für Spitzenfunktionäre der Regierung Simbabwes umfassen und die am 18. Februar um ein Jahr verlängert worden waren, kam eine Teilnahme Mugabes am geplanten Gipfel für die EU nicht in Frage. Andererseits beharrten vor allem Staaten im Süden Afrikas auf einer Teilnahme Mugabes, wobei der Umstand, dass dieser Ende Februar über Einladung von Präsident Jacques Chirac in Paris am Gipfel France-Afrique teilgenommen hatte, die Position der EU fragwürdig erscheinen ließ. Nachdem Versuche einer EU-Troika beim AU-Vorsitz Südafrika, zu einer Kompromisslösung zu kommen (Vertretung Simbabwes am Gipfel durch den Außenminister) gescheitert waren, kam es zur **Verschiebung sine die**. Nach derzeitigem Stand dürfte der Gipfel, wenn überhaupt, erst nach dem Ende des Regimes Mugabe stattfinden. In dieser, teilweise auch durch die EU-Sanktionen verursachten Situation, fanden keine Vorbereitungs Schritte für den Gipfel statt. Stattdessen zerfiel der Dialog EU – Afrika in mehrere **EU-Troika-Missionen** in afrikanische Staaten, meist auf Beamtenebene, fallweise auf Ministerebene (AU-Gipfel; Kenia; Amtsübergabe an die Übergangsregierung in Liberia). Am 10. November wurde in Rom zwischen der EU und der AU-Troika auf Ministerebene Einvernehmen darüber erzielt, den Dialog EU-Afrika in Zukunft im Troika-Format abzuhalten. Die acht im Kairoer Aktionsplan vereinbarten Themen wurden in vier „clusters“ zusammengefasst. In dieses Bild passt auch, dass manche der alten und neuen EU-Mitgliedstaaten die Zahl ihrer Botschaften in Afrika 2003 weiter verringert haben.

EU-Kommissionspräsident Romano Prodi stattete Westafrika (Senegal, Côte d'Ivoire und Burkina Faso) von 11. bis 15. November erstmals einen Besuch ab, in dessen Verlauf er für einen Dialog der Staaten untereinander ein- bzw. als Anwalt für Frieden und Demokratie auftrat.

7.2. Regionale Integrationsforen

7.2.1. Afrikanische Union (AU)

Am 25. Mai gedachte die AU des 40. Jahrestags der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Mit dem 2. Gipfel in Maputo, Mosambik (10.–12. Juli), kam die einjährige Übergangsphase der Transformation der früheren OAU in die AU zu einem Ende. Neuer Vorsitzender der AU bis

Österreich in der Europäischen Union

zum 3. Gipfel, der 2004 in Addis Abeba stattfinden wird, ist der Präsident Mosambiks, Joaquim Chissano. In Maputo wurde die aus Vorsitzendem, Vize-Vorsitzendem und acht KommissarInnen bestehende Kommission gewählt. Alpha Oumar Konare (Mali) wurde zum Vorsitzenden, Patrick Kayumba Mazimkaka (Ruanda) zum Vize-Vorsitzenden gewählt, weiters sieben der acht KommissarInnen. Der Posten des Kommissars für wirtschaftliche Angelegenheiten wird im Februar 2004 besetzt und fällt der Region südliches Afrika zu. Das Programm der AU ist sehr ambitioniert und stellt eine eindeutige Abkehr von der bisherigen OAU dar. Insb die Neuinterpretation der bisher verteidigten nationalen Souveränität fällt auf – so sind nunmehr Fragen wie Menschenrechte, gute Regierungsführung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht mehr ausschließliche Angelegenheiten eines Mitgliedstaates. Bei schwerwiegenden Verletzungen dieser Prinzipien kommt den anderen Mitgliedstaaten ein Recht und eine Pflicht zu reagieren zu.

Am 30. Dezember trat das „Protocol relating to the establishment of the Political and Security Council“ mit Hinterlegung der 27. Ratifikationsurkunde (Nigeria) in Kraft.

Das dem VN-SR nachgebildete Organ, dessen konstituierende Sitzung im März 2004 vorgesehen ist, soll als Frühwarn- und Entscheidungsorgan für Konfliktprävention, -management und -lösung fungieren.

7.2.2. East African Community (EAC)

Auch in der am 30. November 1999 in Arusha gegründeten **Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC)** sind insofern Fortschritte zu verzeichnen, als ein Protokoll zur Angleichung der Zolltarife und zur Errichtung einer Zollunion fertig gestellt werden konnte. Die Unterzeichnung des Protokolls durch die Präsidenten Kenias, Ugandas und Tansanias wurde allerdings bereits zweimal verschoben.

7.2.3. Economic Community of Western African States (ECOWAS)

ECOWAS setzte mit Erfolg ihre Bemühungen um regionale Wirtschaftsintegration, Friedenssicherung, Konfliktlösung, Mediation, Ausbau ihrer inter-regionalen und internationalen Beziehungen und Verträge (mit der EU, Kanada, etc.), Professionalisierung, Vervollkommnung der Marktmechanismen und Wirtschaftsinstrumente, Armutsbekämpfung, Demokratisierung und Vertiefung der innergemeinschaftlichen Funktionen und Kooperationen fort. Sie konnte auf allen Gebieten Fortschritte und Erfolge erzielen: Die Beruhigung des liberianisch-sierraleonischen Kriegsschauplatzes durch ein Waffenstillstandsabkommen, die Exilierung des liberianischen Präsidenten Charles Taylor nach Nigeria, die rasche Niederschlagung des Putsches in Sao Tome und Principe und die Ruhighaltung des Kriegsschauplatzes Côte d'Ivoire zeigten das sich ständig verbessernde Krisenmanagement der ECOWAS im Zusammenwirken mit wichtigen internationalen und regionalen

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

politischen Kräften und Persönlichkeiten auf, wobei Nigeria als Sitzstaat der ECOWAS dank seinem vielseitigen Präsidenten und dessen zahlreichen Initiativen eine besondere Führungsrolle zukommt.

Zu erwähnen ist insb auch der Einsatz des ghanaischen Präsidenten Kufuor, dem es durch Verhandlungsgeschick gelang, die Rebellenbewegungen in Liberia und in der Côte d'Ivoire an den Verhandlungstisch zu bringen und ihre Eingliederung in den Friedensprozess zu erreichen. Die von den ECOWAS-Staaten für die Friedenssicherung in Côte d'Ivoire und Liberia eingesetzten Truppen belasten finanziell die betreffenden afrikanischen Staaten schwer, sodass eine Umwandlung in eine VN-Mission angestrebt wird.

Über die militärische, wirtschaftliche und politisch-diplomatische Friedenssicherung und Stabilisierung der Region hinaus wendet sich das Interesse der ECOWAS in zunehmendem Maße der Erhöhung der menschlichen Sicherheit, dem sozialen und humanitären Fortschritt, der Würde der Person und ihres Arbeitseinsatzes, einem steigenden Angebot an medizinischer Versorgung, Schulausbildung und Kultur zu.

Die Anerkennung der Bemühungen und Fortschritte der ECOWAS kommt in großzügigen Hilfgewährungen seitens der EU, der USA, Deutschlands, Großbritanniens, der Vereinten Nationen, in Donationen für die Durchführung von Friedensverhandlungen einzelner Länder, Ausbildungshilfe (auch militärisch), und in letzter Zeit in Form der Akkreditierung auch nichtafrikanischer diplomatischer Vertreter als Ständige Delegierte bei der ECOWAS (bisher Russland, Frankreich, Deutschland, Spanien, Kuba, Griechenland, Schweiz) zum Ausdruck. Die ECOWAS wird wohl auch weiterhin Vorreiter und Wegbereiter einer Partnerschaft Afrikas mit anderen Kontinenten, sei es durch Interpretation der NEPAD (New Partnership for Africa's Development) oder in anderen Kooperationsformen, sein.

7.2.4. South African Development Community (SADC)

Die 2001 beschlossene Strukturreform der SADC-Institutionen, durch welche die bis dahin von den einzelnen Mitgliedstaaten betreuten 21 Aufgabensektoren in vier Direktorate im SADC-Sekretariat in Gaborone zusammengefasst wurden, wurde formell abgeschlossen. Die vier Direktorate sind zuständig für: a) Handel, Industrie, Finanzen und Investitionen; b) Infrastruktur und Dienstleistungen; c) Nahrungsmittel, Landwirtschaft und Natürliche Ressourcen sowie d) Soziale und Menschliche Entwicklung und Sonderprogramme.

Beim SADC-Gipfel, der am 25. und 26. August in Dar es Salaam, Tansanien, stattfand, ging der Vorsitz vom angolanischen Präsidenten Jose Eduardo Dos Santos an den Präsidenten Tansaniens, Benjamin Mkapa, über. Weiters übernahm Lesotho von Mosambik den Vorsitz im SADC-Organ für Politik, Verteidigung und Sicherheitszusammenarbeit. Der SADC-Gipfel bekräftigte die

Österreich in der Europäischen Union

Absicht der MS, über die bisherige regionale Kooperation hinaus zu einer vertieften Integration ihrer Wirtschaften zu gelangen und approbierte den „Regional Indicative Development Plan (RISDP)“, einen 15-Jahresplan, in dessen Rahmen in Dreijahresphasen die kurz- und mittelfristigen Ziele der SADC nach festgelegten Prioritäten verwirklicht werden sollen. Damit soll die bisherige schleppende Umsetzung der seit 1992 unterzeichneten 24 Sektorenprotokolle, von welchen bisher erst zwölf ratifiziert wurden und in Kraft getreten sind, überwunden und beschleunigt werden. In Dar es Salaam wurde, erstmals seit 1995, von den Staats- und Regierungschefs kein neues Protokoll unterzeichnet, dagegen eine Charta für Fundamentale Soziale Rechte und ein Gegenseitiger Verteidigungspakt, die beide nach Ratifikation durch zwei Drittel der SADC-Mitglieder in Kraft treten werden. Im Juli fand in der Hauptstadt Lesothos, Maseru, ein SADC-Sondergipfel für die Bekämpfung von HIV/AIDS statt, der eine „Erklärung zum Kampf gegen HIV und Aids in der SADC-Region“ verabschiedete und einen Regionalfonds zur Implementierung des „SADC HIV and Aids Strategic Framework and Program of Action 2003–2007“ etablierte.

Die Republik Seychellen ist im Juli aus der SADC mit der Begründung ausgetreten, dass ihr jährlicher Mitgliedsbeitrag von 500.000,- \$ nicht durch die ihr aus der SADC erwachsenden Vorteile gerechtfertigt wäre.

7.2.5. Inter-Governmental Authority for Development (IGAD)

Die Umstrukturierung der **Inter-Governmental Authority for Development** wurde anlässlich des 10. Gipfeltreffens in Kampala (Uganda) am 24. Oktober abgeschlossen. Für Beobachter der bisherigen Gipfeltreffen war dieser der konstruktivste und erfolgreichste Gipfel der Organisation seit ihrer Gründung.

Während die Projekte im eigentlichen entwicklungspolitischen Kernbereich der Organisation auch 2003 eher im Hintergrund blieben, konnte sich IGAD im Bereich der Konfliktlösung trotz Differenzen zwischen den Hauptakteuren durch die Bemühungen um eine **Lösung für Somalia und den Sudan** profilieren. Die Friedenskonferenz für Somalia in Mbaghati/Nairobi (Kenia) kam jedoch gegen Jahresende zu einem vorläufigen Stillstand. Die Konferenz für den Sudan in Machakos (Kenia) könnte hingegen mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags Anfang 2004 einen positiven Abschluss finden.

7.2.6. New Partnership for Africa's Development (NEPAD)

Die „New Partnership for Africa's Development“ (NEPAD) wurde am 23. Oktober 2001 aus der Taufe gehoben. Dabei handelt es sich zwar noch um keine etablierte Institution im eigentlichen Sinn, doch als Prozess ist NEPAD ein bedeutendes Instrument in der weiteren Entwicklung der Afrikanischen Union. Während sie zu Beginn fälschlicherweise für eine Art „Marshall-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Plan“ für Afrika gehalten und von Seiten der Betreiber teilweise unrealistische zusätzliche Summen an Unterstützung erhofft wurden, zeichnet sich nun ein etwas nüchterneres Bild von NEPAD ab.

Wesentlich an NEPAD ist in erster Linie, dass es sich um eine genuin afrikanische Initiative handelt, welche dem Gedanken der „ownership“ Rechnung trägt. NEPAD stellt erstmals einen klaren Zusammenhang zwischen den Prinzipien von Frieden und Stabilität, Demokratie, guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten einerseits sowie wirtschaftlicher Entwicklung andererseits her. Mittelfristige Ergebnisse des NEPAD-Prozesses sind allerdings noch nicht abzusehen, was etwa an der Frage der „Peer Review“ deutlich wird, welcher die Mitgliedsländer nach wie vor ambivalent gegenüberstehen.

7.3. Entwicklungen in den Regionen

7.3.1. Das Horn von Afrika

Der mit dem Friedensabkommen von Algier im Dezember 2000 eingeleitete **Friedensprozess zwischen Äthiopien und Eritrea** kam zum Stillstand, da sich Äthiopien weigerte, die Grenzzentscheidung der durch das Abkommen eingesetzten Grenzkommission vom 13. April 2002 umzusetzen. Nach einem letzten ergebnislosen Treffen der Grenzkommission mit beiden Streitparteien ernannte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ende Dezember den ehemaligen Aussenminister Kanadas, Lloyd Axworthy, zum Sonderbeauftragten, der beide Seiten zu einem Dialog über den festgefahrenen Prozess bewegen soll.

Die VN-Friedensmission UNMEE überwachte weiterhin erfolgreich die Einhaltung des Waffenstillstandes zwischen Äthiopien und Eritrea.

Die seit 15. Oktober 2002 in Kenia, zuerst Eldoreth, später Mbaghati, laufende großangelegte nationale Versöhnungskonferenz für **Somalia** kam im zweiten Halbjahr ebenfalls ins Stocken. Die unter den Auspizien der IGAD stattfindende und von der EU entscheidend mitfinanzierte Konferenz bezog – mit Ausnahme Somalilands – zwar praktisch alle maßgeblichen politischen Akteure Somalias ein, die Rolle Äthopiens im Rahmen des Technischen Komitees wurde jedoch von Dschibuti und der Nationalen Übergangsregierung in Mogadischu als zu dominant empfunden. Das Technische Komitee, das bisher aus den Nachbarstaaten Kenia, Dschibuti und Äthiopien bestanden hatte, wurde um Eritrea und Uganda erweitert und in „Committee of Facilitation“ umbenannt. In den Fragen der zukünftigen Regierungsform und der Machtaufteilung waren keine besonderen Fortschritte zu verzeichnen.

Lediglich in den Friedensprozess zur Beendigung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs im **Sudan** kam Bewegung. Nachdem bereits am 16. Juli 2002 die Regierung des Sudan und die Rebellenbewegung des Südsudan (Southern People's Liberation Movement – SPLM) in Machakos (Kenia) das sogenannte

Österreich in der Europäischen Union

„Machakos-Abkommen“ unterzeichnet hatten, das u.a. Bestimmungen über eine Truppenentflechtung, eine Waffenruhe, die Teilung von Macht und Reichtum des Landes, eine Abstimmung über die Zugehörigkeit des Südsudan zum Gesamtstaat und die Beziehung zwischen Staat und Religion enthält, wird nun für 2004 – nach intensivem Engagement der USA – die Unterzeichnung eines Friedensabkommens erwartet.

Sowohl im Sudan als auch in Somalia fungiert Kenia im Namen der IGAD als Vermittler und Veranstalter der Friedenskonferenzen.

Während sich im Süden ein Friedensschluss abzeichnet, kam es seit dem Frühjahr in der westlichen, an den Tschad angrenzenden Provinz Darfur, zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen Rebellen (Sudan Liberation Movement, Sudan Liberation Army, Justice and Equality Movement) und der Zentralregierung sowie affilierten Milizen, die im Laufe des Jahres in rund 3000 Toten, 670.000 intern Vertriebenen und 110.000 Flüchtlingen im Tschad resultierten.

7.3.2. Das südliche Afrika

Die **Dürrekatastrophe** im südlichen Afrika stellt weiter eine ernsthafte Bedrohung der Region dar. Die Nahrungsmittelsituation in den von der Dürrekatastrophe besonders betroffenen Ländern Lesotho, Malawi, Mosambik, Swasiland, Sambia und Simbabwe entspannte sich mit Ausnahme von letzterem dank besserer Niederschläge, sodass der Bedarf an Nahrungsmittelhilfe von 15 Millionen Tonnen zu Jahresbeginn auf 6,5 Millionen Tonnen im Dezember zurückging. Die bis Jahresende viel zu geringen Niederschläge in der ersten Hälfte der Regenzeit in Südafrika und seinen Nachbarländern lassen jedoch eine erneute Verschlimmerung der Dürrekatastrophe befürchten. Österreich unterstützte die Nahrungsmittelhilfe des World Food Program im südlichen Afrika mit 200.000 Euro für Simbabwe und 90.000 Euro für Lesotho.

Die politische Lage in **Lesotho** hat sich seit den Parlamentswahlen vom Mai 2002 im großen und ganzen konsolidiert und die Nachwirkungen der schweren politischen Unruhen nach den Wahlen des Jahres 1998 werden langsam überwunden. Die Anfechtung der Wahlergebnisse vom Mai 2002 durch die oppositionelle Basotho National Party (BNP) wurde im August vom High Court in Maseru zurückgewiesen und die BNP nahm den Gerichtsentscheid hin. Eine Demonstration der BNP im Mai verlief friedlich. Bei einer Studentendemonstration am 11. September kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die ohne schwere Verletzungen blieben. Dagegen wurden bei einer Demonstration von TextilarbeiterInnen gegen ihren chinesischen Arbeitgeber am 10. November zwei Menschen getötet und 120 verletzt. Die teilweise auf die Dürrekatastrophe zurückzuführende rasch anwachsende öffentliche Verschuldung stellt mittelfristig eine Bedrohung der Entwicklung des Landes dar.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Labil blieb die Lage in **Swasiland**, der einzigen absoluten Monarchie Afrikas, das seit 1973, als die Verfassung vom König außer Kraft gesetzt wurde, mit Dekreten regiert wird. Politische Parteien und Gewerkschaften sind seither offiziell verboten, jedoch werden ihre Aktivitäten in beschränktem Rahmen toleriert. Am 9. April wurde durch einen massiven Polizeieinsatz eine Kundgebung gegen die mangelnde Meinungsfreiheit, die Einmischung der Regierung in die Arbeit der Gerichte und das Verbot von Oppositionsparteien unterbunden. Am 19. April erklärte König Mswati III unter Verweis auf die swasischen Traditionen, dass die Demokratie nicht gut für das Land wäre.

Die politische Situation in **Madagaskar** hat sich nach den schweren Unruhen in der ersten Jahreshälfte 2002 nach den Parlamentswahlen am 15. Dezember 2002 wieder völlig beruhigt. Das von der OAU im Frühjahr 2002 suspendierte Madagaskar wurde beim Gipfel in Maputo als Vollmitglied in die AU aufgenommen.

Trotz drohender Hungersnot in **Simbabwe** (rd. fünf Millionen Menschen benötigen Nahrungsmittelhilfe) wurde die radikale Landreform, zum Teil mit Einsatz von Gewalt, fortgesetzt. Erstmals wurde von einem simbabwischen Regierungsmitglied zugegeben, dass die Landreform ihr Ziel zum Teil nicht erreicht habe, da in manchen Gebieten nur 40% der neuen Farmer das ihnen zugewiesene Land effektiv übernommen hätten. Viele neue Farmer verfügen zudem nicht über die nötigen finanziellen Mittel sowie maschinelle Einrichtungen, um die landwirtschaftliche Produktion aufnehmen zu können. Trotz mehrfacher Bemühungen auf bilateraler Ebene durch mehrere afrikanische Staatspräsidenten (Südafrika, Nigeria, Malawi), Präsident Robert Mugabe zur Aufnahme eines formellen Dialoges mit der Oppositionspartei MDC zur Lösung der inneren Krise zu bewegen, fanden keinerlei formelle Verhandlungen statt. Obwohl MDC mit dem erfolgreichen einwöchigen „stay-away“ Anfang Juni und der Unterstützung eines Generalstreiks beweisen konnte, Geschäfts- und Berufsleben in den urbanen Zentren lahm legen zu können, blieb der erhoffte politische Durchbruch aufgrund der Mobilisierung der Sicherheitskräfte zur Unterbindung geplanter Protestmärsche aus. Das von Oppositionschef Tsvangirai angestrebte Gerichtsverfahren zur Anfechtung der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2002 ist seit November anhängig.

Die am 18. Februar 2002 seitens der EU verhängten sogenannten „smart sanctions“, die Einreiserestriktionen und das Einfrieren von Vermögen zum Inhalt haben, wurden am 18. Februar für ein weiteres Jahr verlängert. In einem Schreiben der EU wurde Präsident Mugabe hierüber informiert und die Bereitschaft der EU unterstrichen, mit Simbabwe im Sinne des Abkommens EU – AKP den Dialog fortsetzen zu wollen.

7.3.3. Region der Großen Seen

In **Burundi** erfolgte am 1. Mai gemäß dem Abkommen von Arusha der Wechsel im Präsidentenamt. Präsident Pierre Buyoya übergab das Amt an Vizeprä-

Österreich in der Europäischen Union

sident Domitien Ndayizeye. Am 16. November wurde das Übereinkommen zwischen der Übergangsregierung und der Rebellenorganisation CNDD-FDD in Dar es Salaam unterzeichnet. Bereits vorher waren das Protokoll über die Teilung der Macht in Politik, Armee und Sicherheitsapparat und das Protokoll über die offen gebliebenen Fragen einschließlich dem technischen Abkommen über die Streit- und Sicherheitskräfte unterzeichnet worden. Am 23. November trat die FDD in die Regierung ein; in einem globalen Waffenstillstandsabkommen fielen ihr 40% der Kommandostrukturen und der Truppe der neuen burundischen Armee sowie im zivilen Bereich ein Staatsminister, drei weitere Minister, einige Parlamentssitze etc. zu. Derart gestärkt kann die Regierung nun Verhandlungen mit der verbliebenen Rebellenbewegung FNL aufnehmen. Dass die Situation in Burundi weiterhin instabil ist, zeigte die Absage der ursprünglich für 2./3. Dezember anberaumten „Pledging Conference for the African Mission in Burundi (AMIB)“ und die Ermordung des apostolischen Nuntius, Erzbischof Michael Courtney, durch unbekannte Rebellen am 29. Dezember. Das „Forum des Partenaires au Développement du Burundi“ fand, als beabsichtigter Ausdruck des Vertrauens in die Stabilität des Friedensprozesses, am 13. und 14. Jänner 2004 in Brüssel statt.

Am 26. Mai wurde die neue Verfassung von **Ruanda** in einem Referendum mit 93% der Stimmen angenommen. Die Präsidentschaftswahlen vom 25. August brachten einen überwältigenden Wahlsieg von Präsident Paul Kagame. Bei den Parlamentswahlen vom 30. September erhielt die Parteienkoalition unter Führung von Kagames Front Patriotique Rwandais ca. 74% der Stimmen und sicherte sich insgesamt 58 der 80 Sitze im Parlament. Am 11. Oktober wurde der bisherige Premierminister Bernard Makuza, prominentes Mitglied des wegen Wiederbetätigung aufgelösten Mouvement Démocratique Républicain (MDR), wiederbestellt. Die neue Verfassung sieht vor, dass die Ämter des Präsidenten und des Premierministers zwei verschiedenen Ethnien zufallen müssen.

Auch in der **DR Kongo** hat sich die allgemeine Trendwende von eskalierenden Bürgerkriegen zu einer schrittweisen Befriedung durchzusetzen begonnen. Dazu gehört die sukzessive Konsolidierung der am 24. Juli erstmals zusammengetretenen Übergangsregierung, in der alle wesentlichen Kräfte der Bürgerkriegsjahre vertreten sind, ebenso wie der schrittweise Aufbau staatlicher Institutionen und die ebenso schrittweise Durchsetzung ihres administrativen Durchgriffs bis sogar einschließlich in die beiden Kivu-Provinzen und die Ituri-Region. Die allmähliche interne Normalisierung spiegelt sich auch in einer Normalisierung der regionalen zwischenstaatlichen Beziehungen insb mit Uganda und sogar, wenn auch mühsamer, mit Ruanda wider. Im November wurde über südafrikanische Vermittlung in Pretoria ein Machtaufteilungsabkommen zwischen dem kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila und den wichtigsten Rebellengruppen abgeschlossen. Diese wurden in die Übergangsregierung aufgenommen, die bis zu allgemeinen Wahlen im Jahr 2005 im Amt bleiben soll.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Ein weiteres Signal der internen und der regionalen Friedensfortschritte ist die für November 2004 geplante **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region der Grossen Seen**, die nach jahrelanger Ablehnung durch die regionalen Machthaber nunmehr deren Zustimmung genießt und unter Vorsitz des Sondergesandten des VN-GS, Ibrahima Fall, vorbereitet wird. Auf kanadisch-niederländische Initiative kam es am 4. Dezember zur Konstituierung einer „Group of Friends of the Great Lakes“, an der auch Österreich beteiligt ist, und die von Geberseite her die Konferenz unterstützen soll.

7.3.4. Ostafrika

Das herausragende Ereignis in Ostafrika war im Jänner das Ende der Herrschaft der Staatspartei KANU in Kenia, die seit der Unabhängigkeit an der Macht gewesen war, sowie die Installierung einer Koalitionsregierung fast aller bis dahin oppositioneller Kräfte. Die neue Regierung, die eine durch Korruption und Vernachlässigung schwer beschädigte Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung übernahm, konnte bereits einige Fortschritte erzielen, entfaltete auch einige Aktivitäten bei der Aufarbeitung von Korruption und Nepotismus vergangener Jahre, zeigte aber auch immer mehr interne Spannungen. Insb die Arbeit an einer neuen Verfassung machte tiefgehende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Verteilung der Macht auf verschiedene Organe der Exekutive sichtbar.

In Uganda beherrschten zwei Themen die Innenpolitik: der anhaltende „Bürgerkrieg“ mit der „Lords Resistance Army“ (LRA) in der Acholi-Region und die Einführung eines echten Mehrparteiensystems. Das politische Banditentum der LRA ließ nicht nach und wurde zeitweilig sogar auf benachbarte Regionen (Teso und Lango) ausgedehnt. Präsident Yoveri Museveni scheint überzeugt zu sein, dass es für das Problem der LRA nur eine militärische Lösung gibt und konnte gegen Jahresende auch eine Reihe taktischer Erfolge, die zu einem teilweisen Rückzug der LRA in ihre sudanesischen Stützpunkte führte, verzeichnen. In der Frage der Etablierung eines echten Parteienpluralismus scheint ein positiver, jedoch gelenkter, Bewusstseinsbildungsprozess in Gang gekommen zu sein, den Museveni allerdings mit dem Versuch zur Erringung einer dritten Amtsperiode, die in der derzeitigen Verfassung nicht vorgesehen ist, verbindet.

7.3.5. Westafrika

Diente 2002 u. a. Liberia für die Westrebellen in Côte d'Ivoire als Hinterland, so operierte seit März entscheidend die zweite liberianische Rebellenfraktion MODEL von ivorischem Territorium aus. Durch den Friedensschluss in Liberia kam im Laufe des Jahres auch der Westen der Côte d'Ivoire, der nicht nur von den beiden Seiten angeheuerten Söldnern verun-

Österreich in der Europäischen Union

sichert wurde, sondern wo auch tief sitzende blutige ethnische Konflikte aufbrachen, zur Ruhe.

Dem Friedensprozess nach dem gescheiterten Putschversuch vom 18./19. September 2002 in Abidjan liegt der von allen politischen ivoirischen Kräften Ende Jänner in einem Vorort von Paris unterzeichnete Maßnahmenkatalog zugrunde, der anschließend von der internationalen Gemeinschaft (VN, EU, ECOWAS/CEDEAO) in Paris indorsiert worden ist. Er visiert die demokratische und transparente Durchführung der für 2005 angesetzten Präsidentschaftswahl an, in deren Vorfeld nicht nur organisatorische Fragen, sondern auch bisher vernachlässigte Fragen des Status der Fremden in Côte d'Ivoire und in diesem Zusammenhang Fragen des Bodenrechts zu klären sind. Im Grunde handelt es sich noch immer um personelle Kämpfe um die Nachfolgefrage des 1993 verstorbenen ivoirischen Gründungspräsidenten Houphouët-Boigny. Das vom VN-GS unter der Leitung seines Sonderbeauftragten Prof. Albert Tévoedjré (Benin) eingesetzte Follow-up-Komitee überwacht die Einhaltung des sogenannten Linas-Marcoussis-Abkommens. Allerdings bedurfte es im Laufe des Jahres unermüdlicher internationaler und regionaler Besuchsdiplomatie sowie des Verhandlungsgeschicks des ECOWAS-Präsidenten Kufuor, um immer wieder ausbrechende Feindseligkeiten in Côte d'Ivoire im Keim zu ersticken. Die von den ECOWAS-Staaten gestellten Kontingente (MICECI) und die VN-Mission in Côte d'Ivoire (MINUCI) sowie die ursprünglich 600 und nunmehr bis zu 4.000 Mann verstärkten französischen Truppen (LICORNE) konnten bisher ebenfalls den Wiederausbruch von bewaffneten Auseinandersetzungen verhindern.

Am 4. Juli erklärten die Regierungstruppen und die bewaffneten Rebellenformationen in Abidjan in einer gemeinsamen Erklärung den Krieg für beendet. Präsident Laurent Gbagbo sieht den Friedensprozess allerdings noch nicht für abgeschlossen an. Die Entwaffnung und Konfinierung der bewaffneten Einheiten der Ex-Rebellen gehen nur schleppend vor sich.

Durch die prekäre Sicherheitslage bedingt – das Land ist noch immer in einen von den Ex-Rebellen kontrollierten Norden und den von der Regierung kontrollierten Süden geteilt – verlegte die Afrikanische Entwicklungsbank (ADB), der auch Österreich angehört, im Februar seinen Sitz temporär nach Tunis. Büros anderer internationaler Organisationen sind diesem Beispiel gefolgt. Eine Rückkehr der Bank nach Abidjan ist nicht vor den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 wahrscheinlich.

Mano River Union (Guinea, Sierra Leone, Liberia)

Nach Sierra Leone, das sich mit internationaler Hilfe seit Erklärung des Endes des zehnjährigen Bürgerkrieges im Februar 2002 zunehmend stabilisierte, kam es auch betreffend Liberia am 18. August in Accra zur Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens zwischen der ehemali-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

gen Regierung Liberias, Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD) und dem Movement for Democracy in Liberia (MODEL), wodurch der vierzehnjährige Bürgerkrieg ein vorläufiges Ende fand. Im Oktober konnten die Amtsgeschäfte von einer bis zu den in zwei Jahren angesetzten Wahlen amtierenden Nationalen Übergangsregierung übernommen werden. Vorausgegangen waren intensive internationale und regionale Bemühungen einer Konfliktbeilegung, wobei dem EU-Sonderbeauftragten für die Mano River Union, dem schwedischen Staatsminister Hans Dahlgren, eine bedeutende Rolle zukam. Dem am 6. Juni gegen Präsident Charles Taylor vom Internationalen Sondergerichtshof in Freetown erlassenen Haftbefehl wegen seiner Involvierung in den Bürgerkrieg in Sierra Leone gab Ghana nicht statt. Taylor nahm das vom nigerianischen Präsidenten Obasanjo angebotene Exil am 11. August an, was den Weg für die Friedensregelung frei machte. Interpol erließ am 4. Dezember einen internationalen Haftbefehl gegen Taylor. Nach wie vor bestehen Befürchtungen, dass bei einer nicht vollständigen Entwaffnung bzw. nicht erfolgreichen Integrierung der Angehörigen der bisher bewaffneten Formationen diese in Nachbarländer ausweichen, wo neue Konflikte ausbrechen könnten.

In Guinea-Bissau kam es im September 2003 zu einem – allgemein erwarteten – Militärputsch gegen Präsident Koumba Yala. Dieser hatte die demokratischen und rechtsstaatlichen Instanzen des Landes weitgehend ausgehöhlt und teilweise abgeschafft und gleichzeitig das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geführt. Der Militärputsch verlief ohne Blutvergießen, der Präsident demissionierte „freiwillig“, und die Militärs setzten umgehend eine Zivilregierung unter dem neu ernannten Interimspräsidenten Enrique Rosa ein, welche nunmehr versucht, mit internationaler Hilfe das Land aus der Krise zu führen.

In der Casamance, der südlichen Region des Senegal, unternahm – nicht zuletzt im Gefolge des Militärputsches und der auf dieser Basis gebildeten neuen Regierung in Guinea-Bissau – die Regierung einen erneuten Anlauf zu Gesprächen mit den verschiedenen autonomistischen Widerstandsgruppen und konnte dabei offenbar erste bescheidene Erfolge erzielen: mit zumindest einer der bewaffneten Fraktionen der Widerstandsbewegung konnte ein vorläufiges Übereinkommen über einen Waffenstillstand erzielt werden, welches bisher auch eingehalten wurde.

Im Hinblick auf die instabile Lage in Westafrika, die durch Bürgerkriege, Sezessionsbewegungen, Waffenschmuggel, Putschversuche und manipulierte Wahlen evident ist, wurde als gemeinsame österreichisch-französische Initiative das „Centre de Réflexion Europe-Afrique pour la Prévention des Conflits et des Crises Internationales“ (CREAF) in Dakar ins Leben gerufen, welches am 4./5. Juni dort unter hochrangiger internationaler Beteiligung ein vielbeachtetes „1er Colloque Euro-Africain sur la Coopération en Matière de Sécurité et de Prévention des Crises en Afrique de l' Ouest“ organisierte.

Österreich in der Europäischen Union

8. Nordamerika

8.1. Vereinigte Staaten von Amerika

Der Krieg gegen den Irak war 2003 für die USA das alles überragende Thema. Wie bereits die militärische Intervention der von den USA geführten Koalition gegen das Taliban-Regime in Afghanistan im Jahr 2001 stellte die Administration auch den Krieg gegen den Irak in einen Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Dies hat Präsident Bush dazu bewogen, dem Element des vorbeugenden Handelns, wenn erforderlich auch mit militärischen Mitteln, eine besonders prominente Rolle zuzuweisen. So soll die Sicherheit der USA gemäß der am 17. September 2002 veröffentlichten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ durch militärische Überlegenheit und vorbeugende Selbstverteidigung gewährleistet werden.

In einer außenpolitischen Grundsatzrede am 19. November anlässlich eines Staatsbesuches in Großbritannien identifizierte Präsident Bush drei tragende Säulen der US-Außenpolitik. Der maßvolle Einsatz militärischer Gewalt als letztes Mittel sei legitim als Schutz gegenüber einer chaotischen Welt, die von Gewalt geprägt ist. Diesem Prinzip werden die Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen und die globale Verbreitung der Demokratie zur Seite gestellt.

Der am 20. März gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich sowie einer Reihe weiterer Staaten begonnene Krieg gegen den Irak war am 1. Mai beendet. Bei anhaltenden terroristischen Anschlägen und einer schwierigen Sicherheitslage in Teilen des Irak bemühen sich die USA seit Beendigung der Kampfhandlungen um eine Befriedung und den Wiederaufbau des Landes und seiner Institutionen. Die Erreichung eines ihrer wichtigsten Kriegsziele gelang im Dezember mit der Festnahme von Saddam Hussein.

Mit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein signalisierten die USA, dass sie gewillt sind, ihre Interessen mit den von ihnen für erforderlich erachteten Mitteln durchzusetzen und gegebenenfalls auch außerhalb des multilateralen Rahmens der Vereinten Nationen zu handeln.

Die Probleme im Irak nach Beendigung der Kampfhandlungen führten zu einer rhetorischen Deeskalation gegenüber dem Iran, aber auch gegenüber Nordkorea. Im Falle Nordkoreas sind die USA an einer „Multilateralisierung“ der Bemühungen interessiert. Was den Iran anbelangt, kündigte die Administration im Oktober eine Wiederaufnahme des seit längerer Zeit ausgesetzten Dialogs an.

Mit dem Ende des Irakkriegs im Mai gewannen innenpolitische Themen wieder an Bedeutung. Präsident Bush nutzte seine hohen Popularitätswerte sowie die bei den Wahlen im November 2002 errungene republikanische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses, um umstrittene Gesetzesinitia-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

tiven, wie das dritte Steuersenkungspaket innerhalb von drei Jahren und die Reform der Krankenversicherung (Medicare), zu verabschieden. Zudem wurde Anfang November vom Kongress nach harten Verhandlungen ein Paket von 87 Mrd. US-Dollar zur Unterstützung der Militär- und Wiederaufbaumaßnahmen im Irak und in Afghanistan entsprechend den Wünschen des Weißen Hauses verabschiedet.

In anderen wichtigen Bereichen gelangen Präsident Bush hingegen keine Erfolge gegen den Widerstand der Demokraten. So werden eine Reihe von Richterernennungen von der Opposition bekämpft. Auch die angekündigte Neuordnung der Energiepolitik wurde noch nicht verabschiedet. Angesichts der dünnen Mehrheit der Republikaner im Senat muss Präsident Bush auf die Sensibilitäten der Demokraten mehr Rücksicht nehmen als ursprünglich angenommen. Dazu kommt, dass sich mit der anhaltend schwierigen Sicherheitslage im Irak die Stimmung größerer Teile des Abgeordnetenhauses gegenüber der Administration abgekühlt hat.

Nach dem Ende des Krieges gegen den Irak verkündete Präsident Bush im Mai seine neuerliche Kandidatur für das Amt des Präsidenten bei den Wahlen im November 2004. Es gelang ihm innerhalb weniger Wochen nach Bekanntgabe seiner Kandidatur, die von allen demokratischen Herausforderern bis zu diesem Zeitpunkt eingespielten Wahlkampfspenden zu überreffen.

Mit einer klaren Mehrheit gewann der aus Österreich stammende, republikanische Spitzenkandidat Arnold Schwarzenegger die vorgezogenen Gouverneurswahlen in Kalifornien am 7. Oktober und wurde am 17. November als 38. Gouverneur von Kalifornien angelobt. Dem war im selben Wahlgang die vorzeitige Abwahl des vorzeitigen Abberufungsverfahrens („recall“) vorgegangen.

Neben einer gekonnten Wahlstrategie war die Unzufriedenheit der kalifornischen Wähler mit Gouverneur Davis angesichts massiver Budgetprobleme des Bundesstaates, einer zusehends problematischen Energie- und Wasserversorgung, spürbarer Kürzungen im Ausbildungsbereich sowie einer hohen Arbeitslosigkeit für den Wahlsieg Schwarzeneggers entscheidend.

Die **Wirtschaft** wuchs 2003 um ca. 3%, im dritten Quartal wurde mit 8,2% ein seit langem nicht verzeichneter Wert erreicht. Es wurden jedoch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit war daher im Herbst mit 6,1% die höchste seit neun Jahren. Träger des Wachstums war vor allem der private Konsum, der von durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 3,3% und einer niedrigen Inflationsrate, aber auch vom niedrigen Zinsniveau sowie günstigen Finanzierungsangeboten für Immobilien und langlebige Konsumgüter profitierte. Die Unternehmen, besonders jene im Herstellungssektor, waren dagegen bei Investitionen sehr zurückhaltend, da die vorhandenen Kapazitäten bei Weitem noch nicht voll ausgenutzt und die Lagerbestände hoch waren. Ausserdem fehlten dem exportabhängigen und kapital-

Österreich in der Europäischen Union

intensiven Herstellungssektor, der hauptsächlich Investitionsgüter erzeugt, die derzeit auf Grund der globalen Wirtschaftslage weltweit weniger nachgefragt werden, die Absatzmöglichkeiten im Ausland.

Der Budgetüberschuss des Jahres 2001 wird wohl für lange Zeit der Geschichte angehören, denn der Irakkrieg sowie erhöhte Ausgaben für die Bekämpfung von Terrorismus sowie für Arbeitslose und die innere Sicherheit belasteten das Budget stark. Trotzdem bemühte sich die Regierung, der Konjunktur mit einem Steuersenkungspaket neue Impulse zu geben, zumal 2004 ein Wahljahr ist.

Der starke Kursanstieg des Euro ist hauptsächlich auf das gesunkene Vertrauen der US-Investoren in die US-Wirtschaft und die damit verbundene Kapitalflucht von den US-Finanzmärkten zurückzuführen. Auch die ausländischen Direktinvestitionen in den USA sind rückläufig. Für die US-Exportwirtschaft und das chronische Leistungsbilanzdefizit der USA ist der starke Euro jedoch willkommen.

Österreich konnte 2002 zum ersten Mal seit 1986 mit einem Überschuss von 44.536.000 US-Dollar eine positive Handelsbilanz mit den USA verzeichnen, wobei die Exporte 908.469.000 US-Dollar und die Importe 863.933.000 US-Dollar betragen. Durch einen leichten Rückgang der Exporte auf 4,1 Mrd. Euro und einen starken Rückgang der Importe auf 3,2 Mrd. Euro erhöhte sich der Überschuss im Jahr 2003 auf 915 Mio. Euro. Die USA sind trotz des Rückganges bei den Exporten und Importen nach Deutschland und Italien weltweit der drittwichtigste Handelspartner Österreichs. Die wichtigsten Exportgüter sind Maschinen und Apparate. Etwa 13% der Exporte entfallen auf Kraftfahrzeuge und Zulieferungen für die KFZ-Industrie. Pharmazeutika im Gegenwert von etwa 340 Mio. Euro werden ebenfalls in die USA exportiert. In den USA bestehen etwa 380 Niederlassungen österreichischer Unternehmen. Demgegenüber haben sich etwa 400 US-Unternehmen in Österreich angesiedelt.

Die bilateralen Beziehungen Österreich – USA gestalteten sich weiter problemlos. Angesichts der Schwierigkeiten der USA beim Wiederaufbau des Irak sind diese auf der Suche nach Partnern und Unterstützung. Vor diesem Hintergrund ist auch die sehr positive Aufnahme der österreichischen Zusagen zum Wiederaufbau im Irak anlässlich des Gebertreffens in Madrid durch die USA zu sehen. Der österreichische Gesamtbeitrag von 16,379 Mio. Euro bis 2007 wurde von den USA mit Lob und Anerkennung zur Kenntnis genommen.

8.2. Kanada

Kanada ist einer der bedeutendsten außereuropäischen Handels- und Investitionspartner Österreichs. In nicht-wirtschaftlichen Fragen ergeben sich ebenso zahlreiche Berührungspunkte, bezüglich derer Österreich und Ka-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

nada gemeinsame Interessen verfolgen. Die Interessensübereinstimmung in aussenpolitischen Fragen zeigt sich auch darin, dass das Stimmverhalten von Österreich und Kanada in der Generalversammlung der VN zu 96% übereinstimmen. Vor allem im Vergleich zu den USA ist die kanadische Aussenpolitik wesentlich stärker multilateral ausgerichtet.

In der Irakkrise etwa unterstützte Kanada nicht die unilateralistischen Tendenzen der USA, sondern hob vielmehr die Bedeutung multilateraler Ansätze und hier insb der Mechanismen der VN hervor. Kanada nahm an der Militärkoalition gegen den Irak nicht teil und ist auf eine Balance zwischen seinem multilateralen Grundverständnis sowie der Bedachtnahme auf seine Souveränität gegenüber den USA und seinem Wunsch, ein verlässlicher Partner der USA zu sein, bedacht.

Anknüpfungspunkte für eine Intensivierung der Zusammenarbeit sowohl mit Österreich als auch der EU ergeben sich in mehreren Bereichen. So misst etwa Kanada wie die EU – im Gegensatz zu den USA – dem Internationalen Strafgerichtshof große Bedeutung bei. Für die bilaterale Kooperation mit Österreich war das fünfte Treffen des „Netzwerkes Menschliche Sicherheit“ vom 8. bis 10. Mai in Graz bedeutsam, bei dem Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner mit dem kanadischen Aussenminister Bill Graham zusammentraf (siehe näher Kapitel F. „der internationale Schutz der Menschenrechte“).

Am 12. Dezember wurde Paul Martin zum neuen kanadischen Premierminister ernannt. Sein Kabinett umfasst wie bisher 38 Mitglieder, wovon nur 16 noch aus der Regierung seines Vorgängers Jean Chrétien stammen. Martin erhöhte den Frauenanteil im Kabinett entscheidend auf elf Mitglieder, was einen wichtigen Schritt in Richtung der von ihm angestrebten 50%igen Frauenquote darstellt.

Neu geschaffen wurde ein Ministerium für Öffentliche Sicherheit, ähnlich dem „US Department for Homeland Security“ sowie eine „Canada Border Service Agency“. Premierminister Martin wird einem neu gegründeten Kabinettskomitee für die Beziehungen mit den USA vorsitzen, was die Bedeutung, die der Premierminister der Verbesserung der Beziehungen zum großen südlichen Nachbarn beimisst, zeigt. Allerdings muss die neue Regierung als Übergangskabinett gesehen werden, da in Kanada für 2004 Neuwahlen erwartet werden.

Anfang Dezember haben die beiden konservativen Oppositionsparteien, die vornehmlich in Westkanada beheimatete „Canadian Alliance“ und die stärker im Osten des Landes vertretene Partei der „Progressive Conservatives“ beschlossen, zu einer vereinten konservativen Partei von Kanada zu verschmelzen. Damit geht eine 15 Jahre währende Teilung der konservativen Kräfte Kanadas zu Ende, die nunmehr in Gestalt der neugeschaffenen konservativen Partei Kanadas eine stärkere parlamentarische Opposition darstellen.

Österreich in der Europäischen Union

Die in den letzten Jahren besonders erfolgreiche kanadische Wirtschaft musste 2003 einen Wachstumsrückgang von 3,4% auf etwa 2% hinnehmen. Ursachen waren das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der USA im Zuge des Irakkrieges und der Ausbruch der Viruskrankheit SARS mit Schwerpunkten in Vancouver und der Wirtschaftsmetropole Toronto, die Geschäftsreisen und damit Außenhandel und Tourismus lähmten, weiters das Bekanntwerden des ersten und bisher einzigen kanadischen Falles von BSE, was ein Verbot für die substantiellen Rindfleischexporte Kanadas vor allem in die USA und nach Japan zur Folge hatte, und schließlich die Tatsache, dass die wirtschaftlich dominierende Provinz Ontario zur Gänze vom größten Stromausfall der Geschichte Nordamerikas am 14. August mitbetroffen war, was viele entgangene Arbeitsstunden und sonstige Schäden zur Folge hatte. Trotzdem konnte sich Kanadas Wirtschaft behaupten.

Die Zentralbank steuerte mit Zinssenkungen auf ein Niveau von 2,75% der Entwicklung gegen. Die Inflation ist mit erwarteten rund 2% gering und der Wechselkurs des kanadischen Dollar pendelte sich seit seinem Tiefstand von 62 im Jahr 2002 auf beachtliche 72–74 US-Dollar-Cent ein. Schließlich war zum sechsten Mal in Folge ein Budgetüberschuss von diesmal ca. 4 Mrd. kanadische Dollar zu verzeichnen.

Trotz der weltweiten Konjunkturflaute konnte der Umfang des Handelsaustausches mit Österreich gesteigert werden. Wie in den vergangenen Jahren bestehen zwei Drittel der österreichischen Exporte aus Maschinen und Fahrzeugen, besonders Motoren. Maschinen und Fahrzeuge, insb Luftfahrzeuge (Kurzstreckenflugzeuge), dominieren auch mit ca. drei Viertel der Gesamtlieferungen die Einfuhren Österreichs aus Kanada, danach folgen Zellstoff und Holz.

Günstige Standortfaktoren bringen es mit sich, dass ca. 80 österreichische Tochtergesellschaften bzw. Konzernbetriebe in Kanada angesiedelt sind, davon 26 Produktionsniederlassungen. Diese nehmen auch einen Großteil des Handelsaustausches vor (ca. 60% der österreichischen Exporte). Andererseits nutzen kanadische Großkonzerne wie Magna und Bombardier, im IT-Bereich Nortel, Cognos und Arithmetics, den Standort Österreich als Standbeine ihrer Europaaktivitäten.

8.3. Der transatlantische Dialog

Der transatlantische Dialog ist eine stark institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zwischen EU und USA. Er ist wegen der Bedeutung der USA mit Abstand der intensivste aller institutionalisierten Dialoge der EU mit Drittstaaten und basiert im Wesentlichen auf den drei Grundlagen der „Transatlantischen Deklaration“ aus 1990 sowie der „Neuen Transatlantischen Agenda“ und dem „Gemeinsamen Aktionsplan EU-USA“, beide aus 1995. Das höchste Gremium ist das – seit 2001 nur mehr einmal – jährlich stattfindende Gipfeltreffen, zuletzt am 25. Juni in Washington. Zudem fin-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

den Ministertreffen zwischen EU und USA statt. Vorbereitet werden die Treffen durch eine „Senior Level Group“ und eine „Task Force“.

Dominierendes Thema in den transatlantischen Beziehungen ist die Wiederherstellung intakter politischer Beziehungen Europa – USA nach dem Irakkrieg, der auch eine Krise in den transatlantischen Beziehungen bedeutete und zu Rissen im gegenseitigen Vertrauen führte. Die durch die Irakkrise verschärften Divergenzen sollen durch konkrete Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen von gegenseitigem Interesse (Bekämpfung des internationalen Terrorismus, Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen) überwunden werden.

Der Europäische Rat von Thessaloniki vom 19. und 20. Juni hielt unter anderem als Ziel des Gipfels fest, Prioritäten in den Beziehungen zu setzen, die auf eine intensiviertere und auf konkrete Ergebnisse ausgerichtete Zusammenarbeit abstellen. Themen des Gipfeltreffens waren die Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Luftfahrtabkommen und Wasserstoffwirtschaft. Als konkretes Ergebnis ist unter anderem das Abkommen über gegenseitige Rechtshilfe und Auslieferung zu nennen.

Beim Europäischen Rat vom 12./13. Dezember wurde eine Erklärung zu den Transatlantischen Beziehungen verabschiedet, die zu einer Beilegung der Differenzen im Verhältnis Europa – USA beitragen soll. Die Erklärung bezeichnet die transatlantischen Beziehungen als unersetzlich und fordert neben der Bekämpfung von unmittelbaren Gefahren für die Sicherheit die Erarbeitung effektiver Politiken und ein gemeinsames Handeln sowohl in politischen und wirtschaftlichen als auch in den Bereichen des zivilen und militärischen Krisenmanagements.

Die im Rahmen der „people to people links“ eingerichteten Transatlantischen Dialoge, vor allem die für den Wirtschaftssektor am bedeutendsten, nämlich der Transatlantic Business Dialogue (TABD) und der Transatlantic Consumer Dialogue (TACD), befanden sich in einer Phase der Neustrukturierung und hielten keine Treffen ab. Im Rahmen des Transatlantic Legislators Dialogue (TALD) kam es jedoch zu einem Zusammentreffen in Washington, das bisher keine nennenswerten Ergebnisse brachte.

Die nicht selten in der Öffentlichkeit ausgetragenen **Handelsstreitigkeiten** zwischen der EU und den USA müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass 98% des transatlantischen Handels friktionsfrei abgewickelt werden. Die Europäische Gemeinschaft (EG) führt derzeit 15 Fälle vor dem Streitbeilegungsorgan der WTO, wobei 11 dieser Verfahren von der EG eingeleitet wurden. Die mangelnde Bereitschaft des US-Kongresses, WTO-Schiedssprüche zu implementieren, hat die Gemeinschaft zur Ergreifung entsprechender Lobbying-Massnahmen bewegt:

Im Foreign Sales Corporations-Fall (FSC), der die Ausbezahlung unerlaubter Subventionen im Wege der Steuerrückvergütung zum Gegenstand hat,

Österreich in der Europäischen Union

wurde der Gemeinschaft am 30. August ein potentielles Sanktionsvolumen von 4.043 Mrd. US-Dollar zuerkannt. Mit einer Implementierung ist frühestens im März 2003 zu rechnen. Der Anti-dumping Act 1916-Fall sowie der Copyright-Fall wurden ebenfalls noch nicht implementiert.

Die am 5. März 2002 erfolgte und für drei Jahre geplante Verhängung von Schutzzöllen zwischen 15 und 30% auf bestimmte Stahlimporte durch den Präsidenten (sec. 201-Maßnahmen) wurde im November 2003 zur Halbzeit aufgehoben.

In der Frage des Marktzugangs für genveränderte Organismen (GMOs) haben die USA ihrerseits ein WTO-Verfahren eingeleitet, doch ist noch keine Entscheidung getroffen.

Im Rahmen der laufend fortgeschriebenen Positive Economic Agenda wurde die Zusammenarbeit auf den Sektoren Finanzdienstleistungen, Harmonisierungen bzw. gegenseitige Anerkennung der regulativen Systeme beider Seiten sowie der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und der Wasserstoffenergiegewinnung gute Fortschritte erzielt. Wenige Fortschritte gab es dagegen bei den Verhandlungen über ein Weinabkommen.

8.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)

Das Abkommen über die Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Seine Besonderheit liegt in der Verbindung von zwei der reichsten Industriestaaten mit einem Schwellenland des Südens. Im Vergleich zu den USA ist Mexikos Bruttoinlandsprodukt zwanzigmal und sein Pro-Kopf-Einkommen siebenmal geringer. Gerade die ausgeprägten komparativen Kostenunterschiede stimulierten ein dynamisches Wachstum des intraregionalen Handels. NAFTA ist der größte Wirtschaftsblock der Welt und erzielt mit einem derzeitigen BIP von 11.400 Mrd. US-Dollar ein Drittel des BIP der gesamten Welt.

Laut IMF-Daten sind Kanadas Exporte in die USA und Mexiko von 1993 bis 2002 um 87% gestiegen, in die USA von 113,6 Mrd. auf 213,9 Mrd. US-Dollar, während die kanadischen Exporte nach Mexiko 1,6 Mrd. US-Dollar erreichten. Die Exporte der USA nach Kanada und Mexiko wuchsen 1993–2002 von 147,7 Mrd. US-Dollar (51,1 Mrd. nach Mexiko und 96,5 Mrd. nach Kanada) auf 260,2 Mrd. US-Dollar (107,2 Mrd. nach Mexiko bzw. 152,9 Mrd. nach Kanada). Mexikanische Exporte in die USA wuchsen um gewaltige 234% und erreichten 2002 136,1 Mrd. US-Dollar, während Exporte nach Kanada um etwa 203% wuchsen, von 2,9 Mrd. US-Dollar auf 8,8 Mrd. US-Dollar. Während Kanadas Anteil an den gesamten US-Importen mit 18% gleich blieb, konnte Mexiko seinen Marktanteil von 1993 bis 2002 von 6,8% auf 11,6% erhöhen. Die drei NAFTA-Staaten repräsentieren 19% der weltweiten Exporte und 25% der Importe.

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Auch die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) der drei NAFTA-Partner untereinander sind zwischen 1993 und 2000 von 136,9 Mrd. auf 299,2 Mrd. US-Dollar angestiegen. Insgesamt repräsentierte die NAFTA 23,9% aller hereinkommenden und 25% aller hinausgehenden FDI.

Diese Wachstumsdaten wirkten sich auch auf den Arbeitsmarkt aus: US-Exporte nach Mexiko und Kanada erhalten bereits 2,9 Mio. Arbeitsplätze in den USA. Dies entspricht einem Anstieg von 914.000 Arbeitsplätzen von 1993 bis 2001. Es wurden vor allem Arbeitsplätze für qualifizierte Kräfte geschaffen, denn die mit diesen Arbeitsplätzen verbundenen Löhne liegen in den USA um ca. 13 bis 18%, in Kanada um ca. 35% und in Mexiko um ca. 40% über dem Durchschnittslohn.

Angesichts dieser Erfolgsdaten ist die früher oft geäußerte Kritik (Handelsbilanzdefizit der USA, „Lohn- bzw. Umweltdumping“) weitgehend verstummt.

Die laufenden Vorhaben betreffen weitere Klarstellungen des früher oft umstrittenen Streitbeilegungsverfahrens bei Investitionen (Klagerecht von Firmen gegen Regierungen), wobei alle Hearings öffentlich zugänglich gemacht werden sollen, sowie Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen für Buchhalter und eine Sondierung der Möglichkeiten zur Liberalisierung der Ursprungsregeln.

9. Lateinamerika und Karibik

9.1. Politische Entwicklungen

Während sich zahlreiche lateinamerikanische Staaten mit politischer und wirtschaftlicher Instabilität konfrontiert sahen, konnten einige wenige ihre wirtschaftliche Situation verbessern. Wahlsiege wie jene von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien, Präsident Lucio Gutiérrez in Ecuador oder Präsident Néstor Carlos Kirchner in Argentinien bestätigen eine Tendenz zu stärkerem Vertrauen in Persönlichkeiten, die die Armutsbekämpfung zum wesentlichen Ziel ihrer Regierungspolitik erklärt haben.

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik werden im Rahmen eines biregionalen Gipfelprozesses gestaltet, der im Juni 1999 in Rio de Janeiro seinen Anfang nahm und 2002 in Madrid fortgesetzt wurde. In Umsetzung der Gipfelbeschlüsse von Madrid wurden die Verhandlungen über **Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit** sowohl mit **Zentralamerika** als auch mit der **Andengemeinschaft** abgeschlossen und am 15. Dezember in Rom unterzeichnet. Das Treffen der EU-Kommissare für Außenhandel und Außenbeziehungen mit den Außen- bzw. Handelsministern des MERCOSUR im November in Brüssel gab dem weiteren Verlauf der Verhandlungen für das **Assoziationsabkommen EU – MERCOSUR** einen wesentlichen Impuls, indem ein neues Arbeitsprogramm mit fünf weiteren Verhandlungsrunden bis Oktober 2004 vereinbart wurde. Ziel des dritten Gip-

Österreich in der Europäischen Union

feltreffens, das im Mai 2004 in Guadalajara, Mexiko, stattfinden soll, ist die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich.

In **Brasilien** hat die Regierung unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva die Umsetzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen eingeleitet, die im Wahlkampf versprochen wurden. Zur Beseitigung des Hungers und zur Sicherung der elementarsten Grundbedürfnisse wurde das Programm „Fome Zero“ weiter ausgedehnt und erreichte rund 758.870 Familien in 837 Gemeinden. Mit dem zweiten wichtigen Projekt, der „Bolsa Familia“, wurden die Schul-, Nahrungsmittel- und Gasbeihilfe sowie die Nahrungsmittelkarten zur Effizienzsteigerung zusammengefasst. Zur Stärkung des internationalen Vertrauens in die brasilianische Wirtschaft wurde am Stabilitätskurs festgehalten. In der Außenpolitik wurden als prioritäre Ziele die Vertiefung und Erweiterung des MERCOSUR, der Ausbau der Beziehungen zur EU und die Diversifizierung der Handelsbeziehungen verfolgt.

In **Argentinien** wurde am 27. April Nestor Kirchner mit nur 22% der Stimmen des ersten Wahlgangs als neuer Präsident gewählt, nachdem der zweitplazierte Kandidat Carlos Menem auf die Durchführung einer Stichwahl verzichtet hatte. Mit großer Aktivität und konfrontativem Regierungsstil, gekennzeichnet etwa durch umfassende Säuberungen des Militär- und Polizeiapparates, Absetzung der Führungsschicht in der Sozialversicherung und einzelner Mitglieder des Obersten Gerichtshofs, sowie dank großer Popularität konnte Präsident Kirchner seine Machtposition kontinuierlich ausbauen. Damit konnte er die Voraussetzungen für die von ihm beabsichtigten Strukturereformen und eine konstante und berechenbare Wirtschaftspolitik schaffen. Seit etwa der Jahresmitte weisen diverse Wirtschaftsindikatoren auf eine schrittweise Überwindung der 5-jährigen Rezession und eine langsame Erholung hin. Argentinien dürfte damit die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seiner Geschichte vorläufig überstanden haben, grundsätzliche Strukturprobleme blieben aber ungelöst. Die Regierung rechnet für 2003 mit einem BIP-Wachstum in Höhe von 5,5%, bereits im 1. Quartal war eine merkliche Erholung bei Importen und Investitionen feststellbar. Konjunkturmotor waren Industrie und Export mit deutlichen Impulsen der Landwirtschaft.

Die Volkswirtschaft **Chiles** hat sich trotz ungünstiger internationaler Rahmenbedingungen als die stabilste der Region erwiesen. Die Regierung unter der Führung von Präsident Ricardo Lagos hat die neoliberale Wirtschaftspolitik mit massiven Privatisierungen fortgeführt und gleichzeitig eine stärkere Betonung auf soziale Aspekte und eine ausgeglichene Einkommensverteilung gelegt. Präsident Lagos ist seit Beginn seiner Amtszeit um eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Militärkommandanten und um gute Kontakte zu den rechten Oppositionsparteien bemüht.

In **Peru** sah sich die Regierung von Präsident Alejandro Toledo, die seit Juli 2001 im Amt ist, mit einer allgemeinen sozialen Unzufriedenheit konfron-

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

tiert. Ende Mai wurde auf Grund anhaltender Proteste und gewalttätiger Ausschreitungen für kurze Zeit der Ausnahmezustand im ganzen Land verhängt. Um die politische Lage zu stabilisieren, kam es Ende Juni und Mitte Dezember zu umfassenden Regierungsumbildungen.

In Kolumbien besteht seit dem Amtsantritt von Präsident Álvaro Uribe eine abgeschwächte Form des Ausnahmezustandes („Estado de Conmoción Interior“). Die allgemeine Sicherheitssituation konnte durch die „Politik der „Demokratischen Sicherheit“ zwar etwas verbessert werden, die Friedensbemühungen mit den bewaffneten Gruppen verzeichneten jedoch kaum Bewegung. Mit der Guerillagruppe FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) blieb der Kontakt abgebrochen, obwohl auch über die katholische Kirche und über den Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Kolumbien versucht wurde, mögliche Voraussetzungen für Verhandlungen über ein „humanitäres Abkommen“ zu erörtern. Ziel ist die Freilassung der in der Hand der FARC befindlichen Entführungsoffer, darunter mehr als 30 Politiker, unter ihnen auch die seinerzeitige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt. Auch mit dem ELN (Ejército de Liberación Nacional) konnten die Grundlagen für einen Dialog nicht geschaffen werden. Daher konzentrierte sich die Regierung auf Verhandlungen mit den Paramilitärs (Autodefensas Unidas de Colombia – AUC), die am 1. Dezember 2002 einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatten und am 15. Juli 2003 ein Abkommen über die vollkommene Abrüstung ihrer 15.000 Mitglieder bis 2005 unterzeichneten. Nachdem Ende November eine erste Gruppe von 800 Paramilitärs ihre Waffen abgegeben hatte, wurde von der OAS die Prüfung einer möglichen Unterstützung dieses „Demobilisierungsprozesses“ eingeleitet, der komplexe juristische Fragen aufwirft. Bei der Abhaltung einer Volksabstimmung über eine Verfassungsreform am 25. Oktober konnte die notwendige Wahlbeteiligung von 25% nicht erreicht werden. Im Falle eines gültigen Referendums wäre es möglich gewesen, unter anderem eine erhebliche Reduktion der Staatsausgaben zur Senkung des Budgetdefizits rasch herbeizuführen. Mitte November kam es zu einer Regierungsumbildung, im Zuge derer die Leitungen der Ministerien für Justiz und Inneres, für Verteidigung, für Umwelt und Sozialbau sowie die Leitung der Polizei neu besetzt wurden.

Die politische Lage in Venezuela war durch das Scheitern des von der Opposition am 2. Dezember 2002 ausgerufenen und bis zum 2. Februar 2003 andauernden Generalstreiks, dessen Ziel es war, den Rücktritt von Präsident Hugo Chávez oder vorgezogene Wahlen zu erzwingen, geprägt, sowie von der Entscheidung von Opposition und Regierung, den von der Verfassung vorgezeichneten Weg des Abberufungsreferendums einzuschlagen. In der Zeit vom 21. bis 24. November wurde die von der Regierungspartei MVR initiierte Unterschriftensammlung zur Einleitung des Abberufungsreferendums bestimmter oppositioneller Abgeordneter und vom 28. November bis zum 2. Dezember die von der Opposition betriebene Unterschriftensammlung zur Einleitung des Abberufungsreferendums des Präsidenten und Ab-

Österreich in der Europäischen Union

geordneter der Regierungsseite durchgeführt. Die Unterschriftensammlung verlief ohne größere Zwischenfälle. Beobachter von OAS, UNDP und des Carter-Zentrums bestätigten die ordnungsgemäße Durchführung.

In **Kuba** verschlechterte sich die Menschenrechtssituation im ersten Halbjahr deutlich, die Zahl der politischen Gefangenen stieg auf über 300. Nach dreijährigem Moratorium wurde auch wieder die Todesstrafe an drei Kubanern, die eine Fähre mit Waffengewalt nach Florida entführen wollten, vollstreckt. Ende März erfolgte eine Verhaftungswelle im ganzen Land, bei der 75 Oppositionelle hohe Haftstrafen erhielten. Dieses Vorgehen der Regierung wurde von der EU scharf verurteilt und einige gemeinsame Maßnahmen wie die Einschränkung der bilateralen Besuchstätigkeit beschlossen. Der Gemeinsame Standpunkt der EU zu Kuba vom 2. Dezember 1996, dessen Ziel es ist, den Übergang zu Demokratie und Pluralismus einschließlich der vollen Achtung der Menschenrechte im Rahmen des politischen Dialogs zu fördern, wurde erneuert.

Durch die Wahl von Vicente Fox Quesada zum Präsidenten von **Mexiko** wurde im Dezember 2000 die 71-jährige Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) beendet und unter großen Erwartungen der Bevölkerung eine Wende eingeleitet. Im Kongress ist die den Präsidenten unterstützende Partei PAN jedoch lediglich die zweitstärkste Kraft und die PRI weiterhin die stärkste Partei in beiden Kammern des Parlaments sowie in der Mehrheit der Bundesstaaten. Einige der geplanten Reformen konnten daher nicht im vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt werden. Mexikos Wirtschaft konnte hingegen ein Wachstum verzeichnen. In der Außenpolitik zeigte die Regierung Fox stärkeres multilaterales Engagement, unter anderem im Demokratie- und Menschenrechtsbereich, und setzte zudem die Politik der kommerziellen Öffnung der Vorgängerregierungen fort.

In **Guatemala** wurde das politische Geschehen vom Wahlkampf um das Präsidentenamt beherrscht, aus dem der Kandidat der „Gran Alianza Nacional“, Oscar Berger, in einer Stichwahl Ende Dezember als Sieger hervorging. Die internationale Gemeinschaft sagte der Regierung von Präsident Enrique Bolaños Geyer in **Nicaragua** anlässlich eines Konsultativgruppentreffens im Oktober neuerlich ihre Unterstützung, unter anderem zur Bekämpfung der Korruption, zu.

9.2. Regionale Integrationsforen

Ein wesentliches Ergebnis der ordentlichen Generalversammlung der **Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)**, die von 8. bis 10. Juni in Santiago de Chile stattfand, war die Verabschiedung der „Declaration of Santiago on Democracy and Public Trust: A New Commitment to Good Governance for the Americas“, in der die Erarbeitung eines Arbeitsprogrammes für verantwortungsvolle Regierungsführung zur Meisterung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen vorgesehen wurde. Weiteres

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

wichtiges Ergebnis war eine Erklärung zur Situation in Haiti, in der die Regierung aufgefordert wird, rasch ein Sicherheitsklima zu schaffen, das es erlaubt, Wahlen abzuhalten sowie eine glaubhafte und unabhängige Provisorische Wahlkommission zu errichten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Rolle der OAS in Haiti bekräftigt.

Die 18 Mitglieder der **Rio-Gruppe** (zwölf lateinamerikanische Staaten, fünf zentralamerikanische Staaten und die durch die Präsidentschaft von CARICOM vertretene Karibik) hielten ihr Gipfeltreffen von 23. bis 24. Mai unter dem Vorsitz von Peru in Cuzco ab. Im Mittelpunkt der Beratung standen der gemeinsame Kampf gegen die Armut, die Herausforderungen der Globalisierung und verantwortungsvolle Regierungsführung. Dabei war eine neue politische Dynamik zu beobachten, die dem Ziel des peruanischen Vorsitzes, die Rio-Gruppe als Gremium zur Abstimmung wichtiger politischer Interessen der Staaten der Region zu beleben, gerecht wurde. Das vom Gipfel angenommene Schlussdokument, der „Konsens von Cuzco“, stellte sich als eine strategische Agenda der Länder der Region dar, indem erstmals konkrete Maßnahmen in Form von verpflichtenden politischen Zusagen der Rio-Gruppe genannt werden.

Wichtigste Ergebnisse des 25. Gipfeltreffens der **MERCOSUR-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay; Bolivien und Chile sind assoziierte Mitglieder), das am 16. Dezember in Montevideo stattfand, waren die formelle Aufnahme von Peru als weiteres assoziiertes Mitglied und die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der Andengemeinschaft, dessen Inkrafttreten für April 2004 vorgesehen ist. Dadurch wurde ein weiterer Schritt zur Handelsliberalisierung gesetzt, die insgesamt rund 350 Millionen Menschen erfassen soll. Ein weiteres relevantes Ergebnis des Gipfeltreffens war die Übernahme der Funktion des Präsidenten des neu geschaffenen gemeinschaftlichen Organs „Kommission Ständiger Vertreter des MERCOSUR“ mit Sitz in Montevideo durch den früheren argentinischen Präsidenten Eduardo Duhalde.

Die **Andengemeinschaft** (Comunidad Andina, CAN), die Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela umfasst, hielt am 28. Juni in Quirama (Antioquia, Kolumbien) ihr 14. Gipfeltreffen auf Präsidentenebene ab. Bei diesem Anlass wurde der Außenministerrat beauftragt, die Umsetzung des Plans zur Bekämpfung der Drogenkriminalität zu überwachen und ein neues Programm zur Bekämpfung der Korruption zu erarbeiten. Weiters sollen als Ergänzung eines integrierten Sozialprogramms zur Armutsbekämpfung Richtlinien für Nahrungsmittelsicherheit erstellt werden. In der Erklärung von Quirama wurde auch ausdrücklich die Bedeutung der Verhandlungen zwischen der Andengemeinschaft und der EU für Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit hervorgehoben.

Zentrales Thema des **XIII. Iberoamerikanischen Gipfels**, der von 14.–15. November in Santa Cruz de la Sierra, Bolivien, stattfand war die Armuts-

Österreich in der Europäischen Union

bekämpfung. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich in der Gipfelerklärung „Soziale Integration – Motor der Entwicklung Iberoamerikas“ auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse von mehr als 200 Millionen in Armut lebenden Menschen. Weiters wurde die Einrichtung eines ständigen Sekretariats unter der Führung eines Generalsekretärs beschlossen, der beim kommenden Gipfeltreffen Ende 2004 in Costa Rica gewählt werden soll. Die Abhaltung des iberoamerikanischen Gipfeltreffens in Bolivien wenige Wochen nach Amtsantritt einer Übergangsregierung nach Protesten der Bevölkerung war auch als eindeutiges Signal aller Beteiligten zur Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Bolivien zu werten und unterstreicht gleichzeitig die Bedeutung dieser Treffen als wichtige Dialogforen der lateinamerikanischen Staaten mit Spanien und Portugal.

Die **CARICOM-Staaten** (Caribbean Community: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Montserrat, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, Surinam, St. Vincent und die Grenadinen sowie Trinidad und Tobago) machten bei der wirtschaftlichen Integration und Schaffung eines gemeinsamen Marktes nur schleppende Fortschritte. Dennoch war ein erhöhtes Bewusstsein der Notwendigkeit einer gemeinsamen Position angesichts der Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone bis zum Jahr 2005 und der Verhandlungen zwischen den ACP-Staaten und der Europäischen Union für die „Economic-Partnership-Agreements“ (EPAs) erkennbar. Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten daher bei ihrer 24. Konferenz vom 2. bis 5. Juli in Montego Bay, Jamaika, einen dringenden Appell zur baldigen und umfassenden Umsetzung der im redigierten Abkommen von Chaquaramas ausgearbeiteten Integrationsgrundsätze. Der reduzierte Zugang zum europäischen Bananenmarkt und die Rücknahme von Vergünstigungen durch die EU beim Zuckerregime führten in den Staaten der Karibik zu wirtschaftlichen Problemen. Am 6. Mai wies die Europäische Kommission den CARICOM-Staaten im Rahmen des 9. European Development Fund einen Betrag von 57 Millionen Euro für die bessere wirtschaftliche Integration zu. Der Karibische Gerichtshof als oberste Berufungsinstanz, der den Privy Council in London ablösen soll, konnte nicht wie vorgesehen seine Tätigkeit am 15. November in Port of Spain aufnehmen.

Die **Gemeinschaft Karibischer Staaten (Association of Caribbean States, ACS)**, der 25 Staaten als Vollmitglieder und drei als assoziierte Mitglieder (Frankreich für Guadeloupe, Martinique und Französisch Guyana; Niederländische Antillen; Aruba) sowie eine Reihe von Staaten als Beobachter angehören, konnte in den acht Jahren ihres Bestehens zwar nur wenige Fortschritte zur Verwirklichung ihres Ziels, der Schaffung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Raumes aufweisen, doch versuchte man diesem Ziel durch verschiedene regionale technische Kooperationsprojekte näher zu kommen. Projekte in den Schwerpunktbereichen Handel, Transport, nachhaltiger Tourismus und Naturkatastrophen wurden in einem Aktionsplan

Österreich und die Außenbeziehungen der Europäischen Union

bei der III. Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2001 auf der venezolanischen Insel Margarita beschlossen. Auf dieser Grundlage wurde mit der Erstellung einer Datenbank für den Seetransport im karibischen Raum begonnen, eine Untersuchung über Handelshemmnisse innerhalb der Karibischen Gemeinschaft eingeleitet, ein Projekt über die Sprachenausbildung im Rahmen der Tourismusförderung umgesetzt und die Planung für den Ausbau eines Frühwarnsystems für Naturkatastrophen sowie eine Reihe von Hilfsmaßnahmen bei Eintritt eines solchen Ereignisses in die Wege geleitet.

9.3. Beziehungen mit der Europäischen Union

Die EU führt einen regelmäßigen politischen Dialog im Rahmen von jährlichen **Treffen auf Außenministerebene** mit der Rio-Gruppe, der Andengemeinschaft, den MERCOSUR-Staaten und der zentralamerikanischen San José-Gruppe. 2003 wurden die Treffen der EU mit der **Rio-Gruppe, Andengemeinschaft und dem MERCOSUR von 27.–28. März in Athen** abgehalten. Der Meinungsaustausch wurde zur Halbzeit zwischen dem II. Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik in Madrid (Mai 2002) und dem III. Gipfeltreffen in Mexiko (28./29. Mai 2004) als besonders wertvoll eingeschätzt.

Das im November 2002 in Brüssel unterzeichnete und am 31. Dezember 2002 im Amtsblatt der Union verlautbarte **Assoziationsabkommen der EU mit Chile** wurde 2003 zunächst einer gründlichen linguistischen und redaktionellen Bereinigung in allen Sprachfassungen unterworfen. Nach deren Abschluss befindet sich nunmehr der für das Inkrafttreten des Abkommens nötige innerstaatliche parlamentarische Genehmigungsprozess im Gange. Das Abkommen ist als das gegenwärtig umfassendste und intensivste der Union und ihrer Mitglieder mit einem Drittstaat anzusehen; Kernbestandteil ist die Errichtung einer Freihandelszone EU – Chile innerhalb von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens. Gleichzeitig schließt es die progressive Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen, den politischen und kulturellen Dialog sowie praktisch alle Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit (sog. Abkommen der vierten Generation) mit ein. Ein Gutteil des Abkommens wird bereits seit 1. Februar 2003 provisorisch angewandt. Darunter finden sich Bestimmungen, die den institutionellen Rahmen, den Handelsteil, insb die Abschnitte über den Handel mit Gütern, die Kapitel „Öffentliches Beschaffungswesen“ und „Wettbewerb“ und den Streitbeilegungsmechanismus betreffen. Die verbleibenden Bestimmungen, etwa der Abschnitt über den politischen Dialog, einige Titel im Handelsteil, wie etwa „Dienstleistungen“, „Zahlungs- und Kapitalverkehr“ sowie „Geistiges Eigentum“ und Teile des Kooperationskapitels treten nach Ratifikation aller nationalen Parlamente in Kraft.

Seit November 1999 laufen Verhandlungen zwischen der **EU und dem MERCOSUR** über ein **Assoziationsabkommen**. Den Kern des in seiner Art einzig-

Österreich in der Europäischen Union

artigen interregionalen Abkommensentwurfs bildet die Freihandelsregelung. Der Verhandlungsprozess verlief in bisher elf Runden mit wechselndem Erfolg und kommt, insb was den Wirtschaftsbereich betrifft, eher schleppend voran. Nachdem die Verhandlungen über die Kapitel „Politischer Dialog“ und „Zusammenarbeit“ in der 7. Runde abgeschlossen werden konnten, konzentrieren sich die Gespräche seither auf handelsrelevante Bereiche, ohne dass bisher ein Durchbruch in wesentlichen Fragen (u. a. Landwirtschaft, Dienstleistungen, Ursprungsregeln, öffentliches Ausschreibungswesen, Investitionen) erzielt werden konnte. Die Verhandlungsrunden des Jahres 2003 fanden im März in Brüssel, im Juni in Asunción sowie im Dezember wiederum in Brüssel statt. Anlässlich der beiden Runden im ersten Halbjahr 2003 wurden zwar Zollangebote für Warenlieferungen und auch Wunschlisten für Dienstleistungen und Investitionen ausgetauscht, jedoch führte dies – wie auch die Vorlage des EU-Angebots im Bereich öffentliches Beschaffungswesen – vorerst zu keiner Dynamisierung des Verhandlungsablaufs. Zusätzliche Schwierigkeiten erwachsen immer wieder auch aus dem Fehlen eines integrierten Markts auf der MERCOSUR-Seite, wodurch sich für die EU neue Probleme bei Verhandlungen über den Marktzugang ergeben.

Die Verhandlungen stehen auch in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu den parallel laufenden Verhandlungen über die Errichtung einer gesamt-amerikanischen Freihandelszone (FTAA bzw. ALCA; Zieldatum für den Abschluss: 2005). Ferner ist das Spannungsverhältnis zu den WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) nicht zu übersehen; nach dem Scheitern der 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún im September (mit Verschiebung der Annahme der Doha-Verhandlungsmodalitäten für den Agrarbereich und nicht-agrarischen Marktzugang) konnte der ins Stocken geratene Verhandlungsprozess zwischen der Union und dem MERCOSUR im November im Rahmen eines Treffens der EU-Kommissare für Außenhandel und Außenbeziehungen mit den Außen- bzw. Handelsministern der MERCOSUR-Staaten neu belebt werden. Das anlässlich dieser Begegnung vereinbarte neue Arbeitsprogramm umfasst fünf weitere Verhandlungsrunden und zwei weitere Ministertreffen bis Oktober 2004 und ist deutlich flexibler gestaltet als die vorangegangene Agenda.

*Europäische Sicherheitspolitik***B. Österreich in anderen europäischen Foren****I. Europäische Sicherheitspolitik****1. Der euroatlantische Partnerschaftsrat (EAPC) und die Partnerschaft für den Frieden (PfP)**

Für die NATO wie für den EAPC (Euro-Atlantic Partnership Council/Euroatlantischer Partnerschaftsrat) und die PfP (Partnership for Peace/Partnerschaft für den Frieden), in deren Rahmen die NATO mit 27 Partnernationen zusammenarbeitet, standen die Bemühungen um Umsetzung der bei NATO- und EAPC-Gipfeltreffen am 21./22. November 2002 in Prag beschlossenen Reformvorhaben weiter im Vordergrund.

Für die Allianz stand das Jahr im Zeichen der Fortsetzung der Reformen weg von der klassischen Territorialverteidigung hin zur raschen und geographisch weitgehend unbeschränkten, umfassenden Einsatzfähigkeit von Truppen. Wichtigste Ziele in diesem Zusammenhang sind:

- das Projekt der Schaffung einer „NATO Response Force“ (Stärke: ca. 21.000 Personen; rasch verleg- und über ein weites Spektrum umfassend einsetzbar)
- die Umsetzung der „Prague Capability Commitments“ (d. h. die Weiterentwicklung und Flexibilisierung der militärischen Kapazitäten, um auf aktuelle Anforderungen besser eingehen zu können)
- die Neugestaltung und radikale Verschlinkung der NATO-Kommandostruktur.

In allen Bereichen wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Das Bündnis soll derart strukturiert werden, dass es in der Lage ist, auf die als „real“ eingeschätzten Sicherheitsrisiken rasch und effizient zu reagieren und nebenbei die Lücke zwischen den Fähigkeiten der USA und der EU-Mitgliedsländer zu verkleinern.

Darüber hinaus übernahm die NATO am 11. August 2003 das Kommando über die ISAF-Operation in Afghanistan. Nach Verabschiedung der VN-Sicherheitsratsresolution 1510 am 13. Oktober 2003 betreffend die geographische Ausdehnung des ISAF-Mandates über Kabul hinaus beschloss die NATO überdies die Ermöglichung der Ausweitung des Einsatzes auch in die Regionen Afghanistans (vor allem zur Unterstützung der sogenannten „regionalen Wiederaufbauteams“, die bei Bedarf eingerichtet werden sollen). Als Pilotprojekt stellte die Allianz den Sicherheitsschirm für ein unter Führung von Deutschland betriebenes Wiederaufbauteam in Kundus bereit.

Österreich erklärte zu Jahresende seine grundsätzliche Bereitschaft, neuerlich österreichische Verbindungsoffiziere zu ISAF zu entsenden, die de facto nach dem Muster von KFOR und SFOR als NATO-Partner-Operation geführt wird.

Österreich in anderen europäischen Foren

Im Irak unterstützte die NATO Polen und Spanien bei deren Kommando über die „Multinational-Division Central-South“.

Sonstige Schwerpunkte der NATO-Aktivitäten lagen weiterhin auf der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Partnernationen, mit Russland und der Ukraine, mit den sieben Ländern des südlichen Mittelmeeres, die mit der NATO über den sogenannten Mittelmeerdialog verbunden sind (Ägypten, Jordanien, Israel, Tunesien, Algerien, Marokko, Mauretanien) sowie mit der EU.

Die beim nächsten NATO-Gipfeltreffen in Istanbul (28./29. Juni 2004) abzuschließende Erweiterung der Allianz um sieben Partnerstaaten Zentral- und Osteuropas (Slowenien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen) wird grundlegende Änderungen der NATO-Partnerbeziehungen nach sich ziehen. Die geographische Ausrichtung der NATO-Partnerbeziehungen wird sich künftig jedenfalls nach Zentralasien und zum südlichen Kaukasus verlagern, wobei jedoch der Westliche Balkan seinen Status als Schwerpunktregion behalten wird.

Die im Partnerschaftsrahmen verbleibenden EU-Mitglieder, die nicht NATO-Mitglieder sind, also Österreich, Schweden, Finnland und Irland, werden seitens der NATO und auch von den übrigen Partnernationen verstärkt:

- in ihrer Eigenschaft als EU-Mitglieder,
- als mögliche substantiell Beitragende zu NATO/PfP-Operationen und
- als Partner, die potentiell Hilfen für die Länder Zentralasiens, des südlichen Kaukasus und des Westlichen Balkan bereitstellen können.

Die NATO-geführten PfP-Operationen in Bosnien und Herzegowina (SFOR) und im Kosovo (KFOR) leisteten auch 2003 einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Lage in diesen Gebieten. Das österreichische KFOR-Kontingent umfasste Ende 2003 ca. 500 Personen bei einer KFOR-Gesamtstärke von ca. 17.500 Soldaten aus insgesamt 34 Ländern. Das österreichische SFOR-Kontingent wurde zuletzt im Hinblick auf eine Ablöse der NATO-Militärpräsenz durch die EU in Bosnien und Herzegowina auf bis zu zehn Personen aufgestockt (Gesamtstärke von SFOR Ende des Jahres: ca. 12.000 Soldaten aus 27 Nationen).

Zusätzlich bemühen sich NATO und EAPC im Rahmen der NATO-„Südosteuropainitiative“ auf verschiedenen Ebenen und in einer Vielzahl von Ausschüssen um die Sicherung der Stabilität im Balkanraum sowie um die Unterstützung der Aktivitäten des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Dies geschieht vor allem durch die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und sicherheitspolitischer bzw. militärischer Reformvorhaben in einzelnen Staaten der Region.

Sollten die Voraussetzungen erfüllt werden (v. a. Zusammenarbeit mit dem „Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien“ sowie Umsetzung von Verteidigungsreformen), könnten Serbien und Montenegro sowie

Europäische Sicherheitspolitik

Bosnien und Herzegowina beim NATO-Gipfeltreffen in Istanbul Mitte 2004 in EAPC und PfP als neue Mitglieder aufgenommen werden. Österreich unterstützte die Bemühungen dieser Länder um Integration in die euroatlantischen Strukturen unter anderem durch die Organisation eines Seminars über die demokratische Kontrolle der Streitkräfte im Dezember in Belgrad (gemeinsam mit Slowenien, Großbritannien und dem Internationalen Stab der NATO).

Die Arbeiten an der Umsetzung der die Partnerschaft betreffenden Initiativen vom Gipfeltreffen in Prag vom November 2002 („Partnerschaftsaktionsplan gegen Terrorismus“, „Umfassende Überprüfung von EAPC und PfP“) gingen unvermindert weiter. Es wurde außerdem versucht, den EAPC durch die Befassung mit Themen wie „Kampf gegen den Frauenhandel“ (durch Ausbildung und Schaffung eines Problembewusstseins bei den v. a. auf den Balkan zu entsendenden SoldatInnen) weiter aufzuwerten.

Bei den regelmäßigen Treffen des EAPC auf Ebene der Außenminister (4. Juni in Madrid und 5. Dezember in Brüssel) war Österreich durch Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner vertreten. Bundesminister Günther Platter nahm am EAPC auf Ebene der Verteidigungsminister am 2. Dezember in Brüssel teil.

Im Rahmen des im Herbst 2000 ins Leben gerufenen „Maßgeschneiderten Kooperationsprogramms“ zur Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der NATO besuchten Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner sowie der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle das Hauptquartier des Bündnisses.

NATO-Generalsekretär Lord Robertson of Port Ellen, der sein Amt mit Ende Dezember zurücklegte, stattete Österreich am 5. und 6. November seinen Abschiedsbesuch ab. Er traf in Wien mit Bundespräsident Thomas Klestil, Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesminister Günther Platter zusammen.

2. Die Westeuropäische Union (WEU)

Gemäß den Beschlüssen des Europäischen Rats von Helsinki vom Dezember 1999 über die Entwicklung einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der EU wurde die WEU mit Wirkung vom 1. Juli 2001 auf die Wahrnehmung einiger weniger Residualfunktionen beschränkt.

Der Brüsseler Vertrag mit seiner militärischen Beistandspflicht bleibt de jure ebenso aufrecht wie der Status der assoziierten Mitglieder, der assoziierten Partner und der Beobachter (darunter Österreich). Auch die diplomatischen Vertretungen dieser Länder bei der WEU bleiben bestehen. Die Interessen Österreichs bei der WEU werden – wie bei den meisten anderen EU-Staaten – vom österreichischen Vertreter im Politischen und Sicherheitskomitee der EU wahrgenommen.

Österreich in anderen europäischen Foren

Zu den erwähnten Residualfunktionen der WEU zählen neben der militärischen Beistandspflicht der WEU-Mitglieder die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU-Versammlung, zu der auch Österreich VertreterInnen entsendet sowie die Rüstungszusammenarbeit in der Western European Armaments Group (WEAG), an der Österreich seit 2000 teilnimmt.

II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

1. Einleitung

Unter dem niederländischen Vorsitz wurde 2003 eine Reihe substantieller Dokumente zur Positionierung und den Schwerpunkten der Organisation erarbeitet, wie die OSZE-Strategie zur Begegnung von Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert („OSZE-Strategie“), der Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels samt Durchführungsmechanismus und ein Grundsatzdokument zur Wirtschafts- und Umweltdimension. Während diese Dokumente sowie eine Reihe anderer Beschlüsse, etwa im Bereich der menschlichen Dimension, im Konsens beim **11. OSZE-Ministertreffen in Maastricht** (1./2. Dezember) verabschiedet wurden, war dies bei den regionalen Erklärungen, besonders zu Moldau und Georgien, nicht möglich. Die Meinungsunterschiede zwischen der Russischen Föderation und der Mehrzahl der anderen Teilnehmerstaaten (EU, USA und die betroffenen Staaten selbst) erwiesen sich als unüberbrückbar. Auch die traditionell gemeinsame Ministererklärung scheiterte an diesen beiden regionalen Fragen.

2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Die OSZE unterhält **18 Feldoperationen**, alle in Südosteuropa sowie der GUS, für die der Großteil des OSZE-Budgets (2003: 85%) sowie der personellen Ressourcen aufgewandt wird. Österreich sekundierte 29 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen; der überwiegende Teil davon ist in Südosteuropa tätig.

2.1. Südosteuropa

Die **größten Feldaktivitäten** (insgesamt sechs) unterhält die OSZE nach wie vor in **Südosteuropa**. Die Missionen sind vor allem beim Wiederaufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie in der Vertrauensbildung nach Konflikten tätig. Sie leisten oft Arbeit in Bereichen, die auch für den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU relevant sind. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit der EU, insb in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, wo diese zivile Operationen im Polizeibereich unterhält.

Die seit Anfang 2001 bestehende OSZE-Mission in **Serbien und Montenegro** ist in den Bereichen Justiz- und Strafrechtsreform (unter anderem Hilfe beim

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Aufbau nationaler Kapazitäten zur Verfolgung von Kriegsverbrechen), Polizeiausbildung, Wahlgesetzgebung, Rückkehr und Integration von Flüchtlingen, Umsetzung der Minderheitengesetzgebung, demokratische Kontrolle der Streitkräfte und Medien tätig. Die OSZE beobachtete die Präsidentenwahlen – ODIHR kritisierte im übrigen das Teilnahmeverfordernis von 50% – und die Parlamentswahlen. Das Büro in Podgorica wird von dem österreichischen Diplomaten Rudolf Bogner geleitet.

Die größte Mission unterhält die OSZE mit etwa 315 internationalen und mehr als 900 lokalen MitarbeiterInnen im **Kosovo**. Der frühere österreichische Bundesminister Friedhelm Frischenschlager fungierte bis Ende 2003 als Leiter der Abteilung für Demokratisierung. Die OSZE ist eine autonome Komponente der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und für den Aufbau administrativer und demokratischer Institutionen zuständig. Aufgaben werden in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Organisation und Beaufsichtigung von Wahlen, Medienentwicklung sowie Ausbildung von Polizisten wahrgenommen; bis dato wurden in der Polizeischule der OSZE über 6200 Polizisten ausgebildet, davon jeweils 15% Minderheitenangehörige und Frauen.

Die OSZE-Mission in **Bosnien und Herzegowina** nimmt im Rahmen der internationalen Präsenz eine Schlüsselrolle in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wahr, unter anderem bei der für die Flüchtlingsrückkehr zentralen Frage der Eigentumsrückgabe, die 2003 im Großen und Ganzen abgeschlossen werden konnte. Dabei nützt der OSZE die sehr gute Präsenz im Feld (vier Regionalbüros und 24 Außenstellen). Seit der unter Federführung des OHR erfolgten Rationalisierung der Arbeit der verschiedenen internationalen Akteure kommt der Mission auch eine führende Rolle in den Bereichen Erziehung (Entwicklung gemeinsamer Curricula, Überwindung der ethnischen Separation im Schulwesen, Integration von Schülern aus Minderheiten) und Sicherheitszusammenarbeit (unter anderem Hilfe beim Aufbau gemeinsamer, staatsweiter Verteidigungsstrukturen) zu.

Der OSZE-Mission in **Mazedonien** wurden im Rahmenabkommen vom August 2001, das die politische Lösung des bewaffneten Konfliktes besiegelte, wichtige Aufgaben zugewiesen. Bis Juli 2003 wurden plangemäß 1000 Minderheitenangehörige zu Polizisten ausgebildet. Die Rückführung der Polizei in albanischsprachige Dörfer in Krisengebieten, an der die Mission mitwirkte, wurde erfolgreich abgeschlossen. Weiters setzte die OSZE Maßnahmen zur Vertrauensbildung zwischen Polizeiangehörigen und der Bevölkerung. Darüber hinaus befasste sich die OSZE mit Fragen der Mitwirkung der albanischen Bevölkerung an den demokratischen Prozessen und in der lokalen und zentralen Verwaltung.

Die nach der Krise in **Albanien** im Jahre 1997 installierte, derzeit unter finnischer Leitung stehende OSZE-Präsenz in Tirana wurde mit einem relativ

Österreich in anderen europäischen Foren

breiten Mandat versehen, das über albanischen Wunsch Ende 2003 präzisiert wurde. Damit soll der Normalisierung der innenpolitischen Situation Rechnung getragen werden. Die Präsenz ist in den Bereichen Rechts-, Verwaltungs- und Wahlreform, in der Bekämpfung des Menschenhandels sowie Medien tätig. Die OSZE beobachtete die im Oktober abgehaltenen Lokalwahlen. Die Mission in **Kroatien** ist vor allem in den Bereichen der Rückführung/Reintegration von Flüchtlingen sowie Minderheiten aktiv. In den letzten Jahren wurde die Personalstärke signifikant reduziert.

2.2. Moldau/Transnistrienkonflikt

Der niederländische Vorsitz investierte erhebliche politische Energien in die Lösung des seit 1992 bestehenden Transnistrienkonflikts. Auch die EU nahm sich verstärkt dieser Frage an: Unter anderem sollten Visarestriktionen gegen die transnistrische Führung diese von ihrer unkooperativen Haltung abbringen. Mit der Initiative des moldauischen Präsidenten Voronin zur Ausarbeitung einer neuen föderalen Verfassung sowie Fortschritten beim Abzug des russischen Militärmaterials und -personals (die beim OSZE-Gipfel in Istanbul gesetzte Frist Ende 2002 wurde beim Ministertreffen 2002 in Porto um ein Jahr verlängert) schien in der ersten Jahreshälfte tatsächlich Bewegung in die festgefahrenen Fronten zu kommen. Allerdings konnten bei den **Verfassungs- und Statusverhandlungen** (in letztere sind neben den Streitparteien die OSZE, Russland und die Ukraine als Vermittler im sogenannten „Fünferformat“ involviert) in den letzten Monaten des Jahres keine merkbaren Fortschritte verzeichnet werden. Vielmehr scherte Russland aus dem etablierten „Fünferformat“ aus und präsentierte den Entwurf eines Föderationsplans, der unter anderem wegen der fehlenden Sicherheitsgarantien (internationale Präsenz) bei OSZE, EU, USA und (nach zuerst positiven Reaktionen Präsident Voronins) schließlich auch auf moldauischer Seite auf Ablehnung stieß. Der **Abzug des in Transnistrien unter katastrophalen Bedingungen gelagerten russischen Militärmaterials** kam in der zweiten Jahreshälfte zum Erliegen und wurde erst jüngst wieder aufgenommen. Die Frage der Frist für den Abzug des russischen Militärmaterials bildete einen wesentlichen Streitpunkt der gescheiterten Regionalerklärung zu Moldau beim OSZE-Ministertreffen.

2.3. Belarus

Nachdem es zu Anfang des Jahres mit der Verlängerung der OSZE-Präsenz in Minsk noch ein positives Signal seitens Belarus' gab, kam es in weiterer Folge zu einer kontinuierlichen **Verschärfung des innenpolitischen Klimas** gegenüber Vertretern der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien. Die Situation in Belarus stand daher das ganze Jahr hindurch auf der Tagesordnung des Ständigen Rates der OSZE.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

2.4. Georgien

Die OSZE-Mission in Georgien, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, ist unter anderem in die politische Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Enklaven **Südossetien** und (unter Federführung der VN) **Abchasien** involviert. In den letzten Jahren waren keine Fortschritte zu verzeichnen. Weiters unterhält die OSZE eine **Grenzbeobachtungsoperation** mit bis zu 148 internationalen, davon bis zu neun österreichische Beobachtern im Jahre 2003 am tschetschenisch-georgischen Grenzabschnitt. Die Operation war unter österreichischem Vorsitz eingerichtet und dann sukzessive auf Inguschetien und Dagestan ausgeweitet worden.

Die OSZE beobachtete die Anfang November abgehaltenen **Parlamentswahlen** mit 450 BeobachterInnen (davon 14 aus Österreich). Der Bericht der Beobachter stellte gravierende Unregelmäßigkeiten am Wahltag (unter anderem bei den Wählerlisten) fest. Verbesserungen wurden bei den Wahlgesetzen konstatiert. Zu massiven Manipulationen kam es bei der Ermittlung des Ergebnisses. Die OSZE wird im Wege ihrer Mission organisatorische Unterstützung bei der Ausrichtung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2004 leisten. Bei einer am Rande des OSZE-Ministertreffens abgehaltenen Geberkonferenz erklärten sich 13 Länder (darunter Österreich) sowie die EU-Kommission bereit, mehr als 6 Millionen Euro dafür bereitzustellen.

2.5. Russische Föderation/Tschetschenien

Nachdem im Vorjahr keine Einigung über eine Verlängerung des Mandates der OSZE-Assistenzgruppe in Tschetschenien erzielt worden war, bemühte sich der niederländische OSZE-Vorsitz vergeblich um ein neues Mandat für ein Engagement der OSZE, das in Form konkreter Projekte in den Bereichen Wahlen, gute Regierungsführung, Justizverwaltung und Integration von intern Vertriebenen realisiert werden sollte. Die Frage der Wiedereinrichtung einer ständigen OSZE-Präsenz in Tschetschenien stellte sich schon auf Grund der Sicherheitslage nicht. Über russischen Wunsch war ODIHR mit einem vierköpfigen Expertenteam anlässlich des tschetschenischen Verfassungsreferendums am 23. März anwesend. Eine herkömmliche ODIHR-Beobachtungsmission war insb auf Grund der Sicherheitssituation nicht möglich.

2.6. Zentralasien

Wie schon in den Vorjahren übernahm auch der niederländische Vorsitz den Fokus der OSZE auf Zentralasien. Dies kam unter anderem in der Ernennung des früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari zum Persönlichen entsandten des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien zum Ausdruck. Vermehrt setzt die OSZE Aktivitäten in den Bereichen der nichtmili-

Österreich in anderen europäischen Foren

tärischen Sicherheitsbedrohungen wie der Terrorismusbekämpfung. Konkrete Unterstützung wird bei der Stärkung der Polizeikapazitäten und Grenzkontrollen (Kirgisistan/Usbekistan), aber auch, in Zusammenarbeit mit dem ODC, zur Bekämpfung der Geldwäscherei geleistet. Die im Dezember 2002 gegründete OSZE-Akademie in Bischkek soll, eingebettet in ein akademisches internationales Netzwerk, die Ausbildung von Experten für OSZE-spezifische Sicherheitsfragen vornehmen. Österreich trägt durch die Bereitstellung von Expertise und Personal zum Aufbau dieser Institution bei, die ab Februar 2004 den Probetrieb aufnehmen wird.

Auf Grund der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in **Turkmenistan** im Gefolge des Attentats auf den dortigen Präsidenten im November 2002 veranlassten zehn Teilnehmerstaaten (darunter Österreich) die Initiierung des sogenannten **Moskauer Mechanismus**, der die Entsendung einer Berichterstattemission in ein Land, wo die Einhaltung der Menschenrechte ernsthaft gefährdet ist, vorsieht. Turkmenistan verweigerte der Mission die Einreise. Der Bericht wurde ohne Beteiligung Turkmenistans erstellt.

2.7. Weitere Aktivitäten

Neben den oben angeführten unterhält die OSZE noch Feldoperationen in Armenien, Aserbaidschan und der Ukraine. Die Minsk-Gruppe der OSZE unter dem Ko-Vorsitz von Frankreich, Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist um eine Lösung des Berg-Karabach-Konflikts bemüht.

3. Die menschliche Dimension der OSZE

Menschenrechte und Demokratie sind eine Hauptsäule des OSZE-Konzepts der umfassenden Sicherheit. Seit 1991 besteht in Warschau das **Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR/ODIHR)**, eine spezialisierte Einrichtung der OSZE für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, die seit April 2003 vom österreichischen Diplomaten Christian Strohal geleitet wird. Zur Erreichung seiner Ziele wickelt ODIHR alljährlich u. a. eine Reihe von festen Veranstaltungen ab, wobei das **Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension** (Warschau, 6. bis 17. Oktober) als zweiwöchige Hauptveranstaltung das Ziel hatte, das gesamte Spektrum der Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte zu überprüfen. Daneben fanden drei **Ergänzungstreffen** zur menschlichen Dimension in Wien statt, nämlich zu Roma und Sinti (10.–11. April), Religionsfreiheit (17.–18. Juli) und Bekämpfung von Folter (6.–7. November). Das jährliche „**Seminar zur Menschlichen Dimension**“ (Warschau, 13.–15. Mai) war den Fragen der „**Beteiligung der Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben**“ gewidmet.

Im Bereich „**Demokratisierung**“ arbeitet ODIHR weiters an Projekten in den Bereichen **Wahlrecht und Wahlbeobachtung**. Diese Aktivitäten umfassen

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

die Beratung bei der Schaffung und Anwendung von Wahlrechtsnormen, die Schulung von heimischen Wahlbeobachtern und Mitarbeitern von Wahlbehörden, Wahlerziehung für die Bevölkerung sowie die Beobachtung und rechtliche Analyse von Wahlgängen. 2003 hat ODIHR Beobachtungsmissionen für 18 gesamtstaatliche, Regional- oder Lokalwahlen organisiert und sehr professionell abgewickelt.

Einen der Schwerpunkte der OSZE bildete 2003 der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Diesen Fragen waren zwei **Regierungskonferenzen** in Wien gewidmet, eine von 19. bis 20. Juni („Antisemitismus“) und eine von 4. bis 5. September („Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung“).

Als eine der ersten internationalen Organisationen hat die OSZE bereits 1990 die „besonderen Probleme der Roma“ im Zusammenhang mit der Verbreitung von Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung erkannt und im Kopenhagener Dokument festgeschrieben. Nachdem bereits 1994 ein „Kontaktpunkt“ für Roma und Sinti im ODIHR eingerichtet worden war, hat das OSZE-Ministertreffen 2003 einen Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der **Roma und Sinti** im OSZE-Raum angenommen.

Der zunehmenden Bedeutung der **Bekämpfung des Menschenhandels** Rechnung tragend hat das OSZE-Ministertreffen einen Aktionsplan gegen Menschenhandel beschlossen. Die Umsetzung der Hauptthemen – Vorbeugung, Strafverfolgung und Opferschutz – wird durch einen Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden in enger Kooperation und Koordination mit einer Reihe von einschlägig tätigen internationalen Organisationen und Initiativen erfolgen. Die Task-Force des Stabilitätspakts für Südosteuropa zur Bekämpfung des Menschenhandels hat auch 2003 unter Leitung der vormaligen Bundesministerin Helga Konrad (als Regionalkoordinatorin des ODIHR) ihre intensive Arbeit fortgesetzt.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Die Arbeit des **Forums für Sicherheitszusammenarbeit (FSK)** konzentrierte sich auf Beiträge zur OSZE-Strategie, zur Vorbereitung und Durchführung der ersten Jährlichen Sicherheitsrevisionskonferenz und zur Prüfung der Möglichkeiten der OSZE, friedenserhaltende Operationen durchzuführen. Weitere Schwerpunkte der Arbeit des Forums lagen in der von Österreich geförderten Stärkung des sicherheitspolitischen Dialoges, unter anderem durch die Thematisierung der Gefahr eines Missbrauches von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen; in der Erstellung eines Handbuchs mit acht Praxisleitfäden zu den verschiedenen Aspekten der Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen, das auch im Rahmen der Vereinten Nationen Beachtung fand, sowie eines Dokuments über die Vernichtung überschüssiger Lagerbestände von konventioneller Munition und von Sprengstoffen, die in einigen Teilnehmerstaaten eine große Gefahr darstellen. Weitere Themen be-

Österreich in anderen europäischen Foren

trafen tragbare Flugzeugabwehrsysteme, sog. MANPADS (Man Portable Air Defence Systems), die Vereinheitlichung der Endverbrauchsbescheinigungen für Waffenexporte sowie die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und einschlägiger Produkte und Technologien.

Auch bei den traditionellen **vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen** (VSBM) wie militärischer Informationsaustausch und Inspektionen im Rahmen des Wiener Dokuments 1999 zeichnen sich neue Akzente ab. Das jährliche Überprüfungstreffen zur Implementierung der VSBM erfolgte am 4. und 5. März.

Das Inkrafttreten des adaptierten **Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa** (VKSE) wird von den NATO-Mitgliedstaaten von der Erfüllung der sogenannten Istanbul-Verpflichtungen durch die Russische Föderation (militärischer Rückzug aus Moldau und Georgien) abhängig gemacht und ist daher vorerst noch nicht abzusehen.

5. OSZE-Strategie und Sicherheitspolitische Fragen

Diese Schwerpunkte waren durch Aufträge des OSZE-Ministertreffens von Porto 2002 bestimmt. Die beim OSZE-Ministertreffen verabschiedete **OSZE-Strategie zur Begegnung von Bedrohungen von Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert** stellt die Antwort der OSZE auf die aktuellen Bedrohungsszenarien dar. Sie umfasst neben der Bestandsaufnahme bereits vorhandener Instrumente neue Komponenten wie verstärkte internationale Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und auch mit den OSZE-Kooperationspartnern. In die Implementierung der „Strategie“ sind sämtliche Institutionen der OSZE einbezogen, um die Möglichkeiten ihrer drei „Dimensionen“ voll zu nützen. Am 25./26. Juni wurde die erste **Jährliche Sicherheitsrevisionskonferenz (ASRC)** durchgeführt, die auch in Hinkunft die regelmäßige Überprüfung der gesamten „Sicherheitsarbeit“ der OSZE, insb ihrer „Strategie“ sicherstellen soll. Das Konzept **friedenserhaltender Operationen** der OSZE wurde in einer eigenen Arbeitsgruppe überprüft.

Im Bereich **Terrorismusbekämpfung** wurden beim OSZE-Ministertreffen konkrete Beschlüsse zur Einrichtung eines Netzwerks nationaler Kontaktpunkte und zur Erhöhung der Sicherheitsstandards von Reisedokumenten gefasst.

6. Die wirtschaftliche und ökologische Dimension der OSZE

Beim OSZE-Ministertreffen wurde eine **neue Strategie** zur Wirtschafts- und Umweltdimension, die das bestehende OSZE-Grundsatzdokument zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa (Bonn 1990) aktualisieren und ergänzen soll, verabschiedet. Als Mehrwert sind die auf Betreiben der EU eingebrachten Schwerpunkte der guten Regierungsführung und Schutz der Umwelt zu sehen, die im alten Grundsatzdokument gar nicht bzw. kaum

Europarat

Erwähnung fanden. In Vorbereitung des Grundsatzdokuments fand am 3./4. Juli in Wien eine OSZE-Konferenz zu Fragen der Globalisierung statt.

Das **11. OSZE-Wirtschaftsforum** in Prag (20.–23. Mai) war den **wirtschaftlichen Auswirkungen des Schmuggelns** gewidmet, das – und hier vor allem die Bekämpfung des Menschenhandels – einen Schwerpunkt des niederländischen OSZE-Vorsitzes bildete.

7. Institutionelle Fragen und Amtssitz

Eine Reihe wichtiger Entscheidungen zur internen Reform der OSZE wurden gefasst. Dazu gehören das neue Personalstatut der OSZE, die Vereinheitlichung des Budgetierungsverfahrens sowie die Stärkung der Überprüfungsmechanismen der Finanzgebarung. Wiederum keine Lösung konnte in der Frage der Gewährung der Rechtspersönlichkeit an die OSZE erzielt werden. Die Arbeitsgruppe zur Reform der OSZE-Feldmissionen bestätigte vorerst die unveränderte Relevanz der Feldaktivitäten und wird 2004 ihre Arbeit fortsetzen. Die OSZE führte ihre Verhandlungen zur Revision des Beitragschlüssels fort. Die unter österreichischem Vorsitz stehende Arbeitsgruppe arbeitete eine umfassende Methodologie zur Festsetzung der Pflichtbeiträge aus, die ab 1. Jänner 2005 zur Anwendung kommen soll.

Die Planungsarbeiten für den zukünftigen ständigen Amtssitz der in Wien angesiedelten OSZE-Institutionen wurden 2003 abgeschlossen. Der permanente Amtssitz im Zentrum Wiens soll im Jahr 2007 bezugsfertig sein.

8. Parlamentarische Versammlung

Die **Parlamentarische Versammlung** der OSZE setzt sich aus 317 Abgeordneten der 55 Mitgliedstaaten zusammen. Ihr Vorsitzender wird jährlich gewählt (derzeit Bruce George, UK; wiedergewählt 2003). Der Sitz des Sekretariats der Parlamentarischen Versammlung befindet sich in Kopenhagen mit einem Zweigbüro in Wien, das im Jänner eröffnet wurde. Die jährliche Hauptsession wird im Juli jeweils in einem anderen Mitgliedstaat abgehalten. Seit 2002 findet darüber hinaus jährlich ein Wintertreffen der Versammlung in Wien statt.

III. Europarat (ER)

1. Politische Entwicklungen

Serbien und Montenegro wurde am 3. April als **45. Mitgliedstaat** aufgenommen und unterzeichnete am selben Tag die Europäische Menschenrechtskonvention. Bei der Umsetzung der beim Beitritt eingegangenen Aufnahmeverpflichtungen wird das Land von der Parlamentarischen Versammlung (PV) und vom Ministerkomitee unterstützt. Die Umsetzung der von **Bosnien-**

Österreich in anderen europäischen Foren

Herzegowina 2002 eingegangenen Aufnahmeverpflichtungen hat unter maßgeblicher Hilfestellung des ER weitere gute Fortschritte gemacht. Bezüglich des Aufnahmeverfahrens **Monacos** waren zwar weitere Fortschritte zu verzeichnen, wesentliche Fragen (eingeschränkte Souveränität, Beitritt zu wesentlichen ER-Konventionen, innerstaatliche Gesetzgebung) konnten aber noch nicht gelöst werden. Der Sondergaststatus von **Belarus** bleibt wegen der nach ER-Standards nach wie vor unbefriedigenden Situation im Land von der PV weiterhin suspendiert.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten MK und PV der Entwicklung der Lage in **Tschetschenien**. Die Experten des Generalsekretärs des ER beim Büro des Menschenrechtsbeauftragten von Präsident Putin, **Abdulkhakim Sultygov**, in Grosny stellen Expertise im Menschenrechtsbereich zur Verfügung und haben beratende Funktion. Ihr Mandat wurde bereits zweimal verlängert. Auf Grund der schlechten Sicherheitslage war eine Arbeit der Experten vor Ort nicht möglich; sie musste von Strassburg aus erfolgen. Zusätzliche Aufgaben wie z. B. Information über Menschenrechte und das Training von Menschenrechtlerziehern – in Form von Seminaren zumeist in **Inguschetien** – wurden übernommen.

Wie in den Vorjahren beteiligte sich der ER in mehreren Mitgliedstaaten an der internationalen Wahlbeobachtung. So nahm die PV zusammen mit der OSZE in **Armenien** an der Beobachtung der Präsidentenwahlen im Februar und der Parlamentswahlen im Mai teil. Ferner hat die PV zusammen mit der OSZE die Präsidentschaftswahlen Mitte Oktober in **Aserbaidschan**, die Parlamentswahlen Anfang November in **Georgien** und die Wahlen zur Duma in **Russland** Anfang Dezember beobachtet. Der Kongress der Gemeinden und Regionen hat zusammen mit der OSZE die Präsidentenwahlen Mitte November in der Republik **Serbien** beobachtet.

Moldau hat bei der Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Justiz sowie Meinungs- und Informationsfreiheit Fortschritte gemacht. Das Land wurde bei der Ausübung des Vorsitzes im Ministerkomitee (Mai bis November) vom ER und von der EU intensiv unterstützt (Entsendung von Beratern, technische Ausstattung). In **Armenien** und **Aserbaidschan** war die Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen nicht abgeschlossen. Beide Länder werden durch die Arbeit einer eigens eingesetzten Monitoring-Gruppe unterstützt. **Armenien** hat allerdings Ende September das 6. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe unter allen Umständen ratifiziert und somit eine wichtige Aufnahmebedingung erfüllt. Probleme bestehen nach wie vor auch in der **Ukraine** im Bereich der Medien und der Meinungs- und Informationsfreiheit. Der Fall des mysteriösen Mordes an dem Journalisten **Georgiy Gongadze** blieb bislang unaufgeklärt.

Der ER hat sein **Programm zur Terrorismusbekämpfung** verstärkt und mit dem Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Bekämpf-

Europarat

fung des Terrorismus, das im Mai bei der 112. Ministertagung zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, ein weiteres wichtiges Rechtsinstrument geschaffen. Bei der ersten Sitzung des Expertenkomitees über Terrorismus Ende Oktober wurde eine Österreicherin, Leitende Staatsanwältin Gertraude Kabelka, zur Vorsitzenden dieses Komitees gewählt.

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Die enge Zusammenarbeit des ER mit der Europäischen Union wurde weiter verfolgt. Auf Beamtenebene findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen dem ER-Sekretariat und der Europäischen Kommission (EK) über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der ER unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. Vertreter der EK nehmen an Sitzungen des MK, der Ministerdelegierten und der Berichterstattergruppen teil. Ein besonderer Schwerpunkt sind die gemeinsam erstellten und ko-finanzierten Programme für zentral- und osteuropäische Länder, die eine vertiefte Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Im Juni fand das 19. quadrilaterale Treffen auf politischer Ebene zwischen ER- und EU-Präsidentschaft, ER-Generalsekretär und EK-Präsident statt, das sich hauptsächlich mit den folgenden vier Bereichen befasste: Entwicklung der europäischen Institutionen (EU-Erweiterung, Komplettierung des ER, Verfassungsentwurf des EK-Konvents, Dritter ER-Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs), politische Themen von gemeinsamem Interesse und gemeinsame Programme (vor allem in Südosteuropa, der Russischen Föderation, Südkaukasus, Moldau), die zur Demokratisierung und zur Verfestigung der Rechtsstaatlichkeit beitragen sollen, Migration und Zusammenarbeit auf dem Sektor der Konfliktverhütung. Im September hat der Generalsekretär mit seinem Memorandum über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem ER und der EU unter dem Titel „One Europe – A Europe of Partners“ die Diskussion zu diesem Thema eingeleitet.

Beim 12. hochrangigen „2 + 2/3 + 3“-Treffen (jeweiliger Vorsitz der beiden Organisationen, jeweiliger Generalsekretär sowie die Präsidenten der beiden Parlamentarischen Versammlungen) in Den Haag am 5. Februar auf Einladung des niederländischen OSZE-Vorsitzes wurde ein genereller Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit zwischen dem ER und der OSZE abgehalten. Als besonders wichtig wurden dabei die enge Zusammenarbeit und die Koordination unter Einsatz der spezifischen Stärken der beiden Organisationen wie auch der EU in Südosteuropa und im Kaukasus gesehen. Im Rahmen eines Treffens zwischen ER und OSZE auf hoher Beamtenebene im Juli in Strassburg fand ein Gedankenaustausch über die Tätigkeit der beiden Organisationen im West-Balkan und Kaukasus statt. GS Schwimmer nahm am Ständigen Rat der OSZE am 24. Juli in Wien teil. Des Weiteren fand am 16. September ein Gedankenaustausch mit dem Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Botschafter

Österreich in anderen europäischen Foren

Christian Strohal, statt, bei dem hauptsächlich die Frage der vertieften Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen unter Vermeidung von Doppelgleisigkeiten erörtert wurde. Beim 13. hochrangigen „2+2“-Treffen am 5. November in Chisinau, an dem die Präsidenten der PV der beiden Organisationen nicht teilnehmen konnten, wurde die Lage in den Kaukasusrepubliken und in Südosteuropa debattiert. Ferner fand ein Gedankenaustausch über Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels statt.

Mit den **Vereinten Nationen** finden regelmäßige Kontakte statt. Am 14. Februar wurde in Genf ein vom ER-Sekretariat vorbereitetes hochrangiges trilaterales Treffen zwischen dem ER, der OSZE und den VN unter Teilnahme des EU-Rats, der EK, der Internationalen Organisation für Migration und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz abgehalten. Schwerpunkte der Erörterung waren die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, mögliche Maßnahmen gegen den Menschenhandel und die Lage im Kaukasus. Das nächste hochrangige trilaterale Treffen soll auf Einladung der OSZE Anfang 2004 in Wien stattfinden.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel F.II.1. („Der internationale Schutz der Menschenrechte“)

4. Monitoring

Das Monitoring der Aufnahmeverpflichtungen der Mitgliedstaaten, vor allem in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit, zählt zu den wichtigsten Instrumenten des ER, um ihre Erfüllung und weitere Einhaltung sicherzustellen. Man unterscheidet zwischen dem Monitoring der PV, das laufend stattfindet (Besuchsreisen, Berichterstattung, Empfehlungen) und dem Monitoring des MK. Derzeit bestehen drei verschiedene Arten des Monitoring durch das MK:

- das Monitoring der Aufnahmeverpflichtungen der Mitgliedstaaten auf Basis der Deklaration von 1994 über die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen;
- das thematische Monitoring, welches seit 1996 durchgeführt wird, auf alle Mitgliedstaaten Anwendung findet und derzeit zehn Bereiche abdeckt (darunter Meinungs- und Informationsfreiheit, Funktionieren und Schutz der demokratischen Institutionen, Funktionieren des Justizsystems, Nichtdiskriminierung mit Betonung des Kampfes gegen Intoleranz und Rassismus). Es soll auf Vorschlag von Generalsekretär Schwimmer reformiert werden, wobei das Sekretariat entlastet, eine Expertengruppe eingesetzt und das Berichtssystem gestrafft werden sollen;
- das spezifische Monitoring (Ad-hoc-Monitoring) der Aufnahmeverpflichtungen von Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Dabei han-

Europarat

delt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt und nicht sofort mit einem Ergebnis abgeschlossen wird. Im Falle von Armenien und Aserbaidschan geschieht dies in einer eigens eingerichteten Monitoringgruppe, in der auch Österreich Mitglied ist. Diese Monitoringgruppe hat die beiden Länder im Juni besucht und die Umsetzung der Aufnahmebedingungen mit führenden Vertretern des Staates, mit Parlamentariern und mit Vertretern von Medien und NGOs erörtert. Die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen durch Georgien wird vom MK überwacht, wobei eine Delegation der Berichterstattunggruppe über demokratische Stabilität Georgien im Juni besucht hat.

5. Hilfsprogramme

Unter dem „Aktivitätsprogramm“ wurden 10,8 Millionen Euro für Hilfsaktivitäten und Programme zur Zusammenarbeit mit 24 Mitgliedstaaten und anderen Staaten (z. B. Belarus) bereitgestellt, wobei größtenteils die neuen Mitgliedstaaten zu den Empfängern des Programms zählen. Die Bereiche, in denen der Europarat Hilfe gewährt, reichen von der Förderung der Menschenrechte, der Hilfe bei den Demokratisierungsbestrebungen und der Stärkung der Bürgergesellschaft bis zur Reform von Justiz und Verwaltung und zur Förderung des sozialen Zusammenhalts. Die Maßnahmen bestanden vorwiegend in der Bereitstellung von Experten und der Abhaltung von Trainingsprogrammen. Zudem wurden unter diesem Programm auch die Informationsbüros des ER in mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die ER-Büros in Tirana, Belgrad, Pristina, Podgorica, Sarajewo/Mostar, Skopje, Chişinău, Tbilisi, Baku und Yerevan finanziert.

Im Rahmen der Gemeinsamen Programme mit der EU hat der ER in der Russischen Föderation und im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) Hilfsprogramme in den Bereichen Menschenrechte und Demokratisierung durchgeführt. Ferner verhandelt der ER über den Abschluss eines neuen Sets von Gemeinsamen Bereichen für die Jahre 2003–2005, die besonders Georgien, der Russischen Föderation, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro und den Roma zugute kommen sollen. Dafür stand ein Betrag von ungefähr 2,4 Millionen Euro zur Verfügung.

6. Organe des Europarates

Der Europarat verfügt über folgende Organe:

- das Ministerkomitee, bestehend aus den Außenministern der 45 Mitgliedstaaten bzw. ihren Stellvertretern (Ministerdelegierte). Es ist das Entscheidungsgremium der Organisation, der Vorsitz wechselt halbjährlich;
- die Parlamentarische Versammlung mit 626 Mitgliedern (313 Mitglieder und 313 Stellvertreter) aus den 45 nationalen Parlamenten, und die Dele-

Österreich in anderen europäischen Foren

gationen von zwei Beitrittskandidaten, die Gaststatus bei der Versammlung haben;

- der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, bestehend aus einer Kammer der Gemeinden und einer Kammer der Regionen;
- das Generalsekretariat, mit ca. 2000 Bediensteten.

6.1. Das Ministerkomitee (MK)

Das MK tagt zweimal jährlich auf Ministerebene. Die **112. Tagung** wurde von 14.–15. Mai unter dem Vorsitz des Außenministers von Malta, Joe Borg, in Strassburg abgehalten. Österreich war durch den stellvertretenden Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Hans Winkler, vertreten. Hauptthemen waren die zukünftige Rolle des ER in einem Europa ohne Trennlinien und die Frage der Abhaltung eines Dritten Gipfels auf Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Die Stellvertretende Generalsekretärin der VN, Louise Fréchette, nahm auf Einladung von Generalsekretär Walter Schwimmer am informellen Ministertreffen teil. Zentrale Themen der Diskussion mit ihr waren der europäische Beitrag zum Wiederaufbau im Irak und die Stärkung der Rolle der VN.

Die **113. Tagung** fand von 5.–6. November unter dem Vorsitz des Außenministers von Moldau, Nicolae Dudau, in Chisinau statt. Österreich war durch den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle, vertreten. Hauptthemen waren die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der EU und die Frage der Abhaltung eines Dritten Gipfels auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, wofür sich Polen anlässlich seines Vorsitzes im Frühjahr 2005 bereit erklärt hat. Die endgültige Entscheidung darüber wird bei der 114. Ministertagung im Mai 2004 fallen. Ferner behandelten die Minister die Reform des EGMR, den Beitrag des ER zum Kampf gegen den Menschenhandel sowie den Beitrag des ER zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Generalsekretär Kyrle hat die Unterstützung der österreichischen Bundesregierung für die Wiederkandidatur von Generalsekretär Schwimmer bekannt gegeben. Generalsekretär Schwimmer präsentierte in diesem Rahmen sein Memorandum „One Europe – A Europe of Partners“. Bei der 113. Tagung wurde das revidierte Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport zur Unterzeichnung aufgelegt und von zwölf Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Auf Ebene der Ministerdelegierten tagt das Ministerkomitee viermal im Monat.

6.2. Die Parlamentarische Versammlung (PV)

Die PV tagt viermal jährlich in Plenarsitzung und periodisch in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen. Die PV und ihr ständiger Ausschuss wenden sich in Entschließungen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an

Europarat

das MK, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die von Nationalrat und Bundesrat entsandt werden. Präsident der PV ist seit Januar 2002 der Österreicher Peter Schieder.

Präsident Schieder setzte 2003 wichtige Akzente, durch welche das Profil des ER und der PV und deren Themenführerschaft im Bereich globaler Gerechtigkeit (internationaler Strafgerichtshof, weltweite Abschaffung der Todesstrafe, Garantie der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung, Menschenrechte im Bereich der Steuerung legaler Migration) sowie ihre Rolle bei der Förderung demokratischer Stabilität im großen Europa (Tschechien und andere Regionalthemen) und betreffend die Stärkung der Rechte und Interessen von Minderheiten und Randgruppen in nachhaltiger Weise unterstrichen wurden.

Die insgesamt 313 Mitglieder und 313 Ersatzmitglieder (Stand Juni 2003, 3. Teilsitzung) haben sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP), Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer (LDR), Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG) und Gruppe der Vereinigten Linken (UEL). 35 Mitglieder sind fraktionslos. Daneben sind sie auch in „nationale Delegationen“ gegliedert (österreichischer Delegationsleiter ist Nationalrat Michael Spindelegger).

Die PV nimmt auch wichtige Monitoring-Aufgaben wahr, z.B. die Wahlbeobachtung in ER-Mitgliedstaaten oder Kandidatenstaaten, so etwa Ende Dezember die Beobachtung der Parlamentswahlen in Serbien, aber auch die Entwicklung der einzelnen Länder hinsichtlich der Einhaltung der Verpflichtungen, welche sie beim Beitritt zum ER übernommen haben.

Anlässlich ihrer vierten Teilsitzung im September hielt die PV eine weitere gemeinsame Plenartagung mit dem Europäischen Parlament ab, wodurch die Bedeutung verstärkter Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten im Zuge der europäischen Erweiterungsprozesse sichtbar unterstrichen wurde. Die Notwendigkeit des Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention wurde von beiden Parlamenten bekräftigt. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten die beiden Präsidenten Peter Schieder und Pat Cox auch die Charter der Europäischen politischen Parteien Europas für eine nicht-rassistische Gesellschaft.

6.3. Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Der KGRE ist 1957 als Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas gegründet worden und hat sich 1994 als Beratendes Organ des Europarats konstituiert. Die 313 Mitglieder (313 Vertreter) tagen einmal jährlich in Strassburg in Plenarsitzung. Seit Juni 2002 ist Landeshauptmann Herwig van Staa Präsident des KGRE. Präsident van Staa setzte 2003 wichtige Akti-

Österreich in anderen europäischen Foren

vitäten zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie, z. B. im Rahmen seines offiziellen Besuchs in Rumänien im Dezember, anlässlich dessen er auch mit Staatspräsident Iliesco und Premierminister Nastase zusammengetroffen ist. Der Besuch galt auch einer internationalen Konferenz zur Dezentralisierung Rumäniens.

Der Kongress formuliert wichtige Empfehlungen an das MK im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, aber auch des Umweltschutzes, des Katastrophenschutzes oder der sozialen Kohäsion, die in Österreich auf der Ebene des Städte- und des Gemeindebundes, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt werden. Insb im Bereich des Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie erfüllt er eine quantitativ und qualitativ beachtliche Aufgabe. Das Monitoring des KGRE fließt auch in die Überwachung der Erfüllung der mit dem Beitritt eingegangenen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten ein, z. B. durch Teilnahme des Kongresses an der Wahlbeobachtung der PV betreffend die Parlamentswahlen in Serbien Ende Dezember 2003. Für Südosteuropa bietet der Kongress auch Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts an (Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene) sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie.

7. Der Europarat und Österreich

Zur Zeit sind drei führende Funktionen im Europarat mit Österreichern besetzt: das Amt des Generalsekretärs (Walter Schwimmer, seit 1998), des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung (Peter Schieder, seit Jänner 2002) und des Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen (Herwig van Staa, seit Juni 2002). Der Gesamtbeitrag Österreichs zum ordentlichen Budget sowie zum außerordentlichen und Pensionsbudget und zu verschiedenen Teilabkommen betrug insgesamt 4,5 Millionen Euro.

Folgende **Europaratsübereinkommen** sind 2003 für Österreich in Kraft getreten oder unterzeichnet worden:

- Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Cybercrime, die Strafbarkeit von Akten rassistischer oder xenophober Natur betreffend, die durch Computersysteme verübt werden (ETS N° 189, 2003), unterzeichnet am 28. Januar 2003;
- Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus (ETS N° 190, 2003), unterzeichnet am 15. Mai 2003;
- Übereinkommen über Kontakte betreffend Kinder (ETS N° 192, 2003), unterzeichnet am 15. Mai 2003;
- Protokoll Nr. 13 zum Übereinkommen über den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe unter allen Umständen (ETS N° 187; 2002), in Kraft getreten am 1. Juli 2003;

Zentraleuropäische Initiative / Central European Initiative

- Übereinkommen über zivilrechtliche Aspekte der Korruption (ETS N° 174, 1999), in Kraft getreten am 1. November 2003.

IV. Zentraleuropäische Initiative / Central European Initiative (CEI)

Vorrangige Ziele der Zentraleuropäischen Initiative (Central European Initiative, CEI) sind, die Beteiligung ihrer 17 mittel-, ost- und südosteuropäischer Mitgliedstaaten am europäischen Integrationsprozess sicherzustellen, regionale Stabilität und Entwicklung zu fördern und neue Trennlinien in Europa zu verhindern. Die CEI stand 2003 unter polnischem Vorsitz. Generaldirektor des Exekutivsekretariats ist seit Anfang 2002 der österreichische Diplomat Harald Kreid.

Wichtigstes Ereignis war wie jedes Jahr das Gipfeltreffen der CEI-Regierungschefs, das am 21. November in Warschau abgehalten wurde und ganz im Zeichen der bevorstehenden EU-Erweiterung um fünf CEI-Mitgliedstaaten (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) stand.

Die Regierungschefs verabschiedeten ein Schlussdokument, in dem im Hinblick auf die bevorstehende EU-Erweiterung auch die Erwartung zum Ausdruck gebracht wurde, dass weitere Erweiterungsschritte nach 2007 folgen würden. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass das Hauptaugenmerk und der Großteil der Aktivitäten der CEI nunmehr denjenigen Mitgliedstaaten gelten sollen, die von der bevorstehenden EU-Erweiterung noch nicht erfasst sind.

Die in Angriff genommene organisatorische Reform der CEI im Sinne einer Straffung der Strukturen wurde einhellig gutgeheißen, wobei sich Österreich, ebenso wie eine Reihe anderer Delegationen, für eine Verringerung der Anzahl der Arbeitsgruppen (derzeit 16) und eine Konzentration auf von anderen regionalen und internationalen Akteuren nicht erfasste Bereiche der Zusammenarbeit aussprach. In diesem Zusammenhang wurde die Wichtigkeit einer engen Abstimmung mit den Zielsetzungen der EU-Politik für „Wider Europe“ betont.

Am Rande des Gipfeltreffens fand in Warschau wie üblich das „Summit Economic Forum“ der CEI inklusive eines Round Table der Wirtschaftsminister statt, bei dem Österreich durch Bundesminister Martin Bartenstein vertreten war.

Für Österreich bildet die CEI über die bevorstehenden EU-Erweiterungen hinaus eine Klammer zu den Staaten Südost- und Osteuropas. Für diese stellt die in der CEI geübte regionale Zusammenarbeit einen Erfahrungswert für jene Formen der regionalen Kooperation dar, die auch innerhalb der EU an Aktualität gewinnen werden (siehe auch Kapitel B. V.1. „Regionale Partnerschaft“).

*Österreich in anderen europäischen Foren***V. Nachbarschaftspolitik****1. Die Regionale Partnerschaft**

Die Gründung der Regionalen Partnerschaft (RP) mit den benachbarten EU-Beitrittskandidaten Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen geht auf eine Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner zurück, die am 6. Juni 2001 die Außenminister der Partnerstaaten in die Wiener Hofburg zu einem ersten Treffen einlud.

Das Konzept ist eine Konsequenz der bereits auf vielen Ebenen bestehenden engen Kooperation mit diesen Staaten. In zwei Phasen soll, ohne Schaffung neuer Strukturen und im Wege einer informellen und offenen Zusammenarbeit, eine neue, noch engere Partnerschaft entstehen:

Vor der EU-Erweiterung diente die Regionale Partnerschaft dem Abbau vorhandener Reibungsflächen und konkret der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsverhandlungen, bei der Umstellung auf EU-Vorschriften sowie als Rahmen für Konsultationen zum Verfassungskonvent und zur Lissabonstrategie. In diesem Zusammenhang hat das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten für die Partnerstaaten einen Workshop zur Entwicklungszusammenarbeit nach der EU-Erweiterung (13./14. Februar) und ein Seminar zu aktuellen Wahl(rechts)fragen (15./16. Dezember) veranstaltet.

Nach der EU-Erweiterung wird die Regionale Partnerschaft zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU beitragen. Sie wird damit Teil jenes Geflechts von bereits bestehenden Netzwerken werden, die insgesamt die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union tragfähiger machen. Von gemeinsamem Interesse sind insb die innere Sicherheit, Grenz-, Asyl und Konsularfragen, die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und der Infrastruktur sowie die künftige Entwicklung der Europäischen Institutionen.

Einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen Ausgestaltung der Regionalen Partnerschaft stellen die – jeweils auf Einladung österreichischer Bundesminister abgehaltenen – Fachministertreffen dar. So hat etwa das letzte „Salzburg Forum“ der Innenminister aus den RP-Staaten („Sicherheitspartnerschaft“) im August operative Ergebnisse gezeitigt, indem ein regelmäßiger Konsultationsmechanismus zu Themen der inneren Sicherheit auf EU-Ebene vereinbart wurde.

Auch unter den „gleichgesinnten“ kleineren und mittleren EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Konvents bzw. der Regierungskonferenz über die neue Verfassung der EU hat sich die RP-Koordination als eine erfolgreiche Drehscheibe erwiesen.

Österreichs Ziel ist die Etablierung der Regionalen Partnerschaft als natürlicher Konsultationsmechanismus für Fragen von gemeinsamem Interesse, die eine europapolitische Dimension haben. Die Außenminister der Staaten

Nachbarschaftspolitik

der Regionalen Partnerschaft trafen sich am 4. Juli zu ihrer 4. Konferenz in Buchlovica (Mähren), Gastgeber des nächsten Treffens wird Polen sein.

2. Südtirol

2.1. Allgemeines

Das wohl wichtigste Ereignis waren die Landtagswahlen am 26. Oktober. Das Ergebnis entsprach im Wesentlichen den Prognosen: die Südtiroler Volkspartei (SVP) konnte mit 55,6% der Stimmen ihre absolute Mehrheit und auch ihre 21 Mandate (von insgesamt 35) halten.

Die Alleanza Nazionale (AN) blieb mit 8,4% stärkste italienische Partei und ist weiterhin mit drei Mandaten im Landtag vertreten. Auch ihr rechter Ableger Unitalia-Movimento per l'Alto Adige schaffte mit dem letzten Reststimmenmandat den Wiedereinzug in den Landtag (1,5%). Nicht überraschend kam der Gewinn eines weiteren Mandates für die Grünen, die nunmehr mit drei Abgeordneten im Landtag vertreten sind (7,9%). Die Union für Südtirol (UfS) konnte wie erwartet Stimmengewinne verzeichnen, erreichte aber kein zusätzliches drittes Mandat (6,8%). In dem Ausmaß nicht vorhergesagt war das Abschneiden der Freiheitlichen, die ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den Landtagswahlen 1998 verdoppeln konnten (von 2,5% auf 5%) und nunmehr mit zwei Mandaten vertreten sind. Das Mitte-Links-Bündnis „Unione Autonomista“ (3,7%) sowie das Projekt „Frieden und Gerechtigkeit – gemeinsam links“ (3,8%) sind mit je einem Mandat im Landtag vertreten. Der Spitzenkandidatin der Forza Italia (FI), Michaela Biancofiore, ist – wie allgemein vorhergesagt worden war – der Einzug in den Landtag gelungen (3,4%), ihre Hoffnung, ein zweites Mandat zu erringen oder gar die Alleanza Nazionale als stärkste italienische Partei zu überholen, wurde jedoch nicht erfüllt. Ihren Einzug verfehlt haben die Rosa Alternative (1,0%) und die Ladins (1,4%), letztere auf Grund des in seinem Ausmaß unerwarteten Erfolges der SVP in den ladinischen Tälern.

Schwieriger als erwartet gestaltete sich sodann die Regierungsbildung. Es galt, die Forderungen der einzelnen Regionalbezirke, der verschiedenen Verbände und auch der SVP-Frauen mit den Vorstellungen von Landeshauptmann Luis Durnwalder in Einklang zu bringen. Des weiteren mussten die Regeln des Proporz zwischen deutsch- und italienischsprachigen Vertretern eingehalten werden. So wurde Veronika Stirner-Brantsch (SVP) zur Präsidentin des Landtages für die erste Hälfte der Legislaturperiode und der Anführer der größten italienischen Partei Giorgio Holzmann (AN) zu ihrem Stellvertreter (er wird auf Grund der Proporzbestimmungen für die zweite Halbzeit der Legislaturperiode den Vorsitz übernehmen) gewählt – eine Entscheidung, die in deutschsprachigen Südtiroler Kreisen nicht nur Zustimmung fand und z. B. dazu führte, dass der Südtiroler Schützenobmann Paul Bacher aus der SVP austrat.

Österreich in anderen europäischen Foren

Am 22. Dezember war die Regierungsbildung abgeschlossen. Landeshauptmann Durnwalder nannte in seiner vierten Regierungsrede folgende Prioritäten: Absichern des Erreichten, Schutz des Lebensraumes und Erhalt des hohen Standards im Gesundheits- und Sozialwesen.

2.2. Autonomieentwicklung

Die Entwicklung der Autonomie für Südtirol ist in den letzten Jahren insgesamt positiv verlaufen und der Bestand der Minderheit kann als gesichert angesehen werden. Allerdings hat ein privater Verein beim Landesgericht Bozen, beim Europarat und bei der Europäischen Kommission Beschwerde über die Regelung der Volkszählung in Südtirol eingereicht. Insb hat sich dieser Verein gegen die Zugehörigkeitserklärung zu einer der drei im Autonomiestatut vorgesehenen Sprachgruppen gewandt und zwar vor allem mit der Begründung, dass diese Regelung die EU-Bestimmungen über den Datenschutz verletze. Sowohl das Landesgericht Bozen als auch der Europarat haben die Beschwerde in allen Punkten abgelehnt. Eine Entscheidung der Europäischen Kommission betreffend eine allfällige Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens ist noch ausständig. Auch zur Besprechung dieser Problematik weilte SVP-Obmann Siegfried Brugger am 20. März zu Gesprächen in Wien; wie in der Vergangenheit gab es engen Kontakt zwischen der politischen Führung der Südtiroler und der österreichischen Bundesregierung, die gegenüber den zuständigen Brüsseler Stellen aktiv auf die autonomiepolitisch sensiblen Aspekte der Materie verwies.

3. Umweltschutz

3.1. Nukleare Sicherheit

Der Schutz der Bevölkerung und daher die Sicherheit insb grenznaher Kernkraftwerke (KKW) haben für die Bundesregierung weiterhin höchste Priorität. Der Umsetzung des am 29. November 2001 abgeschlossenen Abkommens mit der Tschechischen Republik („Schlussfolgerungen des Melker Prozesses und Follow-up“) betreffend das Kernkraftwerk Temelin entsprechend dem festgelegten Zeitrahmen wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt. Beide Seiten hielten sich strikt an die Vereinbarungen und arbeiteten konstruktiv an ihrer Implementierung, unter anderem in einer bereits 2002 gegründeten Arbeitsgruppe über Notfallsplanung, die 2003 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Eine Reihe von Workshops wurde entsprechend der „road map“ planmäßig abgehalten. Die Nullvariante ist für die Tschechische Republik nach wie vor kein Thema, Alternativen zum KKW Temelin werden jedoch im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe über „Nachhaltige Energiepolitik für Europa“ thematisiert.

Aufbauend auf den österreichisch – tschechischen Arbeiten des Arbeitsgruppenbereichs Strahlenschutz – Notfallschutzplanung wurde bei einem Sym-

Nachbarschaftspolitik

posium in Salzburg über „Off-Site Emergency Planing“ eine mitteleuropäische Zusammenarbeit der Länder Österreich, Deutschland, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn auf informeller Basis vereinbart.

Wegen eines Störfalles bei der Reinigung von Brennstäben im Kernkraftwerk Paks/Ungarn (INES-Skala Stufe 3) fanden auf Ersuchen Österreichs zwei zusätzliche Nuklearexpertentreffen statt.

Die regelmäßigen Expertentreffen im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit den Nachbarstaaten, deren Zweck ein rechtzeitiger Austausch von Informationen und Erfahrungen über die Sicherheit der KKW, den Strahlenschutz sowie allfällige grenzüberschreitende Folgen radiologischer Gefahren und deren Auswirkung ist, wurden planmäßig fortgesetzt, wobei die Bereiche Notfallschutzplanung, Strahlenschutz und Messdaten intensiviert und ausgebaut wurden. Der End- und Zwischenlagerproblematik kommt dabei zunehmende Bedeutung zu.

3.2. Alpenkonvention

Das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention hat zu Jahresbeginn seine Tätigkeit im Haus des „Goldenen Dachls“ in Innsbruck aufgenommen. Nach insgesamt drei Verhandlungsrunden unterzeichneten Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und der interimistische Generalsekretär des Ständigen Sekretariats Noel Lebel am 24. Juni in Innsbruck das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Ständigen Sekretariat des Übereinkommens zum Schutz der Alpen über dessen Amtssitz. Das Abkommen wurde vom Parlament einstimmig genehmigt.

Im Oktober fand unter deutschem Vorsitz die erste Sitzung des Überprüfungsausschusses in Berlin statt. Dieser Ausschuss, der anlässlich der VII. Alpenkonferenz im November 2002 eingerichtet wurde, dient dazu, in nicht-konfrontativer, nicht-justizieller und nicht-diskriminierender Weise die Einhaltung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle zu überprüfen. Zentraler Gegenstand der ersten Sitzung des Überprüfungsausschusses war die Erstellung eines einheitlichen Formats für die Umsetzungsberichte der Vertragsparteien.

Der Ständige Ausschuss der Alpenkonvention setzte sich vor allem mit der Stärkung der Arbeitsfähigkeit des Ständigen Sekretariates, der Bestellung des Vize-Generalsekretärs sowie der Arbeit der Arbeitsgruppen Verkehr, Umweltqualitätsziele und Muren und Lawinen auseinander.

4. Zusammenarbeit im Donauraum

4.1. Donauraumkooperation

Die Donauraumkooperation („Danube Co-operation Process“) wurde am 27. Mai 2002 in Wien auf Ebene der Außenminister durch die dreizehn Staa-

Österreich in anderen europäischen Foren

ten des Donaubeckens, die Europäische Kommission und den Stabilitätspakt für Südost-Europa gegründet. Ziel der Initiative ist es, dem Donauraum erstmals ein umfassendes politisches Forum zu geben, in dem wichtige regionale Anliegen formuliert, Ziele definiert und Programme erstellt werden. Damit sollen die Zusammenarbeit in der Region verstärkt, eine Ausrichtung der vielfältigen regionalen Aktivitäten und Organisationen auf regionale Schwerpunkte erreicht und ein Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser in vielfacher Hinsicht sehr heterogenen Region geleistet werden.

Die Donauraumkooperation ist als politischer Prozess konzipiert, im Abstand von zwei Jahren werden Ministertagungen abgehalten. Sekretariatsfunktionen werden von Teilnehmern, insb von den vier Initiatoren Österreich, Rumänien, dem Stabilitätspakt und der Europäischen Kommission wahrgenommen.

Die Aktivitäten erfolgten auf der Grundlage des 2002 beschlossenen **Arbeitsprogramms**, welches sich v.a. auf die Bereiche Wirtschaft, Verkehr und Navigation, Tourismus, Umwelt, Kultur und subregionale Zusammenarbeit konzentriert. In Vorbereitung der zweiten Ministertagung (geplant für 14. Juli 2004 in Bukarest) fanden mehrere Treffen auf Beamtenebene statt. Ein weiteres Vorbereitungstreffen ist für März 2004 in Wien vorgesehen.

Im Oktober wurde eine „**Business Conference**“ in Bukarest abgehalten. Über 500 Teilnehmer, darunter überwiegend Geschäftsleute aus dem gesamten Donauraum, formulierten Empfehlungen, welche Maßnahmen zum weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Donauraum ergriffen werden sollen.

Österreich ist intensiv in die Vorbereitung der zweiten Ministertagung involviert. Darüber hinaus wurde an den Projekten, für die Österreich als „lead-partner“ verantwortlich ist, weitergearbeitet. Die Einrichtung des **Internetportals** („Danube Portal“), welches umfassende Informationen über die Region und Ihre Länder zugänglich machen soll, ist weit fortgeschritten. Die Initiative zur qualitativen **Verbesserung des Frachttransports per Bahn und Schiff** zwischen Donauraum und EU wurde im Rahmen eines großen Workshops und in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern weiter konkretisiert.

4.2. Donauschifffahrt

Die **Räumung der Schifffahrtsrinne bei Novi Sad** als Folge der Zerstörung der Donaubrücken während des Kosovo-Kriegs und die abschließende Flussbettsanierung konnten am 16. Juni vollendet werden. Österreich hatte mit seiner Vorsitzführung (bis April 2002) in der Donaukommission, im Projektkomitee, in der Expertengruppe, im Ausschuss zur Prüfung der Ausschreibungen wie auch als Verwalter des in Wien angesiedelten Internatio-

Nachbarschaftspolitik

nalen Fonds zur Räumung der Schifffahrtsrinne der Donau maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg. Nicht zuletzt war es ein österreichisches Verdienst, dass die EG für das Projekt gewonnen werden konnte und rund 85% der Mittel (14,6 Mio. Euro) beisteuerte. Auf Grund der mit Jahresende erfolgten Projektabschlussrechnung (Gesamtkosten von 17,3 Mio. Euro, veranschlagt waren 24 Mio. Euro) ergibt sich ein österreichischer Beitrag von 0,5 Mio. Euro, der unter den bilateralen Gebern nur von Deutschland (0,7 Mio. Euro) übertroffen wird.

Als Hindernis zur **Wiederherstellung der freien Schifffahrt** verbleibt die Pontonbrücke in Novi Sad. Während die Donaukommission bei der Erhöhung der Öffnungsfrequenz erfolgreich war, liegen die Durchfahrtsgebühren für Frachtschiffe – Passagierschiffe genießen inzwischen freie Durchfahrt – weiter deutlich über den tatsächlichen Öffnungskosten.

Bei der 61. Jahrestagung der **Donaukommission** (7. – 15. April) traten Probleme der Organisation zu Tage. Österreich, das 12 Jahre lang – 1990 bis 2002 – durch Stellung des Generaldirektors und in der Folge durch die Präsidentschaft – die Geschicke der **Donaukommission** maßgeblich geprägt und in der Zeit des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs in der Region die Organisation gestärkt hat, richtet sein Engagement daher vor allem gemeinsam mit Rumänien auf eine **Revision des Belgrader Übereinkommens**. Ziel soll die Anpassung der Donauschifffahrt an die geänderten wirtschafts- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Schaffung der Grundlagen für einen konkurrenzfähigen Verkehrsträger in einem gesamteuropäischen Netz von Binnenwasserstraßen sein. Österreich konnte durch die Ausrichtung einer **Working Group of the Whole** in Wien am 3./4. Juli, die den inhaltlichen und organisatorischen Rahmen des Revisionsprozesses weitgehend vorbereitete, den Verhandlungen Schwung verleihen. So setzte das Vorbereitungskomitee in Budapest am 13./14. Oktober zwei Arbeitsgruppen ein. Jene zu Schifffahrtsfragen erzielte in Bukarest am 13./14. November weitgehend Einigung. Die Arbeitsgruppe zu institutionellen und Rechtsfragen wird im Jänner 2004 in Wien unter österreichischer Leitung tagen.

4.3. Donauschutzübereinkommen

Für die im Jahre 1998 als operatives Organ des Donauschutzübereinkommens eingerichtete **Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD)** mit Sitz in Wien besaß die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im gesamten Donaueinzugsgebiet weiterhin Priorität. Dazu wurde eine eigene Expertengruppe für „River Basin Management“ eingerichtet.

Im Bereich der **Kontrolle der Gewässerbelastungen** hat eine Aktualisierung der Übersicht über die großen Emissionsquellen im Donaueinzugsgebiet stattgefunden. Eine eigene Expertengruppe arbeitet an Maßnahmen zur Emissionsreduktion, wobei mit der Waschmittelindustrie Einvernehmen

Österreich in anderen europäischen Foren

über den verstärkten Vertrieb von phosphorfreien Waschmittel-Detergenzien in den unteren Donaustaaten angestrebt wird.

Die Globale Umweltfaziliät (GEF) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) lancierte im Donau-Schwarzmeer-Raum ein Projekt zur Stärkung der Umsetzungskapazitäten zur Nährstoffreduktion und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Donauländer, wobei die IKSD als Leitkomitee zur Durchführung des Programms verantwortlich zeichnete. Aus GEF-Mitteln sollen sowohl mehrere untere Donaustaaten bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie unterstützt als auch die Überwachung der Wasserqualität des Schwarzen Meeres insb im Bereich der Donaumündung sichergestellt werden.

Im Zusammenhang mit den Ausbauplänen der Donauschiffahrtsstraße wurde auch bei der im Dezember stattgefundenen **6. Jahrestagung** der IKSD auf die Notwendigkeit der Durchführung von Umweltverträglichkeitsverfahren verwiesen und die Einhaltung der EU-Wasserschutzgesetzgebung einschließlich der EU-Wasserrahmenrichtlinie betont. Die Tagung beschloss, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Unterzeichnung des Donauschutzübereinkommens und zur Stärkung der Bewusstseinsbildung im Jahre 2004 einen „**Tag der Donau**“ sowie eine Tagung der Umweltminister der Vertragsstaaten des Donauschutzübereinkommens abzuhalten. Die Leitung des Exekutivsekretariats ist von Joachim Bendow an Phil Weller übergegangen, welcher zuvor das WWF-Donau-Karpatenprogramm geleitet hatte.

Als Antwort auf die schweren Hochwässer im Sommer 2002 hat die IKSD ihre Aktivitäten in diesem Bereich verstärkt. Eine Expertengruppe erarbeitete die Inhalte für ein erstes **Aktionsprogramm zum nachhaltigen Hochwasserschutz** im Donaueinzugsgebiet.

Einleitung

C. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit (OZA)

I. Einleitung

Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und Umweltschutz als tragende Elemente einer nachhaltigen Entwicklung sind die Leitziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA). Die partnerschaftliche Einbeziehung der betroffenen Menschen, der Einsatz angepasster Technologien, die Berücksichtigung der kulturellen Dimension von Entwicklung sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen sind in Programmen und Projekten der ÖEZA grundsätzlich umzusetzen. Im Mittelpunkt der österreichischen Anstrengungen stehen vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen, besonders in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Weltweit profitieren ca. 6 Millionen Menschen von den Leistungen der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit in den 20 Schwerpunkt- und Kooperationsländern in Asien, Afrika und Zentralamerika sowie in den 19 Partnerländern in Südosteuropa und den Neuen Unabhängigen Staaten. Die Kernprobleme vieler Entwicklungsländer sind grenzüberschreitend und betreffen die Zukunftschancen aller Menschen: Kriegerische Konflikte, Massenmigration und Umweltzerstörung, die oft aus ungleicher Ressourcenverteilung resultieren, erhalten durch die **Globalisierung** eine weltweite Dimension. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit setzt auf gemeinsame Lösungen und Zusammenarbeit mit den Partnerländern nicht nur aus einer humanitären Verpflichtung, sondern auch im Interesse internationaler Sicherheit und Stabilität.

1. Internationale Grundlagen

In ihrer Erklärung zum neuen Jahrtausend verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen acht grundlegende **Millenniums-Entwicklungsziele**, um die weltweite Armut und ihre Folgen stärker und koordinierter als bisher zu bekämpfen. Um diese Ziele bis 2015 zu verwirklichen, sind große gemeinsame Anstrengungen von Industrie- und Entwicklungsländern notwendig. Die Industrieländer sind vor allem in vier Bereichen gefordert: Entschuldung der ärmsten Länder, besserer Zugang zu neuen Technologien und Innovationen für Entwicklungsländer, Abbau von unfairen Handelshemmnissen und Zöllen und eine Steigerung der wirtschaftlichen Unterstützung sowie der Ausgaben für Entwicklungshilfe.

2. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Auf Basis dieser Ziele wurde bei der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im Jahr 2002 über die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und über Möglichkeiten zur Ankurbelung der Wirt-

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

schaft in Entwicklungsländern diskutiert. Bereits vor der Konferenz hatte die Europäische Union ihr Vorhaben bekannt gegeben, den Durchschnitt ihrer Entwicklungshilfe-Ausgaben bis 2006 auf 0,39% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Dem entspricht die Zusage aller EU-Länder, darunter auch Österreichs, ihre Budgets für Entwicklungszusammenarbeit bis 2006 auf zumindest 0,33% des BNE anzuheben. Im Jahr 2002 investierte Österreich 0,26% seines BNE in Entwicklungszusammenarbeit, was der Summe von 550 Mio. Euro entsprach. Die österreichischen Leistungen lagen damit über dem OECD-Durchschnitt von 0,23%. Im Jahr 2003 sank der Betrag aufgrund eines von Österreich nicht beeinflussbaren Ausfalls von erwarteten Schuldenstreichungen und der vorzeitigen Tilgung von Entwicklungshilfekrediten auf 445 Mio. Euro oder 0,20% des BNE. Für das Jahr 2004 wird das EZA-Budget im Außenministerium um 30 Mio. Euro gesteigert und damit einen neuen Höchststand erreichen.

3. Nachhaltigkeit von Entwicklung

Um Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit längerfristig abzusichern, müssen Strukturen und Kapazitäten der Partnerländer zur Festigung der sozialen Stabilität und zur Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen aufgebaut und gestärkt werden. Ein Mangel an Sicherheit, ethnische Spannungen oder ökologischer Raubbau können eine stabile Entwicklung makroökonomischer Rahmenbedingungen unterminieren. Für die ÖEZA stellen daher die Themen Konfliktprävention, Stärkung von Menschenrechten, Demokratieförderung sowie der Ausbau von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung ebenso wie eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung, Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energieträger sowie die Wasserversorgung thematische und organisatorische Schwerpunkte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklungspolitik dar.

4. Strukturelle Stärkung der ÖEZA

Während der letzten drei Jahre wurde die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit inhaltlich und strukturell wesentlich gestärkt. Zunächst verabschiedete der Nationalrat im Februar 2002 eine neue gesetzliche Grundlage, um die ÖEZA an die geänderten internationalen Rahmenbedingungen anzupassen (**EZA-Gesetz**). Das Gesetz enthält einen Katalog von Zielen und Prinzipien, die für die gesamte Bundesverwaltung im Umgang mit Entwicklungsländern Anwendung finden. Ziel ist eine einheitliche und kohärente österreichische Entwicklungspolitik, für die das Außenministerium eine Koordinationsfunktion wahrnimmt. Eine **Novelle** zum EZA-Gesetz im Juli 2003 brachte wichtige Ergänzungen. Insb wurde die Ausgliederung der operativen Durchführung aller Projekte an die **Austrian Development Agency GmbH (ADA)** vorgegeben. Das Unternehmen nimmt mit 1. Jänner 2004 seine Tätigkeit auf und sorgt für die Durchführung aller Projekte

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Die strategischen Vorgaben für die Tätigkeiten der ADA werden von der Sektion für Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit im Außenministerium formuliert. Diese neue Struktur wird eine erhöhte Effizienz der ÖEZA im Kampf gegen die weltweite Armut bewirken.

II. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1. Schlüsselregion Zentralamerika (Schwerpunktland Nicaragua, Kooperationsländer Costa Rica, El Salvador, Guatemala)

Die wirtschaftliche Lage der Region war nach wie vor vom Preisverfall des Hauptexportprodukts Kaffee gekennzeichnet. Nicaragua erfüllte 2003 die Bedingungen der internationalen Finanzinstitutionen für das Erreichen des „Completion Point“ im Rahmen der HIPC-Initiative. Damit stand ein Erlass von rund 55% der Auslandsschulden in Aussicht. Neben der Förderung der ländlichen Entwicklung und der Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe war die ÖEZA auch weiterhin vorrangig im sozialen Sektor aktiv. In den beiden autonomen Atlantikregionen wurde eine dezentrale Gesundheitsversorgung organisiert. Als neues Projekt finanzierte die ÖEZA ein Begleitprogramm zur Entminung der Grenzgebiete (siehe auch Punkt 10). Ferner wurden spezifische Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen unterstützt. Ein neues Vorhaben der ÖEZA gemeinsam mit anderen Geberländern zielte auf die Bewusstseinsbildung zum Thema Gender-Gleichstellung und HIV/AIDS-Prävention bei Jugendlichen ab.

In Costa Rica unterstützte die ÖEZA ein Entwicklungsprojekt in der Gemeinde La Gamba im Süden des Landes. Es wird 2004 von lokalen Organisationen weitergeführt. Die Kooperation wird sich dann auf die wirtschaftliche Entwicklung der nördlichen Grenzregion entlang des Rio San Juan konzentrieren.

In El Salvador förderte die ÖEZA vor allem Bildungsmaßnahmen und Kleinkreditprogramme für ProduzentInnen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Im Bereich der ländlichen Entwicklung ist der verbesserte Marktzugang für alternative Landwirtschaftsprodukte ein Anliegen.

In Guatemala unterstützte die ÖEZA neben Maßnahmen in der ländlichen Entwicklung im westlichen Hochland die indigene Bevölkerung durch die Förderung von Maya-Institutionen, des traditionellen Rechtssystems sowie der zweisprachigen interkulturellen Erziehung.

2. Schlüsselregion Westafrika (Schwerpunktländer Burkina Faso, Kap Verde, Kooperationsland Senegal)

Die Auswirkungen des Konflikts in der Elfenbeinküste waren in der ganzen Region zu spüren. Die erwartete Auswanderungswelle setzte ein, die Haupt-

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

verkehrsrouten brachen zusammen und die daraus resultierenden Versorgungsengpässe führten zu erheblichen wirtschaftlichen Problemen in allen Nachbarländern. Angesichts dieser Situation konzipierte die ÖEZA ein regionales Projekt zur Konfliktprävention und -mediation, das ab 2004 durchgeführt wird. Auf regionaler Ebene wurde weiterhin die Organisation Enda – Tiers Monde mit Sitz in Senegal unterstützt, die sich mit Entwicklungsfor- schung und -aktionen beschäftigt.

In Burkina Faso wurden im Sektor Ländliche Entwicklung lokale Entwick- lungs- und Handwerkförderungsfonds in allen Projekten eingeführt. Ziel ist es, die Projektverantwortung auf die Zielgruppen selbst zu übertragen und mit diesem Ansatz indirekt auch das Sparkassen- und Kleinkreditwesen im ländlichen Raum zu fördern. Im Bereich technische und berufliche Bildung wurde neben den laufenden Projekten der Aufbau eines Berufsbildungszent- rums in Bobo Dioulasso (siehe auch Punkt 10) sowie zweier Außenstellen begonnen. In diesem Sektor wird die Geberkoordination von der ÖEZA wahr- genommen. Sie befasst sich mit der dringender werdenden Nachfrage nach Berufsbildung, da die Zahl der Grundschulabsolventen stark gestiegen ist.

Kap Verde stellte im April den 5. nationalen Entwicklungsplan vor, der u. a. die bessere Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, die Privatisierung öffentli- cher Unternehmen und verbesserte soziale Dienstleistungen vorsieht. Öster- reich schloss ein weiteres Kooperationsprogramm für 2003–2005 mit Kap Verde ab. Im Sektor der nachhaltigen Ressourcennutzung profilierte sich die ÖEZA durch dezentrale Wasserversorgungsprojekte. Im Bildungsbereich führte die kapverdische Regierung mit einer Budgethilfe der ÖEZA Infra- strukturverbesserungen durch, unterstützte sozial benachteiligte SchülerIn- nen und etablierte ein Weiterbildungssystem für LehrerInnen. Auch ein neues Nahrungsmittelhilfeabkommen (2003–2005) wurde unterzeichnet.

Im Senegal war die ÖEZA vor allem im Bereich der Ländlichen Entwicklung tätig und unterstützte damit den Dezentralisierungsprozess im Land. Ein ent- sprechendes Landesprogramm ist in Ausarbeitung. Die ÖEZA-Aktivitäten wurden primär von NGOs initiiert und konzentrierten sich insb auf den mittleren und nördlichen Küstenbereich. Die Handwerkerförderung stand im Zentrum der Kofinanzierungsprojekte.

3. Schlüsselregion Ostafrika (Schwerpunktländer Äthiopien, Uganda, Ruanda, Kooperationsländer Burundi, Kenia, Tansania)

Ostafrika ist hinsichtlich der Anzahl an Partnerländern und des Mittelein- satzes die bedeutendste Region der ÖEZA in Afrika. Wichtigste Sektoren sind Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie gute Regierungsfüh- rung einschließlich Demokratie und Menschenrechte. Die politische Situa- tion in der Region wurde von den Friedensprozessen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und Burundi geprägt.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklung im Schwerpunktland **Äthiopien** wurde durch die sinkenden Kaffeepreise, unzureichende Auslandsinvestitionen, einen schwerfälligen Landwirtschaftssektor und immer wiederkehrende Dürrekatastrophen behindert. Die ÖEZA konzentrierte sich in diesem Land auf Ernährungssicherheit, Gesundheit, Energieversorgung und die Verbesserung der Situation der Frauen (siehe auch Punkt 10). Zusätzlich wurden Projekte mit internationalen Organisationen (z. B. UNIDO) und solche der Bildungszusammenarbeit finanziert.

In **Uganda** blieb die ökonomische Lage angespannt und die außerordentlichen Erfolge in der Armutsreduktion konnten 2003 nicht fortgesetzt werden. Mit Österreich wurde ein neues Kooperationsprogramm für 2003–2005 unterzeichnet, das sich explizit in die Entwicklungsstrategie Ugandas einfügt. Schwerpunkte waren Wasserversorgung (siehe auch Punkt 10) und Siedlungshygiene, gute Regierungsführung einschließlich Dezentralisierung und der Aufbau des Privatsektors.

Die Politik **Ruandas** ist fast ein Jahrzehnt nach dem Genozid noch immer vom Bemühen um Überwindung dieses Traumas beherrscht. Die ÖEZA unterstützte ein weitreichendes Versöhnungsprojekt. Weitere Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie Demokratie und Menschenrechte.

Im Kooperationsland **Burundi** wurden wesentliche Schritte zur Umsetzung des Arusha-Friedensabkommens gesetzt. Die ÖEZA konzentrierte sich weiterhin auf Wasserversorgung, Demokratisierung und Stärkung der Menschenrechte und unterstützte aktiv den Friedensprozess. Die ÖEZA unterstützte in Kenia vor allem den Aufbau von Wasserver- und Abwasserentsorgung. Das Kooperationsland **Tansania** zählt noch immer zu einem der ärmsten Länder Afrikas. Dezentralisierung und Ausbau der Nahrungsmittelverarbeitung als Teil des Privatsektoraufbaus bildeten die Schwerpunkte der ÖEZA.

4. Schlüsselregion Südliches Afrika (Schwerpunktland Mosambik, Kooperationsländer Simbabwe, Namibia, Südafrika)

Die problematische politische Situation in Simbabwe zeigte Auswirkung auf die gesamte Region. Vor allem in den Kooperationsländern Namibia und Südafrika, wo bei Landbesitz und Einkommen große Verteilungsunterschiede herrschen, gewann die Frage der Landreform zunehmend an Brisanz.

Das Schwerpunktland **Mosambik** erreichte 2003 ein annähernd zweistelliges Wirtschaftswachstum und wird von den internationalen Gebern weiterhin intensiv unterstützt. Die ÖEZA förderte in Mosambik die Dezentralisierung durch lokale Wasser- und Energieversorgung, die Verbesserung der Verwaltung und den Aufbau der lokalen Medien. Die 2003 angelaufene zweite Phase des Programms zur ländlichen Wasserversorgung und Siedlungshygiene wird die Situation in unterversorgten Regionen weiter verbessern. Ein

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

anderer Schwerpunkt war das Programm Ländliche Entwicklung, das darauf abzielt, Kleinbauernfamilien durch diversifizierten Anbau, gesteigerte Produktivität und gesicherte Absatzmärkte mehr Einkommen zu verschaffen. In mehreren entlegenen Gebieten konnten Tagesmärkte eingeführt werden, die lokalen Produzenten einen fairen Preis und vollen Absatz ermöglichten.

Demgegenüber setzte im Kooperationsland Simbabwe die Regierung ihre radikale Landreform fort, obwohl die Hälfte der Bevölkerung von einer Hungersnot bedroht ist. Die Folgen waren fatal: die Wirtschaft schrumpfte, die Inflation betrug 140% und 80% der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Seit September 2001 hat die ÖEZA keine neuen Projekte begonnen, stellte aber 2003 insgesamt 300.000 Euro für Nahrungsmittelhilfe bereit. Bestehende Projekte zur Unterstützung von Kleinunternehmern und zum Ausbau der Solarenergie-Versorgung liefen weiter.

Auch im Kooperationsland Namibia gewann die Landfrage an Bedeutung, da nur die reichsten 10% der dortigen Bevölkerung 65% des Einkommens erhalten. Mit dem Aufbau von nachhaltigem Tourismus und Projekten zur Demokratieentwicklung trug die ÖEZA zur Armutsbekämpfung und politischen Stabilisierung bei. Auch in Südafrika radikalisierte sich die Landreform-Debatte, da noch immer 60.000 weiße Farmer 86% des Landes besitzen. Die 17 Mio. schwarzen Farmer teilen sich die restlichen 14% des Bodens. Die ÖEZA konzentrierte sich in Südafrika auf Demokratieentwicklung, die Aktivitäten reichten von Rechtsberatung über Unterstützung der Selbstverwaltung von Gemeinden bis hin zu Aktivitäten gegen häusliche Gewalt.

5. Schlüsselregion Himalaya-Hindukush (Schwerpunktland Bhutan, Kooperationsländer Nepal, Pakistan)

Die politische Instabilität in der Region ist in den letzten Jahren gestiegen, da sich inner- und zwischenstaatliche Konflikte verschärfen. Der Ausbruch der Infektionskrankheit SARS in China zu Beginn 2003 wirkte sich negativ auf Tourismus und Wirtschaft der gesamten Region aus. Vor dem Hintergrund der komplexen regionalen Zusammenhänge förderte die ÖEZA länderübergreifende Projekte zur ländlichen Entwicklung.

Das Schwerpunktland Bhutan konnte seinen Kurs Richtung Modernisierung fortsetzen. Internet und Telekommunikation konnten sich rasch in der traditionellen Gesellschaft dieses Landes verbreiten. In der Flüchtlingsfrage gab es eine Einigung mit Nepal über Rückkehrmöglichkeiten für die Betroffenen. Die ÖEZA engagierte sich weiterhin in der Energieversorgung Bhutans, der Erhaltung des Kulturerbes, der Verminderung des Ausbruchsrisikos von Gletscherseen sowie in Tourismus und Hochgebirgsökologie. Große Einzelprojekte wie die zweite Ausbaustufe des Wasserkraftwerks Basochhu oder die Restaurierung des Klosters Trongsa Dzong näherten sich der Fertigstellung.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Im Kooperationsland **Nepal** war die Lage vom Scheitern der Verhandlungen zwischen Regierung und maoistischen Rebellen geprägt, worauf ab August 2003 eine Welle der Gewalt folgte. Die österreichische Zusammenarbeit mit Nepal stützte sich weitgehend auf NGOs und konzentrierte sich auf die Sektoren Ländliche Entwicklung, Tourismus und Kultur. Durch die direkte Arbeit mit den Dorfgemeinschaften konnten die Projekte trotz bürgerkriegsähnlicher Umstände fortgesetzt werden.

In **Pakistan** führte die Unterstützung der Regierung für den sogenannten „Kampf gegen den Terrorismus“ zu einer massiven islamistisch – fundamentalistischen Gegenbewegung. Die Arbeit der ÖEZA in der nordwestlichen Region des Landes war von den Auswirkungen der politischen Krisen direkt betroffen. 2003 wurde daher eine Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit Pakistan vorgenommen. In Zukunft wird sich die ÖEZA auf Gesundheitsversorgung und Bildung sowie auf die Schaffung von Zusatzeinkommen in ländlichen Regionen konzentrieren. Übergreifende Ziele waren vor allem die Verbesserung der Situation von Frauen und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

6. Weitere geographische Schwerpunkte:

Sonderprogrammland Palästina

Der andauernde Konflikt mit Israel hatte verheerende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. Laut Weltbank-Schätzung ist die palästinensische Wirtschaft in den letzten zwei Jahren fast um die Hälfte geschrumpft, während die Bevölkerung in den letzten drei Jahren um 13% gewachsen ist. Österreich beteiligte sich 2003 mit einer Sonderzahlung von 300.000 EUR an den humanitären Hilfsmaßnahmen des VN-Netzwerkes. Parallel dazu wurden Entwicklungsprojekte zur Wasser- und Gesundheitsversorgung fortgesetzt, insb der Bau einer Meerwasserentsalzungsanlage im Gaza-Streifen und die Finanzierung eines Zentrums für chronische Krankheiten.

Region Südostasien

Die ÖEZA unterstützt in Südostasien seit Jahren Maßnahmen der technischen und wissenschaftlichen Kooperation, um lokale und regionale Expertise zu stärken. Besonderes Augenmerk galt der Fortsetzung der Nord-Süd-Kooperation wie auch dem Ausbau von Süd-Süd-Netzwerken, z.B. durch Zusammenarbeit mit dem Asian Institute of Technology in Bangkok. Dort fördert Österreich jährlich interdisziplinäre Fortbildung für Wissenschaftler aus der Region. Insgesamt knapp 100 Personen wurden 2003 bei Dissertationen und Forschungsvorhaben unterstützt.

Wiederaufbau im Irak

Österreich sagte kurz nach Kriegsende 2003 eine Million Euro an humanitärer Hilfe für den Irak zu und kündigte bei der internationalen Geberkonfe-

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

renz einen weiteren Beitrag von 16 Mio. Euro zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes an. Auf bilateraler Ebene unterstützt die ÖEZA vor allem den Aufbau der Gesundheitsversorgung. So wurden unmittelbar nach Kriegsende schwerverletzte Kinder zur Behandlung nach Österreich gebracht. Im Südirak werden ein Spital sowie Gesundheitszentren saniert und Ausbildungsmaßnahmen für das Gesundheitspersonal durchgeführt. Weiters wurde gemeinsam mit den Partnern Slowenien und Jordanien an der Errichtung eines Zentrums für kriegstraumatisierte Kinder in Babylon gearbeitet. Angesichts der schwierigen Sicherheitslage wurde das erste Trainingsseminar für irakische ÄrztInnen, PsychologInnen und PsychiaterInnen in Amman durchgeführt.

Afghanistan

Auch 2003 wurde, soweit das unter den gegebenen Umständen vor Ort möglich war, zügig an der Umsetzung der von Österreich bei der Konferenz zum Wiederaufbau Afghanistans abgegebenen Zusagen gearbeitet. Damals waren 6,5 Mio. Euro für Strukturhilfeprojekte (für den Zeitraum 2002–2004) in den Sektoren „Minenräumung“, „Gender“ und „Drogenbekämpfung“ zugesagt worden. 2003 wurden aus diesen Mitteln insgesamt Projekte im Wert von umgerechnet 1,5 Mio. Euro finanziert. Als besonderer Erfolg kann angesehen werden, dass auf österreichische Initiative eine Zusammenarbeit zwischen Österreich, dem Iran und der Europäischen Kommission im Wege der in Wien angesiedelten VN-Drogenbekämpfungsbehörde initiiert wurde. Im Zuge des Projekts „SAID“ („Strengthening Afghanistan Iraq Drug-Control Border Corporation“) werden 25 Grenzkontrollstellen an der iranisch-afghanischen Grenze (auf afghanischem Territorium) eingerichtet und ausgestattet. Zudem wird das Personal entsprechend geschult. Der Gesamtumfang des in Ausarbeitung befindlichen Projekts beträgt rund 3,95 Mio. US-Dollar.

7. Schwerpunktsektoren

Österreich bietet Entwicklungsländern Unterstützung und Zusammenarbeit besonders in jenen Bereichen an, wo es fundierte fachliche Kenntnisse und Erfahrung besitzt. Diese Expertise spiegelt sich in den Schwerpunktsektoren der ÖEZA wieder. Mit Hilfe von **Mikro-, Klein- und Mittelbetriebsentwicklung** wird das Ziel der Armutsbekämpfung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen verfolgt. Dazu dienen etwa eine Marktstudie für Unternehmensdienstleistungen im Senegal oder die Weiterentwicklung von Mikrofinanz-Institutionen und eines Kleinstversicherungsprogramms in Uganda. Ziel des Sektors **Ländliche Entwicklung** ist die Reduktion der Armut in ländlichen Gebieten. Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion bei gleichzeitiger Erhaltung der natürlichen Ressourcen und die Förderung von lokalen Märkten standen im Vordergrund. Um die Beteiligung der lokalen Bevölkerung zu sichern, wurden Bildungs- und Beratungs-

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

einrichtungen sowie Interessensvertretungen gezielt unterstützt. In die gleiche Richtung zielt auch der Beitrag zur **Dezentralisierung** von staatlichen Einrichtungen, welcher beispielsweise die regionale Versorgung, z. B. mit Wasser und Energie, sowie die Mitsprache der betroffenen Bevölkerung, unterstützte. Der **Energiesektor** trug neben der Elektrizitätsversorgung vor allem durch die bessere Nutzung traditioneller Energiequellen aus Biomasse zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei. Im Bereich der wirtschaftsnahen Kooperationen setzte der weitere Ausbau des Wasser-Großkraftwerkes Basochhu in Bhutan neue Maßstäbe. Dieser wird als Wirtschaftsprojekt über die österreichische Exportförderung finanziert. Der Sektor **Wasserversorgung und Siedlungshygiene** erhielt angesichts des internationalen Jahres des Wassers 2003 besondere öffentliche Aufmerksamkeit. Die regionalen Programme zur Wasser- und Sanitärversorgung sowie zur Abwasserentsorgung in Uganda, Mosambik, Kap Verde, Kenia und Palästina wurden konsequent weiterentwickelt und an die aktuellen Problemstellungen in den Regionen angepasst. Neue Perspektiven eröffneten sich für die ÖEZA durch Mitarbeit sowohl in der EU-Wasserinitiative als auch beim „Water & Sanitation-Programme“ (WSP) der Weltbank. Der Bereich **Umwelt** umfasst die spezifische Förderung von Umweltschutzprojekten sowie die Vermeidung von negativen Auswirkungen auf die Umwelt bei Entwicklungsprojekten. Die bestehenden Umweltschutzprojekte, vor allem zum Schutz des Regenwaldes in Amazonien, wurden konsolidiert. Alle Projekte der ÖEZA wurden einem Umweltverträglichkeitsverfahren unterzogen. Die **Bildungszusammenarbeit** konzentrierte sich auf die berufliche Aus- und Fortbildung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fachkräften aus Entwicklungsländern. Einen weiteren Schwerpunktsektor der ÖEZA bildet die Förderung der **Mobilität** und der Wirtschaft durch den Aufbau von Transportinfrastruktur. 2003 wurde vor allem in die Instandhaltung der Eisenbahnen im südlichen und östlichen Afrika investiert.

8. Kofinanzierung

Das Programm zur Kofinanzierung von Entwicklungsprojekten aus öffentlichen und privaten Mitteln besteht seit 1992. Mit neun österreichischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden 2003 Rahmenvereinbarungen über Kofinanzierung getroffen. Sie umfassen jeweils mehrere Projekte, die von den Organisationen selbst anteilig finanziert werden. Kofinanziert wurden vorwiegend Sozialprojekte und der Aufbau von privaten Wirtschaftspartnerschaften zwischen österreichischen Betrieben und Unternehmen in Entwicklungsländern.

Die Europäische Kommission stellte 4,14 Mio. Euro für Aktivitäten von NGOs bereit. Durch diesen Beitrag und die Eigenmittel der Projektträger konnten Projektgelder in Höhe von 7,04 Mio. Euro aufgebracht werden. Das „Europäische Center for Development of Enterprise“ (CDE) und die UNIDO

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

finanzierten gemeinsam mit der ÖEZA im Rahmen der privaten Wirtschaftspartnerschaften „twinning arrangements“ in Tansania und Äthiopien in Höhe von 250.000 Euro.

9. Evaluierung und Kontrolle

2003 wurden externe Evaluierungen folgender Projekte durchgeführt: International Law Institute in Uganda, interinsulare Seekabelverbindung auf den Kapverden, das österreichische Minenaktionsprogramm (mit Feldstudien in Mosambik und auf dem Balkan) sowie das Sektorprogramm Wasserversorgung und Siedlungshygiene der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit mit insgesamt fünf Länderstudien. Ein eigenes Seminar befasste sich mit den Konsequenzen der Evaluierung des Wassersektors und ihrer Umsetzung in der konkreten Planungs- und Projektarbeit. Weiters bemühte sich die Evaluierungsabteilung um die Qualitätssicherung in der Organisationsentwicklung von soziokulturell besonders sensiblen Projekten in Uganda und im Senegal. Zudem wurden die für den Aufbau von Evaluierungseinheiten gesammelten Erfahrungen den Beitrittsländern zur Verfügung gestellt.

10. Projektbeispiele

Äthiopien: Frauen stärken durch Gesundheitsvorsorge

APDA, eine lokale Organisation, arbeitet mit Finanzierung durch die ÖEZA in der Provinz Afar mit der nomadischen Bevölkerung. Sie bildet Sozialarbeiterinnen aus, die Frauen individuell zu Fragen von Hygiene und Ernährung beraten und Veranstaltungen zur Aufklärung über die katastrophalen Folgen der weiblichen Beschneidungen durchführen.

Burkina Faso: Berufsbildungszentrum Bobo-Dioulasso

Berufsbildung ist eine wichtige Grundlage für die Entstehung von Kleinunternehmertum. Im Westen Burkina Fasos gibt es großen Bedarf an gut ausgebildeten Handwerkern, weshalb Österreich den Ausbau des staatlichen Berufsbildungszentrums finanziert. Das Angebot an Sparten wird erweitert, die einzelnen Ausbildungsstätten werden verbessert und zusätzliche mobile Berufsausbildungsstätten werden eingerichtet. Vorhandene Handwerkerverbände sowie ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenvertretungen sind in das Projekt eingebunden.

Uganda: South Western Towns and Water Sanitation

„Wasser für Alle bis 2015“ ist das Ziel der ugandischen Regierung. Österreich trägt dazu mit dem „South Western Towns Water and Sanitation Programme“ wesentlich bei. Das Programm sorgt für den Aufbau der Wasserver-

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

sorgung und der ökologischen Fäkalienentsorgung in 35 Kleinstädten im Südwesten Ugandas.

Nicaragua: Entminung

Antipersonenminen stellen v.a. in den Grenzgebieten Nicaraguas noch immer eine große Gefahr für die Bevölkerung dar. Mit Förderung der ÖEZA klärt eine lokale Organisation die Menschen über die Notwendigkeit der Minenräumung durch das Heer auf. Flankierend werden neue Beschäftigungsprogramme angeboten, weil die Anbaugelände wegen Verminung nicht nutzbar sind.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die Globalisierung hat einen Wandel in der internationalen Entwicklungspolitik bewirkt. Verstärkt wird auf die Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft durch die Stärkung von Produktionskapazitäten und den Abbau von Zugangsbeschränkungen zu internationalen Märkten gesetzt. Die Koordination der Entwicklungspolitik im Rahmen von internationalen Organisationen und Institutionen nimmt einen immer größeren Stellenwert ein. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit spielt im Rahmen des Gesamtkonzeptes der österreichischen Entwicklungspolitik eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2003 umfasste sie 259 Mio. Euro, wovon 20 Mio. Euro an die Vereinten Nationen, 79 Mio. Euro an internationale Finanzinstitutionen und 158 Mio. Euro an die Europäische Union gingen.

1. Die Vereinten Nationen

Das **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)**, das leitende Programm der Vereinten Nationen für Koordination und Finanzierung technischer Entwicklungs- und Hilfsaktionen, gewinnt innerhalb des UN-Systems zunehmend an Bedeutung. Es spielte etwa beim internationalen Wiederaufbau für Afghanistan eine wichtige Rolle. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die zunehmende Konzentration des Programms auf die Erreichung der Entwicklungsziele der VN-Millenniumsdeklaration. Durch den 2003 beschlossenen „Multi Year Funding Framework 2004-07“ wird UNDP noch stärker als bisher auf folgende fünf strategische Ziele ausgerichtet: Demokratieförderung, Armutsminderung, Energie und Umweltschutz für nachhaltige Entwicklung, Krisenprävention und Wiederaufbau sowie Kampf gegen AIDS. Der mehrjährige Reformprozess von UNDP ist im Wesentlichen abgeschlossen und führte zu einer Verlagerung der operativen Arbeit in die Vertretungsbüros.

Der **Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)** ist ein relativ kleines, dezentral organisiertes Programm, das Projekte zur Kontrolle der demo-

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

graphischen Entwicklung unterstützt. Es stellte in den letzten Jahren erfolgreich die Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen in den Mittelpunkt, vor allem im Bereich der Familienplanung, der medizinischen Betreuung und der allgemeinen Grundschulausbildung. Österreich unterstützte UNFPA sowohl mit Beiträgen als auch durch zwei Projekte mit Afghanistan und Palästina.

Für das **Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)** wird die Bekämpfung von HIV/AIDS, insb in Afrika, zunehmend ein Schwerpunkt. Dabei geht es vor allem um die Verhinderung der Mutter-zu-Kind-Übertragung, um Betreuung der Waisen und um den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Infektionen. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit von UNICEF liegen in den Bereichen Immunisierung, Gesundheit und Hygiene. Neben seinen Beiträgen zum regulären Budget der Organisation verlängerte Österreich das seit vergangenem Jahr erfolgreich laufende UNICEF Projekt „Accelerated Learning Program for Girls“ in Afghanistan bis Ende 2004. Zusätzlich wird in den Jahren 2004 und 2005 ein Projekt zur Bekämpfung von HIV/AIDS unter Kinder und Jugendlichen in Äthiopien finanziert.

Das „**Junior Professional Officer**“ (JPO)-Programm der VN ermöglicht jungen AkademikerInnen, einen zweijährigen Einsatz als Bedienstete einer internationalen Organisation zu absolvieren. Das Außenministerium trägt dafür die gesamten Einsatzkosten. Mit dem JPO-Programm werden die jeweiligen VN-Organisation unterstützt und gleichzeitig wird österreichisches Know-how aufgebaut. 2003 wurde jeweils ein JPO-Einsatz in Bhutan, Kenia, Afghanistan, Südafrika, Burundi, Kap Verde, Uganda, den palästinensischen Gebieten sowie in Brüssel und der Zentralstelle in New York finanziert.

Die **Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO)** hat sich auf die Hilfe beim Aufbau von nachhaltigen Klein- und Mittelbetrieben in der Industrie spezialisiert. Fragen des Umweltschutzes und der Umweltverträglichkeit von Industrieproduktion werden dabei besonders berücksichtigt. 2003 bemühte sich die UNIDO u. a. verstärkt, die Integration von Entwicklungsländern in den Welthandel durch die Sicherung von Qualitätsstandards und durch den Aufbau von Produktionskapazitäten zu stärken. Am 10. September wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der UNIDO und der Welthandelsorganisation über die zukünftige Zusammenarbeit unterzeichnet. Vom 1. bis 5. Dezember fand die alle zwei Jahre abzuhaltende Generalkonferenz der UNIDO in Wien statt, bei der Tadschikistan, Timor-Leste und Turkmenistan als neue Mitglieder willkommen geheißen wurden. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Debatte über die Erreichung der internationalen Entwicklungsziele. Österreich ist Mitglied im „Industrial Development Board“ und im „Program and Budget Committee“ der UNIDO. Mit hohen freiwilligen Beiträgen gehört Österreich weiterhin zu den größten Gebernationen. Die österreichischen Mittel fließen vor allem in die Förderung von umweltverträglicher Industrieproduktion und in die

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Stärkung der Produktionskapazitäten in Entwicklungsländern. Mit österreichischer Unterstützung wurde im November 2003 die „Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership“ (REEEP) bei der UNIDO in Wien angesiedelt.

VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD): UNCTAD-Generalsekretär Ricupero und WTO-Generaldirektor Supachai unterzeichneten im April 2003 ein „Memorandum of Understanding“ zur Stärkung der Partnerschaft in den Bereichen technische Zusammenarbeit und Aufbau von Wirtschaftskapazitäten in Entwicklungsländern. Im August 2003 wurde durch ein Grundsatzpapier des Generalsekretärs der Vorbereitungsprozess für die 11. UNCTAD Ministerkonferenz im Juni 2004 eingeleitet, die verbesserte Kohärenz zwischen nationalen Entwicklungsstrategien und globalen ökonomischen Prozessen zum Thema hat. Die 50. Sitzung des Handels- und Entwicklungsrats der UNCTAD im Oktober war von den gescheiterten WTO-Verhandlungen in Cancún geprägt. Angesichts des Scheiterns der WTO-Verhandlungsrunde will UNCTAD künftig verstärkt die Rolle eines Forums zur Verbesserung des Dialogs in den Nord-Süd-Beziehungen erfüllen. Im Rahmen der „Commission on Science and Technology for Development“ (CSTD) wurde ein von Österreich gefördertes „Benchmarking-System“ präsentiert, das anlässlich des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft im Dezember in Genf vorgestellt wurde.

VN-Programm für menschliches Siedlungswesen (UN-HABITAT): die Umwandlung der Kommission für menschliches Siedlungswesen UNCHS durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu einem Programm der VN im Februar 2002 wertete UN-HABITAT auf und klärte seinen Status. Die Verbesserung der Lebensumstände von Slum-Bewohnern stellt als Ziel der Millenniums-Deklaration ein zentrales Thema von UN-HABITAT dar. Die Problematik der rapiden Urbanisierung und der damit ständig wachsenden Slums wird einen Schwerpunkt der Arbeiten von UN-HABITAT in den nächsten Jahren bilden. Der sektorenübergreifende Themenkomplex „Wasser, Siedlungshygiene und Siedlungswesen“ soll in den nächsten Jahren ein weiterer Fokus für die Tätigkeit von UN-HABITAT sein. Neben normativer Arbeit führte UN-HABITAT auch konkrete Siedlungsprojekte, u.a. im Irak, in Afghanistan und am Balkan durch. Wichtige Programme (z. B. „Safer Cities“, „Water for African Cities“) liefen in Städten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens.

2. Die Europäische Union

Das Jahr 2003 war auf Ebene der EU von der Umsetzung einer Vielzahl eingeleiteter Prozesse geprägt. So gab die Europäische Kommission (EK) im April 2003 einen ersten umfassenden Fortschrittsbericht zur Umsetzung der vom Europäischen Rat von Barcelona gesetzten Budgetziele heraus. Das bekannteste dieser Ziele ist der Zeitplan zur Anhebung der offiziellen Ent-

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

wicklungshilfe der EU bis 2006 um 18 Milliarden Euro. Die 1999 eingeleitete Reform der Strukturen der Kommission im Außenhilfebereich (Aufgabenabgrenzung, Dekonzentration etc.) wurde weiter vorangetrieben und größtenteils abgeschlossen.

Ein weiterer Schwerpunkt der EU-Entwicklungshilfe lag auf der Umsetzung des im Juni 2000 in Cotonou (Benin) unterzeichneten Partnerschaftsabkommens (**Cotonou-Abkommen**) mit 76 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten). Es erfasst verschiedene Bereiche der Zusammenarbeit, so z. B. eine intensivierete Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit sowie den politischen Dialog. Österreich ratifizierte das Cotonou-Abkommen im Juni 2002, nachdem der Nationalrat das Abkommen, das dazugehörige EU-interne Durchführungsabkommen sowie das EU-interne Finanzabkommen für den 9. Europäischen Entwicklungsfonds im Mai einstimmig genehmigt hatte. Das Abkommen trat, nachdem alle Mitgliedstaaten der EU und die erforderliche Anzahl der AKP-Staaten den Prozess abgeschlossen hatten, im April 2003 in Kraft.

Im Herbst 2003 startete die EK eine Initiative zur Reform des **Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)**. Ziel der Kommission war es, eine politische Grundsatzentscheidung für die Integration des EEF in den normalen Gemeinschaftshaushalt zu erzielen. In einer tiefgehenden Diskussion begrüßte der Großteil der Mitgliedstaaten diesen Vorschlag, doch verhinderten Vorbehalte einiger Partner eine Einigung. Für diese Staaten (etwa Spanien und Großbritannien) wäre die Integration des Entwicklungsfonds in den laufenden EU-Haushalt mit finanziellen Mehrleistungen verbunden. Österreich befürwortet die von der Kommission vorgeschlagene Integration. Mit dieser Lösung könnten Verwaltungsabläufe vereinfacht und harmonisiert werden und der Schwerpunkt der Entwicklungspartnerschaften der EU langfristig auf die Armutsbekämpfung verlegt werden. Das sollte vor allem den am wenigsten entwickelten Ländern zu Gute kommen.

Am 17. Juni 2002 erteilten die EU-Außenminister der Europäischen Kommission einstimmig ein Mandat zur Aushandlung regionaler **Wirtschaftspartnerschafts-Abkommen (EPAs) mit den AKP-Staaten**, denn spätestens bis zum Jahr 2008 müssen die bisherigen Regelungen über Handelspräferenzen der EU für die AKP-Staaten an die Richtlinien der WTO angepasst werden. Die Verhandlungen begannen im September 2002 auf Wunsch der AKP-Staaten auf einer allgemeinen Ebene. Dieser Ansatz zeigte sich als wenig fruchtbar und so starteten im September 2003 die EPA-Verhandlungen auf regionaler Ebene.

Die in Johannesburg 2002 beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung von der EU lancierten Initiativen zum **Wasser- und Energiesektor** liefen im Jahr 2003 nur stockend weiter. Kommissionspräsident Prodi unternahm im Frühjahr 2003 im Vorfeld des G8 Gipfels von Evian den Versuch, die sogenannte Reservemilliarde des 9. Europäischen Entwicklungsfonds thema-

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

tisch einem Wasserfonds zu widmen. Die Reservemilliarde ist ursprünglich an die bei der Halbzeitbewertung belegten Leistungen des Entwicklungsfonds geknüpft. Die EU-Staaten wandten sich allerdings gegen die Einrichtung thematischer Fonds, da dies dem Prinzip des partnerschaftlichen Dialogs widerspreche.

Das 2003 beschlossene große Engagement der EU im Kampf gegen HIV/AIDS und die „Armutskrankheiten“, zu denen auch Malaria und Tuberkulose gezählt werden, stellt ebenfalls eine thematische Finanzierung dar. In der ersten Jahreshälfte wurde eine eigene gemeinschaftliche Rechtsgrundlage für den Bereich dieser „Armutskrankheiten“ für die Periode 2003–2006 beschlossen. Auf Basis dieses Budgetansatzes werden neben einem gemeinschaftlichen Aktionsprogramm auch der Gemeinschaftsbeitrag an den Global Fund for AIDS, Tuberculosis and Malaria finanziert. Der Fonds ist ein neues internationales Finanzinstrument zur Förderung des Kampfes gegen die Ausbreitung dieser Krankheiten. Im Einvernehmen mit den AKP-Staaten wurden zusätzlich auch substantielle Mittel aus dem Entwicklungsfonds für die Krankheitsbekämpfung bereitgestellt.

Ein weiterer Vorschlag der Kommission zur Errichtung einer thematischen Finanzierung im Rahmen des EEF wurde von den Außenministern im November 2003 grundsätzlich gebilligt: die „**African Peace Support Facility**“. Damit sollen afrikanische Anstrengungen zur Konfliktprävention und Friedenserhaltung bzw. zur regionalen Stabilisierung unterstützt werden.

Die 2002 beschlossene neue Haushaltsordnung der Europäischen Gemeinschaft erlaubt nunmehr auch prinzipiell die **Vergabe der Durchführung von Gemeinschaftsprogrammen an nationale Agenturen von Mitgliedstaaten**. Dadurch kann nun die Durchführung von Projekten und Programmen, die aus EU-Mitteln und Mitteln der Mitgliedstaaten finanziert sind, teilweise an nationale Stellen übertragen werden. Im Rahmen des 9. EEF ist die Vergabe der Abwicklung solcher Projekte an nationale Entwicklungsagenturen bereits angelaufen, besonders im Bereich der Kofinanzierungen mit beachtlichen bilateralen Mitteln. Diese Möglichkeit steht künftig auch der neu gegründeten Austrian Development Agency (ADA) offen.

3. Ein ausgewählter Schwerpunkt: Die Zusammenarbeit Vereinte Nationen – Europäische Kommission

Österreich verfolgt seit drei Jahren das Ziel, die Zusammenarbeit der EK mit den VN zu intensivieren. Dazu forderten der Rat für Entwicklung im Mai 2001 und der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Mai 2002 die Kommission zum Aufbau einer effizienteren Partnerschaft mit den VN in den Bereichen Entwicklung und humanitäre Hilfe auf. Der von der Kommission vorgelegte Aktionsplan zur Errichtung von strategischen Partnerschaften mit ausgewählten VN-Organisationen wurde angenommen. Die letzte Reform

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

der gemeinschaftlichen Finanz VO (2002) schuf auch dafür die nötigen rechtlichen Rahmenvoraussetzungen. Anfang 2003 legte die Kommission die Liste der ausgewählten VN-Organisationen vor. Mit diesen Organisationen wurden seither vertiefende Verhandlungen zur Erstellung einer strategischen Partnerschaft geführt. Die Kommission strebt dabei auch eine Vereinfachung von Verwaltungsverfahren an, vor allem, wenn VN-Organisationen mit der Durchführung von EU-finanzierten Programmen beauftragt werden. Österreich bereitete in den letzten Jahren die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kommission und UNIDO erfolgreich mit vor. Das von der EK mit der UNIDO am 23. Oktober 2003 unterzeichnete Financial and Administrative Framework Agreement (FAFA) für eine zukünftige Strategische Partnerschaft EU-UNIDO ist ein erfreuliches Ergebnis. In den nächsten Jahren wird sich Österreich weiter für die operative Umsetzung dieses Übereinkommens einsetzen.

IV. Die Ostzusammenarbeit (OZA)

Die OZA erarbeitete 2003 ein neues Ostkonzept. Aufgrund des bevorstehenden EU-Beitritts von acht Ländern aus der Gruppe der Mittel- und Osteuropäischen Länder war eine Aktualisierung notwendig geworden. Das neue Konzept ist strategischer ausgerichtet, berücksichtigt stärker die EU-Programmatische und aktuelle Themen des internationalen Entwicklungs- und EU-Integrationsdiskurses und bezieht die Thematik Wirtschaft und Entwicklung stärker mit ein. Die OZA positioniert sich damit als Schlüsselinstrument der österreichischen Südosteuropapolitik im Kontext des EU-Integrationsprozesses. Die geographische Schwerpunktsetzung auf Südosteuropa wird ebenso wie die Finanzierung punktueller Projekte in der Region Osteuropa und Zentralasien beibehalten. Die vier thematischen Schwerpunkte der OZA sind Wirtschaft und Beschäftigung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft.

1. Sektoren

Höhere Bildung und Berufsbildung stehen im **Bildungsbereich** im Vordergrund. Ein besonderes Anliegen ist hier die Förderung von innovativen themenübergreifenden Projektansätzen, die Maßnahmen in den Bereichen Bildung sowie Wirtschaft und Beschäftigung verbinden. Die OZA leitete eine stärkere Fokussierung auf den Bereich **Wirtschaft und Beschäftigung** ein, da hier die größten Herausforderungen für Südosteuropa in den kommenden Jahren liegen. Wichtige Bestandteile der neuen OZA-Programmatische sind dabei die Förderung des Klein- und Mittelbetriebssektors, die Unterstützung innovativer arbeitsmarktpolitischer Ansätze und die Aufbereitung von Investitionen der österreichischen Wirtschaft. Eine Sektorstudie für den Bereich wurde in Auftrag gegeben, erste Ergebnisse liegen vor.

Die Ostzusammenarbeit (OZA)

Für den Bereich **Umwelt, Wasser und Energie** wurde eine neue Strategie erarbeitet. Die Eckpfeiler sind hohe Umsetzungsorientierung, Nischenpolitik, Konzentration auf österreichische Wissensschwerpunkte, innovative Projektansätze und Projekte mit potenziell höherer Auswirkung auf Wirtschaft und Beschäftigung sowie eine breite Einbeziehung aller relevanter Akteure. Neue Initiativen wurden u. a. durch die Unterstützung eines Fonds zur Finanzierung lokaler NGO-Umweltprojekte in Bosnien und Herzegowina und die Unterstützung eines Umweltsanierungsprojekts in Rumänien gesetzt.

Das neue Ostkonzept fasst die bisherigen thematischen Schwerpunkte „Verwaltung“ und „Demokratie und Menschenrechte“ unter der Überschrift **„Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft – Good Governance, Krisenprävention und Versöhnung“** zusammen. Künftig sollen Verwaltungskooperationen vorrangig im Kontext der EU-Integration stehen bzw. für den Bereich Wirtschaft und Beschäftigung relevant sein. Das Know-how-Transfer-Center beim Österreichischen Städtebund ist weiterhin ein wichtiger Partner in diesem Bereich. Konfliktprävention und Versöhnung sollen zentrale Anliegen der OZA werden.

2. Region Südosteuropa

Aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner ausgezeichneten Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas hat Österreich großes Interesse an der Stabilität und der raschen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung in diesem Raum.

Neben bilateralen Länderprogrammen förderte die OZA eine Reihe von regional ausgerichteten, Südosteuropa übergreifenden Projekten. Internationale Koordination und Schwerpunktsetzung erfolgten im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Die OZA engagierte sich hier v. a. in der Task Force „Education & Youth“ und „Trafficking in Human Beings“ sowie bei der Initiative „Investment Compact“.

Die OZA unterstützte **Albanien** dabei, seine Grundversorgung mit Energie und Wasser zu sichern, um damit die Grundlagen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu verbessern. Neben reinem Know-how-Transfer spielte die institutionelle Stärkung der Wasserversorgungsbetriebe eine zentrale Rolle. In Nordalbanien finanzierte die OZA gemeinsam mit der EBRD, der Schweiz und Japan die Rehabilitierung der wichtigsten Wasserkraftwerke. Im Bereich Bildung und Jugend wurden v. a. Maßnahmen im Berufsschulwesen gesetzt. Eine Vorreiterrolle nimmt die OZA bei der Modernisierung der albanischen Tourismus-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsschulen ein.

In **Bulgarien** startete die OZA im Bereich Umwelt ein Kleinfinanzierungsprogramm für umweltgerechte Gewerbetätigkeit. Ebenso wurde die Integration Bulgariens in die Strukturen der Europäischen Umweltagentur unter-

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA) und Ostzusammenarbeit

stützt. Dank der Beratung durch das österreichische Umweltbundesamt und der Lieferungen von Computern und Software-Programmen können nun das bulgarische Umweltministerium und die nationale Umweltagentur Umweltdaten besser verarbeiten und zeitgerecht zur Verfügung stellen. In Sofia startete mit dem „Zentrum für Frauenbeschäftigung“ ein neues Projekt im Schwerpunktsektor Wirtschaft und Beschäftigung.

In **Bosnien und Herzegowina** unterstützt die OZA seit Jahren u.a. die Universitäten des Landes, etwa durch die Finanzierung von Gastprofessuren. Außerdem bietet sie Rat bei der Lehrplanentwicklung und bei der Verbesserung der Infrastruktur von Centres of Excellence an. Im Umweltbereich wurden Wasserwerke durch Know-how-Transfer aus Österreich institutionell gestärkt.

Im Partnerland **Kroatien** förderte die OZA die Entwicklung eines Lehrplans für Menschenrechtsausbildung in der Lehrerausbildung. In der Region Ostslawonien/Vukovar unterstützte Österreich die Flüchtlingsrückkehr.

In **Mazedonien** führte die OZA in sechs Gemeinden Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungsprojekte durch. Geothermische Anlagen zur Beheizung von Glashäusern für den Gemüseanbau wurden saniert bzw. erweitert. Im Sektor Bildung konzentrierte sich die OZA auf das Hochschulwesen. Österreich war 2003 einer der größten Geber für die Universität Skopje. Weiters wurde die von der OSZE initiierte „South East European University Tetovo“ unterstützt.

Im Mai 2003 eröffnete Außenministerin Benita Ferrero-Waldner das neue Unfallspital in Temesvar – das größte OZA-Projekt in **Rumänien**. Im Umweltbereich begann die Modernisierung der kommunalen Wasseraufbereitung in Campulung am Südrand der Karpaten. Gemeinsam mit der lokalen Bergwerksgesellschaft wird im nordrumänischen Baia Borsa ein großes Absetzbecken für Minenabwässer saniert (siehe Punkt 4).

Im Februar bildete sich die Staatengemeinschaft **Serbien und Montenegro** als Nachfolger der BR Jugoslawien. Über den Status des **Kosovo** (dzt. unter UN-Verwaltung) werden Verhandlungen geführt. Kommunale Trinkwasserprojekte in vier serbischen Gemeinden standen im Umweltbereich im Vordergrund. Zwei ländliche Wasserversorgungsprojekte wurden im Kosovo durchgeführt. Im Bildungsbereich war Österreich ein wesentlicher Förderer der öffentlichen Universitäten Belgrad, Novi Sad, Nis, Kragujevac, Pristina und Podgorica sowie der Universität für bildende Künste. Das neue Projekt „Brain Gain“ sollte ausgewanderte Wissenschaftler aus dem jugoslawischen Raum für Seminare und Vorlesungen zurück in die Region bringen. Weiters wurde die regionale Kooperation gegen den Menschenhandel unterstützt (siehe Punkt 4). Im Kosovo finanzierte die OZA die Behandlung traumatisierter Kinder durch ein Projekt mit der slowenischen NGO „Together“. Außerdem entsteht mit OZA-Mitteln ein Frauenzentrum.

Die Ostzusammenarbeit (OZA)

3. Region Osteuropa und Zentralasien

Die Konzentration der Mittel ermöglichte der OZA in dieser Region nur ein punktuelles Engagement. Vorrangig waren Bildungsprojekte, wie etwa ein Bildungs- und ein Landwirtschaftsprojekt in Karakalpakistan. In Azerbaijan wurde ein Projekt der humanitären Hilfe zur Unterstützung von Kindersanatorien und Waisenhäusern abgeschlossen. Über das Know-how-Transfer-Centre wurden zahlreiche Kooperationen auf Verwaltungsebene zwischen Österreich und der Region gefördert.

4. Projektbeispiele

Information als Waffe gegen den Menschenhandel

Menschenhandel als einer der einträchtigsten Zweige der organisierten Kriminalität ist für die Behörden in Südosteuropa äußerst schwierig zu bekämpfen. Ein von Österreich im Rahmen des Stabilitätspaktes finanziertes Projekt wirkt dem entgegen. Experten des österreichischen Innenministeriums, der Vereinten Nationen und der Polizeibehörden anderer Länder erstellten ein Handbuch mit aktuellsten Informationen über die Bekämpfung des Frauenhandels. Das Handbuch wurde in alle südosteuropäischen Sprachen übersetzt und von Teams aus Richtern und Staatsanwälten an die jeweilige Situation angepasst. Besonders wichtig ist dabei die Berücksichtigung psychologischer Aspekte (Aufarbeitung von Traumata, Opferschutz). Neben dem Handbuch wurde ein Lehrplan für die Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten in den Ländern des Stabilitätspaktes erstellt.

Rumänien: Baja Borsa – Wasserschutz im Einzugsgebiet der Theiß

Im Winter 1999/2000 kam es in der nordrumänischen Provinz Maramures zu zwei folgenschweren Unfällen in der Bergbauindustrie, die zu einem Fischsterben in der Theiß und politischen Protesten der betroffenen Nachbarländer führten. Danach wurden erste Umweltmaßnahmen gesetzt, internationale Unterstützung blieb jedoch weitgehend aus. Seit 2003 unterstützt die OZA den rumänischen Bergbaubetrieb REMIN und das rumänische Wirtschaftsministerium bei der Sanierung der Abwasseranlagen. Am Absetzbecken für Minenabwässer „Novat“ in Baia Borsa werden Dämme stabilisiert.

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

D. Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Das Jahr 2003 war geprägt vom Irakkonflikt, seinen Auswirkungen auf das System kollektiver Sicherheit und der Debatte um die Rolle der VN im Nachkriegsirak. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN-GS), Kofi Annan, rief die Mitgliedstaaten (MS) auf, die Krise zum Anlass einer tiefgreifenden **institutionellen Reform der VN** zu nehmen und setzte zu diesem Zweck einen Ausschuss eminenten Persönlichkeiten ein, der einen Bericht über die neuen Bedrohungen für Frieden und Sicherheit verfassen wird. Weitere Schwerpunktthemen bildeten die Lage im Nahen Osten, die Konflikte in Afrika, die Hunger- und Armutsbekämpfung sowie der Kampf gegen HIV/AIDS.

II. Die Generalversammlung (GV)

1. Organisatorische Fragen

Die 58. GV wurde am 16. September eröffnet. Zu ihrem Präsidenten wurde der Außenminister von St. Lucia, Julian R. Hunte, gewählt. Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner leitete die österreichische Delegation und hielt sich von 21.–27. September in New York auf. Schwerpunkt ihrer am 25. September im Rahmen der Generaldebatte gehaltenen Rede waren die Reform der VN, internationale Sicherheit, Menschenrechte und die Situation im Irak. Sie verwies auf ihre Bemühungen, als Vorsitzende des Netzwerks „**Menschliche Sicherheit**“ den vom VN-GS als „weiche Bedrohungen“ bezeichneten Themen zentrale Aufmerksamkeit zu schenken sowie darauf, dass **Österreich 2004 sein Budget für Entwicklungszusammenarbeit** um 35% aufstocken wird. Zudem bedauerte sie das Scheitern der Welthandelsrunde in Cancún.

Am Rande der Generaldebatte nahm die Bundesministerin am EU-Außenministertreffen teil und führte bilaterale Gespräche mit dem VN-GS, dem GV-Präsidenten, den Außenministern von Ägypten, Argentinien, Bahrain, Ecuador, Jordanien, Mali, Katar, Marokko, Mazedonien, Oman, Paraguay, Syrien und der Ukraine, dem Außenminister der palästinensischen Autonomiebehörde sowie mit dem VN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten, Olara Otunnu und dem Exekutivdirektor des „Oil-for-Food“-Programms, Benon Sevan. Weitere Programmpunkte von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner bildeten das heuer von El Salvador organisierte traditionelle Abendessen der weiblichen Außenminister, zu deren Mitbegründern sie zählt, das der Erörterung internationaler Frauenanliegen diene, sowie Treffen mit Vertretern jüdischer Organisationen.

Die Generalversammlung (GV)

2. Politische Fragen

2.1. Naher Osten

Da entsprechende Resolutionsentwürfe im SR am amerikanischen Veto gescheitert waren, wurde am 19. September die **10. Notstandssondertagung der VN-GV** wiederaufgenommen, die mit 133 gegen vier Stimmen bei 15 Enthaltungen eine Resolution gegen die Entscheidung der israelischen Regierung über die mögliche „Entfernung“ Präsident Arafats annahm. Am 21. Oktober nahm die 10. Notstandssondertagung sodann eine von der EU eingebrachte Resolution gegen den Bau einer Absperrung innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete („Sicherheitsmauer“) durch Israel mit 144 gegen vier Stimmen bei zwölf Enthaltungen an. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Abstimmungen im SR war es in beiden Fällen gelungen, ein einheitliches, positives Votum der EU-MS zu erreichen. Nachdem der VN-GS gemäß der vorangegangenen Resolution zur Absperrung einen Bericht über deren Durchführung vorgelegt hatte und zum Schluss kam, dass Israel den Bau weiter vorantreibt und die Resolution nicht erfüllt, kam es zu einer weiteren Wiederaufnahme der 10. Notstandssondertagung, wobei mit knapper Mehrheit der Internationale Gerichtshof zur Erstellung eines Rechtsgutachtens über die rechtlichen Konsequenzen des Mauerbaus durch Israel beauftragt wurde. Die EU, die sich geschlossen der Stimme enthielt, gab eine Votums-erklärung ab, in der festgestellt wurde, dass diese Entscheidung den Bemühungen um die Wiederaufnahme des politischen Dialogs nicht förderlich sei. Die Zahl der Nahost-Resolution in der GV konnte gegenüber den Vorjahren von 22 auf 20 reduziert werden. Mit Ausnahme der Abstimmung zur „Resolution über die Israelischen Praktiken, welche die Menschenrechte der Palästinenser betreffen“, votierte die EU geschlossen. Bei der Behandlung des Themas „Assistance to Palestinian Refugees“ konnte erreicht werden, dass die USA als größter Einzelgeber an UNWRA zum ersten Mal für eine Resolution in diesem Kontext stimmen konnte.

2.2. Abrüstung und Internationale Sicherheit

Die Diskussion über Rationalisierung und Effizienzsteigerung der Arbeitsmethoden des 1. Komitees nahm eine zentrale Rolle in den Beratungen ein. Sie mündete in eine von den USA eingebrachte und im Konsens angenommene Resolution. Diese ist Ausdruck des Interesses der Staatengemeinschaft an diesem Forum angesichts der Priorität, die derzeit der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen eingeräumt wird.

Im Vorfeld des 1. Komitees hatte Österreich die Einbringung einer substantiellen Resolution zum umgehenden Beginn von Verhandlungen inhaltlicher Natur in der Genfer Abrüstungskonferenz erwogen. Obwohl eine eigene österreichische Resolution dazu nach Konsultationen mit den Nuklearwaf-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

fenstaaten nicht eingebracht wurde, gelang es infolge der österreichischen Initiative, die prozedurale Resolution des derzeitigen Vorsitzes in der Abrüstungskonferenz (Japan) um substantielle Aspekte zu erweitern.

Bei der im wesentlichen unveränderten CTBT-Resolution verlangten die USA abermals eine Abstimmung und stimmten erneut dagegen.

In Bezug auf die japanische Resolution zur totalen Eliminierung von **Nuklearwaffen** übte Österreich wie im Vorjahr durch eine nationale Votumserklärung Kritik an der Abschwächung des Textes betreffend das IAEA-Sicherheitskontrollsystem sowie die diesbezüglichen Zusatzprotokolle.

Österreich engagierte sich konstruktiv bei den Resolutionen der „**New Agenda Coalition**“ (NAC; Ägypten, Brasilien, Irland, Mexiko, Neuseeland, Schweden, Südafrika), von denen eine miteingebracht wurde, und setzte sich innerhalb der EU erfolgreich für Verhandlungen mit der NAM zu deren Multilateralismus-Resolution ein. Des Weiteren initiierte Österreich eine diesbezügliche EU-Erklärung, in der die Bedeutung des Multilateralismus unterstrichen wird.

Im Bereich der **Klein- und Leichtwaffen** wurden heuer erstmals drei Resolutionen verabschiedet. Eine von Japan, Südafrika und Kolumbien eingebrachte Resolution sorgte in den letzten Sitzungstagen für kontroverielle Debatten und verzögerte den Abschluss der Arbeiten des 1. Komitees. Die mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu Verhandlungen über ein internationales Instrument zur Markierung und Nachverfolgung von Klein- und Leichtwaffen verbundenen zusätzlichen Kosten führten dazu, dass die USA den Konsens zu dieser Resolution durchbrachen und als einziger Staat gegen sie stimmten.

In seiner Eigenschaft als **designiertes Vorsitzland** der diesjährigen **Überprüfungskonferenz der Ottawa-Konvention 2004** bemühte sich Österreich gemeinsam mit Thailand und Belgien um die Mobilisierung möglichst vieler Miteinbringer für eine Resolution zur Implementierung der Ottawa-Konvention. Mit insgesamt 144 Miteinbringern gelang eine deutliche Verbesserung des Vorjahrsergebnisses.

Insgesamt wurden 46 Resolutionen und 2 Entscheidungen angenommen, davon 29 im Konsens.

Generell gelang es der EU-Präsidentschaft nicht, Fortschritte im Hinblick auf ein geschlosseneres Auftreten der EU bei Nuklearthemen zu erreichen; dies lässt sich weiterhin primär auf divergierende Partikularinteressen zwischen den Nuklearwaffenstaaten und den Mitgliedern der NAC zurückführen.

2.3. Klein- und Leichtwaffen

Mit der Festlegung eines systematischen Follow-up-Prozesses von Staatentreffen wurde bei der internationalen Klein- und Leichtwaffenkonferenz der VN im Juli 2001 ein Prozess zur Stärkung der internationalen Zusammenar-

Die Generalversammlung (GV)

beit eingeleitet, um das immer deutlicher wahrgenommene Problem der Klein- und Leichtwaffenproliferation besser in den Griff zu bekommen. Das vom 7. – 11. Juni in New York stattgefundenen **Erste Biennaltreffen zur Implementierung des Aktionsprogramms der VN-Konferenz** kann als wesentlicher und erfolgreicher Zwischenschritt (das zweite Biennaltreffen soll 2005 stattfinden) auf dem Weg zur Revisionskonferenz 2006 gewertet werden. Österreich war einer der ersten der 79 Staaten, die bis dahin nationale Berichte über die Implementierung des Aktionsprogramms vorgelegt hatten. Das Treffen verlief wenig kontroversiell, wobei von der NAM technische und finanzielle Aspekte der Implementierung sowie der Zusammenhang mit organisierter Kriminalität hervorgehoben wurden. Die Vertreter der NGOs unterstrichen vor allem die entwicklungspolitische und humanitäre Dimension der Thematik. In Ergänzung zur Erklärung der EU gab Österreich eine eigene Erklärung ab, in der die Aktivitäten im Rahmen der OSZE, des Wassenaar-Arrangements sowie im Rahmen des „Netzwerks Menschliche Sicherheit“ (NMS) unterstrichen wurden, wo sich Österreich besonders für eine stärkere Betonung des Zusammenhangs zwischen der Klein- und Leichtwaffenproblematik und dem Schutz von Kinderrechten einsetzte. Während der thematischen Diskussionen wurde die Verwendung des unter österreichischem NMS-Vorsitz ausgearbeiteten Handbuchs „Understanding Human Rights“ bei der Implementierung des Aktionsprogramms nahe gelegt.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Die Verhandlungen im 2. Komitee standen vor allem im Zeichen des im Anschluss an die Konferenz in Monterrey im März 2002 erstmals abgehaltenen hochrangigen Dialoges über Entwicklungsfinanzierung und der Bemühungen um eine Reform des Arbeitsprogramms.

Der **hochrangige Dialog über Entwicklungsfinanzierung** fand am 29. und 30. Oktober statt und bot ein Diskussionsforum zur Erörterung der Fortschritte bei der Umsetzung des Konsenses von Monterrey. Angesprochen wurden dabei u. a. Handelsfragen (weiteres Vorgehen nach dem „Scheitern“ der Welthandelsrunde in Cancun), Verschuldungsfragen, der Rückgang der offiziellen Entwicklungshilfe seit 1990, die Stimmgewichtung in internationalen Finanzinstitutionen sowie die Stabilität bzw. Krisensicherheit von regionalen und nationalen Finanzsystemen.

Der Versuch einer **Straffung und Neuordnung der Arbeiten im 2. Komitee** stieß auf massiven Widerstand der G77. Im makroökonomischen Bereich wäre aus EU-Sicht eine Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte und eine Omnibusresolution auf der Grundlage des Konsenses von Monterrey sinnvoll erschienen. Einige Delegationen der G77 waren jedoch besorgt, dass eine derartige Vorgangsweise die Bedeutung der makroökonomischen Themen verringern, die Gewichtung zwischen den Themenkreisen zu Ungunsten der Interessen der Entwicklungsländer verschieben und einen grö-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Beren Schwerpunkt auf Themen der Regierungsführung (Soziales und Menschenrechte) legen würde. Erreicht wurde in einem ersten Schritt, dass in Hinkunft die makroökonomischen Tagesordnungspunkte im Zusammenhang mit dem Thema „Financing for Development“ diskutiert werden. Die Globalisierungsresolution wurde wie bereits im Vorjahr um Passagen zu sozialen Aspekten und nachhaltiger Entwicklung angereichert.

Bei den Verhandlungen im **Umweltbereich** konnte erstmals in der Geschichte des 2. Komitees eine gemeinsam von der G77 und der EU eingebrachte Resolution zu erneuerbaren Energien verabschiedet werden. Die bereits 2002 in die Diskussion eingebrachte, aber letztlich gescheiterte Initiative zur Verringerung der Anfälligkeit für Naturkatastrophen (Vulnerabilität) und extreme Wettererscheinungen konnte diesmal in eine Resolution gefasst werden. Der **Situation in Bergregionen** wurde mit einer eigenen Resolution zur Entwicklung in Bergregionen Rechnung getragen. Damit konnte die erfolgreiche Platzierung des Bergthemas in der GV nach Abschluss des Internationalen Jahres der Berge 2002 fortgesetzt werden. Auf Initiative Japans wird 2005 in Kobe eine **Konferenz zur Verminderung von Naturkatastrophen** stattfinden. Auf Initiative Tadschikistans wurde die Dekade 2005–2015 zur **Internationalen Dekade des Wassers** erklärt. Eine Teilnahme Österreichs am **Internationalen Frischwasserforum der Vereinten Nationen** in Dushanbe, Tadschikistan, welches sich schwerpunktmäßig mit der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei Wassergütern befasste, war nicht möglich. Das Jahr 2006 wurde zum **Internationalen Jahr der Wüsten und Wüstenbildung** erklärt.

4. Menschenrechte

Siehe dazu Kapitel F.III. „Menschenrechte in den Vereinten Nationen“.

5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung

Siehe dazu Kapitel G.IV. „Internationale Drogenkontrolle“ und G.V. „Internationale Verbrechensverhütung“.

6. Sozialpolitik

Die 58. VN-GV begrüßte erneut in einer Resolution das Ergebnis der zweiten Weltversammlung über **Altersfragen 2002** in Madrid, unterstrich die Bedeutung der Umsetzung des Aktionsplans für Altersfragen und die Notwendigkeit, die Bedeutung von Altersfragen bei der Erreichung von Entwicklungszielen verstärkt zu berücksichtigen. Über Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und von Bundesminister Herbert Haupt wurde das in Wien ansässige Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung mit der Beobachtung und Überprüfung der Regionalstrategie VN-ECE zu Fragen des Alterns beauftragt.

Die Generalversammlung (GV)

Zu den neuen Resolutionen zählten eine von der Mongolei eingebrachte Resolution zu „**cooperatives in social development**“ und eine von Senegal und Portugal vorgeschlagene Resolution zur Förderung von **Jugendlichen** als Beitrag zum Follow-up der Milleniumserklärung und zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms für Jugendliche. Mit der Ausarbeitung eines umfassenden Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Personen mit **Behinderungen** wurde begonnen.

7. Internationale Frauenfragen

Siehe dazu Kapitel F.VII. „Schwerpunkthemen: Frauen“.

8. Flüchtlingsfragen

In der Rede des VN-Hochkommissars für Flüchtlinge, Ruud Lubbers, vor dem 3. Komitee am 3. November standen vor allem Überlegungen zur Suche nach dauerhaften Lösungen für Flüchtlinge im Mittelpunkt. Zu diesem Zweck müsse die Zusammenarbeit zwischen UNHCR und anderen VN-Institutionen, aber auch NGOs, intensiviert werden. Neben den Flüchtlingen müsse auch den intern Vertriebenen (IDPs) verstärkt Beachtung geschenkt werden. In der allgemeinen Diskussion kam der Problematik der Sicherheit von humanitärem Personal angesichts der rezenten Anschläge auf das VN-Hauptquartier sowie auf die Einsatzzentrale des IKRK in Bagdad große Bedeutung zu.

Alle Resolutionen zum Themenbereich Flüchtlinge und Vertriebene wurden vom 3. Komitee im Konsens angenommen. Die zwei von der nordischen Gruppe ausgearbeiteten Resolutionen über das Büro des Flüchtlingshochkommissars bzw. dessen Fortführung wurden wie bereits in Vorjahren von allen 15 EU-Mitgliedern miteingebracht. Die ursprünglich dreijährige Funktionsperiode von Hochkommissar Lubbers wurde von der GV um weitere zwei Jahre bis Ende 2005 verlängert.

9. Friedliche Nutzung des Weltraums

Auf Grundlage einer diesbezüglichen Empfehlung des 4. Komitees nahm die VN-GV eine Resolution zur friedlichen Nutzung des Weltraums an, mit welcher der Bericht des VN-Weltraumausschusses (COPUOS), der von 11.–20. Juni 2003 in Wien seine 46. Tagung abgehalten hatte, indossiert wurde.

Die von Österreich über Ersuchen des Ausschusses ausgearbeitete Neuordnung der Führung des Weltraumausschusses fand allgemeine Zustimmung und Anerkennung. Sie sieht – erstmals im System der VN – unter fixer Rotation der Leitungsfunktionen die Schaffung einer organisatorischen Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen früheren, derzeitigen und künftigen

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Funktionsträgern des Ausschusses vor. Die **österreichische Initiative** betreffend die Anwendung von Weltraumtechnologie für die **Entwicklung und Nutzung von** (insb interjurisdiktionellen) **Wassergütern** („space and water“) fand allgemeine Unterstützung und wird auch bereits in Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Weltraumagenturen in Folgeprogrammen für Afrika und Lateinamerika umgesetzt. Die österreichische Delegation arbeitete im Ausschuss und an der Vorbereitung von Veranstaltungen, die unter der Ägide des COPUOS stehen, aktiv mit.

10. Budget- und Verwaltungsfragen

Die Verhandlungen zum Haushalt 2004–2005 standen im Mittelpunkt des Budgetausschusses. Der Haushalt wurde schließlich in Höhe von 3,160 Mrd. US-Dollar genehmigt. Dies entspricht einer Steigerung von 270 Mio. US-Dollar im Vergleich zum Haushalt 2002–2003, bedeutet jedoch angesichts der Wechselkursbedingungen ein **reales Nullwachstum**. Im Rahmen der Budgetverhandlungen gelang es auch, die vom VN-GS geforderte Vereinfachung des Haushaltsverfahrens zu verwirklichen und dem VN-GS bei der Verwaltung seines Mitarbeiterstabes – zumindest auf experimenteller Basis – ein erhöhtes Maß an Flexibilität einzuräumen.

Die **Unterabteilung für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)** am Amtssitz Wien wurde um drei neue Posten aufgestockt, sodass nun die Voraussetzungen zur Umwandlung in eine vollwertige Abteilung gegeben sind. Damit ist nicht nur die inhaltliche Betreuung der Mandate der Kommission für Internationales Handelsrecht, sondern auch die koordinierende Rolle bei internationalen Kodifikationsbestrebungen sowie die Kapazität zur technischen Zusammenarbeit in diesem Bereich gewährleistet.

Die Russische Föderation erklärte eine freiwillige Anhebung ihres Beitragsatzes für den ordentlichen Haushalt von 0,46% auf 1,1%. Dadurch verringerte sich die Beitragslast für die übrigen Mitgliedstaaten. Der Pflichtbeitrag Österreichs fiel damit von 0,867% auf 0,859%.

Beschlossen wurden auch die Budgets 2004–2005 für das Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Höhe von rund 298 Mio. US-Dollar und für das Kriegsverbrechertribunal für Ruanda in Höhe von rund 235 Mio. US-Dollar.

11. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte des Völkerrechtskomitees der 58. GV waren die Erarbeitung eines Mandats für eine **Konvention gegen das Klonen von Menschen** und die Erörterung des **Berichts der Völkerrechtskommission**. Ferner beschäftigte sich das Komitee mit Fragen der Verbesserung des Schutzes von VN- und beigeordnetem Personal, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit von Staaten und ihrem Eigentum, der Terrorismusprävention, der Sanktio-

Die Generalversammlung (GV)

nen und ihren Auswirkungen auf Drittstaaten, der Arbeit der Handelsrechtskommission der VN und dem Verhältnis der VN zum Sitzstaat USA. Wie jedes Jahr spielte Österreich eine aktive Rolle in den Verhandlungen und koordinierte einige Resolutionen.

11.1. Konvention gegen das Klonen von Menschen

Dem Komitee lagen wie im Vorjahr zwei alternative Entwürfe für ein Mandat zur Ausarbeitung einer Konvention vor: Ein Vorschlag für eine absolute Klonverbotskonvention, der von ca. 70 Staaten unterstützt wurde, und ein vorgeschlagenes Verbot von reproduktivem Klonen, das therapeutisches Klonen (Forschung im medizinischen Bereich) nicht ausschließt. Dieser Vorschlag wurde von ca. 35 Staaten unterstützt.

Die österreichische Position im Komitee zielte auf ein umfassendes Verbot sowohl des reproduktiven als auch des therapeutischen bzw. wissenschaftlichen Klonens ab, da dies auch der bestehenden österreichischen Gesetzeslage entspricht. Österreich vertrat die Auffassung, dass eine umfassende Regelung grundsätzlich durch beide Alternativen (d.h. auch durch ein schrittweises Vorgehen) erreicht werden kann, wobei jener Variante der Vorzug gegeben werden sollte, die dieses Ziel am raschesten und besten realisiert. Österreich war somit daran interessiert, dass die neue Konvention ehestmöglich zustande kommt, eine möglichst breite Zustimmung erhält und nicht bloß von Staaten ratifiziert wird, die ohnehin bereits über eine umfassende nationale Verbotsgesetzgebung verfügen.

Vor der Abstimmung im Komitee brachte die Organisation Islamischer Staaten einen Antrag auf Vertagung des Themas um zwei Jahre ein. Der Antrag wurde in der anschließenden Abstimmung mit 80 zu 79 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) angenommen (Österreich stimmte gegen die Vertagung). Die Proponenten eines absoluten Verbots bemühten sich anschließend um eine Änderung der Entscheidung im GV-Plenum. Das Plenum einigte sich schließlich auf einen Kompromissvorschlag, der eine Vertagung auf die nächste GV vorsieht.

Im Ergebnis stellt die Vertagung um ein Jahr einen gewissen Ausgleich her: Beide Seiten erhalten Zeit, Unterstützung für ihre Position zu gewinnen. Die seit zwei Jahren festgefahrene Situation im Komitee stellt jedoch die Frage nach dem Sinn einer weiteren Konsenssuche. Sofern wissenschaftliche Erkenntnisse die Ausgangslage nicht ändern, ist mit einer Wiederholung der Debatte im nächsten Jahr zu rechnen.

11.2. Bericht der Völkerrechtskommission

Wie jedes Jahr stand die Debatte über den Bericht der Völkerrechtskommission, die sich mit zahlreichen aktuellen Fragen des Völkerrechts beschäftigt (zB. Vertragsvorbehalte, Verantwortlichkeit Internationaler Organisationen,

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Gewährleistung, geteilte natürliche Ressourcen, einseitige Akte, etc.), im Mittelpunkt der Session. Aus österreichischer Sicht war die Annahme einer **österreichisch-schwedischen Initiative zur Revitalisierung der Debatte** im Komitee besonders erfreulich. Nach sorgfältiger Vorbereitung gelang die Revitalisierung der Debatte im Sinne der Reformbemühungen des VN-GS und des GV-Präsidenten, der die Initiative in einem Schreiben an die MS ausdrücklich würdigte. Die Initiative gilt nun allgemein als Beispiel für Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsmethoden in der GV. Im Rahmen der Initiative konnte schließlich auch der **österreichische Vorschlag** umgesetzt werden, dass ab 2004 jährlich eine „**Völkerrechtswoche**“ während der GV abgehalten wird, bei der die Rechtsberater aus den Hauptstädten den Bericht der Völkerrechtskommission und andere völkerrechtliche Themen möglichst informell erörtern können. Österreich wird gemeinsam mit Schweden die erste Völkerrechtswoche (erste Novemberwoche 2004) vorbereiten.

III. Der Sicherheitsrat (SR)

1. Einleitung

Neben den fünf ständigen Mitgliedern (China, Frankreich, Großbritannien, Russische Föderation und USA) gehörten dem SR im Jahr 2003 Angola, Bulgarien, Chile, Deutschland, Guinea, Kamerun, Mexiko, Pakistan, Spanien und Syrien an. Für die Ende 2003 ausgeschiedenen Mitglieder Bulgarien, Guinea, Kamerun, Mexiko und Syrien wählte die 58. GV für die Periode 2004–2005 Algerien, Benin, Brasilien, die Philippinen und Rumänien in den SR.

Der Trend zu **verstärkter Transparenz** in der Arbeitsweise des SR wurde fortgesetzt. Die Anzahl offener Debatten und offener Briefings nahm weiter zu. Der jährliche Bericht über die Tätigkeit des SR wurde weiter komprimiert. Die Vielzahl offener Debatten bot der EU-Präsidentschaft die Möglichkeit, die **Sichtbarkeit der EU im SR aufrechtzuerhalten**. Das Mandat der seit 1993 tagenden Arbeitsgruppe zur Reform des SR wurde in der 58. GV bestätigt. In der Frage der Ausweitung der Mitgliedschaft waren wieder keine Fortschritte zu erzielen, doch trug das Bemühen zahlreicher Mitgliedstaaten um vermehrte Transparenz zumindest zu vermehrter Öffnung des SR gegenüber Nichtmitgliedern bei.

Österreich beteiligte sich in seiner Eigenschaft als **Vorsitzender des Netzwerks Menschliche Sicherheit** bis Mai aktiv an offenen Debatten im SR über den Schutz von Zivilpersonen und über die Rolle von Kindern in bewaffneten Konflikten. Ebenso unterstützte Österreich eine Initiative zugunsten von Rechtsstaatlichkeit und betonte in seiner Erklärung die Bedeutung des Rechts in den internationalen Beziehungen sowie die Nützlichkeit der Zusammenarbeit des SR mit dem Internationalen Strafgerichtshof.

Der Sicherheitsrat (SR)

2. Tätigkeit des Sicherheitsrates

2.1. Irak

Die Arbeit des SR war im ersten Quartal einerseits geprägt von der Überprüfung der Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen gemäß Resolutionen 1284 (1999) und 1441 (2002) und andererseits von der Diskussion um eine Resolution, die zu einem militärischen Vorgehen gegen den Irak ermächtigt hätte. Die Leiter der **UN Monitoring, Verification and Inspections Commission** (UNMOVIC) und der **Internationalen Atomenergieorganisation** (IAEO), Hans Blix und Mohamed El Baradei, erstatteten wiederholt Bericht über ihre Erkenntnisse seit Wiederaufnahme der Inspektionen am 27. November 2002. Während El Baradei mit Bestimmtheit feststellen konnte, dass der Irak über kein aktives Nuklearwaffenprogramm verfügte, bedauerte Blix am 19. März in seinem letzten Bericht vor Ausbruch des Krieges und nachdem die Inspektoren von UNMOVIC aus dem Irak abgezogen waren, dass die bis dahin durchgeführten Inspektionen nicht die notwendige Gewissheit hinsichtlich der Abwesenheit von Massenvernichtungswaffen gebracht hätten und dass mehr Zeit für Inspektionen vorteilhaft gewesen wäre. Am 17. März erklärten die USA, Großbritannien und Spanien, dass sie ihren Resolutionsentwurf zur Autorisierung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak nicht zur Abstimmung bringen würden, da der SR darüber keine Einigkeit erzielen könnte. Sie behielten sich das Recht vor, eigene Schritte zur Entwaffnung des Irak zu unternehmen. Kurz nach Kriegsbeginn stellte die überwiegende Mehrheit der in einer offenen Aussprache des SR am 26. und 27. März das Wort ergreifenden MS fest, dass es für die Legitimität der am 20. März begonnenen Intervention im Irak einer weiteren SR-Resolution bedürft hätte.

Mit der am 22. Mai bei Abwesenheit Syriens einstimmig angenommenen Resolution 1483 einigte sich der SR auf die Bestellung eines Sonderbeauftragten für den Irak und forderte die Internationale Gemeinschaft auf, sich am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen. Am 14. August begrüßte der SR mit Resolution 1500 einstimmig die Einrichtung des irakischen Regierungsrates und richtete eine **VN-Assistenzmission im Irak (UNAMI)** ein. Nach dem verheerenden Bombenschlag auf das UNAMI-Hauptquartier in Bagdad am 19. August, bei dem der Sonderbeauftragte des VN-GS, Sergio Viera de Mello, und weitere 21 Menschen getötet wurden, und nach weiteren Anschlügen auf die VN sowie auf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wurde das Personal von UNAMI abgezogen.

Mit Resolution 1511 vom 16. Oktober forderte der SR den irakischen Regierungsrat auf, bis 15. Dezember einen Zeitplan für die Erstellung einer Verfassung und die Abhaltung von Wahlen vorzulegen. Trotz ihrer Zustimmung zur Resolution bedauerten Russland, Frankreich und Deutschland, dass diese keine stärkere Rolle der VN und eine zu langsame Machtübergabe an das irakische Volk vorsähe. In seinem Bericht an den SR vom 5. Dezember

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

unterstrich der VN-GS, dass die Sicherheitsbedingungen im Irak die Rückkehr von UNAMI und somit eine substantielle politische Rolle der VN weiterhin nicht zulassen. Er begrüßte das am 15. November zwischen der Besatzungsbehörde und dem Regierungsrat geschlossene Abkommen, das die Bildung einer souveränen Übergangsregierung bis Ende Juni 2004 und die Wahl einer Regierung unter einer neuen Verfassung bis Ende 2005 vorsieht, ersuchte jedoch um eine klare Definition der Rolle der VN bei dessen Umsetzung. Der SR nahm dieses Abkommen bei seiner Sitzung am 16. Dezember im Beisein des irakischen Interim-Außenministers Hoshiyar Zebari zur Kenntnis.

Das „**Öl für Lebensmittel-Programm**“ wurde gemäß Resolution 1483 (2003) am 21. November an die Besatzungsbehörde übergeben. Mit Resolution 1518 (2003) wurde am 24. November jedoch ein SR-Komitee eingerichtet, das die Guthaben von Individuen und Entitäten, die in einem Naheverhältnis zum Regime von Saddam Hussein standen, untersuchen und auflisten soll, um sie gemäß Resolution 1483 an den Irak-Entwicklungsfonds zu überweisen.

2.2. Naher Osten

Der SR beschäftigte sich regelmäßig mit der Lage im Nahen Osten. Die USA legten ihr Veto gegen zwei Resolutionsentwürfe zur Lage in der Region ein. Am 16. September wurde über einen Resolutionsentwurf zur Entscheidung der israelischen Regierung zur möglichen „Entfernung“ von Präsident Arafat abgestimmt, der aufgrund der US-Gegenstimme und bei Stimmenthaltung Großbritanniens, Deutschlands und Bulgariens nicht angenommen wurde. Am 14. Oktober stimmte der SR über einen Resolutionsentwurf zur Verurteilung des Baus der israelischen Sicherheitsmauer in den besetzten Gebieten ab. Die USA legten abermals ein Veto ein; Deutschland, Großbritannien, Kamerun und Bulgarien enthielten sich der Stimme. In beiden Fällen nahm eine Notstandsondertagung der Generalversammlung die Resolutionsentwürfe in abgeänderter Form mit Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten an. Am 19. November indossierte der SR mit der einstimmig angenommenen Resolution 1515 (2003) die Nahost- „**Straßenkarte**“.

2.3. Afghanistan

Mit Resolution 1471 verlängerte der SR das Mandat der VN-Beistandsmission in Afghanistan (UNAMA) um weitere 12 Monate und indossierte den Vorschlag des VN-GS, in der Mission eine Wahlvorbereitungsabteilung einzurichten. Am 11. August übernahm die NATO das strategische Kommando der **International Security Assistance Force (ISAF)** von Deutschland und den Niederlanden. Das Mandat von ISAF wurde mit Resolution 1510 am 13. Oktober um zwölf Monate verlängert und über Kabul hinaus ausgeweitet, insb um ein sicheres Umfeld für humanitäre und Wiederaufbauaktivitäten der afghanischen Übergangsverwaltung und für internationales Personal

Der Sicherheitsrat (SR)

zu schaffen. Eine Mission des SR (31. Oktober–7. November) forderte eine umfassende Reform der Sicherheitsinstitutionen des Landes, da die Wählerregistrierung durch die gravierenden Sicherheitsprobleme, aber auch durch Ressourcenmangel gefährdet ist.

2.4. Zypern

Nach intensiven Verhandlungen in den letzten Jahren hatte der VN-GS am 11. November 2002 einen **Plan für die Zukunft Zyperns** vorgelegt, der auf eine Wiedervereinigung Zyperns in einem Staat mit zwei autonomen Gebieten noch vor dem EU-Beitritt 2004 abzielte. Nach zwei Überarbeitungen des Plans kam es jedoch zu einem Scheitern der Verhandlungen bei einem Treffen des VN-GS mit den politischen Führern beider Seiten im März 2003 in Den Haag. In einem Bericht an den SR im April stellte der VN-GS die Bemühungen der vergangenen Jahre zusammenfassend dar und riet von neuen Vermittlungsinitiativen ab, solange **nicht klar der Wille der Parteien zur Lösungsfindung** erkennbar sei. Der Plan für die Zukunft Zyperns bleibt jedoch weiterhin eine mögliche Lösungsbasis. Die **VN-Mission zur Friedenserhaltung in Zypern (UNFICYP)** wurde bis Mitte 2004 verlängert.

2.5. Bosnien und Herzegowina

Mit Ende 2002 wurde die **VN-Mission in Bosnien und Herzegowina (UNMIBH)** beendet. Ab 1. Jänner 2003 begann die European Union Police Mission (EUPM) ihre Aufgabe, tragfähige Polizeistrukturen aufzubauen, die im Einklang mit europäischen Standards stehen. Die Verlagerung der Verantwortung auf die EU entspricht dem Interesse der VN, Bosnien und Herzegowina noch stärker in Europa zu verankern. Die zur Sicherung des Friedensabkommens eingerichtete NATO-geführte Militäroperation (**Stabilisation Force in Bosnia and Herzegovina SFOR**) wurde im Juli vom SR autorisiert, für ein weiteres Jahr friedenssichernd zu wirken. Im Oktober berichtete der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Paddy Ashdown (GB), dem SR über die letzten Entwicklungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsentwicklung, Verbesserung des politischen Klimas und Reformen und warb um Unterstützung beim Aufbau einer Sonderkammer für die Verfolgung von Kriegsverbrechen beim Staatsgerichtshof Bosnien und Herzegowinas.

2.6. Serbien und Montenegro/Kosovo

Im August übernahm Harri Holkeri (Finnland) von Michael Steiner (Deutschland) als Sondergesandter des VN-GS die Leitung der VN-Mission im Kosovo (UNMIK). Die letzten Monate der Amtszeit Steiners waren von steigender Ungeduld der kosovo-albanischen Seite hinsichtlich einer Lösung der Statusfrage sowie von zunehmenden ethnischen Spannungen gekennzeichnet. Im Frühsommer und Sommer kam es zu mehreren gewalttätigen

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

gen Übergriffen sowohl auf Kosovo-Serben als auch auf UNMIK-Personal und -Einrichtungen. Bei einem Anschlag auf eine Gruppe kosovo-serbischer Kinder und Jugendlicher am 13. August wurden drei Kinder getötet. In seinem ersten offiziellen Bericht an den SR im Oktober ging Holkeri ausführlich auf die Verschlechterung der Sicherheitslage ein.

Am 14. Oktober eröffnete Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die **Direktgespräche Belgrad – Pristina** über technische Fragen in Wien. Bei der Eröffnung anwesend waren neben Holkeri auch der Hohe Vertreter für die GASP der EU, Javier Solana, NATO-Generalsekretär George Robertson und OSZE-Vorsitzender Jaap de Hoop Scheffer sowie Vertreter der Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Russland).

Am 6. November beschloss der SR die Einführung eines Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung der „Standards before Status“-Politik bis Mitte 2005, welcher in der Folge durch ein von Holkeri vorbereitetes Dokument „Standards for Kosovo“ sowie durch eine Erklärung der SR-Präsidentschaft am 12. Dezember konkretisiert wurde. Die Arbeiten zur Erstellung eines Zeitplans für die Umsetzung des Überprüfungsmechanismus werden 2004 fortgesetzt.

2.7. Osttimor

Die **United Nations Mission of Support in East-Timor (UNMISSET)** unterstützte Osttimor bei der Entwicklung von neuen Institutionen und bei der Schaffung von Infrastruktur. Der SR begrüßte den positiven Trend und die Fortschritte im Staatswerdungsprozess, verwies aber gleichzeitig auf bestehende Probleme im Bereich von Verwaltung, Justiz und Polizei. Die Übertragung operationeller Funktionen von UNMISSET auf die osttimoresischen Behörden wurde fortgesetzt und UNMISSET wurde schrittweise reduziert. Das Mandat von UNMISSET wurde im Mai um ein Jahr verlängert. Die osttimoresischen Streitkräfte sollen bis Mitte 2004 voll funktionsfähig sein.

2.8. Afrika

Die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent stellen weiterhin einen Schwerpunkt in der Tätigkeit des SR dar. Dabei wurden sowohl horizontale Themen wie Ernährungssituation, Klein- und Leichtwaffen, Söldner, Kinder und Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und Konfliktprävention erörtert, als auch einzelne oder regionale Konflikte. Der SR versteht seine Rolle in Afrika zunehmend als komplementär zur Rolle von Regionalorganisationen (AU, SADC, ECOWAS, IGAD etc.) und unterstützt Konfliktlösungen vermehrt auf Basis regionaler Vermittler. Der SR begrüßte die vermehrte Betonung der afrikanischen Eigenverantwortlichkeit bei Konfliktprävention und Konfliktlösung, wie sie die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) vorsieht.

Der Sicherheitsrat (SR)

Auf Grund des Konflikts in der Elfenbeinküste verschlechterte sich die Lage in Westafrika. Der SR indossierte das Linas-Marcoussis-Abkommen, welches die Schaffung einer Regierung der nationalen Wiederversöhnung vorsieht, und begrüßte die Entsendung französischer und ECOWAS-Truppen. Im Mai schuf der SR die **United Nations Mission in Côte d'Ivoire (MINUCI)**. Es handelt sich dabei um eine politische Mission zur Unterstützung der Implementierung des Linas-Marcoussis-Abkommens.

Die internen Kämpfe in Liberia intensivierten sich zunächst. Dies machte eine Verlängerung und Verschärfung der Sanktionen gegen Liberia um ein weiteres Jahr erforderlich. Nach der Ausreise von Präsident Taylor stabilisierte sich die Situation. Im Juni autorisierte der SR mit Berufung auf Kapitel VII SVN die Entsendung einer multinationalen Truppe und im September die Schaffung einer multidimensionalen friedenserhaltenden Operation, der **United Nations Mission in Liberia (UNMIL)**, zur Abwendung einer humanitären Katastrophe. UNMIL soll in voller Stärke etwa 15.000 Truppen umfassen.

Die Lage in Sierra Leone verbesserte sich. Der Sondergerichtshof und die Wahrheits- und Versöhnungskommission konnten ihre Tätigkeit aufnehmen. Das VN-Embargo gegen den Import von Rohdiamanten ohne Ursprungszertifikat lief im Juni aus. UNAMSIL, die derzeit größte Friedensoperation der VN, welche entscheidend zur Stabilisierung der Lage beiträgt, konnte schrittweise reduziert werden.

Der Machttransfer in Burundi gemäß dem Arusha-Abkommen machte weitere Fortschritte. Die „Forces Nationales pour la Libération“ (FNL) stehen jedoch weiterhin außerhalb des Friedensprozesses und beteiligen sich nicht an der Übergangsregierung. Der SR würdigte die Tätigkeit der **African Mission in Burundi (AMIB)** und die Rolle Südafrikas als Vermittler. Das Ersuchen der AU um Umwandlung der AMIB in eine Friedenserhaltende Operation der VN wurde vom SR zur Kenntnis genommen. Eine Entscheidung darüber soll 2004 getroffen werden.

In der **Demokratischen Republik Kongo** gab es Fortschritte beim Abzug ausländischer Truppen sowie im Friedensprozess. Politisch motivierte Gewalttaten und schwerste Menschenrechtsverletzungen, insb im Osten des Landes, machten jedoch die rasche Entsendung einer multinationalen Eingreiftruppe gemäß Kapitel VII SVN nach Bunia erforderlich. Frankreich und danach die EU (Operation „ARTEMIS“) übernahmen die Leitung dieser temporären Mission. Nach dem Ablauf des Mandats der **Interim Emergency Multinational Force (IEMF)** in Bunia am 1. September wurde die Präsenz der **United Nations Organization Mission in the DRC (MONUC)** in Bunia verstärkt. Der SR bemühte sich, weiteren Druck auf alle Parteien zur Implementierung der Abkommen von Pretoria und Luanda auszuüben, um damit den Friedensprozess in der DR Kongo voranzutreiben. In diesem Zusammenhang besuchte eine Mission des SR auch die Region

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

der Grossen Seen. Der Bericht der Expertengruppe zur illegalen Ausbeutung der Naturgüter und Bodenschätze, der nicht mit Kritik an Regierungen und internationalen Unternehmen sparte, wurde vom SR indossiert. Das Mandat der Expertengruppe wurde zunächst verlängert und lief schließlich im September ab.

Auf der Grundlage eines Berichts des VN-GS unterstützte der SR Vorbereitungen für eine **Internationale Konferenz über die Region der Grossen Seen**. Im Juni 2004 ist ein erstes Treffen auf Ebene der Staatschefs geplant.

Der SR wies **Äthiopien und Eritrea** auf ihre Verpflichtungen unter dem Abkommen von Algiers hin und rief beide Seiten zur vollen Unterstützung des Demarkationsprozesses auf. Der Streit um Badme verzögerte den Beginn des Demarkationsprozesses. Das Mandat der **United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea (UNMEE)** zur Beobachtung der temporären Sicherheitszone zwischen Äthiopien und Eritrea wurde bis März 2004 verlängert.

Der SR unterstützte Bemühungen der **Intergovernmental Authority on Development (IGAD)** um Fortschritte im nationalen Versöhnungsprozess in Somalia. Das 1992 verhängte Waffenembargo gegen Somalia wurde verlängert. Zu seiner Überwachung wurde eine neue Expertengruppe eingerichtet. Die schwierigen Sicherheitsbedingungen und das Fehlen einer zentralen Autorität machen nach wie vor ein umfassendes friedienstiftendes Engagement der VN unmöglich.

Im Jänner präsentierte James Baker, der Sonderbeauftragte des VN-GS für die Westsahara, seinen Friedensplan zur Selbstbestimmung der Bevölkerung der Westsahara. Der SR rief beide Seiten dazu auf, auf eine Annahme und Implementierung des Friedensplans hinzuwirken, will aber weiterhin keine Lösung aufzwingen. Grundlage einer Lösung müsse ein Abkommen zwischen den beiden Parteien sein. Das Mandat der **VN-Mission in Westsahara (MINURSO)** wurde verlängert.

Die angespannte politische Situation in **Guinea-Bissau** sowie in der **Zentralafrikanischen Republik** war ebenfalls Gegenstand von Konsultationen im SR. Der SR appellierte in beiden Fällen an alle Konfliktparteien, den internen politischen Dialog und die nationale Aussöhnung aktiv zu betreiben.

3. Friedenserhaltende Operationen (FEO)

Anfang 2003 bestanden 15 Friedenserhaltende Operationen der VN (FEO), zu denen 89 Staaten Personal stellten. Im Laufe des Jahres schuf der SR eine **FEO in Liberia (UNMIL)** sowie die **VN-Mission in Côte d'Ivoire (MINUCI)** zur Unterstützung des Sondervertreter des VN-GS für Côte d'Ivoire. Zwei vom SR autorisierte Missionen wurden 2003 beendet: die Mission der VN in Angola (UNMA) sowie die **United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission (UNIKOM)** an der Grenze zwischen Irak und Kuwait (UNIKOM).

Der Sicherheitsrat (SR)

Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 2003 **45.815 Personen** (31. Dezember 2002 : 39.652). Die größten Operationen waren UNAMSIL in Sierra Leone (11.700 Personen), MONUC in der Demokratischen Republik Kongo (10.200 Personen), UNMIL in Liberia (5.569 Personen) sowie UNMEE in Äthiopien/Eritrea (4.200 Personen). Der Trend der vergangenen Jahre, demzufolge die stärksten Personalbeiträge aus Staaten Asiens und Afrikas kommen, setzte sich fort. Vor allem in den FEO in Afrika (MONUC, UNAMSIL, UNMEE und UNMIL) ist weiterhin ein hoher Bedarf an bewaffneten Truppen mit entsprechender Schutzausrüstung gegeben; für das Jahr 2004 zeichnet sich ein zusätzlicher Bedarf an FEO in Afrika ab.

Die Umsetzung der Vorschläge des im Jahr 2000 erstellten Berichts einer unabhängigen Expertengruppe („Brahimi-Report“) wurde weiter vorangetrieben. Darunter fallen auch die fortgesetzten Bemühungen, die Fähigkeit zur raschen Einrichtung von neuen FEO („Rapid Deployment Capacity“) zu verbessern. Österreich setzte sich für die Angleichung der rechtlichen Stellung von Polizeipersonal mit exekutiven Aufgaben mit derjenigen von bewaffnetem Militärpersonal in FEO ein.

Im Jahr 2003 nahmen rund 970 **ÖsterreicherInnen** an Friedensoperationen teil, die vom VN-SR autorisiert worden waren. Zu Jahresende standen **438 ÖsterreicherInnen** (387 SoldatInnen, 12 Militärbeobachter und 39 ExekutivbeamtenInnen) in acht **friedenserhaltenden Operationen der VN** im Einsatz, 525 SoldatInnen in der vom VN-SR autorisierten **KFOR**. An der vom SR autorisierten **ISAF** (Afghanistan) nahmen im Jahr 2003 fünf, an der EU-geführten Operation „**ARTEMIS**“ (DR Kongo) drei Österreicher teil. In den VN-geführten Missionen und Friedensoperationen leistete Österreich zu Jahresende **unter den Ländern der EU** nach Großbritannien, Portugal und Irland den **viertgrößten Personalbeitrag**. Mit seinem Beitrag zu FEO befand sich Österreich zu diesem Zeitpunkt auf **Platz 25 unter den 94 Truppenstellern der VN**.

Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des von Österreich mitbegründeten Projektes „**Standby Forces High Readiness Brigade (SHIRBRIG)**“ mit dem Ziel der raschen Bereitstellung von Truppen für VN-geführte FEO wurde fortgesetzt. Eine Bestätigung erfuhr diese Kooperation durch den Einsatz von Teilen des SHIRBRIG-Brigadekommandos als interimistisches VN-Hauptquartier für UNMIL in Liberia. SHIRBRIG dient den VN und neuerdings der AU als Modell für den Aufbau international zusammengesetzter Truppen in Brigadestärke. Österreich ist seit 1997 Vollmitglied von SHIRBRIG; weitere Teilnehmer sind Argentinien, Dänemark, Finnland, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden, Rumänien und seit 2003 Litauen, Slowenien und Spanien. Österreich stand 2003 auch im Zeichen der Vorbereitungen für die Übernahme des **SHIRBRIG-Vorsitzes von Kanada im Jahr 2004**.

*Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)****1. Allgemeiner Teil**

Die meritorische Tagung des ECOSOC fand vom 30. Juni–25. Juli in Genf statt. Schwerpunkt des hochrangigen Segments der ECOSOC-Tagung waren Problemstellungen der ländlichen Entwicklung. In breit angelegten Diskussionen in der Form eines hochrangigen Dialogs und runden Tischen wurden dabei die Themen Landwirtschaft, Produktivität, Frauen, HIV/AIDS und Naturgütermanagement sowie Drogen, Handel, Energie, neue Technologien und soziale Entwicklung besprochen. Angesichts der bevorstehenden WTO-Ministerrunde in Cancún erschöpften sich viele Beiträge in Positionierungen für diese Verhandlungen.

Thema des Koordinationssegmentes der ECOSOC-Tagung war die Rolle des ECOSOC in der integrierten und koordinierten Implementierung der Ergebnisse der VN-Gipfel und -Konferenzen. Aufbauend auf die im Mai angenommene Resolution der GV zum Konferenz-Follow-up wird der ECOSOC Anfang 2004 informelle Konsultationen zur Erstellung eines Mehrjahresprogramms für seine Diskussionen beginnen.

In Paneldiskussionen mit den Leitern der VN-Fonds und -Programme wurden im operationellen Segment der ECOSOC-Tagung die Aktivitäten der VN-Entwicklungsakteure diskutiert. Dabei wurden vor allem die weitere Harmonisierung der Programmarbeit der VN-Organisationen im Feld, deren Ausrichtung auf die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) sowie Finanzierungsfragen angesprochen.

Das humanitäre Segment der ECOSOC-Tagung beschäftigte sich mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Finanzierung von humanitärer Hilfe und deren Effektivität, mit den Auswirkungen von HIV/AIDS auf die humanitäre Hilfe sowie mit Fragen des Übergangs von humanitärer Nothilfe zur Entwicklung. Auch konnte im humanitären Segment wieder eine Resolution (Stärkung der Koordination der humanitären Nothilfe der VN) im Konsens angenommen werden. Wesentliche Fortschritte dieser Resolution waren u. a. die für eine humanitäre Resolution des ECOSOC erstmalige Verankerung der Verpflichtung aller Parteien eines bewaffneten Konfliktes, die Zivilbevölkerung zu schützen, sowie die Einbettung der humanitären Hilfe in den Kontext der Entwicklungsaktivitäten. Ein Verweis auf das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes konnte ebenfalls – und erstmals in einer ECOSOC-Resolution – aufgenommen werden.

Im generellen Segment der ECOSOC-Tagung konnte zu zahlreichen Themen keine Einigung gefunden werden (Dauer und Zusammensetzung des Büros der Kommission für nachhaltige Entwicklung, Teilnahme von NGOs an den Sitzungen dieser Kommission, Streichung von Kap Verde und den Malediven von der LDC-Liste, Frage der Nicht-Verbreitung genetischer Daten). Die Behandlung dieser Themen wurde daher auf eine wiederaufgenommene Sit-

Programme und Fonds der Vereinten Nationen

zung des ECOSOC vertagt. Das Mandat der Ad-hoc-Beratungsgruppe zu Guinea-Bissau wurde bis Jänner 2004 verlängert. Eine Ad hoc-Beratungsgruppe zu Burundi wurde eingerichtet. Die Aufnahme von Ost-Timor in die Liste der LDC wurde einstimmig beschlossen.

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE)

Als eine der Regionalkommissionen der Vereinten Nationen widmet sich die 55 Mitglieder umfassende Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) mit Sitz in Genf (Exekutivsekretärin: Brigita Schmögnerova, Slowakei) primär der Heranführung der wirtschaftlich schwächeren Länder der Region an das übrige Europa, insb in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Handelserleichterung und Unternehmensentwicklung, wobei die ECE als Forum für die Ausarbeitung von Normen und Standards sowie den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen Experten dient. Nachdem sich die ECE nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgreich an die neuen politischen und wirtschaftlichen Realitäten Europas angepasst hat, wird die Organisation durch die Erweiterung der EU nach Osten vor neue Herausforderungen gestellt. Verschiedene jüngste Reformbemühungen der ECE tragen dieser Entwicklung Rechnung.

Beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 wurden die ECE und die anderen regionalen Wirtschaftskommissionen der VN aufgefordert, das Thema nachhaltige Entwicklung stärker in ihre Arbeitsprogramme zu integrieren. Im Rahmen der ECE wurde daraufhin beschlossen, ein **Regionales Implementierungsforum für nachhaltige Entwicklung** Anfang 2004 in Genf abzuhalten, wobei Österreich im Hinblick auf das besondere Engagement der Stadt Wien im Rahmen der ECE im Bereich des sozialen Wohnbaus im Panel „Siedlungswesen“ vertreten sein wird. Die Stadt Wien unterstützte 2003 den **Trust Fund des Komitees für Siedlungswesen** („human settlements“) mit einer Zuwendung von 20.000 Euro zwecks Einrichtung einer Task Force zum Thema soziales Wohnen („Social Housing“).

V. Programme und Fonds der Vereinten Nationen

1. Das Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)

Das seit 1998 bestehende Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA) konnte sich als glaubwürdiger und einflussreicher Partner und Koordinator der humanitären Akteure (Staaten, Internationale Organisationen, andere Teile des VN-Systems, Nicht-Regierungs-Organisationen, Einzelpersonen) behaupten. Zuständig für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN, deren Förderung im Verhältnis zu anderen VN-Stellen sowie für die internationale Koordination der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe, ver-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

fügt OCHA weltweit über 41 Länder- und Regionalbüros. Obwohl Teil des VN-Sekretariats, erhält OCHA lediglich rund 12,5% seines Finanzbedarfs aus dem regulären VN-Budget, der Rest wird durch freiwillige Beiträge einiger Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, aufgebracht. Besondere Bedeutung hat der **United Nations Consolidated Inter-Agency Appeal (CAP)**. Der CAP ist ein strategisches Planungs- und Koordinationsinstrument der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit komplexen Krisen. Ziel ist das Zusammenführen in einem einheitlichen Ersuchen um freiwillige Beiträge aller bei den einzelnen VN-Einrichtungen verfügbaren Informationen über die humanitären Bedürfnisse eines krisengeschüttelten Landes. Es ist dem CAP zu verdanken, dass Qualität, Geschwindigkeit und Effektivität der international erbrachten Leistungen konstant verbessert werden konnten. Am 19. November wurde in Genf unter Beisein der Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey der CAP für 2004 mit dem Ziel präsentiert, humanitäre Hilfe mit einem Gesamtvolumen von rund 3 Milliarden US-Dollar für 45 Millionen Menschen in 21 krisengeschüttelten Ländern und Regionen aufzubringen. VN-Einrichtungen und NGOs beteiligten sich an diesem Appell.

Österreich behielt seinen traditionellen Vorsitz in der Konsultativgruppe der Military and Civil Defence Unit (OCHA-MCDU). Es handelt sich hierbei um eine auf österreichische Anregung und mit österreichischer fachlicher Unterstützung 1996 geschaffene Koordinationsstelle für Zwecke der militärisch-zivilen Zusammenarbeit im humanitären Bereich. MCDU dient bei humanitären Krisen als Verbindungsstelle für Anfragen zur Bereitstellung militärischer und ziviler ExpertInnen. Die Arbeiten an Richtlinien über den Einsatz militärischer und ziviler Kräfte zur Unterstützung humanitärer Aktivitäten in komplexen Krisen wurden abgeschlossen und am 26. Juni in Brüssel im Beisein von Kenzo Oshima, Leiter des New Yorker OCHA-Büros, Poul Nielson, EU-Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe sowie Günther Greindl, General des österreichischen Bundesheers i.R., präsentiert. Im Rahmen des **UN Civil Military Cooperation (UN-CIMIC) Trainings-Programms** wurden Kurse abgehalten, an denen jeweils zur Hälfte zivile und militärische Experten teilnahmen.

Zur Stärkung der Koordinationsfunktion von OCHA stellte Österreich 35.000 Euro bereit. Drei Offiziere des österreichischen Bundesheeres, die zunächst von Österreich sekundiert wurden, gehören mittlerweile dem Personalstand von OCHA an.

Österreich finanzierte darüber hinaus für ein weiteres Jahr einen Rechtsexperten der **Unit for Internally Displaced Persons (IDP Unit)** und bekräftigte dadurch sein Engagement zum Schutz der Binnenvertriebenen. Primäres Ziel dieser Einheit ist die Koordinierung der einzelnen VN-Einrichtungen (u.a. UNHCR, UNICEF und WFP) bei der Hilfeleistung für Binnenvertriebene. Schätzungen zufolge gibt es 25 Mio. sog. IDPs weltweit, somit mehr als doppelt so viele IDPs als Flüchtlinge.

*Programme und Fonds der Vereinten Nationen***2. Das Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR)**

Das Amt des Flüchtlingshochkommissars ist beauftragt, internationale Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen und der Lösung von Flüchtlingsproblemen zu leiten und mit Regierungen, VN-Einrichtungen sowie NGOs zu koordinieren. Das durch eine Resolution der VN-GV 1951 geschaffene Amt soll sicherstellen, dass jede Person ihr Recht ausüben kann, Asyl zu suchen, Zuflucht in einem anderen Staat zu finden sowie freiwillig zurückzukehren. Durch die Unterstützung von Flüchtlingen bei ihrer Rückkehr oder Ansiedlung in einem Drittstaat wird versucht, zu dauerhaften Lösungen beizutragen. Während das Flüchtlingsrecht die Grundlage für seine Hauptfunktion darstellt, hat das Amt auch subsidiäre Funktionen erhalten, insb Staatenlose bzw. Menschen, deren Nationalität umstritten ist, und in bestimmten Fällen auch intern Vertriebene.

Zu Jahresbeginn waren rund 20 Mio. hilfsbedürftige Menschen vom Mandat des UNHCR erfasst. Mit 4.395 Mitarbeitern in 153 Büros und 67 Ländern stellt der UNHCR – neben dem WFP und UNICEF – eine der größten Hilfsorganisationen dar, die in praktisch allen Erdteilen operativ ist. Das Jahresbudget belief sich auf rund 1 Mrd. US-Dollar.

Hochkommissar Ruud Lubbers widmete sich auch im dritten Jahr seiner Amtstätigkeit der Konsolidierung der Finanzlage und setzte eine Reformdiskussion über den Geschäftsgang des Amtes fort. Der als „UNHCR 2004“ betitelte Prozess konnte durch die Annahme einer entsprechenden Resolution der VN-GV zu einem vorläufigen Abschluss gebracht werden. Eine der einschneidendsten Veränderungen betrifft das Mandat des UNHCR, das in Zukunft zeitlich unbefristet ist. Weiters berichtet der UNHCR an den ECOSOC nur noch mündlich und übermittelt der GV einen umfassenden schriftlichen Bericht. Die von Lubbers angeregte Einführung eines geschätzten Beitragsschlüssels stieß bei den meisten Geberländern auf Widerstand, weshalb auch in Zukunft die Beiträge nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit geleistet werden.

Die vom Hochkommissar 2002 begonnene Initiative „Konvention Plus“ wurde fortgesetzt. Dieses Projekt ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 mit ihrem Zusatzprotokoll von 1977 nicht ausreicht, um den heutigen Flüchtlingsproblemen Herr zu werden. Ziel sind daher mögliche bi-, tri- oder multilaterale Rahmenabkommen mit unterschiedlichen Aspekten der Flüchtlingsproblematik. Zu diesem Zweck wurde am 27. Juni ein sog. „Forum“ abgehalten, bei dem die meisten Delegationen klarstellten, dass solche Abkommen („special agreements“) auf der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aufbauen müssten, dieses somit in keinem Fall untergraben dürfen. Als konkreten Vorschlag präsentierte Kanada ein Konzept über die Umsiedlung von Flüchtlingen in Drittstaaten. Demnach sollten Geberländer bereit sein, zur Lösung eines bestimmten Flüchtlingsproblems eine gewisse Anzahl von Flüchtlingen im ei-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

genen Land aufzunehmen. Umsiedlung („resettlement“) solle neben Repatriierung („repatriation“) und lokaler Integration („local integration“) eine der drei Möglichkeiten zur erfolgreichen Lösung eines Flüchtlingsproblems („durable solution“) darstellen.

VI. Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)

Österreich ist seit 1947 Mitglied der FAO und war von 2002 – 2003 eines von insgesamt 49 Mitgliedern des FAO-Rates, die für die Dauer von drei Jahren gewählt werden. Zudem wurden Ost-Timor, Tuvalu, die Ukraine und die föderierten Staaten Mikronesiens als neue Mitglieder der FAO aufgenommen (nunmehr 187 Länder und die Europäische Gemeinschaft).

Die **64. Tagung des Komitees für Warenprobleme** (Rom, 18.–21. März) befasste sich mit der Situation der Weltmärkte, inklusive der mittelfristigen Vorschau betreffend die Weltmärkte für landwirtschaftliche Waren sowie den politischen Entwicklungen des Handels und der landwirtschaftlichen Warenmärkte.

Die **17. Tagung des Landwirtschaftskomitees** (Rom, 31. März – 4. April) war vor allem von den Themen Ernährungssicherheit, zu deren Hauptelementen der Schutz landwirtschaftlicher Produktionssysteme, der Schutz der menschlichen Gesundheit und das Verbrauchervertrauen in landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Umweltschutz und nachhaltige Produktion zählen, der Gestaltung von Voraussetzungen für den nachhaltigen Lebensunterhalt im ländlichen Raum („sustainable rural livelihoods“) sowie den Agro-Umwelt-Informations- und Entscheidungshilfen für nachhaltige Entwicklung geprägt.

Das vom Sekretariat vorgelegte **Konzept für Lebensmittelsicherheit und –qualität** in Form einer ganzheitlichen Vorgangsweise („food chain approach“) fand allgemeine Zustimmung. Betont wurde aber die Notwendigkeit, das Konzept an den im Codex Alimentarius erreichten Konsens anzupassen und die Belange von Entwicklungsländern stärker zu beachten. Diese müssten weitere Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten, bei der Stärkung nationaler Institutionen und bei der Anpassung an höhere Sicherheitsstandards erhalten. Das Sekretariat wurde ersucht, das Rahmenkonzept zur nächsten Tagung überarbeitet vorzulegen.

Der seitens des Sekretariats konzipierte **Rahmenvorschlag für gute landwirtschaftliche Praxis (GAP)** – von der Primärproduktion bis zur Verarbeitung und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse – wurde vom Komitee als ein Weg zur Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung (SARD) begrüßt. Es sollten aber keine neuen Rege-

Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

lungen geschaffen werden, sondern die bestehenden im Rahmen von Codex Alimentarius, Internationaler Pflanzenschutz-Konvention (IPPC) und Pflanzenschutzmittel-Verhaltenskodex ergänzt werden. Ein solcher GAP-Rahmen müsse insb die weltweit sehr unterschiedlichen natürlichen und sozioökonomischen Bedingungen und die Belange aller Produzenten berücksichtigen und dürfe weder Kleinproduzenten noch Verbraucher in Entwicklungsländern benachteiligen.

Bei der **29. Tagung des Komitees für Welternährungssicherheit** (Rom, 12.–16. Mai) standen der Bericht über die erste Tagung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe (IGWG) zur Erarbeitung von freiwilligen Richtlinien zur Unterstützung der fortschreitenden Realisierung des Rechtes auf angemessene Ernährung im Zusammenhang mit der nationalen Ernährungssicherung sowie die gegenwärtigen Initiativen der FAO im Kampf gegen den Hunger zur Diskussion. Aber auch die Rolle der Aquakultur zur Verbesserung der Ernährungs- und Nahrungsmittelsituation sowie die Bedeutung von Katastrophen in Bezug auf langfristige Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung und ein in diesem Zusammenhang von der FAO errichteter Fonds über 2 Mio. US-Dollar wurden erörtert.

Bei der **32. FAO-Konferenz** (Rom, 29. November – 10. Dezember) standen vor allem die zu intensivierenden Aktionen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei, die Arbeiten des FAO/VN-Welternährungsprogramms, das internationale Jahr des Reises 2004, der Fortschrittsbericht über die Erfüllung des geschlechtsspezifischen FAO-Entwicklungsplanes 2002–2007 sowie die Verstärkung der Kohärenz bei der FAO-Initiative zur Hungerbekämpfung, wobei auch das Recht auf Nahrung zur Sprache kam, im Mittelpunkt. Österreich war durch Bundesminister Josef Pröll vertreten.

Neben drei Runden Tischen (Die Rolle des Wassers und der Infrastruktur für eine nachhaltige Ernährungssicherung; Entwicklungen bei den internationalen Handelsverhandlungen betreffend Landwirtschaft und ihre Auswirkung auf die Ernährungssicherheit; Dimensionen der Lebensmittelsicherheit und der Ernährungssicherung) gab es eine Reihe von Nebenveranstaltungen, wobei die Auswirkung von HIV/AIDS auf die Landwirtschaft, der internationale Vertrag für pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft sowie der Nutzen von Wissenschaft und Technologie zur Verbesserung der Wasserverwaltung in Afrika und im Nahen Osten diskutiert wurden.

2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Im Rahmen der **91. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz** im Juni in Genf wurde das Übereinkommen Nr. 185 über Ausweise für Seeleute (Neufassung) angenommen. Dieses sieht einen international einheitlichen, für Einwanderungsbehörden leicht erkennbaren, eigenständigen Ausweis vor, der der Anforderung einer biometrischen Darstellung gerecht wird.

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Im Hinblick auf die Ausarbeitung neuer internationaler Urkunden bei künftigen Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz bildeten die Entwicklung der Humanressourcen, das Arbeitsverhältnis sowie der Arbeitsschutz weitere Schwerpunkte.

Allgemeine Diskussionen gab es zu den Themen „Arbeit – ein Weg aus der Armut“ und „Gleichheit bei der Arbeit – ein Gebot der Stunde“.

Das Übereinkommen Nr. 184 über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft sowie die Empfehlung Nr. 192 betreffend denselben Gegenstand wurden im Juli vom Nationalrat zur Kenntnis genommen. Der Nationalrat hat weiters die Ratifikation des Übereinkommens Nr. 183 über die Neufassung des Übereinkommens über den Mutterschutz beschlossen und die diesbezügliche Empfehlung zur Kenntnis genommen.

3. Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Die ITU bringt Regierungen und Industrie zusammen, um gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten zu koordinieren. Sie ist zuständig für die Standardisierung, Koordinierung und Entwicklung der internationalen Telekommunikation und für die Harmonisierung nationaler Politiken. Im Rahmen der ITU werden internationale Vollzugsordnungen und Verträge abgeschlossen, welche die terrestrische sowie die Weltraumnutzung des Frequenz-Spektrums und des Satellitenorbits regeln. In den drei Sektoren der ITU werden Normen für das weltweite Zusammenwirken („interconnection“) von Telekommunikationssystemen unabhängig von der zum Einsatz gelangenden Technologie entwickelt. Die alle vier Jahre stattfindende Konferenz der Bevollmächtigten ist oberstes Organ der ITU. Die 16. Konferenz fand 2002 in Marrakesch statt.

Die ITU ist zusammen mit anderen Organisationen der VN Initiator des in zwei Abschnitten (10.–12. Dezember 2003 in Genf und 2005 in Tunis) und unter der Schirmherrschaft des VN-GS stehenden „Weltgipfels zur Informationsgesellschaft“.

Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society – WSIS) ist eine unter der Ägide der VN stehende Gipfelkonferenz, die sich in eine lange Serie von Weltkonferenzen zu den zentralen Fragen der globalen Entwicklung einreihet. Initiatorin des Weltgipfels ist die Internationale Fernmeldeunion (ITU), die dieses Projekt gemeinsam mit anderen Sonderorganisationen der VN, wie der UNESCO, dem Entwicklungsprogramm der VN (UNDP), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem VN-Umweltprogramm (UNEP), sowie der Welternährungsorganisation (FAO) unter der Schirmherrschaft des VN-GS durchführt. Die VN-GV hat mit Resolution 56/183 diesen Gipfel nachdrücklich begrüßt.

Ziel der ersten Gipfelphase in Genf (10.–12. Dezember) war es, die neuen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich in

Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

Folge der modernen Entwicklung der Informationsgesellschaft ergeben, in all ihren Aspekten für das menschliche und gesellschaftliche Leben anzusprechen und dabei insb unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie der Privatwirtschaft zu einem gemeinsamen Verständnis über die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologie auf die Gesellschaft zu gelangen. In diesem Sinne wurden in Genf eine **politische Grundsatzklärung** sowie ein **strategischer Aktionsplan** beschlossen, in dem konkrete gemeinsame Ziele festgelegt sind. Als besondere Problempunkte erwiesen sich in den im Vorfeld des Weltinformationsgipfels geführten Verhandlungen vor allem die Bereiche Regulierung des Internets, Netzsicherheit, Rolle der Medien, Menschenrechte, geistiges Eigentum und nicht zuletzt die Frage der Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen. In der im Jahr 2005 in **Tunis stattfindenden zweiten Phase des Weltinformationsgipfels**, die insb Entwicklungsthemen gewidmet sein wird, sollen sodann die seit 2003 erreichten Fortschritte bewertet werden.

Im Rahmen der mehr als 300 „Side Events“ war **Österreich** in Genf durch die Europäische Akademie für Digitale Medien und das Internationale Zentrum für Neue Medien in Salzburg mit einem Projekt vertreten, das weltweit Preisträger der Informationsgesellschaft in verschiedenen Kategorien im Hinblick auf Inhalt und Kreativität ermittelt („**World Summit Award – the best in e-Content and Creativity**“). Weiters wurden die interaktive Installation „**Hidden Worlds of Noise and Voice**“ des Ars Electronica Center in Linz im Tagungsbereich ausgestellt und das an der Technischen Universität Wien entwickelte Messverfahren („**Benchmark-Tool**“) zur vergleichenden, nach Ländern geordneten Erfassung des Entwicklungs- und Anwendungsgrades im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie präsentiert.

Weitere österreichische Initiativen betrafen die Einberufung eines internationalen Vorbereitungssymposiums zur Menschenrechtsdimension der Informationsgesellschaft, dessen „**Statement on Human Rights, Human Dignity and the Information Society**“ in den Gipfelvorbereitungsprozess einfluss. Österreich leistete zudem einen Beitrag zu der vom CERN einberufenen wissenschaftlichen Vorbereitungskonferenz des Gipfels zur „**Rolle der Wissenschaft in der Informationsgesellschaft**“ (RSIS).

4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft bei IFAD leistet Österreich weltweit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände der ärmsten ländlichen Bevölkerungsgruppen und gleichzeitig zur Erreichung der „Millennium Development Goals“. IFAD fördert die ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Als eher kleine Finanzierungsorganisation fördert IFAD die Schaffung eines „Enabling Micro-

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

environment for the Poor“. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, Technologien, fairen Märkten, Mindestinfrastruktur (Landstraßen), Gesundheitspflege und Grundschulbildung für die ländlichen Armen.

5. Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO)

Der IMO gehören gegenwärtig 163 Mitgliedstaaten und drei assoziierte Mitglieder an. Sie beschließt international rechtsverbindliche Vorschriften zur Erhöhung der **Sicherheit der Seeschifffahrt** und ist der **Verhütung von Umweltkatastrophen** auf See verpflichtet. Im Zuge verstärkter Bemühungen im Gefolge des Untergangs des Tankers „Prestige“ wurde im Dezember vom Marinen Umweltschutzkomitee ein revidierter beschleunigter Zeitplan zur Außerdienststellung für Einhüllen-Tankschiffe angenommen. Bereits im Mai konnte anlässlich der Internationalen Konferenz über ein Zusatzprotokoll zum Internationalen Fonds für Ölverschmutzungsschäden Einigung über Verbesserungen des IMO-Haftungs- und Entschädigungssystems erzielt werden, wodurch künftig der finanzielle Entschädigungsrahmen auf nahezu 1 Mrd. Euro angehoben wird.

Auf der Tagesordnung der **23. IMO-Versammlung** standen u. a. die Entwicklung des „Audit Scheme“ für die Flaggenstaaten, Richtlinien betreffend Zufluchtshäfen für in Seenot geratene Schiffe und Fragen im Zusammenhang mit der Abwrackung von Seeschiffen. Zum neuen GS (ab 1. Jänner 2004) wurde Efthimios Mitropoulos (Griechenland) bestellt, der William O’Neil (Kanada) ablöst.

Unter österreichischer Flagge wurden zu Jahresende sechs Hochseeschiffe mit zusammen 29.918 Bruttoregistertonnen betrieben. Österreichs Interesse im Rahmen der IMO gilt insb Nachhaltigkeitsaspekten in der Seeschifffahrt sowie der nuklearen Sicherheit und internationalen Standards zur Bekämpfung des Schlepperunwesens auf See.

6. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)

Im März fand am ICAO-Sitz in Montreal eine Weltkonferenz zur Entwicklung eines Rahmens zur **Liberalisierung der globalen Luftfahrt** statt, zu der alle 188 Mitgliedstaaten sowie rund 30 Internationale Organisationen eingeladen waren. Die Konferenz endete mit einer Erklärung, die sich eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Liberalisierung der Luftfahrt unter Wahrung der Sicherheit, der sozialen Interessen sowie des Umweltschutzes zum Ziel setzt.

Bei der **34. (außerordentlichen) Tagung der ICAO-Generalversammlung** Anfang April wurde die Aufstockung des ICAO-Rates von 33 auf nunmehr 36 Mitglieder beschlossen. Chile, Singapur und Südafrika wurden als neue Mitglieder gewählt. Österreich wird im Rahmen der Wahlplattform ABIS,

Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

der noch die Benelux-Staaten, Irland sowie die Schweiz angehören, bei der 35. ordentlichen Generalversammlung im Herbst 2004 erstmals für einen Sitz im ICAO-Rat kandidieren.

Der Ausbruch der SARS-Epidemie stellte auch für die ICAO eine besondere Herausforderung dar. Es wurden Notmaßnahmen zur Verhinderung einer Ausweitung angeordnet und in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation Anfang Juni ein neuer Maßnahmenkatalog für verbesserte Schutzmaßnahmen auf internationalen Flughäfen erstellt.

Im Rahmen der im September stattgefundenen „Air Navigation Conference“ wurde die Grundlage für die Entwicklung eines globalen, harmonisierten Navigationssystems geschaffen, das vor allem der Erhöhung der Sicherheit im Luftverkehr dienen soll.

Im November trat das im Jahre 1999 unterzeichnete **Montrealer Abkommen** zur Neuregelung der zivilrechtlichen Schadenshaftung der Fluggesellschaften in Kraft, womit insb das nicht mehr den Anforderungen entsprechende Warschauer Abkommen aus dem Jahre 1929 abgelöst wurde. In Österreich wurde das innerstaatliche Ratifikationsverfahren zeitgerecht abgeschlossen, in Geltung tritt das Abkommen jedoch erst nach der gemeinschaftlichen Überreichung der Ratifikationsurkunden durch alle EU-MS.

Im Dezember wurde der Konflikt zwischen der EU und den USA in der sog. „Hushkits“-Frage (Landeverbote für veraltete, mit Geräuschdämpfern nachgerüstete US-Flugzeuge) auch formell beendet.

7. Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

2003 hat sichtbare Erfolge für die Reformen gebracht, die UNESCO-Generaldirektor Koichiro Matsuura seit seinem Amtsantritt vor vier Jahren zielstrebig durchgeführt hat. Mit dem Wiederbeitritt der USA per 1. Oktober wird die Organisation nach über 18 Jahren wieder ihrem Anspruch auf Universalität gerecht und zählt nun, nachdem im Juni auch Timor-Leste beigetreten ist, insgesamt 190 Mitglieder.

Die 32. Generalkonferenz (29. September – 17. Oktober) verlief in überaus positiver Atmosphäre, leistete ein großes Pensum an sachorientierter Arbeit und war von sehr engagierten Debatten geprägt. Was Zahl und Rang der Delegierten betrifft, war sie ebenfalls ein Großereignis, fünf Staatschefs sprachen vor dem Plenum, ebenso wie Laura Bush, die Frau des US-Präsidenten, die die künftigen Schwerpunkte der USA in der UNESCO skizzierte (Grundbildung, Erziehung zur Toleranz, Post-Konflikt-Bildung sowie Aufklärung über HIV/AIDS). Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Elisabeth Gehringer angeführt, die auch an der Plenardiskussion teilnahm. In einem Kernaufgabenbereich der UNESCO, bei der normativen Tätigkeit, konnten bei der Generalkonferenz mehrere wichtige Projekte abgeschlossen

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

werden. Nach intensiven Vorarbeiten, vor allem in den letzten beiden Jahren, wurde die Konvention zum Schutz des immateriellen Kulturerbes angenommen. Sie regelt Bereiche des Welterbes, welche durch die erfolgreiche Welterbekonvention aus dem Jahre 1972 nicht abgedeckt werden.

Die Ausarbeitung einer Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, die von Österreich sehr begrüßt wird, wurde mit besonders regem Interesse debattiert. Die Generalkonferenz beauftragte Generaldirektor Matsuura damit, einen Entwurf für eine solche Konvention vorzubereiten. Er wird dabei insb Konsultationen mit der Welthandelsorganisation (WTO), der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sowie der Weltorganisation zum Schutz des geistigen Eigentums (WIPO) führen. Ein erstes Expertentreffen fand im Dezember in Paris statt.

Die Generalkonferenz verabschiedete eine Internationale Deklaration zum Schutz menschlicher genetischer Daten, ein wichtiges neues Instrument im Bereich der Bioethik und beauftragte Generaldirektor Matsuura damit, als nächsten Schritt eine Erklärung über universelle Normen zur Bioethik auszuarbeiten.

Als weitere standardsetzende Instrumente wurden die Charta zur Wahrung des digitalen Erbes und die Empfehlung zur Förderung und Nutzung der Mehrsprachigkeit und des allgemeinen Zugangs zum Cyberspace beschlossen. Die vor zwei Jahren unter dem Eindruck der Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamian initiierte Deklaration zur vorsätzlichen Zerstörung kulturellen Erbes wurde im Konsens angenommen. Schließlich wurde Generaldirektor Matsuura das Mandat zur Vorbereitung einer Konvention gegen Doping im Sport erteilt.

Die Organisation stellte sich engagiert den Herausforderungen im Nachkriegs-Irak. Die Hilfe bei der Verteilung von Unterrichtsmaterialien für Schulen, die noch unter dem „Oil for Food“-Programm der VN begonnen hatte, wird unter den neuen Bedingungen weiter geführt. Dazu kommt nunmehr die Aufgabe, den Wiederaufbau des irakischen Schulsystems zu unterstützen. Was die Plünderungen an Kulturgütern nach den Kriegshandlungen betrifft, berief Generaldirektor Matsuura schon im April ein Expertentreffen nach Paris ein, dem noch zwei Tagungen folgten; weiters wurden zwei Expertenmissionen in das Land entsandt. Die UNESCO erstellte u.a. gemeinsam mit INTERPOL eine Datenbank gestohlener Objekte sowie ein computergestütztes Inventar von Artefakten irakischer Museen.

Auch 2003 wirkte die UNESCO beim Wiederaufbau in Afghanistan mit (Erziehungssystem, Unterstützung der Medien, Wahrnehmung der diversen Aspekte des kulturellen Erbes).

Zum Weltgipfel für die Informationsgesellschaft (WSIS) hat die UNESCO mit ethischen und intellektuellen Überlegungen zu Themen wie soziale Einbindung, Jugend, „Gender“, kulturelle Vielfalt, Menschenrechte und inter-

Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

kulturellen Dialog beigetragen. Sie begleitete den Gipfel mit verschiedenen Veranstaltungen, darunter dem Runden Tisch der Informationsminister im Oktober am Rande der Generalkonferenz.

Die feierliche Überreichung der Urkunden zur Eintragung der grenzüberschreitenden Kulturlandschaft Fertő/Neusiedlersee in die Welterbeliste erfolgte im Mai, jene für das historische Zentrum von Wien im Oktober. Österreich weist nunmehr acht Stätten in der Welterbeliste auf, die bereits 754 Eintragungen in 129 Ländern der Welt umfasst.

Eine weitere für die UNESCO erfreuliche Folge des Wiederbeitritts der USA war, dass in Würdigung der erfolgreichen Reformbemühungen der letzten Jahre das Biennialbudget nach sechs Jahren Nullwachstum auf 610 Mio. US-Dollar angehoben werden konnte.

Österreichs Anteil von 1,25% am UNESCO-Budget belief sich auf 1.488.361 US-Dollar und 1.646.125 Euro. Hinzu kam noch der Beitrag zum Welterbefonds in Höhe von 33.894 US-Dollar. Österreich leistete verschiedene freiwillige Beiträge, so zum ICOMOS-Dokumentationszentrum (7.442 US-Dollar und 8.231 Euro), zum Fonds zur Entwicklung der Kenntnisse der Menschenrechte (10.000 Euro) und zur Ausbildung von Bildungsplanern aus Entwicklungsländern (I.I.E.P.) 72.600 Euro.

8. Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die **56. Weltgesundheitsversammlung** (Genf, 19.–28. Mai) war vom Geist des Kompromisses und der Zusammenarbeit geprägt. Der Koreaner **Jong Wook Lee** wurde zum neuen Generaldirektor der WHO bestellt und trat am 21. Juli sein Amt an. Die **WHO-Tabakrahmenkonvention** wurde einstimmig angenommen und von Österreich am 28. August unterzeichnet. Nach zähen Verhandlungen wurde das Budget 2004–2005 verabschiedet, wobei es gelang, zur VN-Beitragsskala als Referenzwert zurückzukehren. Der Wechsel Zyperns von der „Eastern Mediterranean Region“ (EMRO) in die „European Region“ (EURO) wurde beschlossen. Je ein Vertreter folgender zehn WHO-Mitgliedstaaten wurde in den **Exekutivrat** gewählt: Ecuador, Frankreich, Guinea-Bissau, Island, Kanada, Nepal, Pakistan, Sudan, Tschechische Republik, Vietnam. Wiederum wurde eine Reihe von Resolutionen verabschiedet – die meisten davon im Konsens – darunter solche zu SARS, International Health Regulations und Intellectual Property Rights. Die Resolution zu Palästina und jene betreffend die Vertretung von Entwicklungsländern im WHO-Sekretariat wurden erst nach Abstimmung angenommen, wobei sich Österreich jeweils der Stimme enthielt. Österreich war durch Bundesministerin Maria Rauch-Kallat vertreten, begleitet von Staatssekretär Reinhart Waneck.

Die **53. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa** fand von 8.–11. September in Wien statt. Die von Österreich ausgerichtete Veranstaltung, die von

Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

Bundespräsident Thomas Klestil eröffnet wurde und an der sich sowohl Bundesministerin Rauch-Kallat als auch Staatssekretär Waneck aktiv beteiligten, war ein großer Erfolg. Rauch-Kallat wurde zur Präsidentin des Regionalkomitees für Europa gewählt, Hubert Hrabcik, Leiter der Sektion Öffentliches Gesundheitswesen im BMFG, in den Ständigen Ausschuss, in dem Österreich nun zum ersten Mal vertreten ist. Auch Generaldirektor Lee nahm an der Regionaltagung teil und stellte sein künftiges Programm im Regionalkomitee für Europa vor. Im Rahmen seines Aufenthaltes traf er auch mit Bundesministerin Ferrero-Waldner zu einem Arbeitessen zusammen.

Die wichtigsten Themen der Tagung beschäftigten sich mit Länderstrategien, HIV/AIDS und Tuberkulose, Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und mentaler Gesundheit.

Im Anschluss an Konsultationen zwischen UNAIDS, dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF) und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA) beschloss Österreich, UNAIDS 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Mittel kommen aus dem Budget des BMGF und werden für Projekte in Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zum Einsatz kommen. Das BMAA wird UNAIDS mit Anfang 2004 für zwei Jahre einen Junior Professional Officer zur Verfügung stellen und damit einen „human ressource“-Beitrag an das Programm leisten.

Der „**Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria**“ (GFATM), von einem dreiundzwanzigköpfigen Rat geleitet, ist darauf abgestellt, als unabhängiger Finanzierungsmechanismus die finanziellen Ressourcen zur nachhaltigen Bekämpfung dieser drei Krankheiten bereitzustellen. Seit 2003 uneingeschränkt operationell, ist es dem Fonds gelungen, von Jänner 2002 bis Juli 2003 die Mittel von 1,7 auf 4,7 Mio. US-Dollar zu erhöhen.

9. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die 1957 gegründete IAEO mit Sitz in Wien beschäftigt derzeit rund 2.200 Personen. Neben den Sekretariatseinheiten im Vienna International Centre umfasst ihr Amtssitz die internationalen Laboratorien in Seibersdorf (NÖ). Hauptaufgabe der IAEO ist die weltweite Förderung von Forschung und Entwicklung der friedlichen Nutzung von Kernenergie und ihrer vielfältigen praktischen Anwendungen sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrages (NPT). Österreichs Mitarbeit in der IAEO konzentriert sich insb auf die Bereiche **nukleare Sicherheit und Strahlenschutz** sowie auf das **Sicherheitskontrollsystem** der IAEO zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Besondere Bedeutung misst Österreich der **Konvention über nukleare Sicherheit** und dem Gemeinsamen Übereinkommen über die Sicherheit abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle zu. Im Rahmen der letztgenannten

Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

Konvention hat im November die erste Überprüfungskonferenz stattgefunden. Bei dieser wurden die Berichte der 33 Vertragsstaaten über die Umsetzung der Vertragsverpflichtungen eingehend geprüft und zahlreiche Empfehlungen für künftige Verbesserungen ausgearbeitet.

Im Bereich **Sicherheitskontrollen** unterstützte **Österreich** weiter massiv den Aufbau des neuen Sicherheitskontrollsystems der IAEO. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Zusatzprotokoll zu den bestehenden Sicherheitskontrollabkommen, das den Staaten umfangreichere Informationspflichten auferlegt und den IAEO-Inspektoren raschen und ungehinderten Zugang zu sensiblen Anlagen ermöglicht. Dies wird der IAEO in Zukunft einen umfassenderen Einblick als bisher in sämtliche nukleare Aktivitäten der Mitgliedsländer erlauben. Bisher haben 79 Staaten und EURATOM Zusatzprotokolle mit der IAEO unterzeichnet. Nachdem Irland und Italien ihr Ratifikationsverfahren im Dezember abgeschlossen hatten, haben nun alle EU-Staaten dieses wichtige Instrument ratifiziert, sodass es 2004 in Kraft treten kann.

Kurz vor Ausbruch des Irakkrieges zog die IAEO am 17. März ihre **Inspektoren aus dem Irak** ab. Trotz weiterhin aufrechten Mandats konnte die IAEO nach Ende der Kriegshandlungen ihre Tätigkeit bis Jahresende nicht wieder aufnehmen. Keine Fortschritte gab es in **Nordkorea** zu verzeichnen. Die Regierung in Pjöngjang ließ seit dem erzwungenen Abzug der IAEO-Inspektoren im Dezember 2002 keine Kontrolle ihrer Nuklearanlagen mehr zu. Ihre Leistungsfähigkeit konnte die IAEO hingegen im Iran unter Beweis stellen: Nachdem im Herbst 2002 konkrete Hinweise über ein umfangreiches Nuklearprogramm im Iran aufgetaucht waren, konnte die IAEO im Laufe des Jahres zahlreiche Details zu diesem klären. Die iranische Regierung schwenkte nach starkem internationalem Druck Mitte Oktober zu einer Politik der aktiven Kooperation um und unterzeichnete am 18. Dezember das IAEO-Zusatzprotokoll.

Bei der **47. Tagung der IAEO-Generalkonferenz** vom 15.–19. September standen naturgemäß das iranische Nuklearprogramm sowie Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes gegen nuklearen Terrorismus im Mittelpunkt. Da die Anforderungen im Bereich der nuklearen Verifikation in den letzten Jahren massiv gestiegen waren, beschloss die Generalkonferenz erstmals seit 15 Jahren eine Erhöhung des IAEO-Budgets. Die Entwicklungsländer forderten im Gegenzug mehr Mittel für die IAEO-Programme im Bereich der technischen Zusammenarbeit, die ebenfalls seit Jahren unterdotiert sind. Angesichts der Krisen in Nordkorea, im Irak und im Iran legte Österreich erneut seinen Schwerpunkt auf den Bereich Sicherheitskontrolle und arbeitete hierzu wie in den Vorjahren im Namen der EU eine Resolution aus, die nach intensiven Konsultationen im Konsens angenommen werden konnte. Der zweite österreichische Schwerpunkt lag traditionellerweise im Bereich nukleare Sicherheit, wo Österreich weitere internationale Anstrengungen zu deren Stärkung einforderte.

*Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen***10. Welttourismusorganisation (WTO)**

Die Welttourismusorganisation mit Sitz in Madrid behandelt weltweit Aspekte des Tourismus. Sie bezieht in ihre Arbeit auch VertreterInnen aus der Privatwirtschaft der Mitgliedstaaten ein. Derzeit gehören ihr 142 Vollmitglieder, zwei Beobachter, sieben assoziierte und mehr als 300 affillierte Mitglieder an. 2003 wurde die WTO eine Spezialorganisation der VN.

Österreich ist seit 1995 Mitglied des Programmausschusses und führt seit September 1999 den **Vorsitz** in diesem Gremium. Bei der XV. GV in Peking (17.–24. Oktober) wurde Österreich aufgrund seiner hervorragenden Arbeit in dieser Funktion bestätigt.

Eine der Hauptaufgaben der WTO ist der Transfer von fremdenverkehrsbezogenem Know-How an Entwicklungsländer, wobei sie hierzu als ausführendes Organ für Aktivitäten der technischen Entwicklungshilfe im Rahmen von UNDP eingesetzt wird. Die wichtigste Veranstaltung 2003 war die erste internationale **Konferenz über Klimaveränderungen und Tourismus** im April in Djerba, Tunesien, an der über 150 Vertreter des öffentlichen Sektors, der Privatwirtschaft und von NGOs aus 42 Ländern sowie von sechs internationalen Organisationen teilnahmen. Die Konferenz befasste sich vor allem mit den Auswirkungen von Klimaveränderungen auf Küstenzonen, Inseln und Gebirgsregionen sowie auf Regionen, die von Dürre oder Überschwemmungen bedroht sind. Sie verabschiedete die Deklaration von Djerba über Klimaveränderung und Tourismus, in der die Auswirkungen von Klimaveränderungen auf den Tourismus anerkannt werden und in der zu weiterer Forschung sowie zur Förderung von Nachhaltigkeit im Tourismus aufgerufen wird.

Das in Peking beschlossene Arbeitsprogramm für 2004–2005 setzt Schwerpunkte in der nachhaltigen Tourismusedwicklung, im Kampf gegen Armut sowie in der Unterstützung der Destinationsentwicklung.

11. Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Die WMO hat die Aufgabe, weltweit die Vernetzung der meteorologischen Dienste zu unterstützen. Sie arbeitet an der Standardisierung der Beobachtungsdaten sowie der Auswertungsmethoden, mit denen Informationen etwa für Luftfahrt, Schifffahrt und Landwirtschaft erstellt werden. Ihre Programme sind weiters bei der Erforschung von Klimaveränderungen von Bedeutung. Österreich leistete zum WMO-Budget einen Beitrag im Ausmaß von 0,93% (588.440 Schweizer Franken).

Beim XIV. Generalkongress in Genf (5.–14. Mai) wurde Michel Jarraud (Frankreich) zum neuen Generalsekretär gewählt. Er löste damit G.O.P. Obasi (Nigeria) ab, der seit 1984 an der Spitze der Organisation gestanden war. Ebenso wurden die Mitglieder des Exekutivrats gewählt, der bis zur nächsten Generalkonferenz (2007) die Geschäfte zu führen hat.

*Andere Einrichtungen der Vereinten Nationen***VII. Andere Einrichtungen der Vereinten Nationen****United Nations University (UNU)**

Die UNU wurde 1972 mit Sitz in Tokio als autonomes Organ der VN gegründet. Als Think-Tank (Schwerpunktbereiche: Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie Friede und „Governance“) bietet sie Studenten und Wissenschaftlern ein weltweites Netzwerk, in dem durch Forschung und „capacity-building“ sowohl theoretische Lösungen als auch praktisch anwendbare Aktionspläne erarbeitet werden. Ihr Verwaltungsrat besteht aus 24 Experten, die ad personam gemeinsam von der VN-GV und dem Generaldirektor der UNESCO bestellt werden.

Neben dem Hauptsitz hat sie zwei Außenstellen in Paris und New York und 13 ausgelagerte Zentren und Programme: für Entwicklungswirtschaft (Helsinki), neue Technologien (Maastricht), Softwaretechnologie (Macao), natürliche Ressourcen in Afrika (Accra), Studien zur nachhaltigen Entwicklung (Tokio), Biotechnologie in Lateinamerika und in der Karibik (Caracas) sowie Wasser, Umwelt und Gesundheit (Kanada), weiters die Führungsakademie (Amman) sowie Programme und Initiativen zu vergleichender regionaler Integration (Brügge), Ernährung (Cornell University, USA), geothermaler Energie und Fischerei (Island) und Konfliktlösung und Ethnizität (Ulster).

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

E. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

Fortschritte in der strategischen, taktischen und konventionellen Abrüstung, Rüstungskontrolle durch vertragsgemäße Verifikation und die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen stellen wesentliche Elemente der Friedenssicherung dar. Schutz und Sicherheit des Individuums sind dabei Ausgangspunkt des österreichischen Engagements in diesen Bereichen.

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Nukleare Waffen

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT) stellt seit vielen Jahren den Eckpfeiler für die nukleare Nonproliferation dar. Durch den Beitritt von Timor-Leste hat sich die Zahl der Vertragsstaaten auf 189 erhöht, womit der NPT das Ziel der Universalität fast erreicht hat. Indien, Israel und Pakistan verharren jedoch weiterhin außerhalb des NPT.

Die 2. Sitzung der Vorbereitungscommission für die **NPT-Überprüfungskonferenz 2005** im April/Mai 2003 in Genf verlief konstruktiv und sachlich. Vor dem Hintergrund des Irak-Kriegs sowie der Nuklearkrisen im Iran und in Nordkorea stand vor allem die Frage der Nicht-Einhaltung des NPT im Mittelpunkt der Beratungen. Die Frage der Universalität des NPT spielte demgegenüber lediglich eine untergeordnete Rolle. Die Nicht-Nuklearwaffenstaaten forderten von den fünf Nuklearwaffenstaaten erneut die rasche Umsetzung ihrer Verpflichtungen in Art VI NPT zur vollständigen nuklearen Abrüstung, insb hinsichtlich der in der NPT-Überprüfungskonferenz 2000 festgelegten konkreten Abrüstungsschritte. Österreich brachte hierbei mit Schweden und Mexiko ein Arbeitspapier mit konkreten Vorschlägen zur Reduktion nicht-strategischer Nuklearwaffen ein. Außerdem sprach sich Österreich für eine deutliche Stärkung des IAEA-Sicherheitskontrollsystems, vermehrte Anstrengungen im Kampf gegen den illegalen Handel mit Nuklearmaterial und weitere Maßnahmen im Bereich der Exportkontrollen aus.

2. CTBT

Der Comprehensive (Nuclear) Test Ban Treaty (CTBT) sieht ein Verbot aller mit einer nuklearen Kettenreaktion verbundenen Atomtests sowie aller sonstigen nuklearen Explosionen vor. Der Vertrag tritt in Kraft, wenn er von 44 namentlich angeführten Staaten, darunter auch Österreich, ratifiziert wird. Bisher wurde der CTBT von 170 Staaten unterzeichnet und von 108 ratifiziert, darunter von 32 der 44 Schlüsselstaaten. Zwar nimmt die Zahl der Ratifikationen insgesamt stetig zu, doch schreitet die Ratifikation der Schlüsselstaaten nur

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

zögerlich voran. Die Ratifikation Algeriens im Juli 2003 war die erste seit mehr als zwei Jahren. Österreich ratifizierte den CTBT bereits am 13. März 1998.

Zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT ist in dessen Art XIV die regelmäßige Abhaltung von Konferenzen der Ratifikanten vorgesehen. Nach Oktober 1999 und November 2001 fand vom 3.–5. September in Wien eine weitere Art XIV-Konferenz statt, um über konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung des Inkrafttretens des Vertrages zu beraten. Auf dieser Konferenz wurde eine Schlusserklärung angenommen, die Aufrufe zur raschen Unterzeichnung und Ratifikation des CTBT, zur Beibehaltung des Test-Moratoriums, zur Unterstützung der Vorbereitungscommission der CTBTO und zur internationalen Zusammenarbeit enthält. Außerdem ist vorgesehen, dass ein Staat als Koordinator der internationalen Anstrengungen zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT fungieren soll, dem ein „Special Representative“ beigestellt werden wird. Noch diskutiert werden muss, ob ein 'Trust Fund' für die Finanzierung von „outreach“-Aktivitäten errichtet werden soll.

Das Provisorische Technische Sekretariat (PTS) der **Vorbereitungscommission für die CTBT-Organisation (CTBT PrepCom)** ist seit März 1997 in Wien tätig und beschäftigt rund 270 Mitarbeiter. Seine Hauptaufgabe ist der Aufbau des im Vertrag vorgesehenen Verifikationssystems mit weltweit 321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors und einem Internationalen Datenzentrum in Wien. Mit der Fertigstellung des Gesamtsystems wird 2007 gerechnet.

Im Rahmen des CTBT PrepCom setzt sich Österreich für einen möglichst raschen Aufbau des Verifikationssystems ein. Die einzige in Österreich vorgesehene Einrichtung dieses Systems ist das Radionuklid-Labor in Seibersdorf, das „verdächtige“ Radionuklidproben untersuchen wird. Es wurde als erstes der weltweit 16 Labors vom PTS zertifiziert und nahm seinen Betrieb im Dezember 2001 offiziell auf.

3. Genfer Abrüstungskonferenz (CD)

Auch 2003 gelang es trotz zahlreicher Bemühungen und leichter Anzeichen einer möglichen Überwindung der jahrelangen Pattstellung kurz vor Ende der CD-Session nicht, einen Konsens für ein Arbeitsprogramm zu erzielen. Damit konnten die seit langem überfälligen Verhandlungen für einen Vertrag über ein „Verbot der Produktion spaltbaren Materials für Nuklearwaffen und anderer Sprengkörper“ (**Fissile Material Cut-off-Treaty, FMCT**) noch immer nicht aufgenommen werden.

4. Chemiewaffenkonvention (CWK)

Die am 29. April 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention (CWK) sieht ein Verbot sowie die phasenweise Vernichtung sämtlicher Chemiewaffen bis 2007 und zudem Maßnahmen zu deren Kontrolle vor. Sitz der Orga-

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

nisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), zu deren Gründungsmitgliedern Österreich zählt, ist Den Haag. Bis Ende 2003 haben 158 Staaten das Übereinkommen ratifiziert, 180 haben es unterzeichnet.

2003 wurden 273 Inspektionen in 205 Anlagen (von 4.887 zu inspizierenden) durchgeführt; davon erfolgten 132 Inspektionen in kommerziellen chemischen Betrieben. Die Gesamtanzahl der seit Inkrafttreten der Konvention in den Mitgliedstaaten durchgeführten Inspektionen erhöhte sich auf 1.600 in 679 Anlagen.

Bis 1. Dezember 2003 konnte die Vernichtung von insgesamt ca. 8.250 Tonnen Chemiewaffen (von 69.869 Tonnen deklarierten) und 1.992.556 Stück verbotener Munition (von 8.624.584 deklarierten Stück) überwacht werden. Die OPCW bestätigte die Zerstörung von 31 der 61 deklarierten Chemiewaffenproduktionsanlagen, weitere 13 werden gerade dazu vorbereitet, zehn Anlagen wurden für zivile Zwecke umgebaut, weitere zehn sind für den Umbau vorgesehen.

Die RF vernichtete bis Ende April 2003 (statt wie vorgesehen April 2000) nunmehr 1% ihrer Kategorie 1-Chemiewaffen. Weitere Verzögerungen bei der Chemiewaffenvernichtung gibt es in den USA und in Südkorea. Bei der **8. Vertragsstaatenkonferenz im Oktober 2003** wurden die **Fristen** für die RF zur Vernichtung von 20% ihrer Chemiewaffen auf 29. April 2007, für die USA zur Vernichtung von 45% ihrer Chemiewaffen auf 31. Dezember 2007 sowie für Südkorea zur Vernichtung von 45% ihres Bestandes an Chemiewaffen auf 31. April 2007 erstreckt. Die Annahme der Fristverlängerungen zur Vernichtung von 45% der deklarierten Chemiewaffen bis 31. Dezember 2007 bedeutet eine Überschreitung der in der CWK ursprünglich vorgesehenen 10-Jahres-Frist. Ungewiss erscheint damit auch die Einhaltung der grundsätzlich vorgesehenen maximalen Fristverlängerung der Chemiewaffenvernichtung um fünf Jahre auf 2012.

Die **1. Überprüfungskonferenz** der CWK fand vom 28. April–9. Mai 2003 in Den Haag statt. Einstimmig angenommen wurde die Politische Erklärung sowie das bis zuletzt umstrittene Abschlussdokument, in denen jeweils die Weichen für die nächsten Jahre gestellt werden. Trotz Kompromissen konnte eine Aufweichung der Konvention verhindert werden. Die Vertragsstaaten bestärkten in den wichtigsten Teilbereichen – Chemiewaffenzerstörung, nationale Implementierung der CWK, Universalisierung – ihren Willen zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen.

Seit Einrichtung des provisorischen Technischen Sekretariates der Organisation 1993 unterstützt Österreich aktiv den Aufbau der Arbeit der Organisation und ihrer Organe. Österreich ist seit Mai 2002 nicht mehr Mitglied des Exekutivrates (nächste Periode wird von 2008–2009 sein).

Das Gesamtbudget der OPCW beträgt **68,5 Mio. Euro** für das Jahr 2003. Österreichs **Mitgliedsbeitrag** beläuft sich auf **605.984 Euro** (0,946%)

Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen (BTWK)

Dieses Übereinkommen aus dem Jahre 1972 umfasst das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer Waffen) und von Toxinwaffen sowie ihre Vernichtung. Es sieht keine Verifikationsmaßnahmen vor. Seit 1995 wird daher versucht, die Biologiewaffenkonvention durch einen Verifikationsmechanismus zu stärken. Die Verhandlungen der dafür eingerichteten Ad-hoc-Gruppe gingen jedoch im August 2001 ohne Ergebnis zu Ende.

Die **5. Überprüfungskonferenz** im November und Dezember 2001 musste mangels Einigung über die Fortführung der Verhandlungen suspendiert werden. Bei der im November 2002 wiederaufgenommenen Konferenz konnte Einigung über ein bescheidenes Arbeitsprogramm erzielt werden. Dieses sieht insb die jährliche Abhaltung einer Konferenz der Vertragsstaaten vor. Ziel ist es, einen verbesserten Informationsaustausch zu erreichen. Das **Vertragsstaatentreffen im November 2003** befasste sich demgemäß mit Aspekten der nationalen Implementierung und Gesetzgebung, der nationalen Sicherheit und der Überwachung von BTWK-relevanten Substanzen.

6. Ballistische Raketen

Die diesjährige Plenarversammlung des **Missile Technology Control Regime (MTCR)** fand vom 19.–26. September in Buenos Aires statt. Ziel des MTCR ist die Kontrolle des Exportes von ballistischen Raketen, mit denen Massenvernichtungswaffen transportiert werden können.

Die 33 Mitglieder des MTCR kamen überein, dass eine strikte Implementierung von Exportkontrollen und eine Einführung qualitativ neuer Maßnahmen, wie die von der EU vorgeschlagene Aufnahme einer „catch all“-Klausel in die Richtlinien des MTCR, angesichts der globalen Bedrohungen durch die weiterhin fortschreitende Proliferation von Raketentechnologie und der wachsenden Gefahr des internationalen Terrorismus unerlässlich sind.

Argentinien folgte Polen in die Funktion des Vorsitzes des MTCR. Die nächste Plenarversammlung wird im Herbst 2004 in der Republik Korea stattfinden.

Der **Internationale Verhaltenskodex gegen die Verbreitung von ballistischen Raketen (HCOC)**, der Ende November 2002 bei einer Staatenkonferenz auf Ministerebene in Den Haag angenommen worden war, zählte Anfang Jänner 2004 bereits 111 Mitgliedstaaten (Subscribing States).

Im Vordergrund dieses politisch verbindlichen multilateralen Abkommens stehen vertrauensbildende Maßnahmen (Vorankündigung von Raketenstarts und jährliche Meldungen von Weltraumprogrammen).

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

Auch wenn der HCOC aufgrund seiner Mitgliederzahl in allen Weltregionen vertreten ist, hat eine Reihe wichtiger Staaten wie Indien, Pakistan, China, Nordkorea, Syrien oder Israel den Haager Kodex noch nicht angenommen.

Diese Staaten stehen daher im Zentrum des Interesses von sog. „outreach activities“ im Bemühen um eine Universalisierung des Verhaltenskodex.

Vom 2.–3. Oktober 2003 fand das zweite reguläre Treffen der Teilnehmerstaaten in New York statt. Chile löste die Niederlande als Vorsitzstaat ab. Im Zentrum des Treffens standen Universalisierungsbestrebungen (am 1. Oktober wurde dazu ein „outreach seminar“ in New York veranstaltet), die Bemühungen um eine feste Verankerung im System der VN und technische Fragen wie eine Verbesserung der Kommunikation. Die nächste Konferenz der Mitgliedstaaten wird vom 17.–18. Juni 2004 in Wien stattfinden.

Österreich ist mit der Funktion der Zentralen Kontaktstelle (Sekretariat) des Haager Kodex betraut. Dies bedeutet auf dem Verifikationssektor eine Stärkung des Amtes Wien, der mit der Internationalen Atomenergiebehörde, der Organisation für die Überwachung des Umfassenden Atomteststoppvertrages und dem Wassenaar Abkommen bereits wichtige Organisationen in diesem Bereich ansiedeln konnte.

II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen

1. Antipersonenminen

Auch 2003 setzt Österreich seine Bemühungen im Kampf gegen Antipersonenminen sowohl auf politischer wie auch auf operationeller Ebene fort.

Das Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen (APM) und deren Vernichtung, kurz APM-Verbotskonvention oder auch Ottawa-Konvention genannt, wurde 1997 unterzeichnet und konnte bereits am 1. März 1999 in Kraft treten. Bis zum Jahresende 2003 hatten 150 Staaten die Ottawa-Konvention unterzeichnet und 141 hatten sie ratifiziert. Für Österreich ist diese Entwicklung besonders erfreulich, da es eine der treibenden Kräfte des sogenannten Ottawa-Prozesses für eine weltweite Ächtung dieser heimtückischen Waffe war (unter anderem als Einbringer des Textentwurfes, auf dem die Konvention im wesentlichen beruht). Österreich ratifizierte die APM-Konvention bereits am 29. Juni 1998. 2003 wurden durch den gleichzeitigen Vertragsbeitritt von Griechenland und der Türkei sowie durch die Beitritte von Serbien und Montenegro, Litauen und Belarus in Europa und durch die Beitritte von Sudan und Burundi in Afrika große Fortschritte erzielt.

Im September 2002 übernahm Österreich gemeinsam mit Peru den Ko-Vorsitz des intersessionellen Komitees „General Status of the Convention“. In die Kompetenz dieses – politisch wichtigsten – Komitees der Ottawa Kon-

Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen

vention fallen die Bereiche Universalisierung der Konvention sowie die zentralen Fragen der Implementierung und Vertragseinhaltung.

Bei der **5. Vertragsstaatenkonferenz der Ottawa-Konvention**, die vom **15.–19. September 2003 in Bangkok** stattfand, wurde der **österreichische Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Wolfgang Petritsch**, zum **Vorsitzenden der 1. Überprüfungskonferenz der Konvention** bestellt, die vom **29. November – 3. Dezember 2004 in Nairobi** stattfinden wird. Die größte Herausforderung für den „Nairobi Gipfel für eine minenfreie Welt“ liegt darin, das politische und finanzielle Engagement der Vertragsstaaten im weltweiten Kampf gegen Antipersonenminen auch für die Zukunft sicherzustellen. Der Einsatz von Antipersonenminen ging in den letzten Jahren weltweit stark zurück. Der Handel mit diesen Waffen kam ebenso fast gänzlich zum Erliegen, wie auch kaum mehr Antipersonenminen produziert werden. Die Konvention hat damit einen internationalen Standard und eine völkerrechtliche Norm geschaffen, die auch von jenen Staaten weitgehend eingehalten wird, die der Konvention noch nicht beigetreten sind.

Zum Schutz der von Antipersonenminen am meisten betroffenen Zivilbevölkerung förderte das Außenministerium im Rahmen seines **Minenaktionsprogrammes** im Ausmaß von **1,100.000 Euro** **Minenräumungs- und Vernichtungsmaßnahmen**, **Bewusstseinsbildungs- und Opferhilfeprogramme** sowie **Maßnahmen zur Stärkung der Ottawa-Konvention**. Als Ergebnis der Evaluierung des **Minenaktionsprogrammes** soll dieses auf wenige **Schwerpunkte** konzentriert werden, um den **Mitteleinsatz** effizienter zu gestalten und die **Visibilität Österreichs** zu erhöhen. Das **Programm 2003** trägt dem Rechnung, indem es u. a. **mehrfährige Projekte** in **Südosteuropa (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Albanien)** und **Ostafrika (Mosambik, Äthiopien)** entwickelte.

Um die wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Folgen der **Minenplage** in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, veranstaltete das **BMAA** am **4. Mai 2003** im **Wiener Musikverein** mit **Anne-Sophie Mutter** und **Lambert Orkis** das **Benefizkonzert „Welt ohne Minen“**, welches einen **Erlös von 200.000 Euro** erzielte.

Österreich setzt sich darüber hinaus aktiv für die Umsetzung der **Verpflichtungen und Weiterentwicklung des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen von 1980 (Konventionelle Waffenkonvention, CCWC)** ein. Die **Überprüfungskonferenz 2001** einigte sich darauf, den **Wirkungsbereich der Konvention und ihrer Protokolle** auch auf **nicht-internationale Konflikte** zu erweitern und als weitere **Priorität** die **Schwerpunkte „Streumunition/militärische Altlasten des Krieges“ („Explosive Remnants of War“)** und **„Minen, die keine Antipersonenminen sind“** weiterzuentwickeln. Besonders durch den vermehrten Einsatz sogenannter **Streubomben (Irak, Afghanistan, Kosovo)** rückte das dadurch verursachte **immense humanitäre Problem** verstärkt in das öffentliche Bewusstsein. In manchen **Konfliktgebieten** übertreffen die von **explosiven Kriegsüberresten** resultierenden

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

Opferzahlen bereits jene von Antipersonenminen. Im Gegensatz zu Antipersonenminen gab es jedoch bisher keinen rechtlichen Rahmen zur Lösung dieses Problems. Bei der **Vertragsstaatenkonferenz der Konventionellen Waffenkonvention** (27./28. November 2003) konnte schließlich nach jahrelangen Diskussionen und intensiven Verhandlungen ein neues internationales Rechtsinstrument und weiteres Zusatzprotokoll zum Rahmenabkommen verabschiedet werden, welches diese Lücke schließen soll: **Protokoll V** sieht u. a. eine Räumungsverantwortung für explosive Kriegsüberreste und entsprechende Informationen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor. Das Protokoll tritt in Kraft, sobald 20 Vertragsstaaten das Abkommen ratifiziert haben.

2. Kleine und leichte Waffen

Mit einer Stärkung der Bemühungen zur Kontrolle der internationalen Klein- und Leichtwaffenproliferation konnte bei der vom 10.–21. Juli 2001 in New York tagenden Konferenz der Vereinten Nationen ein politisch wichtiger Erfolg im Kampf gegen den illegalen Handel mit diesen oft sehr leicht verfügbaren konventionellen Waffen erzielt werden. Das von der Konferenz einvernehmlich verabschiedete Aktionsprogramm enthält insb Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Kontrolle von Produktion, von Exporten, von Vermittlungsgeschäften, sowie zur Markierung, zu Standards der Lagerkontrolle und zur Zusammenarbeit bei Post-Konfliktprogrammen. Die hohen Erwartungshaltungen wurden jedoch nur zum Teil erfüllt. Weder konnten extensive Exportkriterien festgelegt, noch konnten Verhandlungen zu rechtlich verbindlichen Instrumenten über die Markierung/Verfolgbarkeit von Klein- und Leichtwaffen und zu internationalen Vermittlungsgeschäften vereinbart werden. Mit der Festlegung eines systematischen Follow-up von Staatentreffen und einer Revisionskonferenz 2006 wurde von der Konferenz der Beginn eines Prozesses zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit eingeleitet, um das international immer deutlicher wahrgenommene Problem der Klein- und Leichtwaffenproliferation besser in den Griff bekommen zu können.

Die destabilisierende Ansammlung und unkontrollierte Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen (SALW, Small Arms and Light Weapons) werden von immer mehr Ländern als ein ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Die Ergebnisse der VN-Konferenz über Klein- und Leichtwaffen 2001 blieben hinter den zuvor im Rahmen der OSZE bereits erreichten Ergebnissen zurück, doch konnte die wichtigste Grundlage für die Bemühungen um eine Stärkung von Kontrollen zur Einschränkung der Klein- und Leichtwaffenproliferation gelegt werden. Es gilt nun, weiter auf regionaler Ebene, zum Beispiel in der OSZE-Region und in Afrika, weitere Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms und darüber hinaus gehender Maßnahmen zu erzielen. Im Juni 2003 fand in New York im VN-Rahmen ein **Erstes Biennaltreffen** des im Aktionsprogramm vereinbarten Follow-up-Me-

Multilaterale Exportkontrollregime

chanismus statt, der zur Überprüfungskonferenz 2006 führen soll (siehe Kapitel D.III.2.3.).

3. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen

Die Rechtsgrundlage für Waffenexporte stellen in Österreich das Bundesgesetz über die Durchführung des Warenverkehrs der Ein- und Ausfuhr (**Außenhandelsgesetz**) BGBl. Nr. 172/1995 in der gültigen Fassung bzw. für Kriegsmaterial das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial BGBl. Nr. 540/1977, (**Kriegsmaterialgesetz**), zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 125/2001, dar.

Der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren (angenommen am 8. Juni 1998) legt darüber hinaus politisch verbindliche gemeinsame Kriterien für die Genehmigung von konventionellen Waffenausfuhren fest und sieht für den Fall der Verweigerung einer Genehmigung gegenseitige Unterrichtung und erforderlichenfalls auch Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten vor. Die vom Verhaltenskodex erfassten Waffen und militärischen Güter sind in einer gemeinsamen Liste zusammengefasst (**Erklärung 2000/C/191/01**). Alljährlich erstellt der Rat der EU einen Bericht über die Durchführung des Kodex.

Am 23. Juni 2003 hat der Rat der EU einen **Gemeinsamen Standpunkt** angenommen, mit dem **Waffenvermittlungstätigkeiten** geregelt werden sollen, um eine Umgehung der von den VN, der EU oder der OSZE verhängten Embargos für Waffenausfuhren zu verhindern. In Österreich wurden schon zuvor Waffenvermittlungsgeschäfte sowohl vom Außenhandelsgesetz als auch vom Kriegsmaterialgesetz erfasst.

III. Multilaterale Exportkontrollregime

Vorrangiges Ziel der bestehenden fünf Kontrollregime ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensitive Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten (Nonproliferation). Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nichtmitgliedsstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetzes.

Im Nuklearbereich bestehen das unter österreichischem Vorsitz stehende Zangger-Komitee (ZC) und die Nuclear Suppliers Group (NSG). Diese haben 35 bzw. 40 Mitglieder und führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen. Auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Waffen nimmt die 34 Mitglieder umfassende Australia Gruppe (AG) eine ähnliche Funktion ein. Das Missile Technology Control Regime (MTCR – derzeit

Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation

33 Mitglieder) wiederum dient dem Zweck, der Verbreitung von ballistischen Raketen (das sind Raketen mit Steuerungssystemen), insb wegen ihrer Bedeutung als Trägermittel für Massenvernichtungswaffen, vorzubeugen.

Im Bereich der konventionellen Waffen und der doppelverwendungsfähigen Güter und Technologien für die Herstellung solcher Waffen kommt dem Wassenaar Arrangement, dessen Sekretariat in Wien seinen Sitz hat, eine zentrale Bedeutung zu. Ziel dieser 33 Teilnehmerstaaten zählenden Einrichtung ist es im Wege des freiwilligen Informationsaustausches die Friedenssicherung durch erhöhte Transparenz und Vermeidung destabilisierender Ansammlungen konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter zu stärken. Bei der Plenarversammlung im Dezember 2003 wurde die diesjährige, im Vierjahresrhythmus durchgeführte, umfassende Bewertung der Funktionsweise des Wassenaar Arrangements abgeschlossen. Die Plenarversammlung verabschiedete, insb vor dem Hintergrund der Terrorismusbekämpfung, zahlreiche Maßnahmen, die unter anderem strengere Kontrollen des Exports von MANPADS („Man-Portable Air Defense Systems), die Einführung einer „catch-all“-Klausel in die Richtlinien des Regimes sowie erhöhte Transparenz beim Transfer von Klein- und Leichtwaffen nach sich ziehen werden.

Einleitung

F. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die Förderung der weltweiten Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards war auch 2003 ein zentrales Anliegen Österreichs. Schwerpunktthemen waren vor allem die Abschaffung der Todesstrafe, der Schutz von Minderheiten, die Rechte von Frauen und Kindern, insb in bewaffneten Konflikten, die Situation intern vertriebener Personen, die Unterbindung von Menschenhandel, die wirksame Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Menschenrechtserziehung und die Förderung von Demokratisierung und guter Regierungsführung. Österreich setzte wichtige Akzente in den mit Menschenrechten befassten EU-Gremien, im Rahmen internationaler Organisationen, wie den Vereinten Nationen (VN), dem Europarat (ER) oder der OSZE, sowie in bilateralen politischen Dialogen mit Regierungen in aller Welt. Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner hatte von Juli 2002 bis Mai 2003 den Vorsitz in dem aus dreizehn Staaten bestehenden Netzwerk Menschliche Sicherheit (Human Security Network – HSN) inne; als Schwerpunktthemen des österreichischen Vorsitzes wählte sie die Themen Menschenrechtserziehung und Kinder in bewaffneten Konflikten. Des Weiteren setzte sich Österreich intensiv für die Stärkung der Bürgergesellschaft ein und unterstützte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die im Menschenrechtsbereich aktiv sind.

II. Menschenrechte in der Europäischen Union

1. EU-Menschenrechtspolitik

Die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind eine Zielsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Formation einer Ratsarbeitsgruppe (COHOM) und in Zusammenarbeit mit geographischen Ratsarbeitsgruppen sowie dem von der Europäischen Kommission (EK) geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung diskutiert. Österreich gestaltete insb die Entwicklung der EU-Leitlinien zu Kindern in bewaffneten Konflikten, die EU-interne Diskussion zu den in der VN-Menschenrechtskommission und der VN-Generalversammlung behandelten Themen sowie verschiedene länderbezogene Initiativen der EU mit.

Nach einem intensiven Diskussionsprozess im COHOM – an dem sich Österreich aktiv durch Textvorschläge, insb zu den Bereichen Kohärenz und Zusammenarbeit zwischen der EK und den Mitgliedstaaten, beteiligte – wurde beschlossen, die EU-Missionschefs vor Ort (Heads of Mission – HOMs) verstärkt nicht nur in die Umsetzung internationaler Resolutionen

Der internationale Schutz der Menschenrechte

im Menschenrechtsbereich, sondern auch in die Formulierung und Ausarbeitung von Menschenrechtsstrategien und –texten einzubinden. Zu diesem Zweck sollen die HOMs künftig für jedes Land „fact sheets“ über die Menschenrechtssituation in ihrem Amtsbereich erstellen und regelmäßig aktualisieren. Ebenso von zentraler Bedeutung für bessere Information, Kohärenz und Konsistenz ist ein kontinuierlicher Informationsaustausch, nicht nur zwischen EK und Mitgliedstaaten bzw. Ratssekretariat, sondern auch zwischen den geographischen Ratsarbeitsgruppen und der Arbeitsgruppe Menschenrechte. Zur Erhöhung der Transparenz soll mehr Augenmerk auf eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments (EP) sowie auf die Zusammenarbeit mit NGOs gelegt werden. Auch der interessierten Öffentlichkeit soll über verbesserte Websites der Zugang zu Informationen über die EU-Menschenrechtspolitik erleichtert werden. Menschenrechte und Demokratisierung bilden nunmehr einen eigenständigen Tagesordnungspunkt bei der jährlichen Diskussion zur Identifizierung von Schwerpunkten der EU-Außenpolitik.

In Umsetzung der Wiener Erklärung vom 10. Dezember 1998 wurde der **fünfte EU-Jahresbericht zur Menschenrechtssituation**, der von allen EU-Partnern in gemeinsamer Arbeit verfasst wird, verabschiedet. Er informiert umfassend über die Politik der Union auf dem Gebiet der Menschenrechte und Demokratisierung im Bezug auf Drittstaaten und auf internationaler Ebene, geht aber auch auf Menschenrechtsstrategien und Problembereiche innerhalb der EU ein. Der Bericht umfasst den Zeitraum 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003.

Ein wichtiger Bereich in der Umsetzung der EU-Menschenrechtspolitik sind die **EU-Wahlbeobachtungsmissionen**, die unter der Leitung der EK organisiert werden. Seit 2000 hat die EU 25 Wahlbeobachtungsmissionen entsandt. Damit leisten die EU-Mitgliedstaaten einen Beitrag zu Stabilität, Transparenz und Vertrauen in den beobachteten Ländern und damit letztlich zur Festigung demokratischer Strukturen. Die EU konnte durch diese Missionen in den letzten Jahren ihr Profil als glaubwürdiger und sichtbarer Akteur bei Wahlbeobachtungen weiter stärken. Österreich hat 2003 an EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Nigeria, Mosambik, Guatemala, Ruanda und Kambodscha teilgenommen. Dabei kamen 31 ÖsterreicherInnen zum Einsatz.

Im Dezember wurde das **fünfte EU-Menschenrechtsforum**, das dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der Union und VertreterInnen der Zivilgesellschaft dient, in Rom abgehalten. Die Themenbereiche umfassten Kinder in bewaffneten Konflikten, sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderhandel. Das Forum verabschiedete detaillierte Empfehlungen an alle Mitgliedstaaten und Gremien der EU.

Beim Europäischen Rat von Brüssel wurde im Dezember Übereinstimmung darüber erzielt, dass das Mandat der in Wien ansässigen Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erweitert und

Menschenrechte in der Europäischen Union

diese somit in eine **Menschenrechts-Agentur** umgewandelt wird. Die EK wird diesbezüglich einen neuen Verordnungsvorschlag erstaten.

2. Abschaffung der Todesstrafe

Österreich und seine Partner in der EU haben die weltweite Abschaffung der Todesstrafe zu einer der Prioritäten ihrer Menschenrechtspolitik erklärt. Dieses Ziel wird anhand der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe** durch generelle und auf Einzelfälle bezogene Demarchen sowie durch die verstärkte Thematisierung dieser Frage in regionalen und internationalen Gremien verfolgt. Die EU appellierte an eine Reihe von Staaten, vor allem die USA, aber auch an solche im afrikanischen und asiatischen Raum, die Todesstrafe abzuschaffen beziehungsweise ein Moratorium einzuführen oder ein bestehendes Moratorium nicht aufzuheben. Länder, die an der Todesstrafe festhalten, wurden aufgefordert, die in den EU-Leitlinien formulierten Mindestnormen einzuhalten. Zu diesen zählt die **Nicht-Verhängung der Todesstrafe** gegen Personen, die zum Zeitpunkt der Begehung des Verbrechens noch nicht 18 Jahre alt waren, gegen schwangere Frauen oder Mütter von Neugeborenen sowie gegen geisteskranken Personen. Österreich wirkte an verschiedenen Interventionen auf EU-Ebene aktiv mit.

3. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Die Arbeit der EU konzentrierte sich auf die sehr komplexe Umsetzung der im April 2001 vom Rat verabschiedeten **Leitlinien für die Politik der EU gegenüber Drittländern betreffend Folter**. Diese sehen unter anderem eine regelmäßige gemeinsame Berichterstattung der Botschaften der Mitgliedstaaten zur Folterproblematik in Drittländern, die Vornahme von Demarchen in solchen Ländern sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit VN-Sonderberichterstatern und regionalen Einrichtungen zur Bekämpfung der Folter und die Unterstützung von NGOs, die sich mit der Beseitigung der Folter befassen, vor.

Dem Kampf gegen die Folter kommt ein hoher Stellenwert im Rahmen der internationalen Menschenrechtspolitik Österreichs zu. Die Unterzeichnung des von der VN-GV im Dezember 2002 angenommenen **Fakultativprotokolls zum VN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe** wurde am 9. September vom Ministerrat genehmigt und von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner zu Beginn der 58. VN-GV vorgenommen.

Das Fakultativprotokoll sieht die Einrichtung eines auf Prävention ausgerichteten Systems regelmäßiger Besuche von allen Orten der Freiheitsentziehung vor. Sein Abschluss nach schwierigen, mehr als zehnjährigen Verhand-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

lungen war ein von Österreich mitgetragenes prioritäres EU-Anliegen. Das zentrale Element ist ein nationaler Überwachungsmechanismus. Mit dem im Bundesministerium für Inneres zur Überprüfung der Tätigkeit der Sicherheitsexekutive unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Menschenrechte eingerichteten Menschenrechtsbeirat hat Österreich bereits für einen der vier Hauptanwendungsbereiche des Protokolls ein richtungweisendes nationales Instrument zur Folterprävention geschaffen. Daneben bestehen in Österreich Möglichkeiten der Freiheitsentziehung im Bereich der Strafvollzugsanstalten, der psychiatrischen Krankenanstalten und des Bundesheers, die im Rahmen des Ratifikationsverfahrens nun auch entsprechend erfasst werden müssen. Die Ausgestaltung eines oder mehrerer den Bestimmungen des Fakultativprotokolls entsprechenden nationaler Überwachungsmechanismen für die genannten Bereiche bedarf noch einschlägiger legislatischer Maßnahmen.

4. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

4.1. China

Dieser im Jahre 1996 initiierte Prozess wurde im März und November durch Treffen der EU-Troika mit VertreterInnen der chinesischen Regierung und anschließenden Seminarveranstaltungen auf Expertenebene fortgesetzt. Im Rahmen des Dialogs werden auch sensible Fragen wie das Folterverbot, die Todesstrafe, Tibet, die ungewöhnlich harte Verfolgung der AnhängerInnen von Demokratiebewegungen, von religiösen Gruppen sowie der Falun Gong-Bewegung einschließlich spezifischer Einzelfälle angesprochen. Der Menschenrechtsdialog mit China ermöglicht somit einerseits eine konstruktive Debatte wesentlicher allgemeiner Menschenrechtsthemen als auch andererseits die Erörterung konkreter Fälle individueller Menschenrechtsverletzungen. Der Rat machte im März die Aufrechterhaltung des Menschenrechtsdialogs der Union mit China erneut von konkreten Verbesserungen der Menschenrechtssituation abhängig. Während sich in verschiedenen Bereichen Fortschritte abzeichnen – etwa bei der Kooperation Chinas mit VN- und EU-Menschenrechtsmechanismen – sind in anderen Bereichen, wie z. B. bei der Todesstrafe, wenig Verbesserungen zu vermerken. Trotz der nur langsamen Fortschritte stellt der Menschenrechtsdialog dennoch ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit zwischen der EU und China dar. Die Bedeutung des Dialogs liegt insb. darin, dass die Achtung der Menschenrechte in China nur durch langfristige Bemühungen sichergestellt werden kann, weshalb Österreich seine Fortsetzung befürwortet.

4.2. Iran

Nach Aufnahme eines strukturierten Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und dem Iran im Winter 2002 fanden 2003 zwei weitere Dialogrunden – im März und Oktober – statt. Die beiden ersten Dialogrunden (Dezember

Menschenrechte in den Vereinten Nationen (VN)

2002 und März) zu den Themen Diskriminierung und Folterprävention bzw. Rechtsstaatlichkeit und Faires Verfahren wurden grundsätzlich positiv bewertet. Enttäuschend war jedoch die mangelnde Kooperations- und Auskunftsbereitschaft der iranischen Seite hinsichtlich individueller Fälle. Auch waren keine konkreten Verbesserungen der Menschenrechtslage im Iran als Auswirkungen des Dialogs feststellbar. Am 8./9. Oktober fand die dritte Runde in Brüssel statt, nachdem das ursprünglich für September in Teheran geplante Treffen wegen der iranischen Weigerung, Vertretern der NGOs „Human Rights Watch“ und „Amnesty International“ Visa auszustellen, von EU-Seite abgesagt worden war. Das Treffen war den Themen Recht auf freie Meinungsäußerung und – auf iranischen Wunsch – Recht auf Entwicklung gewidmet und fand in offener und konstruktiver Atmosphäre statt. Auch wurde erstmals auf die von der EU übermittelte Liste individueller Fälle geantwortet. So wertvoll der Dialogprozess auch für eine Stärkung der Zivilgesellschaft ist und dazu beiträgt, die Kommunikation im Menschenrechtsbereich nicht abreißen zu lassen, sind in weiterer Folge konkret messbare Fortschritte unabdinglich.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen (VN)

Die Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte gab 1993 den Anstoß für die Stärkung der operativen Menschenrechtskapazitäten der VN. Seither wird die Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards zunehmend durch Feldpräsenzen des VN-Hochkommissars für Menschenrechte und durch die Integration der Menschenrechte in das Mandat internationaler Einsätze gefördert. Österreich unterstützt dabei insb Strategien zur Stärkung der menschlichen Sicherheit. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung sowie der Friedenskonsolidierung dienen dabei Aufbau und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit („rule of law“), guter Regierungsführung („good governance“), einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen, aber auch breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtserziehung auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Die ebenfalls auf der Wiener VN-Menschenrechtskonferenz von der Staatengemeinschaft bekräftigten Prinzipien der Universalität, der Unteilbarkeit und der Interdependenz der Menschenrechte werden von Österreich aktiv unterstützt, wobei konsequent die Einbindung von Menschenrechtsaspekten in die verschiedenen Arbeitsbereiche aller Programme und Aktivitäten der VN („mainstreaming“) gefordert wird.

Das als ein wichtiges Resultat der Wiener Weltkonferenz ins Leben gerufene Amt des Hochkommissars für Menschenrechte war 2002 mit dem brasilianischen VN-Beamten Sergio Vieira de Mello neu besetzt worden. Vieira de Mello, der von VN-GS Kofi Annan zum Leiter der VN-Mission im Irak be-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

stimmt worden war, kam am 19. August bei einem Bombenanschlag auf das VN-Hauptquartier in Bagdad ums Leben; bis zum Jahresende hat der VN-GS keine Entscheidung über seine Nachfolge getroffen. Vieira de Mello wurde am Menschenrechtstag 2003 posthum der Menschenrechtspreis 2003 verliehen. Weitere Empfänger dieses alle fünf Jahre verliehenen Preises für außergewöhnliche Verdienste um den Schutz und die Förderung der Menschenrechte waren Enriqueta Estela Barnes de Carlotto aus Argentinien (Fürsprecherin für Verschwundene), das „Family Protection Project Management Team“ aus Jordanien, Pufang Deng aus China (behinderter Sohn des ehemaligen politischen Führers Chinas und Verteidiger der Menschenrechte von Behinderten), Shulamith Koenig aus den USA (Aktivist im Bereich der Menschenrechtserziehung) und das Mano River Women's Peace Network in Sierra Leone, Liberia und Guinea.

1. VN-Menschenrechtskommission (MRK)

Die VN-MRK, formell ein Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialrates (ECO-SOC), ist die treibende und koordinierende Kraft in der universellen Menschenrechtsarbeit mit nicht zu unterschätzender politischer Signalwirkung. Als bestimmendes Organ für neue Initiativen, die weit über den VN-Rahmen hinaus ihre Wirkung zeigen, kommt ihr eine stark katalytische Aufgabe zu. Insgesamt nehmen an den Sitzungen rund 3000 Delegierte teil, darunter VertreterInnen von fast 200 NGOs. Es werden rund 1000 Erklärungen abgegeben und etwa 100 Resolutionen und Entscheidungen verabschiedet. Auch wenn die konkreten Auswirkungen der zahlreichen thematischen oder länderbezogenen Resolutionen limitiert sein mögen, können diese nicht unwesentlich zu einem Bewusstseinsbildungsprozess, einer Enttabuisierung sensibler Themenbereiche und einer Stärkung der internationalen Menschenrechtsstandards beitragen. Nicht zu unterschätzen ist die Wirkung, die kritische Resolutionen im Fall schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen auf die angesprochenen Regierungen haben können. Eine bedeutende Rolle kommt dabei auch den im Vergleich zu anderen internationalen Tagungen besonders aktiven NGOs zu, welche die Arbeit der MRK wesentlich beeinflussen, ihre Ergebnisse verbreiten, über die öffentliche Meinung Druck auf die Politik ausüben und somit tatsächlich Veränderungen bewirken können. Die Arbeit der MRK bildet die Grundlage der Arbeit der VN-GV im Bereich der Menschenrechte.

Die 59. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen begann wenige Tage vor Beginn der Kampfhandlungen im Irak. Vielfach wurde befürchtet, dass die Entwicklungen im Irak die Kommission ähnlich überschatten würden wie die Ereignisse in Israel und Palästina (Jenin) im Jahr davor. Tatsächlich brachte auch eine Gruppe von Delegationen aus islamischen Ländern einen Antrag auf eine **Sondersitzung** der Kommission zum Irak ein, wie sie im Vorjahr zur Lage in den von Israel besetzten Gebie-

Menschenrechte in den Vereinten Nationen (VN)

ten stattfand. Doch wurde dieser Antrag mit klarer Mehrheit abgelehnt, nachdem deutlich wurde, dass das vorrangige Motiv der Betreiber eine – außerhalb der Kompetenzen der Kommission liegende – Verurteilung der amerikanischen-britischen Militäraktion war. Während sich somit die pessimistischen Erwartungen einer Polarisierung der Kommission rund um das Thema Irak nicht erfüllten, war dennoch unübersehbar, dass die sich entwickelnde geopolitische Situation die Diskussionen beeinflusste. Zudem setzte sich der negative Trend einer Polarisierung der Positionen zwischen Nord und Süd – geprägt von zunehmender Polemik und damit bedauerlicherweise Marginalisierung der eigentlichen menschenrechtlichen Aspekte – verschärft fort. Zu dieser Entwicklung trug neuerlich sehr stark die Zusammensetzung der Kommission bei (hoher Anteil von Mitgliedern mit restriktivem Menschenrechtsverständnis). Dazu kam, dass das Verhandlungsklima bereits im Vorfeld durch eine von den USA verlangte Abstimmung über die von der afrikanischen Gruppe indossierte Vorsitzkandidatur Libyens belastet wurde, da dies eine Abkehr von der herrschenden Praxis, die Bestellung des Vorsitzenden sowie der weiteren Büromitglieder durch Akklamation nach Einigung in der Regionalgruppe, der die jeweilige Funktion turnusmäßig zufällt, vorzunehmen, darstellte.

Aus EU-Sicht verliefen die Beschlussfassungen über eine Reihe von spezifischen **Ländersituationen** wiederum enttäuschend. Zumeist basierend auf den Berichten der zuständigen LänderberichterstatterInnen oder -beauftragten behandeln diese Resolutionen positive oder negative Entwicklungen im Menschenrechtsbereich, wobei meist sehr detailliert nicht nur auf die spezifischen Problemsituationen vor Ort (z. B. auf Grund von militärischen Konflikten oder post-konfliktuellen Spannungsverhältnissen), sondern auch auf konkrete Vorwürfe bzw. Situationen von Menschenrechtsverletzungen eingegangen wird. Der Ansatz vieler Entwicklungsländer sowie der Russischen Föderation, Länderresolutionen als politisch motiviertes „fingerpointing“ und als überholtes, missbräuchlich eingesetztes Druckmittel des Westens abzulehnen, stieß auch bei grundsätzlich eher gemäßigten Staaten des Südens auf immer mehr Verständnis. Der dadurch erzeugte Solidarisierungsprozess mobilisierte eine ausreichende Mehrheit, welche die EU-Resolutionsinitiativen über den **Sudan, Simbabwe und Tschetschenien** zu Fall brachte. Der westlichen Gruppe gelang es nicht, dieser Entwicklung überzeugend entgegenzutreten. Als besonders bedauerlich ist dabei der Verlust des Sonderberichterstatters über den Sudan zu werten. Insgesamt verabschiedete die Kommission dennoch Resolutionen oder Entscheidungen zu 19 **Ländersituationen**, darunter zum **Nahen Osten, Kuba, Belarus, Myanmar, Nordkorea und Turkmenistan** (die drei letztgenannten EU-Initiativen). Zudem wurden wieder sehr viele **thematische Resolutionen** verabschiedet, denen zum Teil zentrale Bedeutung bei der Festlegung aber auch bei der dynamischen Weiterentwicklung menschenrechtlicher Standards zukommt. Hier zeigt sich auch die unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Staaten

Der internationale Schutz der Menschenrechte

des Nordens bzw. des Südens: So werden Resolutionen aus dem Bereich der bürgerlich-politischen Rechte vor allem von europäischen Staaten, Resolutionen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte mehrheitlich von Staaten des Südens betrieben.

Im Gegensatz zur VN-GV, wo aus Sorge vor einer Abstimmungs-niederlage auf eine diesbezügliche Resolution verzichtet wird, konnte zum Thema **Todesstrafe**, einem Kernanliegen der EU im Menschenrechtsbereich, ein umfassender EU-Resolutionsentwurf mit sicherer Mehrheit angenommen werden. Positives Signal im Zusammenhang mit den laufenden Beratungen der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines neuen internationalen Rechtsinstruments über die Rechte von **Menschen mit Behinderungen** war die gemeinsame Resolutionsinitiative Schwedens und Mexikos. Ebenso ist als positives Ergebnis zu werten, dass die mexikanische Resolutionsinitiative zum **„Schutz der Menschen- und Grundrechte im Zuge von Anti-Terrormaßnahmen“** ohne Abstimmung angenommen werden konnte. Ebenso ohne Abstimmung gelang die Annahme der **Kinderrechtsresolution**, nachdem sich die USA auf Separatabstimmungen zu den von ihnen abgelehnten Passagen zum verbindlichen Charakter der Kinderrechtskonvention und zur Abschaffung der Todesstrafe für jugendliche Straftäter beschränkten. Bedauerlicherweise wurden jedoch einige **thematische** Initiativen des Westens Gegenstand von Angriffen (insb durch islamische Staaten), die zum Teil durch das ambitionierte Ziel zahlreicher westlicher Staaten ausgelöst wurden, über den bestehenden Grundkonsens hinauszugehen und auch sensiblere Problembereiche ausdrücklich in Resolutionen zu verankern. Dies galt insb für die Thematik **„sexuelle Orientierung“** und diesbezügliche Verweise in den Resolutionen über **„Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“** und **„außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen“**. Eine – überraschende – eigenständige Resolutionsinitiative Brasiliens zu diesem Thema löste massiven Widerstand der islamischen Staaten aus, der zur Verschiebung ihrer Behandlung auf die 60. Tagung führte. Dennoch gelang es, das Gros der traditionellen thematischen Resolutionen im Konsensweg anzunehmen.

Die **zwei österreichischen Resolutionsinitiativen** konnten im Konsens verabschiedet werden. Bei der Resolution über **intern Vertriebene (IDPs)** gelang eine Stärkung des Textes, insb auch – im Sinne des „Human Security“-Ansatzes (siehe auch Kapitel F.VI.) – hinsichtlich einer Betonung der Verbindungen mit dem Bereich Frieden und Sicherheit. Mehr Schwierigkeiten gab es bei der Resolution über **Minderheiten**, wo Österreich für einen Sonderberichtersteller plädiert hatte, der ethnische Spannungen im Sinne eines präventiven Ansatzes frühzeitig aufzeigen sollte. Diese Idee scheiterte aber bereits am Widerstand der EU, deren Mitgliedstaaten in dieser Frage unterschiedliche Haltungen einnehmen. Darüber hinaus übernahm Österreich für die EU die Verhandlungen von drei weiteren Resolutionen zu **Recht auf Gesundheit, Förderung internationaler Zusammenarbeit im Menschenrechtsbereich und Unabhängigkeit der Justiz**.

*Menschenrechte in den Vereinten Nationen (VN)***2. Generalversammlung**

Auch die Debatte über Menschenrechtsfragen im 3. Komitee der Generalversammlung verlief weniger konsensorientiert als in den vergangenen Jahren und war von **zunehmender Politisierung** geprägt. Prozeduraldebatten beeinträchtigten die Arbeit erheblich und lenkten von substantiellen Diskussionen ab. Die Anzahl an Konsensresolutionen nahm ab, die Bereitschaft, Abstimmungen selbst bei traditionell konsensfähigen Resolutionen zu verlangen, zu. Die Einbringung zahlreicher neuer Resolutionen unterminierte das westliche Bestreben, die Arbeit des Komitees und der GV insgesamt zu rationalisieren.

Auch heuer standen wieder die **thematischen** und weniger die **länderspezifischen** Resolutionen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Resolution über den Schutz von **Menschenrechten im Zuge von Antiterror-Maßnahmen** wurde mit klarem Abstimmungsergebnis, die umfassende **Resolution zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** ebenfalls mit deutlicher Mehrheit angenommen. Nach schwierigen Verhandlungen zogen die Niederlande die Omnibus-Resolution zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zurück. Stattdessen wurden eine Resolution über die **Eliminierung von häuslicher Gewalt gegen Frauen** und eine über die Beauftragung des VN-GS mit der **Erstellung einer umfassenden Studie über alle Formen der Gewalt gegen Frauen** im Konsens angenommen. Die gemeinsam von der EU und der Gruppe lateinamerikanischer Staaten (GRULAC) betriebene Resolution über die **Rechte des Kindes** kam über Verlangen der USA, die als einziger dagegen stimmten, wie bereits im Vorjahr zur Abstimmung, da diese nicht Vertragspartei der Kinderrechtskonvention sind und daher auf die Konvention aufbauende Formulierungen nicht akzeptieren.

Österreich hat heuer wieder eine Resolution zu **Menschenrechten in der Justizverwaltung** und eine zu **Minderheitenrechten** eingebracht und erfolgreich verhandelt: beide Resolutionen wurden im Konsens angenommen. Weiters hat Österreich für die EU die Verhandlungsführung für vier weitere Resolutionen übernommen: die Resolution zu intern Vertriebenen, die in der MRK traditionell von Österreich eingebracht wird, die Resolution zur Menschenrechtsdekade, bei der erstmals eine geschlossen EU-Miteinbringung erfolgte, die Resolution zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Menschenrechtsbereich sowie die Resolution zur Bedeutung von Kooperativen in der sozialen Entwicklung.

Die EU verhandelte erfolgreich drei **Länderresolutionen** zu spezifischen Menschenrechtssituationen: Jene zu **Turkmenistan** wurde trotz erheblichen Widerstands durch Abstimmung angenommen, jene zu **Myanmar** wurde im Konsens und die Resolution zur **DR Kongo** durch Abstimmung klar angenommen. Zum Iran gab es heuer nach einjähriger Unterbrechung auf Grund der weiterhin besorgniserregenden Menschenrechtssituation eine Initiative von Kanada, die von der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten (einschließlich Öster-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

reich) miteingebracht und mit solider Stimmenmehrheit angenommen wurde. Japan brachte seine traditionelle Resolution zu **Kambodscha** ein, die im Konsens angenommen wurde.

Die **EU** zeigte ein **weniger einheitliches Stimmverhalten** als in den vergangenen Jahren, konnte aber nach außen ihren politischen Einfluss wirkungsvoll und erfolgreich einsetzen. Die **USA** verlangten bei den von ihnen abgelehnten Verweisen zur Kinderrechtskonvention, zum Internationalen Strafgerichtshof und zur Todesstrafe systematisch Abstimmungen.

Zum Thema **Konvention gegen das Klonen von Menschen** siehe Kapitel D.II.11. „völkerrechtliche Fragen“.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Die OSZE behandelt menschen- und minderheitenrechtliche Fragen im Rahmen ihrer „menschlichen Dimension“; siehe hierzu Kapitel B.II.3.

V. Menschenrechte im Europarat (ER)

Das Menschenrechtssystem des ER beruht auf der **Europäischen Konvention für Menschenrechte (EMRK)** und der Tätigkeit des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)**. Das Anwachsen der Mitgliedstaaten des ER von 23 im Jahr 1989 auf 45 im Jahr 2003 bringt im Zusammenhang mit dem Direktzugang von individuellen Beschwerdeführern zum Gerichtshof sowie der durch die Öffentlichkeitswirkung des Menschenrechtssystems verstärkten Sensibilisierung eine Zunahme der Beschwerden. Wurden 1989 ca. 4.000 Individualbeschwerden eingebracht, so waren es 2003 bereits 35.000. Trotz der Steigerung der Effizienz des Gerichtshofs im Vergleich zum Vorjahr harren derzeit mehr als 30.000 Beschwerden einer Entscheidung. Von den beim Gerichtshof registrierten und von diesem inhaltlich zu behandelnden Beschwerden sind derzeit etwa 400 gegen Österreich anhängig.

Im November verabschiedete der Lenkungsausschuss für Menschenrechte einen weiteren Zwischenbericht über die langfristige **Sicherstellung der Effizienz des Gerichtshofs**. Durch den Überhang der eingebrachten Beschwerden, von denen zwar ein Großteil abgewiesen, aber etwa ein Zehntel einer Entscheidungsfindung zugewiesen wird, gegenüber den jährlich abgesprochenen Fällen (derzeit etwa 850) sind Durchschlagskraft und Glaubwürdigkeit des EMRK-Systems vor eine schwere Probe gestellt. Über eine Reihe von Vorschlägen des Lenkungsausschusses besteht Konsens, darunter z.B. die Notwendigkeit der Verbesserung der Konventionsanwendung und Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene, die beschleunigte Behandlung von sogenannten Klonfällen, in denen die zugrundeliegende Rechtsfrage vom Gerichtshof bereits entschieden worden ist, oder die Einsetzung von Dreiergremien zur gestrafften und summarischen Behandlung von repetitiven Fällen.

Netzwerk Menschliche Sicherheit

Hinsichtlich der Frage der Einführung eines neuen Zulässigkeitskriteriums zu Art 35 der EMRK ist die Haltung der Mitgliedstaaten gespalten. Während auf der einen Seite radikale Lösungen bis zur Umwandlung des Gerichtshofes in einen Menschenrechtsgerichtshof für Grundsatzfragen befürwortet werden, wobei der Gerichtshof selbst nach relevanten Kriterien die zum Abbruch als Modellfälle geeignete Fälle selektieren sollte, sind eine Reihe von Staaten gegen jede Aufweichung des Individualbeschwerderechts durch Einführung eines zusätzlichen Filters. Zu Jahresende lagen mehrere Kompromissvorschläge vor. Österreich tritt für eine **ungeschmälerte Beibehaltung des Individualbeschwerderechts** ein, da die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten des ER noch nicht so weit fortgeschritten sind, dass auf dieses nach wie vor sehr wirksame Instrument zur Förderung der Menschenrechte verzichtet werden könnte.

Das 2002 im Ministerkomitee zur Unterzeichnung aufgelegte **Protokoll Nr. 13 zur EMRK über die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe** wurde von Österreich unterzeichnet und vom Nationalrat genehmigt. Die bisherige Regelung durch das 6. Zusatzprotokoll ließ die gesetzliche Einführung der Todesstrafe in Kriegs- und Krisenzeiten zu. Die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe ist ein von Österreich seit langem verfolgtes außenpolitisches Ziel und wird auch im Rahmen der Europäischen Union betrieben. Bis dato wurde das Zusatzprotokoll von 41 Mitgliedstaaten unterzeichnet und von 21 ratifiziert. Für Österreich tritt das Zusatzprotokoll am 1. Mai 2004 in Kraft.

Der **Europäische Kommissar für Menschenrechte**, Alvaro Gil Robles, setzte seine Besuche in den Mitgliedstaaten des ER fort und besuchte u. a. Russland, die Tschechische Republik, Slowenien und Polen. Im Gegensatz zum rechtsförmlichen Verfahren unter der EMRK ist seine Aufgabe die der Beratung und Bewusstseinsbildung in den Mitgliedstaaten des ER sowie die Sensibilisierung der Mitgliedsstaaten und des Ministerkomitees für grundlegende oder systemimmanente Mängel und Probleme. Das Ende 2002 in Moskau von Robles initiierte Seminar zum Thema „Streitkräfte und Menschenrechte“ wurde 2003 in Madrid fortgesetzt, wobei diesmal Menschenrechts-erziehung und Bewusstseins-schaffung für die Menschenrechte in den Streitkräften Thema der Veranstaltung war. Darüber hinaus fand in Zusammenarbeit mit der WHO ein Seminar zum Schutz der Menschenrechte geistig behinderter Menschen statt.

VI. Netzwerk Menschliche Sicherheit

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit (Human Security Network – HSN) ist eine überregionale, themenübergreifende Interessensgemeinschaft von dreizehn Staaten. Im HSN arbeiten die Außenminister von **Chile, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Schweiz, Slowenien, Thailand und Südafrika** (letzteres als Beobachter)

Der internationale Schutz der Menschenrechte

mit VertreterInnen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammen. Österreich ist Gründungsmitglied des HSN, das 1999 aus seiner erfolgreichen Zusammenarbeit mit Norwegen und Kanada für ein internationales Verbot für Anti-Personenminen hervorgegangen ist. Treffen auf Ministerbene wurden in Bergen, Norwegen (1999), Luzern, Schweiz (2000), Petra, Jordanien (2001), Santiago de Chile (2002) und zuletzt in Graz (Mai 2003) abgehalten. Das Land, in dem die Ministerkonferenz stattfindet, hat in dem der Konferenz vorausgehenden Jahr den Vorsitz. Für Österreich war dies im Zeitraum von Juli 2002 bis Mai 2003 der Fall. Seit Mai hat Mali den Vorsitz für ein Jahr inne.

Das Politikkonzept „menschliche Sicherheit“ stellt die Sicherheitsbedürfnisse des Einzelnen in den Mittelpunkt. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht sind wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit. Das HSN zielt darauf ab, diesen Denkansatz der Entwicklung und Durchführung nationaler und internationaler Politiken zu Grunde zu legen. Die Perspektive der menschlichen Sicherheit hat das Potential, politische Prozesse zur Prävention und Lösung von Konflikten zu stärken und zur Friedenskonsolidierung und Entwicklung beizutragen. Zu den Schwerpunktthemen zählen neben der Universalisierung der Anti-Personenminen-Konvention und den erfolgreichen Bemühungen zur Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, Menschenrechtserziehung, die Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen, HIV/AIDS, Fragen des humanitären Völkerrechts, der Kampf gegen das transnationale organisierte Verbrechen, sowie die Wechselbeziehung zwischen menschlicher Sicherheit und Entwicklung.

Österreichische Vorsitzstrategie 2002/2003

- Fokussierung und Konsolidierung des HSN durch die zwei Arbeitsschwerpunkte Menschenrechtserziehung und Kinder in bewaffneten Konflikten.
- Erarbeitung jeweils eines Politikpapiers und themenbezogener Projekte bzw. Instrumente zu dessen Implementierung. Ziel war eine weitere Konkretisierung des Konzepts der menschlichen Sicherheit durch stärkere Verankerung der Menschenrechtserziehung. Die wissenschaftliche Unterstützung erfolgte durch das **European Training and Research Centre for Human Rights and Democracy (ETC)** in Graz (Menschenrechtserziehung) und durch das **Ludwig Boltzmann-Institut für Menschenrechte (BIM)** in Wien (Kinder in bewaffneten Konflikten).
- Aktivierung der **Zusammenarbeit auf der Ebene der multilateralen Missionen der HSN-Länder an den VN-Amtssitzen** mit dem Ziel einer Stärkung des HSN-Profiles und Gewichts. Abgabe akkordierter Erklärungen mit Bezug auf HSN-Themen in einschlägigen internationalen Foren (u.a. VN-Sicherheitsrat, VN-Generalversammlung, VN-Menschenrechtskommission und OSZE). Im VN-Sicherheitsrat nahm Österreich etwa an den offe-

Netzwerk Menschliche Sicherheit

nen Debatten zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“, „Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten“ und „Kindern in bewaffneten Konflikten“ in seiner Eigenschaft als Vorsitz des HSN mit vorab unter Netzwerk-Partnern akkordierten Erklärungen teil. Damit entwickelt sich das HSN zu einem festen Bestandteil der thematischen Beratungen des VN-Sicherheitsrats.

- Stärkung des HSN auch durch Erstellung eines mittelfristigen Arbeitsprogramms 2003–2005 und Regelung der Vorsitzfolge.

Der Höhepunkt war eine **Ministertagung des HSN vom 8.–10. Mai 2003 in Graz**, der ersten Menschenrechtsstadt Europas, bei der die unter österreichischem Vorsitz erarbeiteten Dokumente angenommen und die Richtung der Arbeit für die nächsten Jahre beschlossen wurden. Kanada, Chile, Irland, Jordanien, Mali, Norwegen, die Schweiz und Thailand waren auf Ministerebene, Slowenien und Griechenland durch den Staatssekretär im Außenministerium bzw. den Generalsekretär für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklung vertreten. Ferner haben der Generalsekretär der OSZE, der VN-Hochkommissar für Menschenrechte, die Exekutivdirektorin von UNICEF, die Ko-Vorsitzende der Human Security Commission und langjährige Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata, der VN-Untergeneralsekretär für Kinder in bewaffneten Konflikten sowie hochrangige Vertreter von UNODC, UNESCO, IKRK, der Europäischen Beobachtungsstelle gegen Rassismus ebenso wie führende Experten aus dem nichtstaatlichen Bereich daran teilgenommen.

Die wichtigsten Ergebnisse

Auf Initiative des Vorsitzes und in enger Abstimmung mit den Partnern, internationalen Organisationen und über 50 internationalen Experten wurden über einen Zeitraum von acht Monaten folgende Dokumente erarbeitet und von den Ministern in Graz verabschiedet:

- Grazer Erklärung des HSN über Prinzipien der Menschenrechtserziehung und der menschlichen Sicherheit (ein Politikpapier des HSN zur Bildung einer „Kultur der Menschenrechte“ in Umsetzung der Ziele der VN-Dekade über Menschenrechtserziehung 1994–2004).
- HSN-Handbuch über Menschenrechtserziehung – „Menschenrechte verstehen“ (ein Basis-Ausbildungspaket für Menschenrechtserziehung für weltweiten Einsatz auf Grundlage der universellen Geltung der Menschenrechte mit einer „Train the Trainers“-Ausrichtung).
- HSN-Strategie für die Unterstützung von Kindern in bewaffneten Konflikten (ein Strategiepapier des HSN zur Stärkung der Kinderrechte in bewaffneten Konflikten, insb. Stärkung des kinderspezifischen Monitoring im VN-System, unterstützt durch eine „Alarm-Funktion“ bei Kinderrechtsverletzungen, Bekämpfung von Straflosigkeit im Kinderrechtsbereich, Schutz von Mädchen in bewaffneten Konflikten und Integration der Interessen von Kindern in Friedensprozesse).

Der internationale Schutz der Menschenrechte

- HSN-Ausbildungsprogramm mit dem Ziel der Schaffung von qualifiziertem Personal für Feldeinsätze in Krisengebieten, insb. für Monitoring und Rehabilitation

Der Vorsitz hat darüber hinaus folgende Initiativen eingeleitet:

- Als sichtbares Zeichen für die Umsetzung des Vorsitzthemas Kinder in bewaffneten Konflikten hat Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner gemeinsam mit ihren slowenischen und jordanischen Amtskollegen ein Hilfsprojekt im Irak mit dem Ziel ins Leben gerufen, kriegstraumatisierten Kindern professionelle psychologische Unterstützung und Hilfe zu gewähren.
- In Zusammenarbeit mit VN-Untergeneralsekretär für Kinder in bewaffneten Konflikten, Olara Otunnu, wurde ein Kompendium bestehender Kinderrechtsstandards („Children and Armed Conflict – International Standards for Action“) als greifbares Instrument für Feldeinsätze herausgegeben.
- Im Hinblick auf die Polarisierung des Klimas in der VN-Menschenrechtskommission (MRK) und deren Auswirkungen auf das internationale System des Menschenrechtsschutzes sind die Minister in Graz übereingekommen, ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Verbesserung der Arbeitsmethoden der MRK in Abstimmung mit dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu intensivieren.

In Graz haben die Minister auch ein unter österreichischem Vorsitz erstelltes Arbeitsprogramm des HSN für die Periode 2003–2005 verabschiedet.

Weitere Zukunft des Netzwerks

Neben der Regelung der Vorsitzfolge bis 2006 – Mali 2003–2004, Kanada 2004–2005 und Thailand 2005–2006 – wurde auf Vorschlag von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner beschlossen, dass der HSN-Vorsitz künftig im Troika-Format fungieren wird. Eine wichtige Aufgabe der Troika ist es, die Umsetzung des Arbeitsplans 2003–2005 zu überwachen und einen Katalog von zu erfüllenden Kriterien für eine spätere Erweiterung des HSN zu definieren, der zur Beschlussfassung durch die Minister anlässlich der Ministerkonferenz in Bamako/Timbuktu von 27.–29. Mai 2004 bereits vorliegt.

VII. Schwerpunktthemen

1. Frauenrechte

Erstmals in ihrer nahezu fünfzigjährigen Geschichte musste die ordentliche Tagung der VN-Frauenstatuskommission (FSK) ergebnislos abgebrochen werden. Die allgemein angespannte politische Lage vor dem Ausbruch des

Schwerpunktthemen

Irakkrieges und eine damit einhergehende Lagerspaltung ließen Verhandlungen über „Agreed Conclusions“ zum – äußerst komplexen – Schwerpunktthema „Menschenrechte für Frauen und Gewalt gegen Frauen“ scheitern. Die Annahme der übrigen informell abgeschlossenen Texte musste auf eine Nachtragssitzung verschoben werden. Eine inhaltliche Verbesserung im **Follow-up zur 4. Weltfrauenkonferenz (Peking 1995)** wurde jedoch in den „Agreed Conclusions“ zum zweiten Schwerpunktthema der FSK, „Frauen und Informationstechnologien“, erzielt.

Weiters verabschiedete die FSK in einer Nachtragssitzung am 25. März eine detaillierte Resolution zur **Lage von Frauen und Mädchen in Afghanistan**. Diese wurde von der EU gegen den hartnäckigen Widerstand der USA eingebracht und verhandelt. Die USA wollten Afghanistan nach der Einsetzung einer Übergangsverwaltung nicht isoliert behandelt sehen, fanden jedoch dafür keine Unterstützung.

Im Rahmen des Vorsitzes des Netzwerks Menschliche Sicherheit (HSN) wurde Österreich von UNIFEM zur Vorbesprechung des **UNIFEM-Strategie- und Geschäftsplans** beigezogen. Diese Einladung erfolgte aufgrund gemeinsamer Arbeitsschwerpunkte (**Reintegration von ehem. Kindersoldatinnen in die Gesellschaft, Menschenrechtserziehung von Frauen**). Als **Vorsitzende des HSN** initiierte Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner eine gemeinsame Strategie der Netzwerk-Partner zur Umsetzung der Empfehlungen des VN-Generalsekretärs zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“.

Österreich wirkte in den VN aktiv an den frauenrelevanten Resolutionen des 3. Komitees der GV und der MRK (z.B. Resolution über die „Eliminierung von häuslicher Gewalt gegen Frauen“, „Frauen und politische Beteiligung“) mit. Österreich finanziert darüber hinaus ein Projekt von UNIFEM, das die Reintegration und Rehabilitation von Frauen in der Demokratischen Republik Kongo unterstützt.

Ein wichtiges Anliegen auf dem Gebiet der internationalen Frauenrechte war auch 2003 das **Schicksal der nordnigerianischen Frauen**, die zum Tod durch Steinigung verurteilt wurden. Auf Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner hatten die Außenministerinnen bei ihrem jährlichen Treffen am Rande der VN-Generalversammlung 2002 eine Petition zugunsten von **Amina Lawal** an den nigerianischen Außenminister unterzeichnet, die auch an den VN-Generalsekretär übergeben und als Dokument der VN zirkuliert wurde. Der Fall wurde zudem bei einem Besuch des nigerianischen Außenministers in Wien besprochen. Österreich hatte sich darüber hinaus aktiv im Rahmen der EU dafür eingesetzt, dass diesem Thema durch Erklärungen der Europäischen Union weitere Publizität verliehen wird. Das weltweite Engagement führte am 25. September 2003 zum Freispruch von Amina Lawal.

Sowohl im Rahmen der EU als auch der **österreichischen Entwicklungszusammenarbeit** unterstützte Österreich weiterhin schwerpunktmäßig Pro-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

jekte zu Frauenrechtsfragen (z.B. die Postgraduierten-Lehrgänge „Menschenrechte der Frau“ in Uganda und „Sicherung der Rechte von Frauen“ mit UNICEF in Afghanistan).

Die Arbeiten zum **6. österreichischen Staatenbericht zur VN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau** wurden im Herbst begonnen. Der Bericht wird im ersten Halbjahr 2004 an den VN-GS übermittelt werden.

2. Kinderrechte

Das **VN-Fakultativprotokoll betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie** wurde von der Bundesregierung dem Nationalrat zur Genehmigung zugeleitet.

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner widmete den Kinderrechten besondere Aufmerksamkeit, indem sie das Thema **Kinder in bewaffneten Konflikten** als ein Schwerpunktthema ihres Vorsitzes im Netzwerk Menschliche Sicherheit bestimmte (siehe Kapitel F.VI. Netzwerk Menschliche Sicherheit).

Über österreichische Initiative wurden im Rahmen der EU-Arbeitsgruppe **Menschenrechte Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** erarbeitet und vom Rat im Dezember verabschiedet. Die Leitlinien sehen eine Behandlung dieses Aspekts im Rahmen von politischen Dialogen, der multilateralen Zusammenarbeit, in Form von Demarchen wie auch im Zusammenhang mit Ausbildungsprogrammen für Krisenmanagementoperationen vor. Das Ziel der EU ist die wirksame Umsetzung bestehender internationaler Standards durch Drittländer und nichtstaatliche Akteure, die Durchführung effektiver Maßnahmen, um Kinder vor den Auswirkungen von bewaffneten Konflikten zu schützen, sowie die Beendigung des Einsatzes von Kindersoldaten und in diesem Zusammenhang die Straflosigkeit.

3. Kampf gegen Rassismus

Die **Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)** in Wien hebt in ihrem Jahresbericht **positiv hervor**, dass bei rassistisch motivierten Tathandlungen eine rückläufige Tendenz feststellbar ist und dass das österreichische Strafrecht anders als in mehreren EU-Ländern eine Strafverschärfung für rassistisch motivierte Tathandlungen vorsieht. Zudem würdigt sie die Praxis, dass nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilte jugendliche Straftäter verpflichtet wurden, zeitgeschichtliche Seminare zu besuchen. Die Einrichtung einer Datenbank sowie Meldestelle für NS-Wiederbetätigung wurde ebenfalls hervorgehoben. Kritikpunkte beziehen sich auf vereinzelte Fälle polizeilicher Gewalt gegen Ausländer. Hinsichtlich der Gleichbehandlung in der Arbeitswelt wurden im Rahmen von

Schwerpunktthemen

Testreihen Hinweise auf Fälle von Diskriminierung von Personen auf Grund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft im Zusammenhang mit der Einladung zu Aufnahmegesprächen festgestellt.

In Reaktion auf öffentlichen Druck veröffentlichte die EUMC im Dezember den Entwurf einer beim Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin in Auftrag gegebenen Studie über Ausmaß und Urheber antisemitischer Gewalt in Europa. Diese Vorstudie, von deren Inhalt sich die EUMC ausdrücklich distanziert hat, erwähnt den Aspekt muslimischer Gewalt gegen Juden. Über Österreich heißt es in dem Bericht, dass sich der Antisemitismus eher auf diffuse und traditionelle Stereotypen zu konzentrieren scheint als auf Akte physischer Gewalt.

Nach den Spannungen während und in der Folge der VN-Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 war die EU bemüht, einerseits den internen Konsens zu erhalten, andererseits die Stimmung der Konfrontation mit der afrikanischen Gruppe in Genf im Hinblick auf die Umsetzung der Weltkonferenz zu überwinden. Erfreulich war, dass es der 58. VN-GV anders als der MRK gelang, eine Passage zu Antisemitismus in der Resolution zu verankern, die auch in anderen Resolutionen Niederschlag fand.

Hinsichtlich der vom ER im Dezember beschlossenen Aufwertung der EUMC zu einer vollwertigen Menschenrechts-Agentur vgl. Kapitel F.II.1. „EU-Menschenrechtspolitik“.

4. Minderheitenschutz

Ethnische Spannungen zählen weiterhin zu den **Hauptursachen für Konflikte** in aller Welt. **Minderheitenschutz** ist daher ein zentrales österreichisches außenpolitisches und menschenrechtliches Anliegen. Österreich trat wieder als Initiator einer von der VN-MRK angenommenen Resolution zu Schutz und Förderung von nationalen, ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten sowie einer von der VN-GV angenommenen Resolution zum gleichen Themenkomplex auf. Wie in der Vergangenheit konnte eine konsensuale Annahme beider Resolutionen erreicht werden, die Verhandlungen hiezu gestalten sich jedoch zunehmend schwierig. Auch beim OSZE-Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension war Österreich Sprecher der EU zum Thema „Nationale Minderheiten“.

Die Annahme einer Abschlussresolution durch das Ministerkomitee des Europarats zum ersten österreichischen Staatenbericht unter der Europäischen Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten wurde auf das Jahr 2004 verschoben. Mitglieder des Expertenkomitees der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen statteten Österreich im Dezember einen Besuch im Zuge der Prüfung des ersten österreichischen Staatenberichts zu dieser Charta ab.

Der internationale Schutz der Menschenrechte

Im Rahmen der Arbeiten für eine Verfassung der EU unterstützte Österreich einen ungarischen Vorschlag zur Verankerung kollektiver und nationaler Minderheitenrechte in der Verfassung.

5. Menschenrechtserziehung

Die konkrete Umsetzung international anerkannter Menschenrechtsverpflichtungen ist ein zentrales Anliegen der österreichischen Menschenrechtspolitik. Ein lebhaftes Interesse der Öffentlichkeit sowie ein entsprechend tiefgreifendes Verständnis für das Wesen der Menschenrechte sind dabei bedeutsam. Das zentrale Instrument hierfür ist die Menschenrechtserziehung. Dieser wird in der internationalen Debatte zunehmend eine Brückenfunktion für eine aktive Strategie zur Verwirklichung von Menschenrechten zugemessen – und zwar als unverzichtbares Werkzeug für die Begleitung und Stärkung demokratiepolitischer Entwicklungen sowie als wichtige Grundlage für politische Teilhabe. Menschenrechtsschutz und seine Förderung dienen der Stabilität, dem Frieden und der Entwicklung.

Im Rahmen der österreichischen HSN-Präsidentschaft hat Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner erreicht, dass in diesem Bereich zwei richtungsweisende Dokumente von großer praktischer Bedeutung erarbeitet und angenommen wurden. Es sind dies eine **Prinzipienerklärung über Menschenrechtserziehung und menschliche Sicherheit** im Sinne der Ziele der VN-Dekade über Menschenrechtserziehung 1994–2004 sowie ein global einsetzbares **Handbuch zur Menschenrechtserziehung** zur konkreten Umsetzung dieser Ziele (siehe auch Kapitel F.VI „Netzwerk Menschliche Sicherheit“).

Bundesministerin Ferrero-Waldner setzt sich aktiv für eine weltweite Verbreitung des Handbuchs und des Kinderrechtsausbildungsprogramms ein. Bisher hat sie neben der VN-GV und der EU alle internationalen und regionalen Organisationen, deren Mandate Aspekte der Menschenrechtsbildung berühren, befasst und in vielen bilateralen Kontakten für den Einsatz des Handbuchs und des Ausbildungsprogramms geworben. Die Reaktionen fielen durchwegs sehr positiv aus. Eine Übersetzung des Handbuchs ins Französische wurde durch UNDP vorgenommen. Weitere fremdsprachige Ausgaben sind in Vorbereitung (spanisch und chinesisch) bzw. stehen in Diskussion (arabisch und russisch).

Das Engagement Österreichs für die Menschenrechtserziehung erfordert aber auch entsprechende innerstaatliche Maßnahmen. In diesem Zusammenhang hat Bundesministerin Ferrero-Waldner ihre Regierungskollegen in den für Bildungsprogramme zuständigen Fachressorts auf diese Dokumente aufmerksam gemacht und um Verwendung in den jeweiligen Ausbildungsprogrammen gebeten. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist in Aussicht genommen, das Handbuch ins Deutsche zu übersetzen.

Humanitäres Völkerrecht

VIII. Humanitäres Völkerrecht

Vom 2.–6. Dezember fand in Genf die **28. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes (RKRH)** statt. Die alle vier Jahre tagende Konferenz stand unter dem Generalthema „Schutz der menschlichen Würde“ mit den Schwerpunkten vermisste Personen, Waffen als humanitäre Gefahr, Krankheiten und Seuchen (insb HIV/AIDS) sowie Naturkatastrophen.

Die wichtigsten Ergebnisse aus österreichischer Sicht waren die Verabschiedung eines humanitären Aktionsplans für die nächsten vier Jahre sowie einer politischen Absichtserklärung. Ferner gab Österreich in nationaler Eigenschaft drei „Pledges“ (d. h. rechtlich nicht verpflichtende Zusicherungen hinsichtlich bestimmter humanitätsrechtlicher bzw. -politischer Initiativen) sowie gemeinsam mit den EU-Partnern vier weitere „Pledges“ ab. Am Rande der Konferenz führte Österreich namens des Netzwerks Menschliche Sicherheit einen gutbesuchten Workshop zu Kindern in bewaffneten Konflikten durch.

IX. Veranstaltungen

Anlässlich des **10. Jahrestages der 1993 in Wien veranstalteten VN-Weltkonferenz über Menschenrechte** wurde am 24. November im Vienna International Centre auf Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner ein von Österreich gemeinsam mit dem Hochkommissar für Menschenrechte konzipiertes internationales Symposium zum Thema **„Die Rolle der Richter bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte – Stärkung der Zusammenarbeit der internationalen Akteure“** abgehalten. Das Symposium stand unter dem Vorsitz des amtierenden VN-Hochkommissars für Menschenrechte, Bertrand Ramcharan. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus hohen Vertretern von Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen sowie bedeutenden Richtern und Experten zusammen. Das Symposium wurde von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner eröffnet.

Der Schwerpunkt des Symposiums lag auf der Rolle der Justiz, der eine zentrale Funktion bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte auf nationaler Ebene zukommt. Ausgangspunkt dieser Thematik war die Erkenntnis, dass gerade in kritischen Menschenrechtssituationen Richter bzw. das Justizsystem die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft dringend benötigen, um die Einhaltung der Menschenrechte für den Einzelnen in der Praxis sicherzustellen. Je schwieriger die Menschenrechtssituation in einem Land ist, umso schwieriger ist generell auch die Situation der Richter. Hauptanliegen des Symposiums war es, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft darauf zu lenken, dass Richter in vielen Fällen für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Kompetenz und Integrität Unterstützung benötigen; ferner sollten effizientere Wege für alle internatio-

Der internationale Schutz der Menschenrechte

nen Akteure innerhalb und außerhalb des VN-Systems gefunden werden, um den einzelnen Ländern bei ihren Anstrengungen zu helfen, die Rolle der Richter bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu stärken.

Ergebnis des praxisorientiert angelegten Symposiums war die Verabschiedung der bereits in einem schriftlichen Vorlaufprozess redigierten „**Vienna Declaration on the Role of Judges in the Promotion and Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms**“, in die dann noch während des Symposiums unterbreitete Überlegungen und Empfehlungen der TeilnehmerInnen einfließen. Die Erklärung enthält spezifische Empfehlungen an Staaten, Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen sowie konkrete Vorschläge im Zusammenhang mit Konflikten und post-konfliktuellen Situationen.

Österreich brachte die „Vienna Declaration“ als **nationalen Beitrag am Menschenrechtstag 2003** (10. Dezember), der nicht nur dem 55. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte, sondern auch dem 10. Jahrestag der Wiener Weltkonferenz gewidmet war, in die VN-GV ein. Neben der Verteilung des Textes als Dokument der GV und des SR wird die Umsetzung der Deklaration auch in anderen Organisationen, insb UNDP, ODIHR und ER, weiter betrieben werden.

Wanderungs- und Flüchtlingsfragen

G. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

„Eine sichere Welt im 21. Jahrhundert“ ist das Motto der Vereinten Nationen in ihrer Strategie für das begonnene Jahrtausend. Der zunehmenden Bedeutung der humanitären Dimension in den internationalen Beziehungen und der solidarischen Mitverantwortung hat sich auch Österreich zu stellen.

I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen

1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in und nach Europa

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) betreute 2003 20,5 Mio. Menschen (rund 700.000 mehr als 2002), die vor Krieg, Verfolgung und massiven Menschenrechtsverletzungen über internationale Grenzen geflohen sind. Darüber hinaus gibt es eine kontinuierlich zunehmende Zahl von Menschen, die innerhalb ihrer Heimatländer aufgrund innerstaatlicher bewaffneter Konflikte auf der Flucht sind. Das UNHCR betreut weltweit rund 4,6 Mio. dieser Binnenflüchtlinge („internally displaced persons“ / IDPs).

Die Zahl der Asylanträge war weltweit deutlich rückläufig: Im Jahr 2003 stellten in den Industrieländern 463.000 Personen einen Asylantrag, etwa 20% weniger als im Vorjahr. Das ist die niedrigste Zahl seit 1997 und die drittniedrigste seit 1988. Auch in der EU sank die Zahl der Asylanträge stark: Insgesamt wurden 288.000 Anträge gestellt (ein Minus von 22%). Dieser Trend geht offensichtlich zulasten der illegalen Migration.

Innerhalb der EU wurden von Jänner bis September 2003 in Großbritannien die meisten Asylanträge gestellt (61.050), wobei ein Minus von 41% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen war. An zweiter Stelle lag Frankreich mit nahezu unverändert 51.400 Asylwerbern, gefolgt von Deutschland mit 50.450 (Rückgang um 29%). Österreich lag mit einem Rückgang von 18% auf 32.364 im Mittelfeld. Die Tendenzen der Beitrittsstaaten waren 2003 unterschiedlich, generell steigend (insgesamt 16%), gemeinsam ist ihnen jedoch ein relativ niedriges Niveau an Antragszahlen.

Die meisten AsylwerberInnen in den Industrieländern kamen aus Russland – größtenteils Tschetschenen – (insgesamt 33.400 Personen, plus 68%), gefolgt vom Irak (24.700, minus 50%), Serbien und Montenegro (24.800, minus 23%), der Türkei (22.912, minus 21%) und China (21.259, minus 19%).

2. Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich

Österreich legt in seiner Flüchtlings- und Migrationspolitik Wert auf einen umfassenden Zugang, bei dem politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte entsprechende Berücksichtigung finden.

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

2003 haben in Österreich 32.364 Personen einen Asylantrag gestellt. Das sind 18% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der abgeschlossenen Asylverfahren betrug insgesamt 34.828, davon wurden 1.829 positiv und 4.604 Verfahren negativ erledigt. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt, zurückgezogen oder wurden gegenstandslos. Unter Berücksichtigung der rechtskräftigen Refoulement-Entscheidungen entspricht dies einer Anerkennungsquote von 21%.

Bei den Herkunftsländern steht die Russische Föderation (insb Tschetschenen) im Jahreszeitrum an der Spitze (6713), gefolgt von der Türkei (2843), Indien (2823), Serbien und Montenegro (2521), Afghanistan (2360), Nigeria (1846), Georgien (1517), Irak (1452), Moldawien (1175) und Armenien (1112).

Am 23. Oktober wurde eine Novelle zum Asylgesetz (AsylG-Novelle 2003) vom Nationalrat beschlossen, die am 1. Mai 2004 in Kraft tritt.

II. Humanitäre und Katastrophenhilfe

Die Leistungen Österreichs im Bereich der humanitären Hilfe orientieren sich an den Leitlinien der EU und dienen der Vermeidung bzw. Linderung von menschlichem Leid und der Rettung von Menschenleben. Sie erfolgen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung der Opfer, unabhängig von ethnischer Abstammung, Religion, Gesellschaft, Staatsangehörigkeit, sozialer Stellung oder politischer Ansicht.

Österreichs Hilfsprofil wird vor allem bestimmt durch die institutionalisierten Beziehungen zu Staaten bzw. Staatengruppen und durch die Verfügbarkeit von personellen und materiellen Ressourcen für spezielle Szenarien.

Neben den Ländern, mit denen unmittelbare Verpflichtungen auf Grund bilateraler Abkommen bestehen, zählen in erster Linie die Partnerländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Osthilfe zu den Empfängern österreichischer humanitärer Hilfe.

Im Jahr 2003 wurden mit Unterstützung der Bundesregierung zwei große Hilfsaktionen durchgeführt: eine für die Erdbebenopfer in Algerien, die andere für kriegsverletzte bzw. schwerkranke Kinder und Jugendliche aus dem Irak zur medizinischen Spezialbehandlung in Österreich.

a) Algerien

Anlässlich eines Erdbebens in Algerien im Juni 2003, das 2.200 Tote und 10.000 Verletzte forderte, entsandte Österreich mehrere Such- und Rettungstrupps mit Suchhunden und Ausrüstung nach Algier (insgesamt 130 Personen). Einem schwerverletzten Mädchen, das bei der Katastrophe beide Eltern verlor, konnte durch eine medizinische Evakuierung nach Österreich das Leben gerettet werden. Ihre beiden ebenfalls schwerverletzten Brüder wurden zur Behandlung nach Österreich nachgeholt.

Internationale humanitäre Organisationen

b) Irak

Am 15. Mai 2003 erfolgte in Begleitung der Frau Bundesministerin ein medizinischer Evakuierungstransport für elf kriegsverletzte bzw. schwerkranke Kinder und Jugendliche aus dem Südirak über Kuwait nach Wien. Die vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen organisierte, teils äußerst komplizierte medizinische Behandlung (u. a. infolge mitgebrachter Infektionen, schlechtem Körperzustand) in österreichischen Krankenhäusern konnte bei den meisten PatientInnen bereits erfolgreich abgeschlossen werden. Der Rücktransport der PatientInnen in ihre Heimatorte im Irak erfolgte teilweise mit Unterstützung Tschechiens sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM).

c) Iran

Anlässlich des Erdbebens in Iran am 26. Dezember 2003, bei dem die historische Stadt Bam größtenteils zerstört wurde und mehr als 30.000 Menschen umkamen, entsandte Österreich ein Bergungsteam aus Angehörigen von Bundesheer, Bundesministerium für Inneres und zivilen Hilfsorganisationen.

Um Opfern von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten zu helfen, hat das BMI im Jahr 2003 folgende weitere Beiträge zur Verfügung gestellt:

- aus Mitteln der Ost-Zusammenarbeit (OZA) 642.000 Euro für Projekte in Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Serbien und Montenegro/Kosovo, Kroatien, Aserbaidschan, Mazedonien, Rumänien;
- aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) 92.900 Euro für ein Projekt in Afghanistan; 312.000 Euro für Entminungsprojekte in Afghanistan und Äthiopien;
- aus Mitteln der Soforthilfe 324.000 Euro für die Opfer des Erdbebens in Algerien und der Überschwemmungen in Italien.

Über diese Projekte hinaus leistet die Bundesregierung auch über das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) weltweit humanitäre Hilfe. Im Jahr 2003 betrug das Budget von ECHO rund 442 Mio. Euro, wobei die Republik Österreich rund 2,6% des Gesamtbudgets finanziert.

III. Internationale humanitäre Organisationen

1. Die Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die 1951 durch europäische Staaten gegründete IOM ist heute die global bedeutendste internationale Organisation für Wanderungsfragen. Zu den traditionellen Aufgaben der Registrierung und des Transports von Flüchtlingen ist in den vergangenen Jahren eine Reihe von neuen Aktivitäten im Zusammenhang mit Not- und Postkonfliktsituationen hinzugekommen. Darüber hinaus gewinnt IOM zunehmend an Bedeutung als Plattform für einen poli-

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

tischen Informationsaustausch zur Entwicklung eines nachhaltigen Migrationsmanagements, das über rein fremdenrechtliche Maßnahmen hinausgeht und auch die ökonomischen und humanitären Aspekte von Migration stärker berücksichtigt. Dabei sollen die bestehenden Initiativen genutzt und besser koordiniert werden.

Generaldirektor Brunson McKinley (USA) wurde am 13. Juni während einer außerordentlichen Ratstagung für eine weitere Vier-Jahresperiode wiedergewählt. IOM unterhält seit 1952 ein Büro in Wien, das seit 1998 mit regionalen Funktionen für Mitteleuropa beauftragt ist. Im Jahr 2003 traten Malta, Mauretanien, Moldau und Neuseeland bei, sodass IOM mittlerweile 102 Mitglieder zählt.

2. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Von 2. bis 6. Dezember tagte in Genf die **28. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds** unter dem Generalthema „Schutz der menschlichen Würde“. Ein humanitärer Aktionsplan für die nächsten vier Jahre wurde mit folgenden Schwerpunkten verabschiedet: vermisste Personen, Waffen als humanitäre Gefahr, Krankheiten und Seuchen sowie Naturkatastrophen. Österreich organisierte und leitete einen Workshop zu Kindern in bewaffneten Konflikten und konnte gemeinsam mit dem IKRK und UNICEF dieses andauernde Problem erneut auf die humanitäre Agenda setzen.

IV. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Bedrohung, der in all ihren Aspekten (Anbau, Produktion, Handel, Konsum) und kriminellen Begleiterscheinungen durch ausgewogene Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion begegnet werden muss.

Die 46. Tagung der **VN-Suchtgiftkommission (Commission on Narcotic Drugs – CND)**, einer funktionellen Kommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, die vom 8.–17. April in Wien stattfand, stand im Zeichen der in einem Ministersegment durchgeführten Halbzeitevaluierung des Aktionsplans der VN-Sondergeneralversammlung 1998 zum Weltrogenproblem (UNGASS 1998) und der vom Exekutivdirektor des Drogen- und Verbrechensbüros der Vereinten Nationen (ODC), Antonio Costa, erfolgreich fortgesetzten Konsolidierung des Wiener **VN-Drogenkontrollprogramms (UNDCP)**. Österreich, ein Mitglied der CND, war in diesem Ministersegment durch Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Staatssekretär Reinhart Waneck vertreten.

Vor fünf Jahren verpflichteten sich die VN-Mitgliedstaaten im Rahmen der politischen Erklärung der UNGASS, bis 2008 wesentliche Fortschritte bei

Internationale Drogenkontrolle

der Reduzierung des Anbaus von Opium, Koka und Cannabis sowie bei der Reduzierung der Nachfrage und bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit psychootropen Substanzen zu erreichen. In der **gemeinsamen Ministererklärung zur Halbzeitevaluierung**, dem Hauptergebnis der 46. Tagung der CND, wurde festgehalten, dass einerseits Fortschritte in der Drogenbekämpfung erzielt werden konnten, diese aber andererseits **uneinheitlich** seien. Besorgniserregend seien insb die Verflechtungen zwischen illegalem Drogenhandel und Terrorismus sowie anderen Formen transnationaler und organisierter Kriminalität (Menschenhandel, Geldwäsche, Korruption, Waffenhandel, etc.). Stärkere und vor allem effizientere internationale Zusammenarbeit sei daher geboten. Vor dem Hintergrund einer sich durch großangelegte Neuanpflanzungen verschärfenden Drogensituation in Afghanistan wurden die Staaten aufgerufen, die Bemühungen im Rahmen der umfassenden internationalen Strategie zur Bekämpfung des Opiumanbaus weiterhin zu unterstützen.

Die **Konsolidierung des UNDCP** und die Reformbemühungen von Exekutivdirektor Costa wurden **positiv** bewertet. Im ersten Jahr seiner Amtszeit konnte er durch Verbesserung der Transparenz und Effizienz von Organisation und Abläufen das Vertrauen vieler Geberländer in das VN-Drogenprogramm wieder herstellen. Dies spiegelte sich auch in der Annahme einer wegweisenden Resolution zur Finanzierung der Organisation wider, an deren Zustandekommen Österreich in monatelangen Verhandlungen maßgeblich mitgewirkt hatte und die von vielen Ländern miteingebracht worden war. Auch der integrative Ansatz von Exekutivdirektor Costa für die Arbeit von UNDCP und CICP zur Erzielung von Synergien bei der Drogen- und Verbrechensbekämpfung sowie beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus fand breite Unterstützung der Mitgliedstaaten. Im Herbst aufgetauchte gegenseitige Korruptionsvorwürfe von Mitarbeitern des UNDCP, die auch in der internationalen Presse verbreitet wurden, konnten durch einen Bericht des VN-Rechnungshofs (OIOS) rasch entkräftet werden.

Der Jahresbericht 2003 des ODC (**Office on Drugs and Crime – VN-Drogen- und Verbrechensbüro**) über die weltweiten Trends des Drogenmissbrauchs sowie der Jahresbericht des **Suchtgiftkontrollrats (INCB)**, eines unabhängigen Expertengremiums, in dem Österreich seit dem Vorjahr durch den Wiener Labordiagnostiker Professor Rainer Schmid vertreten ist, über die weltweite Drogenproblematik dokumentierten die uneinheitlichen Entwicklungen. Der Bericht des INCB widmete sich aktuellen Fragen der Drogen- und Suchtthematik. Befürchtet wird, dass synthetische Drogen die wichtigsten Drogen der Zukunft werden, da sie im Vergleich zu konventionellen Drogen überall herstellbar und daher schwerer zu kontrollieren seien. Der INCB startete deshalb eine großangelegte Initiative, um zu verhindern, dass Vorläuferstoffe, d. h. Chemikalien, die zur Herstellung synthetischer Drogen benötigt werden, in die Untergrundlabors in aller Welt gelangen.

*Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen***V. Internationale Verbrechensverhütung**

Geringere staatliche Kontrollen, abgebaute Grenzen und freier Verkehr von Waren und Personen bedeuten nicht nur für Wirtschaftstreibende mehr Bewegungsfreiheit, sondern bieten auch organisierten kriminellen Gruppen mehr Aktionsspielraum. Als Gegengewicht für diese unerwünschten Nebeneffekte der Globalisierung ist daher eine verstärkte internationale Kooperation gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität erforderlich.

In Wien befindet sich das **Internationale Verbrechenverhütungszentrum (CICP)**, das in enger Zusammenarbeit mit dem UNDCP Strategien zur Bekämpfung internationaler Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen und verwandten Praktiken wie der Geldwäsche erarbeitet. Neben der Verfolgung von Allgemeinzielen wie der Erarbeitung globaler Standards in Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege führen die Mitarbeiter des CICP konkrete Projekte zur Stärkung des Strafrechtssystems in einzelnen Ländern durch und wirken bei der Ausarbeitung einschlägiger völkerrechtlicher Übereinkommen mit.

Die 12. Tagung der **VN-Kommission zur Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (Commission on Crime Prevention and Criminal Justice – CCPCJ)** fand vom 13.–22. Mai in Wien statt. Sie widmete sich schwerpunktmäßig den Themen **Menschenhandel, Terrorismus und Standards und Normen der Vereinten Nationen in Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege**. Die Themen organisierte Kriminalität und Korruption stellten weitere Prioritäten der Kommissionstagung dar. Als für die Periode 2003–2006 gewähltes Mitglied spielte Österreich eine aktive Rolle. Die ehemalige Bundesministerin für Frauen und nunmehrige Leiterin der Task Force „Menschenhandel“ des Stabilitätspakts der EU für Südosteuropa, die Österreicherin Helga Konrad, nahm als Expertin an der Podiumsdiskussion über Menschenhandel teil. Österreich übte ferner den Vizevorsitz der CCPCJ aus und brachte Resolutionen zu Terrorismusbekämpfung und zu Standards und Normen der VN in Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege ein. Mit dem darin enthaltenen Auftrag an die CCPCJ, in Zukunft regelmäßig den Stand der Implementierung der Anti-Terrorismuskonventionen zu überprüfen, wird die **Terrorismusbekämpfung zu einem festen Bestandteil** ihrer Tätigkeit. Außerdem wird das bisherige Mandat des CICP, technische Hilfe bei der Umsetzung der Anti-Terrorismuskonventionen zu leisten, auf die Zuständigkeit für die Verbindungen zwischen Terrorismus und anderen Formen von Verbrechen erweitert. Im Rahmen der nächsten Tagung der CCPCJ wird ein hochrangiges Expertentreffen über Fortschritte betreffend die strafrechtlichen Aspekte des Terrorismus, die internationale Kooperation und die Umsetzung der Anti-Terrorismuskonventionen stattfinden.

Im Februar fand in Zusammenarbeit zwischen dem CICP und Österreich eine **Expertentagung über die Anwendung von Standards und Normen der**

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)

Vereinten Nationen im Friedenszentrum Stadtschlaining im Burgenland statt. Im Rahmen der Tagung wurden die bisherigen Fortschritte bei der Anwendung bestehender Standards und Normen der VN in der Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege, die von der Gefangenenbehandlung bis zum außergerichtlichen Tatausgleich reichen, evaluiert und das bestehende Berichtssystem überprüft. Ergebnis der Tagung war die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen, die im Rahmen der CCPCJ angenommen wurden.

Das Ad-hoc-Komitee zur Erarbeitung einer VN-Konvention gegen Korruption konnte dank einer zusätzlichen Verhandlungsrunde im Oktober seine Arbeiten abschließen. Österreich stellte einen der Vizevorsitzenden und leitete die Verhandlungen des Kapitels über Überprüfungs- bzw. Umsetzungsmechanismen, dessen Regelung über den Minimalkonsens der VN-Konvention gegen das transnationale organisierte Verbrechen hinausgeht und die Kontrolle der Einhaltung von Bestimmungen der Konvention durch die Mitgliedstaaten erleichtert. Auch die Verhandlungen über die **Rückführung durch Korruption erworbener und ins Ausland verbrachter Vermögenswerte**, einem neuen und daher heftig diskutierten Bereich, konnten letztlich erfolgreich abgeschlossen werden. Im Dezember wurde die **VN-Konvention gegen Korruption in Mérida (Mexiko)** im Rahmen einer Ministerkonferenz von knapp 100 Staatenvertretern unterzeichnet.

Im Zuge der Reformen innerhalb der Organisation wurden die Details für die Weiterführung des „**United Nations Vienna Civil Society Award**“ für den Zeitraum 2004–2006 zwischen dem ODC, Österreich und der Stadt Wien verhandelt.

VI. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)

Im Februar fand die Wahl der 18 RichterInnen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) statt. Nach der feierlichen Einweihung des IStGH am 11. März, im Zuge deren der Kanadier Philippe Kirsch zum Präsidenten gewählt wurde, folgten im April die Wahlen des Argentiniers Luis Moreno-Ocampo zum Ankläger und des Franzosen Bruno Cathala zum Gerichtskanzler.

Die zweite Versammlung der Vertragsstaaten im September in New York behandelte noch ausstehende institutionelle und budgetrechtliche Fragen. Darunter fielen die Wahlen des stellvertretenden Anklägers und des Direktors des Opferfonds des IStGH sowie unter österreichischem Vorsitz die Errichtung eines selbstständigen Sekretariats der Versammlung der Vertragsstaaten, das ab 1. Jänner 2004 seinen Sitz in Den Haag hat.

Österreich hat am 17. Dezember als vierter Staat die Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über Privilegien und Immunitäten des IStGH in New York hinterlegt.

Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

Die dritte Versammlung der Vertragsstaaten wird im September 2004 zum ersten Mal in Den Haag tagen, womit der IStGH auch formell von den Vereinten Nationen in New York losgelöst wird. Dementsprechend werden 2004 auf Grundlage von Art 2 IStGH-Statut Verhandlungen über das Verhältnis zwischen dem IStGH und den Vereinten Nationen beginnen. Der Ankläger hat angekündigt, 2004 die ersten offiziellen Ermittlungen im Zusammenhang mit Verbrechen, die unter das IStGH-Statut fallen, aufzunehmen.

Der Weltwirtschaftsgipfel

H. Multilaterale Weltwirtschaftspolitik

I. Der Weltwirtschaftsgipfel

Gastgeber des G8-Gipfels 2003 war Frankreich, wo in Evian von 1.–3. Juni die Regierungschefs der acht führenden Industrienationen zusammentrafen. Den Auftakt bildete erstmals ein von Staatspräsident Jacques Chirac initiiertes „erweiterter Dialog“ mit den Staats- und Regierungschefs von 21 Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens (u.a. Chinas) sowie Vertretern internationaler Finanzinstitutionen.

Das Gipfeltreffen setzte sich die Erörterung von Fortschritten in drei globalen Bereichen zum Inhalt: weltweites Wirtschaftswachstum, nachhaltige Entwicklung und weltweite Sicherheit.

Die Wachstumsaussichten sollen durch eine Verbesserung der „Corporate Governance“ und der Marktdisziplin gestärkt werden. Zugleich erinnerte der Gipfel zum ersten Mal die Unternehmen an ihre sozialen und ökologischen Verpflichtungen in Ergänzung zu ihren ökonomischen Aufgaben. In der Entwicklungsthematik bekräftigten die Staats- und Regierungschefs den geographischen Schwerpunkt Afrika, weitere Akzente bildeten die Themen Wasser, Hungersnöte, Gesundheit, Aids und die Rolle von Wissenschaft und Technik für eine nachhaltige Entwicklung. Hinsichtlich der Sicherheitsproblematik wurden Deklarationen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und gegen den Terrorismus verabschiedet. Quer durch die Tagungsthemen wurde der Präventionsgedanke betont, besonders für die Entwicklung internationaler Finanzkonstellationen und im Kampf gegen den Terrorismus.

Zusätzlich zu diesen globalen Themenkreisen wurden am Ende der Konferenz einige regionale Fragen und ihre Auswirkungen auf die Internationale Gemeinschaft angesprochen: Irak, Israel und Palästina, Nordkorea, Afghanistan, Iran und Simbabwe.

Der nächste G8-Gipfel wird unter Vorsitz der USA voraussichtlich von 8.–10. Juni 2004 in Sea Island, Georgia, stattfinden.

II. Die Welthandelsorganisation (WTO)

Durch das ergebnislose Ende der 5. WTO-Ministerkonferenz (10.–14. September in Cancún, Mexiko) unterblieb die erwartete Weichenstellung für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden multilateralen Handelsrunde („Doha-Entwicklungsrunde“) bis 1. Jänner 2005. So konnte auch der Beschluss zur Stärkung einzelner Bestimmungen zur **differenzierten Sonderbehandlung von Entwicklungsländern** nicht gefasst werden. Die für technische Hilfe an diese Länder eingerichtete Treuhandstiftung wurde in diesem Jahr mit mehr als 24 Mio. Schweizer Franken gespeist. Österreich steuerte 200.000 Euro bei.

Multilaterale Weltwirtschaftspolitik

Beim Marktzugang blieb die Frage der Vorgangsweise bei den Zollverhandlungen mangels Einigung in Cancún offen. Die EG strebt wesentliche Zollsensenkungen aller Mitglieder (auch der Entwicklungsländer) nach einer allgemeinen Formel für sämtliche Industriewaren an, während die USA schwerpunktmäßige Verhandlungen über einzelne Sektoren vorziehen. Die Entwicklungsländer wehren sich – trotz des steigenden Handels untereinander – gegen verpflichtende Zollsensenkungen. Der Vorschlag der Industriestaaten, dem ungleichen Entwicklungsstand der einzelnen Entwicklungsländer durch eine unterschiedliche Behandlung Rechnung zu tragen, war bisher politisch nicht durchsetzbar.

In der Landwirtschaft verstrich Ende März die Frist für die Festlegung der Vorgangsweise in allen drei Verhandlungssäulen (Marktzugang, Ausfuhrbeihilfen, innerstaatliche Stützungen) sowie bei nicht handelsbezogenen Anliegen (z.B. Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz). Durch weitreichende Anpassungen ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik schuf die EG im Juni mehr Verhandlungsspielraum im Bereich innerstaatliche Stützungen. Mit den USA erzielte sie eine Annäherung bei Marktzugang (abgestufte Zollsensenkung unter Berücksichtigung heikler Waren) und Ausfuhrwettbewerb (Gleichbehandlung aller Formen von Ausfuhrbeihilfen). Dieser gemeinsame EG-US-Verhandlungsvorschlag scheiterte in Cancún an den Forderungen einer Gruppe von Entwicklungs- und Schwellenländern („G20plus“) unter Führung Brasiliens. Auch die „Baumwollinitiative“ von vier afrikanischen Ländern für den völligen Abbau aller handelsverzerrenden Stützungen im Baumwollsektor blieb vorläufig erfolglos.

Bei den Dienstleistungen konnte im März eine der Schlüsselfragen der GATS-Verhandlungen, die Anrechnung eigenständiger Marktfreigaben einzelner Mitglieder, gelöst werden. Bezüglich der Vorgangsweise für die Sonderbehandlung am wenigsten entwickelter Länder (LDCs) in den Dienstleistungsverhandlungen wurde ebenfalls Einigung erzielt. Die EG, die schon im Jahr zuvor ihre Forderungen an 109 WTO-Mitglieder gerichtet und selbst 38 Forderungen anderer Mitglieder erhalten hatte, übermittelte der WTO im April ein gemeinsames EG-Dienstleistungsangebot, das aus den Angebotslisten aller EG-Mitglieder zusammengesetzt ist. Seit März haben weitere 38 WTO-Mitglieder ihre Angebote vorgelegt. Die meisten sind als eher bescheiden einzustufen. Die bilateralen Verhandlungen hierüber sind durch den Rückschlag von Cancún fast zum Stillstand gekommen.

Der Schwerpunkt im Sektor Umwelt liegt einerseits auf der Klärung des Verhältnisses multilateraler Umweltabkommen (MEAs) zu WTO-Vorschriften, andererseits auf verbessertem Informationsaustausch zwischen MEAs und WTO. Ein weiteres Ziel ist der Abbau von Zollschränken und nichttarifären Handelshemmnissen für umweltfreundlich erzeugte Waren und Dienstleistungen. Besondere Anliegen der EG sind die Umweltkennzeichnung von

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Waren sowie die stärkere Verankerung der nachhaltigen Entwicklung im WTO-Regelwerk.

Im Bereich der geistigen Eigentumsrechte (TRIPs) wurde kurz vor der Ministerkonferenz von Cancún ein verbesserter Zugang für Entwicklungsländer zu Arzneimitteln geschaffen: Sie dürfen zwecks Bekämpfung von Seuchen auch dann Zwangslizenzen nützen, wenn sie selbst über keine Erzeugungsstätten verfügen. Hingegen ist die Schaffung eines Verzeichnisses von Ursprungsangaben für Weine und Schnäpse wegen Uneinigkeit unter den Mitgliedern über dessen Schutzwirkung noch offen.

Gemäß der Ministererklärung von Doha aus dem Jahre 2001 hätte anlässlich der Konferenz von Cancún auch die Entscheidung über die Eröffnung von Verhandlungen über die sogenannten „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerb, Handelserleichterungen und Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen) getroffen werden sollen. Viele Entwicklungsländer fühlten sich an diese Beschlüsse aber nicht mehr gebunden und konnten auch dem EG-Vorschlag einer „Entkoppelung“ (einstweilige Ausklammerung von Wettbewerb und Investitionen) bisher nichts abgewinnen.

Für die Überprüfung des Streitschlichtungsmechanismus, der als Herzstück der multilateralen Handelsordnung gilt, wurde die Frist bis Mai 2004 erstreckt. Die von der EG bekämpften 30-prozentigen Schutzzölle der USA auf Stahleinfuhren wurden vom WTO-Schiedsausschuss für regelwidrig erklärt und daher von den USA am 5. Dezember aufgehoben.

Durch die Beitritte Armeniens und Mazedoniens stieg die Mitgliederzahl auf 146. Als erste LDCs seit Gründung der WTO schlossen Kambodscha und Nepal die Beitrittsverhandlungen ab. Ihre Mitgliedschaft wird 2004 wirksam. Aufnahmeverfahren laufen mit 24 Ländern, darunter Russland und Saudi-Arabien. Für Afghanistan, dessen Ansuchen im April einlangte, wurde noch keine Arbeitsgruppe eingerichtet.

In der Mehrzahl der Außenhandelsfragen besteht eine ausschließliche Gemeinschaftskompetenz der EG. Die europäische Haltung zu WTO-Fragen wird in Brüssel und Genf in dem zur Unterstützung der Kommission eingerichteten Ratsausschuss nach Art 133 EG-Vertrag abgestimmt.

III. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Das Schwergewicht bei der inneren Erneuerung der Organisation lag auf der Vorgangsweise in Erweiterungsfragen, der Änderung der Entscheidungsfindung, der Neuordnung der Berechnung der Beiträge und der Neugliederung der Ausschüsse. Alle Entwicklungsangelegenheiten wurden in einem gemeinsamen Bereich zusammengelegt. Mit einer neuen Darstellung der Haushaltsführung wurden Maßnahmen zur wirksamen Überwachung und Auswertung der Mittelverwendung eingeführt.

Multilaterale Weltwirtschaftspolitik

Der Mitarbeiterstand der OECD blieb bei ungefähr 1800 Personen, der Gesamthaushalt betrug rund 264 Millionen Euro, wovon auf Österreich ein Anteil von etwa einem Hundertstel entfiel.

1. OECD-Erweiterung und Außenbeziehungen

Im Berichtsjahr forderte die Russische Föderation die OECD zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen auf. Österreich setzte sich für die Aufnahme aller EU-Beitrittsanwärter, besonders Sloweniens und der baltischen Staaten, in die OECD ein. Die Tätigkeiten im Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Zusammenarbeitsprogramme mit Drittländern wurden fortgesetzt. Die „Globalforen“ zur themenbezogenen Zusammenarbeit dienten wesentlich dem Meinungsaustausch mit Vertretern von Nichtmitgliedstaaten.

2. Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die im Oktober veröffentlichte Länderprüfung Österreich bescheinigt dem Land, das seit Ende der 80er Jahre zu den fünf europäischen Staaten mit dem höchsten Pro-Kopf-BIP zählt, eine leistungsstarke Wirtschaft, die aber weitere Strukturänderungen benötigt, um die vollen Wachstumsmöglichkeiten der EU-Erweiterung nutzen zu können. Gewürdigt werden die wirtschaftlichen Neuerungen der letzten Jahre, insb die Pensionsreform als ein ehrgeiziges Vorhaben zur Absicherung der öffentlichen Altersversorgung, doch wird die Vereinheitlichung der Pensionssysteme eingemahnt. Die Fortführung des Festigungskurses für den Staatshaushalt soll dem Staat wieder Handlungsspielraum verschaffen und das Wirtschaftswachstum unterstützen. Weitere Forderungen sind die Steigerung der Erwerbsbeteiligung vor allem älterer Menschen, die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen und der verstärkte Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltbereich als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Ein Entwurf für den Austausch von Bankauskünften in zivilrechtlichen Steuerangelegenheiten wurde wegen befürchteter Folgen für das Bankgeheimnis von Österreich und anderen europäischen Staaten abgelehnt.

3. Studie zum Großraum Wien – Pressburg

Die im November vorgelegte Untersuchung zeigt beträchtliche Entwicklungsmöglichkeiten beiderseits der Grenze auf und regt die engere Zusammenarbeit österreichischer und slowakischer Behörden in der Region an.

4. Wohlfahrtsangelegenheiten

Die im September vorgestellte Studie „Kinder und Karriere – Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ lobt Österreich dafür, dass die hohe Familienförderung Kinderarmut und Armutsgefährdung von Eltern im Weltvergleich

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

niedrig halte, empfiehlt aber eine Anpassung der Zuverdienstgrenzen und die Bindung des Kindergeldes an die Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen.

5. Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Wie bereits 2002 beschlossen, wurden das Entwicklungszusammenarbeitsdirektorat, das Entwicklungszentrum, der Sahel und West Africa Club sowie das Zentrum für die Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedern in einem Bereich zusammengefasst. Dem Entwicklungsausschuss (DAC) unterstehen nunmehr zwei Arbeitsgruppen (zu Statistik und Wirksamer Hilfe) und sechs Netzwerke (Bewertung, Umwelt, Armut, Konfliktverhütung und Geschlechterfragen). Ein Plan zur Abstimmung des Geberverhaltens wurde im Februar verabschiedet. Das neue Strategiepapier zur weltweiten Entwicklung lenkt die OECD-Tätigkeit in Richtung multidisziplinäre Arbeit und einheitliche Vorgangsweise. Das Entwicklungszentrum geriet durch die Austrittserklärungen Argentiniens und Brasiliens, die regelwidrig ihre Beitragszahlungen einstellten, sowie Dänemarks und Kanadas in große finanzielle Schwierigkeiten.

6. Die Internationale Energieagentur (IEA)

Beim IEA-Verwaltungsrat auf Ministerebene vom 28.–29. April in Paris wurde das Bekenntnis zu den energiepolitischen Zielen der Versorgungssicherheit, des Umweltschutzes und des Wirtschaftswachstums bekräftigt. Deren Verwirklichung setzt die stetige Anpassung an sich wandelnde Rahmenbedingungen sowie ständig neue Anstrengungen voraus, besonders vor dem Hintergrund politischer Unsicherheit in wichtigen Erzeugerländern, Preisschwankungen, Energieverbrauchszunahme und wachsender Umweltgefährdung.

7. Umwelt

Die im November veröffentlichte Umweltländerprüfung Österreich stellt dem Zustand der Umwelt und Österreichs Maßnahmen hierfür ein gutes Zeugnis aus, betont aber die Verantwortung Österreichs, seinen Stand als Umweltmusterland durch weitere Investitionen zu halten und seine Erfahrungen anderen Ländern nutzbar zu machen.

8. Biotechnologie

Schwerpunkte der von Österreich geleiteten Arbeitsgruppe waren Biotechnologie und Nachhaltigkeit, Netzwerke für Biologieforschungszentren und die Vorbereitung eines Werkstattgespräches in Tokio zu einer Forschungsdatenbank für menschliches Erbgut.

Multilaterale Weltwirtschaftspolitik

9. Landwirtschaft

Bei einem Werkstattgespräch vom 10.–13. Juni in Wien wurden die zunehmende Nutzung von Biomasse als Energieträger und industriellem Rohstoff sowie die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Landwirtschaft als Lieferantin dieser Rohstoffe mit Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen für Volkswirtschaft und Umwelt untersucht.

10. Informationstechnik

Die OECD befasste sich mit Entwicklung und Herausforderungen des Breitbandsektors, der Schaffung neuer Märkte und den Produktivitätsgewinnen durch die neuen Datendienste. Das Joanneum-Institut für Technologie- und Regionalpolitik erstellte eine Studie über elektronische Verwaltung in Österreich.

11. OECD-Ministertagungen

Bei der unter neuseeländischem Vorsitz vom 29.–30. April in Paris abgehaltenen OECD-Ratstagung auf Ministerebene unter dem Leitgedanken „Ein Fahrplan für Wachstum und Entwicklung“ war Österreich durch Staatssekretär Alfred Finz vertreten. Behandelt wurden die weltweiten Wachstumsaussichten, Maßnahmen zur Beschleunigung des Aufschwungs, zur Wahrung des Vertrauens und zur Festigung des Wachstums, die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung sowie die Stärkung der multilateralen Handelsordnung. Im Mittelpunkt der Erörterungen zum Thema Entwicklung und Handelsfragen, an denen auch Vertreter aus Nichtmitgliedstaaten teilnahmen, standen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, öffentliche Mittel für Entwicklungshilfe und Handelsausweitung.

Die Arbeits- und Sozialminister besprachen vom 29.–30. September in Paris unter dem Titel „Mehr und bessere Arbeitsplätze“ die Eingliederung benachteiligter Gruppen wie ältere Arbeitnehmer, Frauen, Alleinerziehende und Behinderte in den Arbeitsmarkt sowie die Weiterentwicklung beruflicher Fähigkeiten der Arbeitnehmer. Sie beschlossen die Wiederaufnahme der vor zehn Jahren durchgeführten Arbeitsplatzstudie, um die getätigten Erfahrungen für künftige Entscheidungen auszuwerten.

12. Runder Tisch zur nachhaltigen Entwicklung

Dieses informelle Sachverständigengremium hielt Treffen zu internationaler Regierungsführung und nachhaltiger Entwicklung, zu weltweiten Auswirkungen nationaler Nachhaltigkeitsmaßnahmen und zur Überfischung ab.

Follow-up des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD)

I. Globale Nachhaltigkeitspolitik

Während am Ende des **Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg** die nicht erreichten Verhandlungsziele das Urteil über die Zukunft des Nachhaltigkeitsprozesses beherrschten, verweist das dynamische und aktive Follow-up besonders in der EU auf die Konsolidierung des Konzepts und die steigende Akzeptanz der Interdependenz zwischen Wirtschaft, Sozialfragen und Umweltschutz. Alle internationalen Akteure bekennen sich heute grundsätzlich zu der Vision der nachhaltigen Entwicklung, welche Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit, des schonenden Umgangs mit der Natur und den natürlichen Ressourcen sowie der Armutsreduktion und der Schaffung von Wohlstand in sich vereint. In seiner generationsübergreifenden und vorsorgeorientierten Perspektive unterstreicht das Konzept der Nachhaltigkeit auch die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wertewandels.

I. Follow-up des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD)

Die **Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD)** bleibt das internationale Hauptgremium zur Umsetzung der Ergebnisse des WSSD. Ihre Arbeitsweise wurde grundlegend verändert: Der Arbeitsablauf der CSD ist nunmehr auf zwei Jahre ausgelegt (= 1 Zyklus), bestehend aus einem „Review-Year“ und einem „Policy-Year“. Das „Review-Year“ dient der Evaluierung der Umsetzung der Agenda 21, von Rio+5 und des Implementierungsplans von Johannesburg und soll sich auf die Identifizierung von Hindernissen im Umsetzungsprozess im Bezug auf den thematischen Schwerpunkt des jeweiligen CSD-Zyklus konzentrieren. Die Session wird ein hochrangiges Segment, Diskussionsforen mit Experten und Berichte der Regionen über ihre Umsetzungserfahrungen umfassen. Regionale Implementierungstreffen bereiten die „Review“-Session vor. Das Ergebnis wird kein verhandelter Text, sondern eine Zusammenfassung des Vorsitzenden sein. Aus diesem entsteht die Grundlage für die Verhandlungen über Politikoptionen und die Korrektur von Hindernissen bei der WSSD-Umsetzung für die „Policy“-Session. Diese verläuft nach bekannten multilateralen Mustern und hat auch ein Ministersegment, wobei danach getrachtet wird, neben Umweltministern auch Fachminister der jeweilig zur Diskussion stehenden Themen einzubeziehen.

Das österreichische Verhandlungsziel bei der CSD 11 im Mai bestand in der Verankerung des Themas „Energie“ im zweiten Zyklus des Arbeitsprogramms, das Österreich damit 2006 voraussichtlich als EU-Präsidentschaft betreuen wird.

Dynamisch entwickelten sich auch die am Weltgipfel vom VN-GS angeregten öffentlich-privaten Partnerschaften, wobei sich Österreich v. a. für Initiativen im Bereich Energie für nachhaltige Entwicklung engagierte. Das Sekretariat der von der britischen Regierung initiierten Renewable Energy and

Globale Nachhaltigkeitspolitik

Energy Efficiency Partnership (REEEP), in dessen Arbeit Österreich aktiv involviert ist, wurde im November im Vienna International Centre angesiedelt. REEEP will die Verwendung erneuerbarer Energie und energieeffizienter Systeme zur Verbesserung der Energiesicherheit und zur Bekämpfung des Klimawandels und die Ermöglichung des Zugangs zu modernen und verlässlichen Energiedienstleistungen fördern, die internationale Zusammenarbeit dazu stärken und den Marktanteil dieser Technologien erhöhen. Das auf eine österreichische Initiative zurückgehende „Global Forum for Sustainable Energy“ (GFSE) hielt im November sein erstes regionales Seminar zum Thema nachhaltige Fernwärmelösungen in Ländern des EU-Stabilitätspaktes in Wien ab.

Die 5. VN-ECE-Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ vom 21.–23. Mai in Kiew war die erste umweltpolitische Großkonferenz, in die die Beitrittsländer voll in die EU-Koordination integriert waren. Die EU betonte ihre konstruktive Rolle als Motor zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Stärkung des Umweltpfeilers in Europa, vor allem auch vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung. Politische Höhepunkte der Konferenz waren die Annahme und Unterzeichnung von drei neuen ECE-Protokollen (Strategische Umweltprüfung, Schadstoffregister, zivilrechtliche Haftung) und der Karpatenkonvention, die Genehmigung der Strategien für die osteuropäischen, Kaukasus- und zentralasiatischen (EECCA-)Staaten sowie die Annahme einer Ministerklärung.

Die VN-GV hatte 2001 mit Resolution 55/196 das Jahr 2003 als das **Internationale Jahr des Wassers** ausgerufen, das vorrangig die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit durch nationale und internationale Aktivitäten fördern sollte. So war Wasser Schwerpunkt zahlreicher internationaler Konferenzen, in deren Zentrum das 3. Weltwasserforum im März in Kyoto (Japan), stand. Die EU stellte dort ihre auf dem WSSD lancierte Initiative „Water for Life“ vor, die konkrete Projekte für Entwicklungsländer beinhaltet. Österreich präsentierte in Kyoto das Donauschutz-Übereinkommen als Beispiel für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Initiative zum nachhaltigen Gewässerschutz der Donau und ihrer zufließenden Gewässer. Um die österreichische Expertise im Bereich Wasserpolitik, Wassermanagement und Wassertechnologien sowie österreichische Wasserprojekte in der Entwicklungshilfe international bekannt zu machen, wurde die englischsprachige Broschüre „Blue Austria Global Responsibility“ aufgelegt.

Ende Mai fand in Genf die 3. Sitzung des **United Nations Forum on Forests (UNFF)** mit den Schwerpunkten ökonomische Aspekte des Waldes, Waldgesundheit und Produktivität sowie Erhaltung der Bewaldung zur Bedeckung gegenwärtiger und zukünftiger Bedürfnisse statt. UNFF-3 beschloss die Einsetzung einer Expertengruppe, welche die Parameter eines Rechtsrahmens für die internationale Waldpolitik entwickeln soll. Österreich wird in dieser Expertengruppe vertreten sein.

*Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)***II. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP)**

Im Zentrum der Debatten der 22. UNEP-Verwaltungsratsstagung und der 4. Tagung des Global Ministerial Environment Forum (GMEF) stand die Stärkung von UNEP als zentraler Pfeiler und als Koordinationsorgan der globalen Anstrengungen zum Schutz der Umwelt vor dem Hintergrund der Ergebnisse des WSSD. Unterstrichen wurden auch die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Armut sowie die Notwendigkeit der Einbindung der Zivilgesellschaft. Von besonderer Bedeutung sind die Entscheidungen zum „post-conflict environmental assessment“, zur globalen Wasserpolitik, zum strategischen Chemikalienmanagement, zum Quecksilberprogramm, zur Unterstützung für Afrika, zu den Konsum- und Produktionsmethoden sowie zur biologischen und kulturellen Vielfalt.

Die Entscheidungen sind eine geeignete Basis für UNEPs Rolle in der Umsetzung der Ergebnisse des WSSD und für eine Weiterentwicklung von globaler Umweltpolitik und globalem Umweltrecht.

III. Globale Umweltschutzabkommen**1. Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung**

Im Dezember tagte die 21. Sitzung des Exekutivorgans gleichzeitig als erste zum Schwermetallprotokoll in Genf. Österreich hat das Protokoll zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle als 19. Vertragspartei ratifiziert. Für die Überprüfung dieses Protokolls (u. a. Ausweitung auf andere Substanzen) wurde eine „Task Force“ eingerichtet. Weitere Schwerpunkte waren die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der bisherigen Protokolle, der Berichtspflichten und der Entscheidung über eine „Task Force“ über persistente organische Schadstoffe. Österreich ist eines der wenigen Länder, die bisher alle Anforderungen rechtzeitig und vollständig erfüllt haben.

2. Wasserschutz- und Industrieunfälleübereinkommen (Helsinki-Übereinkommen)

Im Mai fand die 2. gemeinsame Sondersitzung des Vertragsparteientreffens des ECE-Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen und der Vertragsparteienkonferenz des ECE-Übereinkommens über den Schutz und Gebrauch von grenzüberschreitenden Wasserwegen und Seen statt, die das Protokoll zur zivilrechtlichen Haftung und zum Ersatz bei Schäden durch grenzüberschreitende Auswirkungen von Industrieunfällen auf grenzüberschreitende Gewässer verabschiedete. Öster-

Globale Nachhaltigkeitspolitik

reich hat das Kiewer Protokoll, das einen haftungsrechtlichen Mindeststandard begründet, im Dezember unterzeichnet.

3. Internationales Walfangübereinkommen (IWC)

Im Juni fand die 55. Jahrestagung in Berlin statt, die „Berlin Initiative zur Stärkung der Schutzbemühungen der IWC“ annahm. Diese hat die Gründung eines neuen „Schutzkomitees“ im Rahmen der IWC zum Inhalt, das sich für den Schutz von Walen und Delfinen einsetzen wird. Die Initiative wird von den Walfangstaaten Island, Norwegen und Japan heftig bekämpft, die befürchten, dass das Walfangmoratorium dadurch „ewig“ bestehen und die Arbeit an seiner Revision verschleppt wird. Mitte August nahm Island trotz gegenteiliger Aufforderung der IWC die Waljagd wieder auf, woraufhin die Walschutzstaaten (23 Staaten, denen auch Österreich angehört) eine Demarche unternahmen, die Island aufforderte, seine Walfangpolitik zu überdenken.

4. VN-Übereinkommen gegen Wüstenbildung (UNCCD)

Die im August/September in Havanna abgehaltene 6. Vertragsparteienkonferenz war politisch überschattet von den Sanktionen der USA und der EU wegen Menschenrechtsverletzungen Kubas und stand inhaltlich im Zeichen der Integration der Ergebnisse des WSSD in das vorrangig als Entwicklungsinstrument anzusehende Übereinkommen. Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung bleiben daher Schwerpunkte der Arbeit, wobei die Aufbau- und Analysephase abgeschlossen ist. Ein neues Umsetzungscommittee (CRIC) wird diese Arbeiten überprüfen, die Finanzierung kann ab sofort auch durch die Globale Umweltfazilität (GEF) erfolgen.

5. VN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderung (UNFCCC)

Die im Dezember in Mailand abgehaltene 9. Vertragsparteienkonferenz war geprägt von der offenen Frage, wann Russland das Kyoto-Protokoll ratifizieren werde, um dessen Inkrafttreten zu ermöglichen. Das Protokoll wurde von bisher mehr als 100 Staaten ratifiziert, für das Inkrafttreten müssen jedoch 55% der CO₂-Emissionen der Industrieländer vom Protokoll erfasst werden. In der Zwischenzeit hat die Umsetzung der flexiblen Mechanismen des Protokolls begonnen. Mit einer Novelle zum Umweltförderungsgesetz und dem Erlass von Richtlinien hat das österreichische Joint Implementation/Clean Development Program im September seine Arbeit aufgenommen. Die 21. Sitzung des Internationalen Forums über Klimawandel (IPCC) fand im November in Wien statt.

6. Cartagena Protokoll über biologische Sicherheit

Österreich hat das Protokoll gemeinsam mit allen EU-Staaten ratifiziert, womit es im September in Kraft trat.

*Globale Umweltschutzabkommen***7. Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POPs, „Stockholmer Konvention“)**

Die im Juli in Genf in Vorbereitung der ersten Vertragsparteienkonferenz abgehaltene 7. Sitzung des Intergouvernementalen Komitees (INC-7) verlief sachbezogen. Konfliktpunkte stellten die Positionen zu den Einhaltungsregeln („Compliance“), zum Überprüfungsausschuss für persistente organische Schadstoffe (POPsRC) sowie zu Finanzierungsfragen (GEF) dar. Zu den wichtigen Punkten wie Geschäftsordnung, Streitschlichtungsverfahren und Finanzregeln bzw. -ordnung konnten weitere Fortschritte auf fachlicher Ebene erzielt werden. Bisher wurden von den 50 für ein Inkrafttreten benötigten Instrumenten 42 hinterlegt.

Auslandskulturpolitik

J. Auslandskulturpolitik

1. Schwerpunkte und Projekte 2003

Für die internationale Position, die Wahrnehmung und den politischen Handlungsspielraum Österreichs kommt der Kultur höchste Priorität zu. Österreich wird im Ausland als wichtige Kulturnation wahrgenommen. Diese Erwartung erfordert eine aktive Auslandskulturpolitik. Es gilt daher, den komparativen Vorteil Österreichs auf diesem Gebiet bestmöglich zu nutzen und die künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen unseres Landes zur Förderung von Sicherheit, Stabilität und Toleranz einzusetzen sowie die innovative Kraft zeitgenössischen Schaffens einem möglichst breiten Publikum zu präsentieren.

Die **geografischen Schwerpunkte der Auslandskulturpolitik im Jahr 2003** wurden in erster Linie von den Österreichischen Kulturforen New York, Moskau, London, Paris, Warschau, Krakau, Prag, Pressburg, Budapest, Ljubljana, Agram, Belgrad, Rom, Mailand und Berlin umgesetzt. Zudem leisteten die Österreichischen Kulturforen in Kairo, Istanbul und Teheran in Fortführung der langjährigen Bemühungen zur Stärkung des Dialogs der Kulturen und Zivilisationen mit ihrer Programmarbeit einen bedeutenden Beitrag. Darüber hinaus kommt den Aktivitäten der insgesamt 50 Österreich-Bibliotheken, die sich vorwiegend im ost- und südosteuropäischen Raum befinden, ein wichtiger Stellenwert zu. Intensiviert wurden auch die Beziehungen zwischen Österreich und Israel.

In Anbetracht der ständig wachsenden internationalen Bedeutung Chinas wurden im Rahmen eines offiziellen Besuches von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner im Herbst 2003 die ersten offiziellen Schritte zur **Errichtung eines Österreichischen Kulturforums in Peking** gesetzt, das im Frühjahr 2004 eröffnet werden soll. Damit wird sich die Anzahl der Österreichischen Kulturforen auf 29 erhöhen.

Inhaltlich verfolgte die österreichische Auslandskulturpolitik neben der Darstellung zeitgenössischen Kunst- und Kulturschaffens schwerpunktmäßig drei Hauptthemen, nämlich die Förderung des Dialogs der Kulturen und Zivilisationen, die Stärkung der kulturellen Dimension der erweiterten Europäischen Union sowie die Abhaltung herausragender Gedenktage (u.a. der 30. Todestag von Ingeborg Bachmann, der 50. Todestag von Stefan Zweig, der 70. Geburtstag von Helmut Qualtinger, der 100. Todestag von Hugo Wolf). Hervorzuheben ist insb die 300-Jahr-Feier der Stadt St. Petersburg, der ein ganz auf die österreichische Moderne ausgerichtetes Festival mit dem Titel „Traumlandschaften“ gewidmet wurde.

Im Vorfeld der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten, die in der Vergangenheit teilweise in sehr enger historischer und kultureller Beziehung zu Österreich standen, befassten sich zahlreiche Projekte mit dem mitteleuropäischen Kulturraum. So fanden im Musikbe-

Schwerpunkte und Projekte 2003

reich eine Reihe von Konzerten unter der Bezeichnung „Musikerlebnis Mitteleuropa“ statt, und wurden internationale Tagungen zum Thema „Mehr Kultur in Europa“ abgehalten. Zahlreiche Ausstellungen, wie „Parallel Actions“ – eine Präsentation von Konzeptkunst im Österreichischen Kulturforum New York – ergänzten das reichhaltige Programm. Ferner organisierte die im Rahmen der Regionalen Partnerschaft gegründete „Plattform-Kultur-Mitteleuropa“ anlässlich der griechischen EU-Ratspräsidentschaft ein dem mitteleuropäischen Theater gewidmetes Programm in Athen sowie im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Italiens eine dem Jazz gewidmete Konzertreihe in Rom (auch in Verbindung mit dem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt „Discovering Europe“).

Die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 haben weltweit die Notwendigkeit bewusst gemacht, extremem Fundamentalismus und religiös begründetem Terrorismus den Boden zu entziehen. Gleichzeitig stieg damit das Bewusstsein, dass die gemäßigten Kräfte in der internationalen Gemeinschaft zueinander finden müssen, um die vermeintlichen oder tatsächlichen Unterschiede zwischen Völkern, beruhend auf Religion, Sitte, Tradition usw., herauszuarbeiten und um Wege für ein friedliches Miteinander zu finden. Ziel ist es, Andersheit als Bereicherung anzusehen und kulturelle Feindbilder durch eine differenzierte Betrachtung des jeweils Anderen zu ersetzen. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, dem Oberhaupt der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Bosnien und Herzegowina und dem Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich fand vom 13. bis 15. Juni in Graz eine „Konferenz der Leiter Islamischer Zentren und Imame in Europa“ statt. Die rund 130 Teilnehmer verabschiedeten die „Grazer Erklärung“, in der zu Fragen eines authentischen Islam unter voller Bejahung europäischer Werte Stellung bezogen wurde. Dabei wurden die Wahrung der Menschenrechte bejaht sowie die Bedeutung von Pluralismus und Demokratie unterstrichen. Außerdem soll ein „Ständiger Rat der Imame und muslimischer SeelsorgeInnen in Europa“ künftig die Aufgaben und Ziele der Konferenz übernehmen. Dieser „Ständige Rat“ könnte in Wien angesiedelt werden.

Am 8. und 9. November veranstaltete das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zusammen mit dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien das Symposium „Kulturelle Vielfalt – das Streben nach einer gemeinsamen moralischen Basis und die öffentliche Rolle der Medien“. Medienvertreter, Politikwissenschaftler und Philosophen aus der westlichen und der islamischen Welt diskutierten einschlägige Fragen, die die moralische Verantwortung der Medien betrafen, nämlich Vorurteile und Missverständnisse zwischen den Kulturen abzubauen. Weitere Dialogveranstaltungen sind vorgesehen.

Im Vorfeld zur **Auslandskulturtagung 2003**, die unter dem Motto „**Österreich in einem Europa der Kultur**“ stand und zu welcher György Konrád ei-

Auslandskulturpolitik

nen vielbeachteten Festvortrag hielt, fand erstmals auch eine Bilanzkonferenz mit Vertretern aller 50 Österreich-Bibliotheken zum Thema „Chancen kultureller Netzwerke“ statt.

2. Musikprojekte

Das im März 2001 vom BMAA präsentierte Projekt „The New Austrian Sound of Music“ hat seine Breitenwirksamkeit weiter entwickelt. Ausgewählte InterpretInnen sowohl im Bereich Klassik (das Hugo Wolf-Quartett, das Eggner Trio und das Trio Viennarte, das Duo Patricia Kopatchinska und Christoph Hinterhuber sowie die Solisten Wolfgang Sengtschmid, Gottlieb Wallisch und Clemens Zeilinger) als auch im Bereich Jazz (das Sabina Hank Trio, Gansch'n Roses und das Klaus Paier Trio) erhielten zahlreiche Einladungen und erzielten beachtliche Erfolge. Die Gruppe Landstreich/Weltmusik und Monika Stadler/Harfe konnten auf ihre individuellen Stilrichtungen aufmerksam machen und größere Publikumsschichten erreichen. Bernhard Fleischmann aus dem Bereich DJ/Pop tourte erfolgreich durch Deutschland, Frankreich, die Schweiz und die USA.

Von den österreichischen Orchestern wurden das Gustav Mahler Jugendorchester, das Klangforum Wien und das Vienna Art Orchestra bei ihrer internationalen Konzerttätigkeit unterstützt. Die Abhaltung von Meisterkursen und Workshops im Bereich zeitgenössischer Musik entwickelte sich zu einem Schwerpunkt, wobei großes Interesse von Bewerbern aus Asien, den GUS-Staaten und den EU-Beitrittsländern beobachtet wurde.

Immer größerer Beliebtheit erfreuen sich die Vertreter von österreichischer Weltmusik und von Brass Ensembles. Sonus Brass „bestachen mit ihrer unbändigen Lust zu musizieren“ in Istanbul, die Vorarlberger Stella Brass unter Josef Ammann beteiligte sich an der 300-Jahr-Feier in St. Petersburg und Pro Brass unter Alfred Lauss wurde in Mailand und Japan gefeiert.

Das Kulturforum London startete die „acf new artists series“, bei der neben Nicholas Rimmer (Piano) und Ronan Collett (Bariton) das Nachwuchstrios der Musikuniversität Wien Dalibor Karvay, Milan Karanovic und Stefan Stroissnig vorgestellt wurde.

Klassik: Das Duo Medici (Karin Leitner, Flöte und Duccio Lombardi, Harfe) absolvierte mit dem English String Quartet eine erfolgreiche Tournee durch GB. Der Gitarrist Alexander Swete begeisterte mit einem Programm von Schubert bis Piazzolla das britische Publikum.

Gesang: Der österreichische Bariton Thomas Weinhappel überzeugte bei einem Schubert-Abend in Istanbul zusammen mit seinem Begleiter Stephen Delaney am Klavier.

Musik des 20. Jahrhunderts: Olga Neuwirth gastierte mit „Songs for a Counter Tenor“ und einer „Hommage an Klaus Nomi“ in der St. Mary Church in London und fand unter den renommierten Londoner Kritikern großen An-

Musikprojekte

klang. Albert Sassmann gab an der Amerikanischen Universität in Kairo ein vielbeachtetes Konzert und hielt einen Workshop mit Klaviermusik des 20. Jhts. ab.

Jazz: Bertl Mütter und Christoph Cech traten im Rahmen der internationalen Kulturwochen in Algier auf. Auch Joe Zawinul gab im November in Algerien ein Konzert. Das Ensemble „Kelomat“ (Gewinner des Jazzwettbewerbs „Austrian Young Lions“) feierte seinen ersten Erfolg im Londoner JazzClub „The Vortex“ und trat erfolgreich in den USA auf.

Internationale Jazzfestivals: Das Ensemble Criss-Cross unter Adriane Mutterthaler wurde in Ankara mit seinem „Vienna Style“ gefeiert. Erfolgreiche Gastspiele gaben das Duo Muthspiel & Muthspiel beim 7. Int. Jazzfestival in Sarajewo sowie Karlheinz Miklin, Sigi Feigl und Ewald Oberleitner in Kroatien.

Elektronische Musik: Das Kulturforum New York und MICA setzten mit ihrem Festival „Moving pattern“ einen einwöchigen Schwerpunkt. Beim Festival „Kill yr Idols“ in Paris wurden die Formation „sluta leta“ (Ramon Bauer, Gerhard Potuznik und Andi Pieper mit Video Projektionen von Tina Frank) und Peter Rehberg (interpretierte elektroakustische Musik von Luc Ferrari und Bernard Parmegiani) eingeladen. Die Experimentalmusiker Fennesz, Dafeldecker, Siewert und Stangl begeisterten beim Festival „Kill Your Timid Notion“ mit Originalsoundtracks zum Film „Ist“ von Gustav Deutsch in Dundee/GB. Fennesz feierte zudem einen fulminanten Erfolg beim New Music Festival in Vancouver. Die Gruppe Polwechsel (Michael Moser, Werner Dafeldecker, John Butcher, Martin Siewert) gastierte mit dem Gitarristen und Elektronik-Star Christian Fennesz bei der „internationalen Gesellschaft für neue Musik“ in Zürich und war als Dafeldecker Trio beim Kidailak Festival in Tokio. Tina Frank und Peter Rehberg gehörten zu den erfolgreichsten Teilnehmern beim Festival für elektronische Musik in Montreal.

Europäische Musikfestivals: Der Geiger Martin Tuksa vertrat Österreich beim Festival „Académies Musicales de Saintes“ im Oktober 2003 in Rio de Janeiro. „Entartete Musik“ war Schwerpunkt eines Festivals im Oktober in Paris, das österreichischen, deutschen und französischen Komponisten gewidmet war, die während des Nazi-Regimes flüchten mussten. Werke von Erich-Wolfgang Korngold, Karl Weigl, Karol Rathaus, Ernst Toch, Egon Wellesz, Erwin Schulhoff und Ernst Krenek sowie die Kinderoper „Brunibär“ wurden unter großem Publikumsinteresse aufgeführt.

Hugo Wolf-Jahr: Schwerpunktprogramme fanden in Amsterdam, Berlin, Bremen, Dresden, Dublin, Halle, Leipzig, London, New York, Ottawa, Stuttgart, Toronto, Utrecht, am ÖKF Istanbul, London und Washington sowie beim Festival Cervantino in Guanajuato in Mexiko statt.

Das Wiener Hornensemble mit dem legendären Wiener Hornisten Roland Berger gab ein vielbeachtetes Konzert zusammen mit der Horngruppe der Königlichen Philharmonie in Stockholm. Die Wiener Saloniker wurden mit

Auslandskulturpolitik

Salonmusik der Jahrhundertwende beim II. Internationalen Musikfestival Mersin/Türkei gefeiert. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen mit der Republik Korea wurde eine Vielzahl von Projekten realisiert, u. a. der Auftritt von Andreas Weixler und Se-Lien Chuang bei einem Computer Music Festival.

3. Literatur- und Theaterprojekte

Die zeitgenössische österreichische Dramatik und das Wiener Theaterschaffen des 20. Jahrhunderts erfreuen sich international ungebrochen großer Beliebtheit. Besonderen Anklang finden nach wie vor die Stücke von Thomas Bernhard, Elfriede Jelinek, Felix Mitterer und Werner Schwab. Darüber hinaus waren Werke von Wolfgang Bauer, Peter Handke, Ödön von Horvath, Johann Nestroy und Peter Turrini weltweit erfolgreich.

Auf der Theaterebene kann auf die Erfolge von Ensembles aus der österreichischen Freien Theaterszene verwiesen werden, allen voran das international bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnete „Karin Schäfer Figurentheater“, das literarisch-musikalisch kreative „Kabinettheater“, die Salzburger „Laroque Dance Company“ und „Editta Braun Company“, das Gehörlosentheater ARBOS sowie diverse Kinder-, Jugend- und Straßentheatergruppen, die Österreich bei Festivals rund um den Globus vertraten.

Besonders hervorgehoben seien das **Internationale Frauentheaterfestival in Tornio, Finnland** (5.–8. Juni) sowie das **Internationale Experimentaltheater-Festival in Kairo** (1.–11. September). Beim Kairoer Festival, das alljährlich eine gute Gelegenheit bietet, sich mit weltweiten Experimentaltheatertrends auseinander zu setzen, war Österreich mit drei Produktionen vertreten. Dies bekräftigte aufs Neue den Ruf des „Kulturlandes Österreich“ und zeigte, dass österreichische Kulturschaffende nicht nur auf dem Gebiet traditioneller Kunstformen Bedeutendes leisten. Das Wiener Tanz*Hotel eroberte mit seiner Performance „Quadrat*Quadrat“ die Herzen des Kairoer Publikums; die Kärntner Gruppe Omega Kai Alpha begeisterte mit „Condemned“, ein Stück, das sich unter dem Thema „Steinigung“ mit Humanität, gesellschaftlichen Zwängen und Gewalt auseinandersetzt, das Publikum. „Manifest“, ein Dialog der Choreographin Editta Braun zwischen einem sozialpessimistischen deutschen Soziologen und einem senegalesischen Lebenskünstler, leistete schließlich einen interessanten Beitrag zur Vertiefung des interkulturellen Verständnisses.

Mit gleichzeitiger Unterstützung des Bundeskanzleramtes konnte beim Europäischen Frauentheaterfestival in Tornio ein Österreichschwerpunkt gesetzt werden: Bei den 23 eingeladenen Produktionen aus sechs europäischen Ländern war Österreich mit insgesamt sieben Gruppen vertreten: Theater YBY, Nio, Eva Jankovsky, Toihaus Theater am Mirabellplatz, Theater Foxfire, Laroque Dance Company, Kunstverein am Donnerstag. Zwei österreichische Produktionen, und zwar „Love.Machine“ der Wiener Perfor-

Literatur- und Theaterprojekte

mancegruppe Nio und „Solomé“ des Salzburger Toihaus Theaters, erhielten Anerkennungspreise der Festivaljury zugesprochen.

International weiterhin äußerst gefragt sind die VertreterInnen der jungen und jüngeren österreichischen **Tanz- und ChoreographInnen-Szene**, die sowohl von renommierten einschlägigen Festivals als auch von lokalen Tanzveranstaltungen regelmäßig zu Gastspielen ins Ausland eingeladen wurden, allen voran die Compagnie Willi Dorner sowie die Ensembles rund um die Choreographinnen Milli Bitterli und Saskia Hölbling. Das von dietheater wien initiierte „A/J-Projekt“, eine Verbindung zwischen Österreich und Japan im Bereich des zeitgenössischen Tanzes und der Performance, zeigte japanische Gastauftritte in Wien (unter gleichzeitiger Einbindung anderer österreichischer Institutionen wie dem Theatermuseum und dem MAK) und wird mit weiteren Auftritten und Workshops von österreichischen TänzerInnen und ChoreographInnen im kommenden Jahr in Japan fortgeführt.

AutorInnenlesungen und Präsentationen literarischer Neuerscheinungen wurden nicht nur in den geographischen Schwerpunktregionen der Auslandskulturpolitik, sondern praktisch in allen Ländern, in denen Österreich diplomatisch vertreten ist, durchgeführt. Die Liste der dabei präsentierten AutorInnen umfasst sowohl bekannte Namen wie Ilse Aichinger, Barbara Frischmuth, Norbert Gstrein, Ernst Hackl, Peter Handke, Josef Haslinger, Alfred Kolleritsch, Elfriede Mayröcker, Robert Menasse, Gerhard Roth, Marlene Streeruwitz, Raoul Schrott, Julian Schutting und Franzobel als auch Martin Amanshauser, Zdenka Becker, Lilian Faschinger, Brigitta Falkner, Walter Grond, Ulrike Längle, Karl Lubomirski, Lydia Mischkulnig, Doron Rabinovici, Elisabeth Reichart, Werner Riess, Kathrin Röggl, Sabine Scholl, Margit Schreiner, Vladimir Vertlib und Renate Welsh.

Das Ziel, **Verlage außerhalb des deutschen Sprachraums** für Werke österreichischer AutorInnen zu interessieren, wurde nachhaltig verfolgt. Als ein diesbezüglich wichtiger Fixpunkt gilt die Zeitschrift „New Books in German“, die Verleger im englischsprachigen Raum über deutschsprachige Neuerscheinungen informiert und an deren Finanzierung das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Bundeskanzleramt beteiligt sind. Darüber hinaus tätigt das BMaA punktuelle Ankäufe von Druckwerken, die gezielt an Bibliotheken, Schulen und andere Bildungseinrichtungen im Ausland verteilt werden. Ebenso wird das Erscheinen von *Austriaca* im Ausland unterstützt. Das Bundeskanzleramt fördert weiters immer wieder Übersetzungen von Werken lebender österreichischer AutorInnen.

Bemerkenswert waren zwei **internationale Erfolge im Bereich der Kinder- und Jugendbuchliteratur**: Christine Nöstlinger, die bereits 1984 für ihr Gesamtwerk den „Hans-Christian-Andersen-Preis“ – die wichtigste internationale Auszeichnung für Kinderliteratur – erhalten hatte, war im Vorjahr die erste Preisträgerin des von der schwedischen Regierung gestifteten „Astrid-Lindgren-Gedächtnispreises“, der ihr mit der Begründung verliehen wurde,

Auslandskulturpolitik

dass Nöstlinger „eine wahre Nichterzieherin vom Kaliber Astrid Lindgrens“ sei. Thomas Brezina wiederum verkaufte im Vorjahr in der Volksrepublik China mehr als eine Million Bücher, womit er sämtliche Verkaufsrekorde, inkl. der Verkaufszahlen von „Harry Potter“, übertraf.

4. Bildende Kunst

Im Rahmen der Ausstellung „**Serious Play. Metaphorical Gestures**“ über Funktionalität und Erkenntniseignung von metaphorischen Formen in der Gegenwartskunst präsentierte das Österreichische Kulturforum New York Werke von Elfie Semotan, Rudolf Schwarzkogler, Hans Weigand u. a.. Einen Rückblick über Lesereisen bekannter österreichischer Autoren wie Barbara Frischmuth, Robert Menasse oder Peter Rosei bot die Plakatausstellung „nach Japan“ in der Galerie des Kulturforums Tokio. Die Akademie der Künste in Berlin zeigte mit „**Mediale Anagramme – Valie Export**“ eine große Retrospektive, die von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst Berlin organisiert wurde. Von Februar bis April wurde mit der Ausstellung „**TRANSFER WIEN**“ eine thematische Auswahl von Wiener Künstlern in die Phoenixhallen der Sammlung Falckenberg nach Hamburg geholt. Spektakuläre Beiträge zur „**Arquitectura radical**“, der Vorstellung von Freiheit und Bewegung in der neuen konstruktiven industriellen Architektur im Centro Andaluz de Arte Contemporaneo in Sevilla, leisteten u. a. Raimund Abraham, Coop Himmelb(l)au, Missing Link und Mario Terzic. Die Ausstellung „**Ferrogramme**“ von Christoph Feichtinger – Unikatdrucke von Schachtabdeckungen, die vom Künstler an verschiedensten Orten auf handgeschöpftem Kitakata-Papier hergestellt wurden – begeisterte in Rio de Janeiro und in Mexiko ein breites Publikum. Mit Unterstützung eines Kuratorenteams der Middle East University Ankara und der Technischen Universität Istanbul sowie österreichischer Kuratoren wurde in Istanbul eine Ausstellung über die Bedeutung des Werkes von **Clemens Holzmeister** im nationalen und internationalen Kontext gestaltet. Im Rahmen des Meister Eckhart-Gedenkjahres wurde in Erfurt **Max Weilers Meister-Eckhard-Zyklus** präsentiert. Bei der Bial de Valencia war Österreich mit der interaktiven Installation „**common ground**“ von „**assocreation**“, einer Vereinigung junger, 2001 mit dem Prix Ars Electronica ausgezeichneten Künstler, vertreten.

Unter dem Titel „**Cultural Heritage**“ organisierte die Österreichische Botschaft in Addis Abeba eine Ausstellung und einen Workshop mit Univ.-Prof. Manfred Wehdorn über die Bedeutung der Erhaltung und Renovierung von Baudenkmalern. Die Schau „**Sur de Viena**“ der Wiener Galerie SUR bot einen Überblick über das Schaffen junger aus Afrika und dem mediterranen Raum stammender Künstler, die in Österreich ausgebildet wurden und dort leben. Die Schmuckausstellung „**Re-view – Aspects of Austrian Jewellery Art**“ in Tokio widmete sich österreichischer Schmuckkunst von 1900 bis zur Gegenwart, während „**Der ironische Blick**“ im Österreichischen Kulturfo-

Film und audiovisuelle Medien

rum Bratislava bisherigen Theorie-Diskussionen unmittelbar erfahrbare, sinnfreudige Kunstwerke entgegensetzte, die beweisen sollten, dass die Sicht der Dinge im Bereich der Gegenwartskunst auch weniger ernsthaft gestaltet sein kann.

Unter dem Motto „Urban Tension“ präsentierte das Kulturforum Rom Kunst im öffentlichen Raum am Bahnhof Roma Termini. In der Tschechischen Republik wurde eine Ausstellung über zwei der bedeutendsten Theaterarchitekten Mitteleuropas, das Wiener Architekturduo **Fellner und Helmer**, in allen sechs von ihnen erbauten Theatern gezeigt. Die erfolgreiche Wanderausstellung über den österreichischen Staatspreisträger für Fotografie, **Erich Lessing**, wurde in Finnland, in der Slowakei und in Spanien präsentiert. In Luzern wurde „**Nach der Natur. Konstruktionen der Landschaft**“ von **Margherita Spiluttini** präsentiert.

5. Film und audiovisuelle Medien

Das Jahr 2003 war für zahlreiche österreichische Filmproduktionen international erfolgreich, wie z.B. für die Spielfilmproduktionen **Böse Zellen**, **Donau**, **Jesus**, **Du weißt**, **Struggle**, **Twinni** und **Am anderen Ende der Brücke** sowie für den Kurzfilm **Fastfilm**. **Böse Zellen** ist als österreichischer Beitrag für den **Auslandsoskar 2004** nominiert. Durch die Übernahme von Reisekosten wurde einer Reihe von Filmemachern die Teilnahme an internationalen Filmfestivals ermöglicht. Höhepunkte waren u.a. die **Österreichischen Filmwochen** in Agram, Bonn, Bukarest, Hongkong, Istanbul, London, Prag, Rom, Sarajewo, Singapur, Sofia, Skopje, St. Petersburg, Warschau und Zürich. Das österreichische Filmschaffen konnte in eigenen **Österreich-Filmtagen** (insgesamt 30) verstärkt im Ausland präsentiert werden. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich an den von der EU veranstalteten etwa 45 „**Europäischen Filmwochen**“.

6. Internationale Jugendzusammenarbeit

Das nach einer Idee von Simon Wiesenthal vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten initiierte internationale Jugendprojekt zu Toleranz und Konfliktlösung wurde in erweiterter Form fortgesetzt: Eine von Jugendlichen aus 16 europäischen Ländern in mehrjähriger Vorarbeit konzipierte Ausstellung, die die Auseinandersetzung mit Interkulturalität und Toleranz in all ihren Erscheinungsformen zum Inhalt hat, wurde in Wien im Juli eröffnet.

7. Internationale Sportbeziehungen

Die „**Salzburger Winterspiele 2010 GmbH**“ setzte ihre Bewerbung um Austragung der Olympischen Winterspiele im Jahr 2010 fort. Die Stadt Salzburg hatte sich gemeinsam mit den Bundesländern Salzburg und Tirol um die

Auslandskulturpolitik

Austragung dieser Spiele beworben und war 2002 von der Exekutive des IOC neben Vancouver und Pyeongchang (Republik Korea) als offizielle Kandidatenstadt nominiert worden. Die IOC-Generalversammlung betraute am 2. Juli bei ihrer Sitzung in Prag die Stadt Vancouver mit der Organisation der Olympischen Winterspiele im Jahr 2010. Damit berücksichtigte die IOC-Generalversammlung wohl eine immer wieder vorgebrachte Forderung, nach den Olympischen Winterspielen im Jahre 2006 in Turin nicht wieder ein europäisches Wintersportzentrum für die Spiele auszuwählen.

Die Anti-Doping Konvention des Europarates, die sich zum Ziel gesetzt hat, Normen der Anti-Doping Vorschriften zu harmonisieren, wurde von Österreich 1991 ratifiziert. Das von Österreich in Warschau 2002 unterzeichnete Zusatzprotokoll zur Anti-Doping Konvention beabsichtigt eine weitere Verbesserung im Kampf gegen Doping im Sportbereich. Das Zusatzprotokoll wurde vom Nationalrat am 3. Dezember genehmigt, seine Ratifikation dürfte im Jahr 2004 erfolgen.

8. Kulturelle Förderungen

Zur Umsetzung der im Auslandskulturkonzept „neu“ genannten Ziele und Schwerpunkte vergibt das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten auch kulturelle Förderungen. Förderungswürdig ist ein kulturbezogenes Projekt, das einen starken außenpolitischen Bezug aufweist. Die Realisierung des Vorhabens kann dabei sowohl im Inland wie auch im Ausland erfolgen. Im Berichtsjahr wurden 84 Projekte aus allen Kunst- und Kultursparten mit einem Budgetaufwand von 413.500 Euro gefördert.

Erstmalig wurde im Rahmen der „Plattform Kultur Mitteleuropa“, einer Initiative Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens und Österreichs zur engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Auslandskultur, die Ausbildung von NachwuchskünstlerInnen und –wissenschaftlerInnen im Rahmen ihrer Teilnahme an der Internationalen Sommerakademie Prag-Wien-Budapest und der Sommerakademie des Mozarteums Salzburg gefördert. Im Musikbereich wurden Auslandsauftritte des Klangforums Wien, des Vienna Art Orchesters, des Gustav Mahler Jugendorchesters sowie der Konzertvereinigung Junge Philharmonie Wien maßgeblich gefördert. Das vom Voice Mania Kulturverein veranstaltete A-Capella Festival 2003, das vom Verein Hallamasch Artist durchgeführte Hallamasch Festival der Kulturen 2003 in Wien und die Österreichische Werkwoche für Kirchenmusik in Salzburg erhielten ebenfalls Unterstützungen. Für ein Gastspiel der Aserbaidzhanischen Staatlichen Pantomime wurden ebenso wie für die Durchführung der Italienischen Kulturwochen 2003 in Wien Förderungsmittel gewährt. Für Konferenzen, Symposien und Tagungen, wie z. B. der Österreichischen Schülerunion in Wien, der Erzdiözese Graz Seckau (Europatagung des Päpstlichen Rates für die Kultur), der Vienna Business School, des Österreichischen Austauschdienstes und des Österreichisch-Türkischen

Wissenschaftliche Projekte

Wissenschaftsforums wurden Subventionen gewährt. Die Herausgabe von Publikationen von/über Erich Fried („Auf der Flucht“), Karl Stojka („Wo sind sie geblieben. .?“), Ruth Steiner („Daheim in zwei Religionen“), Kurt Scharr („Balthasar Hacquet“) erhielt ebenso wie das Museum ohne Grenzen für seinen Katalog „Discover Islamic Art“ und der Verein Kulturni Centar für die Zeitschrift „Balkan/Südosteuropäischer Dialog“ eine Druckkostenförderung. Wie in den Vorjahren wurden der Deutschunterricht in den AuslandsösterreicherInnen-Siedlungen in Südamerika, das St. Georgs-Kolleg in Istanbul sowie kulturelle Vorhaben der deutschsprachigen Gruppen in Slowenien, Kroatien und Rumänien gefördert.

9. Wissenschaftliche Projekte

Weltweit fand eine **Vielzahl von österreichbezogenen wissenschaftlichen Veranstaltungen** (Symposien, Workshops, Vorträge etc.) statt, die von Literatur und Musik über Geschichte, Stadtplanung, Architektur und Kulturphilosophie bis hin zu Spezialgebieten wie Sozialmedizin, Ökosoziale Marktwirtschaft und Cyberarts ein reichhaltiges Themenspektrum abdeckten. Besondere Themenschwerpunkte im Wissenschaftsbereich waren **Ingeborg Bachmann (30. Todestag), dem Dialog der Kulturen und Zivilisationen** sowie der **EU-Erweiterung** gewidmet.

Anlässlich des **30. Todestages von Ingeborg Bachmann** wurden neben zahlreichen Lesungen und Filmvorführungen internationale wissenschaftliche Symposien sowie eine Reihe von Schwerpunktprogrammen (wie etwa mehrstündige Radiodokumentationen) organisiert. Weiters wurde die in Zusammenarbeit mit den Bachmann-Erben konzipierte Ausstellung „Ingeborg Bachmann (1926–1973). Schreiben gegen den Krieg“ in der Slowakei und in Italien präsentiert, ein Projekt, das bis zum Jahrestag 2006 in zahlreichen weiteren Ländern fortgeführt wird.

Die Bemühungen um den interreligiösen Dialog, den Bundesminister a.D. Alois Mock 1992 initiiert hatte und dem in der Vergangenheit bereits vielbeachtete Veranstaltungen in Österreich und im Iran gewidmet waren, bekamen in Folge der Ereignisse vom 11. September 2001 eine neue Bedeutung. Der **Dialog zwischen den Kulturen** wurde zu einem – nicht nur kulturpolitischen – Schwerpunktthema der Außenpolitik.

In Kooperation mit dem Adam Mickiewicz-Institut wurde in Warschau eine **internationale Konferenz zum Thema „More Europe – Foreign Cultural Policy in and Beyond Europe“** organisiert. Ziel dieser Konferenz war es, ein Forum für einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch über Perspektiven transnationaler Kulturpolitik mit Schwerpunkt auf Europa und darüber hinaus zu schaffen. Als Resümee der Diskussionen von VertreterInnen nationaler, internationaler, staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen, Kulturschaffender, KulturmittlerInnen und ExpertInnen aus 16 Ländern wurde ein „Dekalog“ kulturpolitischer Anregungen präsentiert, der als Ansatz einen

Auslandskulturpolitik

sehr weit gefassten Begriff von Kulturpolitik verfolgt. Seine Hauptthesen befassen sich mit der Unterstützung kritischer Öffentlichkeit, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, der Stärkung demokratischer Werte in der Kulturpolitik und umfassender Partizipationsmöglichkeiten am kulturellen Leben sowie mit der Einbeziehung formaler und informeller Netzwerke als Ausdruck moderner und demokratischer Kooperation und Kommunikation.

In Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Istanbul fand in Istanbul das **Internationale Symposium „Clemens HOLZMEISTER – Architekt zwischen Tradition und Moderne“** statt, bei dem sich ehemalige türkische und österreichische Schüler des Architekten sowie Kunst- und Architekturhistoriker zu den vielfältigen Facetten des Werkes ihres Lehrers äußerten, den aktuellen Forschungsstand positionierten und sich mit der Bedeutung seines Werkes im architektur- und kulturgeschichtlichen Kontext auseinandersetzten. Clemens Holzmeister (1886–1983) zählt zu den wohl einflussreichsten Architekten Österreichs im 20. Jahrhundert. Sein umfangreiches Werk, aber auch seine langjährige Lehrtätigkeit in Österreich und in der Türkei sind von außerordentlicher Bedeutung für die Architekturlandschaft der Moderne.

10. Österreichische Studienzentren und Österreich-Lehrstühle im Ausland

Aufgabe der an zahlreichen ausländischen Universitäten bestehenden Österreichischen Studienzentren und Lehrstühlen ist es, in den jeweiligen Gastländern auf akademischer Ebene Österreichs Kultur, Wirtschaft und Politik zu präsentieren. In zunehmendem Ausmaß werden auch europäische Themen in die Programmplanung einbezogen. Darüber hinaus verstärken sie die Einbindung Österreichs in die internationale wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Anzuführen sind unter anderem der „Lehrstuhl für mitteleuropäische Studien mit Schwerpunkt Österreich“ in Leiden, das „Canadian Center for Austrian and Central European Studies“ an der Universität von Edmonton/Alberta, die „Arbeitsstelle für österreichische Literatur und Kultur-Robert Musil“ an der Universität Saarbrücken, das „Center for Austrian Studies“ an der Universität von Minnesota, das „Zentrum für Österreichstudien“ und der „Kardinal König-Lehrstuhl“ an der Hebräischen Universität Jerusalem, das Österreichzentrum an der Monash University Melbourne, die „Visiting Austrian Professorship“ an der Universität Stanford und der „Schumpeter Lehrstuhl“ in Harvard.

11. Österreich-Bibliotheken

Derzeit bestehen 50 Österreich-Bibliotheken in 23 Ländern, vorwiegend im mittel-, ost- und südosteuropäischen Raum, die jährlich von etwa 100.000 Personen besucht werden. Die Bibliotheksbestände umfassen insgesamt 270.000 Bände. Die meisten Bibliotheken haben sich als zukunftswei-

Österreich-Bibliotheken

sende Einrichtungen bewährt und stellen ein innovatives, flexibles und sehr effektives Instrument der Auslandskulturpolitik dar. Im Jahr 2003 wurde die **50. Österreich-Bibliothek in Cluj-Napoca (Rumänien)** eröffnet, die organisatorisch der Babes-Bolyai-Universität angegliedert ist. Bei der Errichtung und Ausstattung dieser Österreich-Bibliothek beschränkt man einen neuen Weg der Zusammenarbeit zwischen institutionellen Partnern, Sponsoren und Privatpersonen: Das Land Oberösterreich stellte beträchtliche Mittel für den Bibliotheksbetrieb und einen Teil der Buchausstattung bereit. Bücher spendeten unter anderem auch die Universität Wien und die Karl-Franzens-Universität Graz.

Einen Schwerpunkt der Kulturtätigkeit im Bereich Österreich-Bibliotheken stellten die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Ergebnisse der **Konferenz „Chancen kultureller Netzwerke“** dar, die vom 2. bis 4. September im neuen Gebäude der Hauptbücherei der Stadt Wien abgehalten wurde. Zu den Teilnehmern zählten neben den Repräsentanten der 50 Österreich-Bibliotheken Vertreter der österreichischen Botschaften und Kulturforen, Diplomaten aus Standortländern der Österreich-Bibliotheken und des Fürstentums Liechtenstein, österreichische Lektoren, Vertreter des Österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der Österreich-Kooperation, der Österreichischen Gesellschaft für Literatur, dem Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut, von KulturKontakt, des Österreich-Instituts, verschiedener Bibliotheken und Bibliothekenverbänden in Österreich sowie Vertreter von Bibliotheken im Saarland und in Rom. Ziel dieser Konferenz war es, einen breiten Informationsaustausch zu ermöglichen, Evaluierungen vorzunehmen, Probleme aufzuzeigen und die Reflexion über Verbesserungen anzuregen. Nach einer Präsentationsrunde, bei der die Bibliotheksvertreter die Situation ihrer jeweiligen Bibliotheken darlegten, wurden in drei Arbeitssitzungen die Themen Virtualität und Vernetzung, Möglichkeiten und Probleme bei der Erfassung von fremdsprachigen Austriaca und die Rolle der Österreich-Bibliotheken als kleine Kulturforen behandelt. Die Bilanzkonferenz zeigte, dass an den meisten Österreich-Bibliotheken bemerkenswerte Leistungen erbracht werden, die vor allem dem Idealismus der MitarbeiterInnen zu verdanken sind. Zahlreiche Diskussionsbeiträge von MitarbeiterInnen der Österreich-Bibliotheken machten deutlich, dass es an Ideen und Plänen nicht mangelt, dass diese aber aus finanziellen Gründen bisher teilweise nicht realisiert werden konnten. Die Tagungsergebnisse werden in einer Broschüre veröffentlicht. Dieses Resümee soll als Grundlage für weitere Überlegungen zur Funktion und den Perspektiven der Österreich-Bibliotheken dienen. Im Rahmen der Bilanzkonferenz wurden auch das Web-Portal <http://www.oesterreich-bibliotheken.at> präsentiert und ein Workshop organisiert, der Vertretern der Österreich-Bibliotheken die Möglichkeit gab, sich mit den Neuerungen auf dem Web-Portal vertraut zu machen. Ferner wurde eine großzügige Bücherspende des Fürstentums Liechtenstein in die Österreich-Bibliotheken aufgenommen.

Auslandskulturpolitik

Neben den Österreich-Bibliotheken wurden Buchspenden an Germanistische Institute in Universitäten in aller Welt gewährt. Dank der zielgerichteten Vergabe von Buchspenden wird eine Breitenwirkung erreicht, die das Interesse an österreichischer Literatur und Geschichte sowie Landeskunde nachhaltig fördert und vielfach zu Übersetzungen österreichische Literatur beiträgt.

12. Deutsch als Fremdsprache: die Österreich-Institut GmbH

Die Österreich-Institut GmbH (<http://www.oesterreichinstitut.org>) ist eine Initiative des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten aus dem Jahr 1996, die zum Ziel hat, im Ausland den Deutschunterricht in seiner österreichischen Variante zu fördern. Schon seit einigen Jahren sind Institute in **Warschau, Krakau, Brünn, Pressburg und Budapest** erfolgreich tätig. 2003 kamen die Standorte **Laibach und Rom** hinzu, während Mailand geschlossen wurde. Damit gibt es in allen Staaten der Regionalen Partnerschaft Niederlassungen mit insgesamt über 9.200 HörerInnen. Besondere Bedeutung wird der Professionalisierung vorhandener Kenntnisse im Fach- und Wirtschaftssprachbereich beigemessen. Erwähnt sei außerdem, dass die Institutsleitung im Jahre 2002 für ihre eigenständig entwickelten Instrumente zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung das „Europäische Siegel für innovative Sprachenprojekte“ von der Europäischen Kommission verliehen bekam.

Darüber hinaus trägt das Lektoratsprogramm des Vereins Österreich-Kooperation, einer Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, zur Verbreitung der deutschen Sprache, Literatur und Landeskunde Österreichs bei, indem es Graduierte geistes- und kulturwissenschaftlicher Studienrichtungen an ausländische Universitäten entsendet. Im Berichtsjahr waren das 141 Lektoren in 27 Ländern, wobei das Schwergewicht, 44 Lektoren, auf den fünf EU-Beitrittskandidaten der Regionalen Partnerschaft lag.

13. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Die Vergabe österreichischer Stipendien an ausländische Studierende wird vom Österreichischen Akademischen Austauschdienst (ÖAD) durchgeführt. Mit einem Ausländeranteil von 16,9% an wissenschaftlichen und 38,2% an Kunstuniversitäten liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Über die Hälfte der ausländischen Studierenden kommt aus EU-Ländern, vor allem aus Italien und Deutschland. Die akademische Mobilität in Europa wird durch das European Credit Transfer System (ECTS), ein System zur Standardisierung von Studienabschlüssen, wesentlich erleichtert. Ein weiterer Schritt zur Schaffung einer gemeinsamen akademischen Landschaft in Europa ist die Implementierung der im Bologna-Prozess beschlossenen Maßnahmen zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Studienab-

Universitäre Zusammenarbeit – Europäischer Hochschulraum

schließen. Von den österreichischen UniversitätsabsolventInnen haben mehr als 30% einen studienrelevanten Auslandsaufenthalt absolviert, wobei beliebtestes Zielland außerhalb Europas die USA sind.

14. Universitäre Zusammenarbeit – Europäischer Hochschulraum

In Verwirklichung der Absicht der europäischen Bildungsminister, einen europäischen Hochschulraum zu schaffen (Bologna-Erklärung), setzte Österreich im Rahmen des seit 1995 bestehenden Austauschprogramms **Central European Exchange Programme for University Studies (CEEPUS)**, das zu intensiver akademischer Mobilität mit den teilnehmenden Ländern Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien geführt hatte, den nächsten Schritt (CEEPUS II): dieser führt ab 2005 über gemeinsame Studienangebote der Hochschulen (Joint Programmes) zu gemeinsamen Abschlüssen (Joint Degrees). Alle Kurse, Vorlesungen und Seminare können dann ohne Einschränkungen besucht und an der Heimatuniversität ohne bürokratische Hürden wie Antragstellung, Anrechnungsklauseln etc., anerkannt werden. Im Rahmen von CEEPUS II werden Netzwerke zwischen Hochschuleinrichtungen in der Region mittels Stipendien gefördert. Dazu stellt jedes Mitgliedsland Vollstipendien für StudentInnen, JungakademikerInnen, UniversitätsassistentInnen und ProfessorInnen aus den anderen Vertragsstaaten zu seinen Richtwerten und Konditionen zur Verfügung.

15. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich wird in einer Reihe internationaler Organisationen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie vertreten. Es sind dies der Ausschuss Hoher Beamter der „Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und technischen Forschung“ (COST) in Brüssel, der Rat der „Europäischen Organisation für Kernforschung“ (CERN) in Genf und der Rat sowie der Ausschuss für Internationale Zusammenarbeit der „Europäischen Weltraumorganisation“ (ESA) mit Sitz in Paris.

In COST setzte sich das BMAA für den Ausbau der Kooperation insb mit den Staaten des mittel- und südosteuropäischen Raumes ein. Weiters setzte es sich dafür ein, nach Schließung des wissenschaftlichen COST-Sekretariates der Kommission einen möglichst effizienten und kostengünstigen Ersatz zur Wahrnehmung der wissenschaftlichen Sekretariatsdienste durch die European Science Foundation (in Straßburg) und des zu errichtenden COST-Büros in Brüssel sicherzustellen. Österreich ist bemüht, die Stärken von COST, nämlich Selbstverwaltung, schlanke Verwaltungsstrukturen und Eigenverantwortlichkeit, weitgehend zu erhalten.

Auslandskulturpolitik

Österreich sieht sich in seinem jahrelangen Bestreben, Gewicht und Stellenwert der europäischen wissenschaftlichen und technischen Kooperationen zu steigern, bestätigt. Die EU sieht in der Stärkung der Kooperation mit Organisationen wie der ESA Mittel und Weg für die angestrebte Errichtung einer weltweit führenden europäischen Informationsgesellschaft und für die Erhöhung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Österreich trug in diesem Sinne das Rahmenabkommen zwischen ESA und EU sowie das Grünbuch über europäische Weltraumpolitik mit und befürwortete ebenso die Ausformulierung des Weißbuches der EU über europäische Weltraumpolitik. Die internationale Dimension dieser europäischen Weltraumpolitik reicht weit über die wissenschaftlich-technische Dimension hinaus und trägt zur Erreichung der politischen Zielsetzungen der EU bei.

Von besonderer Dringlichkeit ist die Sicherung des freien und selbständigen Zugangs Europas zu weltraumwissenschaftlichen und weltraumtechnischen Diensten. Dies geschieht insb durch Errichtung des gemeinsamen europäischen Navigationssystems GALILEO. Österreich beteiligt sich am Raumsegment von GALILEO ebenso wie an den Nutzersystemen, u. a. durch Beteiligung an einschlägigen ESA-Programmen. Gleichzeitig wird eine volle Mitwirkung an dem nächsten europäischen weltraumtechnischen Unternehmen GMES und den darauf folgenden Plänen für Digital Divide (Breitbanddienste) angestrebt. Dies geschieht aus der Überlegung, Österreich bereits in der Planungsphase in zukunftsorientierte wissenschaftlich-technische Kooperationsprojekte voll zu integrieren. Dabei unterstützt Österreich die Weiterführung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den USA und den Aufbau einer langfristigen Partnerschaft mit Russland.

Das BMAA nimmt darüber hinaus außenpolitische Belange der „Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten“ (EUMETSAT), der „Europäischen Konferenz für Molekularbiologie“ (IMBC) und des „Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse“ (IIASA) in Laxenburg wahr. Das BMAA unterstützte die Bemühungen um Ausgestaltung der IIASA zu einer weltweiten Institution, womit der Standort Wien für internationale Organisationen weiter gestärkt wird.

16. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Die kulturelle Zusammenarbeit im Rahmen der EU ist in Art 151 des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft verankert. Dieser legt fest, dass die Gemeinschaft einen Beitrag zur „Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ leistet. Die Zuständigkeit für Kultur verbleibt grundsätzlich im nationalen Bereich, die Gemeinschaft kann lediglich Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzen oder unterstützen sowie Förder- oder Koordinierungsmaßnahmen erlassen. Legislativbefugnisse hat die Gemeinschaft nicht.

Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union

Einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 ist das Rahmenprogramm **Kultur 2000**. Es wurde für eine Laufzeit von fünf Jahren (2000–2004) eingeführt und mit einem Betrag von 167 Mio. Euro dotiert. 2003 bildeten die darstellenden Künste das Schwerpunktthema. Österreich reichte 2003 21 einjährige Projekte ein, von denen vier eine Förderung erhielten; an 14 weiteren Projekten sind österreichische Institutionen als Mitorganisatoren oder Partner beteiligt. Von zehn eingereichten mehrjährigen Kooperationsprojekten erhielten zwei eine Förderung, an fünf weiteren sind österreichische Mitorganisatoren beteiligt. Insgesamt geht damit eine Gesamtsumme von 1,57 Mio. Euro an österreichische Projektträger.

2003 wurde mit der Vorbereitung des Nachfolgeprogramms von Kultur 2000 begonnen. Die Kommission führte eine öffentliche Konsultation sowie eine Halbzeitevaluierung von Kultur 2000 durch, auf deren Basis das Nachfolgeprogramm vorbereitet werden soll. Österreich setzt sich dabei vor allem für eine rasche Integration der neuen Mitgliedsländer sowie für eine Berücksichtigung der Länder Südosteuropas ein. Um zur Kontinuität des Förderprogramms beizutragen, schlug die Europäische Kommission im April vor, angesichts der Veränderungen, die insb durch die EU-Erweiterung auf Kultur 2000 zukommen werden, das derzeitige Programm unverändert um zwei Jahre bis Ende 2006 zu verlängern.

Unter dem griechischen Vorsitz nahmen erstmals Vertreter der Beitrittsländer als aktive Beobachter an der Ratstagung teil. Dabei wurden eine Entschließung zur Erzielung größerer Synergien mit anderen Sektoren sowie eine Erklärung zur Rettung des kulturellen Erbes des Irak angenommen. Im zweiten Halbjahr wurde unter **italienischer Ratspräsidentschaft** eine Entschließung für eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Museen ausgearbeitet, die zur Verbesserung der Mobilität von Künstlern und Kunstwerken in Europa beitragen soll und die eine politische Einigung über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Unterstützung europaweit tätiger kultureller Einrichtungen erzielte.

Im Bildungsbereich stehen für den Zeitraum von 2000–2006 im Rahmen der Programme **Sokrates II** (allgemeine Bildung) und **Leonardo II** (Berufsbildung) insgesamt 3 Mrd. Euro zur Verfügung, die in vollem Umfang auch den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) zugute kommen. Mehr als ein Viertel dieser Mittel ist für Schulbildung vorgesehen – in den transnationalen Comenius-Schulprojekten kooperieren in diesem Raum jedes Jahr durchschnittlich 400 Schulen. Neben Sokrates/Comenius (Schulbildung) sind noch die Aktionen Sokrates/Erasmus (Hochschulen), Sokrates/Grundtvig (Erwachsenenbildung) und Sokrates/Minerva (Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungsbereich) hervorzuheben. Mit Unterstützung von „Erasmus“ können jährlich mehr als 3.000 Studierende aus Österreich ein Auslandssemester in einem der 30 teilnahmeberechtigten Staa-

Auslandskulturpolitik

ten absolvieren. Alle Projekte können durch zusätzliche Mittel des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur gefördert werden. Ebenfalls bis 2006 wird das Aktionsprogramm Tempus (Hochschulen) laufen, das jenen MOEL, die nicht Beitrittskandidaten sind (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Kroatien), sowie den GUS-Staaten zugute kommt.

Darüber hinaus wurde 2003 das Programm „Erasmus Mundus“ mit einer Laufzeit von 2004 bis 2008 ins Leben gerufen. Damit sollen junge Forscher aus Drittländern mit Stipendien gefördert und die Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen außerhalb der EU unterstützt werden. Ziel ist es, die Qualität der Hochschulbildung in der EU zu verbessern und das interkulturelle Verständnis zu fördern.

17. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

In Ausführung bestehender Kulturabkommen wurden Arbeitsprogramme über die kulturelle Zusammenarbeit für die nächsten Jahre mit Portugal, Tunesien, Slowenien, Bulgarien, der Volksrepublik China und der Russischen Föderation vereinbart und unterzeichnet. Mit der Schweiz fand in Wien eine 3. Runde der seit 1994 stattfindenden informellen Kulturgespräche auf Beamtenebene statt.

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner unterzeichnete am 6. Juni in Kiew das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik. Es wird voraussichtlich im Jahr 2004 in Kraft treten.

Am 12. März wurde in Zagreb das Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen trat am 1. August 2003 in Kraft.

Am 22. November wurde in Bratislava auf der Basis des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Slowakischen Republik über die Zusammenarbeit in den Bereichen der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft aus dem Jahr 2000 ein „Protokoll über die weitere Fortführung der Aktion Österreich-Slowakei, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ unterzeichnet. Die Verständigung der slowakischen Seite über das Inkrafttreten dieses Protokolls auf österreichischer Seite ist für Beginn des kommenden Jahres in Aussicht genommen.

*Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten***K. Medien und Information****I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten**

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hielt auch im Jahr 2003 an dem bereits im Jahr zuvor eingeschlagenen Kurs, die Frage zu erörtern, ob bzw. auf welche Weise ein echter Dialog über die Grenzen unterschiedlicher Kulturkreise möglich ist und welche Rolle die Medien in diesem Dialog spielen, fest. Unter dem Titel „Kulturelle Vielfalt, das Streben nach einer gemeinsamen moralischen Basis und die öffentliche Rolle der Medien“ organisierte das BMAA daher – gemeinsam mit dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen – eine Konferenz, an der Intellektuelle, Vertreter der Lehre und Medienvertreter aus aller Welt teilnahmen (u. a. etwa Arjun Appadurai/Professor für internationale Studien an der Yale Universität; Nik Gowing/BBC; Michael Grabner/Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck; Daoud Kuttab/Leiter des Instituts für moderne Medien an der Al Quds Universität; Mostefa Souag/Al Jazeera). Dabei wurde insb der Frage nachgegangen, inwiefern die Medien das Verständnis von und damit die Verständigung zwischen verschiedenartigen kulturellen Gruppen beeinflussen und mitbestimmen und welche Verantwortung für die Medien daraus erwächst. Die zweitägige Konferenz war als öffentliche Plattform angelegt, in der Experten, Intellektuelle und Medienvertreter sowie das Publikum diskutieren konnten, ob es eine gemeinsame moralische Basis für interkulturelle Verständigung, etwa im Sinne eines „kleinsten gemeinsamen Nenners“, gibt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auch auf die Werthaltungen in der westlichen sowie der arabisch – moslemischen Welt gelegt. Keynote-Redner dieser Veranstaltung war Charles Taylor, Professor für Philosophie und Recht an der Northwestern University in Chicago.

Im Mittelpunkt der Presserätetagung 2003, die von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner am 8. September in den Räumlichkeiten des Funkhauses in der Argentinierstraße eröffnet wurde, stand die Frage nach der Bedeutung der Diplomatie in einer modernen Informationsgesellschaft. Unter dem Titel „Diplomatie im Informationszeitalter – ein Anachronismus?“ befassten sich dabei Diplomaten, Medienvertreter und Journalisten mit der Frage, welche Rolle die Diplomatie in einer zunehmend vernetzten, digitalen und globalisierten Welt spielen kann und soll. Konklusion war dabei, dass die Diplomatie in der Informationsgesellschaft nicht an Relevanz verliert, sondern vielmehr mit einem stetig wachsenden Aufgabenfeld konfrontiert ist: Es existiert heute praktisch kein Bereich staatlicher Politik mehr, in dem nicht irgendeine Form internationaler Zusammenarbeit praktiziert wird. Eine in ihrer Arbeitsweise an die Informationsgesellschaft angepasste Diplomatie ist heute wichtiger denn je.

Medien und Information

Der diesjährige österreichisch – polnische Journalistenpreis, von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und ihrem polnischen Kollegen im Jahr 2001 initiiert und von der Bank-Austria Creditanstaltgruppe gesponsert, wurde von der Jury an den österreichischen Journalisten Josef Kirchengast, Redakteur bei der Tageszeitung „Der Standard“, verliehen. Dieser Preis dient der Intensivierung der polnisch-österreichischen Beziehungen und soll das gegenseitige Verständnis, abseits von Klischees und Vorurteilen, ermöglichen und fördern.

Am 26. Oktober veranstaltete das BMAA im Rahmen der „Leistungsschau der Bundesregierung“ einen Tag der offenen Tür. Die Presseabteilung erstellte aus diesem Anlass eine Multimediapräsentation über die vielfältigen Aufgabenbereiche des BMAA und nützte diese Gelegenheit, um die Homepage des BMAA einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Insgesamt wurde der Tag der offenen Tür bei der Bevölkerung sehr gut angenommen, laut Polizeiberichten fanden sich ca. 20.000 Besucher ein.

Internet: Anlässlich des Relaunches der Webseite des BMAA am 3. September wurden die Bürgerfreundlichkeit und der Servicecharakter des Webauftrittes des BMAA weiter erhöht. So wurde etwa ein neuer Bereich „Mitarbeitersuche“ geschaffen, der weltweit einen raschen und unmittelbaren Kontakt mit den Mitarbeitern des BMAA ermöglicht; die Bereiche „Reisewarnungen“ und „Reiseinformationen“, an denen großes öffentliches Interesse besteht, wurden noch übersichtlicher und benutzerfreundlicher gestaltet; eine Staatsvertragsübersicht wurde in die Homepage aufgenommen; eigene Bereiche zu den Themen Entwicklungszusammenarbeit und Auslandskultur erweitern das reiche Informationsangebot. Die Zugriffsstatistiken belegen, wie stark dieses Informationsangebot des BMAA genützt wird: So verzeichnet die Homepage Monat für Monat über 50.000 Besucher, die etwa 360.000 Seiten des Informationsangebotes abrufen.

Im Sinne eines einheitlichen Internet-Auftrittes des BMAA werden die Webseiten der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland nach dem Vorbild der Musterhomepage des BMAA gestaltet und nach und nach in das neue Konzept überführt. Auf die neu gestalteten Webseiten der österreichischen Botschaften in Paris und Berlin sowie auf die Webseite des Kulturforums in Belgrad kann bereits zugegriffen werden.

Publikationen: Auf Grund zahlreicher Anfragen aus den EU-Kandidatenländern zu den österreichischen Maßnahmen in Vorbereitung der Volksabstimmung über den Beitritt zur EU im Jahre 1994 wurde, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Wien, eine Broschüre mit dem Titel „Die österreichische Informationskampagne zum EU-Beitritt“ herausgegeben. Diese umfasst neben einer Darstellung der damaligen Regierungskampagne ausgewählte Beispiele von Kampagnen in einzelnen Bundesländern sowie der Informationstätigkeit diverser Interessensvertretungen.

*Internationale Kooperation auf dem Mediensektor***II. Internationale Kooperation auf dem Mediensektor**

Die Beratungen der Ratsgruppe Information der EU wurden durch verstärkte Bemühungen um die Ausarbeitung wirkungsvoller Strategien zur Information der Öffentlichkeit über EU-Vorhaben in Kooperation mit der Europäischen Kommission (EK) und dem Europäischen Parlament (EP) bestimmt. Das EU-Programm PRINCE, das der Information der EU-Bürger über die Entwicklungen in Europa dient, gab dafür die Themenschwerpunkte vor: Absolute Priorität soll der Information der Bürger über die kommende EU-Erweiterung beigemessen werden, gefolgt von der Euro-Info-Kampagne.

Erste Debatten wurden zum Thema „Zukunft Europas“ sowie zum Thema der Schaffung eines „Raums der Freiheit der Sicherheit und des Rechts“ geführt. Der für 2004 festgelegte Priorität „Rolle der EU in der Welt“ war bereits eine um Experten der Verteidigungsministerien erweiterte Ratsgruppensitzungen gewidmet. Der Rat hob im vergangenen Jahr die Bedeutung der Information der Bürger betreffend die Entwicklungen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hervor; das EP stimmte einem eigenen Betrag von 1 Million Euro für ESVP – Informationsmaßnahmen zu.

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Aussenpolitik***L. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik****I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen**

Zu den vordringlichsten Aufgaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gehören Serviceleistungen an AuslandsösterreicherInnen (ständig im Ausland lebende österreichische StaatsbürgerInnen) und an jene MitbürgerInnen, die sich als TouristInnen oder aus beruflichen Gründen vorübergehend im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisensituationen und Katastrophenfällen. Die konsularische Betreuung erstreckt sich weiters auf Häftlinge, die bei ausbleibender Unterstützung durch Angehörige aus einem Hilfsfonds mit dem Nötigsten versorgt werden.

Hilfestellung und Betreuung erfolgten in der Regel direkt durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort. Bei Bedarf werden die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, erfolgt die Hilfeleistung bei dringenden Notfällen unter Einschaltung einer vor Ort ansässigen Vertretung eines EU-Mitgliedsstaates (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-Bürger gemäß Art 20 EGV).

1. Bürgerservice

Im Jahr 2003 haben sich vor allem im Rahmen der Irakkrise und der damit einhergehenden Verunsicherung vieler Reisender das Bürgerservice des BMAA und insb die Reiseinformationen auf der Homepage des BMAA als objektives Informationsmedium für Auslandsreisen bewährt. Bis zu 1000 Anrufer pro Tag erkundigten sich über die Einschätzung der Sicherheitslage von Reisezielen. Weitere Anfragen betrafen sowohl allgemeine Reiseinformationen als auch allgemeine konsularische Auskünfte (Visaerteilung, Staatsbürgerschaftsgesetz, Behördenwege etc.).

Einen weiteren Schwerpunkt des Bürgerservice während der Irakkrise stellten die Planung und Koordination der Krisenvorsorge vor allem in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens dar. Dabei wurde intensiv mit den anderen EU-Mitgliedstaaten und den österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort zusammengearbeitet. Mehrere österreichische Botschaften im Nahen und Mittleren Osten luden AuslandsösterreicherInnen zu Informationsveranstaltungen ein oder informierten diese schriftlich über die zu treffenden Vorsorgemaßnahmen und Möglichkeiten der Unterstützung im Krisenfall.

Anlässlich der SARS-Krise bot das BMAA in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland sowie dem Bundesministe-

Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

rium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz eine laufend aktualisierte sachliche Information als Entscheidungshilfe für Reisende an.

Die Geiselnahme österreichischer Touristen in Algerien stellte im Frühjahr 2003 die oftmals unterschätzten Risiken von Auslandsreisen deutlich vor Augen. Durch das Bemühen des BMAA in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres, der Österreichischen Botschaft Algier und den algerischen Behörden sowie dem deutschen und dem Schweizer Krisenreaktionszentrum konnten nach langer Ungewissheit die österreichischen Geiseln in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai befreit werden und nach Österreich zurückreisen.

Vor Jahresende konnte ein österreichischer Staatsbürger, der aus den Trümmern der bei einem Erdbeben am 26. Dezember 2003 zerstörten Stadt Bam geborgen werden musste, zur medizinischen Betreuung nach Hause geflogen werden.

Neben diesen herausragenden Ereignissen bot das Bürgerservice in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland die übliche konsularische Hilfestellung bei Notfällen im Ausland an. Hilfestellungen erfolgten unter anderem bei der Rückholung in 634 Unglücksfällen sowie bei der Abwicklung von 785 Todesfällen im Ausland. Insgesamt standen Budgetmittel in Höhe von 150.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen Staatsbürgern in Notsituationen im Ausland zur Verfügung.

Die Reiseinformationen des BMAA auf der Homepage des BMAA wurden vor allem im Hinblick auf die Krisensituationen laufend aktualisiert und haben mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Daneben stehen unter der Tel.-Nr. 05/01150-4411 rund um die Uhr Mitarbeiter des BMAA für Reiseinformationen und telefonische Auskünfte bei Notlagen im Ausland bereit.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgernähe des BMAA nahm das Bürgerservice sowohl an der Wiener Ferienmesse vom 16.-19. Jänner als auch am „Tag der offenen Tür“ des BMAA am Nationalfeiertag (26. Oktober) aktiv teil. Bei diesen Gelegenheiten wurden dem Publikum sowohl die Reiseinformationen auf der Homepage des BMAA präsentiert als auch die Broschüre „Tipps für Auslandsreisen“ des BMAA ausgehändigt.

2. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen

Sprachprobleme und unterschiedliche Rechtsordnungen erschweren es österreichischen StaatsbürgerInnen im Ausland, **ihre Rechte geltend zu machen oder zu verteidigen**. Hilfesuchende ÖsterreicherInnen werden in diesen Fällen durch informelle Beratung, Einschaltung der Vertretungsbehörden und gegebenenfalls Namhaftmachung von VertrauensanwältInnen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen in Zivil- und Strafsachen auf vielfältige

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Aussenpolitik

und möglichst unbürokratische Weise unterstützt. Bei **Verhaftungen** österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland sind die Vertretungsbehörden um Klärung des Sachverhalts, Hilfeleistung zur Sicherung einer effizienten Verteidigung, Verständigung der Angehörigen im Inland und Aufrechterhaltung der Verbindung zu diesen sowie um ausreichende Haftbetreuung bemüht. Sie versuchen, sofern dies erwünscht und nach der lokalen Rechtsordnung möglich ist, eine Überstellung der Angeklagten oder Verurteilten zur Strafverfolgung oder zum Strafvollzug nach Österreich zu erwirken.

3. Neue Verträge

Am 20. November 2003 wurde in Zagreb das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung unterzeichnet. Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 wird voraussichtlich 2004 in Kraft treten.

Die Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Übernahme von illegal aufhältigen Personen sowie das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Serbien und Montenegro über die Rückführung und die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt mitsamt Durchführungsprotokoll („Rückübernahmeabkommen“) werden voraussichtlich 2004 in Kraft treten. Zudem fanden Delegationsverhandlungen zu gleichartigen Abkommen mit der Republik Nigeria und der Republik Tschechien statt.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen betreffend die Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität (Polizeikooperationsabkommen) trat am 1. Dezember 2003 in Kraft. Mit der Libanesischen Republik, der Republik Slowenien und der Republik Südafrika wurde im Jahr 2003 eine Reihe neuer Regierungsübereinkommen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit unterzeichnet.

Zu einem positiven Abschluss konnten auch die Verhandlungen mit der Slowakischen Republik über einen Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit und die Verhandlungen über ein Ressortübereinkommen mit dem tunesischen Innenministerium gebracht werden. Die Unterzeichnung dieser Abkommen sowie eines Regierungsübereinkommens über die Polizeikooperation mit Lettland wird voraussichtlich im Jahr 2004 erfolgen. Zudem werden derzeit Verhandlungen über Polizeikooperationsabkommen mit der Republik Ungarn und der Tschechischen Republik geführt.

Reise- und Grenzverkehr

4. Konsularische Zusammenarbeit

Im Rahmen der EU-Ratsarbeitsgruppe für konsularische Angelegenheiten (COCON) stand der Ausbau der Vorsorge für Krisenfälle, insb der Informationsaustausch betreffend Reisehinweise und die verstärkte Zusammenarbeit bei Evakuierungen, im Mittelpunkt der Diskussionen. Auf der Basis von Vorarbeiten der COCON wurden die EU-Leitlinien für den Schutz von EU-Bürgern in Drittstaaten erneuert und ergänzt. Die Bemühungen um die Verbesserung der Haftbedingungen von EU-Bürgern in Drittstaaten und um Überstellung verurteilter Personen in den inländischen Strafvollzug wurden verstärkt.

II. Reise- und Grenzverkehr

1. Sichtvermerksangelegenheiten

Mit Ecuador erfolgte am 23. Mai 2003 ein Notenwechsel, auf Grund dessen Inhabern von Diplomaten- und Dienstpässen sowie Inhabern von ecuadorianischen Spezialpässen die visafreie Einreise in den jeweiligen anderen Vertragsstaat gewährt wird. Inhaber österreichischer gewöhnlicher Reisepässe können weiterhin ohne Visum in Ecuador einreisen. Der Notenwechsel trat am 1. Juni in Kraft.

Serbien und Montenegro ermöglicht auf Grund eines einseitigen Aktes seit 31. Mai 2003 Inhabern österreichischer Pässe die visafreie Einreise.

Brunei gewährt Inhabern österreichischer Pässe die visafreie Einreise seit 11. Oktober 2003.

Österreichische Staatsbürger können in 100 Staaten, u. a. in die EWR-Länder und alle Nachbarstaaten, nach Kanada, Japan, Neuseeland, in die Vereinigten Staaten, in die meisten Länder Lateinamerikas sowie nach Japan, Brunei, Hongkong und Macao mit gewöhnlichen Reisepässen visumfrei einreisen.

Im Rahmen der Europäischen Union wurde der Rechtsbestand im Jahre 2003 weiterentwickelt. Folgende Beschlüsse wurden dabei vom zuständigen Rat für Justiz und Inneres gefasst:

- Verordnung (EG) Nr. 415/2003 des Rates vom 27. Februar 2003 über die Erteilung von Visa an der Grenze, einschließlich der Erteilung derartiger Visa an Seeleute auf der Durchreise
- Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (RA)
- Katalog von Empfehlungen für die korrekte Anwendung des Schengener Besitzstands und der besten Praktiken auf diesem Gebiet: Visumerteilung

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Aussenpolitik

- Verordnung (EG) NR. 693/2003 des Rates vom 14. April 2003 zur Einführung eines Dokuments für den erleichterten Transit (FTD) und eines Dokuments für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) sowie zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und des Gemeinsamen Handbuchs sowie Verordnung (EG) NR. 694/2003 des Rates vom 14. April 2003 über einheitliche Formate von Dokumenten für den erleichterten Transit (FTD) und Dokumenten für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 (betrifft Transitverkehr von und nach Kaliningrad).
- Schlussfolgerungen des Rates über die Entwicklung eines Visa-Informationssystems (VIS)
- Entscheidung des Rates vom 13. Juni 2003 zur Änderung der Anlage 12 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion sowie der Anlage 14 a des Gemeinsamen Handbuchs betreffend Visumgebühren
- Entwurf für Schlussfolgerungen des Rates: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1683/95 über eine einheitliche Visagegestaltung; Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige

Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten 420.184 Visa, das bedeutet einen Rückgang von 1,2% gegenüber dem Vorjahr bzw. 6.888 Visa.

Weiters wurden von den Vertretungsbehörden 40.387 Anträge auf Aufenthaltstitel erteilt, und zwar 28.344 Aufenthaltserlaubnisse bzw. Niederlassungsbewilligungen der zuständigen Inlandsbehörden sowie 12.043 Aufenthaltserlaubnisse im eigenen Wirkungsbereich.

2. Grenzverkehr

2.1. Grenzübergänge

Mit der Slowakei wurde ein Regierungsübereinkommen über die Errichtung eines gemeinsamen Kontaktbüros an der Autobahn-Grenzübergangsstelle Kittsee-Jarovce auf dem Staatsgebiet der Slowakischen Republik abgeschlossen, welches am 1. Juni in Kraft trat.

Mit der Schweiz wurde ein Regierungsabkommen über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen in Wolfurt abgeschlossen, welches am 1. Oktober in Kraft trat.

2.2. Grenzverkehr

Am 6./7. März fand die III. Tagung der Gemischten Kommission für den Grenzverkehr mit der Slowakischen Republik in Wien statt. Mit Ungarn wurde ebenfalls das III. Treffen der Gemischten Kommission am 15./16. Mai in Budapest abgehalten.

Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

2.3. Grenz- und Grenzgewässerverträge

Mit der Schweiz wurde ein Abkommen betreffend die Nutzbarmachung des Inn und seiner Zuflüsse im Grenzgebiet am 29. Oktober 2003 unterzeichnet.

III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

Die auf Grundlage der Art 36 Abs. 3 und Art 63 Abs. 3 der Verordnung (EWG) 1408/71 und des Art 105 Abs. 2 der Verordnung (EWG) 574/72 am 3. Dezember 2001 mit dem Königreich Belgien unterzeichnete Vereinbarung über die Kostenerstattung von Sozialleistungen trat am 1. August 2003 rückwirkend ab 1. Jänner 1994 in Kraft.

Auf Grundlage des Abkommens über Soziale Sicherheit mit Bosnien und Herzegowina vom 12. Februar 1999 (BGBl. III Nr. 229/2001), welches am 1. Oktober 2001 in Kraft getreten war, wurde mit 9. Dezember 2003 eine Pauschalierungsvereinbarung abgeschlossen, welche die Pauschalabgeltungsbeträge von Krankenversicherungsleistungen regelt und rückwirkend mit 1. Jänner 2002 in Kraft tritt.

IV. Die AuslandsösterreicherInnen

Die Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen sind wichtige Aufgaben der österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate im Ausland. Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Auslandsaufenthalt amtlich registrieren zu lassen, sind die Angaben über die Zahl der AuslandsösterreicherInnen vielfach Schätzungen und drücken nicht die tatsächliche große Zahl der im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen aus. 300.000 ÖsterreicherInnen sind bei den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten mit aktuellen Adressen erfasst, die meisten davon in Deutschland (180.000), der Schweiz (25.000), den USA (10.000) sowie in Großbritannien, Brasilien, Frankreich und Italien (je 5.000–7.000).

Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen“ – das sind jene, die sich in Folge ihrer früheren österreichischen Staatsbürgerschaft oder in Folge ihrer Vorfahren oder anderer Verwandter Österreich besonders verbunden fühlen – kann überhaupt nur geschätzt werden. Sie umfasst einige Hunderttausende. Von diesen ehemaligen ÖsterreicherInnen leben in Nordamerika rund 200.000, in Deutschland 50.000, in Lateinamerika 30.000, in Australien und Argentinien je 15.000, in Brasilien 10.000, und in Israel, Großbritannien und Frankreich je 5.000.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung zu Österreich wird vor allem in AuslandsösterreicherInnenvereinen und anderen Vereinigungen im Ausland mit Österreichbezug gepflegt, von denen beinahe 450 in fast 50 Ländern der Welt bestehen. Diese

Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Aussenpolitik

Vereinigungen sind auf der AÖ-Website – www.AuslandsoesterreicherInnen.at – unter „Deutsch / Vereine“ aufrufbar.

Seit dem 1. Jänner 2003 besteht der **Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB)** als Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen mit Sitz in Wien. Der AÖWB entstand aus der Zusammenführung des seit 1952 bestehenden Weltbunds der Österreicher im Ausland (WBÖA) und des 1955 gegründeten Auslandsösterreicherwerks (AÖW) und übernahm alle Aufgaben beider Institutionen.

Der AÖWB umfasst auch österreichische „Roundtables Zentraleuropa“ und „Austrian-American Councils“ in Nordamerika und gibt das viermal jährlich erscheinende Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Präsident ist Fritz Molden, stellvertretender Präsident Gustav Chlestil, Generalsekretärin Irmgard Helperstorfer.

Der Weltbund veranstaltet alljährlich ein AuslandsösterreicherInnentreffen, das im Jahr 2003 vom 4. bis 7. September in Graz stattfand. Über 800 Delegierte von AuslandsösterreicherInnenvereinen aus aller Welt nahmen daran teil. 2003 erhielt der AÖWB eine Subvention des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in der Höhe von 177.000 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller Burgenländer im Ausland. Ihr Ziel ist die Erhaltung und Vertiefung der Heimatverbundenheit der Burgenländer in aller Welt. Dazu dienen Besuchsreisen, eine periodische Zeitschrift „Die burgenländische Gemeinschaft“, persönliche Dienstleistungen und die Interessensvertretung der Burgenländer im Inland. Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Für die Betreuung in Not geratender österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland sorgt der 1967 gegründete **Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland**. Der vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und von den neun Bundesländern subventionierte Fonds leistete 2003 finanzielle Zuwendungen in der Gesamthöhe von 631.780 Euro an 931 bedürftige ÖsterreicherInnen in 60 Ländern. Zwecks Einsparung von Verwaltungskosten von jährlich mehr als 40.000 Euro und deren Umwidmung auf Unterstützungszahlungen wurde die Geschäftsführung des Fonds mit 1. Oktober 2003 vom BMAA übernommen. Vorsitzender des im Herbst 2003 von der Bundesregierung neubestellten Kuratoriums des Fonds ist weiterhin Botschafter i. R. Georg Hohenberg.

Im Rahmen der alljährlichen **Weihnachtsaktion** des BMAA für bedürftige AuslandsösterreicherInnen wurden 2003 aus Mitteln des BMAA Geld- und Sachspenden an 606 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 56 Ländern in der Höhe von 58.000 Euro geleistet.

Die AuslandsösterreicherInnen

Im Ausland wohnhaften, betagten oder – körperlich oder geistig – schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr imstande sind, für sich selbst zu sorgen, kann vom BMAA eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einem Pflegeheim / Spital ermöglicht werden, sofern nicht durch Verwandte oder eine lokale Organisation geholfen werden kann, der Zustand der / des Hilfsbedürftigen einen Transport gestattet, und sie / er damit einverstanden ist. Im Jahr 2003 wurden zwei ÖsterreicherInnen aus Australien und Spanien in die Heimat zurückgebracht und in inländischen Institutionen untergebracht.

3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen sowie auch für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen“ das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen und das Teilnahmerecht an Volksabstimmungen. Die Europawahlordnung und das Europa-Wählerevidenzgesetz vom 14. März 1996 (BGBl. Nr. 117/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/2003; bzw. BGBl. 118/1996, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 90/2003) regelt auch die Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen sowie der nicht-österreichischen EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich an den Wahlen der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Bisher konnten AuslandsösterreicherInnen an fünf Nationalratswahlen, zwei Bundespräsidentenwahlen, der EU-Volksabstimmung sowie an zwei Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments teilnehmen. Die Änderung der Stichtage des aktiven und passiven Wahlalters auf den jeweiligen Wahltag (anstatt des 31. Dezember des Vorwahljahres) vom Herbst 2003 betraf auch AuslandsösterreicherInnen einschließlich deren Eintragungsmöglichkeiten in die inländischen Wählerevidenzen.

Fragen der eventuellen Erleichterung der Briefwahl aus dem Ausland sowie des E-Voting wurden u.a. auch im „Österreich-Konvent“ diskutiert, E-Voting (insb aus dem Ausland) im Rahmen einer speziellen Arbeitsgruppe des Europarates, an der Österreich aktiv beteiligt war. Aktuelle Wahl(rechts)fragen zu Auslandswahl, EP-Wahlen und E-Voting waren Inhalt eines Wahl(rechts)seminars der Regionalen Partnerschaft, das Österreich am 15. und 16. Dezember in Wien veranstaltete.

Erstmals fand im Rahmen der Europäischen Union eine Veranstaltung zu Fragen von AuslandsbürgerInnen statt. Am Rande des Europäischen Gipfels von Porto Carras hielt die griechische EU-Präsidentschaft vom 19. bis 21. Juni in Thessaloniki ein Treffen von prominenten AuslandsbürgerInnen aus EU-Staaten ab – darunter drei ÖsterreicherInnen –, um Themen gemeinsamen Interesses wie z.B. Migration, Sozialfragen, Sprachförderung, Rückkehrmodalitäten und Wahlrecht zu diskutieren.

*Der österreichische auswärtige Dienst***M. Der österreichische auswärtige Dienst****I. Einleitung**

Wie schon in den vorangegangenen Jahren war auch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten durch personelle und budgetäre Kürzungen von den Bemühungen der Bundesregierung zur **Konsolidierung des Bundeshaushalts** betroffen. Angesichts der gestiegenen Anforderungen an die Leistungen des auswärtigen Dienstes (Erfordernis der diplomatischen Präsenz in im letzten Jahrzehnt neu entstandenen Staaten sowie der Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien; verstärkte Inanspruchnahme der Vertretungsbehörden durch Fachressorts, die vermehrt Spezialattachés an ausländische Dienstorte entsenden, sowie durch Bundesländer und Gemeinden, die vielfach Informations- und Interventionersuchen an das BMAA richten; Ansteigen der Konsularfälle durch vermehrte Reisetätigkeit der ÖsterreicherInnen) war das BMAA auf Grund dieser Einsparungsbemühungen vor schwerwiegende personelle und administrative Probleme gestellt.

II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Österreich unterhält im Ausland 81 Botschaften (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrates sowie eine vorübergehend geschlossen), sechs Ständige Vertretungen bei internationalen Organisationen, eine Außenstelle der Botschaft Berlin in Bonn und 15 Generalkonsulate (davon eines in Form eines Büros des Handelsrates). Dies ist im Verhältnis zu vergleichbaren EU-Staaten ein kleines Netz von Berufsvertretungsbehörden. Daneben bestehen 28 Kulturforen (Agram, Belgrad, Berlin, Bern, Budapest, Bukarest, Brüssel, Istanbul, Kairo, Kiew, Krakau, Laibach, London, Madrid, Mailand, Mexiko, Moskau, New York, Ottawa, Paris, Prag, Pressburg, Rom, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Warschau und Washington).

Die Botschaft Abu Dhabi, welche bis dahin als Büro des Handelsrates bestand, wurde Mitte 2003 als eigene Dienststelle des BMAA eingerichtet; auf Grund der Personal- und Budgetknappheit musste stattdessen das Generalkonsulat Triest geschlossen werden. Die zum BMAA gehörigen Regionalbüros für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in Kampala und Managua gingen mit Ablauf des Jahres 2003 auf die Austrian Development Agency (ADA) über, welcher durch die EZA-Gesetz-Novelle 2003 per 1. Jänner 2004 die operativen Aufgaben der österreichischen EZA übertragen wurden.

Österreich hat derzeit 265 honorarkonsularische Vertretungen im Ausland, welche die Arbeit der österreichischen Berufsvertretungen in wertvoller Weise unterstützen und ergänzen. HonorarkonsullInnen sind prominente, in der Regel in der Wirtschaft oder freiberuflich tätige Personen, die die Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung stellen und ehrenamtlich für Österreich arbeiten.

*Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten***III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten**

Im BMAA ist eine eigene Organisationseinheit mit dem Erwerb, der Anmietung sowie der baulichen Adaptierung und Ausstattung der in erster Linie im Ausland benötigten Immobilien beschäftigt.

Das Immobilienmanagement des BMAA betreibt durch laufende Objektevaluierungen eine möglichst zweckmäßige und kostengünstige Bereitstellung von Amts- und Wohnraum im Ausland. Durch die Einführung der Software SAP mit Jänner 2004 soll das Immobiliencontrolling des BMAA – in Verbindung mit dem bereits bestehenden Facility Management-System – eine weitere Verbesserung erfahren.

Die Unterbringung des BMAA am ehemaligen Sitz der Niederösterreichischen Landesregierung in der Herrengasse wird ab 2005 erstmalig eine Zusammenführung aller Organisationseinheiten des BMAA an einem Standort ermöglichen. Vor der Übersiedlung werden die Objekte derzeit generalisiert.

IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst

Die Aufnahme in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst des BMAA erfolgt nach erfolgreicher Ablegung des entsprechenden Auswahlverfahrens (Examen Préalable) vor einer unabhängigen Auswahlkommission. Die rechtliche Grundlage bilden das Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des auswärtigen Dienstes – Statut (BGBl I Nr. 129/1999 vom 23. Juli 1999) sowie die Verordnung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten BGBl Nr. 120/1989 vom 16. Februar 1989. Das BMAA ist an möglichst qualifizierten Bewerbungen für diese Auswahlverfahren interessiert und informiert laufend im Rahmen von Vorträgen und berufsberatenden Veranstaltungen über die Voraussetzungen sowie die Laufbahnmöglichkeiten im auswärtigen Dienst.

Im Jahr 2003 fanden Auswahlverfahren für den höheren und den gehobenen auswärtigen Dienst statt. Es konnten zwölf bzw. 13 KandidatInnen aufgenommen werden. Für den mittleren Dienst fanden ebenfalls Auswahlverfahren statt, bei denen sich insgesamt 19 KandidatInnen qualifizieren konnten.

Für alle Verwendungsgruppen gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene Grundausbildung. Das Ausbildungsprogramm für den höheren auswärtigen Dienst umfasst nach einer allgemeinen Einführungswoche, in der die Sektionen und die Aufgaben des BMAA vorgestellt werden, mehrtägige fachspezifische und persönlichkeitsorientierte Seminare an der Diplomatischen Akademie, diverse Vorträge und eine gezielte Förderung des Fremdsprachenstudiums, wobei vor allem auf das Erlernen bzw. die Vervollkommnung der Sprachen der Nachbarstaaten Österreichs besonderes Gewicht gelegt wird. Ebenso erfolgt während der Ausbildung ein sechsmonatiger Stage an

Der österreichische auswärtige Dienst

einer österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland, wo der/die Bedienstete in die praktische Arbeitsweise einer Vertretungsbehörde eingeschult wird.

Das Ausbildungsprogramm für den gehobenen auswärtigen Dienst umfasst ebenfalls einen Stage an einer Vertretungsbehörde im Ausland, wo der/die Bedienstete vor allem in die administrativen und konsularischen Aufgaben eingeschult wird. Zusätzlich gab es im Jahre 2003 Seminare am Zentrum für Verwaltungsmanagement des Bundeskanzleramtes sowie Schulungen an der Diplomatischen Akademie. Das Ausbildungsprogramm für den mittleren Dienst machte vor allem vom Seminarangebot des Zentrums für Verwaltungsmanagement Gebrauch und bietet überdies eine gezielte Fremdsprachenausbildung an. Ein auf die Bedürfnisse der Bediensteten des gehobenen und mittleren Dienstes abgestimmter Französischkurs wird in den Räumen des BMAA abgehalten.

In der für Schulungszwecke eingerichteten „Botschaft Wien“ werden Bedienstete aller Verwendungsgruppen – insb vor der ersten Auslandsverwendung – in konsularische und administrative Agenden eingeführt.

V. Personal

Ende Dezember 2003 hatte das BMAA 1.374 MitarbeiterInnen: 606 waren im Inland, 768 in Auslandsverwendung. Davon waren sieben von anderen Bundesdienststellen dem BMAA zugeteilt, 19 durch Sonderverträge beschäftigt sowie zwei MitarbeiterInnen dienstfreigestellt (§ 25 Abs 4 PVG). Aus dem Personalstand des BMAA waren 22 MitarbeiterInnen anderen Bundesdienststellen dienstzugeteilt, 110 karenziert (60 Mutterschutz/Elternkarenz, 14 für Tätigkeiten bei internationalen Organisationen, 24 für sonstige Tätigkeiten wie Diplomatische Akademie, EZA-Büros etc., 11 aus privaten Gründen z. B. Begleitung eines Ehegatten auf Auslandsposten, Pflege eines kranken Angehörigen etc.) und einer außer Dienst gestellt. Insgesamt gingen 55 Bedienstete aus dem Personalstand des BMAA im Jahr 2003 in Pension.

Im Stellenplan für das Jahr 2003 wurden für das BMAA zwar 1.498 Planstellen (bzw. 1543 unter Einrechnung der Planstellen für lokal im Ausland angestellte Vertragsbedienstete nach VBG) vorgesehen, doch steuert die Bundesregierung im Zuge ihrer Budgetkonsolidierungspolitik die Personalverwaltung des Bundes derzeit im Wesentlichen über ausgabenwirksame **Vollbeschäftigungsäquivalente** (auf Vollbeschäftigung umgerechnete Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, für die Leistungsentgelt bezahlt wird). Mit Beschluss des Ministerrates vom 19. September 2000 wurden die dem BMAA im Jahre 2003 zustehenden Vollbeschäftigungsäquivalente mit 1.376,60 festgelegt. Dies bedeutet, dass der für den Bereich des BMAA geltende Stellenplan zu einem relativ großen Teil nicht ausgenützt werden konnte.

Budget

Im Jahr 2003 betrug der Frauenanteil im Personalstand des BMAA 46,1%, davon im mittleren Dienst 65,4%, im Fachdienst 69,7%, im gehobenen Dienst 36,3% und im höheren Dienst 26,5%.

Personalstand des BMAA 2003 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer	Frauen	insgesamt	Frauen in %
A1/v1, A/a – höherer Dienst	334	120	454	26,5%
A2/v2, B/b – gehobener Dienst	163	93	256	36,3%
A3/v3, C/c – Fachdienst	135	310	445	69,7%
A4/A5/v4, D/d, P2/P3/p2/p3, h2/h3 – qualifizierter mittlerer Dienst bzw. mittlerer Dienst	53	100	153	65,4%
A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 – Hilfsdienst	42	5	47	10,6%
– Sonderverträge	13	6	19	31,6%
Insgesamt	740	634	1.374	46,1%

Pensionseintrittsalter: Das durchschnittliche Pensionseintrittsalter der BeamtInnen im BMAA betrug im Jahre 2003 60,48 Jahre und befand sich damit über dem Schnitt der meisten anderen Ressorts. Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich, lag das durchschnittliche Pensionsalter in den letzten zehn Jahren mit Ausnahme des Jahres 1998 immer über der 60-Jahr-Grenze.

1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
62,20	61,88	60,48	63,69	62,11	59,93	62,52	61,59	61,48	61,54	60,48

VI. Budget

Der Bundesvoranschlag 2003 sah für das BMAA ein Budget von insgesamt 307 Mio. Euro vor. Nach Abzug der Budgetposten für Ost-Förderprogramme in den MOEL und GUS-Staaten (10,4 Mio. Euro), der Beiträge Österreichs an internationale Organisationen (43,9 Mio. Euro), sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen (2,7 Mio. Euro), der Aufwendungen für internationale Konferenzen (2,5 Mio. Euro) und der Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit (52,7 Mio. Euro) verblieb dem BMAA ein operatives Budget (einschließlich Personalausgaben) von 194,17 Mio. Euro. Der operative Anteil am Gesamtbudget des Bundes betrug 0,32%.

*Der österreichische auswärtige Dienst***Budget 2003 in 1.000 Euro**

Jahr	Budget des BMAA	Beiträge an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, EZA, Ost-Förderprogramme	Operatives Budget des BMAA	Anteil des operativen BMAA-Budgets am Bundesbudget in % *)
1993	196,968	42,567	154,401	0,31
1994	219,648	53,132	166,516	0,32
1995	288,960	106,395	182,565	0,33
1996	292,889	113,380	179,509	0,33
1997	292,837	113,747	179,090	0,33
1998	314,673	133,327	181,346	0,33
1999	297,232	113,901	183,331	0,33
2000	305,662	127,165	178,497	0,31
2001	303,409	122,652	180,757	0,31
2002	299,775	121,938	177,837	0,30
2003	307,000	112,298	194,172	0,32

*) Anmerkung: Der Anteil des operativen Budgets des BMAA in Prozenten des Bundeshaushalts wurde von 1993–1998 ursprünglich auf Basis des Gesamtbudgets (Allgemeiner Haushalt plus Ausgleichshaushalt) angegeben. Ab 1999 wurde nur mehr der Allgemeine Haushalt (= Summe der effektiven Ausgaben-Voranschlagsbeträge aller Ressorts) ohne Berücksichtigung des Ausgleichshaushalts (= Summe der Ausgaben für die Tilgung von Schulden und kurzfristigen Verpflichtungen bzw. von Kapital aus Währungstauschverträgen sowie Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen und Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen) herangezogen. Die Prozentanteile 1993–1998 wurden daher in Bezug auf die in den Außenpolitischen Berichten 1993–1998 angegebenen Prozentangaben dementsprechend adjustiert.

VII. Informationstechnologie (IT) und Außenpolitische Bibliothek

Die IKT-Abteilung führte planmäßig die Neuausstattung von 110 Vertretungen im Rahmen des Projekts MEDUSA – Modernisierung der Elektronischen Datenverarbeitung und IT-Systeme an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland – durch. Diese im August 2000 begonnene weltweite Modernisierung wurde im Oktober 2003 erfolgreich abgeschlossen. Alle österreichischen Berufsvertretungsbehörden sind nunmehr entweder über chiffrierte terrestrische WAN-Datenleitungen oder in einigen wenigen Fällen über Satellit (VSAT) mit der Zentrale in Wien verbunden. Über diese Leitungen erfolgt die Kommunikation mit allen österreichischen Behörden und wird der Informationsfluss über E-Mail – dem wichtigsten Kommunikationsmedium im Außenministerium – und E-Fax abgewickelt.

Informationstechnologie (IT) und Außenpolitische Bibliothek

An allen Vertretungsbehörden ist neben Büroautomation auch Software im Einsatz, die den administrativen sowie den konsularischen Arbeitsbereich abdeckt. Diese wurde von der IKT-Abteilung selbst entwickelt. Die Dienstrechnungssoftware ist eine Vorfeldapplikation zum bundesweit eingeführten SAP. Die Konsularsoftware ermöglicht den Vertretungsbehörden das Ausstellen von Visa, Aufenthaltserlaubnissen und Niederlassungsbewilligungen. Die Vertretungsbehörden haben Zugriff auf das Schengener Informationssystem (SIS) und sind an das Konsultationsnetzwerk (VISION) der Schengener Staaten angeschlossen.

Elektronisch verfügbare Informationen können direkt von den Vertretungsbehörden wie auch von der Zentrale abgerufen werden: Jede einzelne Arbeitsstation ist an das Internet angeschlossen, ebenso sind Nachrichtenagenturen wie APA und Reuters sowie diverse Datenbanken (z.B. Rechtsdatenbank) für FachreferentInnen anwählbar. Im neu konzipierten Intranet werden BMaA-interne Informationen sowie wichtige Links angeboten. Die **offene Kommunikationsstrategie** des Außenministeriums verbindet die Zentrale, Vertretungsbehörden und weltweite Netze miteinander.

In der BMaA-Zentrale wird der **Elektronische Akt (ELAK)** bereits seit Jahren ministeriumsweit verwendet. Dieses sehr erfolgreiche Pilot-Projekt wird nun auf alle anderen Ministerien ausgeweitet. Die Geschwindigkeit der Arbeitsabläufe sowie die Effizienz allgemein konnten dank diesem Instrument stark gesteigert werden. Dazu trug auch das elektronische Dokumentenmanagement wesentlich bei, das eine schnelle und zielgerichtete Suche von Akten und informellen Erledigungen ermöglicht. Darüber hinaus bewirkte der ELAK eine Reorganisation der Arbeitsabläufe im BMaA: Papierbasierende Geschäftsprozesse werden durch elektronische Workflows ersetzt. Weitere zukunftsorientierte Visionen wie E-Learning, das Lernen direkt mit dem Computer ermöglicht, wurden konzipiert und umgesetzt.

Die **Außenpolitische Bibliothek** konnte ihre Bestände planmäßig erweitern und ihrer Doppelfunktion als Amtsbibliothek des BMaA und als Studienbibliothek der Diplomatischen Akademie gerecht werden. Die rückwirkende Erfassung der Bibliotheksbestände für den Verbundkatalog der wissenschaftlichen Bibliotheken Österreichs (ALEPH) wurde weiter fortgesetzt. Durch die Einführung der elektronischen Entlehnverbuchung konnten die Buchverwaltung erheblich effizienter gestaltet und die Teilnahme am internationalen und nationalen Leihverkehr intensiviert werden.

BUNDESMINISTERIN Dr. Benita FERRERO-WALDNER

Kabinett:
Dr. Michael ZIMMERMANN

Stabsstelle:
Mag. Johannes PETERLIK

<p>I. Zentrale Angelegenheiten Dr. Johannes KYRLE</p>	<p>II. Politische Sektion Dr. Thomas MAYR-HARTING Stellvertreter: Dr. Ralph SCHEIDE</p>	<p>III. Wirtschafts- und integrationspolitische Sektion Dr. Martin SAJDIK Stellvertreter: Dr. E. TICHY-FISSELBERGER</p>	<p>IV. Rechts- und Konsularsektion Dr. Christian BERLAKOVITS Stellvertreter: Dr. Wolfgang PAUL</p>
<p>I.1 Protokoll Dr. Ferdinand MAULTASCHL I.1a Gudrun HARDIMAN- POLLROSS I.1b Peter WUKITSEVITS I.1c Werner AMMINGER</p>	<p>II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen Dr. Thomas HAJNOCZI II.1a Dr. Werner ALMHOFER II.1b Mag. Martin KRÜGER</p>	<p>III.1 EU-Grundsatzfragen Dr. Elisabeth TICHY-FISSELBERGER III.1a Mag. Gerhard MAYER III.1b Dr. Gerhard ZETTL</p>	<p>IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe Dr. Wolfgang PAUL IV.1a Dr. Maria KUNZ</p>
<p>Gruppe I.A – Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4, I.7) Dr. Hans WINKLER</p>	<p>II.2 Südtirol und Südeuropa Mag. Dr. Clemens KÖJA</p>	<p>III.2 Europäischer Rat u. Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II, gemeinsame Handelspolitik Mag. Helene STEINHAUSL III.2a Mag. Albert ENGELICH (interministeriell) III.2b Mag. Albert ENGELICH III.2c Mag. Christine FRÉILINGER</p>	<p>IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Asyl, Aufenthalts- u. Wanderungswesen Dr. Peter WILFLING IV.2a Robert THUM IV.2b Mag. Gabriel KRÄMARICS Presse- und Öffentlichkeitsstelle Peter GRIEHSMAIER</p>
<p>I.2 Allgemeines Völkerrecht Dr. Helmut TICHY I.2a Martin KLEIN I.2b Mag. Michael POSTL I.2c Mag. Markus REITERER</p>	<p>II.3 Zentral-, Ost- und Südeuropa, Transkaukasien, Zentralasien, Friedensbemühungen für das ehemalige Jugoslawien Dr. Valentin INZKO II.3a Dr. Josef LITSCHAUER II.3b Mag. Georg KILZER II.3c Dr. Thomas SCHULLER-GÖTZBURG</p>	<p>III.3 Bi- und multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; Exportförderung; Investitionsschutz; int. Finanzinstitutionen Dr. Wendelin ETTMAYER III.3a Dr. Hans KOGLER III.3b MMag. Gerhard MAYNHARDT</p>	<p>IV.3 Auslandsbeziehungen, Schutz-machtangelegenheiten, Vermögensangelegenheiten, Sozial- u. gesundheitspolitische Angelegenheiten Dr. Thomas BUCHSBAUM</p>
<p>I.3 Presse und Information Mag. Martin WEISS I.3a ... I.3b Franz HUTEgger</p>	<p>II.4 Naher und Mittlerer Osten, Afrika, OAU Dr. Ralph SCHEIDE II.4a Dr. Rudolf AGSTNER</p>	<p>III.4 EU-Erweiterung, Außenwirtschaftsbeziehungen Zentral-, Ost- und Südeuropa Mag. Arno RIEDEL III.4a Dr. Christian STEINER III.4b Mag. Günther SALZMANN</p>	<p>IV.5 Bürgerservice Dr. Donatus KÖCK IV.5a Dr. Walter Maria STOJAN Legalisationsbüro Alois CSENCŠITS</p>
<p>I.4 Europarecht Dr. Alfred LÄNGLE I.4a Dr. Andreas KUMIN</p>	<p>II.5 Internationale Organisationen Dr. Walther LICHEM</p>	<p>III.5 ASTV I, Binnenmarkt, Landwirtschaft, Beschäftigungs- und Sozialfragen, Regionalpolitik Dr. Helmut WESSELY III.5a Mag. Wolfgang STROHMAYER III.5b ... III.5c Dr. Karl MÜLLER</p>	<p>IV.7 Integrationspolitische und internationale Zusammenarbeit Innere und Justiz Dr. Johann FRÖHLICH IV.7a Mag. Wolfgang SPADINGER IV.7b Dr. Walter ROCHEL</p>
<p>I.5 Internationale Konferenzen Dr. Johannes SKRIWAN</p>	<p>II.6 West- u. Nordeuropa; regionale Zusammenarbeit; Zentral-europäische Initiative (CEI); Überflüge Dr. Herbert KRAUSS II.6a Mag. Andrea IKIC-BÖHM</p>	<p>III.8 Verkehrs- und Energieangelegenheiten, Umweltschutz, EURATOM Dr. Werner DRUML III.8a Mag. Alois WÖRGETTER III.8b Dr. Alois KUT III.8c Mag. Gisela POLTE</p>	
<p>I.7 Menschenrechte Dr. Georg MAUTNER-MARKHOFF I.7a Dr. Ingrid PECH I.7b Mag. Elisabeth KÖGLER</p>	<p>II.7 Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Europarat Dr. Margit WÄSTFELT II.7a Mag. Christophe CESKA II.7b Dr. Helmut EHRLICH II.7c Dr. Harald KOTSCHY</p>		
<p>I.9 Sachverhalte Dr. Lorenz GRAF</p>	<p>II.8 Rüstungskontrolle und Abrüstung, multilaterale Atomenergiefragen, IAEA Dr. Wernfried KÖFFLER II.8a DDr. Robert ZISCHG II.8b Mag. Dorothea AUER</p>		
	<p>II.9 Amerika, Karibik, OAS Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER II.9a Mag. Kornelia WEIHS</p>		
	<p>II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM Dr. Nikolaus SCHERK II.10a Mag. Wilhelm DONKO II.10b Mag. Peter STORER</p>		

Generalsekretär

Dr. Johannes KYRLE

Stellvertreter:

Dr. Hans WINKLER

Dr. Peter NIESNER

Büro des Generalsekretärs:

Mag. Michael RENDI

**Exekutivsekretariat für die Vorbereitung
auf die österr. EU-Präsidentschaft 2006:**

Dr. Wolfgang ANGERHOLZER

Generallinspektorat:

Dr. Felix MIKL

V. Kulturpolitische Sektion Dr. Emil BRIX Stellvertreter: Dr. Ewald JÄGER	VI. Administrative Sektion Dr. Wolfgang LOIBL Stellvertreter: Dr. Peter NIESNER	VII. Entwicklungszusammenarbeit Dr. Georg LENNKH Stellvertreter: ...
V.1 Koordination, Planung und Finanzierung der Auslandskultur; kulturelle Öffentlichkeitsarbeit Dr. Ewald JÄGER V.1a Andreas PAWLITSCHKEK V.1b Franz BISCHL	VI.1 Personenangelegenheiten ... Ständesekretanz Claudia WEINGERL VI.1a Gerda JOHAM VI.1b Gerhard ROSNER VI.1c Dr. Markus WUKETICH VI.1d Mag. Christine MOOSBRÜGGER VI.1e Mag. Andreas WICKE	VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Dr. Herbert KRÖLL VII.1a Mag. Marian WRBA
V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH V.2a Mag. Peter MIKL V.2b ... V.2c Dr. Waltraud DENNHARDT-HERZOG V.2d Christine DOLLINGER	VI.2 Beschäftigungs- und Sozialversicherungsangelegenheiten Dr. Klaus FABIAN VI.2a Brigitte ALBRECHT VI.2b ... VI.2c Franz RAZ	VII.2 Evaluierung, Entwicklungspolitik u. Strategie ... VII.2a ...
V.3 Wissenschaftlich-technische sowie universitäre Zusammenarbeit Dr. Florian HAUG V.3a Dr. Florian LORENZ V.3b Dr. Christa SAUER	VI.3 Rückgabenangelegenheiten, Controlling Mag. Bruno WALDERT VI.3a Erich HAUSMANN VI.3b Robert ZEICHMANN VI.3c ... VI.3d Ing. Reinhard PÖLSLER	VII.3 Humanitäre Hilfe, NRO-Kofinanzierung, wirtschaftsnahe Entwicklung Mag. Franz HÖRLEBERGER
V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Österreichs Dr. Frieda LUGGAUER-GOLLNER V.4a Dr. Andreas KARABACZEK	Gruppe VI.A – Immobilienmanagement Unterbringung u. Ausstattung (Abt. VI.4 u. V.5) Dr. Peter NIESNER	VII.4 Allgemeine Angelegenheiten der Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit, Koordination und Information ... VII.4a ...
	VI.4 Unterbringung u. Ausstattung, Liegenschaftsverwaltung; Bundesbedienstetenschutzgesetz; Kurierdienst DDr. Artur APELTAUER VI.4c Alfred RIEGELMAIER	VII.5 Planungs- u. Programmangelegenheiten der Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit ... VII.5a ... VII.5b ... VII.5c ...
	VI.5 Projektmanagement ; Immobiliencontrolling; Beschaffungswesen; Telefon u. Fax ... VI.5a ... VI.5b ... VI.5c Ing. Edgar SATTLER VI.5d Leopold KÖLLNER	
	VI.7 Informationstechnologie (IT) Mag. Gerhard MILLETICH	
	VI.8 Dokumentation ; Informationsvermittlung; Außenpolitische Bibliothek Dr. Gottfried LOIBL	

VIII. Organisationsplan des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Stand 31. März 2004

*Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen***IX. Österreichische Berufsvertretungen –
DienststellenleiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan	ÖB Kairo*	Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF
ALBANIEN	ÖB Tirana	Dr. Horst-Dieter RENNAU
ALGERIEN	ÖB Algier	Dr. Thomas BAIER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Yuri STANDENAT
ÄTHIOPIEN Eritrea, Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abäba	Mag. Brigitte ÖPPINGER- WALCHSHOFER
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Johann DEMEL
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Franz CEDE
BOSNIEN-HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Dr. Gehard JANDL
BRASILIEN	ÖB Brasilia GK Rio de Janeiro GK Sao Paulo (Büro des Handelsrates)	Dr. Werner BRANDSTETTER Rudolf LENHART derzeit vakant
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Karl DIEM
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Walter HOWADT
CHINA DVR Korea, Mongolei	ÖB Peking GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT Dr. Brigitta BLAHA Walter KALTEIS
CÔTE D'IVOIRE Benin, Burkina Faso, Ghana, Liberia, Niger, Sierra Leone, Togo	ÖB Abidjan	Dr. Heide KELLER
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Erich BUTTENHAUSER
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* Außenstelle Bonn GK Hamburg GK München	Dr. Christian PROSL Dr. Senta WESSELY-STEINER Adolf KLEMENT Dr. Christian LASSMANN
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Jakub FORST-BATTAGLIA
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Christoph QUERNER
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Anton PROHASKA Dr. Eva HAGER
GRIECHENLAND Zypern	ÖB Athen	Dr. René POLLITZER
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND	ÖB London KF London	Dr. Alexander CHRISTIANI derzeit vakant
GUATEMALA Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua	ÖB Guatemala	Dr. Monika GRUBER-LANG
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Walter GREINERT

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
INDONESIEN Singapur	ÖB Jakarta	Dr. Bernhard ZIMBURG
IRAK	ÖB Bagdad (Büro des Handelsrates)	derzeit vakant
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Michael STIGELBAUER
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Harald MILTNER
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Dr. Kurt HENGL
ITALIEN Malta	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Alfons KLOSS Dr. Andreas SCHMIDINGER Dr. Eva-Maria ZIEGLER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Peter MOSER
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr. Heinrich QUERNER
KANADA	ÖB Ottawa*	Dr. Otto DITZ
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Klaus DERKOWITSCH
KOLUMBIEN Ecuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Hans-Peter GLANZER
DR KONGO	ÖB Kinshasa	vorübergehend geschlossen
KOREA	ÖB Seoul	Dr. Helmut BÖCK
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Hans KNITEL
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Helga KONRAD
KUWAIT Bahrain, Katar	ÖB Kuwait	Mag. Roland HAUSER
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Wolfgang JILLY
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Helmut FREUDENSCHUSS
LIBYEN	ÖB Tripolis	Dr. Thomas WUNDERBALDINGER
LIECHTENSTEIN		derzeit vakant (Sitz in Wien)
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Michael SCHWARZINGER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Walter HAGG
MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Dr. Oswald SOUKOP
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Gerhard DEISS
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Philipp HOYOS
MEXIKO Belize	ÖB Mexiko*	Dr. Rudolf LENNKH
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
NIGERIA Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Kongo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Lagos	Dr. Christoph PARISINI
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Anton KOZUSNIK

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

OMAN	ÖB Maskat	Dr. Clemens CORETH
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Günther GALLOWITSCH
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Gerhard DOUJAK
PHILIPPINEN	ÖB Manila	Dr. Christian KREPELA
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Dr. Georg WEISS Mag. Andreas STADLER Mag. Hermine POPPELLER
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Dr. Wolfgang KRIECHBAUM
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Christian ZEILEISSEN
RUSSLAND Belarus Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	ÖB Moskau*	Dr. Martin VUKOVICH Dr. Heidemarie GÜRER (Sitz in Wien)
SAUDI-ARABIEN Jemen	ÖB Riyadh	DDr. Harald WIESNER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Norbert PRAMBERGER
SCHWEIZ	ÖB Bern* GK Zürich	Dr. Ursula PLASSNIK Dr. Bettina KIRNBAUER
SENEGAL Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Kap Verde	ÖB Dakar	Mag. Gerhard WEINBERGER
SERBIEN und MONTENEGRO	ÖB Belgrad*	Dr. Hans PORIAS
SIMBABWE Angola, Malawi, Mosambik, Sambia	ÖB Harare	Mag. Michael BRUNNER
SINGAPUR	ÖB Singapur (Büro des Handelsrates)	Dr. Bernhard ZIMBURG (Sitz in Jakarta)
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Martin BOLLDORF
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Ferdinand MAYRHOFER- GRÜNBÜHEL
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Ulrike TILLY
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria GK Kapstadt	Dr. Kurt SPALLINGER Christine KIVINEN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Karl SCHRAMEK
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Dr. Herbert TRAXL
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Klas DAUBLEBSKY
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Gabriele MATZNER-HOLZER
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Marius CALLIGARIS Mag. Franz WECHNER Dr. Ulrike OUTSCHAR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Michael MIESS

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dipl.-Dolm. Dr. Günter BIRBAUM Dr. Maria-Barbara LEE-STÖRCK
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Marianne DA COSTA DE MORAES
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Gerald KRIECHBAUM
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Eva NOWOTNY Dr. Elisabeth KEHRER Mag. Peter LAUNSKY Dr. Michael BREISKY DDr. Christoph THUN- HOHENSTEIN
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Josef MÜLLNER

Anmerkung: * Vertretungsbehörde mit Kulturforum

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Dr. Gerhard PFANZELTER
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien	Dr. Thomas STELZER
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	Dr. Margit WÄSTFELT
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Dr. Anton PROHASKA
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom (untersteht dem BMLFUW)	Mag. Natalie FEISTRITZER
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi	Mag. Klaus DERKOWITSCH
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris (untersteht dem BKA)	Dkfm. Ulrich STACHER
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Dr. Aurel SAUPE
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Dr. Gregor WOSCHNAGG
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel	Dr. Franz Josef KUGLITSCH
Ständige Vertretung bei der WTO (untersteht dem BMWA) in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Dr. Ulrike TILLY
Ständige Vertretung bei der Donaukommission	Dipl.-Dolm. Dr. Günter BIRBAUM
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Dr. Franz CEDE

Stand: 31. März 2004

Anhang

Anhang

I. Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern

AHSt = Außenhandelsstelle, AUA = Austrian Airlines, BMAA = Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, GK = Generalkonsulat, HGK = Honorargeneralkonsulat, HK = Honorarkonsulat, KF = Kulturforum, LA = Lauda Air, OSI = Ost- und Südosteuropainstitut, OZA = Ostzusammenarbeit, ÖAI = Österreichisches Archäologisches Institut, ÖB = Österreichische Botschaft, ÖBTZ = Österreichisches Büro für technische Zusammenarbeit, ÖEZA = Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, ÖHI = Österreichisches Historisches Institut, ÖW = Österreich-Werbung, WKÖ = Wirtschaftskammer Österreich

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt der Übergangsperiode	Regierungschef der Übergangsverwaltung	Außenminister der Übergangsverwaltung
Hamid Karzai	Hamid Karzai	Abdullah Abdullah

ÖB: siehe Pakistan; AHSt: siehe Iran

Besuche in Österreich: Frauenministerin Habiba Sarabi Gespräche mit Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (Oktober in Wien). Außenminister Abdullah Abdullah anlässlich der X. UNIDO-Generalkonferenz (Dezember in Wien).

Österreich leistete im Rahmen der EU und auch bilateral einen substantiellen Beitrag zum Wiederaufbau in Afghanistan. Die für den Zeitraum 2002–2004 zugesagte Hilfe in der Höhe von 12,3 Millionen Euro wurde bis Ende 2003 größtenteils ausbezahlt. Österreich konzentriert seine Hilfe auf die Bereiche Drogenbekämpfung, Stärkung der Frauenrechte und Entminung. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich zwischen Februar 2002 und August 2003 mit insgesamt 170 Soldaten an der VN-Friedenstruppe in Afghanistan (ISAF). 2004 wird sich Österreich erneut an ISAF beteiligen.

Die österreichischen Exporte betragen 3,31 Millionen Euro (–42,1%), die Importe 405.000 Euro (+158,6%).

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mohamed Hosni Mubarak	Dr. Atef Mohamed Ebeid	Ahmed Maher El Sayed

Kairo – ÖB, KF, AHSt, AUA, ÖAI; Alexandria – HGK

Ägypten war auch 2003 einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs im Nahen Osten. Die österreichischen Exporte betragen 103,16 Millionen Euro (–17,7%), die Importe 19,19 Millionen Euro (+5,4%).

Die österreichische Kultur-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Ägypten konnte durch das im Vorjahr eröffnete Kulturforum erheblich verstärkt werden. Einen Arbeitsschwerpunkt bildete die Betreuung eines digitalen Kommunikationszentrums in arabischer, englischer und deutscher Sprache sowie der Aufbau einer Bibliothek zur Förderung des interkulturellen Dialogs. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften, AkademikerInnen und ForscherInnen aus Ägypten in Österreich. Im Berichtszeitraum wurden 24 Personen – vorwiegend im Rahmen des bilateralen Kulturabkommens mit Ägypten – gefördert.

Länderinformationen

Albanien (Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alfred Moisiu Kastriot Islami (seit 30. Dezember)	Fatos Nano	Ilir Meta

Tirana – ÖB, AHSt mit Sitz in Laibach, Koordinationsbüro der OZA, „Austrian“ (ehemals AUA)

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler (30. April–4. Mai) – offizieller Besuch; Abgeordneter zum Nationalrat Bürgermeister Wolfgang Großruck; Abgeordneter zum Nationalrat Reinhold Lopatka.

Besuche in Österreich: Staatspräsident Alfred Moisiu zur Teilnahme am Treffen der Staatsoberhäupter der Länder Zentral- und Südeuropas auf Einladung von Bundespräsident Thomas Klestil (Salzburg, 22.–23. Mai); Wirtschaftsminister Arben Malaj und Abgeordneter Gazmir Bizhga zur Teilnahme an Ministerkonferenz über Prinzipien der Investitionserleichterungen in Südosteuropa (Wien, 10.–11. Juli).

Anfang Februar begannen die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission (EK) und Albanien über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Begleitende Gespräche auf technischer Ebene wurden fortgesetzt. Im November stellte die EK fest, dass Albanien die Reformen beschleunigen müsse, um Fortschritte bei der Annäherung an die Europäische Union erzielen zu können.

Albanien bleibt Schwerpunktland der OZA des BMaA. Abgeschlossen werden konnten in diesem Rahmen die ersten beiden Phasen der Wasserversorgung für Shkodra und mehrere Dörfer in der Umgebung. Gegen Jahresende wurde der Vertrag über die Dritte Phase der Wasserversorgung (Wassermanagement) dieser wichtigsten Stadt Nordalbaniens unterzeichnet. Am Projekt der Rehabilitierung der DRIN-Kraftwerke wird mit österreichischer Beteiligung weiter gearbeitet. Andere OZA-Projekte werden vor allem auf dem Bildungssektor durchgeführt. Die Vorarlberger Landesregierung, einige Gemeinden sowie private Organisationen aus Österreich erbringen Hilfeleistungen für Schulen, Spitäler sowie für weitere Bereiche auf dem sozialen Sektor in entlegenen Gebieten im Norden des Landes. Ein besonderes Anliegen ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, insb die Förderung der Gleichstellung der Frau.

Die österreichische Firma VA TECH erhielt einen Auftrag im Wert von 13 Millionen Euro zur Erneuerung von sieben albanischen Umspannwerken. Diesbezügliche Lieferungen werden hauptsächlich im Jahr 2004 zum Teil aus Österreich getätigt werden. Exporterfolge gab es 2003 u.a. bei der Lieferung von Elektro-, Kraft- und Baumaschinen, Getreide, Zucker, Getränken und Tabak sowie von medizinischen und pharmazeutischen Produkten aus Österreich. Die Österreichische Mineralölverwaltung (OMV) ist der bedeutendste österreichische Investor in Albanien und führt zur Zeit weitere Tiefbohrungen zur Erdölgewinnung bei Vlora durch. Ende 2003 gewann die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) die internationale Ausschreibung zum Erwerb der „Savings Bank of Albania“, welche mit einem Anteil von über 50% am lokalen Bankensektor und ihrer engen Verflechtung mit dem albanischen Staat die bedeutendste Bank Albanien ist. Der albanische Ministerrat hat der Übernahme inzwischen zugestimmt. Die Präsenz der RZB in Albanien sollte das bislang noch geringe Interesse österreichischer Unternehmen am albanischen Markt erheblich steigern. In den ersten Quartalen 2003 kam es zu relativ geringfügigen Rückgängen im bilateralen Handelsverkehr. Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern blieb jedoch wesentlich über den Werten von 2001 und den Jahren zuvor.

Die österreichischen Exporte betragen 17,47 Millionen Euro (+5,8%), die Importe 3,57 Millionen Euro (+13,3%).

Die zentraleuropäische Kulturzusammenarbeit der Botschaften von Polen, Ungarn, Tschechien und Österreich in Tirana wurde fortgesetzt. So wurde gemeinsam eine Ausstellung mit dem Titel „Hauptstädte Zentraleuropas“ in der albanischen Nationalgalerie durchgeführt. Die Konzertreihe „Allegrretto Albania“ fand wieder als Zusammenarbeitsprojekt Italiens, Deutschlands, Spaniens und Österreichs in mehreren albanischen Städten statt. Österreichische KünstlerInnen wirkten in mehreren kulturellen Veranstaltungen wie der Tirana Biennale 2 „U-Topos“, Tiranaer Herbst 2003 etc. mit. Der Operngesangswettbewerb „Marie Kraja“ wurde von der österreichischen Teilnehmerin gewonnen. Besonders erfolgreich war auch die Aufführung von Auszügen aus Mozarts „Hochzeit des Figaro“ mit albanischen KünstlerInnen in der Nationaloper von Tirana anlässlich des Österreichischen

Anhang

Nationalfeiertags. Insgesamt 14 AlbanerInnen erhielten österreichische Stipendien. Die Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, die auch die Agenden von Kulturkontakt Austria in Albanien wahrnimmt, setzte ihre Tätigkeit 2003 fort. Gleichzeitig arbeiten drei Pädagogen aus Österreich im Deutschunterricht an Mittel- und Fachschulen in Albanien. Zwischen den Universitäten von Graz und Klagenfurt sowie der Universität von Shkodra bestehen Kooperationsabkommen. Am Germanistik-Institut in Shkodra unterrichten durchgehend österreichische LektorInnen; außerdem ist dort eine Österreich-Bibliothek eingerichtet. Zwischen der Universität Wien und der Universität von Tirana besteht ein Rahmenabkommen.

Mehrere österreichische Experten sind im Auftrag internationaler Organisationen beim Aufbau moderner Strukturen im Sicherheits- und Justizbereich und bei der Zollverwaltung tätig.

Im Norden des Landes werden albanische Familien altösterreichischer Abstammung betreut, die im diktatorischen Regime besonders benachteiligt wurden. Die Bedürftigen erhielten vom Auslandsösterreicherwerk und der Österreichischen Landsmannschaft in feierlichem Rahmen eine weihnachtliche Geldzuwendung.

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Ahmed Ouyahia (seit 5. Mai)	Abdelaziz Belkhadem

Algier – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (8.–9. Februar) im Rahmen einer Irak-Mission im Auftrag der EU-Präsidentschaft und (11.–12. April) in einer Sondermission zur Erörterung der Lage der in der Sahara vermissten Österreicher.

Besuche in Österreich: Staatsbesuch von Präsident Abdelaziz Bouteflika (17.–18. Juni) in Begleitung von Finanzminister Abdelatif Benachenou und einer Wirtschaftsdelegation.

Am 17. Juni wurden in Wien ein Investitionsschutz- sowie ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Ein Katastrophenhilfeabkommen befindet sich in Vorbereitung.

Die WKÖ unterhielt am Rande einer internationalen Umweltkonferenz in Algier (5.–6. Mai) einen Informationsstand für drei österreichische Firmen auf dem Umwelt- und Abfallsektor. Zahlreiche österreichische Aussteller waren bei der internationalen Messe Algier (11.–19. Juni) sowie der internationalen Transportmesse Algier (27. September–1. Oktober) vertreten. 18 österreichische Firmen nahmen an einer von der WKÖ durchgeführten Wirtschaftsmission vom 17.–20. Oktober teil. Die österreichischen Exporte betragen 17,88 Millionen Euro (+8,8%), die Importe 69,51 Millionen Euro (+45,8%).

Anlässlich des Europäischen Kulturfestivals im Mai 2003 gab die oberösterreichische Jazzgruppe „bleu“ ein Konzert und einen Workshop in Algier, ferner wurde in Algier der Film „Der Überfall“ von Florian Flicker gezeigt. Im November 2003 fanden in Algier zwei Konzerte und ein Workshop mit dem Jazzpianisten Joe Zawinul statt. Am 11. und 13. Dezember hielt die Historikerin und Schriftstellerin Lisa Fischer in Algier und Oran Vorträge über Wiener Architekturgeschichte. Am 11., 13. und 15. Dezember konzertierten die Jazzmusiker Bertl Mütter und Christoph Cech in Algier, Oran und Constantine, wo sie auch Workshops abhielten.

Andorra

(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten: Jacques Chirac (französischer Staatspräsident) Joan Martí Alanís (Bischof von Seu d'Urgell)	Marc Forné Molné	Juli Minoves Triquell

ÖB, AHSt, HGK: siehe Spanien

Die österreichischen Exporte betragen 2,39 Millionen Euro (–18,4%), die Importe 241.000 Euro (+34,5%).

Länderinformationen

Angola (Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Fernando da Piedade Dias Dos Santos	Joao Bernardo de Miranda

ÖB: siehe Simbabwe **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 6,68 Millionen Euro (+209,9%), die Importe 3.000 Euro (–99,9%).

Antigua und Barbuda (Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II. vertreten durch: Generalgouverneur Sir James Beethoven Carlisle	The Hon. Lester Bryant Bird

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Die österreichischen Exporte betragen 140.000 Euro (+101%), die Importe 115.000 Euro (+34,4%).

Äquatorialguinea (Republik Äquatorial Guinea), Malabo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodore Obiang Nguema Mbasogo	Cándido Muatetema Rivas	Pastor Micha Onde Bilé (ab 11. 2. 2003)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Der bilaterale Handel blieb auch 2003 bescheiden. Die österreichischen Exporte betragen 17.000 Euro (+100%), die Importe konnten nicht statistisch erfasst werden.

Argentinien (Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Néstor Carlos Kirchner	Rafael Antonio Bielsa

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas, San Carlos de Bariloche – **HK**

Am 20. Jänner weilte Außenminister Carlos Ruckauf zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Am Rande der 58. VN-GV traf Außenministerin Benita Ferrero-Waldner mit Außenminister Rafael Bielsa zu einem bilateralen Gespräch zusammen.

Höhepunkte im kulturellen Bereich waren die Teilnahme an der II. Internationalen Kunstbiennale im Museo Nacional de Bellas Artes (MNBA) in Buenos Aires mit großflächigen Fotoarbeiten von Lois Renner, welchem der „Internationale Preis für Fotografie“ zuerkannt wurde, die Wanderausstellungen „Harry Weber-Leben in Wien“ (ebenfalls im Rahmen der Biennale) sowie „Austrian International Architecture“ in der Privatuniversität Belgrano (begleitet von Vorträgen und Workshops des Kurators Ramesh Kumar), Konzerte und Workshops des „Duo Fresacher“ vom Brucknerorchester Linz sowie der Gruppe „Concertino Amarilli“ und der Neuen Wiener Concert Schrammeln im Barockmuseum Fernández Blanco in Buenos Aires. Die Theatergruppe Birte Brudermann nahm mit der Produktion „Mond(e)“ am Experimentaltheaterfestival in Rosario (Provinz Santa Fé) teil. Das Ensemble Pierrot Lunaire gastierte im Teatro Colón. Stücke der österreichischen Autoren Felix Mitterer und Peter Handke wurden in verschiedenen Theatern von Buenos Aires aufgeführt.

Die österreichischen Exporte konnten sich nach dem schweren Einbruch im Vorjahr wieder leicht erholen und betragen 42,79 Millionen Euro (+41,7%), die Importe betragen 81,54 Millionen Euro (+50,5%).

Anhang

Armenien (Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Robert Kotscharjan	Andranik Markarjan	Wartan Oskanjan

Wien – ÖB; Jerewan – AUA, Informationszentrum; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (11. Juli)

An der OSZE-Mission und der EU-TACIS-Vertretung in Jerewan sind eine Österreicherin und ein Österreicher tätig.

Im Jänner wurde an der Europäischen Akademie in Jerewan in Zusammenarbeit mit der Außenhandelsstelle Moskau ein österreichisches Informationszentrum eröffnet.

Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung vom 21.–24. November in Reichenau ein Seminar „Security Sector Governance in Southern Caucasus – Challenges und Visions“ unter Berücksichtigung armenischer Aspekte durchgeführt.

Das bilaterale Investitionsschutzabkommen trat am 1. Februar in Kraft. Das bilaterale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wurde am 1. August vom österreichischen Parlament ratifiziert. Im Oktober/November wurde der Notenwechsel zum Inkrafttreten des bilateralen Luftverkehrsabkommens durchgeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 3,88 Millionen Euro (–4,8%), die Importe 642.000 Euro (+40,4%). Vom 20.–22. März wurde eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor fortgesetzt. Wesentlichste Punkte dabei waren die Entsendung eines Deutschpraktikanten und Lesungen der Autorin Ulrike Längle. Einige österreichische Fachhochschulen unterstützen die Europäische Akademie in Jerewan bei der Lehrplanentwicklung.

Aus Mitteln der OZA wurden folgende Projekte durchgeführt: Vom 20. März bis 14. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkasien und Zentralasien mit armenischer Beteiligung statt. Das österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining setzte ein für den gesamten Südkaukasus und somit auch für Armenien bestimmtes regionales Konfliktmanagementseminar fort.

Aserbaidshon (Republik Aserbaidshon), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rassi-Sade	Vilayet Quliyev

Wien – ÖB; Baku – AUA; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (12.–13. Juli)

Besuche in Österreich: Stellvertretender Minister für nationale Sicherheit Fuad Isqandarov (11. Juni), Stellvertretender Minister für Jugend, Sport und Tourismus Istiqam Babayev (4.–10. November)

Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung vom 21.–24. November in Reichenau ein Seminar „Security Sector Governance in Southern Caucasus – Challenges und Visions“ unter Berücksichtigung aserbaidshonischer Aspekte durchgeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 9,11 Millionen Euro (–39,1%), die Importe 32,83 Millionen Euro (–23,9%). Vom 16.–18. März wurde eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt. AUA nahm im August die Linienflugverbindung zwischen Wien und Baku auf.

Am 24. Februar wurde ein Abkommen zwischen den beiden Akademien der Wissenschaften unterzeichnet. Ansonsten wurde im Kultur- und Wissenschaftsbereich die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor fortgesetzt. Die wesentlichsten Punkte dabei waren die Entsendung eines Deutschpraktikanten und Lesungen der Autorin Ulrike Längle. Im Zusammenhang mit dem seitens der Vereinten Nationen ausgerufenen Jahr der Behinderten gab Elisabeth Ofenböck am 5. Mai ein Konzert in Baku. Das Johann Strauß – Orchester gastierte am 25.–26. Juni in Baku.

Länderinformationen

Aus Mitteln der OZA wurden folgende Projekte durchgeführt: Vom 20. März–14. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkasien und Zentralasien mit aserbaidjanischer Beteiligung statt. Das österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining setzte ein für den gesamten Südkasien und somit auch für Aserbaidjan bestimmtes regionales Konfliktmanagementseminar fort.

Äthiopien (Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Woldegiorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – ÖB, Koordinationsbüro der ÖEZA; AHSt: siehe Ägypten

Ende Februar besuchte eine äthiopische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Handels- und Industrieminister Girma Birru Wien und nahm auf Einladung der Bundeswirtschaftskammer an einem Business Forum teil. Er traf auch mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle, zusammen. Ziel der Veranstaltung war es, Äthiopien die Möglichkeit zu geben, sich als Markt für Handel und Investitionen darzustellen. In der Folge besuchten zwei österreichische Wirtschaftsmissionen Äthiopien (Juni und Dezember), als deren konkretes Ergebnis auch erste österreichische Investitionen in Äthiopien zu verzeichnen sind.

Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Das am 28. November unterzeichnete bindende Landesprogramm der ÖEZA für den Zyklus 2004–2006 setzt die Schwerpunkte nach wie vor in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheitsvorsorge, Energie sowie Gender, Menschenrechte und Demokratie. Im Juni wurde die erste Phase eines Vertrags über die Führung des Managements der äthiopischen Elektrizitätsgesellschaft durch eine österreichische Firma (Evaluierung und Verbesserung) abgeschlossen. Der auf dem Business Plan basierende Managementvertrag wird Anfang 2004 endverhandelt werden. Im Rahmen eines Ausbildungsprogramms wird die Fortbildung von 32 äthiopischen StudentInnen in Österreich unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 5,50 Millionen Euro (–22,7%), die Importe 3,24 Millionen Euro (–50,7%).

Im Juli wurde eine vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur finanzierte und von Univ.-Prof. Dr. Manfred Wehdorn (TU Wien) erstellte Facility Study der Österreichisch-Äthiopischen Gesellschaft für die Renovierung des Menelik- (Addis Abeba) bzw. Yohannes-Palastes (Mekelle) übergeben. Im Berichtsjahr wurden an der Mekelle Universität der von der Stadt Wien finanzierte Lehrstuhl für Gender Studies und das vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur finanzierte erste äthiopische Universitätsinstitut für Paleoenvironment, Human Evolution and Cultural Anthropology eingerichtet; beide gehen auf Initiativen der Österreichisch-Äthiopischen Gesellschaft zurück. Deren Präsident, Univ.-Prof. Dr. Horst Seidler (Institut für Anthropologie der Universität Wien), führte im Februar und von November bis Dezember Grabungen in der Somali- und Afar-Region durch. Univ.-Prof. Seidler wurde im Dezember von der äthiopischen Regierung zum „Sonderbeauftragten für Kultur und Information“ in Österreich ernannt. Dem Schauspieler Karlheinz Böhm („Menschen für Menschen“) wurden die Ehrenbürgererschaft Äthopiens sowie Ehrendoktorate der Universitäten Jimma bzw. Alemaya verliehen.

Australien (Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II vertreten durch: Generalgouverneur	John Howard	Alexander Downer
The Right Reverend Dr. Peter Hollingworth bzw. Major General Michael Jeffery		

Canberra – ÖB; Sydney – HGK, AHSt, ÖW, LA; Melbourne – HGK, LA; Brisbane – HGK; Adelaide, Cairns, Perth, Hobart – HK

Anhang

Auf Einladung des australischen Senates besuchte eine Delegation des Bundesrates unter Leitung von Präsident Hans Ager im Dezember Australien.

Die Exporte der österreichischen Wirtschaft entwickelten sich 2003 besonders erfreulich. Die österreichischen Exporte betragen 442 Millionen Euro (+18,1%), die Importe 45,96 Millionen Euro (+7,6%).

Die vielfältige Zusammenarbeit zwischen österreichischen und australischen Universitäten wurde fortgeführt. Die Aktivitäten des National Europe Centre an der Australian National University in Canberra entwickeln sich weiter dynamisch und bieten eine ideale Plattform für die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Australien und EU-Europa.

Unter den mannigfachen Aktivitäten im Bereich Kunst und Kultur sind Ausstellungen in Brisbane, Canberra, Melbourne und Sydney, Konzerte in Sydney, Melbourne, Perth, Adelaide und Canberra, Vorlesungen und Buchpreise zu erwähnen. Besondere Erwähnung verdient die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Musica Viva, Organisator von zwei erfolgreichen Konzert-Tourneen von Julian Rachlin und Quatuor Mosaïque.

Bahamas

(Commonwealth of The Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II. vertreten durch: Generalgouverneurin Dame Ivy Dumont	Hon. Perry G. Christie	Hon. Frederick Mitchell, M.P.

ÖB, AHSt (New York): siehe Vereinigte Staaten; Nassau – HK

Die Bahamas generieren etwa 62% ihres Staatshaushaltes durch Zolleinnahmen. Der Beitrittsantrag zur WTO aus dem Jahr 2001 wird hier mittelfristig zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Eine Arbeitsgruppe hinsichtlich des Beitritts wurde im Rahmen der WTO am 18. Juli 2001 eingerichtet. Die Bahamas haben bis dato jedoch kein Memorandum hinsichtlich Ihres Freihandelsregimes übermittelt. Ebenso wenig ist die Arbeitsgruppe bis jetzt zusammengetreten.

Die zweite Haupteinnahmequelle sind ausländische Kapitalströme, die aus steuerlichen Gründen den Finanzplatz Bahamas erreichen. Eine entsprechende Umgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen fand auf Druck der FATF bereits im Jahr 2001 statt. Noch ist es zu früh, um die konkreten Auswirkungen dieser Änderungen abschließend bewerten zu können.

Die österreichischen Exporte betragen 701.000 Euro (-51,4%), die Importe 1,48 Millionen Euro (+276,3%)

Für Österreich sind die Bahamas von vorwiegend touristischer Bedeutung.

Bahrain

(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Sheikh Hamad Bin Isa Al-Khalifa	Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Mohammad Bin Mubarak Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Die österreichischen Exporte betragen 19,61 Millionen Euro (+74,7%), die Importe 2,43 Millionen Euro (+50,5%).

Bangladesch

(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Iajuddin Ahmed	Begum Khaleda Zia	M. Morshed Khan

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – HK

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 13,59 Millionen Euro (-12,9%), die Importe 97,31 Millionen Euro (+27,1%). Rund zehn österreichische Firmen sind in Bangladesch vertreten. Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Bangladesch in Österreich sowie auch an regionalen Ausbildungsstätten. Im Berichtszeitraum erhielt ein Kandidat ein Nord-Süd-Stipendium.

Barbados

(Barbados), Bridgetown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Owen Seymour Arthur	Billie A. Miller

vertreten durch:
 Generalgouverneur
 Sir Clifford Straughn Husbands

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Bridgetown – HK

Die österreichischen Exporte betragen 526.000 Euro (-39,2%), die Importe 57.000 Euro (+11,7%).

Belarus

(Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorsky	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Rußland; Minsk – AUA

Besuche in Österreich: Belarussische Delegation zur 4. Tagung der bilateralen Wirtschaftskommission von 19.–20. August in Wien und Graz (Delegationsleiter stv. Außenminister Alexander Sytschew).

Wirtschaft: Ende März wurde in Minsk eine Filiale der Raiffeisenbank eröffnet, die im Jänner um 30,6 Millionen Euro 50% der Anteile an der Priorbank erworben hatte. Die Priorbank ist mit 202 Millionen Euro Bilanzsumme, 2.700 Mitarbeitern und 70 Filialen die drittgrößte Bank Weißrusslands.

Die österreichischen Exporte betragen 49,17 Millionen Euro (+26,5%), die Importe 18,49 Millionen Euro (+37,7%).

Kultur: Die Zusammenarbeit der Musikuniversität Graz mit dem Minsker Staatlichen Konservatorium wurde fortgesetzt. Am 21. November fanden am Minsker Konservatorium ein Konzert und ein Workshop des österreichischen Pianisten Albert Sassmann statt.

Humanitäre Hilfe / Know How Transfer: Die Caritas Oberösterreich setzte ihr starkes Engagement in Belarus mit 42 Einzelprojekten fort. Am 8. Oktober wurde in Anwesenheit des Generalsekretärs der Caritas Österreich Franz Prüller, des Linzer Diözesanbischofs Maximilian Aichern, des belarussischen Kardinals Kasimir Swiantek und eines Vertreters der Österreichischen Botschaft Moskau das auch mit Mitteln der OZA errichtete Caritas-Zentrum St. Lukas in Borowljani bei Minsk eröffnet.

Belgien

(Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Guy Verhofstadt	Louis Michel

Brüssel – ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA; Antwerpen, Namur, Gent, Eupen, Lüttich, Ostende – HK

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsident Herwig Hösele (3.–4. Juli); erweitertes Präsidium des Vorarlberger Landtags, Besuch bei der deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (22.–25. Mai), Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (16. Januar) bilaterales Gespräch mit GS Jan Grauls; Vizekanzler a.D. Alois Mock (13. Mai)

Besuche in Österreich: Kronprinzenpaar Philippe und Mathilde zu Privatbesuch in St. Christoph (18.–24. April); Innenminister Antoine Duquesne, Arbeitsgespräche mit Bundesminister Ernst

Anhang

Strasser in Salzburg (4. August) Delegation der deutschsprachigen Gemeinschaft in Niederösterreich (Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 1,26 Milliarden Euro (+2,8%), die Importe 1,38 Milliarden Euro (-8,4%).

Im Rahmen der Aktivitäten des Österreichischen Kulturforums Brüssel sind insb die folgenden größeren Veranstaltungen zu nennen: Die Wanderausstellung *Young Central Europe*, die in Namur, Brüssel und Bouillon in Kooperation mit den Plattform-Ländern gezeigt wurde. Diese Ausstellung über den Alltag junger Menschen in Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn und Slowenien, die von Christine Weislein realisiert wurde, ist ein Beitrag Österreichs im Rahmen der Initiative „Plattform Kultur Mitteleuropa“ zur Darstellung der gemeinsamen mitteleuropäischen Kultur. In Namur wurde sie von Ministerpräsident Hazette eröffnet, in Brüssel wurde eng mit dem Tschechischen Zentrum zusammengearbeitet, und Bouillon wurde als Ort gewählt, weil sich das dortige Museum speziell der Thematik der EU-Erweiterung widmet.

Im Rahmen des *Rendez-Vous Littéraire* im Palais des Beaux-Arts fand eine Lesung mit Robert Menasse und weiteren Schriftstellern wie Nadine Gordimer, Claudio Magris, Harry Mulisch und Nancy Houston statt. Zusätzlich wurde ein Workshop mit Übersetzern veranstaltet. Dieses Event fand sehr großen Anklang beim Publikum.

Das Konzert mit der österreichisch-slowenischen Sängerin Marjana Lipovsek und dem Pianisten Oleg Maisenberg fand am 17. März im Königlichen Konservatorium statt. Auf dem Programm standen Lieder von Joseph Haydn, Hugo Wolf, Marjan Lipovsek und Modest Mussorgsky. Das Konzert wurde von der Slowenischen Botschaft Brüssel und der Österreichischen Botschaft Brüssel im Hinblick auf den EU-Beitritt Sloweniens organisiert.

Im Rahmen von CICEB, einem Konsortium europäischer Kulturinstitute in Brüssel, war das ÖKF Brüssel an der Konferenz „Cultures of Democracy“ beteiligt, zu dem Thomas Mayer vom Standard als Referent eingeladen wurde, sowie am Kinofestival „Cinedays“, bei dem die Filme „Nordrand“, „Copy Shop“ und „Komm, süßer Tod“ gezeigt wurden.

Weitere Veranstaltungen im Bereich Tanz waren die Auftritte von Superamas und Birte Brudermann, im Bereich Musik die Konzerte von Timna Brauer und Eli Meir, Tonus und Landstreich, die alle große Aufmerksamkeit auf die Kulturszene in Österreich lenkten.

Belize (Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II. vertreten durch Generalgouverneur Sir Colville N. Young	Said W. Musa	Godfrey Smith

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize – HGK

Ein Doppelbesteuerungsabkommen trat am 1. Dezember in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 1,72 Millionen Euro (+40,2%), die Importe 258.000 Euro (-40,9%).

Österreich nahm mit dem Film „Geboren in Absurdistan“ von Houchang Allahyari am 1. Internationalen Filmfestival von Belize teil.

Zwei belizische StudentInnen erhielten Stipendien für die Salzburger Tourismusschule Kleßheim.

Benin (Republik Benin), Porto-Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mathieu Kérékou	Rogatien Biaou

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; **AHSt:** siehe Nigeria

Österreich unterstützte das in Cotonou ansässige Internationale Institut für biologische Landwirtschaft mit 80.028 Euro.

Die österreichischen Exporte betragen 3,22 Millionen Euro (-23,6%), die Importe 24.000 Euro (+113,0%).

Länderinformationen

Bhutan (Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Singye Wangchuck	Lyonpo Jigmi Yoser Thinley	Lyonpo Khandu Wangchuk

ÖB, AHSt: siehe Indien; Koordinationsbüro der ÖEZA – Thimphu

Besuche aus Österreich: 2. Präsident des Nationalrates Heinz Fischer (2.–6. Oktober; Parlamentarier- und Wirtschaftsdelegation).

Besuche in Österreich: Finanzminister Lyonpo Yeshey Zimba; Generalsekretär des Außenministeriums Dasho Upyen Tshering.

Bhutan ist das einzige asiatische Schwerpunktland der ÖEZA. Österreich unterstützt Bhutan in den Bereichen Energie (Schwerpunkt Wasserkraft), Hochgebirgsökologie, Fremdenverkehr und Bewahrung des kulturellen Erbes. Seit 1994 besteht in Thimphu ein österreichisches Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit. Am 21. Februar trafen Vertreter von Bhutan und Österreich zur gemeinsamen Jahresplanung für 2003 (Annual Consultations) in Wien zusammen und vereinbarten die Weiterführung der ÖEZA im etwa bisherigen Ausmaß.

Mit der am 13. Jänner 2002 erfolgten feierlichen Einweihung der Oberstufe des Wasserkraftwerkes Basochhu (Basochhu I) mit einer Leistung von 23 MW ist dieser Teil des Projektes im wesentlichen abgeschlossen. Österreich stellt jedoch nach wie vor technische Assistenz bei der Betriebsführung zur Verfügung. Das Kraftwerk zeichnet sich durch exzellente Technologie und arbeits- und personensparende Führung des Betriebes aus. Bei der nach der feierlichen Grundsteinlegung am 24. April 2002 in Angriff genommenen zweiten Ausbaustufe des Kraftwerkes, die im Rahmen des österreichischen Exportförderungsverfahrens finanziert wird, sind die Bauarbeiten voll im Gange und machen sehr gute Fortschritte. Am 17. Mai erfolgte der Tunneldurchbruch.

Ebenfalls problemlos läuft das Projekt „Rural Electrification“, durch welches in drei Phasen knapp 900 Haushalte im Osten des Landes an das öffentliche Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.

Das in Zusammenarbeit mit dem Institut für Waldökologie der Universität für Bodenkultur in Wien seit den 90er Jahren durchgeführte Nadelwald-Forschungs- und Ausbildungsprogramm wird fortgeführt (CORET II).

Das im Jahre 1998 begonnene Hochgebirgsökologie-Projekt zur Analyse des Ausbruchsriskos von Gletscherseen in der überaus risikoreichen Lunana-Region wurde mit einer umfassenden Präsentation der österreichischen Experten im Mai in Thimphu im Wesentlichen abgeschlossen. Ergebnis des Projektes sind die Installation eines Frühwarnsystems, Empfehlungen für Schutz- und Verhütungsmaßnahmen sowie eine umfassende Ausbildung der Verantwortlichen. Im Jahre 1994 war es zu einem großen Ausbruch eines Gletschersees gekommen, der 21 Tote gefordert hatte.

Im Juni/Juli veranstaltete die Universität Wien den Trainingskurs „Applied Geological Remote Sensing“ in Thimphu, an dem rund 30 Personen teilnahmen.

Auf bhutanischen Wunsch wurden die Renovierungs- und Restaurierungsarbeiten an der Klosterburg Trongsa Dzong ausgedehnt und gleichzeitig beschleunigt. Österreich sagte eine Zusatzfinanzierung zu. Die baulichen Sanierungsarbeiten der österreichischen Experten konzentrierten sich auf die besonders gefährdeten und kunsthistorisch wertvollsten Teile des Dzong (Portal Building, Chorten Lakhang, Zimchungsab Monk Body School). Am 4. Juli fand die 5. Tagung des Steering Committee for Trongsa Dzong Renovation Project in Thimphu statt.

Bhutan ist an einer stärkeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus interessiert, ein Sektor, der auch im gegenwärtigen 9. Fünfjahresplan der Regierung einen besonderen Stellenwert einnimmt. Im Berichtszeitraum wurde gemeinsam ein nationaler Tourismusplan für eine nachhaltige Entwicklung des Fremdenverkehrs ausgearbeitet. Am 8. Juli 2003 fand das erste Steering Committee Meeting Tourism statt. Zwei österreichische Experten wurden ausgewählt, welche die bhutanischen Tourismusverantwortlichen beratend unterstützen sollen.

Der bilaterale Handelsverkehr ist gering. Die österreichischen Exporte betragen 9,89 Millionen Euro ($\pm 0\%$), die Importe 45.000 Euro (+42,4%). Lieferungen (kommerziell finanziert) für die 2. Stufe des Wasserkraftwerkes Basochhu sind angelaufen.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten (sechs Stipendien für Asian Institute of Technology, AIT Bangkok und eines für Bandung/Indonesien). In Österreich wurden insgesamt sechs Kandidaten aus Bhutan durch Stipendien gefördert (davon vier Personen für den Lehrgang für Hotel- und Tourismusmanagement im Schloß

Anhang

Klebheim). Für den neu geschaffenen Post-Graduate Lehrgang „Master in Mountain Forestry“ an der Universität für Bodenkultur in Wien erhält Bhutan zwei Stipendien. Im Rahmen der einzelnen Projekte werden regelmäßig Trainingskurse in Österreich abgehalten.

Bolivien

(Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Gonzalo Sánchez de Lozada

(bis 17. Oktober 2003)

Carlos Mesa Gisbert del Valle

(seit 18. Oktober 2003)

Außenminister

Carlos Saavedra Bruno

(bis 18. Oktober 2003)

Juan Ignacio Siles

(seit 19. Oktober 2003)

ÖB: siehe Peru; AHSt: siehe Chile; La Paz – HGK; Santa Cruz (vorübergehend geschlossen) – HK

Die österreichischen Exporte betragen 1,47 Millionen Euro (–7,8%), die Importe 2,46 Millionen Euro (+29,5%).

Bosnien-Herzegowina

(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt

dreiköpfiges Staatspräsidium

mit rotierendem Vorsitz

Dragan Čović (Vorsitz)

Sulejman Tihić

Borislav Paravac

Regierungschef

Adnan Terzić

Außenminister

Mladen Ivanić

Sarajewo – ÖB, ÖBTZ, AHSt, AUA

Besuche aus Österreich: Präsident des Nationalrates Andreas Khol mit den Abgeordneten Wolfgang Großruck, Marianne Hagenhofer, Ulrike Lunacek und Anton Wattaal (Sarajewo, 1.–2. Juli); Präsident des Bundesrates Hans Ager (Sarajewo, 21.–23. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Sarajewo und Banja Luka, 10.–11. Juni); Wiener Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Bürgermeister von Baden August Breininger (Mostar und Sarajewo, 31. Mai – 1. Juni); Koordinator des Stabilitätspaktes Vizekanzler a.D. Erhard Busek (Sarajewo, 17.–19. März und 27.–28. Oktober); Militärbischof Christian Werner (Banja Luka, 21.–23. September); Diözesanbischof Maximilian Aichern (Sarajewo, 7.–10. November); Oberrabbiner der israelitischen Kultusgemeinde Österreichs Paul Chaim Eisenberg (Sarajewo, 18.–20. November); Präsident der Gewerkschaft der Privatangestellten Hans Sallmutter (Sarajewo, 31. Jänner – 1. Februar).

Besuche in Österreich: Premierminister Adnan Terzić (Salzburg, 30. Juli – 1. August); Außenminister Mladen Ivanić (Wien, 10.–11. März und 8.–10. Oktober); Außenhandelsministerin Mila Gadžić (Wien, 10.–11. Juli); Reis-ul-ulema Mustafa Cerić (Graz, 14.–16. Juni und 6.–9. Juli); Präsident der Jüdischen Gemeinde Bosnien-Herzegowinas Jakob Finci (Wien, 18.–20. Juni); Bürgermeister von Sarajewo Muhidin Hamamdžić (Graz, 9.–12. Jänner und 5.–8. Juli); Sarajewoer Stadtparlamentsvorsitzende Mira Jadrić-Winterhalter (Wien, 9.–11. November); Ko-Bürgermeister von Mostar Hamdija Jahić und Ljubo Beslić (Klagenfurt, 27.–28. Juni und Wien, 16.–17. Juli).

Österreich beteiligte sich mit drei Offizieren an der internationalen Friedenstruppe SFOR, mit drei Offizieren bzw. Unteroffizieren an der EU-Beobachtermission EUMM, sowie mit fünf Gendarmen und drei Zivilexperten an der EU-Polizeimission EUPM.

Die Wiederaufbauhilfe für Bosnien-Herzegowina aus den Mitteln der OZA des Außenministeriums betrug im Jahr 2003 ca. eine Million Euro und kam prioritär den Sektoren Höhere Bildung, Wasser/Umwelt, Flüchtlingsrückkehr sowie Klein- und Mittelunternehmen zugute.

Am 11. Juli wurde ein Abkommen zur Kooperation im Energiesektor und am 9. Dezember eine Pauschalierungsvereinbarung zum österreichisch-bosnischen Sozialversicherungsabkommen unterzeichnet. Am 1. Mai 2003 traten drei bereits im Jahre 1995 unterzeichnete bilaterale Straßenverkehrsabkommen mit Bosnien-Herzegowina in Kraft. Bilaterale Verhandlungen über ein Doppelbe-

Länderinformationen

steuerungsabkommen und über ein Abkommen zum „Clean Development Mechanism“ wurden 2003 fortgesetzt.

Die österreichischen Exporte betragen 210,99 Millionen Euro (-9,1%), die Importe 50,02 Millionen Euro (18,1%).

Die österreichische Wirtschaft ist mit einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 500 Millionen Euro der größte Investor in Bosnien-Herzegowina und spielt eine herausragende Rolle im Rehabilitierungsprozess der bosnisch-herzegowinischen Infrastruktur und Wirtschaft.

Die Botschaft führte in Sarajewo und anderen Städten ca. 40 Kulturveranstaltungen durch. Die beiden Österreich-Bibliotheken in Sarajewo und Tuzla wurden weiter ausgebaut. Neben einem Bildungsbeauftragten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur waren im Berichtszeitraum zwei Österreich-Lektoren an den Universitäten Sarajewo, Tuzla und Bihac tätig.

Botsuana

(Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Festus G. Mogae

Außenminister

General Mompoti S. Meraphe

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – HK

Von 5.–12. Juli fanden das von der ÖEZA finanzierte Spezialisierungsseminar für African Peace Builders sowie von 27. Oktober – 13. November das Grundlagenseminar „Peace-building: Education, Practice and Partnership in Africa“ statt.

Da der bilaterale Handel größtenteils über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betragen 1,12 Millionen Euro (+71,3%), die Importe 104.000 Euro (-12,1%).

Brasilien

(Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister

Celso Amorim

Brasília – ÖB, Rio de Janeiro – GK; São Paulo – HGK, AHSt; Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – HK

Politik: Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Lula zeigen die Wirtschaftsdaten, wenn auch nicht alle Zielvorgaben erreicht wurden, nach oben. Innenpolitisch konnten mit dem Programm zur Hungerbekämpfung und der Einführung einer Familienbeihilfe sozialpolitische Fortschritte erzielt werden. Reformen zur Verbesserung der Sicherheitslage sowie im Bereich der Menschenrechte sind jedoch noch weitgehend ausständig. Außenpolitisch ist Brasilien bemüht, sich als regionale Führungsmacht zu präsentieren.

Verhandlungen zur Errichtung einer den gesamten amerikanischen Kontinent (ohne Kuba) umfassenden Freihandelszone (Área de Livre Comércio das Américas = ALCA) sowie eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und MERCOSUR sollten 2004 abgeschlossen werden.

Besuche aus Österreich: Offizielle Teilnahme des Präsidenten des Bundesrates, Ludwig Bieringer, an der Amtsübernahme von Luiz Inácio Lula da Silva (31. Dezember 2002–2. Jänner 2003 in Brasília).

Neunköpfige Delegation der SPÖ (SPÖ-Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer, Außenpolitischer Sprecher der SPÖ Peter Schieder, 2. Präsident des Nationalrates Heinz Fischer, Abgeordnete zum Nationalrat Barbara Prammer, Internationaler Sekretär der SPÖ Professor Albrecht Konecny u.a.) anlässlich der Tagung der Sozialistischen Internationale in São Paulo (19.–27. Oktober 2003).

Kulturaustausch: Dem großen brasilianischen Interesse an österreichischer Kultur wird durch Wanderausstellungen, Vorträge, Filmvorführungen und musikalische Darbietungen weiterhin Rechnung getragen. Hervorzuheben sind die Wanderausstellung „Harry Weber – Ein photographisches Bilderleben“ in Brasília, die Herausgabe eines Sonderstempels zu „70 Jahre österreichische Einwanderung – Treze Tílias – Santa Catarina“, das Konzert der Neuen Wiener Concert Schrammeln sowie die Teilnahme von Univ.-Prof. Snell-Hornby am XI. Lateinamerikanischen Germanistenkongress.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 192,83 Milliarden Euro (-23,2%), die Importe 177,72 Millionen Euro (-1,1%).

Brunei (Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister

Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia; Bandar Seri Begawan – HGK (seit 17. November 2002 geschlossen)

Die österreichischen Exporte betragen 255.000 Euro (-81,7%), die Importe 126.000 Euro (+298,8%).

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Österreich und Brunei können Österreicher seit Oktober für einen Aufenthalt bis zu 30 Tagen sichtvermerksfrei nach Brunei einreisen.

Bulgarien (Republik Bulgarien), Sofia

Staatsoberhaupt

Georgi Parvanov

Regierungschef

Simeon Saksoburggotski

Außenminister

Solomon Passy

Sofia – ÖB, AHSt, AUA, Austrian Science and Research Liaison Office, Bildungsbeauftragte (KulturKontakt)

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Schüssel, Treffen mit Präsident Parvanov und Premierminister Saksoburggotski am Rande des Gastspiels der Wiener Staatsoper (Sofia, 25. März); Bundesministerin Ferrero-Waldner, Treffen mit Premierminister Saksoburggotski und Außenminister Passy (Sofia, 22.–23. Mai); Bundesminister Böhmndorfer, Arbeitsbesuch (Sofia, 8. Oktober); Staatssekretär Morak, Arbeitsbesuch (Sofia, 15.–16. November).

Besuche in Österreich: Präsident Parvanov, Teilnahme am 10. Zentraleuropapäsidententreffen (Salzburg, 22.–23. Mai); Premierminister Saksoburggotski, Arbeitsbesuch (Wien, 30.–31. Juli); Europaministerin Meglena Kuneva, Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Alpbach, 24. August); Energieminister Kovatshev, Arbeitsbesuch (Wien, 14. Oktober).

Der Handel zwischen Österreich und Rumänien nahm weiter zu. Die österreichischen Exporte betragen 295,24 Millionen Euro (+11,4%), die Importe 157,41 Millionen Euro (+32,1%).

Österreichische Unternehmen sind mit einem Investitionsvolumen von 430 Millionen Euro wichtige Investoren in Bulgarien (5. Stelle aller FDI).

Die OZA des BMAA unterstützte Projekte im Bereich medizinische Versorgung, Trinkwasseraufbereitung, Umweltschutz und Beschäftigung.

Im Kulturbereich wurde mit dem Besuch der Wiener Staatsoper in Sofia am 25. März ein Großereignis organisiert. In Sofia und Veliko Trnovo bestehen zwei Österreich-Bibliotheken. Ein reger Austausch von Wissenschaftlern erfolgt über das Austrian Science and Research Liaison Office in Sofia. Fast 5.000 bulgarische Studierende sind in Österreich inskribiert.

Burkina Faso (Republik Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt

Blaise Compaoré

Regierungschef

Paramanga Ernest Yonli

Außenminister

Yousouf Ouédraogo

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou – Kooperationsbüro der ÖEZA

Burkina Faso ist Schwerpunktland der ÖEZA. Von 24.–26. März fanden die 2. jährlichen offiziellen Programmgespräche zwischen Burkina Faso und Österreich statt, die mit Unterzeichnung eines Protokolls im Hinblick auf die Umsetzung des Indikativprogramms der Zusammenarbeit für den Zeitraum 2002–2004 abgeschlossen wurden.

Länderinformationen

In jedem der beiden Schwerpunktsektoren der ÖEZA in Burkina Faso – ländliche Entwicklung (nachhaltige Landwirtschaft und Handwerksförderung) sowie technischer Unterricht und Berufsbildung – konnte 2003 je ein neues Projekt vergeben werden.

Ebenso erfreulich ist die Ausweitung der Nord-Süd-Partnerschaft: Die Fortbildung von acht Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich wurde gefördert. Im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation konnte 2002 die Weiterbildung von fünf Burkinabés in der Region unterstützt werden.

Regen Austausch zwischen Österreich und Burkina Faso gab es auch im Bereich kultureller Aktivitäten (unter anderem Auftritt von Hubert von Goisern im April) sowie im Rahmen nichtstaatlicher Organisationen (z. B. gegenseitige Besuche von BäuerInnen-Vereinigungen).

Die österreichischen Exporte betragen 435.000 Euro (-57,5%), die Importe 332.000 Euro (+67,0%).

Burundi (Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt	Vizepräsident	Außenminister
Pierre Buyoya	Domitien Ndayizeye	Thérance Sinunguruza

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche in Österreich: Industrieminister Charles Karikurubu anlässlich der X. UNIDO Generalkonferenz.

Burundi ist Kooperationsland der ÖEZA. Ein Vertreter der ÖEZA ist im Rahmen der EU-Delegation in Bujumbura stationiert. Seit November arbeitet ein weiterer Österreicher (JPO) bei UNDP in Bujumbura. Bei einem Erfolg des – von Österreich personell und finanziell unterstützten – Friedensprozesses wird der Schwerpunkt der ÖEZA von Wiederaufbau auf langfristige Entwicklungszusammenarbeit verlegt. Weitere Schwerpunktsektoren sind Demokratie und Menschenrechte.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von zwei Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Die österreichischen Exporte betragen 725.000 Euro (+65,1%), die Importe 247.000 Euro (-46,6%).

Chile (Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Ricardo Lagos Escobar	María Soledad Alvear Valenzuela

Santiago de Chile – ÖB, AHSt; Arica, Valdivia, Valparaíso – HK

Besuche aus Österreich: An der Tagung der Interparlamentarischen Union in Santiago de Chile vom 6.–12. April nahmen Abgeordnete aller im Parlament vertretenen Parteien teil und nützten dies auch für bilaterale Kontakte.

Besuche in Österreich: Im Rahmen der politischen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet nahm die chilenische Außenministerin María Soledad Alvear Valenzuela an der Ministertagung des unter österreichischem Vorsitz stehenden Netzwerks Menschlicher Sicherheit vom 8.–10. Mai in Graz teil. In Erwidierung des Chilebesuchs einer Delegation des Bundesrates 2002 stattete der chilenische Senatspräsident Andrés Zaldívar Österreich vom 21.–27. Juni einen offiziellen Besuch ab.

Am 1. Februar trat das umfassende politische und wirtschaftliche Assoziierungsabkommen zwischen Chile und der EU provisorisch mit sofortigem weitestgehendem Freihandel in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 39,46 Millionen Euro (+0,9%), die Importe 42,79 Millionen Euro (+9,5%).

Österreich unterstützte weiterhin kleinere regionale Entwicklungsprojekte, u.a. gemeinsam mit der EU, in armen Regionen Chiles.

Im Bereich der Kulturpolitik gaben die Neuen Wiener Concert Schrammeln mit Moderation von Otto Brusatti vier sehr erfolgreiche Konzerte in Santiago, Valdivia und Viña del Mar. Die österreichischen Maler Inge Hochhäusler und Kurt Herdan stellten in Santiago aus.

Anhang

China (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Li Zhaoxing

Peking – ÖB, AHSt, ÖW, AUA; Shanghai – GK, AHSt, AUA; Hongkong – GK, AHSt, Wien-Büro; Chongqing, Guangzhou, Shenyang – Marketing-Kleinbüro

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsident Hans Ager (10.–17. November), Bundesratsvizepräsidentin Anna Haselbach (11.–21. April), Bundesministerin Elisabeth Gehrler und Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (6. August), Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (2.–7. November), Bundesminister Herbert Haupt (17.–23. November), Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl (7.–8. April).

Besuche in Österreich: Präsident des Obersten Volksgerichtshofes Xiao Yang (14.–19. Jänner), Leiter der Organisationsabteilung der Kommunistischen Partei Chinas Minister HE Guoqiang (5.–12. Juli), Oberbürgermeister von Shanghai HAN Zheng (11.–13. November).

Der fortgesetzte hochrangige Besuchsaustausch unterstreicht den Stellenwert, der den bilateralen Beziehungen zu China zukommt, obwohl die SARS-Krise im 1. Halbjahr naturgemäß zur Absage und Verschiebung von Besuchen in beide Richtungen führte. Trotz der Krise, die zum Testfall für die neue Führung wurde, konnte das Land seinen wirtschaftlichen Aufstieg fortsetzen. Die sechstgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ist nicht nur für die Europäische Union insgesamt der wichtigste überseeische Handelspartner nach den USA, sondern auch für Österreich.

Von besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen war der China-Besuch von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, der nur wenige Tage nach dem erfolgreichen EU-China-Gipfel vom 30. Oktober stattfand. Als wesentliche Ergebnisse des Besuchs sind vor allem die Einrichtung eines politischen Konsultationsmechanismus auf Ebene Minister, Vizeminister und politischer Direktor, die Absicht Österreichs, im Jahr 2004 in Peking ein Kulturforum zu errichten, sowie die Vereinbarung eines Informationskanals über konkrete Investitions- und wirtschaftliche Zusammenarbeitsvorhaben anzusehen.

Die österreichischen Exporte betragen 897,22 Millionen Euro (–23,3%), die Importe 1,76 Milliarden Euro (+25,4%). Rund 170 österreichische Unternehmen sind mit eigenen Repräsentanzen oder Vertriebsniederlassungen in China vertreten, wovon 70 bereits in China produzieren und 30 zu 100 Prozent in österreichischem Eigentum stehen.

Auch der Tourismus entwickelte sich im Anschluss an die SARS-Krise wieder positiv in beide Richtungen. So wurden 2003 ca. 170.000 Nächtigungen von Chinesen in Österreich verzeichnet. Durch die 2004 in Kraft tretende Vereinbarung über den „Authorised Destination Status“ Österreichs ist eine weitere Zunahme chinesischer Touristen zu erwarten. Am 23. Oktober fand in Peking ein erstes Gespräch der durch das bilaterale Tourismusabkommen eingerichteten Gemischten Tourismuskommission statt.

Die durch das bilaterale Kulturabkommen eingerichtete Gemischte Kulturkommission hielt am 1. Dezember in Peking ihre erste Tagung ab. Es wurde ein Kulturaustauschprogramm für die Jahre 2003–2007 unterzeichnet, mit dem eine deutliche Intensivierung des Kulturaustausches zu erwarten ist. Weitere Höhepunkte des Kulturjahres waren die von Bundesrats-Vizepräsidentin Haselbach im April eröffnete Ausstellung über den österreichischen Arzt und späteren General in der chinesischen Armee, Dr. Jakob Rosenfeld, im Museum der Chinesischen Geschichte in Peking, die China-Tournee der Wiener Sängerknaben (September-Oktober) und die Teilnahme von Maria Lassnig an der 1. Internationalen Kunstbiennale in Peking (September-Oktober).

Die diversen Forschungsprojekte auf wissenschaftlichem und universitärem Gebiet wurden weitergeführt. 2003 fand in Österreich eine weitere „Summer School“ für chinesische Studenten statt. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich 2003 die berufliche Fortbildung von 36 Fachkräften und AkademikerInnen aus China in Österreich.

Sonderverwaltungsregion Hongkong

Hongkong – GK, AHSt, Wien Büro

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, 6.–7. November.

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen: Die österreichischen Exporte betragen 432,09 Millionen Euro (–25,0%), die Importe 138,53 Millionen Euro (–2,9%).

Länderinformationen

Mehr als 60 österreichische Unternehmen, welche mit eigenen Niederlassungen bzw. Repräsentanzen in Hongkong vertreten sind, dokumentieren die Bedeutung sowie die Chancen für die österreichische Wirtschaft, die sich aus der Rolle Hongkongs als Drehscheibe in Südostasien ergeben.

Der starke Euro drückte auf die österreichischen Ausfuhren. Auf Grund der SARS – Krise sahen sich die österreichischen Exporteure in der ersten Jahreshälfte schwierigen Rahmenbedingungen gegenüber. Im Vergleich zu 2002 gab es einen Rückgang der österreichischen Exporte. Die Ausfuhren waren im Jahre 2002 zu zwei Drittel von den beiden größten Branchen (Glasprodukte und Nachrichtengeräte) abhängig. Dieses Missverhältnis hat sich relativiert, der gesunde Branchenmix dürfte das österreichische Exportergebnis in Zukunft stärker gegen sektorale Einflüsse absichern.

Kulturelle Veranstaltungen: Trotz der geringen Aktivitäten im ersten Halbjahr auf Grund der SARS Epidemie konnten gegen Ende des Jahres einige Projekte verwirklicht werden, wobei der Schwerpunkt bei Filmfestivals lag. 27. Internat. HK Film Festival, Teilnahme des österreichischen Films „My Camera Doesn't Lie“. MAX! Filmfestival 2003, Teilnahme mit den Filmen „Am Anderen Ende Der Brücke“, „Poppitz“, „Blue Moon“ und „Fast Film“

Internationale Konferenz zum Thema „Authority Control & Resource Sharing“, Lingnan University Library Hongkong, Teilnahme von Max Kaiser (Österr. Nationalbibliothek). 10. European Filmfestival in Hongkong und Macao, Teilnahme des Films „Ravioli“. Jüdisches Filmfestival, Teilnahme des Films „Atlantic Drift“.

Lesung von Josef Haslinger in Hongkong und Guangzhou. Univ.-Prof. Max Deeg, Universität Wien, zwei Vorträge an der University of Hong Kong, Center of Buddhist Studies

Sonderverwaltungsregion Macao

Die bilateralen Handelsbeziehungen bewegen sich weiterhin auf bescheidenem Niveau. Die österreichischen Exporte betragen 2,89 Millionen Euro (+54,6%), die Importe 15,86 Millionen Euro (-13,1%).

Kulturelle Veranstaltungen: Macao International Music Festival, Konzert der Wiener Sängerknaben, Aufführung der Oper „Die Zauberflöte“ unter Teilnahme österreichischer Künstler (Dirigent, Sänger), Liederabend Peter Edelman und Paul-Armin Edelman. 10. European Filmfestival in Hongkong und Macao, Teilnahme des österreichischen Films „Ravioli“.

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Abel Pacheco

Außenminister

Roberto Tovar Faga

ÖB: siehe Guatemala; San José – HGK; AHSt: siehe Mexiko

Costa Rica hat im Rahmen der ÖEZA den Status eines Kooperationslandes, wobei das berufsbildende Schulwesen und der Gesundheitssektor (Arbeitsmedizin) besonders gefördert werden.

Hervorragende Entwicklung der Exporte, wobei auch in der Landwirtschaft und im Energiesektor Investitionen getätigt wurden (Ausbildungsstätte für ökologischen Landbau in La Gamba).

Die österreichischen Exporte betragen 7,52 Millionen Euro (-22,8%), die österreichischen Importe 28,66 Millionen Euro (-6,0%).

Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt

Laurent Gbagbo

Regierungschef

Seydou Diarra

Außenminister

Mamadou Bamba

Abidjan – ÖB; AHSt: siehe Marokko

Die Botschaft Abidjan wurde aus Sicherheitsgründen vom 5. Februar – 28. März nach Accra/Ghana evakuiert, wo sie vom Österreichischen Honorarkonsulat aus operierte.

Der Club 0,7% für Entwicklungszusammenarbeit im BMAA unterstützte ein Brunnenprojekt für ein Schulpensionat in Fresco (östlich von Abidjan) mit 2.667 Euro.

Anhang

Univ.-Ass. Dr. Karl Stöger am Institut für Verwaltungs- und Verfassungsrecht an der Universität Wien hielt im Oktober Vorträge und Seminare an der Ivorischen Verwaltungsakademie, vor Mitgliedern der Höchstgerichte und der Ivorischen Richtervereinigung, über die Reine Rechtslehre von Hans Kelsen.

Die österreichischen Exporte betragen 4,23 Millionen Euro (-41,5%), die Importe 42,29 Millionen Euro (+9,8%).

Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II	Anders Fogh Rasmussen	Per Stig Møller

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW, AUA; Apenrade, Århus, Odense – HK**

Nach erfolgreichem Abschluss des dänischen EU-Vorsitzes durch den Erweiterungsbeschluss beim Europäischen Rat von Kopenhagen vom Dezember 2002 war die Europapolitik im Berichtsjahr von der Diskussion über den neuen EU-Vertrag bestimmt. Hauptziel der Regierung für die Regierungskonferenz war dabei, die dänischen Vorbehalte auch im neuen Traktat beibehalten zu können.

Das wichtigste außenpolitische Ereignis waren der Eintritt des Landes in die „Koalition der Willigen“ an der Seite der USA und Großbritanniens sowie die militärische Teilnahme am Irakkrieg. Österreich war kulturell sehr präsent, insb im Bereich Musik durch ein Konzert der Pianistin Ingeborg Baldaszi und einen Auftritt des Sabine-Hank-Trios beim Copenhagen Jazz Festival. Zudem wurde die Großausstellung „Himmelschwer“ aus der „Kulturhauptstadt Europas“ Graz übernommen und in Odense gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 532,62 Millionen Euro (-4,9%), die Importe 470,26 Millionen Euro (+4,0%).

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Johannes Rau	Gerhard Schröder	Joseph Fischer

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW; Bonn – ÖB/Außenstelle; Hamburg – GK; München – GK, AHSt, AUA; Dortmund – HK; Dresden – HK, Außenstelle ÖB Berlin; Frankfurt a. M. – HK, AHSt, AUA; Bremen – HK; Hannover – HK; Kiel – HK; Lübeck HK; Rostock – HK; Stuttgart – HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol auf Einladung der Adenauer Stiftung anlässlich des 70. Geburtstags von Ministerpräsident Vogel, u.a. Gespräche mit Bundestagspräsident Thierse, Fraktionsvorsitzender Angela Merkel, Abgeordnetem Pflüger (Berlin, 16.–17. Jänner); Bundesminister Wilhelm Molterer anlässlich „Grüne Woche“, u.a. Termine mit dem stellvertretenden Russischen Premierminister (Berlin, 17.–19. Jänner); Landeshauptmann Josef Pühringer anlässlich „Grüne Woche“ (Berlin, 16.–18. Jänner); Landesrat Ernest Gabmann, Niederösterreich Wirtschaftspräsentation (Frankfurt, 22. Jänner), Präsident Christoph Leitl, Wirtschaftskammer Österreich (Frankfurt, Düsseldorf und Duisburg, 29.–31. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle zu Gesprächen im Auswärtigen Amt (Berlin, 10. Februar); Landesrat Ernest Gabmann, Niederösterreich (Düsseldorf, 26. Februar); Botschafter Walter Siegl zu Gesprächen im Auswärtigen Amt (Berlin, 28. Februar); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky anlässlich der Preisverleihung des Bruno Kreisky-Buchpreises an G. Tabori (Berlin, 6. März); Bundesminister Martin Bartenstein anlässlich der Internationalen Tourismus Börse „ITB“ (Berlin, 7. März); Landesrat Ernest Gabmann, Niederösterreich Wirtschaftspräsentation (Berlin, 19. März); Staatssekretär Franz Morak anlässlich der Leipziger Buchmesse 2003 (Leipzig, 20. März); Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl, Präsident Walter Nettig und Delegation anlässlich einer Wirtschaftspräsentation des Landes / der Stadt Wien (Berlin, 26.–27. März); Staatssekretär Franz Morak, Buchpräsentation des Springer Verlages „Export – Österreicher bauen für Europa“ (Berlin, 28.–29. März); Amtsführender Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Bundesministerin a.D. Hilde Hawlicek auf Einladung der Kulturpolitischen Gesellschaft Deutschlands (Berlin, 29.–30. März); Austrian Business Agency, Informationstag (Neuss, 24. April); Salzburger Land-

Länderinformationen

Tourismus in Skihalle Neuss (Neuss, 24. April); Parlamentarierdelegation unter Leitung von Präsident Peter Schieder anlässlich einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (Berlin, 27. – 28. April); Landeshauptmann Josef Pühringer, Oberösterreich, auf Einladung von Innenminister Günther Beckstein (Nürnberg, 2. Mai); Nationalratspräsident Andreas Khol anlässlich der Eröffnung der Weiler-Ausstellung (Erfurt, 3. Mai); Landesrat Kurt Flecker, Steiermark, u.a. Gespräch mit Senatorin Knake-Werner (Berlin, 7. – 9. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel auf Einladung der CDU anlässlich des Vortrags „Konvent zum Konvent“ (Berlin, 12. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an CSU-Veranstaltung (München, 21. Mai); SPÖ-Partei-vorsitzender Alfred Gusenbauer anlässlich des SPE-Parteivorsitzendentreffen und der Feier des 140-jährigen Bestehens der SPD (Berlin, 22. – 23. Mai); Landesrat Manfred Rein, Vorarlberg, Verkehrspolitisches Treffen (Lindau, 26. Mai); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erich Buxbaum anlässlich eines Arbeitsbesuches (München, 27. Mai); Bundeskanzler und Vizekanzler a.D. Alois Mock (Berlin, 18. Juni); Landeshauptmann Franz Schausberger anlässlich einer Salzburg-Präsentation (Düsseldorf, 25. Juni); Austrian Business Agency (Saarbrücken, 26. Juni); Bundesminister Karl-Heinz Grasser anlässlich des trilateralen Treffens der Finanzminister aus Österreich, der Schweiz und Deutschland (Berlin, 9. – 10. Juli); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (Berlin, 14. Juli); Landeshauptmann Josef Pühringer, u.a. Zusammentreffen mit Ministerpräsident Edmund Stoiber (München, 20. – 21. Juli); Bundesministerin Elisabeth Gehrer anlässlich eines Gesprächs mit der Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz der Länder und Bayerischen Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Monika Hohlmeier (München, 22. Juli);

Vizekanzler Herbert Haupt auf Einladung von Bundesministerin Ulla Schmidt, Gespräche mit Bundesministerin Renate Künast (Berlin, 28. – 29. August); Bundesminister Günther Platter, offizieller Besuch bei Verteidigungsminister Peter Struck (Berlin, 28. – 29. August); Landeshauptmann Jörg Haider anlässlich einer Kärnten-Präsentation zum Thema „Kärnten wasserreich“ (Starnberg, 11. September); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am 4. Kleinen Donaugipfel (Passau, 12. September); Bundesministerin Elisabeth Gehrer anlässlich einer multilateralen Bildungsministerkonferenz im Rahmen des Bologna Prozesses (Berlin, 18. – 19. September); Abgeordneter zum Nationalrat Josef Brunkal auf Einladung des dt. Bundestages anlässlich EPRI-Konferenz (Berlin, 7. – 8. Oktober); Bürgermeister Franz Dobusch, 3-Städte-Treffen (Passau, Linz, Budweis); Staatssekretar Karl Schweitzer (Dortmund 15. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Niederösterreich, Arbeitsgespräch mit Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (Hannover, 26. Oktober) sowie mit Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe und Vertretern des Bundestages (Berlin, 27. Oktober); Präsident des Rechnungshofes Franz Fiedler, auf Einladung der Landesvertretung Baden-Württemberg zu einem Vortrag „Forum Federalismus – Perspektiven des Osterreichkonvents“ (Berlin, 29. – 30. Oktober); Bundesminister Martin Bartenstein anlässlich des Dreiertreffens der Wirtschaftsminister Österreichs, Deutschlands (Wolfgang Clement) und der Schweiz (Josef Deiss) (Bonn-Königswinter, 31. Oktober – 1. November); Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder, Steiermark, auf Einladung von Ministerpräsident Roland Koch in Hessen, u.a. Gespräche mit hessischem Landtagspräsidenten Norbert Kartmann, Staatsministern Udo Corts und Karin Wolff zu den Themen „Ganztagsschule“ und „Ausbildung“ (Wiesbaden, 5. – 6. November); Bundesminister Ernst Strasser, Unterzeichnung eines deutsch-österreichischen Staatsvertrages mit Bundesinnenminister Otto Schily zur grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (Berlin, 10. – 11. November); Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Clemens Jahloner, Arbeitsbesuch beim Bundesfinanzhof (München, 10. – 11. November); Staatssekretar Reinhart Wanek, Zusammentreffen mit der Parlamentarischen Staatssekretarin im Gesundheitsministerium Marion Caspers-Merk und Besichtigungen von Drogenhilfseinrichtungen (Berlin, 11. – 12. November); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner anlässlich eines Vortrags zum 54. Jahrestages der Unterstützung des Petersberger-Abkommens (Bonn-Königswinter, 21. November); Österreichische Parlamentarierdelegation, Abgeordnete zum Nationalrat: Alexander Van der Bellen, Peter Pilz, Ulrike Lunacek, Walter Murauer, Jochen Pack, Caspar Eimerl, Stefan Präbauer, Uwe Schench auf Einladung der deutschen Regierung zum Thema ESVP (Berlin, 25. – 27. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel anlässlich eines offiziellen Besuches auf Einladung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (Berlin, 27. November); Landeshauptmann Herwig van Staa anlässlich der Übergabe von Weilmachtsbäumen aus Tirol und Wirtschaftspräsentation, u.a. in Begleitung von Landeshauptmann-Stellvertreter Ferdinand Eberle, Landeshauptmann-Stellvertreter Hannes Gschwentner, Bürgermeisterin Hilde Zach (Berlin, 1. – 2. Dezember); Bundesminister Dieter Böhndorfer, Zusammentreffen mit seiner deutschen Ressortkollegin Brigitte Zypries, gemeinsame Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Abkommens zur grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (siehe 10. November; Berlin, 19. Dezember).

Anhang

Besuche in Österreich: Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Bayern, Reinhold Bocklet, Besuch des Opernballs (Wien, 27. Februar); Präsident des Bayerischen Landtages, Johann Böhm, Besuch des Opernballs (Wien, 27. Februar); Ministerpräsident von Sachsen Georg Milbradt zu Gesprächen mit Landeshauptmann Josef Pühringer (Linz, 16. April); Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft Hans Spitzner, Verkehr und Technologie, Wirtschaftsreise in die Steiermark, Treffen mit Frau Landeshauptmann Klasnic (Graz, 12. Mai); Delegation des Bayerischen Landtages (Wien, 20. Mai); Bundespräsident Johannes Rau anlässlich des 10. Treffens der Staatspräsidenten Mitteleuropas (Salzburg, 22.–23. Mai); Bayerischer Staatsminister Huber (Linz, 4. Juni); Landwirtschaftsminister Josef Miller bei Bundesminister Josef Pröll (Wien, 6. Juni); Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Reinhold Bocklet in Salzburg, 8. Europapolitisches Nachbarschaftstreffen von Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Bayern (Mattsee, 25. Juni); Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Reinhold Bocklet anlässlich der 34. Konferenz der Regierungschefs der ARGE ALP (Innsbruck, 27. Juni); Verkehrsminister Wiesheu, Treffen mit Landeshauptmann Herwig van Staa (Innsbruck, 4. Juli); Ministerialdirektor Bernd Mützelburg (Bundeskanzleramt) zu Gesprächen im Bundeskanzleramt und im Außenministerium (Wien, 4.–6. Juli); CSU-Landesgruppe Wien-Besuch (Wien, 14.–17. Juli); Bayerischer Innenminister Günther Beckstein, Besuch betreffend die weitere Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit (12. August); Außenminister Joschka Fischer anlässlich der Eröffnung der Albrecht-Dürer-Ausstellung; u. a. Zusammentreffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Wien, 3. September); Kultusministerin Dr. Annette Schavan (Baden-Württemberg), Teilnahme an einer schulpolitischen Podiumsdiskussion (Wien, 3.–4. November); Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Dr. Walter Döring (FDP) anlässlich einer Präsentation von Baden-Württemberg (Wien, 19.–20. November); Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Erwin Teufel, Ehrengast der diesjährigen Generalversammlung der Deutschen Handelskammer in Österreich und Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Wien, 20.–21. November).

Die österreichischen Exporte betragen 25,01 Milliarden Euro (+0,9%), die Importe 32,61 Milliarden Euro (+4,9%).

Die Kulturarbeit der Botschaft orientiert sich schwerpunktmäßig an der Betonung der Eigenständigkeit der österreichischen Kultur und an der Weiterentwicklung eines entsprechenden Bewusstseins in der deutschen Öffentlichkeit, an der Präsentation eines modernen Österreich-Bilds durch Akzentuierung eines gegenwartbezogenen Profils sowie an der Betonung der europäischen Dimension österreichischer Kultur. Die Herausgabe der Programmzeitschrift „Kosmos Österreich“, eine Ausstellung von Gerwald Rockenschaub, Lesungen von Sophie Rois anlässlich des Bachmann-Jahres, Lesungen renommierter Autoren wie Erich Hackl sowie Konzerte des Altenberg-Trios, von Toni Stricker und Sabine Hank sind nur einige Beispiele der ca. 50 Veranstaltungen, die an der „Hans Hollein-Botschaft“ in Berlin gezeigt wurden.

Dominica (Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Dr. Nicholas Joseph Orville Liverpool, Dah	Hon. Pierre Charles

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 573.000 Euro (+281,5%), die Importe 240.000 Euro (+44,5%).

Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Ing. Rafael Hipólito Mejía Domínguez Prats	Lic. Francisco Guerrero

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – HGK; Puerto Plata – HK

Die österreichischen Exporte betragen 3,77 Millionen Euro (–45,1%), die Importe 5,43 Millionen Euro (+51,4%).

Länderinformationen

Dschibuti (Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Dilaita Mohamed Dilaita	Ali Abdi Farab

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – HK; AHSt: siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 1,04 Millionen Euro (-34,4%), die Importe 14.000 Euro (-48,0%).

Ecuador (Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Lucio Gutiérrez (seit 15. Jänner 2003)	Nina Pacari (15. Jänner 2003 – August 2003) Patricio Zuquilanda (seit 22. August 2003)

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – HGK; Guayaquil – HK, AHST – siehe Chile

Die österreichischen Exporte betragen 7,13 Millionen Euro (-16,3%), die Importe 36,81 Millionen Euro (+6,1%).

Im September wurde ein Seminar zur Thematik Müll/Abwasser in Quito im Beisein von drei österreichischen Experten abgehalten.

Eine Kandidatin erhielt ein Stipendium für die Tourismusausbildung in Schloss Kleßheim.

El Salvador (Republik El Salvador), San Salvador

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Francisco Guillermo Flores Pérez (bis Juni 2004)	María Eugenia Brizuela de Avila

ÖB: siehe Guatemala; AHSt: siehe Mexiko; San Salvador – HGK

El Salvador hat im Rahmen der ÖEZA den Status eines Kooperationslandes, wobei vor allem die Integration von KleinproduzentInnen, Frauen und Demokratieförderung einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Die Gemeindeentwicklung in Zaragoza, die nicht nur den Wiederaufbau nach dem Erdbeben von 2001, sondern auch die Entwicklung kommunaler Strukturen umfasst, wurde weiterhin betreut.

Das Wirtschaftswachstum wird auf 2% geschätzt und basiert auf den Sektoren Bauwesen, Elektrizität und Handel.

Die österreichischen Exporte betragen 4,36 Millionen Euro (-31,4%), die Importe 2,96 Millionen Euro (-17,8%).

Eritrea (Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Issaias Afeworki	Ali Said Abdella

ÖB: siehe Äthiopien; Asmara – HK; AHSt: siehe Ägypten

Wegen eines 1998 getroffenen Beschlusses der Regierung Eritreas, keine Mitakkreditierung von in Addis Abeba residierenden Botschaftern in Eritrea zuzulassen, ist es seit 2001 nicht möglich, die Botschafterin in Addis Abeba in Eritrea zu akkreditieren.

Die österreichischen Exporte betragen 904.000 Euro (+165,3%), die Importe 158.000 Euro (-24,5%).

Anhang

Estland (Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Arnold Rüütel	Siim Kallas Juhan Parts (seit 10. April)	Kristiina Ojuland

Tallinn – ÖB, HK; AHSt: siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Generalsekretär des Versöhnungsfonds Richard Wotava (Tallinn, 27. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenministerin Kristiina Ojuland (Wien, 29. Jänner); Landwirtschaftsminister Tiit Tammsaar, Landwirtschaftsminister-Konferenz (Ried, 3. September).

Die österreichischen Exporte betragen 73,13 Millionen Euro (+6,2%), die Importe 37,55 Millionen Euro (+68,5%). Unter den ausländischen Direktinvestoren in Estland ist Österreich 2003 auf den 9. Platz vorgerückt.

Kultur: Ende März bis Mitte April: Ausstellung Wolfgang Ebner (Kärnten) in der Galerie Draakon in Tallinn; Mitte August bis Anfang Dezember: Ausstellung Peter Rieder (Salzburg) in Tallinn, Kuressaare, Kärtdla und Rapla; Mitte bis Ende November: Workshop mit Barbara Wais (Univ. für angewandte Kunst Wien) und Ausstellung an der Kunstakademie Tallinn.

Anfang April: Meisterklasse und Konzert Prof. Florian Kitt (Graz) und Rita Medjimorec;

3.–4. August: Österreich-Tage (Europa-Bus) der Botschaft auf der Insel Saaremaa mit dem estnischen Opersänger Prof. Mati Palm.

12. März: Überreichung der Übersetzerprämie des BKA an Mati Sirkel. 12. Mai: Gustav Meyrink-Leseabend mit estnischen Germanisten und Übersetzern in Tallinn samt Vortrag von Bot. Forst-Battaglia. Ende März: Fortbildungsseminare für Deutschlehrer des österreichischen Lektors Alexander Burka. 13.–15. Mai: Autorenlesungen Julian Schutting in Tallinn und Tartu. 10.–12. September: Vorträge und Lesungen mit Barbara Huemer-Mayer: Paul Celan, Rose Ausländer und die Bukowina. 24. Oktober: Literatur-Nachmittag mit Wolfgang Maxlmoser (edition innsalz), österreichische Ausgabe des estnischen Romans ‚Olivia‘ von Erwin Ounapuu. 28. November: Präsentation der Estland-Nummer des Literaturmagazins Lichtungen (Graz) und des Sammelbandes Tallinn (Wieser Verlag, Klagenfurt) mit Markus Jaroschka, Jürgen Weil, Imbi Sooman und Botschafter Forst-Battaglia. Mehrere Österreich-Beiträge in einigen Ausgaben der Literaturzeitschrift Looming.

20. März: Österreichs Kultur und Gesellschaft. 1. Oktober: Österreichischer Versöhnungsfonds, Pressekonferenz des Generalsekretärs Richard Wotava in Tallinn. 27. Oktober: Seminar Museumspädagogik von Friederike Forst-Battaglia im Kunstmuseum Tallinn. 31. Oktober: Juristenkonferenz über Hans Kelsen in der Estnischen Nationalbibliothek mit den Professoren Theo Öhlinger und Thomas Olechowski (Universität Wien) sowie Meinrad Handstanger und Klaus Zeleny (Verwaltungsgerichtshof). 6.–7. November: Prof. Wolfgang Mayrhofer (WU Wien) Wirtschaftsvorträge in Tallinn. 15. November: Estnischer Deutschlehrertag: Graz als Kulturhauptstadt Europas 2003 mit Wolfgang Malik (Österreich-Zentrum Skövde) sowie Botschafter Forst-Battaglia.

Fidschi (Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ratu Josefa Iloilovatu Uluivuda	Laisenia Qarase	Kaliopate Tavola

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 93.000 Euro (+171,1%), die Importe 62.000 Euro (–43,3%).

Finnland (Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tarja Halonen	Paavo Lipponen (bis 17. April) Anneli Jäätteenmäki (bis 18. Juni) Matti Vanhanen	Erkki Tuomioja

Helsinki – ÖB, HGK, AHSt, AUA; Turku, Tampere, Oulu, Vaasa, Mikkeli – HK

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Matti Vanhanen in Salzburg (8.–9. August); Außenminister Erkki Tuomioja zu einem Arbeitsgespräch anlässlich einer VN-Konferenz in Wien (3. September); Parlamentspräsident Paavo Lipponen anlässlich der Feiern zum 65. Geburtstag des 2. Präsidenten des Nationalrates Heinz Fischer (18. Oktober); Landwirtschaftsminister Juha Korkeaoja nahm an einer von der Europäischen Kommission organisierten Konferenz über landwirtschaftliche Entwicklung in Salzburg teil (12.–14. November); Innenminister Kari Rajamäki erschien zu Fachgesprächen und zur Vertiefung der Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten (20. November).

Im kulturellen Bereich lagen die Schwerpunkte in der Vermittlung österreichischer Gegenwartsfotografie. Größere Ausstellungen gab es in Oulu, Turku, Rovaniemi und Kuopio sowie in Helsinki. Die österreichischen Exporte betragen 453,86 Millionen Euro (+3,8%), die Importe 689,74 Millionen Euro (–6,9%).

Frankreich (Republik Frankreich), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jacques Chirac	Jean-Pierre Raffarin	Dominique Galouzeau de Villepin

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA, LA**; Straßburg – **GK, AHSt, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete – **HK**

Besuche aus Österreich: Präsident des Obersten Gerichtshofes Johann Rzeszut in Begleitung einer Delegation von Senatspräsidenten, Antrittsbesuch und Arbeitsgespräche mit dem Ersten Präsidenten der Cour de Cassation und Höchststrichtern (Paris, 10.–11. Jänner); Präsident Prof. Werner Jungwirth, Kurator des Joanneums Graz, ehemaliger Landesrat der Steiermark, Buchpräsentation „La Duchesse de Berry“ an der österreichischen Botschaft (Paris, 22. Mai); Bundesminister Ernst Strasser und Staatssekretär Reinhart Waneck, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Drogenrouten von Zentralasien nach Europa“ (Paris, 22. Mai); Generalstabskurs des Österreichischen Bundesheeres, Treffen mit französischen Generalstabskollegen (Paris, 6. Juni); Bürgermeister von Wien Michael Häupl, Arbeitstreffen der Bürgermeister zur Städteplanung und Eröffnung der Ausstellung über Architektur der Gegenwart in Wien, gemeinsam mit dem Bürgermeister von Paris Bertrand Delanoë (Paris, 13.–16. Juni); Amtsführender Stadtrat von Wien Rudolf Schicker, Vorstellung des Projekts „Magistrale“ Paris-Wien-Budapest (Paris, 13.–16. Juni); Bundesminister Hubert Gorbach, Treffen mit Verkehrsminister Gilles de Robien, Besuch der Luft- und Raumfahrtmesse in Le Bourget (Paris, 16. Juni); Österreichisch-französische Generalstabsgespräche (Paris, 18.–19. Juni); Staatssekretär Franz Morak und Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Treffen mit Kulturminister Jean-Jacques Aillagon und Eröffnung der Ausstellung „Vorarlberger Experimentalarchitektur“ (Paris, 24. Juni); Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Treffen mit französischen Intellektuellen (Institut de France, Vizepräsident der französischen UNESCO-Kommission) im Rahmen eines Mittagessens an der Österreichischen Botschaft, Rede vor der UNESCO-Generalkonferenz (Paris, 6. Oktober); Bundesminister Ernst Strasser, offizieller Besuch bei Innenminister Nicolas Sarkozy, Besichtigung der Polizeipräfektur Paris und des Stade de France (Paris, 27. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Eröffnung der Jubiläumskonferenz zum 25. Jahrestag des Österreichisch-französischen Zentrums, Mittagessen mit Generalsekretär Colin de Verdière (Paris, 27. November); Generalsekretär des Österreichisch-französischen Zentrums Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Rede anlässlich der Jubiläumskonferenz zum 25. Jahrestag des Österreichisch-französischen Zentrums (Paris, 27.–28. November); Bundesminister a.D. Willibald Pahr, Mitwirkung an der Jubiläumskonferenz zum 25. Jahrestag des Österreichisch-französischen Zentrums (Paris, 27.–28. November); Bundesrat a.D. Botschafter a.D. Friedrich Hoess, Berater des Vorstandes der Industriellenvereinigung und Mag. Michael Löwy, Bereichsleiter internationale Angelegenheiten, Treffen mit der französisch-österreichischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung und nationalen Entscheidungsträgern (Paris, 2.–5. Dezember); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an einer Tagung der EVP auf Einladung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin (Paris, 4. Dezember).

Besuche in Österreich: Sonderbeauftragter für Mehrwertsteuerfragen Minister a.D. Francois Léotard, Gespräche mit Staatssekretär Morak und Staatssekretär Finz zur Frage der Senkung der Umsatzsteuer auf Tonträger (Wien, 6. Februar); Gesundheitsminister Jean-François Mattei, Gespräche mit Bundesministerin Rauch-Kailat und Besichtigung des Allgemeinen Krankenhauses (Wien, 16. April); Europaministerin Noëlle Lenoir, offizieller Besuch, Gespräche mit Bundeskanzler

Anhang

Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ferrero-Waldner, Treffen mit Intellektuellen im Institut für die Wissenschaft vom Menschen (Wien, 29. April); Generaldirektor der französischen Gendarmerie Pierre Mutz, Gespräche mit dem Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum (Wien, 29.–30. April); Außenminister Dominique de Villepin, offizieller Besuch, Treffen mit Bundespräsident Thomas Klestil, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Nationalratspräsident Andreas Khol, Vortrag im Parlament, Besichtigung der Nationalbibliothek und der Dürer-Ausstellung in der Albertina (Wien, 29.–30. September); Europaministerin Noëlle Lenoir, Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme am Seminar über Europäische Solidarität und Transatlantische Beziehungen (Wien, 10.–11. Oktober).

Die Intensivierung der bilateralen Beziehungen kommt in der Vielfalt des Besuchs austausches auf allen Ebenen zum Ausdruck. Der 25. Jahrestag des Österreichisch-französischen Zentrums bot Gelegenheit, eine Bilanz der Aktivitäten zu ziehen und einen Nachdenkprozess über die neuen Aufgaben des Zentrums angesichts der EU-Erweiterung zu lancieren.

Die österreichischen Exporte betragen 3,49 Milliarden Euro (+1,8%), die Importe 3,82 Milliarden Euro (+28,2%).

Schwerpunkte der weiterhin unter dem Gesichtspunkt der Reform des Standortes Paris stehenden Arbeit des österreichischen Kulturforums in Paris waren der Bereich Architektur sowie die Thematik „entartete Musik“.

Mit einem Workshop Wiener- und Pariser Architekten sowie den Ausstellungen „Emerging architecture 3“ in Straßburg, „Curves & Spikes“, „Wien Stand der Dinge IV“, und „eine konstruktive Provokation – Architektur und nachhaltige Entwicklung in Vorarlberg“ in Paris und Lyon konnte in Zusammenarbeit mit den wichtigsten städtischen und nationalen institutionellen Architekturpartnern Frankreichs ein wichtiger Akzent gesetzt werden (insgesamt ca. 50 000 Besucher, starkes Medienecho).

In Folge des „Max Deutsch-Festivals“ 2002 wurde in Saintes, Paris und Vendôme der für mehrere Jahre anberaumte Zyklus „entartete Musik“ eingeleitet: eine Kooperation des Kulturforums und des 2003 gegründeten Vereines „Voix Etouffées“, welche beabsichtigt, die von den Nazis vertriebenen Komponisten in Frankreich wiederentdecken zu lassen. Gespielt wurden Werke von Wolf, Korngold, Weigl, Rathaus, Toch, Wellesz, Schulhoff und Schrecker sowie die Kinderoper Brundibar von Hans Krasa.

Im Bereich der bildenden Kunst wurden Elmar Trenkwalder, Elke Krystufek, Cécile Nordegg und Jonathan Berkh, Axel Amann, Susanne Fritscher, Valie Export und Dorit Margreiter in den bedeutendsten französischen Museen (Plateau, CNP, Musée Chagall, MAM, Cathédrale de Bourges) sowie Werke von Alexandra Wacker, Gabriela Klocker und Gerhard Klocker zum Thema (In-)Kommunikation und Ausgrenzung am UNESCO-Sitz ausgestellt.

Gabun

(Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt

Omar Bongo

Regierungschef

Jean-François
Ntoutoume Emame

Außenminister

Jean Ping

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Im Oktober hielt sich Gesundheitsminister Faustin Boukoubi zu Gesprächen über die Zusammenarbeit beim weiteren Ausbau des Gesundheitswesens in Wien auf.

Die Wirtschaftsbeziehungen sind relativ gering. Die österreichischen Exporte betragen 13,56 Millionen Euro (–4,5%), die Importe 723.000 Euro (+37,2%).

Gambia

(Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Colonel (rtd.) Yahya A.J.J. Jammeh

Außenminister

Baboucarr Blaise Ismaila Jagne

ÖB: siehe Senegal; Banjul – HK; AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 741.000 Euro (–52,8%), die Importe 34.000 Euro (+240,9%).

Länderinformationen

Georgien (Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Nino Burdschanadse
(seit 24. November interimistisch,
vorher Eduard Schewardnadse)

Außenminister

Tedo Dschaparidse
(seit 30. November,
vorher Irakli Menagarischwili)

Wien – **ÖB**; Tbilisi – **HK, AUA**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (11. Juli)

Besuche in Österreich: Umweltschutzministerin Nino Tschchobabadse (28. Mai).

Österreich beteiligt sich weiterhin an UNOMIG (United Nations Mission of Observers in Georgia) und entsendet MitarbeiterInnen an die OSZE-Mission in Tbilisi, besonders auch für die Grenzüberwachung zwischen Georgien und Russland.

Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung vom 21.–24. November in Reichenau ein Seminar „Security Sector Governance in Southern Caucasus – Challenges und Visions“ unter Berücksichtigung georgischer Aspekte durchgeführt. Der georgisch-abchasische Dialog auf NGO-Ebene wurde vom 15.–19. Dezember am österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining fortgesetzt.

Die Ratifikationsurkunden für das bilaterale Investitionsschutzabkommen wurden am 10. Dezember ausgetauscht.

Die österreichischen Exporte betragen 12,98 Millionen Euro (+13,1%), die Importe 3,17 Millionen Euro (+221,5%). Vom 18.–20. März wurde eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor fortgesetzt. Die zwischen dem Institut zur Erforschung und Förderung österreichischer und internationaler Literaturprozesse begonnene Zusammenarbeit wurde durch eine Reihe von Veranstaltungen fortgeführt. So war die Ilia Tschawtschawadse Staatliche Universität für westeuropäische Sprachen und Kulturen Mitveranstalterin des internationalen Seminars „Unifying Aspects of Culture“ vom 8.–9. November in Wien. Weiterhin wurden einige Werke österreichischer Literatur ins Georgische übersetzt, wie z. B. von Rainer Maria Rilke, Paul Celan, Karl Lubomirski, und die Übersetzung des zweiten Teils des Ausstellungskatalogs „Die dritte Generation“ angefertigt. Eine Delegation des BIT (Büro für Internationalen Technologietransfer) hielt sich im Oktober in Georgien auf. Das Projekt „Steirische SchülerInnen helfen kachetischen SchülerInnen“ wurde durch den weiteren Ausbau der Grundschule in Telawi fortgesetzt.

Aus Mitteln der OZA wurden folgende Projekte durchgeführt: Vom 20. März–14. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkaukasien und Zentralasien mit georgischer Beteiligung statt. Das österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining setzte ein für den gesamten Südkaukasus und somit auch für Georgien bestimmtes regionales Konfliktmanagementseminar fort.

Ghana (Republik Ghana), Accra

Staatsoberhaupt

John Agyekum Kufuor

Regierungschef

Joseph Henry Mensah

Außenminister

Hackman Owusu-Agyemang

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; Accra – **HK**; **AHSt**: siehe Nigeria

In Ghana befindet sich das Regionalbüro von SOS-Kinderdorf International für Westafrika. Es betreut zehn SOS-Kinderdörfer in der Region.

VAMED erhielt den Auftrag zum Bau eines dritten Krankenhauses (allerdings mit niederländischer Finanzierung).

Prof. Roland Horvath, Hornist bei den Wiener Philharmonikern und Prof. Friedrich Brucker, Chorleiter des Wiener Schubertbundes, gaben im Zusammenwirken mit dem Goethe-Institut Meisterklassen in Horn, Vorträge über Musik in drei Jahrhunderten mit musikalischen Beispielen, sowie Konzerte im Oktober in Accra.

Die österreichischen Exporte betragen 23,63 Millionen Euro (+80,6%), die Importe 8,88 Millionen Euro (–32,4%).

Anhang

Grenada (Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II. vertreten durch: Generalgouverneur Sir Daniel C. Williams	Dr. Keith Claudius Mitchell	Elvin Nimrod

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 35.000 Euro (+42,8%), die Importe 172.000 Euro (+109,8%).

Griechenland (Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Konstantinos Stefanopoulos	Kostas Simitis	Georgios Papandreou

Athen – ÖB, HGK (dzt. nur Vizekonsul), AHSt, VAGR, AUA, ÖAI, ÖW (wurde Ende 2001 geschlossen, Betreuung durch ÖW in Mailand); Thessaloniki – HGK, AUA; Heraklion, Rhodos (vorübergehend geschlossen), Korfu, Patras, Syros – HK

Die Österreichische Botschafterin in Athen hat nach einer über 50-jährigen räumlichen „Cohabitation“ mit dem Österreichischen Archäologischen Institut in Athen per 1. Dezember neue Amtsräume im Stadtzentrum Athens bezogen.

Besuche aus Österreich im Rahmen der griechischen EU-Ratspräsidentschaft :

Bundeskanzler Wolfgang Schäussel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (16.–17. April, Unterzeichnung der EU-Beitrittsverträge in Athen; 19.–22. Juni, Europäischer Rat Thessaloniki, Balkangipfel), Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (27.–28. März, EU-Lateinamerikatreffen in Athen; 1.–4. Mai, Gymnich in Rhodos; 26.–27. Mai, EUROMED-Ministerrat in Heraklion), Bundesminister Herbert Haupt (23.–25. Jänner, Informeller Arbeits- und Sozialministerrat in Nafplion), Bundesminister Günther Platter (13.–15. März, Informeller Verteidigungsministerrat in Athen), Bundesminister Ernst Strasser und Bundesminister Dieter Böhmdorfer (27.–29. März, Informeller Ministerrat für Justiz und Inneres in Veria), Bundesminister Heinz Grasser (4.–6. April, Informeller Finanzministerrat in Athen), Bundesminister Josef Pröll (2.–4. Mai, Informeller Umweltministerrat in Athen; 10.–13. Mai, Informeller Landwirtschaftsministerrat in Korfu), Bundesminister Hubert Gorbach (15.–19. Mai, Informeller Verkehrsministerrat, Cruise in Griechenland), Staatssekretär Franz Morak (24.–25. Mai, Informeller Kulturministerrat in Thessaloniki), Staatssekretär Alfred Finz (6. Juni, Informeller Ministerrat öffentliche Verwaltung in Rhodos), Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (20.–22. März, EURO-CHAMBRES Treffen in Athen), Parlamentsabgeordneter Werner Fasslabend (19.–20. März, Konferenz der Europaausschüsse in Athen), Abgeordnete zum Nationalrat Barbara Prammer (31. März, EU-Parlamentstreffen zur Gleichstellung der Frau in Athen), Volksanwalt Ewald Stadler (7.–8. April, Treffen der Nationalen Ombudsmänner der EU in Athen).

Bilaterale Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (9.–10. Februar, Gespräche zur Irakkrise und EU-Konvent), Bundesminister Matthias Reichhold (11.–12. Februar, Gespräche zum Transit und kombinierten Güterverkehr), Bundesminister Hubert Gorbach (19. März, Gespräche zu Transit und Wegekostenrichtlinie), Landeshauptmann Franz Schausberger (28.–31. März, Olympiabewerbung Salzburg 2010), Wiener Gemeinderatsausschuss unter Leitung von Senatsrat Schicker (21.–23. Oktober, Gespräche über Stadtentwicklung), Wiener Umweltstadträtin Isabella Kossina (6.–8. November, Symposium über moderne Abfallwirtschaft in Athen), Delegation der Wiener und oberösterreichischen Arbeiterkammern, Werner Muhm und Josef Peischer (21.–24. Mai, in Athen und Zypern).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Kostas Simitis (13.–14. Juni, Tour des Capitales), Justizminister Philippos Petsalnikos (12.–14. Mai, UN Crime Prevention & Penal Justice Committee). Die regelmäßigen bilateralen Konsultationen auf hoher Beamtenebene der beiden Außenministerien wurden fortgeführt, insb auch während der EU-Ratspräsidentschaft Griechenlands im ersten Halbjahr.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 520,33 Millionen Euro (+12,8%), die Importe 132,83 Millionen Euro (+2,9%).

Kulturell war Österreich im Jahr der griechischen EU-Präsidentschaft in allen Sparten der Kunst vertreten: Europäisches Festival „Licht-Bild/die Ägina-Akademie 2003“ vom 9.–18. Mai auf Ägina, ein interdisziplinäres Kunstprojekt über Abbild oder Realität-Sein oder Schein (Ausstellungen, Film, Symposien, Installationen etc), initiiert und ko-organisiert von den österreichischen Künstlern Gustav Deutsch und Hanna Schimek; Ausstellung „Good Morning Balkan“ mit Werken von Künstlern aus den Balkanländern, aus Österreich (Hermann Nitsch, Alfred Frohner, Robert Kabas, Oliver Dorfer) und Griechenland vom 2.–20. Juni in Athen, initiiert und mitorganisiert vom Forum Weltoffen Wien; Europäisches Theatrevent „Mindscape“ im Rahmen der Plattform Mitteleuropa vom 25.–28. Juni in der Römischen Agora in Athen unter der künstlerischen Leitung des Österreichers Beda Percht; Teilnahme der Editta Braun Company am Internationalen Tanzfestival in Thessaloniki Anfang September; österreichische Teilnahme (Gruppe Jazz4You) am Europäischen Jazzfestival im Mai in Athen, Teilnahme von Franz Pomassl, Dieter Kovacic, Billy Roisz am Dritten International Sound Media Festival vom 3.–5. Oktober in Athen, Johann-Strauss Konzert am 15. November in Athen anlässlich des 20jährigen Bestehens des Auslandsösterreichervereins in Griechenland; Konzerte der Camerata Salzburg vom 16.–18. Dezember im Konzerthaus Megaron Musikis in Athen, Konzertreise des Jung-Wien Chores im Rahmen internationaler Weihnachtsfeiern der Stadt Athen vom 19.–21. Dezember.

Großbritannien

(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II	The Rt.Hon. Tony Blair	The Rt.Hon Jack Straw

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA**; Edinburgh, Birmingham – **HK**

Besuche aus Österreich: Landesrat Georg Wurmitzer (Kärnten) in Edinburgh, Ausstellung über zeitgenössische Architektur in Kärnten (19.–20. März); Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl samt Delegation der Stadt Wien, Wirtschaftspräsentation der Stadt Wien in London (12. Juni); Delegation des Gemeinderatsausschusses für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung der Stadt Wien in Manchester und Leeds (29. September – 2. Oktober); Stadträtin Renate Brauner und Delegation des Wiener Landtages in Liverpool (20.–21. Oktober); österreichisch-britische Stabsgespräche im britischen Verteidigungsministerium (11.–12. Dezember)

Besuche in Österreich: Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft Elliot Morley in Wien, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (27.–30. April); stellvertretende Leiterin des Europasekretariates im Cabinet Office Catrina Williams, Arbeitsgespräche im BKA (1.–2. Oktober); Ministerin für Kunst Estelle Morris, britische Tage im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Kulturhauptstadt Graz (22. Oktober); Vorsitzende des British Council Baroness Kennedy, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (1. Dezember); Ständiger Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie Robin Young zu Arbeitsgesprächen im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (10. Dezember).

Bilaterales Aktionsprogramm „Action 21“: Die Umsetzung dieses Programms findet auf allen Ressortebenen statt und dient der Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Im Rahmen der „Action 21“ wurde der Beamtenaustausch fortgesetzt (Aufenthalte in britischen Ministerien eines Beamten des Bundesministeriums für Inneres sowie einer Beamtin des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz). Eine Reihe von Seminaren wurde von der Österreichischen Botschaft mitveranstaltet (Seminar über Investitionsmöglichkeiten in Nordirland gemeinsam mit der nordirischen Investitionsagentur und der Delegation der Europäischen Kommission, 13. März; Workshop zu „Governance“ im neuen Europa gemeinsam mit dem Robinson College, Cambridge und Chatham House, 11.–12. April; Workshop „Vom Konvent zur Regierungskonferenz“ im Rahmen des „EU Constitution Project“ des Federal Trust, 10.–11. Juli; Seminar zur Bedeutung der Regionen im erweiterten Europa gemeinsam mit dem Europainstitut der juristischen Fakultät der Universität Edinburgh, 26. September). Der Botschafter hält des öfteren Vorträge an britischen Universitäten und Schulen.

Die grundsätzlich positive Entwicklung der österreichischen Exporte setzte sich 2003 nach den ausgezeichneten Zuwächsen in den Jahren 1998 bis 2001 (+9,1%, +12,3%, +14,6%, +14,1%) so-

Anhang

wie +4,1% im Jahr 2002 in etwas gemäßigerer Form fort. Dies ist auf das leicht rückläufige britische Wirtschaftswachstum seit 2002 zurückzuführen; eine Entwicklung, die wiederum einen Rückgang österreichischer Lieferungen von preisempfindlichen und konsumabhängigen Produkten zur Folge hatte. Trotz dieser Tendenz hält Großbritannien jedoch weiterhin Rang 6 unter den bedeutendsten Exportmärkten Österreichs. Die österreichischen Exporte betragen 3,39 Milliarden Euro (-6,1%), die Importe 1,79 Milliarden Euro (-11,0%).

In den bilateralen Kulturbeziehungen nimmt das österreichische Kulturforum London (KF), das vor allem im Bereich der modernen und zeitgenössischen Kunst pro Jahr mehr als 100 Projekte abwickelt, eine besondere Position ein. Thematisch ausgerichtete Veranstaltungsreihen und ein medial vielbeachtetes Galerieprogramm geben dem KF in der Kulturmetropole London ein besonderes Profil und sind eine wichtige Ergänzung der kommerziellen Kulturveranstaltungen, die sich auf klassische Musik konzentrieren. Österreichische Kammermusik-Ensembles treten vier bis fünf mal pro Jahr vor einem ausgewählten Publikum in der Residenz des Botschafters auf. GB als Wirkungsstätte großer österreichischer Denker und Wissenschaftler – Ludwig Wittgenstein, Karl Popper, Friedrich Hayek, Max Perutz – spielt eine wichtige Rolle für das intellektuelle und geistige Erbe Österreichs. In diesem Bereich hat das KF eine besondere Vermittlerfunktion.

Im literarischen Bereich hat das vom KF mitinitiierte und unterstützte Ingeborg Bachmann Centre for Austrian Literature in London seine Tätigkeit aufgenommen.

In der schottischen Hauptstadt Edinburgh, die kulturell besonders aktiv ist, konnte die österreichische Präsenz mit Projekten in den Bereichen Architektur, Film und Tanz verstärkt werden. Die Universitätsstädte Oxford und Cambridge sind weitere Schwerpunkte der österreichischen Kulturarbeit.

Guatemala

(Republik Guatemala), Guatemala – Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Alfonso Portillo Cabrera

Außenminister

Edgar Gutiérrez Girón

Guatemala-Stadt – ÖB; AHSt: siehe Mexiko

Am 28. Dezember fanden Stichwahlen für das Amt des Präsidenten statt, aus denen der Vorsitzende der Gran Alianza Nacional, Óscar Berger Perdomo als Sieger hervorging.

Außenminister Edgar Gutiérrez nahm vom 16.–17. April an der 46. Tagung der Suchtgiftkommission der VN teil und traf mit dem Exekutivsekretär der CTBTO, Wolfgang Hoffmann, zusammen. An der 10. UNIDO-Generalkonferenz Anfang Dezember nahm Vize-Präsident Juan F. Reyes Lopez als Vertreter Guatemalas teil.

Guatemala hat im Rahmen der ÖEZA den Status eines Kooperationslandes, wobei weiterhin an Projekten zur Umsetzung der Friedensverträge von 1996 festgehalten wird. Die Zusammenarbeit konzentriert sich vor allem auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Schwerpunktregion ist dabei das westliche Hochland. Gefördert werden vor allem Projekte in den Bereichen ländliche Entwicklung, Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben sowie Sozialwesen und Menschenrechte. Um den Marktwert der kleinbäuerlichen Produktion zu erhöhen, fördert die ÖEZA Initiativen für Verarbeitung und Vermarktung. Die Gemeinde Quetzaltenango wurde bei der Lösung ihrer Wasserprobleme unterstützt.

Zu den Schwerpunkten im sozialen Bereich gehören die Förderung der Maya-Institutionen und des traditionellen Rechtssystems sowie die zweisprachige interkulturelle Erziehung. Zivile Projekte haben die Aufklärung der indigenen Bevölkerung über ihre staatsbürgerlichen Rechte und über die im Friedensabkommen festgeschriebenen Beschlüsse zum Ziel.

Die österreichischen Exporte betragen 8,76 Millionen Euro (+27,1%), die Importe 4,07 Millionen Euro (-20,5%).

Ein Investitionsschutzabkommen wurde paraphiert und ist unterzeichnungsreif.

Vom 7.–18. Juli fand eine vielbeachtete Konzertreihe des Kaufmännischen Gesangsvereins Vil-lach mit gleichzeitiger Eröffnung eines österreichischen Gastronomiefestivals statt. Zum Abschluss wurden die Chormitglieder in einer Zeremonie im Rathaus zu „visitantes distinguidos“ ernannt.

Herausgabe des Gedichtbandes „Movimientos“ der Österreicherin Elisabeth Mendoza; Buchpräsentation mit Lesung in Antigua.

An der österreichischen Schule wurden im Laufe des Schuljahrs 992 SchülerInnen am Instituto Austriaco Guatemalteco und 899 am Colegio Viena von 25 österreichischen und 52 guatemalteki-

Länderinformationen

schen LehrerInnen unterrichtet. Die Schule beging im Berichtsjahr ihr 45-jähriges Jubiläum. Neben der Eröffnung einer neuen Bibliothek wurden die Physik- und Chemiesäle neu adaptiert sowie die Schule mit kabellosem Intranet und weiteren 30 Laptops ausgestattet. Für den Schulbesuch werden auch Stipendien vergeben. Die Schule betreut darüber hinaus acht Schulen in ländlichen Regionen.

Guinea (Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lansana Conté	Lamine Sidime	Lousséni François Fall

ÖB: siehe Senegal; Conakry – HK; AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 19,61 Millionen Euro (–20,3%), die Importe 752.000 Euro (–43,1%).

Guinea-Bissau (Republik Guinea-Bissau), Bissau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Henrique Pereira Rosa	Mario António Artur Sanhá João	José Silva Monteiro

ÖB: siehe Senegal; AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte wurden statistisch nicht erfasst, die Importe betragen 16.000 Euro (+100%).

Guyana (Kooperative Republik Guyana), Georgetown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bharrat Jagdeo	Samuel Archibald A. Hinds	Samuel Rudolph Insanally

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 77.000 Euro (+41,7%), die Importe 16.000 Euro (+113,8%).

Haiti (Republik Haiti), Port-au-Prince

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jean-Bertrand Aristide	Yvon Neptune	Joseph Philippe Antonio

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – HGK

Die österreichischen Exporte betragen 1,58 Millionen Euro (–57,7%), die Importe 113.000 Euro (+164,9%).

Heiliger Stuhl (Staat der Vatikanstadt), Vatikan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten
Papst Johannes Paul II.	Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano	Erzbischof Giovanni Lajolo

ÖB: siehe Rom

Anhang

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsident Herwig Hösele führte Gespräche mit Außenminister Jean-Louis Tauran und mit dem Präfekten der Glaubenskongregation Kardinal Joseph Ratzinger (19. Juni); Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic wurde anlässlich der ÖVP-Landtagsreise durch den Papst persönlich begrüßt (3. September); der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, wurde durch den Papst persönlich begrüßt und führte mitsamt 30-köpfiger Wirtschaftsbunddelegation ein „Europagespräch“ mit Kardinal Joseph Ratzinger (8. bzw. 11. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat vertrat Österreich bei der Seligsprechung von Ladislav Batthyány-Strattmann (23. März); Vizebürgermeister Sepp Rieder vertrat das Land Wien bei der Seligsprechung von Marco D'Aviano (27. April); Bundesminister Günther Platter und Landeshauptmann Herwig Van Staa vertraten Österreich bei der Heiligsprechung von Josef Freinadamez (5. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 589.000 Euro (+10,5%), die Importe 107.000 Euro (+64,2%).

Kultur: Konzert der Wiener Philharmoniker in der päpstlichen Basilika San Paolo fuori le Mura (22. November); Ausstellung des Ikonenmalers Anton Wollenek im Palazzo San Calisto anlässlich des 25-jährigen Amtsjubiläums des Papstes (15. Oktober – 10. November).

Honduras (Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Lic. Ricardo Maduro Joest

Außenminister

Guillermo Pérez Arias

ÖB: siehe Guatemala; AHSt: siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – HK

Österreich exportiert vor allem Papier, Kunststoffe, Webmaschinen, Mess- und Prüfinstrumente. Die österreichischen Exporte betragen 3,19 Millionen Euro (–8,2%), die Importe 4,89 Millionen Euro (+4,9%).

Indien (Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt

A. P. J. Abdul Kalam

Regierungschef

Atal Behari Vajpayee

Außenminister

Yashwant Sinha

New Delhi – ÖB, AHSt, AUA, ÖW; Mumbai – HGK; Kalkutta, Chennai, Goa – HK

Besuche aus Österreich: Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach (Jänner in New Delhi; 50-Jahr-Feier Indisches Parlament);

2. Präsident des Nationalrates Heinz Fischer (7.–11. Oktober in New Delhi und Hyderabad; Parlamentarier- und Wirtschaftsdelegation).

Besuche in Österreich: Minister für Wasserwirtschaft des Bundesstaates Andhra Pradesh Kadiyam Srihari (Dezember).

Am 28. Juli fanden Politische Konsultationen der beiden Außenministerien auf Ebene der Politischen Direktoren in New Delhi statt. Die Politischen Konsultationen wurden erstmals im Oktober 2000 in Wien abgehalten.

Am 17. und 18. November fand in New Delhi die 9. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission statt.

Im Mai tagte die indisch-österreichische Arbeitsgruppe Eisenbahn, die im Vorjahr durch ein Memorandum of Understanding über infrastrukturelle Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen eingesetzt worden war.

Der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Adolf Moser, unterzeichnete am 10. Oktober in New Delhi mit seinem indischen Gegenüber FICCI ein Abkommen über Zusammenarbeit zwischen den beiden Wirtschaftskammern.

Die österreichischen Exporte betragen 194,14 Millionen Euro (+5,6%), die Importe 182,17 Millionen Euro (+0,8%). Österreichische Firmen arbeiten derzeit in rund 50 Joint Ventures mit indischen Partnern zusammen, zahlreiche weitere österreichische Unternehmen schlossen technische Kooperationsabkommen mit indischen Firmen ab. Darüber hinaus sind mehr als 500 österreichische Firmen im bilateralen Handel mit Indien involviert. Österreichische Firmen beteiligten sich im Berichtszeitraum an der Plastindia (Februar) und an der Buildindia (Dezember). Im März

Länderinformationen

fand in Wien, Graz und Linz eine Seminarreihe über Indien statt, an der rund 150 Wirtschaftsvertreter teilnahmen. Mit den beiden indischen Bundesstaaten Uttaranchal und Andhra Pradesh wurde ein Memorandum of Understanding abgeschlossen (Zusammenarbeit insb auf den Gebieten Wasserkraft, Bewässerung, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Infrastruktur).

Austrian Airlines fliegt seit 1997 die Strecke Wien – Delhi. Mit 26. Oktober wurde die Anzahl der Flüge auf sieben pro Woche (während der Wintermonate) erhöht.

Im März gaben die Wiener Philharmoniker unter Leitung des indischen Maestros Zubin Mehta nach beinahe 50 Jahren Abwesenheit zwei vielbeachtete Konzerte in Mumbai. Von den weiteren Veranstaltungen sind das Gastspiel der Tanzgruppe Milli Bitterli, die Ausstellung Günther Nußbaumer und Sybille Pfeiffer in Delhi, die Vorführung des Niki List Filmes „Mein Boß bin ich“ (Special International Film Festivals) und des Filmes „Am anderen Ende der Brücke“ von Hu Mei/ Ursula Wolte (Cinemaya Film Festival) sowie die Konzerttournee des Concilium Musicum in New Delhi, Bangalore und Madras im Rahmen der Europäischen Kulturwochen anlässlich des 4. EU-Indien Gipfels hervorzuheben.

Univ.-Prof. Anton Pelinka befand sich im September zu einer Vortragsreise und zur Präsentation seines neuen Buches „Democracy Indian Style, Subhas Chandra Bose and the Creation of India's Political Culture“ in Chennai, Kolkata und New Delhi.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die Aus- und Fortbildung von indischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich. Im Jahre 2003 wurden drei Personen an österreichischen Hochschulen, Lehrgängen und Seminaren gefördert; davon erhielten zwei ein Nord-Süd-Stipendium.

Indonesien (Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschefin

Megawati Soekarnoputri

Außenminister

Hassan Wirayuda

Jakarta – ÖB, AHSt

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser (ASEM-Treffen, 4.–5. Juli auf Bali); Landeshauptmann Herwig van Staa (offizieller Besuch, 14.–18. Juli in Yogyakarta und Jakarta).

Besuche in Österreich: Außenminister Hassan Wirajuda (offizieller Besuch, 6.–7. Juli in Wien).

Die österreichischen Exporte betragen 89,95 Millionen Euro (–14,1%), die Importe 155,60 Millionen Euro (+2,9%).

Österreich fördert in Indonesien insb wissenschaftlich-technische Nord-Süd Partnerschaften und wissenschaftliche Süd-Süd- wie auch Nord-Süd-Netzwerke (ASEA-Uninet). Österreich unterstützte die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen durch Stipendien an indonesischen Universitäten sowie durch Forschungsaufenthalte an österreichischen Universitäten. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 24 Personen gefördert. Im Rahmen des „Austrian Student Program – Indonesia“ hielten sich 17 Teilnehmer aus Österreich an indonesischen Universitäten zu Kurzstudien auf.

Irak (Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt

Hoshyar Zebari

Regierungschef

Außenminister

Bagdad – ÖB (dzt. eingeschränkter Konsularbetrieb), AHSt

Der Österreichische Handelsdelegierte bzw. Handelsrat wurde vor Kriegsbeginn einberufen. Der österreichische Geschäftsträger im Irak amtiert weiter von Jordanien aus.

Am 20. März **begannen** die Streitkräfte der Koalition unter Führung der USA den Krieg gegen den Irak, der **offiziell** mit der Besetzung des Landes und dem Sturz von Saddam Hussein am 1. Mai beendet wurde. Am 13. Dezember wurde Saddam Hussein von amerikanischen Truppen in der Nähe von Tikrit festgenommen. Auf Grund von Plünderungen, Zerstörungen und eine Welle von Angriffen gegen die fremden Truppen, internationalen Organisationen und andere Einrichtungen ist die Sicherheitslage seit Beendigung der kriegerischen Kampfhandlungen stark beeinträchtigt.

Anhang

Das Programm der Vereinten Nationen „Öl für Nahrungsmittel“ wurde auf Grund der SR-Resolution 1483 bis zum 21. November beendet und die Wirtschaftssanktionen wurden aufgehoben. Am 22. November ging die Verwaltung aller noch verbleibenden Tätigkeiten im Rahmen des Programmes an die Koalitionsübergangsbehörde über.

Österreich beteiligt sich an humanitären Hilfsaktionen (Behandlung kriegsverletzter Kinder in Österreich, Projekt zur Rehabilitation traumatisierter Kinder, Wiederaufbau von Krankenhäusern) sowie durch Hilfslieferungen privater Organisationen.

Die Staatsgewalt im Lande wird von der Koalitionsübergangsbehörde (Coalition Provisional Authority – CPA) unter der Leitung des von den USA ernannten Paul Bremer ausgeübt. Diese Behörde wurde am 16. Mai errichtet und von der SR-Resolution 1483 vom 22. Mai als Trägerin der für die Koalitionsstaaten „nach dem anwendbaren Völkerrecht bestehenden spezifischen Befugnisse, Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen als Besatzungsmächte unter gemeinsamer Führung“ anerkannt.

Am 13. Juli wurde ein interimistischer Regierungsrat gebildet, dem 25 Mitglieder verschiedener Parteien, Volksgruppen und Konfessionen des Landes angehören. Sein Vorsitz wechselt monatlich. Er hat beratende Befugnisse.

Die österreichischen Exporte betragen 19,77 Millionen Euro (–77,7%), die Importe 35,61 Millionen Euro (–81,7%).

Iran

(Islamische Republik Iran), Teheran

Revolutionsführer und
Geistlicher Führer

Staats- und Regierungschef Außenminister

Ayatollah Seyyed Ali
Khamenei

Hojjatolislam Seyyed
Mohammad Khatami

Seyyed Kamal Kharrazi

Teheran – ÖB, KF, AHSt, AUA

Besuche aus Österreich: Auf politischer Ebene sind erwähnenswert: Vizekanzler a.D. Alois Mock hielt von 1.–8. März einen Vortrag im Rahmen eines Seminars über den Persischen Golf am Außenpolitischen Studienzentrum des iranischen Außenministeriums und traf bei dieser Gelegenheit unter anderem mit Präsident Mohammad Khatami, Ex-Außenminister Ali Velayati und dem Leiter der staatlichen Organisation für Kultur und Islamische Beziehungen, Mahmoud Araqi, zusammen. Von 7.–10. Juni führte der Kabinettsdirektor des Herrn Bundespräsidenten, Helmut Türk, Gespräche in Teheran (Empfang durch Präsident Mohammad Khatami, Gespräche mit dem Kabinettsdirektor des iranischen Staatspräsidenten, Ali Khatami, dem Protokollchef der Präsidentschaftskanzlei, Reza Modir, und dem Vizeaußenminister Ali Ahani). Von 14.–16. September besuchte der Staatssekretär Reinhart Waneck den Iran und führte Gespräche mit Gesundheitsminister Masoud Peshkian und Vizepräsidentin Masoumeh Ebtekar. Wichtige Besuche auf wirtschaftlichem Gebiet: Von 19.–22. Jänner kam eine Delegation der Österreichisch-iranischen Gesellschaft unter Leitung des ehemaligen Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich Leopold Maderthaler in den Iran und führte Gespräche mit dem Präsidenten der iranischen Wirtschaftskammer Alinaghi Khamoushi und Wirtschaftsvertretern. Im April verhandelte eine hochrangige Delegation von Austrian Airlines unter Leitung von Vorstandsdirektor Josef Burger mit leitenden Funktionären der iranischen Zivilluftfahrtbehörde und Iran Air über die Beziehungen im Bereich des zivilen Luftverkehrs. Ende September besuchte Vorstandsdirektorin Regina Prehofer von Bank Austria, begleitet von weiteren Mitarbeitern, Teheran, traf Repräsentanten iranischer Banken und hielt eine große PR-Veranstaltung ab. Weitere Besuche betrafen die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen: Ende Februar wurde in Teheran die 3. Iranisch-Österreichische Interreligiöse Dialog-Konferenz Christentum-Islam abgehalten; die österreichische Delegation leitete Prof. Andreas Bsteh. Die Österreichische Geographische Gesellschaft führte von 12.–25. April eine Exkursion in den Iran durch.

Besuche in Österreich: Die Vizepräsidentin für Umweltfragen der Islamischen Republik Iran, Masoumeh Ebtekar, führte am 23. und 24. Oktober in Wien Gespräche mit Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner. Sie wurde außerdem von Bundespräsident Thomas Klestil empfangen und besuchte im Umweltbereich tätige österreichische Unternehmen. Der Vizepräsident für Sportverbandsangelegenheiten in der Organisation für Leibeserziehung der Islamischen Republik Iran, Ali Kafashian, besuchte Österreich ebenfalls im Oktober. Am 4. und 5. Dezember wurde in Wien die 7. Tagung der Österreichisch-Iranischen Gemischten Wirtschaftskommission abgehalten. Die iranische Delegation

Länderinformationen

tion stand unter der Leitung von Industrieminister Eshaq Jahangiri; bei der österreichischen Delegation führte Bundesminister Martin Bartenstein den Vorsitz.

Der österreichische Außenhandel entwickelte sich zufriedenstellend. Die österreichischen Exporte betragen 318 Millionen Euro (+43,5%), die Importe 15,55 Millionen Euro (-14,5%).

Das Österreichische Kulturforum in Teheran ist das einzige voll funktionierende westliche Kulturinstitut im Iran und wird auch von iranischer Seite hoch geschätzt. Aktivitäten: Sprachausbildung (etwa 2.000 Kursteilnehmer in ca. 120 Kursen und 12 Niveaustufen), Lehrerfortbildungsveranstaltungen, Know-How für andere Sprachinstitute, sehr gut besuchte Bibliothek und Mediothek, regelmäßige kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen (ca. 70). Dem Dialog der Zivilisationen wird besonderes Augenmerk gewidmet. Im Berichtsjahr konnte höchste musikalische Qualität aus Österreich im Umfeld von iranischen Architekturdenkmälern, z. B. in der Golestan-Palast-Anlage, vor dem Hintergrund farbig beleuchteter Säulen, Kacheln und Nischen, gebracht werden. So traten z. B. das Streichquartett „Auris“ unter der Leitung von Roland Roninger sowie die Gruppe „Unicorn“ unter der Leitung von Michael Posch auf. Beide erhielten äußerst gute Kritiken. Weiters wurden Gastvorlesungen österreichischer Professoren an den wichtigsten Universitäten im Iran forciert, Studiengänge mit österreichischer Hilfe eingerichtet und zahlreiche Ausbildungsveranstaltungen organisiert, wobei der Schwerpunkt auf tourismusbezogene Ausbildung gesetzt wurde. Die wichtigsten politischen Entwicklungen im Iran im Jahr 2003:

Innenpolitisch begann das Jahr 2003 im Iran mit einer deutlichen Niederlage der Reformer um Präsident Khatami bei den Gemeinderatswahlen im Februar. Das Reformprogramm war kaum erfolgreich, und wenige der progressiveren Gesetze passierten die Kontrolle des konservativen „Wächterrates“. Studentenunruhen im Mai und Juni richteten sich erstmals auch gegen den Präsidenten und seine Parteigänger. Sie waren so auch ein Ausdruck der Frustration der Jugend, die sich in zunehmendem Maße von ihren bisherigen Hoffnungsträgern abzuwenden scheint. Der Fall der an den Folgen eines Verhörs in Haft verstorbenen iranisch-kanadischen Journalistin Zahra Kazemi wurde zum Symbol einer immer noch sehr problematischen Menschenrechtslage. Der Dialog mit der EU im Menschenrechtsbereich brachte auch im Berichtsjahr keine erwähnenswerten Fortschritte. Der Iran war aber bereit, zweimal Berichterstatter der Vereinten Nationen über Menschenrechtsfragen zu empfangen.

Die überraschende Verleihung des Friedensnobelpreises an die iranische Menschenrechtsaktivistin Shirin Ebadi wurde von breiten Bevölkerungskreisen mit Begeisterung aufgenommen. Die konservative Kritik an der Preisverleihung blieb angesichts dieser allgemeinen Zustimmung fast unbemerkt. In außenpolitische Schwierigkeiten kam der Iran durch die Kritik der USA und anderer westlicher Staaten am iranischen Nuklearprogramm, dessen geringe Transparenz Anlass zur Besorgnis bot. Nach einer Reihe von unbefriedigend verlaufenen Inspektionen durch die IAEO konnte der Iran im Oktober durch das gemeinsame Auftreten der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands zu entscheidenden Zugeständnissen auf diesem Gebiet bewegt werden: der Iran wird sein Nuklearprogramm gegenüber der IAEO offen legen, mit der IAEO ständig kooperieren, ein Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnen und alle Aktivitäten zur Anreicherung von Uran suspendieren.

Irland (Irland), Dublin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mary McAleese	Bertie Ahern	Brian Cowen

Dublin – ÖB, AHSt, AUA

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (Dublin, 25.–26. September), Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Dublin, 29. Oktober), Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (Dublin, 13. November), Bundesminister Dieter Böhmdorfer (Dublin, 21. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Handelsfragen Michael Ahern (Wien, 27. Mai), Staatssekretär für Forstfragen John Browne (28.–30. Mai), Ministerpräsident Bertie Ahern (Wien, 24. Juli), Staatssekretär für Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechtsfragen Tom Kitt (Graz, 8.–10. Mai).

Im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen besteht weiterhin großes österreichisches Interesse an den zahlreichen irischen Infrastrukturprojekten. Die österreichischen Fertighausfirmen ELK und Griffner eröffneten Produktionsstätten in Irland.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 214,7 Millionen Euro (-1,9%), die Importe 725,81 Millionen Euro (-24,9%).

Die kulturellen Aktivitäten umfassten Tanztheater, Dichterlesungen sowie diverse Musiktourneen österreichischer Ensembles, darunter auch ein Konzert der Wiener Philharmoniker in der National Concert Hall, sowie ein eigenes dem Liederwerk Hugo Wolfs gewidmetes Festival aus Anlass seines 100. Todestages.

Markante Ereignisse im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit waren die jährlichen von der Österreichischen Nationalbank geförderten Schrödinger-Vorlesungen, diesmal von Univ.-Prof. Johann Mulzer in Dublin, Cork und Limerick, und das bereits 5. Wittgenstein-Symposium mit Univ.-Prof. Peter Kügler in der Royal Irish Academy und an den Universitäten Galway und erstmals Limerick. Auch die Austrian History Lecture wurde mit einem Vortrag von Univ.-Doz. Thomas Angerer erfolgreich fortgesetzt.

Island (Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ólafur Ragnar Grímsson	Daði Oddsson	Halldór Ásgrímsson

ÖB: siehe Dänemark; AHSt: siehe Norwegen; Reykjavik – HGK

Nach den Parlamentswahlen vom 10. Mai wurde neuerlich eine Koalitionsregierung aus Unabhängigkeitspartei (IP) und Fortschrittspartei (PP) gebildet. Es wurde ein Abkommen geschlossen, demzufolge Regierungschef Daði Oddsson (IP) im September 2004 zu Gunsten von Außenminister Halldór Ásgrímsson (PP) zurücktreten wird.

Die österreichischen Exporte betragen 15,17 Millionen Euro (+7,3%), die Importe 14,03 Millionen Euro (+217,6%).

Israel (Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Moshe Katsav Silvan Shalom (seit Februar)	Ariel Sharon	Benjamin Netanjahu

Tel Aviv – ÖB, KF, HK, AHSt, AUA, ÖW; Jerusalem – HK, Haifa – HK, Eilat – HK

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Treffen mit Außenminister Silvan Shalom und Staatspräsident Moshe Katsav; Kranzniederlegung in Yad Vashem (Jerusalem, 29. Juli); Staatssekretär Franz Morak anlässlich der 50-Jahr-Feier der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Treffen mit dem 1. Stellvertretenden Ministerpräsidenten Industrie- und Handelsminister Ehud Olmert und mit dem Bürgermeister von Tel Aviv Ron Huldai (13.–17. September); 2. Präsident des Nationalrates Heinz Fischer aus Anlass des 80. Geburtstages von Shimon Peres (21. September); Landeshauptmann Joseph Pühringer anlässlich Aktion Friedenslicht (24.–27. November). Besuche in Österreich: Außenminister Silvan Shalom, Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (18.–19. November).

Die österreichischen Exporte betragen 116,44 Millionen Euro (-18,1%), die Importe 81,51 Millionen Euro (-21,6%).

Israel hatte auch nach dem Ende der Sanktionen seitens der 14 EU-Mitgliedstaaten seine politischen und diplomatischen Beziehungen zu Österreich niedrig gehalten. Durch die großen Bemühungen und Leistungen der österreichischen Bundesregierung auf den Gebieten Kampf gegen Antisemitismus, Wiedergutmachung und Entschädigungen sowie durch eine ausgewogene Außenpolitik im Nahostkonflikt ermuntert, gab die israelische Regierung anlässlich des Besuches von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner ihre Bereitschaft zur völligen Normalisierung ihrer Beziehungen mit Österreich bekannt; die Bekräftigung dieser Erklärung erfolgte durch den Gegenbesuch des israelischen Außenministers sowie durch die Nominierung eines neuen israelischen Botschafters in Wien. Kulturpolitischer Höhepunkt war der Besuch von Staatssekretär Franz Morak, bei dem zwei Werke von Gottfried von Einem ihre Erstaufführung in Israel erlebten. „Voices of Peace“ mit Timna Brauer, Elias Meiri und einem jüdischen und arabischen Chor konzertierten erfolgreich an der Neuen Israe-

Länderinformationen

lischen Oper. Darüber hinaus spannte sich der musikalische Bogen vom klassischen Pianisten Albert Sassmann über „Maximo Lieder“ und das Klaus-Paier-Trio bis zu DJ Richard Dorfmeister. Von großer Nachhaltigkeit ist die Aufführung des Theaterstückes „Eyewitness“ von Yehoshua Sobol über den österreichischen Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter am Cameri Theater Tel Aviv unter der Regie von Paulus Manker. Christoph Bochdansky eröffnete erfolgreich das Internationale Puppentheaterfestival in Jerusalem. Mit der abcdance company nahm erstmals ein österreichisches Ensemble am „DancEuropa“-Festival teil. Wolf Werdigier zeigte seine Ausstellung „Hidden Images“, die sich mit den Traumata von Israelis und Palästinensern auseinandersetzt, in Jerusalem, Tel Aviv und Ramallah. Jugendaustauschprogramme, wie das seit 1994 jährlich stattfindende „Spurensuchprojekt“, wurde nicht zuletzt auf Grund des großen israelischen Interesses fortgesetzt: eine Gruppe israelischer Jugendlicher befand sich „auf den Spuren der Vorfahren“ in Österreich; wegen der angespannten Sicherheitslage kam aber keine österreichische Gruppe nach Israel. Inhaltlich stand bei vielen österreichischen Projekten auf dem Gebiet der Kultur und Bildung die österreichische Zeitgeschichte im Mittelpunkt.

Autonome Palästinensische Gebiete

Vorsitzender der Palästinensischen Autonomiebehörde	Premier Minister	Außenminister
Yassir Arafat	Ahmed Qurei'a	Nabeel Shaath

Ramallah – Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Autonomiebehörde

Keine nennenswerten Besuche im Jahr 2003. Vor dem Hintergrund einer sich durch den bewaffneten Konflikt dramatisch zuspitzenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erreichten die österreichischen Exporte und Importe ähnlich wie im Vorjahr kaum signifikante Werte. Die österreichischen Exporte betragen 104.000 Euro (+36,5%), die Importe 112.000 Euro (+8,3%).

Die Rahmenbedingungen des bewaffneten Konfliktes beeinträchtigen die Fortführung laufender und die Formulierung neuer Projekte. Die österreichische Zusammenarbeit fokussiert vor allem auf die Bereiche Soziales/Gesundheit, Wasser/Umwelt und humanitäre Hilfe.

Im Rahmen der Nord-Süd Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus den autonomen palästinensischen Gebieten in Österreich. Im Berichtszeitraum konnte die Weiterbildung von 13 Personen gefördert werden.

Italien

(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Carlo Azeglio Ciampi	Silvio Berlusconi	Franco Frattini

Rom – ÖB, KF, ÖHI, ÖW; Mailand – GK, KF, AHSt, ÖW, AUA; Triest – GK (per 31. 8. 2003 geschlossen); Venedig, Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Turin, Venedig, Verona – HK; Padua – AHSt

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Arbeitsbesuch bei Ministerpräsident Silvio Berlusconi (Rom, 11. November); Nationalratspräsident Andreas Khol, offizieller Besuch in Rom (1. Oktober), Besuch in Südtirol (9. Jänner, 28.–29. März); 3. Präsident des Nationalrates Thomas Prinzhorn, Besuch der Abgeordnetenkommission gefolgt von Treffen der österreichisch-italienischen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe (Rom, 14.–15. Oktober); Bundesrats-Präsident Herwig Hösele, offizieller Besuch (Rom, 18.–20. Juni); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Arbeitsbesuch in Rom (28. Mai); Bundesminister Hubert Gorbach, Arbeitsbesuch bei Verkehrs- und Infrastrukturminister Pietro Lunardi (Rom, 10. September); Besuch von Bundesminister Ernst Strasser in Südtirol (30. Juli), Staatssekretär Franz Morak, Eröffnung des Österreich-Pavillons bei der Biennale (Venedig, 13. Juni), Staatssekretär Karl Schweitzer, Übergabe eines Schecks der österreichischen Bundesregierung in der Höhe von 200.000 Euro als Katastrophenhilfe für die Bevölkerung des Kanaltals (Malborghetto, 7. Oktober).

Im zweiten Halbjahr 2003 besuchten anlässlich der italienischen EU-Präsidentschaft zahlreiche Regierungsmitglieder Italien im Rahmen von informellen Ministertreffen; Bundeskanzler Wolf-

Anhang

gang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner nahmen überdies am 4. Oktober an der Eröffnung der EU-Regierungskonferenz in Rom teil.

Besuche in Österreich: Arbeitsgespräch von Außenminister Franco Frattini mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner am Rande der Salzburger Festspiele (26. Juli); Arbeitsbesuch von Verkehrs- und Infrastrukturminister Pietro Lunardi (Wien, 1. April); Innenminister Giuseppe Pisanu, Teilnahme am „Forum Salzburg“, dem Treffen der Innenminister von Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien (Fuschl/See, Salzburg, 17.–19. Juli).

Verträge: Im Hinblick auf anstehende Universitätsreformen in Österreich und Italien wurde am 23. Mai in Wien der Text eines weiteren Notenwechsels über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Titel paraphiert. Nach Abänderungsvorschlägen beider Seiten soll dieser Notenwechsel ehestmöglich finalisiert werden.

Weiters stehen derzeit österreichische Entwürfe für folgende zwischenstaatliche Vereinbarungen bei den zuständigen italienischen Ministerien in Begutachtung: Notenwechsel betreffend die Modifizierung des Abkommens über die Instandhaltung der Grenzzeichen sowie die Vermessung und Vermarkung der gemeinsamen Staatsgrenze; Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen; Vertrag über Rechts- und Amtshilfe in Verwaltungssachen.

Wirtschaft: Die österreichischen Exporte betragen 6,9 Milliarden Euro (+5,5%), die Importe 5,59 Milliarden Euro (+0,8%).

Italien ist für Österreich mit einem Anteil von 8,65% (2003) an den Gesamtexporten der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs, unter den Exportmärkten Italiens nimmt Österreich mit einem Anteil von ca. 2,4% am Gesamtvolumen die achte Stelle ein.

Unter den österreichischen Exporten nach Italien stellen nach wie vor traditionelle Exportprodukte wie Holz, Eisen und Stahl die wichtigsten Posten dar, auch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Getränken (v.a. Fruchtsäfte) entwickelte sich in der letzten Zeit dynamisch (u.a. eine Steigerung der Ausfuhr von Getränken im Jahr 2002 von 87,8%). Wohl vor allem aufgrund eines konjunkturbedingten Abflauens der Investitionstätigkeit in Italien waren bei den sich zuletzt ebenfalls gut entwickelnden österreichischen Ausfuhren von Maschinenbauprodukten und Fahrzeugen im 1. Halbjahr 2003 Rückgänge von ca. 4,3% zu verzeichnen.

Regional betrachtet liegt der Schwerpunkt des österreichischen Handels mit Italien eindeutig im Norden: Ca. 80–90% der österreichischen Lieferungen sind für diesen andestheil bestimmt und auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet sich in diesem Raum.

Tourismus: Im Jahr 2002 ging die Zahl der Nächtigungen von österreichischen Gästen in Italien gegenüber 2001 (8,4 Mio.) um etwa 2% zurück. Im selben Zeitraum wurden in Österreich ca. 2,8 Mio. Nächtigungen von italienischen Touristen registriert, was einem Zuwachs von 4,8% entspricht.

Im Winterhalbjahr 2002/03 waren in Österreich etwa eine Million Nächtigungen italienischer Gäste zu verzeichnen, was einen Rückgang gegenüber 2001/02 von ca. 5% darstellt.

Kultur: Das italienische Kulturleben ist geprägt von zahlreichen Initiativen, die um Internationalisierung und Einbindung der EU-Partnerländer bemüht sind. Vor diesem Hintergrund erfreute sich Österreich als Nachbarland mit reichem kulturellem Erbe weiterhin großen Interesses. Auf dem Gebiet des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens kam der Vermittlungs- und Vernetzungsfunktion der Kulturforen in Rom und Mailand besonders große Bedeutung zu.

Angesichts der großen Dichte an kulturellen Initiativen in den Metropolen Italiens erforderte die Zielsetzung einer starken österreichischen Präsenz die vermehrte Fokussierung der Ressourcen der Kulturforen auf Programmschwerpunkte und die enge Zusammenarbeit mit lokalen Partnern. In diesem Sinne exemplarisch waren in Rom eine Programmreihe zum 30. Todestag von Ingeborg Bachmann, ein in Kooperation mit der Accademia di Santa Cecilia organisiertes Alban Berg-Festival, der Elektromusik-Zyklus „Vienna hype“ sowie eine dem österreichischen Künstler der Zwischenkriegszeit Herbert Reyl-Hanisch gewidmete Ausstellung. In Mailand ragten die Architektur Ausstellung „Austria West“ im Rahmen der Triennale, eine Retrospektive über den Wiener Aktivismus und die Mitteleuropa-Ausstellung „Paesaggi del Desiderio“ mit Künstlern aus sieben zentral-europäischen Ländern hervor.

Bedeutende kulturelle Ereignisse waren weiters Österreichs Beteiligung an der Kunstbiennale von Venedig mit Werken Bruno Gironcolis im Österreich-Pavillon sowie Arbeiten von Josef Dabernig, „Museum in Progress“, Franz West u.a. in weiteren Biennale-Ausstellungen. Hinzu kamen Konzerte der Wiener Philharmoniker und der Camerata Salzburg in Rom. Einen großen Erfolg feierte der österreichische Kurzfilm beim Mailänder Film-Festival, wo u.a. „Fast Film“ von Virgil Widrich zwei Auszeichnungen erhielt. Peter Kubelka war mit einer Retrospektive seines Schaffens in Bologna zu Gast.

Länderinformationen

Konsularisches: Auch 2003 haben die österreichischen Vertretungsbehörden in Italien eine große Zahl von österreichischen Bürgern konsularisch betreut, was einerseits auf die Beliebtheit Italiens als Urlaubsland (ca. 8,25 Millionen österreichische Übernachtungen im Jahr 2002), andererseits auf die Größe der Auslandsösterreichergemeinde (bei den Konsulaten sind über 6000 in Italien lebende Österreicher registriert) zurückzuführen ist.

Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II vertreten durch: Generalgouverneur Sir Howard F. Cook	Percival J. Patterson	K.D. Knight

ÖB: siehe Kanada; AHSt: siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – HGK

Die österreichischen Exporte nach Jamaika betragen 702.000 Euro (-74,4%), die Importe 996.000 Euro (+5,0%).

Japan (Japan), Tokio

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Kaiser Akihito	Junichiro Koizumi	Yoriko Kawaguchi

Tokio – ÖB, AHSt, ÖW, AUA, Wien-Büro; Osaka – HGK, AUA; Fukuoka, Hiroshima, Sapporo, Nagoya – HK

Besuche aus Österreich: Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl (10.–13. April)

Besuche in Österreich: Außenministerin Yoriko Kawaguchi (3. September)

Außenministerin Yoriko Kawaguchi besuchte im September Wien und setzte damit den regelmäßigen außenpolitischen Dialog mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner fort. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches über die aktuelle weltpolitische Lage standen mittelostbezogene Themen und die Lage auf der koreanischen Halbinsel. Für das „EU-Japan Year of People-to-People Contacts“ werden die Vorbereitungen von beiden Ländern in Angriff genommen. Die Arbeit des „Japanisch-Österreichischen Komitees des 21. Jahrhunderts“, das im Juli seine siebente Tagung in Tokio abhielt, wurde von beiden Außenministerinnen als wichtiger Beitrag zum interdisziplinären Diskurs über Zukunftsthemen gewürdigt.

Japan bleibt für Österreich einer der wichtigsten überseeischen Handelspartner. Die österreichischen Exporte betragen 855,25 Millionen Euro (-6,2%), die Importe 1,79 Milliarden Euro (+9,0%). Trotz eines leichten Rückgangs der Exporte wurde das hohe Exportniveau der vergangenen Jahre gehalten. Bei weiterhin schwieriger Konjunkturlage auf dem japanischen Markt und einer stärkeren Bewertung des Euros gegenüber dem Yen konnte sich Österreichs Wirtschaft auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gut behaupten. Österreich bleibt auch als Investitionsstandort für Japans Industrie attraktiv.

Nach einem spürbaren Einbruch der Tourismuszahlen in den vergangenen beiden Jahren entwickelte sich der Fremdenverkehr aus Japan nach Österreich wieder günstiger, sodass das Niveau des Jahres 2000 erreicht wurde. Ein wichtiger Faktor ist die direkte Flugverbindung der Austrian Airlines zwischen Wien und Tokio bzw. Osaka mit insgesamt 13 wöchentlichen Frequenzen.

Gemeinsam mit der tschechischen Botschaft und der Tokai Universität veranstaltete die österreichische Botschaft in Tokio ein internationales Symposium unter dem Titel „Europe on its way to unity – from Richard Coudenhove-Kalergi's Pan-European vision to the Treaty of Athens“. Das Symposium wurde von Parlamentspräsident Yohei Kono eröffnet, das Hauptreferat hielt EU-Stabilitätspakt-Koordinator Erhard Busek. Historiker, Journalisten und Diplomaten aus Europa und Japan diskutierten über die geistigen Wurzeln des europäischen Einigungswerkes, die Erweiterung der Europäischen Union und die Vertiefung der Beziehungen Japans zu Europa.

Den Höhepunkt der diesjährigen musikalischen Präsenz Österreichs in Japan bildete ein Gastspiel der Wiener Philharmoniker. Mit der Bestellung von Thomas Novotny zum Leiter des neuen To-

Anhang

kioter Opernhauses und von Christian Arming zum Chefdirigenten des New Japan Philharmonic Orchestra haben nunmehr zwei Österreicher leitende Positionen im japanischen Musikbetrieb inne. In Zusammenarbeit mit großen japanischen Museen konnten auch dieses Jahr wieder prestigereiche Ausstellungen bekannter österreichischer Museen im Bereich der traditionellen bildenden Kunst in Japan gezeigt werden, darunter eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums Wien, in der 140 Objekte aus der weltberühmten Ägyptisch-Orientalischen Sammlung des Hauses präsentiert wurden, eine Biedermeier Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien und eine große Gustav Klimt-Schau mit wertvollen Leihgaben aus der Österreichischen Galerie Belvedere, dem Historischen Museum der Stadt Wien und der Akademie der Bildenden Künste. In Zusammenarbeit mit dem bekannten Kaufhaus Wako im Zentrum Tokios gelang es, erstmals in Japan eine historische Bestandsaufnahme und aktuelle Standortbestimmung der österreichischen Schmuckkunst der Moderne in einer repräsentativen Schau zu geben. Akzente wurden auch wieder in Richtung zeitgenössische Kunst gesetzt: sowohl in der Galerie des Österreichischen Kulturforums Tokio als auch in anderen etablierten Kunstinstitutionen fanden Zeitgenossen aus der österreichischen Kunstszene, wie etwa der in New York lebende graphische Designer Stefan Sagmeister, regen Anklang beim Publikum.

Aktuelle Literaturentwicklungen konnten wieder im Rahmen des bereits zwölften Seminars zur österreichischen Gegenwartsliteratur diskutiert werden, das sich heuer mit zwei jungen Autorinnen, nämlich Margit Schreiner und Sabine Scholl, auseinandersetzte. Univ.-Prof. Wolfgang Wiesmüller aus Innsbruck war der diesjährige österreichische Vertreter bei der traditionellen Jahrestagung des japanischen Germanistenverbandes und der bekannte Mediävist und Oswald von Wolkenstein-Forscher Univ.-Prof. Anton Schwob aus Graz hielt das Hauptreferat bei einem Symposium japanischer Mediävisten an der renommierten Sophia Universität in Tokio.

Rund 25 österreichische Vortragende an Universitäten – vorwiegend in den Fachgebieten Germanistik und Deutsch als Fremdsprache – leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung österreichischer Kultur. Auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet findet ein kontinuierlicher Austausch von Gastprofessoren und Wissenschaftlern statt. So wurden zwischen der Universität Salzburg und der Waseda Universität und der Universität Graz und der Universität Hiroshima zwei weitere wissenschaftliche Kooperationsabkommen geschlossen.

Jemen (Republik Jemen), Sana'a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Abdul Kader Bajammal	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana'a – HK; AHSt: siehe Saudi Arabien

Vom 1.–4. September stattete der Bürgermeister der Hauptstadt Sana'a, Ahmad Mohammad Al Kohlani, der gleichzeitig Staatsminister ist, über Einladung von Bürgermeister Michael Häupl der Stadt Wien einen offiziellen Besuch ab. Dabei standen insb die Zusammenarbeit auf den Sektoren der Abfallwirtschaft sowie der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Vordergrund des Besuches.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung der AkademikerInnen und ForscherInnen aus dem Jemen in Österreich.

Die österreichischen Exporte betragen 7,20 Millionen Euro (–9,0%), die Importe 19.000 Euro (–13,6%).

Jordanien (Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II. Bin Al-Hussein	Faisal Fayez	Marwan Muasher

Amman – ÖB

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (5.–6. Mai)

Im Rahmen der österreichischen humanitären Unterstützung für den Irak fand vom 18.–21. Oktober in Amman ein „Workshop über die psychologische Unterstützung für Kinder, Familien und Lehrer im Irak“ mit österreichischer Beteiligung statt. Österreich war beim Mediterranen Seminar

Länderinformationen

der OSZE, das vom 20.–22. Oktober stattfand, durch die Ständige Vertreterin Österreichs bei der OSZE, Margit Wästfelt, vertreten.

Vier österreichische Polizisten sind seit Ende November 2003 als Ausbilder irakischer Polizisten im Rahmen einer internationalen Kooperation in Jordanien im Einsatz.

Die österreichischen Exporte betragen 23,41 Millionen Euro (–26,8%), die Importe 1,18 Millionen Euro (+52,3%).

Am 7. Oktober fand in Amman ein Konzert der Wiener Instrumentalsolisten statt. Am 14. und 15. Oktober wurde im Rahmen des EU-Filmfestivals in Amman der österreichische Film „Geboren in Absurdistan“ vorgestellt.

Kambodscha (Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihanouk	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Sonderbeauftragter von VN-Generalsekretär Kofi Annan für Menschenrechtsfragen in Kambodscha ist der ehemalige stellvertretende Generalsekretär des Europarates, der Österreicher Univ.-Prof. Peter Leuprecht, der u. a. im Zusammenhang mit den kambodschanischen Parlamentswahlen am 27. Juli seine 9. und 10. Mission nach Kambodscha absolvierte.

Die österreichischen Exporte betragen 1,22 Millionen Euro (+52,5%), die Importe 16,39 Millionen Euro (+9,2%).

Kamerun (Republik Kamerun), Jaunde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Peter Mafany Musonge	Francois-Xavier Ngoubeyou

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 3,08 Millionen Euro (–16,1%), die Importe 5,37 Millionen Euro (–23,3%).

Kanada (Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II vertreten durch Generalgouverneurin Adrienne Clarkson	Jean Chrétien	William Graham

Ottawa – ÖB; Montréal, Toronto, Vancouver – HGK; Toronto, Montréal – AHSt, Toronto – ÖW; Calgary, Halifax, Regina, Winnipeg – HK

Besuche aus Österreich: Sektionschef Josef Mayer (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) zu Wirtschaftsgesprächen in Ottawa und Toronto, 10.–16. März. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl beim Weltkongress der Wirtschaftskammern in Québec, 16.–17. September. Am Rande Gespräch mit dem Wirtschaftsminister der Provinz Québec, Michel Audet.

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident (Speaker of the House of Commons), Peter Milliken, in Wien, 2.–5. März, Gespräche mit Bundespräsident Thomas Klestil, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Parlamentspräsidium, Parlamentsausschüssen. Außenminister William Graham anlässlich des Ministertreffens des „Netzwerk Menschliche Sicherheit“, wo Österreich seit Juli 2002 den Vorsitz innehatte, in Graz, 8.–10. Mai. Staatssekretärin für multikulturelle Angelegenheiten, Jean Augustine, anlässlich der OSZE-Konferenz zu Rassismus, Diskriminierung und Xenophobie in Wien, 3.–7. September. Dabei führte sie auch Gespräche mit Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat. Präsident des Provinzparlamentes von Alberta, Ken Kowalski, in Wien, 18.–21. Juli, wo er mit der zweiten Landtagspräsidentin, Erika Stubenvoll, zusammentraf.

Anhang

Der Linienflugverkehr der AUA zwischen Wien und Toronto bzw. Montréal wurde per Sommerflugplan 2003 auf eine Frequenz von fünf bzw. vier wöchentlichen Flügen ausgebaut und trotz Einbrüchen aufgrund der SARS-Problematik in Toronto aufrechterhalten. Während die Direktflüge nach Montréal während des Winterflugplanes 2003/04 eingestellt werden, wird für Sommer 2004 wieder die gleiche Frequenz wie 2003 angestrebt.

Trotz der weltweiten Konjunkturflaute konnte der Umfang des bilateralen Handelsaustausches im Jahre 2003 gesteigert werden. Die österreichischen Exporte betragen 594,35 Millionen Euro (+12,5%), die Importe 335,66 Millionen Euro (+3,8%). Wie in den vergangenen Jahren besteht der Großteil (zwei Drittel) der österreichischen Exporte aus Maschinen und Fahrzeugen, besonders Motoren. Maschinen und Fahrzeuge, insb Luftfahrzeuge (Kurzstreckenflugzeuge), dominieren auch mit ca. drei Viertel der Gesamtlieferungen die Einfuhren Österreichs aus Kanada, danach folgen Zellstoff und Holz.

Günstige Standortfaktoren bringen mit sich, dass ca. 80 österreichische Tochtergesellschaften bzw. Konzernbetriebe in Kanada angesiedelt sind, davon 26 Produktionsniederlassungen. Diese nehmen einen Großteil des Handelsaustausches vor (ca. 60% der österreichischen Exporte). Andererseits nutzen kanadische Großkonzerne wie Magna und Bombardier, im IT-Bereich Nortel, Cognos und Arithmetics, den Standort Österreich als Standbein ihrer Europaaktivitäten.

Die Kulturbeziehungen gestalteten sich kontinuierlich lebhaft. Unter der Vielzahl von Kulturveranstaltungen sind besonders die Veranstaltungen zum Hugo-Wolf-Jahr hervorzuheben, die in einem Symposium und drei Festkonzerten, u.a. am Amtssitz der Generalgouverneurin Adrienne Clarkson, gipfelten. Daneben nahmen österreichische Musiker, Literaten und Wissenschaftler an verschiedensten kanadischen Festivals und wissenschaftlichen Symposien teil und hielten Lesungen sowie Gastvorträge. Das mittlerweile als Dank für eine äußerst großzügige Spende auf Wirth Institut umbenannte Zentrum für Österreich- und Zentraleuropastudien an der Universität Alberta in Edmonton stellt weiterhin ein wichtiges Zentrum dieses Austausches dar, wodurch auch ein geographisches Gegengewicht zu den traditionell in Ostkanada konzentrierten kulturellen Aktivitäten hergestellt werden konnte.

Das 2002 angelaufene „Student Work Abroad Programme“ zwischen Partnerorganisationen in Österreich und Kanada, das es Studenten ermöglicht, einen Arbeitsurlaub im jeweils anderen Land zu verbringen, entwickelte sich weiter ausgezeichnet, ergänzt bestehende Jungarbeiteraustauschprogramme und trägt damit zum weiteren Ausbau der studentischen Mobilität zwischen Österreich und Kanada bei.

Kap Verde (Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Pedro Pires das Neves	José Maria Pereira Veiga	Maria de Fátima Lima

ÖB: siehe Senegal; Praia – Koordinationsbüro der ÖEZA; **AHSt:** siehe Marokko

Das im Juli 1999 unterzeichnete indikative Kooperationsabkommen bestimmt generell die österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Kap Verde. Diese konzentriert sich auf die Bereiche Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben, Bildung und Ausbildung, sowie Stärkung der ländlichen Gemeinden der Hauptinsel Santiago im Management der knappen Wasserressourcen und im Dezentralisierungsprozess.

Außenministerin Lima Veiga hielt sich vom 30. März – 1. April in Wien auf und traf am 31. März mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner zusammen.

Die österreichischen Exporte betragen 1,03 Millionen Euro (+2,4%), die Importe 2000 Euro (-80,5%).

Kasachstan (Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nursultan Nasarbajew	Daniel Achmetow	Kasymschomart Tokajew

Wien – ÖB; Almaty – HK; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (16. Mai)

Zwei ÖsterreicherInnen sind bei der EU-Delegation in Almaty tätig.

Zwischen Niederösterreich und Almaty wurde im November in St. Pölten ein Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet.

Bilaterale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit wurden am 7. Mai in Astana paraphiert.

Die österreichischen Exporte betragen 86,54 Millionen Euro (+88,3%), die Importe 215,96 Millionen Euro (-41,9%).

Das Bundesministerium für Inneres leitet das auf mehrere Jahre angelegte BOMCA (Border Management in Central Asia) – Projekt der EU in Zentralasien, an dem auch Kasachstan teilnimmt. Das dritte SOS-Kinderdorf in Karaganda wurde begonnen. Die Regionalleitung für die SOS-Kinderdörfer in Zentralasien in Almaty obliegt einem Österreicher.

Vom 7.–10. April fanden in Almaty österreichische Kulturtage statt. Ansonsten wurde im Kultur- und Wissenschaftsbereich die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor insb durch die Entsendung eines Deutschpraktikanten fortgesetzt. Im Juli fand in Wien eine Ausstellung zentralasiatischer KünstlerInnen unter kasachischer Beteiligung statt. Raschid Nurekejew war für drei Monate „Artist in Residence“ in Wien.

Aus Mitteln der OZA wurden folgende Projekte durchgeführt: Von 20. März–14. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkaschien und Zentralasien mit kasachischer Beteiligung statt. Das Projekt der Vernetzung österreichischer mit kasachischen Universitäten wurde vom BIT (Bundesinstitut für Internationalen Bildungstransfer) fortgeführt. Von 7.–18. Juli fand in Wien ein gemeinsam mit den USA durchgeführtes Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter kasachischer Beteiligung statt. Ein österreichischer Musikexperte der Gemeinde Wien, Heydar Sari, besuchte Kasachstan, um beim Aufbau zeitgemäßer Musikstrukturen behilflich zu sein und neue Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit Österreich auszuloten.

Katar (Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Abdullah Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani

ÖB: siehe Kuwait; AHSt: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Wirtschafts- und Handelsminister Hamad bin Faisal Al-Thani, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein (10. Juli). Anlässlich dieses Besuches fand auch das erste Wirtschaftsforum Österreich-Katar statt.

Die österreichischen Exporte betragen 13,12 Millionen Euro (-49,0%), die Importe 67.000 Euro (-6,3%).

Kenia (Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Stephen Kalonzo Musyoka

Nairobi – ÖB; Mombasa – HK; AHSt: siehe Johannesburg, Südafrika

Kenia ist Kooperationsland der ÖEZA mit den Schwerpunkten Wasserversorgung und Demokratieförderung.

Die langjährige institutionelle Kooperation zwischen Universitäten in Kenia und Österreich konnte auch 2003 fortgeführt werden. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von 15 Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Die bisher von einem ständigen Geschäftsträger geleitete Botschaft Kenias in Wien wurde durch Entsendung eines residenten Botschafters aufgewertet.

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 5,31 Millionen Euro (-1,1%), die Importe 6,26 Millionen Euro (+97,6%).

Es wurden unter der Leitung des österreichischen Gastdirigenten Dr. Ernest Hötzl im April zwei klassische Konzerte mit dem Nairobi Orchester veranstaltet. Österreich nahm mit dem Film „Komm, süßer Tod“ von Wolfgang Murnberger am 12. Europäischen Filmfestival teil.

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Askar Akajew	Nikolaj Tanajew	Askar Aijmatow

Wien – ÖB; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (16. Mai)

An der OSZE-Mission in Bischkek ist ein Österreicher tätig.

Das bilaterale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ist in Kraft getreten.

Die österreichischen Exporte betragen 3,17 Millionen Euro (+176,3%), die Importe 91.000 Euro (-77,5%). Am 10. Dezember wurde eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt.

Das Bundesministerium für Inneres leitet das auf mehrere Jahre angelegte BOMCA (Border Management in Central Asia) – Projekt der EU in Zentralasien, an dem auch Kirgisistan teilnimmt. Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor fortgesetzt. Die wesentlichsten Punkte dabei waren die Entsendung eines Deutschpraktikanten und die Lesungen der Autorin Ulrike Längle. Im Juli fand in Wien eine Ausstellung zentralasiatischer KünstlerInnen unter kirgisischer Beteiligung statt.

Aus Mitteln der OZA wurden folgende Projekte durchgeführt: Von 20. März–4. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkasien und Zentralasien mit kirgisischer Beteiligung statt. Das Projekt der Vernetzung österreichischer mit kirgisischen Universitäten wurde vom BIT (Bundesinstitut für Internationalen Bildungstransfer) fortgeführt. Dabei wurden insb über das IHS (Institut für Höhere Studien) neue Kontakte entwickelt.

Von 7.–18. Juli fand in Wien ein gemeinsam mit den USA durchgeführtes Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter kirgisischer Beteiligung statt. Ein österreichischer Musikexperte der Gemeinde Wien, Heydar Sari, besuchte Kirgisistan, um beim Aufbau zeitgemäßer Musikstrukturen behilflich zu sein und neue Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit Österreich auszuloten.

Kiribati (Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister

Teburoro Tito bzw. Anote Tong

ÖB, AHSt: siehe Australien

Der bilaterale Handelsverkehr blieb gering. Die österreichischen Exporte betragen 207.000 Euro (±0%), die Importe 26.000 Euro (-20,2%).

Kolumbien (Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Álvaro Uribe Vélez
(Amtsantritt 7. August 2002)

Außenministerin

Carolina Barco Isakson
(Amtsantritt 7. August 2002)

Bogotá – ÖB; Barranquilla, Cali, Cartagena Medellín, San Andrés – HK; AHSt: siehe Venezuela

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Vizeverteidigungsminister Andrés Peñate (Oktober). Der kolumbianische Vizeentwicklungsminister Carlos Alberto Zarruk Gomez absolvierte am Rande von UNIDO-Sitzungen auch bilaterale Termine.

Die österreichischen Exporte betragen 26,89 Millionen Euro (-10,4%), die Importe 15,87 Millionen Euro (-35,2%).

Der kulturelle Austausch mit Kolumbien manifestierte sich u.a. in folgenden Projekten:

- Teilnahme der Vokalistin Sainkho Namchilak am Poesiefestival in Medellín; Konzerte und Meisterklassen der klassischen Gitarristen Alvaro Pierri und Brigitte Zaczek in Bogotá, Cartagena und Medellín (Juni)
- Teilnahme am Festival Eurocine (Hundstage, Film von Ulrich Seidel)
- Ausstellung Innovative Austrian Architecture (September-Dezember), Medellín und Bogotá
- Workshops zum Thema Müll und Abwassermanagement im September in Bogotá, Medellín und Quito im Beisein der österreichischen Professoren Martina Ableidinger, Bernhard Wett und Günter Langergraber
- Gedenksitzung zum 100. Geburtstag von Konrad Lorenz (Universidad El Bosque, Bogotá)
- Besuch der österreichischen Strafrichterin (Internationaler Gerichtshof für Sierra Leone) Renate Winter, Thema u. a. alternativer Strafvollzug für Aufständische (Guerrilla und Paramilitärs).

Obwohl Kolumbien kein Schwerpunktland der ÖEZA ist, konnte private Unterstützung für Projekte gefunden werden: Bau einer Schule im Reservat der Paez-Indianer in Gaitania, Munizip Planadas, Tolima; Projekt der Einrichtung einer Schul-Instrumentenwerkstatt in Medellín (Zusammenarbeit mit der Schule für Instrumentenbau in Hallstatt).

Drei Kandidaten erhielten Stipendien des Österreichischen Austauschdienstes; eine Kandidatin erhielt ein Stipendium für EPU-Peace Studies in Stadtschlaining.

Demokratische Republik Kongo (Demokratische Republik Kongo), Kinshasa

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Joseph Kabila

Außenminister
Léonard She Okitundu

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – HK; AHSt: siehe Nigeria

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde im Berichtszeitraum die berufliche Fortbildung von einem Akademiker in Österreich gefördert.

Die österreichischen Exporte betragen 934.000 Euro (-24,7%), die Importe 310.000 Euro (±0%).

Kongo (Republik Kongo), Brazzaville

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Denis Sassou-Nguesso

Außenminister
Rodolphe Adada

ÖB, AHSt; siehe Nigeria

Die Republik Kongo errichtete im April ein Honorarkonsulat in Wien.

Die österreichischen Exporte betragen 1,51 Millionen Euro (+121,1%), die Importe 596.000 Euro (+327,7%).

DVR Korea (Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang

Staatsoberhaupt (informell) Regierungschef
KIM Jong Il PAK Pong Ju
(in seiner Eigenschaft als
Vorsitzender der Nationalen
Verteidigungskommission)

Außenminister
PAEK Nam Sun

ÖB, AHSt: siehe China

Die österreichischen Exporte betragen 1,90 Millionen Euro (-58,3%), die Importe 1,52 Millionen Euro (+5,6%).

Anhang

Korea (Republik Korea), Seoul

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
ROH Moo-hyun	GOH Kun	YOON Young-kwan

Seoul – **ÖB, AHSt**; Busan – **HK**

Besuche aus Österreich: Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl und Wirtschaftsdelegation (8.–10. April, Seoul) – Treffen mit Handelsminister Hwang Doo-yun; Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Fritz Verzetnitsch, Präsident der Industriellenvereinigung Peter Mitterbauer und Guido Schmidt-Chiari (April, Seoul) – Teilnahme an der Tagung der „Trilateral Commission“; Univ.-Prof. Gerhart Bruckmann (September, Seoul) – Einladung der „Korea Foundation“; Vertreter österreichischer Weltraumindustriunternehmen / Austrospace sowie der Austrian Space Agency / ASA und Austrian Research Centres / ARC-Seibersdorf (26. April–1. Mai) – Teilnahme an den „2nd Korean-Austrian Space Co-operation days“.

Besuche in Österreich: Wissenschafts- und Technologieminister Park Ho-Koon (15.–17. September) – 47. IAEO-Generalkonferenz; Nationaler Sicherheitsberater Ra Jong-yil (November); diverse Parlamentarier-Delegationen (Februar / März) – Besuch bei der IAEO sowie in Salzburg / Olympiabewerbung 2010 bzw. Treffen mit österreichischen Parlamentariern; Richter am Obersten Gerichtshof, Yoo Ji-Dam (4–6. August) – Treffen mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Johann Rzeszut.

Der Amtsantritt des am 19. Dezember 2002 gewählten Präsidenten Roh Moo-hyun erfolgte am 25. Februar. Pyeongchang (Gangwon-Provinz) bewarb sich neben Salzburg und Vancouver für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2010.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea entwickelten sich angesichts der Rekordergebnisse des Jahres 2002 weiterhin dynamisch. Die österreichischen Exporte betragen 336,14 Millionen Euro (–4,1%), die Importe 514,36 Millionen Euro (–3,3%). Im März fand in Kooperation mit der Österreich-Werbung der jährliche Tourismusworkshop mit zehn österreichischen Ausstellern und 100 koreanischen Teilnehmern in Seoul statt; an der Internationalen Ausstellung Food & Hotel Korea 2003, ebenfalls im März in Seoul, erfolgte eine österreichische Beteiligung durch einen Informationsstand der Außenhandelsstelle. Anlässlich des Besuches vom Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl in Seoul im April wurde ein Standortseminar mit 80 koreanischen Firmen organisiert. Im Juni nahm die Österreich-Werbung an der Korean Tourism Fair 2003 (KOTFA) mit einem Informationsstand teil; an der Marine- und Schifffahrtsausstellung KORMARINE im Oktober in Busan war Österreich durch einen Gruppenstand der Austrian Marine Equipment Manufacturers vertreten und im November organisierte die Außenhandelsstelle einen Informationsstand an der Korean Machinery Fair (KOMAF) 2003 in Seoul. Im Dezember wurde eine Pressekonferenz über den österreichischen Tourismusmarkt mit 15 koreanischen Medienvertretern organisiert.

Im „Jubiläumjahr“ 2003 – 40-jähriges Bestehen diplomatischer Beziehungen – fand auch eine Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen statt: Zehn österreichische KünstlerInnen nahmen am 8. Internationalen Kunstsymposium der Nine Dragon Heads-Foundation Anfang Mai am Dae-chong Lake teil; der österreichische Bildhauer Alois Schild wurde dabei mit einem „International Culture Exchange Prize“ ausgezeichnet; die Werke mehrerer dieser Künstler wurden unter dem Titel „Shooting Star 2003“ im Mai und Juni in Seoul gezeigt. Aufführungen der Wiener Philharmoniker wurden von über 38.000 Zuhörern besucht; außerdem fanden Konzerte der Joseph Haydn- und der Schubert-Gesellschaft, von Roger Salander, der Tiroler Musikgruppe „Comin' and Goin'“ (12th Annual World SamulNori Gyeorugi) und des Hugo Wolf-Quartetts (Tongyeong International Music Festival) sowie von Andreas Weixler und Se-Lien Chuang (Seoul International Computer Music Festival) statt. Sehr guten Anklang fanden auch die Auftritte von Klaus Obermaier, Chris Haring, Tom Hanslmaier, Konstantin Mischin und Olaf Reinicke mit VIVI-SECTOR beim „International Modern Dance Festival“ in Seoul, eine Tournee der Wiener Sängerknaben, eine Vortragsreise von Univ.-Prof. Wendelin Schmidt-Dengler („Die literarische Szene der Gegenwart in Österreich – Literatur und Politik in Österreich: Einfach kompliziert“) sowie eine Dokumentationsausstellung „Haydn auf Reisen“, die in Seoul und Busan gezeigt wurde. Die Bibliothek mit Österreich-Schwerpunkt an der Hankuk Universität in Seoul erhielt eine umfangreiche Buchspende. Anlässlich des ersten EU-Filmfestivals in Seoul wurde der österreichische Film „Die Fremde“ präsentiert. Das Stück „Magic Afternoon“ von Wolfgang Bauer wurde im Oktober im Theater „Egg and Nucleus“ in Seoul in einer koreanischen Übersetzung aufgeführt und

Länderinformationen

mit sehr viel Interesse aufgenommen. An der Sommeruniversiade 2003 (insgesamt über 6.500 Teilnehmer aus 174 Staaten) nahmen 30 österreichische AthletInnen teil; Christoph Marik (Degen) gewann dabei eine Bronzemedaille. Im November wurde eine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der TU-Graz und dem Korea Institute of Construction Technology (KICT) unterzeichnet.

Am 8. November fand im Paradise Hotel in Busan zum dritten Mal ein gut besuchter Wien-Ball statt.

Kroatien (Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Stjepan Mesić	Ivica Račan Ivo Sanader (seit 23. Dezember)	Tonino Šićula Miomir Žužul (seit 23. Dezember)

Agram – ÖB, KF, AHSt, AUA; Rijeka, Split, Dubrovnik – HK

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Arbeitsbesuch bei Außenminister Tonino Picula, Gespräche mit Präsident Stjepan Mesić und dem Präsidenten der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft/HDZ Ivo Sanader (Zagreb, 30. April); Bundesminister Dieter Böhmdorfer, offizieller Gegenbesuch auf Einladung der Ministerin für Justiz, Verwaltung und lokale Selbstverwaltung Ingrid Antečević-Marinović, Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung (Zagreb, 20. November); Teilnahme von Staatssekretär Franz Morak an der Kulturministerkonferenz des Europarates (Opatija, 19.–21. Oktober); Volksanwalt Peter Kostelka, Gegenbesuch auf Einladung des kroatischen Ombudsmans Ante Klarić, Gespräche mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Goran Granić, dem Präsidenten des Kroatischen Verfassungsgerichtshofes Šmiljko Sokol, den Präsidenten der Parlamentsausschüsse für Justiz sowie für Menschenrechte und Minderheiten Luka Trconić und Furio Radin (Zagreb, 9.–11. Juli); Generalstabschef General Roland Ertl, Gegenbesuch auf Einladung des kroatischen Generalstabschefs Josip Lukić (Zagreb, 23.–24. September);

Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Richard Schenz zu Gesprächen u.a. mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Slavko Linić (Zagreb, 27.–28. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle zu Arbeitsbesuch bei Vize-Außenminister Ivo Simonović, zu Gesprächen mit Außenminister Tonino Picula, Beigeordnetem Minister im Außenministerium Mario Nobilo und dem Minister für Europäische Integration Neven Mimica (Zagreb, 11.–12. Juni); Stellvertretender Präsident der Steirischen Wirtschaftskammer Gilbert Frizberger beim Minister für Seefahrt, Verkehr und Nachrichtenwesen Roland Zuvanic (Zagreb, 10. Jänner); Leiter der Diplomatischen Akademie Wien Botschafter Ernst Sucharipa, Besuch auf Einladung des Leiters der Kroatischen Diplomatischen Akademie Petar Turčinović, Vorträge an der Kroatischen Diplomatischen Akademie, der Universität und im Europahaus (Zagreb, 20. Mai); Präsentation der kroatischen Übersetzung des Buchs „Österreich und der Balkan“ durch den Autor Vizekanzler a.D. Erhard Busek (Zagreb, 10. Juni); Teilnahme von Außenminister a.D. Alois Mock an der Eröffnung der Ausstellung „Die kroatische Diplomatie auf dem Weg in die euro-atlantische Integration“ durch Außenminister Tonino Picula (Zagreb, 10. Juni); Teilnahme von Vizekanzler a.D. Josef Riegler und Vertretern des Landes Steiermark am VIII. Kroatischen Forum (Zagreb, 17.–18. Oktober); Teilnahme von Kardinal Christoph Schönborn an der Konferenz der Leiter der Mitteleuropäischen Bischofskonferenzen (Zagreb, 28.–29. April).

Besuche in Österreich: Präsident Stjepan Mesić zur Teilnahme am Treffen der Staatsoberhäupter der Länder Zentral- und Südosteuropas auf Einladung von Bundespräsident Thomas Klestil (Salzburg; 22.–23. Mai); Ministerpräsident Ivica Račan, Arbeitsbesuch im Rahmen seiner „tour des capitales“ durch die EU-Hauptstädte, Gespräche mit Bundespräsident Thomas Klestil, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und dem 2. Präsidenten des Nationalrates Heinz Fischer (Wien, 14. Februar); Teilnahme von Ministerpräsident Ivica Račan am Treffen der Regierungschefs von Süd- und Südosteuropa auf Einladung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Koordinator des Stabilitätspaktes Vizekanzler a.D. Erhard Busek (Salzburg,

Anhang

30.–31. Juli); Arbeitsgespräch des kroatischen Parlamentspräsidenten Zlatko Tomčić mit Nationalratspräsident Andreas Khol im Beisein von Landeshauptmann Herwig van Staa, Vizepräsident des Tiroler Landtages Anton Steixner und Bürgermeisterin von Innsbruck Hilde Zach (Innsbruck, 12. Juli); Treffen von Landeshauptmann Herwig van Staa u.a. mit Ministerpräsident Ivo Sanader im Beisein von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Kommissar Franz Fischler (Seefeld, 26. Dezember); Vortrag des kroatischen Ministers für Europäische Integration Neven Mimica an der Diplomatischen Akademie Wien (Wien, 28. April); Teilnahme des kroatischen Ministers für Land- und Forstwirtschaft Božidar Pankretić an der 4. Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (Wien, 28.–30. April); Teilnahme von Wirtschaftsminister Ljubo Jurčić, des Ministers für Seefahrt, Verkehr und Nachrichtenwesen Roland Žužanec, des Präsidenten der Wirtschaftskammer Kroatiens Nadan Vidošević, des Župans der Region Küstengebiet-Gorski Kotar Zlatko Komadina und des Bürgermeisters von Rijeka Vojko Oberšnel an dem von der Wirtschaftskammer Österreich und der Volksbanken AG organisierten Wirtschaftstag Kroatien (Wien, 17. Juni); Teilnahme von Außenminister Tonino Picula am Europaforum Wachau auf Einladung von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Göttweig, 28.–29. Juni) sowie an der CTBT-Konferenz für den Atomteststoppvertrag (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty) bei den Vereinten Nationen, um Fortschritte für das Inkrafttreten des Atomteststopp-Vertrages zu erreichen (Wien, 3. September); Minister für Umweltschutz und Raumplanung Univ.-Prof. Ivo Banac, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Josef Pröll (Wien, 8. September); Teilnahme u.a. zweier Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments, Univ.-Prof. Ivica Kostović und Baltazar Jalšovec, der Generalsekretärin des Parlaments Danica Orčić sowie des Bischofs von Dubrovnik Msgr. Želimir Puljić an den Gedenkfeiern in Bleiburg (11. Mai); Übergabe einer Zagreber Jumbo-Grüßkarte an Graz 2003 durch die Präsidentin des Zagreber Stadtparlaments Morana Gruden-Paliković (Graz, 5. Februar); Teilnahme der Beigeordneten Kulturministerin Naima Balić an der Konferenz „Creative Europe – Challenges of Enlargement“ auf Einladung von Staatssekretär Franz Morak (Linz, 21.–23. November); Teilnahme des stellvertretenden Finanzministers Damir Kustruk und des stellvertretenden Gouverneurs der Kroatischen Nationalbank Boris Vujčić an der von euromoney / conferences veranstalteten Konferenz „The Central & Eastern European Issuers & Investors Forum: Strategies for a New Europe“ (Wien, 14.–15. Jänner); Delegation der Gespanschaft Lika-Senj unter der Leitung des Župans Milan Jurković und dem Vorsitzenden des Gespanschaftsprof. Ivica Mataija, Besuch auf Einladung der Steiermärkischen Landesregierung (Graz, 10.–11. Juli); Delegation der Stadt Zagreb unter der Leitung des Zagreber Vizebürgermeisters Milan Bandić zu der von Vertretern des Bundeslandes Steiermark veranstalteten Präsentation eines Projekts zum Ausbau eines Geschäftszentrums in Zagreb (Graz, 7. März); Teilnahme des Leiters der Kriminaldirektion Wien Roland Horngacher und Hauptmann Wolfgang Preiszler am 25. Treffen der Polizeichefs Europäischer Hauptstädte (Zagreb, 26.–30. Mai).

Im Rahmen der OZA erfolgte die Umsetzung eines mit österreichischen Mitteln (500.000 Euro) geförderten Flüchtlingsrückkehrprojekts in Vukovar/Ostslawonien durch das Hilfswerk Austria. Der Schwerpunkt der OZA wurde im Jahr 2003 in Kroatien vor allem auf den Bereich Menschenrechtsausbildung an den Universitäten gelegt. Insgesamt wurden dafür vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten 145.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Projekt wird vom kroatischen Wissenschaftsministerium durch ein parallel laufendes Forschungsprojekt mit 33.600 Euro unterstützt. Fortsetzung des im Jahr 2001 vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) begonnenen Projekts „Wirtschaftspolitische Beratung des kroatischen Präsidenten Stjepan Mesić und seines Kabinetts“ im Jahr 2003 mit einem Förderungsbeitrag des BMAA von 30.000 Euro. Zusätzlich profitierte Kroatien von zahlreichen regionalen Bildungsprojekten, welche im Rahmen des Stabilitätspakts (Task Force Education & Youth) von Österreich unterstützt wurden. Für die Herausgabe des „Jahrbuches der Volksdeutschen Gemeinschaft – Landsmannschaft der Donauschwaben 2003“ gewährte das BMAA einen Druckkostenbeitrag von 1.100 Euro. Das Österreichische Rote Kreuz unterstützte das Kroatische Rote Kreuz mit einer Spende von 200.000 Euro für die Reparatur von 67 Häusern für Rückkehrer in den Gemeinden Topusko und Dvor, welche den Bewohnern im Mai übergeben werden konnten. Übergabe eines Feuerwehrautos durch den Österreichischen Städtebund im Beisein u.a. der amtführenden Wiener Stadträtin Renate Brauner und des 2. Präsidenten des Österreichischen Nationalrats Heinz Fischer an den Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments Baltazar Jalšovec für die Gemeinde Strukovec in der Gespanschaft Medjumurje am 14. August in Wien. Beteiligung des Rotary Clubs Wien-Nord an einem Entminungsprojekt im Gebiet von Karlovac mit einer Spende von 215.000 Euro, welche vom International Trust Fund (ITF) und der Republik Kroatien jeweils auf 430.000 Euro bzw. 860.000 Euro verdoppelt wurde.

Länderinformationen

Unterzeichnung des CEEPUS II-Abkommens (Central European Exchange Program for University Studies) im Rahmen der 9. Tagung des Gemeinsamen Komitees der CEEPUS-Minister (Zagreb, 9. März) sowie Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (Zagreb, 12. März), das am 1. August in Kraft trat. Abhaltung der 1. Tagung der Österreichisch-Kroatischen Gemischten Kommission für Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (Wien, 24.–25. November).

Abhaltung der 6. Tagung der Gemischten Österreichisch-Kroatischen Wirtschaftskommission (Osijek, 4.–5. Juni) und der Gemischten Österreichisch-Kroatischen Kommission für den Internationalen Straßengüterverkehr (Zagreb, 24.–25. Juli). Arbeitstreffen des „Österreichischen Wirtschaftstisches“ mit dem Minister für europäische Integration Neven Mimica (Zagreb, 11. Juni) und dem Vorsitzenden der HDZ Ivo Sanader (Zagreb, 10. September).

Im Jahr 2003 konnte die positive Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen mit Zuwächsen in beide Richtungen fortgesetzt werden. Die österreichischen Exporte betragen 1 Milliarde Euro (+3,9%), die Importe 402,09 Millionen Euro (+10,4%). Von 1993 bis Mitte 2003 wurden von ausländischen Unternehmen rund 8,4 Milliarden US-Dollar in Kroatien investiert. Dabei ist Österreich – lt. bereinigter Zahlen der Kroatischen Nationalbank, Stand: Oktober 2003 – mit einem Investitionsvolumen von 2,07 Millionen US-Dollar (24,68%) vor Deutschland mit 1,84 Millionen US-Dollar (21,95%) und den USA mit 1,42 Millionen US-Dollar (16,87%) größter Auslandsinvestor in Kroatien. Laut kroatischer Statistik lag Österreich im ersten Halbjahr 2003 mit 30,23% an erster Stelle der ausländischen Direktinvestitionen.

Im Rahmen der traditionellen kulturellen Zusammenarbeit Österreichs mit Kroatien führte das Österreichische Kulturforum Zagreb im Jahr 2003 insgesamt 271 Veranstaltungen mit 153 Partnern in 44 Orten Kroatiens durch, wobei 25 der Sprache und Kultur der Burgenländer KroatInnen gewidmet waren.

Besondere mediale Aufmerksamkeit erfuhren die „Thomas Bernhard – Tage“ in Zagreb, anlässlich derer die Uraufführung des „Heldenplatzes“ in kroatischer Übersetzung stattfand sowie ein zweitägiges Symposium abgehalten wurde, das Kammermusikfestival der Wiener Virtuosen „Julian Rachlin & Friends“ in Dubrovnik, das Konzert „Wiener Klassiker & Miroslav Miletic“ des Consilium musicum Wien in Zadar, Ludwig van Beethovens „Sonatenzyklus“ mit Felicitas Keil in Varaždin, die Ausstellung „Das Schöpfungsprogramm“ von Norbert H. Hinterberger in der Galerie für zeitgenössische Kunst in Zagreb, die „Filmretrospektive Michael Haneke“ in der Kinoteka in Zagreb, die Buchpräsentation von „Die Klavierspielerin“ (Elfriede Jelinek) in kroatischer Übersetzung im Kroatischen Nationaltheater in Zagreb sowie die Autorenlesung und Buchpräsentation von Manfred Matzka „Istrien – Ein Reisebegleiter für Leser“.

In Kroatien sind vier österreichische LektorInnen und eine österreichische Beauftragte für Bildungskooperation tätig.

Mit zwölf Kroatisch-Österreichischen Gesellschaften und der Gemeinschaft der Österreicher in Kroatien wurde die intensive Zusammenarbeit fortgesetzt.

Abhaltung bilateraler Konsularkonsultationen (Zagreb, 21. Oktober).

Auf Grund des Erkenntnisses des kroatischen Verfassungsgerichtshofs, dass Ausländer bei der Entschädigung für Enteignungen nicht diskriminiert werden dürfen, wurde das „Entschädigungsgesetz“ vom 11. Oktober 1996 am 5. Juli 2002 novelliert. Ausländer sind nunmehr grundsätzlich anspruchsberechtigt; die Antragsfrist betrug sechs Monate und lief am 4. Jänner 2003 aus. Aus kroatischer Sicht ist jedoch der Abschluss eines bilateralen Vertrages zwischen Österreich und Kroatien Voraussetzung dafür, dass Österreicher in den Genuss der in der Novelle vorgesehenen Rechte kommen können. Bilaterale Expertengespräche, welche zur Klärung der noch offenen Fragen führen sollen, wurden am 18. Juni in Zagreb begonnen und am 22. Oktober in Wien fortgesetzt.

Kuba (Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Fidel Castro Ruz

Außenminister
Felipe Pérez Roque

Havanna – ÖB; AHSt: siehe Mexiko

Eine Delegation der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft stattete Ende Jänner anlässlich einer Konferenz einen Besuch in Havanna ab.

Anhang

Bundesminister Dieter Böhmdorfer absolvierte von 14.–17. Juni in Havanna eine offizielle Visite. Die kubanische Ministerin für Auslandskooperation und Auslandsinvestition, Marta Lomas, unterzeichnete am 26. Juni in Wien das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen. Die 10. Tagung der Österreichisch-Kubanischen Gemischten Kommission fand vom 22.–25. September in Wien statt. Eine österreichische Wirtschaftsdelegation hielt sich von 22.–23. Oktober in Havanna auf. Ende November führte eine Wiener Magistratsdelegation Gespräche über die Zusammenarbeit auf dem Energie- und Abfallsektor.

Die österreichischen Exporte betragen im Berichtsjahr 2,73 Millionen Euro (+29,6%), die Importe 2,72 Millionen Euro (+26,4%).

Von 11. Februar–6. März wurde die Fotoausstellung, „El otro lado del alma“ von Dr. Moritz Neumüller in der Fototeca von Havanna präsentiert. Ein Poem über Kuba von Julian Schutting wurde anlässlich des Poesiefestivals im März in Havanna vorgestellt. Die Wanderausstellung über Otto Wagner wurde von 6. März–7. April in der Galerie Wifredo Lam in Havanna gezeigt. Am 4. April fand die Übergabe einer Mozart-Büste im Rahmen eines Konzertes des Linzer Bachl-Chors in der Basilika San Francisco statt. Das Karin Schäfer-Figurentheater gab von 27. September–3. Oktober Gastspiele in Havanna und Provinzstädten. Eine Delegation der Wiener Filmakademie vereinbarte mit dem kubanischen Filminstitut im September in Havanna die künftige Zusammenarbeit. Das Grazer Jazztrio Miklin gastierte von 21.–28. Oktober in Havanna. Eine Studentendelegation der Universität Wien unter der Leitung von Prof. Dr. Drekonja unternahm von 26. November–1. Dezember eine Studienreise nach Kuba.

Kuwait

(Staat Kuwait), Kuwait

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Jaber Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah	Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah	Sheikh Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah

Kuwait – ÖB; AHSt: siehe Saudi-Arabien

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Arbeitsgespräche mit dem ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Sabah, Parlamentspräsidenten Jassem Al-Khoraffi, Informationsminister und geschäftsführenden Ölminder Sheikh Ahmed Al-Fahad Al-Sabah sowie dem Leiter des in Kuwait angesiedelten und für die Koordination der humanitären Hilfe im Irak zuständigen Humanitarian Operations Center (12.–13. Mai). Am 15. Mai begleitete Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner einen Ambulanzflug mit irakischen Kindern von Kuwait nach Österreich.

Die österreichischen Exporte betragen 66,11 Millionen Euro (+56,4%), die Importe 258.000 Euro (–17,8%).

Laos

(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Khamtay Siphandone	Bounnhang Vorachith	Somsavat Lengsavad

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Die österreichischen Exporte betragen 26.000 Euro (–25,8%), die Importe 3 Millionen Euro (+85%).

Lesotho

(Königreich Lesotho), Maseru

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III	Pakaditha B. Mosisili	Mohlabi Kenneth Tsekoa

ÖB, AHST: siehe Südafrika

Länderinformationen

Der Minister für Handel und Industrie, Kooperativen und Marketing, Hon. Mpho Melie Malie, nahm im Dezember an der 10. Generalkonferenz der UNIDO in Wien teil.

Über das Welternährungsprogramm wurden Lesotho 90.000 Euro Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung gestellt.

Da der bilaterale Handel fast ausschließlich über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die österreichischen Exporte betragen 61.000 Euro (-22,5%), die Importe 6.000 Euro (-90,6%).

Lettland (Republik Lettland), Riga

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vaira Vike-Freiberga	Einars Repse	Sandra Kalniete

Riga – ÖB, HK, Büro der AHSt Helsinki, AUA, AHSt: siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Erwin Pröll in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation des Landes Niederösterreich, Gespräche mit Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga und Außenministerin Sandra Kalniete (Riga, 1.–2. Oktober); Besuch einer Delegation des Oberösterreichischen Landtages unter Leitung von Landtagspräsidentin Angela Ortner (12.–14. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsgespräche im lettischen Außenministerium (9.–10. Juli)

Besuche in Österreich: Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Thomas Klestil sowie Gespräche mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic (Wien, Steiermark, 9.–12. Juli), Premierminister Einars Repse, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Wien, 1. Dezember).

Wirtschaft: Die österreichischen Exporte betragen 76,9 Millionen Euro (-3,6%), die Importe 19,2 Millionen Euro (-4,9%).

Kultur: Zahlreiche Ausstellungen (Fotoausstellung „Das Jüdische Wien“; Ausstellung der wesentlichen Arten der freien und angewandten Kunst der art-bv Salzburg, Malerei, Plastik, Textilkunst, Schmuckgestaltung und Design – Ines Höllwarth, Martin Lerch, Leo Gans, Michaela Weihs, Peter Riedel), Vorträge (Botschafter Wolfgang Jilly in sämtlichen Städten Lettlands, Imbi Sooman, Erwin Urrmann), Seminare und Workshops (Univ.-Prof. Dr. Otto Stoik, Katharina Pongracz), Fortbildungsseminare für Deutschlehrer in Zusammenarbeit mit dem lettischen und österreichischen Bildungsministerien und verschiedenen Hochschulen, Konzerte (Orgelkonzert von Prälat Dr. Johannes Trummer im Dom zu Riga), ständige Zusammenarbeit mit der Österreich Bibliothek in Riga bei kulturellen Ereignissen auf allen Gebieten. Im Februar 2003 wurde von der Botschaft in Zusammenarbeit mit dem Hotel Radisson, welches unter der Leitung des österreichischen Generaldirektors Karlheinz Mingler stand, ein äußerst erfolgreicher Österreich-Ball organisiert. Der Reinerlös wurde dem notleidenden Kinderspital in Riga für die Anschaffung neuer medizinische Geräte übergeben.

Konsularisches: Aufgrund des mit 1. Februar 1999 in Kraft getretenen Abkommens über die Aufhebung der Visapflicht im bilateralen Reiseverkehr für Staatsbürger, benötigen lediglich sogenannte Nicht-Bürger Visa für die Einreise nach Österreich. Im Jahre 2003 wurden rund 600 Sichtvermerke ausgestellt.

Libanon (Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt	RegierungschefIn	AußenministerIn
Emile Lahoud	Rafic Hariri	Jean Obeid

Beirut – ÖB; AHSt: siehe Syrien; Saida – HK

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser; Unterzeichnung eines Abkommens über polizeiliche Zusammenarbeit im Juli.

Besuche in Österreich: Industrieminister Elie Skaff aus Anlass der UNIDO-Generalkonferenz im Dezember.

Die österreichischen Exporte betragen 26,8 Millionen Euro (-0,5%), die Importe 969.000 Euro (-35,9%).

Anhang

Im Jänner gastierten die Musiker Marwan Abado, Peter Rosmanith und Franz Hautzinger in Beirut und Balamand. Klaus Leutgeb gab im Februar Klavierkonzerte in Saida und anlässlich des Nationalfeiertags in Beirut. Im Juni fand eine Gruppenausstellung moderner österreichischer PhotographInnen in Beirut statt. Karin Kneissl referierte bei wissenschaftlichen Veranstaltungen im September und November in Byblos und Beirut. Im Rahmen des Europäischen Filmfestivals Ende November/Anfang Dezember wurde in Anwesenheit des Regisseurs Houchang Allahyari, der auch Workshops an zwei Universitäten abhielt, der Film „Geboren in Absurdistan“ gezeigt.

Liberia (Republik Liberia), Monrovia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Charter Gyude Bryant	Thomas Yaya Nimely

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 352.000 Euro (+32,2%), die Importe 66.000 Euro.

Libyen (Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Oberst Muammar AL Gaddafi	Shukri Ghanem	Abderrahman Mohamed Chalgham

Tripolis – ÖB, AHSt, AUA

Besuche aus Österreich: 28-köpfige Wirtschaftsdelegation der Wirtschaftskammer Österreich in Tripolis (22.–25. September).

Am 2. Oktober erfolgte in Tripolis der Austausch der Ratifikationsurkunden des von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und dem libyschen Wirtschafts- und Handelsminister und nunmehrigen Premierminister Shukri Ghanem im Vorjahr unterzeichneten Investitionsschutzabkommens.

Die österreichischen Exporte betragen 41,97 Millionen Euro (– 17,7%), die Importe 170,8 Millionen Euro (+3%). Österreich war an der Internationalen Messe Tripolis im April mit einem eigenen Pavillon vertreten.

Der österreichische Pianist Georg Wachtel trat im Juli in Tripolis auf. Im September gelangten zwei vom Herbert von Karajan Zentrum zur Verfügung gestellte Opernfilme zur Aufführung. Österreich beteiligte sich zudem am ersten EU Filmfestival in Tripolis.

Liechtenstein (Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fürst Hans-Adam II.	Otmar Hasler	Ernst Walch

Wien – ÖB; AHSt: siehe Schweiz; Schaan – HK

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Zusammentreffen mit Fürst Hans-Adam II, Landtagspräsident Klaus Wanger, Gespräche mit Vertretern des liechtensteinischen Landtags, Vortrag an der Fachhochschule Liechtenstein (Vaduz, 11.–12. September); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Zusammentreffen mit Fürst Hans-Adam II, Regierungschef Otmar Hasler und Außenminister Ernst Walch (Vaduz, 2. Oktober); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Zusammentreffen mit Fürst Hans-Adam II und Regierungschef Otmar Hasler (Vaduz, 26. Juni). Besuche in Österreich: Fürst Hans-Adam II, Zusammentreffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Graz, 8. Mai); Leiter des Amtes für auswärtige Angelegenheiten Roland Marxer, Zusammentreffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Wien, 28. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 299,8 Millionen Euro (+1%), die Importe 102,5 Millionen Euro (+5,4%).

Länderinformationen

Litauen (Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Rolandas Paksas	Algirdas Brazauskas	Antanas Valionis

Wilna – ÖB; AHSt: siehe Finnland; ÖW: siehe Schweden; AUA: siehe Lettland

Besuche aus Österreich: Vizekanzler Herbert Haupt, Arbeitsbesuch bei Sozialministerin Vilija Blinkeviciute (Wilna, 26. Juni); Landtagspräsident Georg Griessner mit Delegation des Salzburger Landtages (Rundreise, 30. April – 4. Mai); Generalsekretär des Versöhnungsfonds Richard Wotava (Wilna, 25. September).

Besuche in Österreich: Außenminister Antanas Valionis, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Wien, 1. Juli); Landwirtschaftsminister Jeronimas Kraujelis, Landwirtschaftsminister-Konferenz (Ried, 3. September); Gesundheitsminister Juozas Oleckas, 6. Europäisches Gesundheitsforum (Gastein, 30. September – 3. Oktober); Sozialministerin Vilija Blinkeviciute, Arbeitsbesuch bei den Bundesministern Herbert Haupt und Martin Bartenstein (Wien, 27.–28. November); Vize-Wirtschaftsminister Gediminas Miskinis, Arbeitsbesuch im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Wien, 27. November).

Die österreichischen Exporte betragen 113,5 Millionen Euro (+58,8%), die Importe 31,9 Millionen Euro (+15,7%). Es fanden zwei österreichische Wirtschaftsmissionen nach Litauen statt (April und Oktober). Die österreichisch-litauische Gemischte Kommission für den internationalen Straßengüterverkehr tagte in Wilna (12.–13. Juni).

Fotoausstellungen: „Das jüdische Wien“ (Stuart-Eisenstadt-Toleranz-Zentrum Wilna, 16.–31. Mai), „Wien“ von Gerald Klec (Deutschsprachige Kulturtage des Simon-Dach-Hauses Klaipeda, 1.–8. Juni) und „Die unbekanntesten Europäer“ von Kurt Kaindl (Wilna, 9.–31. Oktober). Rainer Ganai beteiligte sich mit Beiträgen an der Ausstellung des Zentrums für zeitgenössische Kunst „24/7 Wilno-Nueva York“ (Wilna, 7.–11. November). Lesungen von Susanne Kubelka an der Wilnaer Buchmesse (20. Februar) und von Karl-Markus Gauss in der Österreich-Bibliothek Wilna (17. Oktober). Konzerte von Dieter Pätzold und Emanuel Amtmann (Altsaxophon und Orgel) im Rahmen des Christophorus Sommerfestivals (Wilna, 16. Juli), Orgelkonzerte von Heribert Metzger (Domkirche Siauliai, 11. Juni, außerdem Meisterklasse für Orgel an der Litauischen Musikakademie vom 9.–14. Juni) und Johann Trummer (Wilna, 20. Juli). Violinkonzerte in der Wilnaer Philharmonie von Lidia Baich (4. Oktober) und von Julian Rachlin (11. Oktober) sowie von Kerstin Neubauer im Festival „Sugrizimai“ (28. April); Konzerte von Peter Rehberg und Peter Votova („Pita und Pure“) im Festival der modernen Musik (Wilna, 12. April) und von Natela Nicoli (Mezzosopran, Wilna, 31. Dezember). Die Laroque Dance Company trat beim Tanzfestival in Kaunas auf (2. Oktober). Im November/Dezember erarbeiteten die Regisseurin Monika Wiesler an der Oper von Wilna eine Inszenierung von Franz Lehars „Die lustige Witwe“ sowie Markus Kupferblum in Zusammenarbeit mit dem Bühnenbildner Frieder Klein am Musiktheater Klaipeda eine Produktion der Operette „Das Ännchen von Tharau“ von Heinrich Strecker (Premiere jeweils am 31. Dezember). Workshop „Vision of Sound in Film“ mit Johannes Kretz (Neringa, 28. Juni – 11. Juli). 1. Museumsseminar mit Christine Lixl (Technisches Museum Wien), Wolfgang Drechsler (Museum Moderner Kunst Wien) und Alfred Schmidt (Österreichische Nationalbibliothek) im litauischen Kulturministerium (Wilna, 21.–23. Mai), 2. Museumsseminar mit Magda Krön im litauischen Nationalmuseum (Wilna, 19. September). Vorträge: von Georg Schrom im Rahmen des von der Österreichischen Botschaft Wilna mitveranstalteten Seminars „Restoring the Lost Memory of the Jerusalem of the North“ (Wilna, 8. Februar), von Angela Biedermann über Psychagogik (Wilna, 19. Mai) und von Hellmut Lorenz über Barockarchitektur (Wilna, 17. November).

Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Lydie Polfer

Luxemburg – ÖB; AUA, AHSt, ÖW: siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Schüssel (1. Februar) im Rahmen eines Treffens mehrerer EU-MS zwecks Koordination im Hinblick auf die EU-Regierungskonferenz, Landeshauptmann Pröll (19.–20. Februar), Abg. zum Nationalrat Peter Pilz im Rahmen einer Buchpräsentation.

Anhang

Besuche in Österreich: Großherzog Henri und Großherzogin Maria Teresa in Begleitung von Vizepremier und Außenminister Lydie Polfer (Salzburg, 26.–28. Juli), Premierminister Juncker (Linz, 12. September), Kultur- und Unterrichtsministerin Erna Hennicot-Schoepges (Wien und Graz, 23.–25. April; Graz, 3.–5. Juli und 28.–29. November).

Die österreichischen Exporte betragen 128,42 Millionen Euro (–7,8%), die Importe 101,17 Millionen Euro (–6,2%).

Von der Botschaft konnten Konzerte in den Bereichen Klassik, Alte Musik und Jazz veranstaltet bzw. unterstützt werden. Weiters wurden Lesungen, moderne Tanzaufführungen sowie Vorträge veranstaltet und unterstützt. Österreichische Jugend- und Kinderbuchverlage sowie österreichische Firmen, die Produkte für Kinder und Jugendliche erzeugen, wurden beim internationalen Salon de l'enfant präsentiert. Im Rahmen einer Österreich-Woche wurden an der Europäischen Schule Videos mit österreichischen Filmen bzw. Dokumentationen gezeigt.

Madagaskar (Republik Madagaskar), Atananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marc Ravalomanana	Jaques Sylla	Marcel Ranjeva

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Atananarivo – HK

Präsident Marc Ravalomanana und der Minister für Industrialisierung, Handel und Entwicklung des privaten Sektors, Mejamirado Razafimihary, nahmen im Dezember an der 10. Generalkonferenz der UNIDO in Wien teil. Im Zuge dieses Besuchs wurde Präsident Ravalomanana von Nationalratspräsident Andreas Khol empfangen.

Der bilaterale Handelsaustausch mit Madagaskar ist gering. Die österreichischen Exporte betragen 3,36 Millionen Euro (+307,5%), die Importe 3 Millionen Euro (–9,2%).

Malawi (Republik Malawi), Lilongwe

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Bakili Muluzi	Lilian Patel

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – HK

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurden im Berichtszeitraum zur Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Malawi zwei Stipendien vergeben.

Die österreichischen Exporte betragen 649.000 Euro (–12,8%), die Importe 6,8 Millionen Euro (+283%).

Malaysia (Malaysia), Kuala Lumpur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong Tuanku Syed Sirajuddin Ibni Almarhum Tuanku Syed Putra Jamalullail	Dato' Seri Abdullah bin Haji Ahmad Badawi	Datuk Seri Syed Hamid bin Syed Jaafar Albar

Kuala Lumpur – ÖB, AHSt, AUA

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser (2.–4. Juli), u. a. Gespräche mit Finanzminister II Jamaluddin Jarjis, Gouverneurin der Nationalbank Zeti Aziz, der Nationalen Erdölgesellschaft Petronas sowie mit Vertretern österreichischer Firmen.

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner führte Gespräche mit Vizeaußenminister Leo Michael Toyad (im Jänner beim EU-ASEAN-AußenministerInnentreffen in Brüssel) und mit Außenminister Hamid Albar (im September am Rande der 58. VN-Generalversammlung).

Beim Gipfeltreffen der Organisation der Islamischen Konferenz in Putrajaya im Oktober hielt der Generalsekretär des Europarats Walter Schwimmer eine Rede.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betragen 82,6 Millionen Euro (-10,8%), die Importe 236,4 Millionen Euro (-50,2%).

Beim Weltfilmfestival anlässlich des Blockfreiengipfels in Kuala Lumpur im Februar errang der österreichische Streifen „Geboren in Absurdistan“ unter 48 Filmen aus 39 Staaten den zweiten Preis.

Aufgrund einer österreichischen Initiative war von Ende April bis Anfang November auf der Schallaburg die große Ausstellung „Reichtümer aus dem goldenen Malaysia“ zu sehen.

Am Expertensymposium anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Wiener Menschenrechtskonferenz am 24. November in Wien nahm aus Malaysia der ehemalige Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit von Richtern und Rechtsanwälten, Param Cumaraswamy, teil.

Malediven (Republik Malediven), Malé

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Maumoon Abdul Gayoom

Außenminister
Fathulla Jameel

ÖB, AHSt: siehe Indien, Malé – HK

Das bilaterale Handelsvolumen ist äußerst gering. Die österreichischen Exporte betragen 2,76 Millionen Euro (+510,7%), die Importe 271.000 Euro (+16,0%). Österreich ist eines der wichtigsten Herkunftsländer von Touristen. Eine Reihe österreichischer Staatsbürger arbeitet in fremdenverkehrsverbundenen Sektoren. Austrian Airlines fliegt Malé direkt an.

Österreich unterstützt die Malediven durch die Vergabe von Stipendien, insb für den Lehrgang Hotel- und Tourismusmanagement in Schloss Kleßheim.

Mali (Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt
Amadou Toumani Touré

Regierungschef
Ahmed Mohamed
Ag Hamadi

Außenminister
Lassana Traoré

ÖB: siehe Senegal, Bamako – HK; AHSt: siehe Marokko

Mali übernahm im Mai 2003 von Österreich den Vorsitz des „Netzwerkes Menschlicher Sicherheit“; aus diesem Anlass hielt sich Außenminister Traoré, Leiter der malischen Delegation, in Österreich (Grazer Ministertagung) auf. Ebenfalls im Rahmen des genannten Netzwerkes fand in Bamako ein Treffen hoher Beamter sowie eine internationale Tagung zu Fragen der Menschenrechtsausbildung mit starker österreichischer Beteiligung statt.

Die österreichischen Exporte betragen 6,09 Millionen Euro (+59,6%), die Importe 609.000 Euro (-65,7%).

Malta (Republik Malta), Valletta

Staatsoberhaupt
Guido de Marco

Regierungschef
Edward Fenech Adami

Außenminister
Joseph Borg

ÖB: siehe ÖB Rom; Valetta – HGK, Amtsbereich KA Rom; KF: siehe KF Rom; AHSt: siehe AHSt Mailand

Besuche in Österreich: Der Generalsekretär des maltesischen Außenministeriums, Gaetan Naudi, traf am 16. April in Wien den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle zu einem Arbeitsgespräch.

Verträge: Am 10. Dezember wurden die Ratifikationsurkunden über das österreichisch-maltesische Abkommen über den Schutz und die Förderungen von Investitionen ausgetauscht, das somit am 1. März 2004 in Kraft treten wird.

Anhang

Ein Rahmenvertrag über die Vertretung Maltas durch österreichische Konsularbehörden bei der Ausstellung von bestimmten Kategorien von Visa ist unterschriftsfertig und wird voraussichtlich 2004 unterzeichnet werden.

Wirtschaft: Die österreichischen Exporte betragen 20,04 Millionen Euro (-4,4%), die Importe 8,3 Millionen Euro (-10,4%).

Unter Österreichs Exporten nehmen (neben Getränken, Holz und Stahl bzw. Eisen) Maschinen und elektrotechnische Waren eine besonders bedeutende Position ein, unter Maltas Ausfuhren sind vor allem Textilien, optische Geräte und Spielzeug hervorzuheben.

Auch 2003 bestätigte sich das zunehmende Interesse österreichischer Banken an der Entfaltung von Aktivitäten in Malta: als insgesamt sechste österreichische Bank etablierte die BAWAG im Sommer 2003 eine Niederlassung in Malta, welche die an Kapitalausstattung größte Bank Maltas sein wird. Ebenso wurde die Banklizenz der „Erste Bank Malta“ auf zusätzliche Operationen (u.a. Portfolio-Management) ausgedehnt.

Der bereits 2002 erworbene Anteil von 40% der Anteile am „Malta International Airport“ durch ein von der „Vienna International Airport“ AG geführtes Konsortium verdient in diesem Zusammenhang ebenso Beachtung.

Kultur: Das Österreichische Kulturforum Rom begann mit den Vorarbeiten für eine angemessene österreichische Beteiligung an einem großen Kulturfestival, das im Mai 2004 aus Anlass des maltesischen EU Beitritts stattfinden wird und das allen 24 EU Partnern Maltas die Gelegenheit bieten soll, ihr Land und ihre Kultur der Bevölkerung Maltas zu präsentieren.

Souveräner Malteser Ritterorden

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fra' Andrew Bertie	Jacques Liedekerke	Alessandro Quaroni

ÖB: siehe Heiliger Stuhl

Marokko (Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI.	Driss Jettou	Mohamed Benaissa

Rabat – ÖB; Casablanca – AHSt

Bundesministerin Benita Ferrero – Waldner besuchte im Auftrag der griechischen EU – Präsidentschaft im Rahmen einer Maghreb Reise im Februar Marokko, um mit König Mohammed VI. und Außenminister Benaissa Gespräche zur Frage einer Lösung der Irakkrise zu führen.

Eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer Österreich reiste im Oktober zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen nach Casablanca und Rabat. Die österreichischen Exporte nach Marokko betragen 40,7 Millionen Euro (+18,2%), die Importe 70,2 Millionen Euro (+18,4%).

Auf dem Gebiet der Veterinärmedizin wurde die langjährige Kooperation zwischen den Universitäten Wien und Rabat durch Vorträge und Workshops österreichischer Professoren und durch Studienaufenthalte marokkanischer Assistenten fortgesetzt.

Die Universität Graz ist an einem von der EU im Rahmen von TEMPUS finanzierten Kooperationsprojekt über zweijährige Master-Studien (Frauen- und Geschlechterrecht) beteiligt.

Österreichische Musiker nahmen am EU-Jazzfestival, am Festival der Gezupften Saiten in Rabat und am 25. Festival von Asilah teil.

Marshall Inseln (Republik der Marshall Inseln), Majuro

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Kessai Note	Gerald M. Zackios

ÖB, AHSt: siehe Australien

Der bilaterale Handelsverkehr blieb gering.

Länderinformationen

Mauretanien

(Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya	Sghair Ould M'Barek	Mohamed Vall Ould Bellal

ÖB, AHSt: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betragen 2,2 Millionen Euro (+19,9%), die Importe 16.000 Euro (-42,5%).

Mauritius

(Republik Mauritius), Port Louis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sir Anerood Jugnauth	Paul Raymond Bérenger	Anil Kumarsingh Gayan

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – HK

Der Handelsaustausch zwischen Österreich und Mauritius ist gering.

Die österreichischen Exporte betragen 3,82 Millionen Euro (+17,8%), die Importe 7,54 Millionen Euro (+6,7%).

Mazedonien

(Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boris Trajkovski	Branko Crvenkovski	Ilinka Mitreva

Skopje – ÖB, HGK, ÖBTZ (Leiter in Tirana), AUA, AHSt: siehe Serbien und Montenegro

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter (14. August). Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner führte während der Tagung des European Atlantic Partnership Councils (Madrid, 4. Juni) und während der Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 23. September) Gespräche mit Außenministerin Ilinka Mitreva.

Besuche in Österreich: Präsident Boris Trajkovski zur Teilnahme am Treffen der Staatsoberhäupter der Länder Zentral- und Südeuropas auf Einladung von Bundespräsident Thomas Klestil (Salzburg, 22. Mai); Stellvertretende Premierministerin Radmila Šekerinska, Arbeitsgespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (11. Juni); Wirtschaftsminister Prof. Ilija Filipovski, Gespräche mit Bundesminister Martin Bartenstein anlässlich eines Symposiums über Investitionsförderung in den südosteuropäischen Staaten (10./11. Juli), Minister für Erziehung und Wissenschaft Azis Polozhani, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Elisabeth Gehrer (16. September).

Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit wurden Infrastrukturprojekte (Wasserleitungen und Kanäle) sowie der Wiederaufbau von zehn Häusern finanziert, die während des bewaffneten Konfliktes 2001 zerstört worden waren. Die österreichischen Exporte betragen 57,1 Millionen Euro (-16,5%), die Importe 8,8 Millionen Euro (-6,1%).

Österreich beteiligte sich im Jahr 2003 mit zwölf Angehörigen des Bundesheeres an der EU-Mission Concordia. An der am 15. Dezember angelaufenen EU-Polizeimission Proxima ist Österreich mit zwei Polizisten beteiligt.

Vom 4. bis 12. Dezember fand in Skopje eine österreichische Filmwoche statt. Am 3. und 4. April traten der österreichische Dirigent Manfred Huss sowie der Solist Wolfgang David Sengtschmid in Konzerten in Skopje und Bitola auf.

Mexiko

(Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Vicente Fox Quesada	Luis Ernesto Derbez Bautista

Mexiko-Stadt – ÖB, KF, AHSt; Acapulco, Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – HK

Anhang

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein und Bundesminister Josef Pröll aus Anlass der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (Cancún, 10.–14. September 2003); bilaterales Arbeitsgespräch von Bundesminister Martin Bartenstein mit Wirtschaftsminister Fernando Canales Clariond (11. September 2003).

Besuche in Österreich: der stv. Wirtschaftsminister Angel Villalobos Rodríguez führte mit Sektionschef Josef Mayer, BMWA, ein Arbeitsgespräch (Wien, 24. Juni).

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner führte am Rande des Außenministertreffens der EU mit der Rio-Gruppe ein bilaterales Arbeitsgespräch mit Außenminister Luis Ernesto Derbez Bautista (Athen, 27. März).

In Wien wurde eine Straße nach dem mexikanischen Diplomaten Gilberto Bosques benannt, der während des Zweiten Weltkrieges tausenden Verfolgten des NS-Regimes, darunter vielen Österreichern, das Leben gerettet hatte.

Die Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Die österreichischen Exporte betragen 169,48 Millionen Euro (+10,6%), die Importe 102,69 Millionen Euro (-27,8%).

In Mexiko-Stadt und in zwölf verschiedenen mexikanischen Bundesstaaten wurde eine große Anzahl österreichbezogener kultureller Veranstaltungen durchgeführt: 29 musikalische Auftritte, zwölf Ausstellungen, acht Vorträge, elf literarische und dramaturgische Veranstaltungen sowie zwei Filmvorführungen. Hervorzuheben sind die Großausstellung des Konzeptkünstlers Erwin Wurm im Museo Carillo Gil, die Teilnahme des Hugo Wolf-Quartetts am Internationalen Festival Cervantino in Guanajuato, Konzerte der Wiener Sängerknaben sowie des Altenberg-Trios. Die Ausstellungen „Harry Weber: Leben in Wien“ und „Innovative Österreichische Architektur“ wurden an mehreren Orten gezeigt. Der Schriftsteller Franzobel hielt in Mexiko-Stadt zwei zweisprachige Lesungen und nahm am Internationalen Literaturfestival „Letras en el Golfo“ in Tampico teil. Die Schriftstellerin Sabine Scholl trug an mehreren Universitäten und an der Nationalbibliothek in Mexiko-Stadt aus ihrem Roman „Die geheimen Aufzeichnungen Marinas“ vor. Die philosophische Fakultät der staatlichen Universität von Mexiko (UNAM) erhielt eine Bücherspende in Form österreichischer Literatur. Österreichische LektorInnen lehren an der UNAM und an der Universität in Monterrey. Österreich nahm an den gemeinsamen Kulturprojekten der EU-Mitgliedstaaten und der Kandidatenländer in Mexiko teil: am Festival Eurojazz wirkte das Sabine Hank-Trio mit, welches auch in San Luis Potosí auftrat. Beim Europäischen Filmfestival war Österreich mit dem Film „Blue Moon“ von Andrea Dusl vertreten. Im Oktober war das Kammerorchester der EU zu Gast in Mexiko. Das Ausstellungsprojekt „Die Donau“, an dem alle Donauanrainerstaaten teilnahmen, wurde an mehreren Orten in und außerhalb von Mexiko-Stadt gezeigt. Mehrere mexikanische StipendiatInnen studieren in Österreich. Eine auf dem Gelände der Botschaft eingerichtete Künstlerwohnung wird laufend von österreichischen KünstlerInnen benutzt.

Mikronesien (Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Leo A. Falcam bzw.
Joseph Urusemal

Außenminister

Leske Lehsi bzw.
Sebastian L. Anefal

ÖB, AHSt: siehe Australien

Der bilaterale Handelsverkehr blieb gering.

Moldau (Republik Moldau), Chişinău

Staatsoberhaupt

Vladimir Voronin

Regierungschef

Vasile Tarlev

Außenminister

Nicolae Dudau

ÖB, AHSt: siehe Rumänien; Chişinău – Österreich-Bibliothek, Bildungsbeauftragter, Tyrolean Airways

Besuche aus Österreich: Teilnahme an der 113. Sitzung des Ministerkomitees des Europarates von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und von Landeshauptmann Her-

Länderinformationen

wig Van Staa in dessen Eigenschaft als Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (Chişinău, 4.–6. November).

Besuche in Österreich: Teilnahme von Staatspräsident Vladimir Voronin am Treffen der zentral- und osteuropäischen Präsidenten (Salzburg, 22.–24. Mai); Teilnahme des stellvertretenden Ministers für Wirtschaft und Reformen Veceslav Afanasiev am 2. Treffen der Wirtschaftsminister der Staaten Südosteuropas im Rahmen des Investment Compact des Stabilitätspakts (Wien, 11. Juli). Die österreichischen Exporte betragen bis Juni 2003 19,1 Millionen Euro (+4,9%), die Importe 12,6 Millionen Euro (+72,2%).

Ein Projekt zur Verbesserung der Heizversorgung in der staatlichen Hautklinik in Chişinău in der Höhe von 82.000 Euro wurde lanciert.

Die Österreich-Bibliothek in Chişinău und die neubesetzte Stelle eines Beauftragten für Bildungskooperation trugen zur Verstärkung der kulturellen Beziehungen mit der Republik Moldau bei.

Monaco (Fürstentum Monaco), Monaco-Ville

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister	
Fürst Rainier III. Grimaldi	Patrick Leclercq	

Monte Carlo – HGK

Besuche aus Österreich: Bundesminister für Inneres Ernst Strasser, Treffen mit Regierungschef Leclercq und den Verantwortlichen für die innere Sicherheit (Monaco, 11.–13. April 2003)

Botschafter Prohaska, Besuch bei Regierungschef Leclercq (Monaco, 16.–18. Juni 2003)

Zwischen Österreich und dem Fürstentum Monaco bestehen konsularische Beziehungen. Die in Aussicht genommene Aufnahme diplomatischer Beziehungen (ohne Botschafteraustausch) kann erst nach dem Inkrafttreten des in Verhandlung befindlichen neuen bilateralen Abkommens zwischen Monaco und Frankreich erfolgen.

Mongolei (Republik Mongolei), Ulan Bator

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Natsagiin Bagabandi	Nambariin Enkhbayar	Luvsangiin Erdenechuluun

ÖB, AHSt: siehe China

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler und Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (7. bis 16. August). Im Rahmen des Besuchs wurde ein Memorandum zur Zusammenarbeit in Kultur, Bildung und Wissenschaft unterzeichnet, der Mongolischen Nationaluniversität eine umfangreiche Bücherspende und mongolischen Krankenhäusern medizinische Geräte übergeben. Ein österreichisches Ärzteteam führte zwei Wochen lang Ausbildungskurse für mongolische Mediziner durch.

Besuche in Österreich: Staatspräsident Natsagiin Bagabandi in Begleitung von Außenminister Luvsangiin Erdenechuluun (2.–4. Juli), Gesundheitsminister Pagvajav Nyamdawa (23. Mai). Im Rahmen des Besuchs von Staatspräsident Bagabandi wurde das 40-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gefeiert und die Botschaft der Mongolei in Wien offiziell eröffnet.

Die österreichisch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich zwar weiter positiv, allerdings noch auf sehr niedrigem Niveau. Der bilaterale Handelsaustausch war gering: die österreichischen Exporte betragen 3,3 Millionen Euro (+32,5%), die österreichischen Importe 441.000 Euro (+32,5%).

Vom 12. bis 14. Mai fand in Ulan Bator die 1. Tagung der durch das bilaterale Abkommen über Außenwirtschaftsbeziehungen vom 15. Dezember 1992 eingerichteten Gemischten Wirtschaftskommission statt.

Im Laufe des Jahres wurden vier mongolische akademische Einrichtungen in das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet eingebunden, in dessen Rahmen die bilaterale wissenschaftliche und universitäre Kooperation intensiviert werden soll.

Anhang

Mosambik (Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Joaquim Alberto Chissano	Pascoal Manuel Mocumbi	Leonardo Santos Simão

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Liaisonsbüro der ÖEZA; Beira – Koordinationsbüro der ÖEZA**

Im Jahre 2003 kam es zu keinem offiziellen Besuchs austausch. Österreich war beim Consultative Group Meeting zu Mosambik Anfang Oktober in Paris vertreten. EU-Kommissionspräsident Prodi nahm am 2. Gipfeltreffen der Afrikanischen Union Anfang Juli 2003 in Maputo teil.

Mosambik ist Schwerpunktland der ÖEZA. Das aktuelle Dreijahresprogramm 2002–2004 stellt in Konformität mit dem neuen ÖEZA-Gesetz **Armutsbekämpfung** in den Vordergrund und wurde im Jahr 2003 einer Gesamtevaluierung unterzogen. Demnach stellen die Sektorprogramme Dezentralisierung und Ländliche Entwicklung einen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Provinz Sofala dar. Die Förderung von Distriktentwicklungsplänen mit Einbeziehung der lokalen Interessensgruppen, landwirtschaftliche Produktion, Vermarktung und Weiterverarbeitung zur lokalen Bedarfsdeckung stehen dabei im Vordergrund der Projekte. Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene sowie fortgesetzte Entminungsaktivitäten ergänzen das Programm in den ländlichen Gemeinden der Provinz Sofala.

Horizont 3000 (sieben ExpertInnen) mit Entwicklungshilfeeinsätzen, Hilfswerk Austria, Caritas, das österreichische Rote Kreuz und, seit diesem Jahr, die Christoffel-Blindenmission ergänzen die bilaterale Zusammenarbeit. Zwei Teilnehmer aus Mosambik erhielten Stipendien für die Studienlehrgänge an der internationalen Hotel- und Tourismusfachschule in Klessheim.

Die österreichischen Exporte betragen 583.000 Euro (–50,1%), die Importe 5,2 Millionen Euro (–80,5%).

Myanmar (Union Myanmar), Yangon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Senior General Than Shwe	General Khin Nyunt	Win Aung

ÖB, AHSt, AUA/LA: siehe Thailand

Die österreichischen Exporte betragen 4,9 Millionen Euro (+43,9%), die Importe 7,5 Millionen Euro (+1,6%).

Namibia (Republik Namibia), Windhoek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Samuel Nujoma	Theo-Ben Gurirab	Hidipo Hamutenya

ÖB, AHST: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Am 28. und 29. Mai war Bundesminister Ernst Strasser zu einem offiziellen Besuch in Windhoek, in dessen Rahmen er ein Arbeitsgespräch mit Innenminister Jerry Ekandjo führte und diesem den Entwurf für ein polizeiliches Kooperationsabkommen übergab. Bundesminister Strasser wurde auch von Ministerpräsident Theo-Ben Gurirab empfangen. Am 29. Mai unterzeichneten Bundesminister Strasser und Finanzministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila ein Investitionsschutzabkommen. Am 17. November stattete Ministerpräsident Ben Gurirab Österreich einen Arbeitsbesuch ab und wurde von Bundeskanzler Schüssel, Nationalratspräsident Prof. Andreas Khol und Bundesminister Martin Bartenstein empfangen. Der Ministerpräsident Ben Gurirab begleitende stellvertretende Außenminister Kaire M. Mbuende führte am selben Tage ein Arbeitsgespräch mit Generalsekretär Johannes Kyrle. Die namibische Ministerin für Handel und Industrie, Jesaya Nyamu, nahm im Dezember an der 10. Generalkonferenz der UNIDO in Wien teil.

Namibia ist Kooperationsland der ÖEZA. **Schwerpunkte** der Zusammenarbeit sind ein neues Jugendstrafrecht sowie Rechtsreformen zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen auf Grund ihres Geschlechts, die Ausbildung Jugendlicher sowie die Entwicklung eines ökologisch

Länderinformationen

nachhaltigen Tourismus unter direkter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in der unterentwickelten Nord-West Region. Österreichische Projektträger sind das „Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit“, das „Internationale Institut für Zusammenarbeit“ (IIZ) sowie HORIZONT 3000. Namibische Partner sind neben staatlichen Stellen (Justiz-, Tourismusministerium) das Legal Assistance Centre (LAC) sowie die Tourismus NGO Namibian Community Based Tourism Association (NACOBTA).

Im Rahmen der 21. Germanistentagung des Südlichen Afrika zum Thema „Deutsch als Fremdsprache“ von 14.–16. April in Windhoek hielt der in Österreich und im Senegal lebende österreichische Autor Hans Trummer eine Lesung aus seinen Werken.

Der bilaterale Handel blieb gering und wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt. Die österreichischen Exporte betragen 3,9 Millionen Euro (+476,7%), die Importe 1,9 Millionen Euro (+109,0%).

Nauru

(Republik Nauru), Yaren District

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister

Hon Rene Harris, MP

ÖB, AHSt: siehe Australien

Nepal

(Königreich Nepal), Kathmandu

Staatsoberhaupt

Regierungschef und Außenminister

König Gyanendra

Surya Bahadur Thapa

Bir Bikram Shah Dev

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – HK

Nepal ist Kooperationsland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ÖEZA). Im Mittelpunkt stehen dabei Projekte in den Bereichen ländliche und regionale Entwicklung (Schaffung zusätzlicher oder alternativer Einkommensmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung in Ostnepal), Ökologie, Energie durch Wasserkraft, umweltfreundlicher und sozialverträglicher Tourismus (Aufbau, Infrastruktur, Aus- und Fortbildungskurse für Beschäftigte im Hotel- und Gastgewerbe, Bergführer, etc.) und Erhaltung des kulturellen Erbes. Das Projekt Patan-Museum konnte mit der Herausgabe eines Museumsführers in Englisch und Nepali und der Publikation einer Monographie „Patan Museum: the Transformation of a Royal Palace in Nepal“ abgeschlossen werden.

Die Restaurierung der historischen Gartenanlage Keshar Mahal Garden of Dreams (Garden of the Six Seasons) in Kathmandu wurde fortgesetzt. Durch ein multifunktionales Nutzungskonzept soll sich der Gartenkomplex in Zukunft selbst erhalten können.

Darüber hinaus führt die ÖEZA über die Nichtregierungsorganisation ÖKO-Himal zahlreiche Projekte zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Subsistenzbauern durch (Gesundheitsstation in Simigaon, mobiles Gesundheitszentrum, Errichtung von Schulen, Stipendienprogramm für Schülerinnen, Muktinath Tibetan Traditional Medical Centre). Die Bewahrung und Sicherung der traditionellen Musik und die Erhaltung kultureller Artefakte für kommende Generationen bilden einen weiteren Schwerpunkt. Mit der Unterstützung von Radio Sagar-matha, dem ersten regierungsunabhängigen und nicht kommerziellen Radiosender, soll ein Beitrag zur Demokratisierung des Landes geleistet werden.

Fast alle Entwicklungsprojekte waren auch im vergangenen Jahr mehr oder weniger stark von den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen nepalesischer Armee und maoistischer Guerilla betroffen. Im Einklang mit der internationalen Gebergemeinschaft möchte Österreich die Projekte und Programme aber so gut und lange wie möglich weiterführen. Die in Nepal von der ÖEZA finanzierten Projekte werden in erster Linie von NROs durchgeführt.

Auf regionaler Ebene arbeitet die ÖEZA mit dem in Kathmandu ansässigen International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) zusammen. Im Dezember fand das ICIMOD Board Meeting in Kathmandu statt.

Die österreichischen Exporte betragen 1,13 Millionen Euro (–61,6%), die Importe 1,41 Millionen Euro (–29,0%). Austrian Airlines fliegt Kathmandu direkt an.

Anhang

Eine wertvolle Dipankara-Buddha Prozessionsmaske, die Anfang des Jahres in Patan gestohlen wurde und dem Wiener Völkerkundemuseum zum Kauf angeboten wurde, konnte am 24. Oktober in einer feierlichen Zeremonie den nepalesischen Stellen zurückgegeben werden.

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten. Im Berichtszeitraum wurden an insgesamt 13 KandidatInnen Stipendien zu Aus- und Weiterbildung in Österreich vergeben, davon sechs Nord-Süd-Stipendien.

Neuseeland (Neuseeland), Wellington

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II. vertreten durch: Generalgouverneur Dame Silvia Cartwright	Helen Clark	Phil Goff

ÖB, AHSt und ÖW: siehe Australien; Wellington – HGK; Auckland – HK

Die österreichischen Exporte betragen 62,3 Millionen Euro (-9,4%), die Importe 30,4 Millionen Euro (+4,5%).

Nicaragua (Republik Nicaragua), Managua

Staatsoberhaupt und Regierungschef Enrique Bolaños Geyer	Außenminister Norman Caldera Cardenal
---	--

ÖB: siehe Guatemala; Managua – Regionalbüro der ÖEZA; **AHSt:** siehe Mexiko

Nicaragua hat im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit den Status eines Schwerpunktlandes. Das seit 1986 bestehende Koordinationsbüro für EZA finanziert derzeit 80 Projekte in drei Sektoren (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe sowie Sozialprojekte). Ziel der EZA ist es, einkommens- und arbeitsplätze-schaffende Maßnahmen zu fördern, um die wirtschaftliche Integration und nachhaltige Armutsbekämpfung voran zu treiben. Zudem kommt der Förderung von Frauen sowie ökologischen Projekten große Bedeutung zu.

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd Partnerschaft die akademische Ausbildung von nicaraguanischen Fachkräften in Österreich.

Die österreichischen Exporte betragen 6,7 Millionen Euro (+460%), die Importe 2,9 Millionen Euro (-45%).

Niederlande (Königreich der Niederlande, Amsterdam)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Beatrix	Jan Peter Balkenende	Jaap de Hoop Scheffer Bernard Bot (seit 3. Dezember)

Den Haag – **ÖB, AHSt;** Amsterdam – **HGK, ÖW, AUA;** Rotterdam – **HK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, OSZE-Ministertreffen (Maastricht, 1.–2. Dezember), Treffen der EU-Staatssekretäre und Generalsekretäre (Amsterdam, Den Haag, 5.–7. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Jaap de Hoop Scheffer (Wien, 13.–14. Jänner).

Der bilaterale Handelsaustausch ist erstmals seit einigen Jahren rückläufig. Die österreichischen Exporte betragen 1,6 Milliarden Euro (-12,3%), die Importe 2,4 Milliarden Euro (-5,0%).

Von Februar bis Juni war im Joods Historisch Museum in Amsterdam die Ausstellung „Hom too?“ von Oz Almog zu sehen. Zur Eröffnung kamen viele prominente Niederländer wie Leon de Winter und Raoul Heertje, der die Eröffnungsrede hielt.

Länderinformationen

Auf dem diesjährigen Internationalen Filmfestival in Rotterdam und auf dem IFDA (Internationalen Festival für Dokumentationsfilme) war Österreich mit Filmen von Peter Kubelka, Ulrich Seidl und Susanne Brandstätter vertreten, die auch bei den jeweiligen Premieren anwesend waren. Im Februar fand in Lunteren wieder ein Nationaler Deutschlehrerkongress statt, bei dem Österreich mit Manfred Mittermayer und seinen Vorträgen und Workshops über Ernst Jandl prominent vertreten war.

Von Anfang Mai bis Ende August fand in Rotterdam die 1. Internationale Architektur Biennale zu dem Thema Mobilität statt. Österreich war mit dem Projekt FileKit des Architektur-Büros Feld 72 hieran beteiligt. Die Architektur Biennale zählte fast 200.000 Besucher.

Im Laufe des Jahres fanden Lesungen mit den österreichischen Autoren Josef Winkler, Margit Schreiner, Gustav Ernst, Karin Fleischanderl, Lilian Faschinger und Norbert Gstrein statt, die alle außerordentlich gut besucht waren.

Auf Einladung des Österreicher-Vereins hielt Fritz Mulari in den Niederlanden zwei Lesungen.

Niger

(Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Mamadou Tandja	Hama Amadou	Aichatou Mindaoudou

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; AHSt: siehe Marokko

Anfang November hielt Dr. Karl Stöger, Univ.-Ass. am Institut für Verwaltungs- und Verfassungsrecht an der Universität Wien, ein Seminar über die Praxis der Rechtsauslegung an der Universität in Niamey vor Mitgliedern des Höchstgerichts ab.

Der Dekan der Rechts- und Wirtschaftsuniversität von Niamey hielt sich im Juni zu Forschungstätigkeiten am Hans-Kelsen-Institut in Wien auf.

Die österreichischen Exporte betragen 177.000 Euro (-43,0%), die Importe 217.000 Euro (-37,7%).

Nigeria

(Bundesrepublik Nigeria); Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
General Olusegun Obasanjo	Alhaji Sule Lamido (seit Mai 2003) Botschafter Oluyemi Adeniji (seit August 2003)

Lagos – ÖB, AHSt

Ende Oktober 2003 fanden zwischen einer nigerianischen und einer österreichischen Expertendelegation in Wien Verhandlungen über ein Wanderungsabkommen statt.

Eine vom Nigerian Institute for Political and Strategic Studies (NIPSS) koordinierte Gruppe von Führungskräften hielt sich im Mai/Juni in Österreich auf und führte diverse Orientierungsgespräche mit Vertretern des BMAA, der WKÖ und der DA durch.

Die österreichischen Exporte erreichten 84,2 Millionen Euro (-4,0%), die Importe 251 Millionen Euro (-18,3%).

Als stabile Exportprodukte erwiesen sich einmal mehr Stickereien. Der Absatz dieser Produktgruppe stieg – wie in den Vorjahren – weiter an.

Rückgänge waren im Export von Maschinen und Fahrzeugen zu verzeichnen. Die Importe aus Nigeria bestanden nahezu zur Gänze aus Rohöl.

Niue

(Niue), Alofi

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II. vertreten durch:	Young M. Vivian
Generalgouverneur	
Dame Silvia Cartwright	

ÖB, AHSt: siehe Australien

Anhang

Norwegen (Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Harald V.	Kjell Magne Bondevik	Jan Petersen

Oslo – ÖB, HGK, AHSt; Bergen, Stavanger, Ålesund, Kristiansand, Trondheim, Tromsø – HK; ÖW: siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhart Waneck zur Teilnahme an der europäischen Gesundheitsministerkonferenz (Oslo, 11.–13. Juni); Generalstabschef Roland Ertl (Oslo, 17.–20. November).

Besuche in Österreich: Königin Sonja zur Eröffnung der Albertina in Wien (13.–15. März); Außenminister J. Petersen zur Teilnahme am HSN-Ministertreffen (Graz, 8.–10. Mai); Generalsekretär im norwegischen Außenministerium, Botschafter Bjarne Lindstrøm, zu Gesprächen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Wien, 26. Februar); Sozialministerin Ingerd Schou zu Gesprächen mit Vizekanzler Herbert Haupt (Wien, 16. April); Staatssekretär im Außenministerium, Kim Traavik (Wien, 3. September); Klubobfrau Trine Skei Grande (Wien 23.–24. April).

Die österreichischen Exporte betragen 257,7 Millionen Euro (–9,7%), die Importe 242,6 Millionen Euro (+17,5%).

Aus dem reichhaltigen Osloer Kulturkalender 2003 sei erwähnt:

Fortsetzung der Osloer Literarischen Salons mit Abenden zu Ingeborg Bachmann und Robert Menasse sowie Abende mit Franzobel und Peter Waterhouse, Lesereise von Franzobel nach Bergen und Trondheim, Performance der Ziertextphonofaktur Onophon mit dem Sprechkünstlerduo Rainer Deutner und Werner Nowacek im Rahmen des Poesiefestivals „audiatur“ in Bergen, Gastspiel der Tanz- und Performancecompagnie Superamas mit „Game Boys“ im Rahmen des Bergen Art Festivals.

Wanderausstellung „Bauen in Europa“ im Kunstverein Haugesund, Ausstellung „Frische Fische aus dem Architektenpool – Graz 03“ in Zusammenarbeit mit „norsk form“ und der Osloer Architektenvereinigung sowie Ausstellung „Emerging architecture 3“ vom Architekturzentrum Wien in der Osloer Architektenhochschule.

Konzert von New Austrian Sound of Music – Trio-Rock Band Radian im Osloer Jazzklub Blå –, Konzerte der Camerata Salzburg unter Sir Roger Norrington im Rahmen der Bergenser Festspiele. Teilnahme am 2. EU-Dokumentarfilmfestival in Oslo mit der Produktion „Mein Boss bin ich“ von Niki Liszt.

Vorlesungen von Univ.-Prof. Dr. Dietmar Goltschnigg (Universität Graz) in Oslo und Bergen über „Kafkas Parabeln“, Vortrag von Prof. Eberhard Scheiffele über den Wiener Arzt und Psychiater Dr. Jacob Moreno am Psychodramainstitut in Oslo und Vorlesung des Architekten Armin Kathan von der „Holz Box Tirol“ an der Osloer Architektenhochschule.

Oman (Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt:	Regierungschef:	Außenminister:
S. M. Sultan Qaboos bin Said Al Said (nominell auch Regierungschef, Außen-, Verteidigungs- u. Finanzminister)	S. H. Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said (stv. Ministerpräsident für Kabinettsangelegenheiten)	S. E. Youssuf bin Alawi bin Abdullah, Minister zuständig für auswärtige Angelegenheiten

Maskat – ÖB; AHSt: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Über Einladung von Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. Michael Häupl stattete der Präsident der Stadt Maskat (Bürgermeister), Abdullah bin Abbas bin Ahmed, der Stadt Wien vom 18.–22. Mai 2003 einen offiziellen Besuch ab. Dabei standen insb die Abfallwirtschaft und Was-

Länderinformationen

serentsorgung im Vordergrund, um die Qualität der Wiener Technologie zu demonstrieren und auf diesem Sektor zusammenzuarbeiten.

Vom 13.–15. Oktober 2003 stattete Klubobmann Herbert Scheibner über Einladung seines ehemaligen Amtskollegen, Verteidigungsminister Sayyid Badr bin Saud bin Hareb Al Busaidi, in Begleitung einer größeren Wirtschaftsdelegation einen offiziellen Besuch ab.

Über Einladung des Bundesministeriums für Justiz wurde eine Gruppe junger omanischer Staatsanwälte zum Studium der Arbeitsweise der österreichischen Generalstaatsanwaltschaft nach Wien eingeladen. Es war dies der erste direkte Erfahrungsaustausch mit der österreichischen Bundesverwaltung.

Die kulturellen Aktivitäten wurden auch im Jahre 2003 fortgesetzt: Fotoausstellung Inge Morath „Die Donau“ im Jänner 2003, Konzerte des „Trio Viennarte“ im April 2003 in Maskat und erstmals in Salalah, Provinz Dhofar, begleitet von einer Ausstellung von vier österreichischen Künstlerinnen „Landscapes“, die von der Präsidentin der österreichisch-omanischen Gesellschaft, Bundesministerin a. D. Hilde Hawlicek, eröffnet wurde.

Die österreichischen Exporte betragen 25,7 Millionen Euro (+62,4%), die Importe beliefen sich auf 1,6 Millionen Euro(+919,0%).

Pakistan (Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pervez Musharraf	Mir Zafarullah Khan Jamali	Mian Kurshid Mehmud Kasuri

Islamabad – ÖB; Lahore, Karachi – HK; AHSt; siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Besuch von Industrieminister Liaqat Ali Jatui, Gespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein (Februar).

Unter dem Titel „Ph.D. Scholarships for Studies of Science and Technology and Engineering“ und auf Grund eines zwischen Bundesministerin Elisabeth Gehrler und dem pakistanischen Wissenschaftsminister Atta-ur-Rahman geschlossenen Memorandums of Understanding studieren derzeit 36 pakistanische post-graduate Studenten ein Jahr lang an verschiedenen österreichischen Unversitäten. Diese Zahl soll im kommenden Jahr auf 100 Studenten ausgeweitet werden. Ende Oktober kam es zur Eröffnung des Erdgasfeldes Sawan durch ein von der ÖMV geführtes internationale Konsortium. Dieses Feld sichert die Versorgung von mehreren Millionen Haushalten auf mindestens 30 Jahre. Im Sommer wurde eines der größten Wasserkraftwerke der Welt, Ghazi Barotha, mit Hilfe österreichischer Technologie und österreichischer Techniker fertig gestellt.

Die österreichischen Exporte betragen 53,2 Millionen Euro (+3,3%). Die Importe beliefen sich auf 49,6 Millionen Euro (–0,4%).

Palau (Republik Palau), Koror

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Tommy Remengesau, Jr.	Temmy L. Shmull

ÖB, AHSt: siehe Australien

Panama (Republik Panama), Ciudad de Panamá

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister
Mireya Moscoso Rodríguez	Harmodio Arias Cerjack

ÖB: siehe Kolumbien; Ciudad de Panamá – HGK; AHSt: siehe Mexiko

Die österreichischen Exporte betragen 5,7 Millionen Euro (–0,8%), die Importe 11,4 Millionen Euro (–3,6%).

Anhang

Papua-Neuguinea (Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II. vertreten durch: Generalgouverneur Sir Silas Atopare	Sir Michael T. Somare	Sir Rabbie Namaliu

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – HK

Die österreichischen Exporte betragen 234.000 Euro (+532,9%), die Importe 436.000 Euro (–6,0%). Die größte österreichische Entwicklungshilfeorganisation Horizont 3000 mit ihrer Koordinationsstelle in Mount Hagen hat über ein Dutzend Entwicklungshelfer im Einsatz. Schwerpunkte sind Handwerk und Kleingewerbe sowie soziale Dienste. Im Rahmen der EU wurde u.a. Hilfe für den Wiederaufbau auf Bougainville geleistet. Auch dort sind zwei österreichische Experten im Einsatz.

Zahlreiche Priester und geistliche Schwestern des Päpstlichen Missionswerkes in Wien sind seelsorgerisch in Papua Neu Guinea tätig.

Paraguay (Republik Paraguay), Asunción

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Luis Ángel González Macchi Ruffinelli (bis 14. August 2003) Nicanor Duarte Frutos (ab 15. August 2003)	José Antonio Moreno (bis 14. August 2003) Leila Rachid de Cowles (ab 15. August 2003)

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Asunción – HGK

Am 24./25. März absolvierte Außenminister José Antonio Moreno Ruffinelli einen Arbeitsbesuch in Wien. Am Rande der 58. VN-GV traf Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner mit Außenministerin Leila Rachid de Cowles zu einem bilateralen Gespräch zusammen.

Der Außenhandel zwischen beiden Ländern verzeichnete im Vorjahr einen neuerlichen Rückgang: Die österreichischen Exporte betragen 2,3 Millionen Euro (–10,7%), die Importe betragen 318.000 Euro (+32,7). Der Handel zwischen Österreich und Paraguay wird stark von Einzelgeschäften beeinflusst.

Peru (Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alejandro Toledo Manrique	Luis Solari de la Fuente (bis 28. Juni 2003) Beatriz Merino Lucero (29. Juni – 15. Dezember 2003) Carlos Ferrero Costa (seit 16. Dezember 2003)	Allan Wagner Tizón (bis 15. Dezember 2003) Manuel Rodríguez Cuadros (seit 16. Dezember 2003)

Lima – ÖB, AHSt: siehe Chile; Arequipa (vorübergehend geschlossen), Cusco, Iquitos, Trujillo – HK

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner traf am Rande des XI. Außenministertreffens der EU mit der Rio Gruppe in Athen am 28. März 2003 mit dem Außenminister Perus Allan Wagner zu einem bilateralen Gespräch zusammen. 2003 führte Peru den Vorsitz der Rio Gruppe. Bundesminister Dieter Böhmendorfer empfing in Wien am 24. Jänner den peruanischen Justizminister Fausto Alvarado Doderó.

Länderinformationen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten widmete 100.000 Euro dem vom VN-Drogenkontrollbüro in Peru durchgeführtem alternativen Entwicklungsprogramm zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels in der Region Pichis, Palcazu und Aguaytia. Aus Mitteln der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurden im Rahmen von Kofinanzierungen Projekte von österreichischen Nichtregierungsorganisationen u.a. im Bereich der Gesundheitsvorsorge sowie bei der Errichtung eines lokalen privaten Radiosenders in Puno gefördert. In der Alttiroler Kolonie Pozuzo wurden die vom Land Tirol und vom BMAA unterstützten Vorhaben weiter vorangetrieben.

Die Zusammenarbeit zwischen der Universität für Bodenkultur Wien mit der Universität La Molina (Lima), der Johannes-Kepler Universität Linz mit der Universität Trujillo sowie der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck mit der Universidad del Pacífico (Lima) wurde 2003 fortgeführt. Für Forschungsarbeiten im Bereich der Wasserwirtschaft wurde einer Peruanerin ein dreimonatiges Stipendium für die Universität für Bodenkultur in Wien zuerkannt. Mit einem weiteren Stipendium konnte die Teilnahme eines Peruaners am Universitätslehrgang des Joanneum Research in Graz über Grundwasserforschung ermöglicht werden.

Im Rahmen des Europäischen Filmfestivals in Lima wurde der Streifen „Mein Stern“ von Valeska Grisebach gezeigt. Gemeinsam mit dem Fotografiezentrum Lima präsentierte die ÖB Lima im November 2003 die Fotografieausstellung „Gerhard Trumler – Hommage“ im Rahmen des Monats für Fotografie in Lima, Mirafoto. Der österreichische Violonist Lukas David trat im Juli/August im Rahmen des nach ihm benannten Kammermusikfestes in Lima auf. Paul Badura-Skoda trat im September in Lima als Pianist und Dirigent auf.

Die österreichischen Exporte betragen 19,06 Millionen Euro (–6,5%), die Importe 6,67 Millionen Euro (–13,6%).

Philippinen (Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt und Regierungschefin

Gloria Macapagal Arroyo
(bis 14. Dezember 2003)

Delia D. Albert

(seit 22. Dezember 2003)

Außenministerin

Blas Ople

Manila – ÖB, HGK, AHSt.; Cebu – HGK

Am 26. September fand in Wien das zweite Treffen der österreichisch-philippinischen Gemischten Arbeitsgruppe für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Das 2002 unterzeichnete bilaterale Investitionsschutzabkommen trat am 1. Dezember in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 163,48 Millionen Euro (+132,3%), die Importe 62,02 Millionen Euro (–6,0%).

An österreichischen kulturellen Aktivitäten sind zu nennen: Vienna Opera Ball der Johann Strauss Society, Erstaufführung von Mahlers 3. Symphonie in den Philippinen durch das Philippine Philharmonic Orchestra, Teilnahme des Chorus Sine Nomine aus Wien am Internationalen Chorfestival in Manila, Beteiligung am 6. EU-Filmfestival in Manila und 3. EU-Filmfestival in Cebu mit dem Film „Die Gottesanbeterin“ von Paul Harather, Konzerte der philippinisch-österreichischen Pianistin Aima Maria Labra-Makk in Manila und Cebu.

Im Rahmen des ASEAN-UNINET nahmen im Februar 18 österreichische Studenten an dem von der Universität Innsbruck organisierten Asian Studies Program an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil.

Polen (Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt

Aleksander Kwaśniewski

Regierungschef

Leszek Miller

Außenminister

Włodzimierz Cimoszewicz

Warschau – ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI, AUA; Krakau – GK, KF, ÖI; Breslau, Danzig, Lodz – HK

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen mit Premierminister Leszek Miller und Eröffnung der Österreichischen Europa-Tage (Krakau, 16. Mai), Teilnahme am Treffen

Anhang

der Regierungschefs der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) sowie bilaterale Gespräche mit Premierminister Leszek Miller (Warschau, 21. November); Bundesminister Dieter Böhmdorfer, u.a. Treffen mit Justizminister Grzegorz Kurczuk (Warschau und Krakau, 2./3. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am CEI-Wirtschaftsforum sowie bilaterale Gespräche mit Vizepremierminister und Minister für Wirtschaft, Arbeit und Soziales Jerzy Hausner (Warschau, 20. November); Landeshauptmann Michael Häupl, Teilnahme am Europäischen Gemeindetag (Posen, 3. Juni); Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme am Europäischen Gemeindetag (Posen, 3. Juni); Vizepräsidentin des Bundesrates Anna Elisabeth Haselbach, Nationalratsabgeordneter Werner Miedl, Nationalratsabgeordneter Alfred Schöls, Bundesrat Engelbert Weilharter, Teilnahme an CEI-Parlamentarierkonferenz (Warschau, 2.–4. Oktober); Landtagspräsidentin Angela Ortner mit einer Delegation des Oberösterreichischen Landtages (Warschau und Krakau, 10.–12. März); Landtagspräsident Griessner mit einer Delegation des Salzburger Landtages (Warschau und Krakau, 22.–25. Oktober); Wiener Vizebürgermeister Sepp Rieder, Teilnahme am „Europa-Dialog“ im Rahmen der Österreichischen Europa-Tage (Krakau, 16./17. Mai); Wiener Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Teilnahme an den vom Krakau-Büro der Stadt Wien und dem Generalkonsulat Krakau organisierten „Wien-Tagen“ (Krakau, 3.–7. Juni); Abgeordnete zum EU-Parlament Ursula Stenzel, Abgeordnete zum EU-Parlament Christa Prets und Abgeordneter zum EU-Parlament Hannes Swoboda, Teilnahme am „Europa-Dialog“ im Rahmen der Österreichischen Europa-Tage (Krakau, 16./17. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Eröffnung der vom Österreichischen Kulturforum Warschau ko-organisierten Konferenz „More Europe – Foreign Cultural Policies in and beyond Europe“, bilaterale Gespräche mit Europaministerin Danuta Hübner, Europastaatssekretär Jaroslaw Pietras, Staatssekretär im Außenministerium Adam Rotfeld und dem Leiter der Premierministerkanzlei Marek Wagner (Warschau, 8./9. Oktober); Delegation des Österreichischen Versöhnungsfonds (Generalsekretär Botschafter Richard Wotava und Komiteevorsitzender Botschafter Ludwig Steiner), u.a. Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 59. Jahrtages des Warschauer Aufstands (Warschau, 3. Oktober). Besuche in Österreich: Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Teilnahme am X. Treffen der Präsidenten der zentraleuropäischen Länder (Salzburg, 22./23. Mai); Premierminister Leszek Miller, Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Wien, 31. Oktober); Vize-Premierminister und Finanzminister Grzegorz Kolodko, u.a. Treffen mit Bundesminister Karl-Heinz Grassler (Wien, 26. Mai); Senatsmarschall Longin Pastusiak mit einer Delegation des Senats, u.a. Treffen mit Bundesratspräsident Hans Ager, Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Wien, Salzburg und Tirol, 13.–16. Oktober); Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Verwaltung Pawel Dakowski, Teilnahme am „Forum Salzburg“ der Innenminister Österreichs, Polens, der Slowakei, Sloweniens, Tschechiens und Ungarns (Fuschl am See, 17.–19. Juli); Delegation des Europaausschusses des Sejm und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Senats, u.a. Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Abgeordneten des Nationalrats und des Bundesrats bzw. Vertretern der Wirtschaftskammer Österreich (Wien, 7./8. April).

Folgender Vertrag wurde unterzeichnet: Vertrag über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung durch Bundesminister Dieter Böhmdorfer und Justizminister Grzegorz Kurczuk (Warschau, 2. Juni)

Die österreichischen Exporte betragen 1,3 Milliarden Euro (+2,5%), die Importe 979,0 Millionen Euro (+5,7%).

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen sowohl im Zeichen der Erweiterung der Europäischen Union als auch der österreichischen Bemühungen um eine internationale Positionierung mitteleuropäischer Vernetzungen im Rahmen der Plattform Kultur der Regionalen Partnerschaft. Unter anderem wurde mit dem Adam Mickiewicz -Institut als follow-up des Polnischen Jahres in Österreich eine europäische Konferenz zum Thema „More Europe – Foreign Cultural Policies in and beyond Europe“ mit TeilnehmerInnen aus 16 weiteren Ländern durchgeführt.

Mit dem Land Salzburg und der Stadt Warschau wurde das dreiwöchige Festival „Salzburg Modern“ veranstaltet.

In der österreichischen galerie am Österreichischen Kulturforum Warschau (ökwf) wurden zahlreiche Ausstellungen gezeigt. Darüber hinaus fanden mehrere kleinere Ausstellungsprojekte in Zusammenarbeit mit Museen bzw. Galerien in Warschau, Koszalin, Radom, Skierniewice und Suwalki statt.

Zu Lesungen wurden unter anderem Elisabeth Hauer und Norbert Gstrein eingeladen; Armin Eidherr gab ein zweiwöchiges Jiddisch-Seminar. Im Bereich Theater unterstützte das ökwf u.a. die polnische Uraufführung des Stückes „Kommunikation der Schweine“ des jungen österreichischen

Länderinformationen

Autors Robert Woelfl in Sopot. Darüber hinaus veranstaltete das Kulturforum Warschau u.a. neun Filmabende mit zeitgenössischen Spielfilmen. Im Bereich der Musik lagen die Schwerpunkte auf elektronischer Musik, ein Gebiet, auf dem Österreich zur Zeit führend ist.

In Bydgoszcz, Radom und Lodz wurden Österreich-Tage u.a. durch die Ausstellung „Tirol Transfer“ und verschiedene Konzerte inhaltlich und organisatorisch unterstützt.

Herausragendstes Ereignis in der Arbeit des Generalkonsulates Krakau waren die in Krakau in Zusammenarbeit mit dem Wojewodschaftsamt Kleinpolen und der Stadt Krakau vom 16.–18. Mai veranstalteten Österreichischen Europa-Tage. Hauptereignis war dabei der „Europa-Dialog“ an der Jagiellonen-Universität Krakau, bei dem neben Bundeskanzler Wolfgang Schüssel auch der polnische Premierminister Leszek Miller vertreten war. Mit diesen Österreichischen Europa-Tagen kurz vor dem entscheidenden Referendum zum EU-Beitritt Polens kam klar zum Ausdruck, dass Österreich nicht nur positiv zur Erweiterung der EU eingestellt ist, sondern auch gerne seine Erfahrungen in und mit der EU an die Beitrittsländer weitergibt.

Die Zusammenarbeit der österreichischen Bundesländer mit den Wojewodschaften Südpolens intensivierte sich weiter. So veranstaltete u.a. die Stadt Wien, die in Krakau über ein eigenes Wien-Büro verfügt, gemeinsam mit dem Generalkonsulat Krakau im Rahmen der „Wien-Tage in Krakau“ von 3.–7. Juni zahlreiche kulturelle Veranstaltungen sowie Wirtschaftsveranstaltungen bzw. Expertengespräche über die Bereiche Technologiezentren, Umwelttechnologien und Verkehrstechnologien.

Zahlreichen Lesungen junger österreichischer Autoren wurden nicht nur in Krakau, sondern auch in Przemysl, Oppeln, Breslau und Tarnow abgehalten. Das Generalkonsulat/Kulturforum Krakau beteiligte sich an zahlreichen Kultur- und Musikfestivals im südpolnischen Raum mit der finanziellen Unterstützung österreichischer Künstler.

Im Rahmen des Partnerschaftsabkommens der Universität Wien mit der Jagiellonen-Universität Krakau konnte im Studienjahr 2003/04 der erste Lehrgang für österreichisches Recht in Krakau angeboten werden, an dem 30 Studenten teilnahmen. Am 20. Dezember wurde zwischen den Rektoren Univ.-Prof. Georg Winckler und Professor Franciszek Ziejka ein Double-Degree-Abkommen unterzeichnet.

Portugal (Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt Jorge Fernando Branco de Sampaio	Regierungschef José Manuel Durão Barroso (seit Oktober 2003) António Martins da Cruz (bis Oktober 2003)	Außenministerin Maria Teresa Pinto Basto Patrício Gouveia
--	--	---

Lissabon – **ÖB, AHSt**; Porto – **HK**, Albufeira – **HK**, Funchal – **HK**

Besuche aus Österreich: HStS Reinhart Waneck, Besuch der Drogenbeobachtungsstelle EMCDDA (Lissabon, 9. Oktober)

Besuche in Österreich: Präsident der Regionalregierung von Madeira, João Jardim, (Wien, 4. September); Premierminister Durão Barroso (Wien, 5. Februar)

Aussenminister António Martins da Cruz (Wien, 13. Jänner)

Das Handelsvolumen mit Österreich erreichte im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedstaaten eine entsprechende Größe und ist in den 8 Jahren seit dem EU-Beitritt Österreichs kontinuierlich gestiegen. Die österreichischen Ausfuhren nach Portugal hatten einen Anteil von ca. 0,5% an den gesamten österreichischen Ausfuhren, die portugiesischen Ausfuhren nach Österreich nahmen ca. 0,6% an den österreichischen Importen ein. Die österreichischen Exporte betragen 358 Millionen Euro (+11,7%), die Importe 435 Millionen Euro (+8,0%).

Zwar ist bis zum Jahr 2006 für Portugal die Finanzhilfe aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds in praktisch demselben Umfang wie bisher fortgeschrieben, trotzdem schrumpfte die Wirtschaft um ca. 1%. Das Defizit konnte knapp unter 3% gehalten werden.

Der Autor Doron Rabinovici hielt von 7.–9. März Lesungen aus seinem Werk „Suche nach M“ in Lissabon, Coimbra und Viseu.

Das Klaus Paier Jazztrio gastierte im Rahmen einer Portugaltournee in Lissabon, Tondela, Sever de Vouga und Cascais (22.–26. April).

Anhang

Mit großem Medienecho erschien im Juli eine portugiesische Ausgabe von Karl Kraus „Die letzten Tage der Menschheit“.

Von 12. September bis 26. Oktober lief in Lissabon das Theaterspektakel von Paulus Manker „Alma in Lissabon“, das Leben der Alma Mahler-Werfel.

Im Bereich zeitgenössischer Tanz traten Willi Dorner in Torres Vedras (26./27. September) und Paul Wenninger (23./24. September, IX. Almada Tanzfestival) auf.

Ruanda (Republik Ruanda), Kigali

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Kagame	Bernard Makusa	Charles Murigande

ÖB: siehe Kenia; Kigali – **HK** (seit Mai 2000 vorübergehend geschlossen); **AHSt.:** siehe Südafrika

Ruanda ist Schwerpunktland der ÖEZA mit Fokus auf Wassermanagement, Demokratie/Menschenrechte und Abrüstung. Ein Projekt zur Unterstützung der Genozidgerichtsbarkeit (traditionelle Gacaca-Gerichtshöfe) wurde 2002 begonnen.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde im Berichtszeitraum die berufliche Fortbildung von vier Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

An der EU-Wahlbeobachtungsmission für die Präsidentenwahlen im August 2003 nahm ein Mitarbeiter des EZA-Koordinationsbüros Kampala teil.

Die österreichischen Exporte betragen 50.000 Euro (–89,0%), die Importe 406.000 Euro (–48,8%).

Rumänien (Rumänien), Bukarest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ion Iliescu	Adrian Nastase	Mircea Geoana

Bukarest – ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ, AUA; Temeswar – HK, AUA

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Eröffnung der mit österreichischen Mitteln errichteten Unfallklinik „Casa Austria“ (Temeswar, 22. Mai); Landeshauptmann Herwig Van Staa, offizieller Besuch als Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (Bukarest, 2.–4. Dezember); Stellvertretender Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter Niesner, Teilnahme an der Donauraumkonferenz (Bukarest, 8. Oktober); Generalstabschef General Roland Ertl, offizieller Besuch (Bukarest, 8.–10. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Ion Iliescu, Teilnahme am Treffen der zentral- und osteuropäischen Präsidenten (Salzburg, 22.–24. Mai); Ministerpräsident Adrian Nastase, Teilnahme am informellen Gipfeltreffen der Regierungschefs der Staaten Südosteuropas (Salzburg, 30.–31. Juli); Außenminister Mircea Geoana, Teilnahme am 2. Treffen der Wirtschaftsminister der Staaten Südosteuropas im Rahmen des Investment Compact des Stabilitätspakts (Wien, 11. Juli); Tourismusminister Dan Matei Agathon, Teilnahme an der Tourismusmesse (Linz, 29. Jänner – 2. Februar), Arbeitsbesuch (Wien, 20. April); Minister für öffentliche Information Vasile Dăncu, Präsentation des Buches „Zentraleuropa Almanach – Rumänien“ (Wien, 20. März); Minister für Industrie und Ressourcen Dan Ioan Popescu, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein (Wien, 8. April), gemeinsam mit Minister für Öffentliche Arbeiten, Transport-, und Wohnwesen Miron Mitrea und Informationsminister Vasile Dăncu, Teilnahme an einer rumänischen Exportförderungsveranstaltung (Wien, 7.–8. April); Finanzminister Mihai Tanasescu, Gespräche mit Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Bundesminister Martin Bartenstein und dem Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer Richard Schenz (Wien, 2.–4. September); Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Wälder Ilie Sârbu, Teilnahme an einer Veranstaltung der Wirtschaftskammer Österreich, Teilnahme an mehreren Veranstaltungen im Rahmen der Rieder Messe (Ried, 14. September); Delegierter Minister für Europäische Integration Vasile Puscas, Gespräch mit dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Erik Buxbaum (Wien, 24.–25. Februar); Staatssekretär im Außenministerium Cristian Diaconescu, Gespräch mit Generalsekretär Johannes Kyrle, Teilnahme am 2. Treffen der Wirtschaftsminister der Staaten Südosteuropas im Rahmen des Investment Compact des Stabilitätspakts (Wien, 9.–11. Juli); Staatssekretär im Innenministerium Alexandru Far-

Länderinformationen

cas, Gespräch mit dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Erik Buxbaum (Wien, 16. Oktober).

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Rumänien und Österreich im polizeilichen Bereich wurde deutlich intensiviert. Das zeigte sich sowohl in zahlreichen Kontakten auf Beamtenebene sowie in der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit in der polizeilichen Ausbildung (Unterzeichnung in Bukarest im Mai durch den Leiter der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres, Major Norbert Leitner und durch den Leiter der rumänischen Polizeiakademie, Rektor Costica Voicu). Darüber hinaus nahm eine 55-köpfige Task Force-Einheit des BMI an der internationalen Katastrophenschutzübung „Dacia 2003“ des Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (Pitesti, 7.–10. Oktober) teil.

Die österreichischen Exporte betragen 1,02 Milliarden Euro (+24,8%), die Importe 558 Millionen Euro (+10,3%). Die Anzahl der Firmen mit österreichischer Kapitalbeteiligung betrug über 2.700. Das Volumen der bilateralen Rumänien-Projekte im Rahmen der Ostzusammenarbeit (OZA) des Außenministeriums für 2003 betrug rund 500.000 Euro. Das größte österreichische OZA-Projekt in Rumänien in den letzten Jahren – das neue Unfallspital in Temeswar – wurde im Mai von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner feierlich eröffnet. Die vorbildliche Initiative zur Errichtung dieses neuen Spitals mit 60 Betten ging vom österreichischen Unfallchirurgen Univ.-Prof. Johannes Poigenfürst aus. Einer der OZA-Schwerpunkte war auch 2003 der Bereich Umwelt. Im Oktober wurde ein neues Trinkwasserprojekt in Campulung am Südrand der Karpaten begonnen. In Baia Borsa in der nordrumänischen Provinz Maramures wird gemeinsam mit der lokalen Bergwerksgesellschaft ein großes Absetzbecken für Minenabwässer saniert. Das Projekt ist Teil eines von der Bergwerksgesellschaft gemeinsam mit der Umweltschutzorganisation Greenpeace erstellten Maßnahmenpakets und wird auch positive grenzüberschreitende Effekte für das Einzugsgebiet des Flusses Theiß haben.

Im Bildungsbereich wurde im Rahmen der rumänisch-österreichischen Kooperation ein innovativer Ansatz eingeführt: In „Übungsfirmen“ an berufsbildenden Gymnasien bereiten sich Schülerinnen und Schüler auf das Wirtschaftsleben vor. Sie „spielen“ sämtliche Rollen von der Geschäftsführerin bis zum Sekretär, z.B. in einem virtuellen Reisebüro, und simulieren Handelsbeziehungen zu Übungsfirmen an anderen Schulen. Dieser praxisnahe neue Ausbildungsansatz setzt sich in Rumänien rasch durch, eine Übungsfirmenzentrale wurde in Temeswar gegründet.

Im Kulturbereich ist die Eröffnung einer Österreich-Bibliothek in Klausenburg besonders hervorzuheben. Darüber hinaus wurde im Banater Bergland, einem altösterreichischen Siedlungsgebiet in Westrumänien, ein Konzert der „Wiener Instrumentalsolisten“ veranstaltet. Im Herbst wurde mit der österreichisch-rumänischen Theaterwoche, bei der österreichische Dramatiker auf rumänisch gespielt wurden, ein starker kultureller Akzent gesetzt. Österreichische TheaterautorInnen werden in Rumänien sehr geschätzt. Einige konnten auf diese Weise einem breiteren Publikum nähergebracht werden. Im November spielte das Jazz-Trio „Alte Meister“ (Koglmann, Aichinger, Reisinger) im barocken Brukenthalmuseum in Hermannstadt zur Eröffnung einer Ausstellung mit Originalgraphiken aus dem 18. Jahrhundert.

Russland (Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Wladimir Putin	Michail Kasjanow	Igor Iwanow

Moskau – ÖB, AHSt, ÖW, AUA; St. Petersburg – HGK, AUA

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am EU-Russland-Gipfel in St. Petersburg (30./31. Mai);

Bürgermeister Michael Häupl, Zusammentreffen mit Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, Teilnahme am Moskauer Bierfest (Moskau, 5./6. Juni);

Landeshauptmann Erwin Pröll, Zusammentreffen mit Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, Spatenstich zum Baubeginn des Moskauer Wasserwerkes Süd-West durch eine Tochterfirma der EVN (Moskau, 17./18. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenminister Igor Iwanow, Arbeitsbesuch, Treffen mit Bundespräsident Thomas Klestil, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Parlamentspräsident Andreas Khol (Wien, 14./15. Oktober).

Anhang

Duma-Vizevorsitzender Artur Tschilingarow, Besuch auf Einladung österreichischer Interessenten im Zuge der Vorbereitung einer geplanten Expedition auf die Insel Franz-Josef-Land (Wien und Klagenfurt, 20. – 23. Februar).

Wladimir Jakowlew, Gouverneur (Bürgermeister) von St. Petersburg, Treffen mit Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (Graz, 11. Jänner).

Wirtschaft: Von 29. September bis 1. Oktober fand in St. Petersburg die 8. Tagung der bilateralen Gemischten Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Die Delegationen standen unter dem Vorsitz von Bundesminister Martin Bartenstein und Arbeitsminister Alexander Potschinok.

Die österreichischen Exporte betragen 1,13 Milliarden Euro (+18,2%), die Importe 1,32 Milliarden Euro (+28,0%).

Große österreichische Investitionsprojekte waren die Übernahme der Papierfabrik Syktyvkar durch die Neusiedler Gruppe sowie der Bau einer Spanplatten- und Parkettfabrik durch Kronospan (jeweils mehr als E 100 Millionen). Die Österreichischen Bundesforste werden ein Waldgebiet bei Kostroma pachten und wirtschaftlich nutzen. Weiterhin sehr dynamisch entwickelte sich der russische Tourismus nach Österreich mit einer Zuwachsrate von 6,6% bei den Ankünften und 16,8% bei den Nächtigungen.

Kulturelle Zusammenarbeit: Die bilateralen Kulturbeziehungen zwischen Österreich und Russland bewegen sich auf einem hohen Niveau. Sie waren von zwei Großereignissen geprägt: Graz als Europäische Kulturhauptstadt und das 300 Jahr-Jubiläum St. Petersburgs.

St. Petersburg präsentierte sich in Graz mit einem künstlerischen Programm. Die Wiener Philharmoniker gaben im Juni in St. Petersburg und Moskau zwei Konzerte.

Das BMaA veranstaltete im Oktober in St. Petersburg österreichische Kulturwochen.

Eine positive Entwicklung ist die Ausweitung der kulturellen Arbeit über Moskau und St. Petersburg hinaus nach Nischnij Nowgorod, Jekaterinburg, Perm, Smolensk, Woronesch, Wladikawkas, Orenburg und Petrosawodsk.

Humanitäre Zusammenarbeit/ Know how Transfer: Die seit mehreren Jahren in Russland tätigen österreichischen NGOs setzten ihre Arbeit weiter fort, insb Care Österreich: psychosoziale Betreuung von tschetschenischen Flüchtlingen, insbesondere Kindern, in Inguschetien;

Caritas: humanitäre Projekte in 13 russischen Regionen;

Hilfswerk Austria: humanitäre Hilfe für tschetschenische Flüchtlinge in Inguschetien.

Salomonen (Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt

Königin Elizabeth II
vertreten durch:

Generalgouverneur

H. E. Sir John Ini Lapli

ÖB, AHSt: siehe Australien

Regierungschef

Sir Allan Kemakeza

Aussenminister

Nollen Leni bzw.
Laurie Chan

Sambia (Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Levi Mwanawasa

Außenminister

Dr. Kalombo Mwansa

ÖB: siehe Simbabwe; AHSt: siehe Südafrika; Lusaka – HK

Ein Projekt mit Jugendlichen im Bereich der Aids-Bekämpfung und Prävention wurde von Horizont 3000 und Caritas finanziert.

Im Rahmen der Nord-Süd Partnerschaft wurden im Berichtszeitraum zur Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Sambia zwei Stipendien vergeben.

Die österreichischen Exporte betragen 1,9 Millionen Euro (+20,8%), die Importe 878.000 Euro (–15,8%).

Länderinformationen

Samoa (Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Aussenminister	
Malietoa Tanumafili II	Tuilaepa Sailele Malielegaoi	

ÖB, AHSt: siehe Australien

Österreich ist an Entwicklungsprojekten der EU beteiligt, wobei Samoa durch ein Großprojekt in der Wasserversorgung faktisch zu einem Schwerpunktland im Südpazifik geworden ist.

San Marino (Republik San Marino), San Marino

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit (seit 1. Oktober)	
Giovanni Lonfernini	Valeria Ciavatta
	Fabio Berardi

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; AHSt: siehe Italien (Padua)

Die österreichischen Exporte betragen 7,15 Millionen Euro (+49,3%), die Importe 751.000 Euro (-12,8%).

São Tomé und Príncipe (Demokratische Republik São Tomé und Príncipe); São Tomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fradique Melo Bandeira de Menezes	Maria das Neves Batista de Sousa	Mateus Meira Rita

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Saudi-Arabien (Königreich Saudi-Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
König Fahd Bin Abdul Aziz Al Saud	Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – ÖB, AHSt; Jeddah – AHSt (Konsularabteilung)

Am 13./14. Mai 2003 stattete Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner Saudi Arabien einen Besuch ab und traf mit Kronprinz Abdullah, Außenminister Prinz Saud Al Faisal und dem Gouverneur von Riyadh, Prinz Salman zusammen. Am 8. August 2003 traf Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in Salzburg den saudischen Großinvestor Prinz Alwaleed Bin Talal, der davor auch Bundespräsident Thomas Klestil einen Besuch abgestattet hatte. Vom 19.–21. Oktober 2003 besuchte Nationalratspräsident Andreas Khol Riyadh und traf mit dem Präsidenten der Madschlis Al Schura, Saleh Bin Abdullah Bin Humaid, sowie mit dem Gouverneur von Riyadh, Prinz Salman und dem Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates, Abdulrahman Bin Hamad Al Attiyah, zusammen.

Saudi-Arabien ratifizierte am 26. Mai 2003 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Österreich, welches am 25. Juli 2003 in Kraft trat.

Im März 2003 fand in Riyadh eine Kunststoff-Fachmesse unter Beteiligung einiger österreichischer Firmen statt. Im September beteiligten sich österreichische Getränkehersteller an einer Lebensmittel-Messe in Riyadh. Im Oktober 2003 fand in Riyadh die Baustoff-Fachmesse „Saudi Build“ unter österreichischer Firmenbeteiligung statt.

Die österreichischen Exporte betragen 220 Millionen Euro (+14,8%), die Importe 300 Millionen Euro (+80,4%).

Anhang

Schweden (Königreich Schweden), Stockholm

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
König Carl XVI. Gustaf	Göran Persson	Laila Freivalds

Stockholm – ÖB, HGK, AHSt, ÖW, AUA; Göteborg – HGK; Malmö – HK; Luleå – HK.

Besuche aus Österreich: General Roland Ertl, Chef des Generalstabs, besuchte den Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, Johan Hederstedt (Stockholm 18.–19. Februar 2003).

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner vertrat Österreich bei den Trauerfeierlichkeiten für die ermordete schwedische Außenministerin Anna Lindh (Stockholm 18.–19. September 2003).

Parlamentsdirektor Georg Posch besuchte den schwedischen Reichstag anlässlich des Treffens der Athens Group (Stockholm 17. Oktober 2003).

Staatssekretär Reinhart Wanek traf Ewa Persson-Göransson, Staatssekretärin im Sozialministerium (Stockholm, 29. Oktober 2003).

ÖGB-Präsident Fritz Verzetnisch besuchte die Vorsitzende der schwedischen Gewerkschaft der Arbeiter, Wanja Lundby-Wedin (Stockholm 21. November 2003).

Der Außenhandel zwischen Österreich und Schweden ist insgesamt steigend, wobei Österreich ein rückläufiges Handelsbilanzdefizit ausweist. Die österreichischen Exporte betragen 869,3 Millionen Euro (+3,9%), die Importe 1,03 Milliarden Euro (+4,0).

Im Kulturbereich wurde neben dem Schwerpunkt „innovative und zeitgenössische Kunst aus Österreich“ auch der Erwartungshaltung im traditionellen Spektrum Rechnung getragen: nur beispielsweise seien hier einerseits Auftritte des Eurythmie-Theater Fundevogel und des Tanztheaters Compagnie Jus de la Vie (Franz Stögner) und Aufführungen von The New Austrian Sound of Music (Radian) einerseits und das Begegnungskonzert des Wiener Hornensembles mit der Horngruppe der Königlichen Philharmonie im Stockholmer Konzerthaus, dem Schlosskonzert des Kammermusikduos Con fuoco in Ulriksdal bei Stockholm und einem Orgelkonzert von Dr. Rupert Frieberger im Rahmen der Festivalreihe „Musik på Slottet“ (Musik im Königlichen Schloss) genannt.

Österreich war auf der Internationalen Göteborger Buchmesse mit Christine Nöstlinger und Josef Haslinger prominent vertreten.

Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan), vertreten durch seinen Vorsitzenden mit Titel „Bundespräsident“ 2003: Pascal Couchepin (Vorsteher des Departments des Innern)	Micheline Calmy-Rey

Bern – ÖB, KF; Zürich – GK, AHSt, ÖW, AUA; Basel, Genf – HGK; Chur, Lausanne, Lugano, St. Gallen – HK

Besuche aus Österreich: Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, Ski-WM (St. Moritz, 7.–11. Februar) und UNO-Konferenz „Sport und Entwicklung“ (Magglingen, 16.–18. Februar); Vizekanzler Hubert Gorbach bei Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Bern, 27. Oktober); Bundesminister Mathias Reichold, Ski-WM (St. Moritz, 5.–10. Februar); Bundesminister Martin Bartenstein, „International Students' Committee“-Symposium (St. Gallen, 22. Mai); Bundesminister Günther Platter bei Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (Bern, 12. Juni); Landtagspräsident Reinhold Purr, Eröffnung einer Ausstellung der „Grazer Sezession“ (Luzern, 26. Oktober); Landeshauptmann Herwig van Staa, Vortrag beim Europa Forum Luzern mit Gastland Österreich (Luzern, 27. Oktober); Staatssekretär Karl Schweitzer, Parlamentarier-Fußballturnier (Basel, 29. Mai–1. Juni); Staatssekretär Reinhart Wanek, Tagung „Spitäler und Kliniken im Wandel“ (Pfäffikon, 23. Oktober); österreichische Parlamentarierdelegation, Zusammentreffen mit schweizerischen Parlamentariern, Ski-WM (St. Moritz, 4.–6. Februar); Bundesrat Engelbert Weilharter, Teilnahme an der 3. Subregionalen Konferenz (Teilnahme der Kleinen und Mittleren Unternehmen) der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Bern, 14. und 15. Mai); WKÖ-Präsident Christoph Leitl, Generalversammlung der Handelskammer Schweiz-Österreich/

Länderinformationen

Fürstentum Liechtenstein (Zürich, 13. Mai); Stabilitätspakt-Koordinator Erhard Busek, Festvortrag an der Universität Freiburg (Freiburg, 8. Mai); Generalsekretär Werner Wutscher, BMLFUW, Viertreffen der deutschsprachigen Umweltminister (Sils-Maria/Engadin, 1. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle bei Staatssekretär Franz von Däniken, Departement für auswärtige Angelegenheiten (Bern, 4. November); Generalstabschef Roland Ertl bei Generalstabschef Christophe Keckeis, trilaterales Treffen der Generalstabchefs aus Österreich, Schweiz und Deutschland (Interlaken, 27. und 28. November).

Besuche in Österreich: Bundesrätin Ruth Metzler, Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements, bei Bundesminister Ernst Strasser (Wien, 17. Februar) und Bundesminister Dieter Böhmendorfer (Wien, 8. Juli); Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten, 5. Ministerkonferenz des Netzwerks „Menschliche Sicherheit“ (Graz, 5. Mai) und bei Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Wien, 4. September); Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, bei Bundesminister Günther Platter (Wien, 10. und 11. September); Generalstabschef Christophe Keckeis bei Generalstabschef Roland Ertl (Wien, 12.–14. März).

Am 27. Oktober unterzeichneten Vizekanzler Hubert Gorbach und Bundesrat Moritz Leuenberger eine bilaterale Ressortvereinbarung zur Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen in Bern. Das Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz über die Nutzbarmachung des Inn und seiner Zuflüsse im Grenzgebiet (Inn-Abkommen) wurde am 29. Oktober auf Botschaferebene in Bern unterzeichnet. Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens fand am 28. November in Wien das 3. bilaterale Nuklearexpertentreffen statt.

Die österreichischen Exporte betragen 4,06 Milliarden Euro (–0,3%), die Importe 2,6 Milliarden Euro (+3,3%).

Im Bereich Kunst und Kultur ist eine hohe Beteiligung österreichischer Künstler und Kulturschaffender festzustellen. Namhafte Ensembles (Wiener Philharmoniker, Alban Berg Quartett) und Solisten (Alfred Brendel, Christian Zimmermann) sind regelmäßig Gäste bei den großen Festivals in Luzern und Zürich. Große Beachtung finden auch zeitgenössische Komponisten wie Olga Neuwirth oder Rudolf Haas, sowie junge Nachwuchskünstler wie die Geiger Benni Schmid und Vahid Khadem-Missagh. Zwei Stipendien der Stadt Meyrin (bei Genf) gingen an junge österreichische Nachwuchskünstler. Im Bereich der bildenden Kunst sind insb eine große Ausstellung über Egon Schiele in Lugano, über „Josef Hofmann und 100 Jahre Wiener Werkstätte“ in Zug oder Arbeiten von Maria Lassnig in Zürich besonders zu erwähnen. Aus Anlass des UNO-Jahres der Behinderten wurden im Musée d'Art Brut in Lausanne die Arbeiten des oberösterreichischen Künstlers Josef Hofer präsentiert. Die Aktion „Graz, Europäische Kulturhauptstadt 2003“, war für das Österreichische Kulturforum Bern Anlass vielfältiger Veranstaltungen in der Schweiz, u.a. anlässlich des Europa Forums Luzern mit Österreich als Gastland eine Ausstellung der „Grazer Sezession“ und ein großes österreichisches Konzert am 26. Oktober. Im Bereich der Literatur war eine hohe Beteiligung österreichischer Autoren bei den Internationalen Poesietagen in Leukerbad festzustellen. Zahlreiche Autorenlesungen (z.B. Friederike Mayröcker, Robert Schindel, Bodo Hell) fanden in Literaturhäusern und an Universitäten mit Hilfe logistischer und finanzieller Unterstützung des Österreichischen Kulturforums Bern statt. Letzteres versucht abseits des kommerziellen (Hoch-)Kulturbetriebes Nischenbereiche mit weniger bekannten Phänomenen oder Künstlern zu fördern.

Senegal (Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Idrissa Seck	Cheikh Tidiane Gadio

Dakar – ÖB; AHSt: siehe Marokko

Senegal ist Kooperationsland der ÖEZA. Die Kooperation betrifft die Sektoren ländliche Entwicklung im umfassenden Sinn (Ressourcenbewirtschaftung, Wasserversorgung), Handwerksausbildung und Gesundheit. Sie erfolgt ausschließlich über NGOs.

Die tschechisch-jüdische deutschsprachige Schriftstellerin Lenka Rainerova sowie der österreichische Schriftsteller Franzobel kamen zu Lesungen nach Dakar. Die Malerin und Musikerin Edith Lettner veranstaltete gemeinsam mit der senegalesischen Künstlerin Rackie Diankha eine Ausstellung, hielt Workshops ab und gab ein Konzert. Die Editta Braun Company hielt sich im Rahmen ei-

Anhang

nes Tanzfestivals im Senegal auf. Jazz-Saxophonist Sigi Finkel kam zu Workshops und zwei Konzerten nach Dakar.

Besuche in Österreich: Industrieminister Landing Savané hielt sich anlässlich der UNIDO-Generalkonferenz in Wien auf.

Die österreichischen Exporte betragen 7,03 Millionen Euro (-10,1%), die Importe 406.000 Euro (+65,7%).

Serbien und Montenegro (Serbien und Montenegro), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Svetozar Marović	Svetozar Marović	Goran Svilanović

Belgrad – ÖB, KF, AHSt, Koordinationsbüro der OZA, Beauftragter für Bildungskooperation, AUA; Pristina – Außenstelle der ÖB; Budva – HK

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel anlässlich des Begräbnisses von Premierminister Đinđić (Belgrad, 15. März), Bundesminister Ernst Strasser (Belgrad und Pristina, 25. Juni), Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Belgrad, 12. September), Landeshauptmann Pröll und Bürgermeister Häupl anlässlich des Gipfels der ARGE Donauländer (17. Oktober), Bundesminister Platter (Pristina/Suva Reka, 19. Dezember).

Besuche in Österreich: Serbische Parlamentspräsidentin Nataša Mičić (Wien, 30. April), serbische Umweltministerin Mihajlov (Wien, 28.–30. April), serbischer Minister für internationale Wirtschaftsbeziehungen Goran Pitić (Wien, 15. Mai), Präsident Svetozar Marović (Salzburg, 21.–23. Mai), serbischer Minister für internationale Wirtschaftsbeziehungen Goran Pitić und montenegrinische Ministerin für EU-Integration Slavica Milačić (Wien, 11. Juli), Außenminister Goran Svilanović (Wien, 23. Juli), serbischer Premierminister Zoran Živković und montenegrinischer Premierminister Milo Đukanović (Salzburg, 30.–31. Juli), montenegrinischer Parlamentspräsident Ranko Krivokapić (Wien, 15. September), Verteidigungsminister Boris Tadić (Wien, 15. Oktober).

Am 25. Juni wurde in Belgrad das Rückübernahmeabkommen zwischen Österreich und Serbien und Montenegro unterzeichnet.

Die intensive bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen wurde im Jahr 2003 weiter ausgebaut. Das Interesse österreichischer Firmen an einem wirtschaftlichen Engagement in Serbien und Montenegro ist nach wie vor groß; Österreich zählt zu den größten Investoren.

Die österreichischen Exporte betragen 382,02 Millionen Euro (+13,0%), die Importe 78,37 Millionen Euro (11,9%).

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien und Montenegro waren auch 2003 durch eine Vielzahl an gemeinsamen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen gekennzeichnet. Als herausragende Beispiele für die Tätigkeit des österreichischen Kulturforums in Belgrad können ein groß angelegtes humanitäres Konzert junger aufstrebender KünstlerInnen aus Serbien und Montenegro und aus Österreich anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags sowie die kulturellen Veranstaltungen im Rahmen der „2. Internationalen Donaukonferenz über Kunst und Kultur mit dem Schwerpunkt Bildende Kunst aus Österreich“ in Belgrad genannt werden. Durch die Europäische Kulturhauptstadt Graz erfuhren die bilateralen Kulturbeziehungen zusätzliche Impulse.

Die österreichische Präsenz im Kosovo im militärischen, zivilen und humanitären Bereich wurde fortgesetzt. Am 14. Oktober fand in Wien die Eröffnung der Direktgespräche zwischen Belgrad und Pristina statt.

Seychellen (Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
France Albert René	Jérémie Bonnelame

ÖB: siehe Kenia; Victoria – HK; AHSt: siehe Südafrika

Die österreichischen Exporte betragen 821.000 Euro (-13,9%), die Importe 1,04 Millionen Euro (-35,3%).

Länderinformationen

Sierra Leone (Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Alhaji Ahmed Tejan Kabbah

Außenminister
Momodu Koroma

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; Freetown – HK; AHSt: siehe Nigeria

Ein Projekt für 20 kriegsbedrohte Kinder wurde mit 2.300 Euro unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 5,8 Millionen Euro (–22,9%), die Importe 834.000 Euro (+49,5%).

Simbabwe (Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister
Stanislaus Mudenge

Harare – ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Simbabwe ist Kooperationsland der ÖEZA. Schwerpunkt war die Fortführung der Projekte zur Berufsausbildung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und Armutsbekämpfung (Hauptträger Horizont 3000 mit sechs ExpertInnen). Ziel ist die Stärkung von Basisorganisationen in der Administration und die Umsetzung ihrer Strategien zur Unterstützung in den Bereichen Jugend-, Behindertenbetreuung sowie Unfallrehabilitation, Kleinkreditvergabe an Frauen, Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte und Aufbau eines Internet-Zentrums an der High School in Binga. Das Personalprogramm wird im bestehenden Umfang beibehalten und unterstützt zunehmend Dezentralisierungsmaßnahmen durch Stärkung der Kommunalverwaltungen. Österreich stellte Nahrungsmittelhilfe in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung, die durch WFP verteilt wurde.

Zur Aus- und Fortbildung von Fachkräften und Akademikern wurden zwei österreichische Stipendien vergeben.

Das am 10. November 2000 in Harare unterzeichnete bilaterale Investitionsschutzabkommen wurde von der Botschaft erneut in mehreren Enteignungsverfahren gegen österreichische Farmer erfolgreich eingesetzt.

Die österreichischen Exporte betragen 2,6 Millionen Euro (–43,4%), die Importe 14,3 Millionen Euro (+8,4%).

Kulturelle Ereignisse waren der Workshop „ICT und Ngoma Buntibe Music – Tonga Future Cultural Heritage“ in Binga sowie die Vorführung der beiden DVD-Leihfilme „Ikarus“ und „Die Gottesanbeterin“ in der deutsch-simbabwischen Gesellschaft in Harare.

Singapur (Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt
Sellapan Ramanathan

Regierungschef
Goh Chok Tong

Außenminister
Shanmugam Jayakumar

Singapur – ÖB (Büro des Handelsrates; Botschafter residiert in Jakarta), AHSt

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesrates mit Präsident Hans Ager, Vizepräsidentin Anna Elisabeth Haselbach, Bundesrat Ludwig Bieringer, Bundesrat Engelbert Weilharter (29.–30. November).

Die österreichischen Exporte betragen 153,59 Millionen Euro (–23,9%), die Importe 191,14 Millionen Euro (–1,8%). Das Wirtschaftswachstum hat sich gegenüber 2002 (2,2%) wieder verlangsamt, für 2003 wird eine bescheidene Steigerung von 0,8% erwartet.

Trotz eines deutlichen Rückganges der österreichischen Exporte im ersten Halbjahr (minus 30% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres) bleibt Singapur für die rund 60 im Land ansässigen österreichischen Firmen wegen seiner hervorragenden Infrastruktur, der Korruptionsfreiheit seiner Behörden und der guten Englischkenntnisse des lokalen Personals eine wichtige Drehscheibe im südostasiatischen Raum. Das zu Jahresbeginn in Kraft getretene bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen schafft für die österreichischen Unternehmen steuerliche Sicherheit und damit einen zusätzlichen Investitionsanreiz.

Anhang

Slowakei (Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Rudolf Schuster	Mikuláš Dzurinda	Eduard Kukan

Pressburg – ÖB, AHSt, ÖW, ÖI, OSI, AUA

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Treffen mit Staatspräsident Rudolf Schuster, Nationalratspräsident Pavol Hrušovský und Premierminister Mikuláš Dzurinda (Pressburg, 15.–16. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen mit Premierminister Mikuláš Dzurinda (Europaveranstaltung in Košice, 13. Mai); Bundesminister Ernst Strasser, Treffen mit Innenminister Vladimir Palko (Pressburg, 22. April); Staatssekretär Alfred Finz, Treffen mit Landeshauptmann Lubomir Roman (Pressburg, 5. Mai); Staatssekretärin Ursula Haubner, Arbeitsbesuch bei Staatssekretär Michal Horvath (Pressburg, 30. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Staatspräsident Rudolf Schuster, Premierminister Mikuláš Dzurinda und Landeshauptmann Lubomir Roman, (Pressburg, 10. Februar); Landeshauptmann Hans Niessl, Treffen mit Verkehrsstaatssekretär Jan Kotula und Landeshauptmann Lubomir Roman (Pressburg, 3. September); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Außenminister Eduard Kukan und Landeshauptmann Lubomir Roman (Pressburg, 12. September).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Rudolf Schuster, Teilnahme am 10. Mitteleuropäischen Präsidententreffen (Salzburg, 22.–23. Mai), Besuch im Burgenland (Bad Tatzmannsdorf/Eisenstadt, 27. September); Nationalratspräsident Pavol Hrušovský, Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol (Wien, 18. Dezember); Premierminister Mikuláš Dzurinda, Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll und Teilnahme am „EU-Bürgerforum“ (St. Pölten, 9. Oktober); Verkehrsminister Pavol Prokopovič, Spatenstich Marchbrücke mit Landeshauptmann Erwin Pröll (Marchegg, 17. März); Umweltminister Laszlo Mikloš, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Josef Pröll (Wien, 14. Juli); Innenminister Vladimir Palko, Teilnahme am Innenminister-Treffen der Regionalen Partnerschaft (Fuschl, 17.–19. Juli); Verteidigungsminister Ivan Šimko, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (Neusiedl am See, 21. August); Staatssekretär Jan Kotula, Treffen mit Staatssekretär Helmut Kukacka (Wien, 15. Dezember); Landeshauptmann Lubomir Roman, Treffen mit Landeshauptmann Hans Niessl (Eisenstadt, 10. Dezember).

Am 22. September wurde in Kittsee/Burgenland von den Landeshauptleuten von Burgenland, Niederösterreich, Wien, Pressburg, Tyrnau (Trnava), Brünn (Brno), Raab (Győr) und Ödenburg (Sopron) die Gründungsakte für die Schaffung einer Europaregion unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte betragen 1,19 Milliarden Euro (+11,4%), die Importe 1,42 Milliarden Euro (+18,5%).

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen vor allem im Zeichen der EU-Osterweiterung, was in zahlreichen Informationsreihen, Seminaren und Symposien zum Thema EU-Osterweiterung und hier speziell zum EU-Beitritt der Slowakei seinen Niederschlag fand. Das Österreichische Kulturforum realisierte an die 150 Projekte mit 180 Veranstaltungen in der Slowakischen Republik, darunter eine Reihe ambitionierter, grenzüberschreitender Initiativen. Ausstellungsschwerpunkte – unter anderem gemeinsam mit der Stadt Wien – bildeten Architektur- und Fotografieprojekte sowie eine großangelegte Ausstellung „Plakate aus Wien“ in der Slowakischen Nationalgalerie. Den musikalischen Höhepunkt bildete das Festkonzert „Musikerlebnis Mitteleuropa“, das gemeinsam mit der Plattform-Kultur Mitteleuropa, der österreichischen Wirtschaft und der Internationalen Sommerakademie Prag-Wien -Budapest in der Slowakischen Philharmonie in Pressburg abgehalten wurde. Im November wurde mit „Borders“ ein slowakisch/österreichisches Tanz- und Theaterprojekt mit dem Tanzquartier Wien begonnen, das sich mit vielfältigen Veranstaltungen über das EU-Beitrittsjahr 2004 erstrecken wird. Besonderes Augenmerk wurde neben gemeinsamen Projekten mit den Österreich-Bibliotheken und dem Österreich-Institut in Pressburg der Zusammenarbeit auf universitärem Bereich gewidmet, wobei sich – zusätzlich zu anderen intensiv gepflegten Kontakten – die Zusammenarbeit mit der Comenius Universität Pressburg als besonders fruchtbar erwies.

Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Janez Drnovšek	Anton Rop	Dimitrij Rupel

Laibach – ÖB, KF, AHSt, ÖW, OSI, AUA, ÖI; Marburg – HK

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Heinz Fischer (Velenje, 29. Juni); Bundesminister Josef Pröll (Laibach, 21. März); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Laibach, 6. Mai); Bundesminister Herbert Scheibner (Bled, 20.–21. Juni); Bundesminister Hubert Gorbach (Laibach, 26. August); Bundesminister Ernst Strasser (Brdo, 28.–29. Oktober); Staatssekretär Franz Morak (Cilli/Laibach, 4.–5. Oktober); Landeshauptmann Franz Schausberger (Laibach/Koper, 2.–4. September); Landeshauptmann Jörg Haider (Laibach, 3. September und 8. Dezember); Landeshauptmann Waltraud Klasnic (Laibach, 23. Oktober); Präsident des Steirischen Landtags Reinhold Purr (Laibach, 21. November); Präsident des Kärntner Landtags Jörg Freunschlag (Laibach, 19. November); Generalsekretär im Außenministerium Johannes Kyrle (Laibach, 24. November); Bundesminister a. D. Hannes Farnleitner (Laibach, 4. Februar).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Janez Drnovšek (Salzburg, 22.–23. Mai); Ministerpräsident Anton Rop (Europaforum Lech, Lech, 21.–22. Februar); Neueröffnung des „Knafl“-Hauses (Wien, 16. Mai), Eröffnung der Klagenfurter Messe (Klagenfurt, 13. September); Präsident der Staatsversammlung Borut Pahor (Wien, 6.–7. November); Staatsratspräsident Janez Sušnik (Wien/Graz, 26.–28. Juni); Staatsratspräsident Janez Sušnik und Vizepräsident der Staatsversammlung Valentin Pohorec (Wien, 18. Dezember); Kulturministerin Andreja Rihter (Graz, 12. Jänner; Wien/Graz, 7.–8. November; Linz, 21. November); Innenminister Rado Bohinc (Spielhof, 21. März); Außenminister Dimitrij Rupel (Wien, 3. April; Bad Tatzmannsdorf, 29. April; Bad Radkersburg, 2. Juli; Wien, 19. November); Landwirtschaftsminister Franc But (Wien, 28. April; Salzburg, 12.–14. November); Justizminister Ivo Bizjak (Eisenstadt, 12. 14. Juni; Salzburg, 2.–4. August); Wirtschaftsministerin Tea Petrin (Salzburg, 18.–20. August); Verteidigungsminister Anton Grizold (Graz, 23.–24. Oktober; Wien, 11.–12. November); Finanzminister Dušan Mramor (Graz, 5. November); Regionalministerin Zdenka Kovač (Graz, 7. November; Klagenfurt, 3. Dezember); Europaminister Janez Potočnik (Wien, 1. Dezember); Staatssekretär Črtomir Spacapan (Laafeld/ Bad Radkersburg, 7. April und Klagenfurt, 26. Mai); Staatssekretärin Renata Vitez (Linz, 7. April); Laibacher Bürgermeisterin Danica Simšič (Graz, 12. Jänner und Wien, 3.–4. Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 1,5 Milliarden Euro (+10,8%), die Importe 858 Millionen Euro (+9,5%). Die Slowenen sind mit einer Pro-Kopf-Quote von 700 Euro (2002) – mit großem Abstand vor der Schweiz, Deutschland und Ungarn – die wichtigsten Abnehmer österreichischer Produkte. Österreich ist weiterhin der mit Abstand wichtigste Auslandsinvestor in Slowenien.

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen im Jahr 2003 einerseits im Zeichen der „Plattform – Kultur Mitteleuropa“, des kulturpolitischen Teils der im Jahre 2001 ins Leben gerufenen Regionalen Partnerschaft. Andererseits erfolgte auf der Grundlage des bilateralen Kulturabkommens am 10. und 11. Juni 2003 die Abhaltung der ersten Tagung der Gemischten Kulturkommission, deren Protokoll in 40 Artikeln die bilaterale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung und Erziehung regelt. Besondere Erwähnung fand die Errichtung eines Österreich-Instituts in Laibach. Am 15. und 16. Dezember 2003 fand in Ljubljana die dritte Tagung des Gemeinsamen Ausschusses für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Durchführung des entsprechenden bilateralen Abkommens statt. Der gemeinsame Ausschuss verabschiedete 24 bilaterale Projekte für die Realisierung im Zeitraum von Jänner 2004 bis Dezember 2005. Weiters ist die intensivierte Zusammenarbeit mit den Landesregierungen Kärntens und der Steiermark sowie den Kulturabteilungen der Städte Klagenfurt und Graz zu erwähnen (insb im Rahmen von „Graz – Kulturhauptstadt Europas 2003“; u.a. Ausstellungen über den großen slowenischen Architekten und Designer Jože Plečnik, eines Schülers von Otto Wagner, sowie von Inge Morath „GRENZ.RÄUME / OBMEJNI PROSTORI“, die in Slovenj Gradec und Laibach gezeigt wurde.)

Die traditionell gute Zusammenarbeit auf konsularischem Gebiet wurde weiter ausgebaut. Am 28. Oktober wurde das Abkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit von Bundesminister Ernst Strasser und Innenminister Rado Bohinc unterzeichnet.

Somalia (Republik Somalia), Mogadischu

ÖB: siehe Äthiopien; AHS: siehe Ägypten; Mogadischu – HK (vorübergehend geschlossen)
Seit der Abreise des damaligen Botschafters in Nairobi im April 1991 ist kein Missionschef in Somalia akkreditiert.

Die österreichischen Exporte betragen 877.000 Euro (–21,2%), die österreichischen Importe 67.000 Euro.

Anhang

Spanien (Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	König Juan Carlos I. Ana Palacio Vallelersundi	José María Aznar Lopez

Madrid – ÖB, AHSt, ÖW, AUA, ÖHI; Barcelona – HGK, AHSt (zuständig auch für Andorra); Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca, Santa Cruz de Tenerife, Sevilla, Valencia – HK

Besuche aus Österreich: Bundesratspräsident Herwig Hösele, Teilnahme am 4. Treffen der Vereinigung der europäischen Senate (27./28. Februar, Madrid), Präsident der Finanzprokuratur Michael Sawerthal, Arbeitsbesuch bei Generalanwalt Arturo García-Tizón López (Madrid und Toledo, 24./25. April), Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme am EU-NATO Ministertreffen (Madrid, 3. Juni), Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an der Irak-Geberkonferenz (Madrid, 23./24. Oktober), Stadträtin Renate Brauner, Teilnahme an der 43. Generalversammlung der Union der Hauptstädte der EU (Madrid, 8. November). Besuche in Österreich: offizieller Besuch einer Delegation des außenpolitischen Ausschusses des Senats beim Bundesrat (Wien, 3. bis 6. September), Staatssekretär für Europaangelegenheiten Ramón de Miguel, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Wien, 6. Oktober), Juan Carlos Rodríguez Ibarra und Juan José Ibarretxe, Präsidenten von Extremadura und des Baskenlandes, Teilnahme am jährlichen Gipfel der Präsidenten der Regionen mit Legislativbefugnissen – REGLEG/Europarat (Salzburg, 11. November), SKH Prinz von Asturien, Eröffnung der II. Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung (Salzburg, 13. November).

Die österreichischen Exporte betragen 1,99 Milliarden Euro (–6,3%), die Importe 1,37 Milliarden Euro (+14,8%).

Das Kulturforum setzte zwei Schwerpunkte. Im Mai fand eine Serie von Thomas Bernhard-Veranstaltungen statt. Neben der Ausstellung „Die Poetik der Schauplätze“, wurden Vorführungen der Filme „Thomas Bernhard – Drei Tage“ von Ferry Radax sowie „Monologe aus Mallorca“ und „Die Ursache bin ich selbst“ von Krista Fleischmann sowie ein mit internationalen Fachleuten besetztes Symposium über Thomas Bernhard abgehalten. Diese Veranstaltungsserie wurde im September in Barcelona – ergänzt durch die Aufführung des Stückes „Die alten Meister“ auf Katalanisch – wiederholt. Der zweite Schwerpunkt galt dem Schaffen von Arnold Schönberg, dem das Aaron Quartett insgesamt vier Konzerte widmete. Im Museum Tyssen-Bornemisza wurde die Ausstellung „Kandinsky und seine Zeitgenossen“ und in der „Residencia de Estudiantes“ in Madrid eine Dokumentationsausstellung mit Originalexponaten zu Arnold Schönberg gezeigt, die von einer Vortragsreihe über Leben und Werk des Komponisten begleitet wurde. Andere kulturelle Ereignisse waren Lesungen von Erich Hackl, Ludwig Laher und Ulrike Hutter, eine Fotoausstellung von Erich Lessing im Museo Municipal von Cáceres, eine Ausstellung von Herbert Schügerl in der Galerie Anagma in Valencia und eine von der Galerie de Sur/Wien im Centro Cultural Pablo Ruiz Picasso/Málaga organisierte Kollektivausstellung. In Barcelona wurde das Stück „Begrüßung des Aufsichtsrates“ von Peter Handke in katalanischer Version aufgeführt. „onophon“ vertrat Österreich auf dem Poesiefestival „proposta“ in Barcelona. Die Tanz-Produktion „Cie“ von Willi Dorner gastierte auf Festivals in Santiago de Compostela, Bilbao und Madrid. Mathias Soucek trat anlässlich des Chopin Festivals in Valldemossa/Mallorca auf. Florian Kitt und Rita Medjimorec absolvierten eine Tournee in Andalusien. Mit dem Start des Films „Die Klavierspielerin“ von Michael Haneke setzte wieder eine erhöhte Aufmerksamkeit für den österreichischen Film ein. Gegen Jahresende wurde Ulrich Seidl anlässlich des Internationalen Filmfestivals von Gijón eine Retrospektive gewidmet, die anschließend von der Andalusischen Filmothek in Cordoba übernommen wurde.

Sri Lanka (Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Chandrika Bandaranaike Kumaratunga	Ranil Wickremesinghe	Tyronne Fernando

ÖB, AHSt: siehe Indien; Colombo – HK

Länderinformationen

Besuche aus Sri Lanka: Außenminister Tyrone Fernando (Gespräche mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, 11. Juli in Wien).

Die österreichischen Exporte betragen 14,11 Millionen Euro (-26,5%), die Importe 17,18 Millionen Euro (+1,1%).

In Sri Lanka sind rund 30 österreichische Firmen vertreten. Austrian Airlines fliegt Colombo direkt an.

Österreich unterstützt den Friedensprozess in Sri Lanka mit Aktivitäten im Bereich des Konfliktmanagements. Auf Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner hatte im Februar 2002 ein erstes „Seminar on Conflict Resolution for Sri Lankans“ in Stadt Schlaining stattgefunden. Auf Grund des positiven Ergebnisses und des Interesses von Sri Lanka wurde vom 15. bis 23. Februar ein weiteres vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung organisiertes und vom BMAA finanziertes Konflikt-Management Seminar in Stadtschlaining veranstaltet. Im August folgten zwei Workshops zum Thema „Training on the Art of Conflict Transformation“ in Trincomalee (Nordosten des Landes) und in Colombo.

Eine österreichische Unterstützung der Opfer der Hochwasserkatastrophe im Süden des Landes, der schlimmsten seit 50 Jahren, erfolgte über ECHO. Von srilankischer Seite wurde der Wunsch nach Beistellung österreichischer Experten zur Untersuchung erdbebengefährdeter Gebiete sowie ein Projekt zur Sanierung einer Kirche in Mannar im Nordosten des Landes an Österreich herangetragen. Ende Juni gaben die Wiener Sängerknaben in Colombo mehrere Konzerte, die großen Anklang fanden. Ende August/Anfang September trat der Pianist Albert Sassmann in Colombo und in Kandy auf. Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Sri Lanka in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten. Im Berichtszeitraum erhielt ein Kandidat ein Stipendium für den Lehrgang Hotel- und Tourismusmanagement in Schloss Kleßheim.

St. Kitts und Nevis

(St. Kitts und Nevis), Basseterre

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Dr. Denzil Llewellyn	Timothy Sylvester Harris
Vertreten durch:	Douglas	
Generalgouverneur		
Sir Cuthbert Montraville Sebastian		

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – HK

Die österreichischen Exporte betragen 5.000 Euro (-72,1%), die Importe 53.000 Euro (+100,0%).

St. Lucia

(St. Lucia), Castries

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Kenny D. Anthony	Julian Robert Hunte
vertreten durch:		
Generalgouverneur		
Dr. Calliopa Pearlette Louisy		

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betragen 30.000 Euro (+63,3%), die Importe 4.000 Euro (-64,8).

St. Vincent und die Grenadinen

(St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Ralph Gonsalves	Louis Straker
vertreten durch:		
Generalgouverneur		
Dr. Frederick Nathaniel Ballantyne		

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Anhang

Die österreichischen Exporte betragen 59.000 Euro (-70,9%), die Importe 3.000 Euro (+122,4%). Im Februar gab der österreichische Pianist Albert Sassmann Klavierabende in St. Vincent.

Südafrika (Republik Südafrika), Pretoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Thabo Mbeki

Außenminister
Dr. Nkosazana Dlamini-Zuma

Pretoria – ÖB; Kapstadt – GK; Johannesburg – HGK, AHSt; Durban – HK

Bundesminister Ernst Strasser stattete von 25.–28. Mai Südafrika einen offiziellen Besuch ab und führte Arbeitsgespräche mit Sicherheitsminister Charles Nqakula und Innenminister Mangosuthu Buthelezi. Am 26. Mai unterzeichneten Bundesminister Strasser und Sicherheitsminister Charles Nqakula in Kapstadt das Polizeikooperationsabkommen. Alt-Präsident Nelson Mandela besuchte Wien von 22.–24. Oktober, wo er mit Bundespräsident Thomas Klestil, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner zusammentraf.

Die Republik Südafrika ist Kooperationsland der ÖEZA. Das österreichische Programm konzentriert sich auf die Sektoren Demokratisierung, Lokalverwaltung sowie dezentralisierte integrierte ländliche Entwicklung. Im Zentrum stehen die Stärkung der zivilen Gesellschaft, der Zugang der schwarzen Bevölkerung (vor allem der Frauen) zum Recht sowie der Aufbau der Gemeindeverwaltungen. Im weiteren Sinn ist auch die ökonomische Demokratisierung und Armutsbekämpfung einbezogen, also der Zugang der schwarzen Bevölkerung zu Ressourcen und die Ermöglichung von Eigeninitiativen. Im Jahr 2003 wurden 301.155 Euro Projektgelder ausbezahlt. Die Kooperation wird über multilaterale Organisationen (UNDP und UN Office on Drugs and Crime), über staatliche Stellen (Commission on Gender Equality) und über südafrikanische NGOs abgewickelt. Auf österreichischer Seite fungieren vor allem das „Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit“ und das „Institut für Internationale Zusammenarbeit“ als Projektträger.

Die Wanderausstellung „Die Zeit gibt die Bilder“ wurde von 4.–10. August in Kapstadt gezeigt. Im Mai wurden gemeinsam mit den anderen EU-Botschaften und der Vertretung der EU-Kommission EU-Filmwochen in Pretoria, Johannesburg, Kapstadt und Durban veranstaltet, bei denen der Film des österreichischen Regisseurs Michael Haneke „Die Klavierspielerin“ gezeigt wurde. Das „Duo Medici“ gastierte von 19. Februar–2. März mit Konzerten in der Kapregion. Von 2.–8. August traten die „Wiener Instrumentalsolisten“ mit Konzerten in Johannesburg, Kapstadt und Pretoria auf, wo sie auch Workshops für Bläser abhielten und den musikalischen Rahmen bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Die Zeit gibt die Bilder“ gestalteten. Das International Classical Music Festival, im Rahmen dessen eine Reihe hervorragender Konzerte in Pretoria, Johannesburg, Kapstadt, Durban und Port Elizabeth gegeben wurde, fand heuer von 3.–17. November zum dritten Mal statt. Der Initiator und Leiter des Festivals, der österreichische Staatsbürger südafrikanischer Herkunft Rohert Brooks, selbst Bariton-Sänger, strebt im Rahmen dieses Festivals insb die Zusammenarbeit von Musikern aus verschiedenen Kulturkreisen sowie die Amalgamierung verschiedener Musikrichtungen an. Univ.-Prof. Ruth Schneidewind von der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien hielt im Mai mehrere Workshops zur Musikerziehung an verschiedenen Musikakademien. Am 15. Mai wurde drei Deutschstudenten der Witwatersrand University in Johannesburg als Gewinnern eines Aufsatzwettbewerbes der jährliche „Buchpreis der Österreichischen Botschaft“, bestehend aus Werken der neueren österreichische Literatur, überreicht.

Der bilaterale Handelsaustausch hat neuerlich deutlich zugenommen. Die österreichischen Exporte betragen 336,29 Millionen Euro (+10,4%), die Importe 234,77 Millionen Euro (-4,9%).

Sudan (Republik Sudan), Khartoum

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Omar Hassan Ahmed el-Beshir

Außenminister
Mustafa Osman Ismail

ÖB, AHSt: siehe Ägypten; Khartoum – HK

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Öffnung des Landes wurden die traditionell guten Kontakte mit dem Sudan vor allem im wirtschaftlichen Bereich durch Förderung von Firmenkontakten – insb in Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten – wieder aufgenommen und verstärkt. Im

Länderinformationen

Jänner 2003 fand eine Wirtschaftsmission österreichischer Firmen nach Khartum statt, um der verstärkten Nachfrage gerecht zu werden.

Die österreichischen Exporte betragen 15,4 Millionen Euro (+55,8%), die Importe 415.000 Euro (+514,0%).

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von SudaneseInnen in Österreich, wobei im Berichtszeitraum drei Personen gefördert werden konnten.

Suriname (Republik Suriname), Paramaribo

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Vizepräsident	Außenminister
Rinaldo Roland Venetiaan	Jules Rattankoemar Ajodhia	Maria E. Levens

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Paramaribo – HK

Die österreichischen Exporte betragen 491.000 Euro (+40,4%), die Importe 122.000 Euro (+20,0%).

Swasiland (Königreich Swasiland), Mbabane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Mswati III.	Dr. Barnabas Sibusiso Dlamini	Roy Douglas Fanourakis

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Da der bilaterale Handel fast ausschließlich über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betragen 377.000 Euro (+100%), die Importe 108.000 Euro (+258,2%).

Syrien (Syrisch Arabische Republik), Damaskus

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bashar Al Assad	Mohammad Naji Otri	Farouk Al Shara'a

Damaskus – ÖB, AHSt, AUA; Aleppo – HK

Besuche aus Österreich: Parlamentspräsident Dr. Andreas Khol (Damaskus, 29. Dezember 2003–5. Jänner 2004), Gespräch mit Präsident Bashar Al Assad, Parlamentspräsident Mahmoud Al Abrash, Premierminister Mohammad Naji Otri, Außenminister Farouk Al Shara'a, Handelsminister, Ghassan Al Rifa'i, Großmufti Ahmed Kaftaro, griechisch-orthodoxen Patriarchen Hazim Ignatius IV und Besuch des österreichischen VN-Bataillons am Golan; Bundesminister Günther Platter (Damaskus, 17.–18. Dezember, Gespräch mit Verteidigungsminister Mustafa Tlass, Besuch des österreichischen VN-Batallions am Golan);

Besuch in Österreich: Industrieminister Mohammad Safi Abo Dan (Wien, 2. Dezember), Gespräch mit Wirtschaftskammerpräsident Leitl; andere Besuche wurden wegen der Irakkrise abgesagt oder verschoben.

Österreich war mit einem eigenem Stand auf der Baumesse Buildex im Mai sowie beim EU-Mashrek Partenariat im Oktober vertreten.

Die österreichischen Exporte betragen 30,90 Millionen Euro (–10,9%) und die Importe 119,46 Millionen Euro (–35,9%).

Trotz des Krieges im Nachbarland Irak konnten eine Reihe von Kulturveranstaltungen durchgeführt werden: Konzert und Workshop des Pianisten Klaus Leutgeb; Teilnahme von Heinz Cibulka sowie Fotoausstellung von Brigitte Nikolavcic beim Internationalen Fotofestival Aleppo; Einzelausstellung der Malerin Andrea Tierney; Teilnahme der Fotografin Heidi Czipin am Internationalen Frauenkunst-Festival in Aleppo. Der Dirigent Wolfgang Gröhs arbeitete zwei Wochen mit dem Syrischen Synchronorchester und gab zwei erfolgreiche Konzerte (Strauß, Mozart, Haydn) in der Nationaloper von Damaskus.

Anhang

Im Rahmen des Projekts Transfer Damaskus Urban Orientation hielten sich 30 Studierende und Lehrende der Universität für Angewandte Kunst Wien in Damaskus auf und arbeiteten in enger Kooperation mit syrischen PartnerInnen Kunstprojekte aus. Im März wurden die Ergebnisse in der Kunsthalle Wien und im Juni in Damaskus präsentiert.

Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Jachje Asimow	Talbak Nasarow

Wien – ÖB; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (17. Mai)

Besuche in Österreich: Industrieminister Said Saidow (1.–5. Dezember)

An der UNDP-Vertretung in Duschanbe ist ein Österreicher tätig. IFES (International Foundation for Election Systems) Tadschikistan wird von einem Österreicher geleitet.

Die österreichischen Exporte betragen 1,2 Millionen (+486,6%), die Importe 1,2 Millionen Euro (–81,2%). Vom 8.–9. Dezember wurde eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt.

Das Bundesministerium für Inneres leitet das auf mehrere Jahre angelegte BOMCA (Border Management in Central Asia) – Projekt der EU in Zentralasien, an dem auch Tadschikistan teilnimmt. Der Präsident der tadschikischen Akademie der Wissenschaften, Ulmas Mirsaidow, hielt sich zur Vorbereitung eines bilateralen Zusammenarbeitsabkommens im Oktober an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften auf. Eine Zusammenarbeit mit dem Institut zur Erforschung und Förderung österreichischer und internationaler Literaturprozesse wurde begonnen. Beim internationalen Seminar „Unifying Aspects of Culture“ dieses Instituts am 8./9. November in Wien übernahm Tadschikistan die Leitung des Zentralasienteils. Die Vorbereitungen zur ersten europäischen Aufführung der bekanntesten tadschikischen Oper „Komde Madan“ wurden fortgesetzt. Ilya Mammadschanow war für drei Monate „Artist in Residence“ in Wien. Im Juli fand in Wien eine Ausstellung zentralasiatischer KünstlerInnen unter tadschikischer Beteiligung statt.

Aus Mitteln der OZA (Osthilfe) wurden folgende Projekte durchgeführt: Vom 20. März bis 14. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkasien und Zentralasien mit tadschikischer Beteiligung statt. Vom 7.–18. Juli fand in Wien ein gemeinsames mit den USA durchgeführtes Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter tadschikischer Beteiligung statt. Eine österreichische Delegation besuchte vom 7. bis 12. Dezember Tadschikistan, um Zusammenarbeitsmöglichkeiten auf dem Wassermanagementsektor auszuloten.

Das Hilfswerk Österreich führt für ECHO (European Communities' Humanitarian Office) ein Projekt zur Armutsbekämpfung durch.

Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Benjamin W. Mkapa	Frederick Sumaye	Jakaya M. Kikwete

ÖB: siehe Kenia; Dar es Salaam – HGK; AHSt: siehe Südafrika

Eine tansanische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Industrie- Handelsminister Dr. Juma Alifa Ngasongwa besuchte Ende Februar Wien und nahm auf Einladung der WKÖ an einem Businessforum teil. Der tansanische Minister traf auch mit Generalsekretär Kyrle zusammen. Besuche in Österreich: Premierminister Frederick Sumaye (30. November – 6. Dezember) zur X. UNIDO Generalkonferenz.

Tansania ist Kooperationsland der ÖEZA mit den Schwerpunktsektoren Dezentralisierung und Distriktentwicklung sowie Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde im Berichtszeitraum die berufliche Fortbildung von acht Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Die österreichischen Exporte betragen 3 Millionen Euro (–7,4%), die Importe 1,04 Millionen Euro (–44,1%).

Länderinformationen

Thailand (Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Thaksin Shinawatra	Surakiart Sathirathai

Bangkok – **ÖB, AHSt, AUA/LA**; Chiang Mai, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Prof. Reinhart Waneck (17.–20. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Surakiart Sathirathai (im Mai beim Ministertreffen des Netzwerks Menschliche Sicherheit in Graz und im Juli zum bilateralen Besuch); Transportminister Suriya Jungrongreangkit (im Juli im Zusammenhang mit der Lieferung von U-Bahn-Garnituren für die Bangkok U-Bahn); Wissenschafts- und Technologieminister Phinij Jarusombat (Im Sommer).

Am 15. Dezember fand in Bangkok ein von Thailand organisiertes „Forum über internationale Unterstützung für die nationale Versöhnung in Myanmar“ statt, an dem zwölf Länder, darunter auch Österreich, teilnahmen.

Die österreichischen Exporte betragen 139 Millionen Euro (+54,9%), die Importe 202 Millionen Euro (+1,1%). Bei den österreichischen Exporten dominieren Großaufträge für Investitionsgüter. Der Austausch von Wissenschaftlern und Stipendiaten (vor allem Nord-Süd-Dialogstipendien und Technologiestipendien im Rahmen des ASEAN-UNINET-Programmes) wurde fortgesetzt. An der Bangkok Chulalongkorn-Universität besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC).

Das Asian Institute of Technology (AIT) in Bangkok wird von Österreich seit 1990 durch die Finanzierung von Stipendien unterstützt; diese Zusammenarbeit wurde durch den Abschluss eines Folgeabkommens für die Jahre 2002 bis 2004 fortgesetzt.

Im Kulturbereich nahm Österreich am traditionellen EU-Filmfestival (in Bangkok, Chiang Mai und erstmalig Hat Yai), am EU-Festival zeitgenössischen Theaters sowie am EU-Festival für Straßen- und Tanztheater in Bangkok teil. Zudem organisierte Österreich ein Benefizkonzert des Wiener Opernballorchesters.

Timor-Leste (Demokratische Republik Timor-Leste), Dili

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
José Alexandre (Xanana) Gusmão	Mari bin Amude Alkatiri	José Ramos-Horta

ÖB, AHSt: siehe Indonesien

Besuche aus Timor-Leste: Präsident Xanana Gusmao (anlässlich der X. UNIDO-Generalkonferenz, 2.–5. Dezember; inoffizielle Gespräche mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und 2. Präsidenten des Nationalrats Heinz Fischer).

Seit der Übergabe der politischen Verantwortung durch die Übergangsverwaltung der VN (UN-TAET) an die demokratisch gewählte Regierung am 20. Mai 2002, mit der Timor-Leste formell die Unabhängigkeit erlangte, bemüht sich die United Nations Mission of Support in East Timor (UN-MISET) um Unterstützung und Stabilisierung der jungen demokratischen Institutionen. Das Mandat von UNMISET ist mit 20. Mai 2004 befristet.

Die österreichischen Exporte betragen 168.000 Euro, die Importe 3.000 Euro (+41,6%). Österreich unterstützt Timor-Leste mittelbar über seine Beiträge zu den internationalen Finanzinstitutionen und über Beiträge an die Europäische Kommission.

Togo (Togolesische Republik), Lomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Gnassingbé Eyadéma	Koffi Sama	Kokou Tozoun

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; **AHSt:** siehe Nigeria

Anhang

Ein Kindergartenprojekt bei Lomé wurde mit 2.038 Euro unterstützt.

Prof. Roland Horvath, Hornist bei den Wiener Philharmonikern und Prof. DI Friedrich Brucker, Chorleiter des Schubertbundes Wien, brachten in einem Konzert Musik über drei Jahrhunderte in Lomé erklärend dar. Ebenso lieferten sie musikalische Beiträge im Rahmen von Messen in der Kathedrale von Lomé.

Die österreichischen Exporte betragen 1,98 Millionen Euro (-9,0%), die Importe 1,55 Millionen Euro (-20,2%).

Tonga

(Königreich Tonga), Nuku'alofa

Staatsoberhaupt Regierungschef und Aussenminister

König Taufa'ahau Tupou IV Prinz 'Ulukalala Lavaka Ata

ÖB, AHSt: siehe Australien

Trinidad und Tobago

(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain

Staatsoberhaupt Regierungschef Außenminister

George Maxwell Richards Patrick Manning Knowlson Gift

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – HK

Trinidad ist für Österreich der wichtigste Wirtschaftspartner in der Karibik.

Die österreichischen Exporte betragen 7,74 Millionen Euro (+62,9%), die Importe 75.000 Euro (-87,7%).

Tschad

(Republik Tschad); Ndjaména

Staatsoberhaupt Regierungschef Außenminister

Idriss Déby Dr. Haroun Kabadi Mahamat Saleh Annadif
(bis Juni 2003)
Moussa Faki
(seit Juni 2003)

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 2,5 Millionen Euro, die Importe 192.000 Euro (+325,2%).

Tschechische Republik

(Tschechische Republik), Prag

Staatsoberhaupt Regierungschef Außenminister

Václav Klaus Vladimír Špidla Cyril Svoboda
(seit 7. März 2003)

Prag – ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA; Brünn – HK, OSI, ÖI; Budweis – HK

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Thomas Klestil, Abschiedsbesuch bei Präsident Václav Havel (Prag, 28. Jänner), Arbeitsbesuch bei Präsident Václav Klaus (Prag, 17. Juli); Nationalratspräsident Andreas Khol mit einer Parlamentarierdelegation, Gespräche mit Präsident Václav Klaus, Abgeordnetenkammerpräsident Lubomír Zaorálek und Ministerpräsident Vladimír Špidla (Prag, 31. März – 1. April); Zweiter Nationalratspräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Tschechiens (Prag, 28.–29. März); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Arbeitsbesuch bei Ministerpräsident Vladimír Špidla (Prag, 2. April), Teilnahme an der Tagung des Internationalen Olympischen Komitees über die Bewerbung Salzburgs für die Olympischen Winterspiele 2010, Gespräche mit Ministerpräsident Vladimír Špidla (Prag, 1.–2. Juli); Vizekanz-

Länderinformationen

ler Herbert Haupt, Gespräche mit Arbeits- und Sozialminister Zdeněk Škromach und Vizeministerpräsident Petr Mareš (Prag, 18.–19. Juli); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Außenministertreffen der Länder der Regionalen Partnerschaft und bilaterale Gespräche mit Außenminister Cyril Svoboda (Buchlovice, 4. Juli); Bundesminister Hubert Gorbach, Gespräche mit Verkehrsminister Milan Šimonovský (Prag, 12. Juni); Treffen der Verkehrsminister Österreichs, Tschechiens und der Slowakei (Židlochovice bei Brünn, 2.–3. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an Gesundheitsministerkonferenz (Prag, 20.–21. September); Bundesminister Josef Pröll, Gespräche mit Landwirtschaftsminister Jaroslav Palas und Außenminister Cyril Svoboda (Prag, 28.–29. Oktober); Präsident des Bundesrats Herwig Hösele als Leiter einer Bundesratsdelegation, Gespräche mit Senatspräsident Petr Pithart (Nové Hradý/Südböhmen, 28. Mai); Präsident des Bundesrates Hans Ager, Jahrestagung der europäischen Senate (Prag, 6.–8. Oktober); Abgeordnete des Europäischen Parlaments Ursula Stenzel, Teilnahme an der Konferenz der Freiheitsunion – Demokratische Union „Schritt für Schritt in Richtung föderales Europa“ (Prag, 19.–20. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der 4. Regionalkonferenz der Landes- bzw. Kreishauptleute von Oberösterreich und Südböhmen (Budweis, 13. März); Landeshauptmann Franz Schausberger, Gespräche mit dem Kreishauptmann für Südböhmen Jan Zahradník, Wirtschaftsgespräche mit Industrie- und Handelsminister Milan Urban, Teilnahme an der Tagung des Internationalen Olympischen Komitees (Budweis, Prag, 30. Juni – 3. Juli); Staatssekretär Reinhart Waneck, Teilnahme am Kongress der Europäischen Vereinigung angestellter Ärzte (Prag, 15. Mai); Generalstabschef Roland Ertl, Gespräche mit Generalstabschef Pavel Štefka (Olmütz und Vyškov, 9. April).

Besuche in Österreich: Präsident Václav Klaus, Antrittsbesuch bei Bundespräsident Klestil (Wien, 23. April), Teilnahme – mit Ex-Präsident Václav Havel – am 10. Zentraleuropäischen Präsidententreffen (Salzburg, 23. Mai); Ministerpräsident Vladimír Špidla, Teilnahme am Europaforum Wachau und Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Göttweig, 29. Juni); Präsident der Abgeordnetenkammer Lubomír Zaorálek, Gespräch mit Zweitem Nationalratspräsidenten Heinz Fischer (Wien, 17. Oktober), gemeinsam mit dem stellvertretenden Präsidenten des Senats Jan Ruml, Teilnahme an der Sitzung des Bundesrats zum EU-Erweiterungsvertrag und Gespräche mit Nationalratspräsident Andreas Khol sowie mit dem Präsidenten des Bundesrats Hans Ager (Wien, 18. Dezember); Außenminister Cyril Svoboda, Gespräche mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Freistadt, 29. Oktober); Innenminister Stanislav Gross, Teilnahme am Treffen der Innenminister der Regionalen Partnerschaft „Forum Salzburg“ (Salzburg, 18.–20. Juli); Vizeindustrie- und Handelsminister Miroslav Somol, Teilnahme am Treffen der Wirtschaftsminister der Regionalen Partnerschaft (Salzburg, 18.–20. August); Minister für regionale Entwicklung Miroslav Němec, Unterzeichnung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus (Salzburg, 19. August); Arbeits- und Sozialminister Zdeněk Škromach, Gespräche mit Bundesminister Herbert Haupt und Bundesminister Martin Bartenstein (Wien, 16.–17. Dezember); Vizeaußenminister Jan Kohout, Gespräche mit Bundesministerin Ferrero-Waldner und dem österreichischen Vertreter im EU-Konvent Bundesminister a.D. Hannes Farnleitner (Wien, 20.–21. Februar), Gespräche mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Wien, 7. November).

Zu den Fragen der Vergangenheit wurden von der tschechischen Regierung wichtige Schritte gesetzt: In einer Erklärung nach dem tschechischen EU-Beitrittsreferendum im Juni bezeichnete sie, ähnlich wie dies Präsident Václav Klaus bereits am 14. März getan hatte, die Ereignisse aus der unmittelbaren Nachkriegszeit aus heutiger Sicht als unannehmbar, aber als nicht mehr rückgängig zu machen. Ministerpräsident Vladimír Špidla erklärte in seiner Rede beim Europaforum Wachau in Göttweig Ende Juni 2003, dass sich die deutsch-tschechische Erklärung von 1997 auch auf die Vertriebenen in Österreich beziehe.

Zum Thema der Vergangenheitsbewältigung zwischen Nachbarschaftsgesellschaften wurde am 21. März von den Vorsitzenden der österreichischen und tschechischen Bischofskonferenzen, dem Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn und dem Olmützer Erzbischof Jan Graubner, eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Versöhnte Nachbarschaft im Herzen Europas“ unterzeichnet.

Die im Brüsseler Abkommen 2001 (Melker Prozess) vorgesehenen Treffen bilateraler Expertenarbeitsgruppen – das KKW Temelín und den diesbezüglichen Zeitplan („Road Map“) betreffend – wurden planmäßig fortgeführt.

Besonderer Ausdruck der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen war die mit Flugzeugen der tschechischen Armee durchgeführte Rückkehr einer Gruppe irakischer Kinder, deren Kriegsverletzungen in Österreich behandelt worden waren, in ihre Heimat.

Anhang

Der bilaterale Handel zwischen Österreich und Tschechien gewann 2003 deutlich an Dynamik: Österreichischen Exporten von 2,41 Milliarden Euro (+7,1%) stehen nun Importe von 2,63 Milliarden Euro (+17,4%) gegenüber. Damit verfügt Tschechien gegenüber Österreich erstmals seit der Wende 1989 über eine aktive Handelsbilanz. Tschechien ist für Österreich unter den Reformstaaten der bedeutendste Investitionsstandort. Österreich bleibt drittgrößter ausländischer Direktinvestor in Tschechien. Immer mehr österreichische Klein- und Mittelunternehmen entdecken die südlichen Landesregionen Tschechiens als günstige Produktions- und Vertriebsstandorte in unmittelbarer geographischer Nähe zu Österreich.

Die traditionell guten Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen intensivierten sich weiter und sind von einer gut funktionierenden bilateralen Zusammenarbeit auf allen Ebenen geprägt, wobei der kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen der „Plattform – Kultur Mitteleuropa“ der Regionalen Partnerschaft von tschechischer Seite großes Interesse entgegengebracht wird.

Von den ca. 200 vom ÖKF Prag in ganz Tschechien organisierten Veranstaltungen sind auf Grund ihres großen Erfolgs insb die Ingeborg Bachmann-Woche (Prag, Oktober), das Symposium Adolf Loos (Pilsen, Oktober) und die österreichische Teilnahme am 8. Prager Theaterfestival deutscher Sprache (November) hervorzuheben. Ein im Herbst vom ÖKF initiiertes Zyklus des zeitgenössischen österreichischen Films erfreute sich regen Zuspruchs. Im Dezember wurde erstmals in Prag das Programm der Salzburger Festspiele durch deren Präsidentin Helga Rabl-Stadler präsentiert.

Tunesien (Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Habib Ben Yahia

Tunis – ÖB

Außenpolitische Prioritäten Tunesiens blieben die Beziehungen zu westlichen Staaten, insb zur EU, und zu Nachbarstaaten wie den arabischen Ländern; weiters der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Entwicklungen im Irak und im Nahostkonflikt. Für die im Herbst 2004 anstehenden Wahlen haben Präsident Ben Ali und einzelne Oppositionspolitiker bereits ihre Kandidatur bekannt gegeben, an der Wiederwahl Ben Alis besteht kein Zweifel. Nach einem Wachstumseinbruch 2002 in Folge einer Tourismusflaute und jahrelanger Dürre nahm die Wirtschaft 2003 wieder ihre grundsätzlich dynamische Entwicklung auf.

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner traf am 8. Februar auf Ersuchen der griechischen EU-Präsidentschaft im Zusammenhang mit der Irakkrise in Tunis mit Außenminister Ben Yahia zusammen. Dieser besuchte Österreich vom 25.–27. März.

Das Ad-hoc-Komitee Österreich-Tunesien tagte am 18. November zur Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen in Wien.

Österreichische KünstlerInnen nahmen an Festivals für europäischen Film, Jazz, klassische Orchestermusik und westliche Kammermusik in Tunis, Tabarka und El Jem teil. WissenschaftlerInnen hielten Vorträge an Hochschulen und Akademien in Tunis und bei der Germanistentagung in Sousse.

Die österreichischen Exporte betragen 42,3 Millionen Euro (–6,0%), die Importe 115,4 Millionen Euro (+206,3%). Rund 80.000 ÖsterreicherInnen waren als TouristInnen im Lande.

Türkei (Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Aussenminister
Ahmet Necdet Sezer	Recep Tayyip Erdogan	Abdullah Gül

Ankara – ÖB, AHSt, AUA; Istanbul – GK, KF, AHSt, AUA; Adana, Antalya, Bursa, Bodrum, Izmir, Trabzon, Mersin – HK

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrler, gemeinsam mit den „Freunden von Ephesus“ (Ephesus, 27. September). Bundesminister Martin Bartenstein (Ankara, Istanbul 9.–10. Oktober), Vorsitzender der Gemischten Wirtschaftskommission, Arbeitsgespräche mit Innenminister Abdulkadir Aksu, mit Staatsminister Ali Babacan und Unterstaatssekretär für Energie Sami Demirbilek.

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Premierminister Recep Tayyip Erdogan, (Wien, 11.–12. Juli). Außenminister Abdullah Gül, (Wien, 1.–3. September)

Verträge: Abkommen über soziale Sicherheit, 1999. Infrastrukturelles Kooperationsabkommen im Gesundheitsbereich, 2000. Verkehrsabkommen, Entwurf März 2001 wurde bisher nicht finalisiert. Doppelbesteuerungsabkommen, 1973, 1. Verhandlungsrunde über eine Neufassung fand 2001 statt, neue Runde für Beginn 2004 geplant. Luftverkehrsabkommen, 1974, abgeändert durch Notenwechsel am 1. 7. 1988, seitens Österreichs wird eine Neufassung angestrebt.

Wirtschaft: Nach einem starken Rückgang der türkischen Wirtschaftsleistung als Auswirkung der beiden nur wenige Monate aufeinander folgenden Wirtschaftskrisen in den Jahren 2000 und 2001 ist seither wieder ein Erstarren der türkischen Wirtschaft spürbar, das sich auch 2003 weiter fortsetzte. Das österreichische Handelsbilanzdefizit verringerte sich in der Folge um mehr als die Hälfte.

Die österreichischen Exporte betragen 704,81 Millionen Euro (27,2%), die Importe 697,05 Millionen Euro (13,6%).

Die Türkei belegt sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen Österreichs den 21. Welt-rang.

Österreich exportierte hauptsächlich Maschinen, Papier und Papierwaren, Eisen, Stahl und Metallwaren, Textilien und Spinnstoffe, medizinische und pharmazeutische Produkte sowie vollständige Fabrikationsanlagen. Fast 40% der gesamten österreichischen Importe aus der Türkei entfielen auf die Sektoren Bekleidung, Bekleidungszubehör und Textilien. Weiters wurden Nahrungsmittel (vor allem Obst und Gemüse), Straßenfahrzeuge und KFZ-Teile, mineralische Rohstoffe, Motoren, Möbel, Metallwaren und TV-Geräte aus der Türkei importiert. Eine große türkische Busfabrik lieferte im Frühsommer 60 Autobusse an die österreichische Post-AG.

Wichtige Delegationen und Kommissionen im Wirtschaftsbereich 2003:

1. Tagung der Gemeinsamen Österreichisch-Türkischen Arbeitsgruppe für Infrastrukturelle Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitseinrichtungen in Ankara (4. März). 3. Tagung des Turkish-Austrian Business Council in der WKÖ (11. Juni). 2. Tagung der Gemeinsamen Österreichisch-Türkischen Arbeitsgruppe für Infrastrukturelle Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitseinrichtungen in Wien (12. September). 4. Tagung der Gemischten Kommission Österreich-Türkei in Ankara (9. Oktober). Die 4. Tagung der Gemischten Energiekommission Österreich-Türkei, welche diesmal in Ankara stattfinden sollte, musste neuerlich verschoben werden.

Kultur: Die kulturelle Präsenz äußerte sich auch durch die Teilnahme österreichischer Künstler und Wissenschaftler an zahlreichen nationalen und internationalen Veranstaltungen mit unterschiedlichsten Schwerpunkten. Geprägt von mehreren Konzerten, Ausstellungen und Begleitveranstaltungen fand heuer zum ersten Mal das Eskişehir-Festival mit einem Österreich-Schwerpunkt statt. Weitere musikalische Höhepunkte bildeten Konzerte von Ernst Kovacic und den Wiener Salonikern. Österreichische Ensembles und Künstler nahmen an den Internationalen Mozarttagen in Istanbul, an den Jazzfestivals Ankara und Izmir, am Musikfestival in Mersin und an einem erstmals durch die EU-Kultureinrichtungen getragenen Straßenmusikfestival in Istanbul teil. Großen Zuspruch fand das Internationale Symposium zum Thema „Orff-Schulwerk“ (in Zusammenarbeit mit dem Mozarteum Salzburg) sowie das von einer vielbeachteten Dokumentationsausstellung begleitete Symposium „Clemens Holzmeister – Architekt an Wendepunkten der Geschichte“. Vielbeachtet war die Teilnahme österreichischer WissenschaftlerInnen am Internationalen Komparatisten-Kongress in Eskişehir und am Kongress für Sportmedizin in Kayseri. Österreichische FachexpertInnen hielten zahlreiche Einzelvorträge zu Themen unterschiedlichster Fachrichtungen (Archäologie, Osmanische Geschichte, Wissenschaftsgeschichte, Medizin, Vergleichende Literaturgeschichte, Bodenkultur etc.). Zusätzlich zu vielen Ausstellungen, die neben Ankara und Istanbul auch in anderen Städten der Türkei präsentiert wurden, konnte in Istanbul eine Markus-Prachensky-Retrospektive gezeigt werden. Der österreichische Film konnte bei diversen Filmfestivals und insb durch eine österreichische Filmwoche an der Bilgi Universität vorgestellt werden. In Eskişehir wird mit Hilfe lokaler und österreichischer Sponsoren ein Österreich-Informationszentrum eingerichtet.

Konsularisches: Die türkische Gemeinschaft in Österreich zählt etwa 220.000 Personen (ca. 50% bereits österreichische StA), rund 360.000 österreichische Touristen besuchen jährlich die Türkei. Durch die Terroranschläge im November wurde jedoch ein gewisser Buchungsrückgang verzeichnet. In der Türkei leben rund 600 AuslandsösterreicherInnen, die von den Vertretungsbehörden erfasst werden. Das türkische Innenministerium nennt eine Zahl von 2000, wobei es sich hiebei größtenteils um aus der Türkei stammende eingebürgerte Österreicher handelt, die wieder in der Türkei leben. Letztere nehmen nur in den seltensten Fällen Kontakt zu den Vertretungsbehörden auf.

Anhang

Turkmenistan (Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Saparmurat Nijasow

Außenminister
Raschid Meredow

Wien – ÖB; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Die österreichischen Exporte betragen 25,9 Millionen Euro (+281,2%), die Importe 217.000 Euro (–97,4%).

Das Bundesministerium für Inneres leitet das auf mehrere Jahre angelegte BOMCA (Border Management in Central Asia) – Projekt der EU in Zentralasien, an dem zeitweise auch Turkmenistan teilnimmt.

Im Juli fand in Wien eine Ausstellung zentralasiatischer KünstlerInnen unter turkmenischer Beteiligung statt.

Aus Mitteln der OZA (Osthilfe) wurden folgende Projekte durchgeführt: Vom 7.–18. Juli fand in Wien ein gemeinsam mit den USA durchgeführtes Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter turkmenischer Beteiligung statt.

Tuvalu (Tuvalu), Funafuti

Staatsoberhaupt und Generalgouverneur
(in Vertretung von Königin Elizabeth II.)
Tomasi Puapua
Faimalaga Luka
(seit 8. September)

Regierungschef und
Außenminister
Saufatu Sopoanga

ÖB und AHSt: siehe Australien

Uganda (Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Yoweri K. Museveni

Außenminister
James Wapakhabulo

ÖB: siehe Kenia; Kampala – HK; Regionalbüro der ÖEZA, AHSt: siehe Südafrika

Besuche in Österreich: Präsident Yoweri Museveni zur X. UNIDO Generalkonferenz (3.–5. Dezember), Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol am 3. Dezember.

Uganda ist Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Im EZA-Regionalbüro in Kampala erfolgt die Projektkoordination für die Länder Uganda, Kenia, Tansania, Burundi und Ruanda. Schwerpunktsektoren der ÖEZA sind Wasserversorgung, Dezentralisierung und Distrikentwicklung, Rechtswesen sowie Entwicklung des privaten Sektors.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde im Berichtszeitraum die berufliche Fortbildung von 45 Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Die österreichischen Exporte betragen 876.000 Euro (–47,6%), die Importe 1,4 Millionen Euro (+85,5%).

Im Juni besuchte ein „3 sat“ Filmteam Uganda und drehte die Serie „Ferne Nachbarn“. Im Oktober wurde die erfolgreiche musikalische Kooperation der bekannten ugandischen Band „Big 5“ und der Grazer Alternativmusiker „Deishovida“ mit einer Reihe von gemeinsamen Konzerten in Österreich fortgesetzt.

Ukraine (Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt
Leonid Kutschma

Regierungschef
Viktor Janukowytsch

Außenminister
Anatolij Slenko Kostjantyn
Hryschtschenko
(seit September)

Kiew – ÖB, KF, AHSt, AUA, ÖW; Lemberg – HK, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Odessa, Dnipropetrowsk, Charkiw – AUA

Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der 5. Internationalen Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ in Kiew, Treffen mit Umweltminister Wasyl Schewtschuk (20.–23. Mai); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Treffen mit Präsident Leonid Kutschma, Premierminister Viktor Janukowytsch, Außenminister Anatolij Slenko und Parlamentspräsident Wolodymyr Lytvyn (Lemberg und Kiew, 4.–6. Juni); Staatssekretär Reinhart Waneck, Treffen mit Gesundheitsminister Andrij Pidajew (6.–7. Juni und 24.–25. Oktober); Bundesminister Ernst Strasser, Treffen mit Innenminister Mykola Bilokon, Premierminister Viktor Janukowytsch und Außenminister Kostjantin Hryschtschenko (Kiew, 12.–14. November).

Besuche in Österreich: Präsident Leonid Kutschma, Teilnahme am Weltwirtschaftsforum Salzburg, Treffen mit Bundespräsident Thomas Klestil (Salzburg, 22.–23. Mai); Justizminister Oleksander Lawrynowsch, Treffen mit Bundesminister Dieter Böhmdorfer (Wien, 14.–17. September); Wirtschaftsminister Walerij Choroschkowskij, Teilnahme an UNIDO-Generalkonferenz, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (Wien, 1. Dezember).

Die Gemischte Kommission für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hielt ihre fünfte Tagung vom 4.–7. August in Jalta ab. Die österreichischen Exporte betragen 366,67 Millionen Euro (+33,9%), die Importe 271,61 Millionen Euro (+7,7%).

Am 6. Juni wurde in Kiew anlässlich des Besuchs von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik unterzeichnet.

Anlässlich des ersten in der Ukraine abgehaltenen Europatages am 17. Mai wurde am Kreschtschak-Boulevard in Kiew ein Österreich-Pavillon mit einem original Wiener Kaffeehaus und Musikprogramm („Mozartquartett“ in Originalkostümen) eingerichtet. Im Österreich-Pavillon wurden außerdem die Fotoausstellungen „Graz – Kulturhauptstadt 2003“ und „Imperiales Wien“ gezeigt. Am Filmfestival in Lemberg vom 16.–18. Juni nahm Österreich mit dem Beitrag „Geboren in Absurdistan“ teil. Beim Filmfestival in Kiew vom 25. Oktober bis 2. November wurde der österreichische Film „Struggle“ mehrfach ausgezeichnet.

Am 24. Oktober fand im Säulensaal des Kiewer Rathauses der von der Österreichischen Botschaft Kiew organisierte zweite Wiener Ball in der Ukraine statt. Das Programm enthielt u.a. eine Polonaise- und Walzershow mit ukrainischen Gesellschaftstanzensembles sowie Volksmusik des „Alpentrios“ aus Oberösterreich.

Vom 12.–16. November wurden in Kiew österreichische Kulturtage mit Konzerten, Meisterkursen, Lesungen, Buchpräsentationen und Ausstellungen durchgeführt.

In Kooperation mit der Außenhandelsstelle Kiew fand im Zeitraum April bis November in Altschewsk, Lugansk, Charkiw, Donezk, Mykolajiw, Cherson und Dnipropetrowsk eine Konzertserie mit klassischer Musik statt (Wiener Dirigent Kurt Schmid mit dem Lugansker Symphonieorchester).

Bis Ende 2003 wurden die im Juni 2001 begonnenen Geldüberweisungen des Österreichischen Versöhnungsfonds an die Ukrainische Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ bis auf einige wenige Fälle vollständig abgewickelt.

Ungarn (Republik Ungarn); Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ferenc Mádl	Péter Medgyessy	László Kovács

Budapest – ÖB, KF, ÖI, OSI, AHSt, ÖW, AUA; Fünfkirchen (Pécs), Raab (Győr), Steinamanger (Szombathely), Szeged, Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Nyiregyháza – HK

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen mit Ministerpräsident Péter Medgyessy (Steinamanger, 26. September); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, bilateraler Arbeitsbesuch bei Außenminister László Kovács (Budapest, 24. April); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der Landwirtschaftskonferenz des Österreichisch-Französischen Zentrums (Budapest, 3. April), Eröffnung und Besuch der österreichischen Lebensmittelpräsentation (Budapest, 30. September); Finanzminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme am mitteleuropäischen Finanzministertreffen (Budapest, 23. Mai), Treffen mit Finanzminister László Csaba am Rande der Unterzeichnung des Kaufvertrags Posta Bank – Erste Bank (Budapest, 20. Oktober); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Treffen mit Gesundheitsministerin Judit Csehák (Steinamanger, 18. Juli), Teilnahme am Symposium des Ungarischen Frauenforums (Budapest, 30. Oktober); Bundesminis-

Anhang

ter Martin Bartenstein, Treffen mit Wirtschaftsminister István Sillag anlässlich der Eröffnung der österreichischen Lebensmittelwoche in der Markthalle und Teilnahme an der Europa-Matinée der Außenhandelsstelle (Budapest, 22. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär im Außenministerium András Hajdú (Budapest, 16. Dezember); Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme an der Europaratskonferenz „Lokale und Regionale Demokratie“ (Budapest, 28. Februar).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Ferenc Mádl, Teilnahme am 10. Mitteleuropäischen Präsidententreffen (Salzburg, 21.–23. Mai); Parlamentspräsidentin Katalin Szili, Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol (Wien, 18. Dezember); Wirtschaftsminister István Sillag, Treffen im Klub der internationalen Wirtschaft mit Bundesminister Martin Bartenstein (Wien, 22. Juni), Mitteleuropäisches Wirtschaftsministertreffen (Salzburg, 18. August), Landwirtschaftsminister Imre Németh, Teilnahme an der bilateralen Dialogkonferenz (Ried im Innkreis, 3. September); Innenministerin Mónika Lamperth, Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser (Wien, 18. September); Staatssekretär für EU-Fragen im Außenministerium Péter Gottfried, Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Eisenstadt, 3. Oktober); Europaminister Endre Juhász, Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Wien, 17. Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 3,2 Milliarden Euro (-4,9%), die Importe 2,6 Milliarden Euro (+1,5%). Österreich hat am ungarischen Markt einen Anteil von ca. 7% und stellt damit Ungarns zweitgrößten Handelspartner hinter Deutschland dar. Die österreichischen Investitionen in Ungarn wachsen weiter, wobei die österreichische Präsenz in der ungarischen Wirtschaft fast alle Sektoren umfasst. Neben einer Reihe von Modernisierungsmaßnahmen in bestehenden Fabriken und Anlagen, insb auf dem Baustoffsektor, wurden zahlreiche Niederlassungen von österreichischen Einzelhandelsketten, Banken und Baumärkten sowie neue Produktionsstätten bedeutender österreichischer Verpackungsmaterialhersteller als Greenfield-Investitionen errichtet. Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt über 2,4 Milliarden Euro stellen österreichische Firmen etwa 12% der ausländischen Direktinvestitionen dar, wobei alleine 400 Millionen Euro von der Übernahme der ungarischen Postbank durch die Erste Bank stammen.

Im Kulturbereich dynamisierte sich die traditionell gute und intensive Zusammenarbeit mit den ungarischen Partnern, Kunstinstitutionen sowie Ministerien weiter. Ein Höhepunkt der ungarisch-österreichischen kulturellen Beziehungen war die Präsentation der Großausstellung „Zeit des Aufbruchs, Wien – Budapest zwischen Historismus und Avantgarde“ im Palais Harrach in Zusammenarbeit des Kunsthistorischen Museums Wien mit einer Reihe ungarischer Museen unter der Federführung des Historischen Museums Budapest. Die Ausstellung präsentierte die Beziehungen zwischen Wien und Budapest um die Jahrhundertwende in Kultur und Gesellschaft, Architektur und bildender Kunst, Literatur und Musik. Die Ausstellung wird in einer neuen Version mit stärkerem Akzent auf österreichischer Kunst von März-Juni 2004 im Historischen Museum Budapest, der Ungarischen Nationalgalerie und der Széchényi Nationalbibliothek gezeigt werden. Die Präsentation in Wien wurde in Budapest von der Präsentation der Ausstellung „Fellner und Helmer, Theaterarchitekten Mitteleuropas“ im Historischen Museum Budapest und von Vorträgen zu Urbanismus und Kulturbauten in Wien und Budapest um die Jahrhundertwende und heute begleitet. Als einer der Höhepunkte des Budapester Herbstfestivals 2003 fand die ungarische Erstaufführung des Oratoriums „Das Buch mit sieben Siegeln“ von Franz Schmidt statt. Die österreichisch-ungarische Pannonische Philharmonie sowie Chöre und Solisten aus Ungarn und Österreich brachten das Oratorium unter der Leitung von Prof. Alois Hochstrasser (Graz) zur Aufführung. Im Rahmen des Themenschwerpunkts zeitgenössische österreichische Architektur wurden während des Monats der Architektur im Oktober 2003 Ausstellungen des Wiener Architekten Georg Driendl und die Ausstellung „metariss“ der Architekturvereinigung Burgenland gezeigt.

Konferenzen befassten sich mit dem Themengebiet Stadt und Urbanismus im interkulturellen Netzwerk („Transfer Damaskus“), mit Visueller Kultur und mit der Erstellung und Funktion von Netzwerken („Netz-Kultur-Wissenschaft“). Die Symposien „Visuelle Kultur“ und „Netz-Kultur-Wissenschaft“ fanden noch in Zusammenarbeit mit dem OSI (Austrian Science and Research Liaison Office Budapest), das seine Tätigkeit mit Ende 2003 einstellte, statt. Auch die Tätigkeit der Beauftragten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur für Bildungs Kooperation mit Ungarn wurde mit Ende 2003 eingestellt.

Die Gyula Andrassy Deutschsprachige Universität bezog im September 2003 ihre definitiven Räumlichkeiten an der Adresse Mihály Pollack tér 3, dem ehemaligen Palais Festetics, nach dessen abgeschlossener Renovierung, um die Lehr- und Studententätigkeit dort aufzunehmen. Die An-

Länderinformationen

drassy Universität wird von Österreich (BMBWK) bis 2006 mit einem jährlichen Betrag von 250 000 Euro unterstützt.

Uruguay (Republik Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Jorge Batlle

Außenminister
Didier Opertti

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Montevideo – HGK

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahmen, bedingt durch die schwere Rezession, die Exporte deutlich ab und betrugen 3,1 Millionen Euro (-52,3%). Die Importe sanken ebenso und betrugen 1,1 Millionen Euro (-62,3%).

Usbekistan (Republik Usbekistan), Taschkent

Staatsoberhaupt
Islam Karimov
Shavkat Mirziyaev
(seit 14. März)

Regierungschef
Utkur Sultanov
Sodiq Safaev
(seit 11. Dezember)

Außenminister
Abdulasis Kamilov

Wien – ÖB; AHSt: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (17. Mai)

Die österreichischen Exporte betrugen 14,4 Millionen Euro (+51,7%), die Importe 23,2 Millionen Euro (+175,1%). Am 11.–12. Dezember wurde eine Wirtschaftsmission der Wirtschaftskammer unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt.

Das Bundesministerium für Inneres leitet das auf mehrere Jahre angelegte BOMCA (Border Management in Central Asia) – Projekt der EU in Zentralasien, an dem auch Usbekistan teilnimmt. Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die **schwerpunktmäßige** Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor durch Entsendung eines **Deutschpraktikanten** fortgesetzt.

Aus Mitteln der OZA (Osthilfe) wurden folgende Projekte durchgeführt: Vom 20. März bis 14. April fand in Österreich ein Fortbildungsseminar für DeutschlehrerInnen aus Südkasien und Zentralasien mit usbekischer Beteiligung statt. Das Projekt der Vernetzung österreichischer mit usbekischen Universitäten wurde vom BIT (Bundesinstitut für Internationalen Bildungstransfer) fortgeführt. Dabei wurden insb über das IHS (Institut für Höhere Studien) neue **Kontakte** entwickelt. Eine **Gruppe** usbekischer UniversitätslehrerInnen hielt sich vom 24.–30. November zum Studium neuer **elektronischer** Lehrmethoden in Wien auf. Vom 7.–18. Juli fand in Wien ein **gemeinsam** mit den USA durchgeführtes Seminar zu **Fragen** der lokalen Selbstverwaltung für **zentralasiatische** TeilnehmerInnen unter usbekischer Beteiligung statt. Die Zusammenarbeit auf dem Solarenergiesektor zwischen Arsenal Research und dem Technologietransferzentrum des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technologie wurde mit einer internationalen Konferenz in Taschkent am 23.–24. September sowie weiteren Studienaufenthalten fortgesetzt. Projekte in Karakalpakistan (Medikamentenspende, Saatgut, Brunnenbohrung, Ausstattung eines Berufs-College) wurden **fertiggestellt**. Ein österreichischer Ethnologieexperte aus dem Volkskundemuseum, Matthias Beitzl, und ein Musikexperte der Gemeinde Wien, Heydar Sari, besuchten Usbekistan, um bei der Entwicklung **zeitgemäßer** Strukturen auf den jeweiligen Sachgebieten behilflich zu sein und weitere Kooperationen mit Österreich aufzubauen.

Vanuatu (Republik Vanuatu), Port Vila

Staatsoberhaupt
Reverend Father
John Bani

Regierungschef
Edward Natapei

Außenminister
Rialuth Serge Vohor

ÖB, AHSt: siehe Australien

Anhang

Venezuela (Bolivarische Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Hugo Rafael Chávez Frías

Außenminister
Roy Chaderton Matos

Caracas – ÖB, AHSt; Porlamar – HK

Besuche in Österreich: Anlässlich seiner Teilnahme am Ministersegment der 46. Suchtgiftkommission der Vereinten Nationen in Wien besuchte der venezolanische Vizeaußenminister General Arévalo Méndez Romero am 15. April den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten zwecks Ausbaus der bilateralen Handelsbeziehungen.

Die Außenwirtschaft Österreich (AWÖ) veranstaltete am 5. Dezember das Venezuela Forum „Erdöl- und Erdgaswirtschaft“, an dem eine venezolanische Delegation unter der Leitung des Vizeministers für Erdöl- und Erdgaswirtschaft Luis Vielma teilnahm.

Die österreichischen Exporte betragen 47,73 Millionen Euro (+9,4%), die Importe 2,93 Millionen Euro (+102,6%).

Im März wurde die Ausstellung „Fabelwesen“ der österreichischen Malerin Moje Menhardt und im Oktober die Wanderausstellung „Wie weit ist Wien“ gezeigt. Im Juni wurde ein Konzert in der Residenz mit dem Trio Villas Lobos aufgeführt.

Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt
Sheikh Zayed bin
Sultan Al Nahyan

Regierungschef
Sheikh Maktoum bin
Rashid Al Maktoum

Aussenminister
Rashid Abdullah Al Nuaimi

Abu Dhabi – ÖB, AHSt

Im August wurde erstmals ein residenter Botschafter in die Emirate entsandt, der am 10. November sein Beglaubigungsschreiben überreichen konnte. Die bisherige Zuständigkeit Riyadhs ist damit auf Abu Dhabi übergegangen.

Besuche aus Österreich: 15.–18. März: Besuch der Militärmesse „IDEX 2003“ durch eine Militärdelegation unter dem Leiter des Rüstungsstabes. Bundesminister Karl Heinz Grasser (20.–22. September, IMF-Weltbanktreffen in Dubai, Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, Austausch der Ratifikationsurkunden des Abkommens über die Förderung und den Schutz von Investitionen); Altbundespräsident Kurt Waldheim (4.–8. Oktober, Vortrag in Dubai); Klubobmann Herbert Scheibner (10.–13. Oktober).

Eine für Mai geplante Wirtschaftsmission musste auf Grund der Entwicklung im Irak verschoben werden und wird voraussichtlich im Februar 2004 zustande kommen.

Besuche in Österreich: Der Kommandant der VAE-Landstreitkräfte, Generalmajor Saaed Mohamed Al Rumaithy, besuchte Verteidigungsminister Günther Platter sowie diverse Unternehmen (14.–17. Dezember).

Österreichische Firmen beteiligten sich an acht Fachmessen mit Gruppenausstellungen.

Die österreichischen Exporte betragen 188 Millionen Euro (+3,2%), die Importe 8,6 Millionen Euro (+32,2%).

Vereinigte Staaten von Amerika, (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington D.C

Staatsoberhaupt/Regierungschef
George Walker Bush

Außenminister
Colin L. Powell

Washington – ÖB, AHSt (bis November 2001), AUA; Chicago – GK, AHSt, AUA, New York – GK, KF, AHSt, ÖW, AUA, Nationalbank, Austrian Business Agency; Los Angeles – GK, AHSt, ÖW; Anchorage – HK; Atlanta – HGK, AUA; Boston – HK; Buffalo – HK; Charlotte – HK; Columbus – HK; Denver – HGK; Detroit – HGK; Honolulu – HGK; Houston – HGK;

Länderinformationen

Kansas City – HGK; Miami – HGK; Milwaukee – HK; Nassau – HK; New Orleans – HK; Philadelphia – HGK; Pittsburgh – HK; Portland – HK; Richmond – HK; Saint Louis – HK; Salt Lake City – HK; San Francisco – HGK; San Juan – HK; Seattle (LaConnor) – HK; St. Paul – HGK; St. Thomas – HK; Warwick – HGK

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin Grete Laska (New York, 30.–31. Jänner); Bundesminister Karlheinz Grasser (Washington, 12./13. April, Weltbank-Konferenz und 2. Dezember, Treffen mit dem Vorsitzenden der Zentralbank, Alan Greenspan; New York, 30. November, 1., 3. und 4. Dezember); Staatssekretär Franz Morak (New York, 5. Mai u. 4.–7. November); Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds, Hannah Lessing (Washington, 7.–15. Mai u. 1.–5. Dezember; New York, 7.–10. Oktober, Los Angeles 10.–16. Oktober); Beauftragter des Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel im Europäischen Konvent, Hannes Farnleitner (Washington, 12./13. Mai); Vorsitzende der Task Force gegen Menschenhandel in SO-Europa, Helga Konrad (Washington, 31. Juli/1. August); „First Lady“ Margot Klestil-Löffler (Washington, 3.–7. September); Bundesminister Ernst Strasser (Washington, 4.–9. September); Koordinator für den Stabilitätspakt Erhard Busek (Washington, 10.–14. September); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (New York, 21.–27. September UN-GV); Bundesministerin Elisabeth Gehrler (New York, 15.–19. Oktober); Generalsekretär des österreichischen Versöhnungsfonds, Richard Wotava (New York 12.–15. Oktober, Chicago, 16.–19. Oktober, Los Angeles 23.–26. Oktober) Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky (Chicago, 3./4. November 2003; Vortrag vor dem Chicago Council on Foreign Relations); SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer (Washington, 24.–27. November); Staatssekretär Reinhart Waneck (Chicago, 1.–3. Dezember, Vortrag 89. Jahrestagung der Radiological Society of North America; Washington, 4./5. Dezember).

Besuche aus den USA in Österreich: US Department of State (DoS): Bureau of European & Eurasian Affairs (EUR) Principal Assistant Deputy Secretary (PDAS) Charles Ries (Jänner); DoS, EUR/Press and Public Diplomacy Office (PPD) Deputy Assistant Secretary (DAS) Adrienne O'Neal (Mai); DoS EUR DAS Robert Bradtke (Juni); Kongressabg. Christopher Smith and Alcee Hastings (Juni); DoS EUR Assistant Secretary (AS) Elizabeth Jones (Juli); DoS Consular Affairs (CA) AS Maura Harty (Juli); Supreme Court Justice Anthony Kennedy (Juli); Commission on the Preservation of America's Heritage Abroad Chair Warren Miller (September); Office of Natl. Drug Control Policy Deputy Director Barry Crane (September); DoS EUR PDAS Charles Ries, (October); EUR/OHI Director, Amb.-designate Ed O'Donnell (November).

Beziehungen USA-Österreich: Die nunmehr bereits seit über fünf Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen den Schulbehörden der Stadt New York und Österreichs wurde anlässlich eines Besuchs von Bundesministerin Gehrler offiziell verlängert. Derzeit unterrichten rund 90 LehrerInnen – davon etwa die Hälfte aus Österreich – an New Yorker Haupt-, Real- und Mittelschulen. Die Journalistik- und Medizin-Ausbildungsprogramme der American Austrian Foundation wurden ebenfalls erfolgreich weitergeführt.

Jüdische Organisationen/Gedenkdiener/Medienarbeit: Von Seiten der jüdischen Organisationen wurde im Berichtsjahr die österreichische Unterstützung der Antisemitismus-Konferenz der OSZE in Wien und das weitgehende Fehlen anti-semitischer Zwischenfälle und Ausschreitungen in Österreich positiv gewertet. Beim mehrtägigen, prominent besetzten Anti-Semitismus-Symposium des YIVO Instituts für Jüdische Forschung im Mai 2003 fand Österreich kaum Erwähnung. Bei den nun schon zur Regel gewordenen Begegnungen von Bundesministerin Ferrero-Waldner mit Vertretern namhafter jüdischer Organisationen der USA am Rande der UN-Generalversammlung kam es erstmals im September 2003 zu einem Zusammentreffen mit Vertretern ehemals sowjetischer Juden.

Als weiteres positives Signal und wichtiges Element im Dialog mit der jüdischen Gemeinschaft kann die seit elf Jahren laufende Tätigkeit der österreichischen Gedenkdienstleistenden in den USA erwähnt werden (v.a. in Washington/D.C., New York, Los Angeles, Chicago, Richmond/Virginia, West Bloomfield/Michigan und St.Petersburg/Florida). Die bewährte Zusammenarbeit mit dem Simon Wiesenthal Center, Museum of Tolerance in Los Angeles, soll nach einer kurzen Unterbrechung im Jahre 2004 wieder aufgenommen werden.

Im Rahmen der Förderung des Dialogs mit den jüdischen Gemeinden veranstaltete der Presse- und Informationsdienst am 5. Mai einen Diskussionsabend mit Vertretern der jüdischen Gemeinde Washingtons (DC Jewish Community Center). Nach Vorführung des Dokumentarfilmes „Jewish Life in Vienna“ fand ein Vortrag mit anschließender Diskussion statt.

Um auf den Ablauf bzw. die Verlängerung der Anmeldefristen für Restitutionsansprüche und Versöhnungsleistungen aufmerksam zu machen, wurde auf der Webseite des Österreichischen

Anhang

Presse- und Informationsdienstes ein eigener link unter „restitution & compensation“ angebracht.

Ende Juni führte der Presse- und Informationsdienst Washington gemeinsam mit den drei Generalkonsulaten auf Initiative des österreichischen Versöhnungsfonds eine USA-weite Plakataktion durch, mit der zusätzlich Antragsteller erreicht werden konnten. Dazu wurden sowohl die in Washington akkreditierten Vertretungsbehörden von Polen, Ukraine, Russland sowie Serbien und Montenegro einbezogen als auch die 28 österreichischen Honorarkonsulate in den USA. Der Verteiler des vom Presse- und Informationsdienst seit Ende letzten Jahres herausgegebenen englischsprachigen Newsletters „Jewish News from Austria“ wurde weiter ausgebaut. Dieser umfasst derzeit ca. 310 jüdische Organisationen in den USA, ca. 130 jüdische Zeitungen und Zeitschriften sowie ca. 100 individuelle Empfänger. Neben den österreichischen Konsulaten in den USA und der österreichischen Botschaft in Kanada erhalten inzwischen auch die österreichischen Vertretungsbehörden in Israel und Australien den Newsletter zur Weiterverteilung. Die Reaktionen auf den Newsletter waren bisher durchwegs positiv.

Mitte Oktober fand am Generalkonsulat Chicago eine Veranstaltung des Versöhnungsfonds statt, bei der sechs ehemaligen jüdisch-österreichischen Zwangsarbeitern Schecks in Höhe von je knapp USD 3.000 überreicht wurden und die in den hiesigen Medien ein sehr positives Echo fand.

Wirtschaft: Österreich konnte zum ersten Mal seit 1986 mit einem Überschuss von 44,54 Millionen US-Dollar eine positive Handelsbilanz mit den USA verzeichnen, wobei die Exporte 908,47 Millionen US-Dollar und die Importe 863,93 Millionen US-Dollar betragen. Die USA sind somit nach Deutschland und Italien weltweit der dritt wichtigste Handelspartner Österreichs. Die wichtigsten Exportgüter sind Maschinen und Apparate. Etwa 13% der Exporte entfallen auf Kraftfahrzeuge und Zulieferungen für die KFZ-Industrie. Pharmazeutika im Gegenwert von etwa 340 Millionen Euro werden ebenfalls in die USA exportiert. In den USA bestehen etwa 380 Niederlassungen österreichischer Unternehmen. Demgegenüber haben sich etwa 400 US-Unternehmen in Österreich angesiedelt.

Wissenschaftsbereich: Das Institut für Geschichte der University of Chicago lud im Frühjahrssemester Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb, Universität Wien, zu einer Gastprofessur ein.

Kultur: Das KF Washington D.C. betreute insgesamt 74 Veranstaltungen, davon 47 Eigenveranstaltungen im Atrium der Botschaft, das 430 Sitzplätze und eine Ausstellungsfläche bietet. Darüber hinaus wurde das Atrium ausgewählten Institutionen und Organisationen zur Verfügung gestellt. Durch die Vielfalt und Qualität des Dargebotenen genießt die Botschaft als Zentrum der Präsentation österreichischer Kultur einen hervorragenden Ruf. Die Veranstaltungen zogen über 17.500 Personen an. Zahlreiche Veranstaltungen fanden großes Medienecho. Das KF Washington bemühte sich um ein ausgewogenes Programm, das sowohl die traditionell sehr geschätzten klassischen Konzerte, zeitgenössische Musik und Jazz, bildende Kunst, Film, szenische Darbietungen sowie Lesungen und wissenschaftliche Vorträge umfasste.

Unter der Devise „Memory and Progress“ absolvierte das Österreichische Kulturforum New York seine erste volle Jahressaison im neuen Gebäude. Vier große, jeweils mehrere Monate laufende thematisch konzipierte Ausstellungen prägten das Geschehen in der Galerie des Kulturforums. Im Hinblick auf die bevorstehende EU-Erweiterung wurde knapp vor Jahresende die Ausstellung „Parallel Actions: Conceptual Tendencies in Central Europe from 1965 to 1980“ eröffnet. Zusätzlich zu seinen hauseigenen Veranstaltungen wirkte das Kulturforum auch an zahlreichen Ausstellungen in US-Museen und -Galerien mit.

Im Veranstaltungssaal des neuen Kulturforumgebäudes wurden mit einer Vorstellung österreichischer Quartette und Trios, mit Lied-Interpretationen und mit einer Kooperation mit dem Music Information Center Austria/MICA musikalische Schwerpunkte gesetzt. Zudem wurden musikalische Auftritte in verschiedenen Orten der USA vom Kulturforum mitfinanziert. Zu einer erstmaligen engen Zusammenarbeit zwischen den Opernhäusern von New York und Wien kam es bei der New Yorker Produktion von „La Juive“, die die Metropolitan Opera von der Wiener Staatsoper übernahm. Staatssekretär Franz Morak und Staatsoperndirektor Ioan Holender kamen zur Premiere nach New York.

Im Literaturbereich fanden Autorenlesungen im Kulturforum sowie an Universitäten oder bei Konferenzen statt. Im Filmbereich wurden in Kooperation mit der Medienwerkstatt Wien sechs Kunstvideofilmprogramme und österreichische Spielfilme präsentiert. Eine österreichische Filmserie wurde in der Brooklyn Academy of Music (BAM) gezeigt.

Darüber hinaus wirkte das Kulturforum maßgeblich an wissenschaftlichen Symposien mit. Das Kulturforum war an den Jahrestagungen der American Association of Teachers of German, der

Länderinformationen

German Studies Association und der Association for Jewish Studies durch die Übernahme von Reisekosten österreichischer Referenten beteiligt. Unter Mitwirkung des Kulturforums konnten weiters zahlreiche Vortragsreisen absolviert werden. Am 17. September 2003 wurde die im Jahr zuvor im Salzburger Carolino Augusteum gezeigte Ausstellung „Auf dünnem Eis: Juden in Salzburg“ am Leo Baeck Institut in New York eröffnet.

In Chicago führen die EU-Staaten seit einigen Jahren mit finanzieller Unterstützung durch die EU-Kommission gemeinsam zwei große Kulturveranstaltungen durch: Beim 6. EU-Filmfestival wurden zwei österreichische Filme gezeigt. Norbert Gstrein vertrat Österreich beim 5. EU Literaturfestival, gemeinsam mit Autoren aus Deutschland, Irland, Italien, Niederlande, Spanien und erstmals Litauen.

Das Musikland Österreich war 2003 in Chicago und dem Mittelwesten stark präsent. Konzerte der Wiener Philharmoniker, Wiener Symphoniker und Wiener Sängerknaben fanden jeweils vor ausverkauften Sälen statt. Aber auch zeitgenössische und experimentelle Musik aus Österreich kam zur Aufführung.

Die österreichischen Studienzentren an der University of Minnesota und der University of New Orleans sowie das Schumpeter-Programm an der Harvard University setzten ihre bewährten Tätigkeiten fort, desgleichen die zahlreichen Joint-Study-Programs österreichischer Universitäten mit Partner-Universitäten in den USA, das Austrian Fulbright Program und die Stipendienaktionen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, ebenso die Modern Austrian Literature and Culture Association (MALCA) und der American Council for the Study of Austrian Literature (ACSAL).

In Kalifornien verstärkte sich das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit an Österreich seit der Wahl Arnold Schwarzeneggers zum Gouverneur Kaliforniens deutlich. Seinem Ruf als Kulturation wurde Österreich an der Westküste auch im Berichtsjahr durch eine wachsende Zahl von Veranstaltungen in den Bereichen Architektur, Musik und Malerei gerecht.

Zu den kulturellen Highlights 2003 gehörten neben einem Architektursymposium mit Hans Hollein und Helmut Richter Konzerte des Amber Trio Jerusalems, des Hugo Wolf-Streichquartetts, des Oberösterreichischen Jugendstreichorchesters und der Harfenistin Monika Stadler sowie die bereits traditionelle Tournee der Wiener Sängerknaben an der US-Westküste. Österreich ist es ferner gelungen, seine Präsenz in Hollywood als Filmland zu stärken.

Vietnam

(Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tran Duc Luong	Phan Van Khai	Nguyen Dy Nien

Hanoi – **ÖB, Büro des Handelsrates; AHSt:** siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhart Waneck (16./17. November).

Besuche in Österreich: Studiendelegation aus dem Amt des Premierministers unter Leitung von Vizeminister Tran Quoc Toan (4.–9. September).

Durch Fluktuationen bei der Projektabwicklung verringerten sich die österreichischen Exporte auf 34,73 Millionen Euro (–35,6%), die Importe beliefen sich auf 92,18 Millionen Euro (+3,6%).

Die Kultur und Wissenschaftszusammenarbeit zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem Hanoi Philharmonic Orchestra wurde fortgesetzt (Gastdirigate im März und November).

Fortgesetzte Kooperation mit der University for Foreign Studies (Österreichraum für Vorträge und Diskussionen und Entsendung einer Sprachassistentin). Herausgabe einer Übersetzung von Märchen und Sagen aus Tirol. Abschluss eines Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinstitut für internationalen Bildungstransfer (BIB) und dem vietnamesischen Ministerium für Erziehung und Ausbildung über eine Kooperation im Bereich Transfer von Bildung und Know-how.

Entwicklungszusammenarbeit: Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Vietnam in Österreich wie auch die Weiterbildung an regionalen Ausbildungsstätten. Im Landwirtschaftsbereich wurden die Arbeiten an einem österreichischen Projekt zur Nacherntaufbereitung von Reis im Mekongdelta fortgeführt.

Anhang

Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik); Bangui

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General François Bozizé (seit März 2003)	Abel Goumba (seit April 2003) Célestin Gaombale (seit 12. 12. 2003)	Agba Otikpo Mezöde (bis März 2003) Abdul Karim Meckassoua (seit April 2003)

Seit der Abreise des damaligen Botschafters in Lagos im Juli 1995 ist kein Missionschef in der Zentralafrikanischen Republik beglaubigt.

ÖB, AHSt: siehe Nigeria; Bangui – HK

Zypern (Republik Zypern), Nikosia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Tassos Papadopoulos	George Iacovou

ÖB, AHSt: siehe Griechenland; Nikosia – HGK

Die österreichischen Exporte betragen 48,12 Millionen Euro (–54,2%), die Importe 4,37 Millionen Euro (–16,4%).

Kulturelle Veranstaltungen: österreichische Teilnahme (Mezzosopran Daniela Lehner) am Dritten Pharos Kammermusik Festival vom 16. Mai – 11. Juni in Nikosia; Willi Dorner Tanzcompany – Teilnahme am Sechsten Europäischen Tanzfestival vom 3. Mai – 6. Juni in Limassol; Auftritt des Wiener Klavier Trios (Stefan Mendl, Matthias Gredler, Wolfgang Redik) am 8. Oktober in Nikosia; Wiener Melange String Quartett vom 20.–23. Oktober in Nikosia; Ensemble Wien unter der Leitung von Rainer Honeck Konzerte vom 28.–29. November in Pafos und Nikosia.

Österreich und die Staatenwelt

II. Österreich und die Staatenwelt

Stand: Jänner 2004

Österreich unterhält zu 183 Staaten diplomatische Beziehungen (D). Mit einem Staat bestehen keine diplomatischen, aber konsularische Beziehungen (K), mit neun Staaten auch keine konsularischen, aber sonstige zwischenstaatliche Beziehungen (S).

Staaten	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außenhandelsstelle
Afghanistan	19. 11. 1946	D		■	
Ägypten	24. 10. 1945	D	●	■	□
Albanien	14. 12. 1955	D	●	■	
Algerien	8. 10. 1962	D	●	■	□
Andorra	28. 7. 1993	D			
Angola	1. 12. 1976	D		■	
Antigua und Barbuda	11. 11. 1981	D			
Äquatorialguinea	12. 11. 1968	D			
Argentinien	24. 10. 1945	D	●	■	□
Armenien	2. 3. 1992	D		■	
Aserbajdschan	2. 3. 1992	D		■	
Äthiopien	13. 11. 1945	D	●	■	
Australien	1. 11. 1945	D	●	■	□
Bahamas	18. 9. 1973	D			
Bahrain	21. 9. 1971	D			
Bangladesch	17. 9. 1974	D			
Barbados	9. 12. 1966	D			
Belarus	24. 10. 1945	D		■	
Belgien	27. 12. 1945	D	●	■	□
Belize	25. 9. 1981	D		■	
Benin	20. 9. 1960	D			
Bhutan	21. 9. 1971	D			
Bolivien	14. 11. 1945	D		■	
Bosnien-Herzegowina	22. 5. 1992	D	●	■	□
Botsuana	17. 10. 1966	D			
Brasilien	24. 10. 1945	D	●	■	□
Brunei	21. 9. 1984	D			
Bulgarien	14. 12. 1955	D	●	■	□
Burkina Faso	20. 9. 1960	D		■	
Burundi	18. 9. 1962	D			
Chile	24. 10. 1945	D	●	■	□
China	24. 10. 1945	D	●	■	□
Costa Rica	2. 11. 1945	D		■	
Côte d'Ivoire	20. 9. 1960	D	●		
Dänemark	24. 10. 1945	D	●	■	□
Deutschland	18. 9. 1973	D	●	■	□
Dominica	18. 12. 1978	D			
Dominikanische Republik	24. 10. 1945	D			
Dschibuti	20. 9. 1977	D			

Anhang

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehun- gen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Ecuador	21. 12. 1945	D		■	
El Salvador	24. 10. 1945	D			
Eritrea	28. 5. 1993	D			
Estland	17. 9. 1991	D	●	■	
Fidschi	13. 10. 1970	D			
Finnland	14. 12. 1955	D	●	■	□
Frankreich	24. 10. 1945	D	●	■	□
Gabun	20. 9. 1960	D			
Gambia	21. 9. 1965	D			
Georgien	31. 7. 1992	D		■	
Ghana	8. 3. 1957	D			
Grenada	17. 9. 1974	D			
Griechenland	25. 10. 1945	D	●	■	□
Großbritannien und Nord- irland, Vereinigtes Königreich	24. 10. 1945	D	●	■	□
Guatemala	21. 11. 1945	D	●	■	
Guinea	12. 12. 1958	D			
Guinea-Bissau	17. 9. 1974	D			
Guyana	20. 9. 1966	D			
Haiti	24. 10. 1945	D			
Heiliger Stuhl	—	D	●	■	
Honduras	17. 12. 1945	D			
Indien	30. 10. 1945	D	●	■	□
Indonesien	28. 9. 1950	D	●	■	□
Irak	21. 12. 1945	D	● ¹⁾	■	□ ¹⁾
Iran	24. 10. 1945	D	●	■	□
Irland	14. 12. 1955	D	●	■	□
Island	19. 11. 1946	D		■	
Israel	11. 5. 1949	D	●	■	□
Italien	14. 12. 1955	D	●	■	□
Jamaika	18. 9. 1962	D			
Japan	18. 12. 1956	D	●	■	□
Jemen	30. 9. 1947	D		■	
Jordanien	14. 12. 1955	D	●	■	
Kambodscha	14. 12. 1955	D			
Kamerun	20. 9. 1960	D			
Kanada	9. 11. 1945	D	●	■	□
Kap Verde	16. 9. 1975	D		■	
Kasachstan	2. 3. 1992	D		■	
Katar	21. 9. 1971	D			
Kenia	16. 12. 1963	D	●	■	
Kirgisistan	2. 3. 1992	D		■	

¹⁾ vorübergehend geschlossen

Österreich und die Staatenwelt

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehun- gen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Kiribati	14. 9. 1999	S			
Kolumbien	5. 11. 1945	D	●	■	
Komoren	12. 11. 1975	S			
Kongo, Dem. Republik	20. 9. 1960	D			
Kongo, Republik	20. 9. 1960	D			
Korea, Dem. Volksrep.	17. 9. 1991	D		■	
Korea, Republik	17. 9. 1991	D	●	■	□
Kroatien	22. 5. 1992	D	●	■	□
Kuba	24. 10. 1945	D	●	■	
Kuwait	14. 5. 1963	D	●	■	
Laos	14. 12. 1955	D			
Lesotho	17. 10. 1966	D			
Lettland	17. 9. 1991	D	●	■	
Libanon	24. 10. 1945	D	●	■	
Liberia	2. 11. 1945	D			
Libysch-Arabisches Dschamahirija	14. 12. 1955	D	●	■	□
Liechtenstein	18. 9. 1990	D	● ²⁾	■	
Litauen	17. 9. 1991	D	●	■	
Luxemburg	24. 10. 1945	D	●	■	
Madagaskar	20. 9. 1960	D			
Malawi	1. 12. 1964	D			
Malaysia	17. 9. 1957	D	●	■	□
Malediven	21. 9. 1965	D			
Mali	28. 9. 1960	D			
Malta	1. 12. 1964	D		■	
Malteser Ritterorden (Souverän)	—	D	●	■	
Marokko	12. 11. 1956	D	●	■	□
Marshallinseln	17. 9. 1991	D			
Mauretanien	27. 10. 1961	D			
Mauritius	24. 4. 1968	D			
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	8. 4. 1993	D	●	■	
Mexiko	7. 11. 1945	D	●	■	□
Mikronesien	17. 9. 1991	D			
Moldau	2. 3. 1992	D		■	
Monaco	28. 5. 1993	K			
Mongolei	27. 10. 1961	D		■	
Mosambik	16. 9. 1975	D			
Myanmar	19. 4. 1948	D			
Namibia	23. 4. 1990	D		■	
Nauru	14. 9. 1999	S			

²⁾ mit Sitz in Wien

Anhang

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehun- gen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Nepal	14. 12. 1955	D			
Neuseeland	24. 10. 1945	D			
Nicaragua	24. 10. 1945	D		■	
Niederlande	10. 12. 1945	D	●	■	□
Niger	20. 9. 1960	D			
Nigeria	7. 10. 1960	D	●	■	□
Norwegen	27. 11. 1945	D	●	■	□
Oman	7. 10. 1971	D	●	■	
Pakistan	30. 9. 1947	D	●	■	
Palau	15. 12. 1994	S			
Panama	13. 11. 1945	D		■	
Papua-Neuguinea	10. 10. 1975	D			
Paraguay	24. 10. 1945	D		■	
Peru	31. 10. 1945	D	●	■	
Philippinen	24. 10. 1945	D	●	■	□
Polen	24. 10. 1945	D	●	■	□
Portugal	14. 12. 1955	D	●	■	□
Ruanda	18. 9. 1962	D			
Rumänien	14. 12. 1955	D	●	■	□
Russische Föderation	24. 10. 1945 ³⁾	D	●	■	□
Salomonen	19. 9. 1978	S			
Sambia	1. 12. 1964	D			
Samoa	15. 12. 1976	D			
San Marino	2. 3. 1992	D		■	
St. Kitts und Nevis	23. 9. 1983	D			
St. Lucia	18. 9. 1979	D			
St. Vincent und die Grenadinen	16. 9. 1980	D			
Sao Tomé und Príncipe	16. 9. 1975	D			
Saudi-Arabien	24. 10. 1945	D	●	■	□
Schweden	19. 11. 1946	D	●	■	□
Schweiz	10. 9. 2002	D	●	■	□
Senegal	28. 9. 1960	D	●		
Serbien und Montenegro	1. 11. 2000	D	●	■	□
Seychellen	21. 9. 1976	D			
Sierra Leone	27. 9. 1961	D			
Simbabwe	25. 8. 1980	D	●	■	
Singapur	21. 9. 1965	D	● ⁴⁾		□
Slowakei	19. 1. 1993	D	●	■	□
Slowenien	22. 5. 1992	D	●	■	□
Somalia	20. 9. 1960	S			
Spanien	14. 12. 1955	D	●	■	□

³⁾ VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR⁴⁾ untersteht der Botschaft Jakarta

Österreich und die Staatenwelt

Staaten	UNO- Beitritt	Beziehun- gen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außen- handels- stelle
Sri Lanka	14. 12. 1955	D		■	
Südafrika	7. 11. 1945	D	●	■	□
Sudan	12. 11. 1956	D		■	
Suriname	4. 12. 1975	D			
Swasiland	24. 9. 1968	D			
Syrien	24. 10. 1945	D	●	■	□
Tadschikistan	2. 3. 1992	D		■	
Tansania	14. 12. 1961	D			
Thailand	16. 12. 1946	D	●	■	□
Togo	20. 9. 1960	D			
Tonga	14. 9. 1999	S			
Trinidad und Tobago	18. 9. 1962	D			
Tschad	20. 9. 1960	D			
Tschechische Republik	19. 1. 1993	D	●	■	□
Tunesien	12. 11. 1956	D	●	■	
Türkei	24. 10. 1945	D	●	■	□
Turkmenistan	2. 3. 1992	D		■	
Tuvalu	5. 9. 2000	S			
Uganda	25. 10. 1962	D			
Ukraine	24. 10. 1945	D	●	■	□
Ungarn	14. 12. 1955	D	●	■	□
Uruguay	18. 12. 1945	D		■	
Usbekistan	2. 3. 1992	D		■	
Vanuatu	15. 9. 1981	D			
Venezuela	15. 11. 1945	D	●	■	□
Vereinigte Arabische Emirate	9. 12. 1971	D	●	■	□
Vereinigte Staaten von Amerika	24. 10. 1945	D	●	■	□
Vietnam	20. 9. 1977	D	●	■	
Zentralafrikanische Republik	20. 9. 1960	D			
Zypern	20. 9. 1960	D		■	
PLO	—	S			

III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

Anzahl ausländischer Missionen

	Diplo- matische Missionen	Berufs- konsula- rische Ver- tretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	116¹⁾	7²⁾	117³⁾	52³⁾
Sitz im Ausland	51	–	42	3
Gesamt	167	7	159	55

¹⁾ einschließlich sonstiger Vertretungen

²⁾ Berufskonsulate, daneben bestehen noch 212 Honorarrämter

³⁾ ohne die Ständige Vertretung Österreichs

Mit Stand Dezember 2003 waren in Österreich 161 Staaten vertreten. 110 hatten den Sitz ihrer Vertretungsbehörde in Wien, die übrigen in anderen Staaten.

In Wien befinden sich auch 117 Ständige Vertretungen sowie Beobachter- und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen, die meist mit den Botschaften der betreffenden Staaten identisch sind.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarrämter
Burgenland	–	3
Kärnten	1	14
Niederösterreich	–	7
Oberösterreich	–	24
Salzburg	3	38
Steiermark	1	23
Tirol	1	29
Vorarlberg	1	14
Wien	–	60
Gesamt	7	212

*Wien als Sitz Internationaler Organisationen***IV. Wien als Sitz Internationaler Organisationen****Budget und Ausgaben der Internationalen Organisationen 2003**

Organisation	Budget insgesamt in Mio. EUR	Budget für Österreich in Mio. EUR			
		insgesamt	darunter		
			Löhne und Gehälter	durchschnittl. Anteil der in Österreich getätigten Ausgaben vom Gesamtbezug der Beschäftigten in %	Ausgaben der Organisationen in Österreich (ohne Löhne und Gehälter)
CTBTO	77,581	23,209	18,497	79,7	4,712
EPO	983,115	22,166	8,766	39,5	13,400
EUMC	6,575	6,575	2,820	42,9	3,755
IAEA	246,244	246,244	167,606	68,1	78,638
ICMPD	1,032	1,029	0,735	71,4	0,294
ICPDR	0,814	0,650	0,170	26,2	0,480
IIASA	9,100	8,600	6,400	74,4	2,200
IIP	0,300	0,200	0,110	55,0	0,090
IOM	476,498	3,082	1,324	43,0	1,757
IPI	0,710	0,618	0,422	68,4	0,195
JVI	4,800	4,800	1,400	29,2	3,400
OFID	21,529	20,299	16,453	81,1	3,846
OPEC	17,600	14,983	14,203	94,8	0,779
OSCE	185,716	24,583	15,439	62,8	9,144
UNIDO	0,146	0,068	0,058	85,0	0,010
UNOV	131,744	96,317	55,322	57,4	40,995
VIDC	1,553	1,306	1,306	100,0	0,000
WA	1,375	1,375	1,043	75,9	0,332
Zusammen	2.166,430	476,103	312,075	65,5	164,028

Anhang

Anzahl der Beschäftigten am 31. 12. 2003

Organisa- tion	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte		Sonstige	
	insge- samt	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen
CTBTO	272	222	50	174	3	48	47	—	—
EPO	113	64	49	27	6	37	42	—	1
EUMC	26	17	9	17	9	—	—	—	—
IAEA	2.194	1.631	563	990	29	641	534	—	—
ICMPD	34	18	16	13	11	5	5	—	—
ICPDR	7	5	2	5	—	—	2	—	—
IIASA	170	104	66	79	31	25	35	—	—
IIP	5	1	4	—	1	—	1	1	2
IOM	29	17	12	15	12	2	—	—	—
IPI	10	7	3	6	2	1	1	—	—
JVI	19	18	1	8	—	10	1	—	—
OFID	121	73	48	54	9	19	39	—	—
OPEC	131	75	56	32	—	43	56	—	—
OSCE	310	234	76	92	11	107	65	35	—
UNIDO	645	461	184	249	6	207	178	5	—
UNOV	827	635	192	250	13	320	178	65	1
VIDC	16	—	16	—	14	—	2	—	—
WA	12	8	4	7	—	1	4	—	—
Summe	4.941	3.590	1.351	2.018	157	1.466	1.190	106	4

*Wien als Sitz Internationaler Organisationen***Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2003**

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		Gesamt	darunter aus Österreich
CTBTO	87	1.583	963
EPO	–	–	–
EUMC	34	504	197
IAEA	2.585	19.333	694
ICMPD	9	361	141
ICPDR	4	120	20
IIASA	68	850	35
IIP	6	665	515
IOM	22	693	425
IPI	39	1.323	65
JVI	515	1.450	–
OFID	12	185	32
OPEC	42	1.861	–
OSCE	720	3.110	1.472
UNIDO	29	1.612	465
UNOV	250	6.708	3.085
VIDC	46	600	530
WA	64	1.855	–
Summe	4.532	42.813	8.639

Erklärung der Abkürzungen:

CTBTO	Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization
EPO	European Patent Office
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia
IAEA	International Atomic Energy Agency
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development
ICPDR	International Commission for the Protection of the Danube River
IIASA	International Institute for Applied Systems Analysis
IIP	International Institute for Peace
IOM	International Organisation for Migration (Regional Office)
IPI	International Press Institute
JVI	Joint Vienna Institute
OFID	OPEC Fund for International Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
OSCE	Organisation for Security and Cooperation in Europe
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNOV	United Nations Office at Vienna
VIDC	Vienna Institute for Development and Cooperation
WA	Wassenaar Arrangement

V. Diplomatische Akademie Wien (DA)

Die DA ist seit 1. Juli 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert und als Anstalt öffentlichen Rechts konstituiert.

Anfang Oktober schlossen 24 TeilnehmerInnen, darunter 16 ÖsterreicherInnen, den 39. Diplomlehrgang erfolgreich ab. Damit haben seit Einrichtung der DA 1964 insgesamt 816 AkademikerInnen (darunter 392 AusländerInnen aus 84 Staaten) das postgraduale Diplom der DA erworben. In den 40. Diplomlehrgang wurden 29 KandidatInnen aufgenommen, davon 17 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der 1997 in Zusammenarbeit mit der Universität Wien eingerichtete 2-semesterige „Höhere Lehrgang für Internationale Studien“ zur Erlangung eines „Master of Advanced International Studies“ (M.A.I.S.) wurde von 25 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Die Graduierungsfeier fand Anfang Juli in der Universität Wien statt. 27 KandidatInnen konnten sich für die Aufnahme in den 7. M.A.I.S.-Lehrgang qualifizieren.

Das 3. „Special Programme in International Studies“ (SPIS), das v. a. als Vorbereitung auf den M.A.I.S.-Lehrgang gedacht ist, wurde von 17 TeilnehmerInnen abgeschlossen, in das 4. SPIS wurden 24 KandidatInnen aufgenommen.

Im Rahmen des Programms zur Aus- und Weiterbildung jüngerer DiplomatenInnen aus Zentral- und Osteuropa sowie aus der GUS und der Mongolei fanden zwei weitere Spezialkurse statt. Damit wurden bisher insgesamt 600 DiplomatenInnen aus 31 Reformstaaten ausgebildet.

Am Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde nahmen 50 TeilnehmerInnen aus 28 Staaten teil.

Die von der Diplomatischen Akademie jährlich organisierte Konferenz des „International Forum on Diplomatic Training“ fand Ende September in Dubrovnik statt.

Im Rahmen des Angebots zur berufsbegleitenden Fortbildung für in- und ausländische Institutionen wurden u. a. mehrere Seminare für das BMAA, zwei international besuchte EU-Verhandlungstechnikseminare und ein „Train the Trainers“-Seminar für TeilnehmerInnen aus Mitgliedstaaten der CEI durchgeführt.

Die Rolle der DA als Informations- und Tagungszentrum wurde weiter ausgebaut. Es fanden mehr als 250 Vorträge, Konferenzen und Seminare zu internationalen Fragen statt, darunter das 33. Wiener Seminar der International Peace Academy zum Thema Zusammenarbeit zwischen den VN und der EU bei Friedensoperationen, und das dritte von der DA gemeinsam mit der Duke University und der American Austrian Foundation veranstaltete Milton Wolf Seminar on Journalism and Diplomacy.

Zusätzlich zum Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien, das eine vollständige Übersicht über den Studienbetrieb und alle anderen Aktivitäten der DA bietet, wurden in der Publikationsreihe der Diplomatische Akademie („Favorita Papers“) weitere Bände zu den Themen 1/2003 „ONE CULTURE OR TWO?“ Problems and Prospects of Transatlantic Dialogue“, 2/2003 „The CSFP/ESDPafter Enlargement“, 3/2003 „Cooperation in Peace Operations: The United Nations and Europe“ publiziert.

Österreich in Internationalen Organisationen

VI. Österreich in Internationalen Organisationen

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft, Teilnahme und Beobachter- bzw. Gaststatus in wichtigen Internationalen Organisationen sowie internationalen Foren, Fonds und Programmen im VN-, europäischen und außereuropäischen Bereich, einschließlich internationaler Finanzinstitutionen.

Stand: März 2004

1. Mitgliedschaften

A. Mitgliedschaft im Rahmen des VN-Systems

A.1. Vereinte Nationen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
UNO (Organisation der Vereinten Nationen/VN), New York, Genf, Wien Kofi Annan (Ghana) seit Jänner 1997, Wiederwahl 2001 für 2002–2006	SR 1973/74 1991/92 ECOSOC 1963/65 1976/78 1982/84 1991/93 2000/02	0,867%	9,801

A.2. Organe und Programme der Vereinten Nationen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
OCHA (VN-Büro zur Koordinierung von humanitären Angelegenheiten), Genf und New York Jan Egeland (Norwegen) seit Juni 2003		freiwillig. Beitr.	0,035
OHCHR (Büro der Hochkommissarin der VN für Menschenrechte), Genf interimistischer Leiter: Betrand Ramcharan		–	–
UNCDF (Kapitalentwicklungsfonds der VN), New York Exekutivsekretär Normand Lauzon (Kanada) seit 2000		freiwillig. Beitr.	0,044
UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der VN), Genf Rubens Ricupero (Brasilien) seit 1995		gemäß Anteil am Gesamtbudget der VN	
UNDP (Entwicklungsprogramm der VN), New York Marc Malloch Brown (GB) seit 1999	1968–70 1972–74 1997–99	freiwillig. Beitr.	3,63

369

Anhang

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
UNEP (Umweltprogramm der VN), Nairobi Klaus Töpfer (Deutschland) seit 1998	1973–74 1978–80 1984–86 1990–93 1997–99 1998–2001	freiw. Beitr.	0,376
Basler Übereinkommen		1,237%	0,037
Biologische Vielfalt		1,209%	0,088
Montrealer Protokoll Trust Fund		1,083%	1,985
Multilateraler Fonds CITES		0,946%	0,042
Wiener Übereinkommen (Ozon) und Montreal Protokoll		0,934%	0,024
Kampf gegen Wüstenbildung		0,924%	0,070
VN-Klimaübereinkommen		0,947%	0,125
UNFPA (Fonds der VN für Bevölkerungsfragen), New York Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit Jänner 2001	1997–99	freiw. Beitr.	0,345
UNHCR (Hochkommissär der VN für die Flüchtlinge), Genf Ruud Lubbers (Niederlande) seit Okt. 2000	seit 1959	freiw. Beitr.	0,536
UN-Habitat (VN-Programm für das menschliche Siedlungswesen), Nairobi Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka (Tansania)	2000–2004	freiw. Beitr.	0,070
UNICEF (Kinderhilfswerk der VN), New York Carol Bellamy (USA) 1995–2005	1981–84 1997–99	freiw. Beitr.	1,000
UNIDO (Organisation der VN für industrielle Entwicklung), Wien Carlos Alfredo Magariños (Argentinien) seit 1997, Wiederwahl 2001–2005	seit 1985	1,34% freiw. Beitr. IDF	0,881 1,250
UNIFEM (Entwicklungsfonds der VN für Frauen), New York Exekutivdirektorin Noeleen Heyzer (Singapur)		freiw. Beitr.	0,063
UNODC (VN-Büro zur Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung), Wien Antonio Maria Costa (Italien) 2001–2005			
ODC		freiw. Beitr.	0,470
ODC/UNDCP-Fonds		freiw. Beitr.	0,400
ODC/CPCJ-Fonds		freiw. Beitr.	0,070

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
UNRWA (Hilfswerk der VN für Palästina- flüchtlinge im Nahen Osten), Gaza Peter Hansen (Dänemark) 1996–2002		freiw. Beitr.	0,340
UN Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer		freiw. Beitr.	0,145
UNV (Freiwilligenprogramm der VN), Bonn Ad de Raad (Niederlande) seit Nov. 2003		freiw. Beitr.	0,057

A.3. Sonderorganisationen (Specialized Agencies) der Vereinten Nationen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
FAO (Ernährungs- und Landwirtschafts- organisation der VN), Rom Jacques Diouf (Senegal) seit 1994, Wiederwahl 1999 für 2000–2005	1961–64 1983–86 1999–2001	0,952%	2,453
ICAO (Internationale Zivilluftfahrtorganisation), Montreal Taieb Chérif (Algerien) 2003–2006		0,76%	0,282
ILO (Internationale Arbeitsorganisation), Genf Juan Somavía (Chile) seit 1999	1975–78 1984–87 1996–99	0,932%	2,241
IMO (Internationale Seeschiffahrts- Organisation), London Efthimios Mitropoulos (Griechenland) seit 2004		0,112%	0,027
ITSO (Internationale Fernmeldesatelliten- organisation – Regierungsorganisation zu INTELSAT Ltd.), Washington Ahmed Toumi (Marokko) 2001–2005	–	–	INTEL- SAT Ltd.
ITU (Internationale Fernmeldeunion), Genf Yoshio Utsumi (Japan) 1999–2006	–	0,274%	0,202
UNESCO (Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), Paris Koichiro Matsuura (Japan) seit Nov. 1999	1972–76 1995–99	1,245%	1,646

Anhang

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
Welterbefonds		0,5% des UNESCO- Beitr.	0,033
Fonds zur Entwicklung des Unterrichts in Menschenrechtsfragen		freiw. Beitr.	0,012
IIEP-Institut (Ausbildung Bildungsplaner aus Entwicklungsländern), Paris		freiw. Beitr.	0,072
ICOMOS Dokumentationszentrum		freiw. Beitr.	0,008
UPU (Weltpostverein), Bern Thomas E. Leavey (USA) bis 2005	1964 – 74	0,546%	0,140
WHO (Weltgesundheitsorganisation), Genf Jong Wook Lee (Korea) seit Juli 2003	1970 – 72 1989 – 91	0,939%	3,121
WIPO (Weltorganisation für geistiges Eigentum), Genf Kamil E. Idris (Sudan) seit 1997		ca. 0,20%	0,235
WMO (Weltorganisation für Meteorologie), Genf G. O. P. Obasi (Nigeria) 1984 – 2003; Michael Jarraud (Frankreich) seit Jänner 2004		–	0,382
WTO/OMT (Weltorganisation für Tourismus), Madrid Francesco Frangialli (Frankreich) seit 1997, Wiederwahl 2001 – 2005	1987 – 91	2,234%	0,227

A.4. Angeschlossene Organisationen, Fonds und Institutionen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
CTBTO-PREPCOM (Vorbereitungskommission der Nuklearteststopbehörde), Wien Wolfgang Hoffmann (Deutschland) seit 1997		0,947%	0,553
Freiwilliger Fonds der VN für Opfer von Folterungen; verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,037
IAEO (Internationale Atomenergie- Organisation), Wien Mohamed El Baradei (Ägypten) seit 1997, Wiederwahl 2001 für 2002 – 2005	1977 – 79 1983 – 85 1990 – 92 1999 – 2001	0,933%	1,784

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation, Sitz, Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro
IAEO/Technical Cooperation Fund		0,905%	0,686
OPCW (Chemiewaffenkontrollbehörde), Den Haag Rogelio Pfirter (Argentinien) seit Aug. 2002		0,947%	0,605
PIC (Friedensimplementierungsrat für Bosnien und Herzegowina), Sarajewo Paddy Ashdown (GB) seit 2002		2,50%	0,332
VFTC (Freiwilliger Fonds der VN für technische Hilfe auf dem Gebiet der Menschenrechte); verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,037

B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten

B.1. Intergouvernementale Institutionen und Entitäten

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
Haager Konferenz für internationales Privatrecht, Den Haag Generalsekretär: Hans van Loon (Niederlande)		0,039	BMJ, BMAA
IEA (Internationale Energieagentur), Paris Claude Mandil (Frankreich) 2003–2008	1,0%	0,183	BKA
IOM (Internationale Organisation für Migration), Genf McKinley (USA) 1998–2008 (zweite Periode)	Verw.- Budget freiw. Beitr.	0,247 0,204	BMI BMI
NAM (Bewegung der Blockfreien) Vorsitz Südafrika seit 1998	Gaststatus (seit 1970)		
Ständiger Schiedshof, Den Haag Generalsekretär: Tjaco van den Hout (Niederlande)		0,002	BMAA
Unidroit (Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts), Rom Präsident: Berardino Libonati (Italien)	1,32%	0,024	BMJ, BMAA
OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Paris Donald Johnston (Kanada) 2001–2006	1,0%	2,425	BMWVA
Wassenaar Arrangement, Wien Sune Danielsson (Schweden) 2002–2006		0,012	BMAA

Anhang

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
WTO (Welthandelsorganisation), Genf Panitchpakdi Supachai (Thailand) 2002–2005	1,4%	1,353	BMAA, BMW A

B.2. Internationale NGOs sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
IIASA (Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse), Laxenburg Prof. Leen Hordijk (Niederlande) seit 2002	14,62% freiw. Beitr.	0,581 0,336	BMBWK, Akademie d. Wissen- schaften
IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz), Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,344	BMAA
JPO (Junior Professional Officer Programme)	freiw. Beitr.	0,493	BMAA

C. Europa

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
EU (Europäische Union), Brüssel Präsidentschaft: Griechenland (Jänner–Juni 2003), Italien (Juli–Dezember 2003) EG (Europäische Gemeinschaft) EAG (Europäische Atomgemeinschaft)	2,28%	2.177	
Europarat, Strassburg Gen.Sekr. Walter Schwimmer (Österreich) 1999–2004	1,94%	4,5	BMAA
davon:			
Europäisches Fremdsprachenzentrum Graz		0,053	BMBWK
Eurimages		0,428	BKA
Europ. Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission)		0,054	BMAA
Drogenbekämpfung (Pompidou-Gruppe)		0,032	BMSG
Arzneimittelbuch (Pharmacopoeia)		0,092	BMSG
Soz. und Volksgesundheit		0,038	BKA
Audiovisuelle Beobachtungsstelle		0,032	BMAA
Europäisches Jugendwerk		0,048	BMBWK
Europäische Jugendkarte		0,008	BMSG

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Wien Vorsitz Niederlande im Jahr 2003 Jan Kubis (Slowakei)	2,30% bzw. 2,36% bei großen Mis- sionen und Projekten ¹	1,361 2,99²	BMAA
OSZE/ODIHR (Büro für Menschenrechte und demokratische Institutionen), Warschau Christian Strohal (Österreich)	2,30%	0,22	BMAA
NATO/PfP (NATO-Partnerschaft für den Frieden), Brüssel Lord George Robertson (GB) seit 1999	Teilnehmer (seit 1995)	keine Beiträge	BMAA, BMLV, BMI
EAPC (Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat), Brüssel Lord George Robertson (GB) seit 1999	Mitglied (1997)	keine Beiträge	BMAA
WEU (Westeuropäische Union), Brüssel Javier Solana (Spanien) seit 1999	Beobachter		
CERN (Europäisches Zentrum für Kernforschung), Genf Luciano Maiani (Italien) 1999–2003 Dr. Robert Aymar (Frankreich) 2004–2008	2,13%	13,88	BMBWK
Donaukommission, Budapest Danail Nedialkov (Bulgarien) 1999–2005	9,09%	0,117	BMAA
ECE (Wirtschaftskommission der VN für Europa), Genf Exekutivsekretärin Brigita Schmögnerová (Slowakei) seit März 2002	gemäß Anteil am VN-Ge- samtbudget		
Grenzüberschr. Luftverschmutzungsprotokoll	2,22%	0,09	
ESA (Europäische Weltraumorganisation), Paris Antonio Rodota (Italien) seit 1997	1,25%	27,13	BMVIT
EUMETSAT (Europäische Organisation für die Nutzung Meteorologischer Satelliten), Darmstadt Tillmann Mohr (Deutschland) bis Juli 2004 Nachfolger: Dr. Lars Prahm (Dänemark)	2,44%	6,656	BMVIT, BMLV, BMBWK
EUREKA (European Research Coordination Agency), Brüssel	2,07%	0,045	BMAA, BWKÖ
EUROPOL (Europäisches Polizeiamt), Den Haag Direktor: Jürgen Storbeck (Deutschland) seit Juli 1999	2,35%	1,217	BMI
für das EUROPOL Computer System (TECS)		0,424	

¹⁾ Von solchen spricht man, wenn die Kosten € 6 Mio. übersteigen. Sie müssen separat beschlossen werden.

²⁾ + Gehälter für ÖsterreicherInnen bei OSZE-Missionen 0,48
+ freiwillige Projektfinanzierungen 0,51
+ Entsendungen von WahlbeobachterInnen 0,12

Anhang

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
EUTELSAT (Europäische Fernmeldesatellitenorganisation; Regierungsorganisation zu EUTELSAT S. A.), Paris Eva Brigitta Näslund (Schweden) 2001–2005	–	–	EUTEL- SAT S. A.
IKSD (Internationale Kommission zum Schutz der Donau), Wien Philip Weller (Großbritannien) August 2003–2006	13,91%	0,113	BMLFUW
IKSR (Internationale Kommission zum Schutz des Rheins), Koblenz Henk Sterk (Niederlande) 2003–2005 Beobachter seit Juli 2001	–	–	BMLFUW

D. Internationale Gerichtshöfe

Organisation, Sitz, Leiter	Anteil am Gesamt- budget	Beitrag 2003 in Mio. Euro	Ressort
ICTR (Internationales Strafgericht für Ruanda), Arusha Präsident: Erik Møse (Norwegen)		0,841	BMaA BMJ
ICTY (Internationales Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien), Den Haag Präsident: Theodor Meron (Vereinigte Staaten)		1,013	BMaA BMJ
ISA (Internationale Meeresbodenbehörde), Kingston Generalsekretär: Satya Nandan (Fidschi)		0,051	BMaA BMWA
IStGH (ICC, Internationaler Strafgerichtshof), Den Haag Präsident: Philippe Kirsch (Kanada)		0,359	BMaA BMJ
ITLOS (Internationaler Seegerichtshof), Hamburg Präsident: L. Dolliver M. Nelson (Grenada)		0,064	BMaA BMWA

E. Internationale Finanzinstitutionen

Organisation, Sitz, Leiter	österr. Vertreter in den Insti- tutionen	Anteil am Gesamt- kapital der Institutionen	Kapital- anteil 2003 in Mio. Euro	Ressort
IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – Weltbank), Washington James D. Wolfensohn (USA) seit 1995	ständig	0,704%	1.167,90	BMF

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation, Sitz, Leiter	österr. Vertreter in den Insti- tutionen	Anteil am Gesamt- kapital der Institutionen	Kapital- anteil 2003 in Mio. Euro	Ressort
IFAD (Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung), Rom Lennart Båge (Schweden) seit 2001	1992– 1996 1997– 1999 2003– 2005	0,861%	31,60	BMF
IFC (Internationale Finanzkorporation), Washington James D. Wolfensohn (USA) seit 1995	ständig	0,836%	17,28	BMF
IMF (Internationaler Währungsfonds), Washington Horst Köhler (Deutschland) seit 2000	ständig	0,880%	1.698,49	OeNB
MIGA (Multilaterale Investitions- Garantie-Agentur), Washington James D. Wolfensohn (USA) seit 1995		0,834%	12,93	BMF
ADB (Asiatische Entwicklungsbank), Manila Tadao Chino (Japan) seit 1999	2001– 2004 2008– 2016	0,345%	155,52	BMF
AfDB (Afrikanische Entwicklungsbank), Abidjan Omar Kabbaj (Marokko) seit 1996	2003– 2005 2008– 2011	0,445%	124,26	BMF
AfDF (Afrikanischer Entwicklungsfonds), Abidjan Omar Kabbaj (Marokko) seit 1996	2003– 2008	1,190%	170,45	BMF
CF (Gemeinsamer Rohstofffonds im Rahmen der UNCTAD), Amsterdam Rolf W. Boehnke (Deutschland) seit 1996	2004– 2005	1,209%	2,09	BMF
CGIAR (Konsultativgruppe für internat. landwirtschaftl. Forschung), Washington Ian Johnson (Großbritannien) seit 2000		0,396%	22,22	BMF
EBRD (Europ. Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), London Jean Lemiere (Frankreich) seit 2000	ständig	2,280%	456,00	BMF
EDF (Europäischer Entwicklungsfonds), Brüssel Emmanuel Gabolde		2,650%	705,96	BMF
EIB (Europäische Investitionsbank), Luxemburg Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,445%	2.444,65	BMF

Anhang

Organisation, Sitz, Leiter	österr. Vertreter in den Insti- tutionen	Anteil am Gesamt- kapital der Institutionen	Kapital- anteil 2003 in Mio. Euro	Ressort
GEF (Globale Umweltfazilität), Washington Leonard Good (Kanada) seit 2003	ständig	1,494%	75,94	BMF
IDB (Interamerikanische Entwicklungsbank), Washington Enrique Iglesias (Uruguay) seit 1988	1996 – 1999 2003 – 2010	0,159%	153,13	BMF
IIC (Interamerikanische Investitionskorporation), Washington Enrique Iglesias (Uruguay) seit 1988	2004 – 2006	0,499%	3,29	BMF

2. Friedenserhaltende Missionen**A. Finanzielle Beitragsleistungen**

Mission:	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2003 in Mio. Euro
MINURSO (Referendumsvorbereitungsmission der VN für die Westsahara)	0,867%	0,185
MONUC (Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo)	0,867%	4,213
UNDOF (Beobachtertruppe der VN für die Truppenentflechtung auf den Golanhöhen)	0,867%	0,277
UNFICYP (Friedenssicherungstruppe der VN auf Zypern)	0,867%	0,192
UNIFIL (Interimstruppe der VN im Libanon)	0,867%	0,155
UNIKOM (Beobachtermission der VN Irak-Kuwait)	0,867%	0,053
UNMEE (Mission der VN in Äthiopien und Eritrea)	0,867%	1,503
UNMIBH (Bosnien und Herzegowina) + IPTF	0,867%	0,324
UNMIK (Interimsverwaltung der VN im Kosovo)	0,867%	2,089
UNOMIG (Beobachtermission der VN in Georgien)	0,867%	0,232
UNMISET (Mission der VN in Ost Timor)	0,867%	1,995
UNOMSIL (Beobachtermission der VN in Sierra Leone)	0,867%	4,387
OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Wien		
OSZE-Minsker Gruppe (Berg-Karabach)	2,30%	0,051

Österreich in Internationalen Organisationen

Mission:	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2003 in Mio. Euro
OSZE-Kleinmissionen (Albanien, Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Tadschikistan, Tschetschenien, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan)	2,30%	0,46
OSZE-Großmissionen (Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kroatien, Mazedonien, Serbien und Montenegro)	2,36%	2,99

B. Entsendung von Personal

Seit 1960 war Österreich an über 50 Missionen der VN, OSZE, EU und WEU beteiligt. Die Rekrutierung der TeilnehmerInnen erfolgt durch das BMLV (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das BMI (zivile PolizeibeobachterInnen), das BMF (Sanktionenmonitore), das BMAA (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen) sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält die im Jahr 2003 effektiven Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchststärke
UNTSO (Waffenstillstandsüberwachung im Nahen Osten) seit 1948	seit 1967	3 Militärbeobachter
UNFICYP³ (Friedenssicherungstruppe auf Zypern) seit 1964	seit 1972	7 Stabsangehörige
UNDOF (AUSBATT-Golanhöhen)	seit 1974	Infanterieeinheit mit 367 Personen
UNIKOM (Beobachtermission Irak-Kuwait) seit 1991	seit 1991	2 Militärbeobachter
MINURSO (Referendumsvorbereitungsmission für die Westsahara)	seit 1991	2 Militärbeobachter
UNOMIG (Beobachtermission in Georgien) seit 1993	seit 1994	2 Militärbeobachter
EUMM (EU-Beobachtermission im ehemaligen Jugoslawien) seit 1994	seit 1995	5 Monitore und Stabsmitglieder
SFOR (Bosnien und Herzegowina)	seit 1995	10 Stabsangehörige
OHR (Office of the High Representative, Bosnien und Herzegowina)	seit 1995	3 Militärexperten

³⁾ Österreichische Beteiligung erfolgte mit anderen Einheiten (Polizeibeobachter und Feldspital) schon seit 1964. Die Entsendung des österreichischen Truppenkontingentes (AUSCON; bis zu 240 Personen) wurde im Juni 2001 beendet.

Anhang

Mission	Einsatz	Höchchststärke
ICTY (VN-Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)	seit 1998	1 Exekutivbeamter
UNMIK (Übergangsverwaltung im Kosovo) Exekutivbeamte (des BMI) Justizwachebeamte (des BMJ)	seit Juni 1999	40 Exekutivbeamte 10 Justizwachbeamte
KFOR (Kosovo)	seit 1999	Infanterieeinheit mit 560 Personen
UNMEE (Äthiopien/Eritrea) seit 2000	seit 2000	1 Militärbeobachter⁴
OSZE-Kleinmissionen und Feldaktivitäten		8 Experten
OSZE-Großmissionen Wahlbeobachtungen (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kroatien, Russische Föderation, Serbien und Montenegro)		34 Experten 105 Kurzzeitbeobachter 2 Langzeitbeobachter
RACVIAC (Regional Arms Control Verification and Implementation Assistance Centre)	seit 1999	2 Stabsoffiziere
ISAF (Afghanistan) Angehörige des BH	seit 2002	5 Infanteristen
CONCORDIA (EU-Militäroperation in Mazedonien)	seit 2003	15 Angehörige des BH
Ausbildung irakischer Polizisten in Jordanien	seit 2003	4 Exekutivbeamte
EUPM (EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina)	seit 2003	5 Exekutivbeamte
Operation „Artemis“ (DR Kongo)	seit 2003	5 Stabsmitglieder
PROXIMA (EU-Polizeimission in Mazedonien)	seit 2003	5 Infanteristen
MINUCI (Côte d'Ivoire)	seit 2003	5 Infanteristen

⁴) Die Entsendung von Stabsangehörigen wurde im November 2001 beendet.

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien****1. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates (26 Mitglieder)**

Stand: 17. Juni 2003

Obmann: Schieder Peter

ObmannstellvertreterIn: Spindelegger Michael, Dr.
Lunacek Ulrike, Mag.
Scheibner Herbert
Cap Josef, Dr.SchriftführerIn: Donabauer Karl
Pilz Peter, Dr.
Bösch Reinhard Eugen, Dr.

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
ÖVP (12)	Amon Werner, MBA Böhm Franz Xaver Brader Alfred, Mag. Dr. Donabauer Karl Felzmann Carina Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Leddter Johann Missethon Hannes, Dipl.-Ing. Murauer Walter Schultes Hermann, Ing. Spindelegger Hermann, Dr.	Brinek Gertrude, Dr. Ellmauer Matthias Franz Anna Glaser Franz Grander Maria Grillitsch Fritz Khol Andreas, Dr. Köbl Günter Langreiter Hans, Mag. Machne Helga Pack Jochen Steindl Konrad
SPÖ (10)	Bauer Hannes, Dkfm. Dr. Cap Josef, Dr. Einem Caspar, Dr. Gartlehner Kurt, Ing. Gusenbauer Alfred, Dr. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Muttonen Christine, Mag. Posch Walter, Mag. Schieder Peter	Bayr Petra Gaál Anton Kummerer Werner, Dipl.-Ing. Matznetter Christoph, Dr. Moser Hans, Mag. Niederwieser Erwin, DDr. Puswald Christian, Dr. Scharer Erika Stadlbauer Bettina Wurm Gisela, Mag.
FPÖ (2)	Bösch Reinhard Eugen, Dr. Scheibner Herbert	Mainoni Eduard, Mag. Wittauer Klaus
GRÜNE (2)	Lunacek Ulrike, Mag. Pilz Peter, Dr.	Lichtenberger Evelin, Dr. Stoisits Terezija, Mag.

*Anhang***2. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (13 Mitglieder)**

Stand: 12. November 2003

Obmann: Fasslabend Werner, Dr.

ObmannstellvertreterIn: Einem Caspar, Dr.
Donabauer Karl
Hagenhofer MarianneSchriftführerIn: Schieder Peter
Kopf Karlheinz
Walther Heidrun

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
ÖVP (6)	Amon Werner, MBA Donabauer Karl Fasslabend Werner, Dr. Grillitsch Fritz Kopf Karlheinz Stummvoll Günter, Dkfm. Dr.	Langreiter Hans, Mag. Glaser Franz Spindelegger Michael, Dr. Keuschnigg Georg Böhm Franz Xaver Hakl Karin, Mag.
SPÖ (5)	Cap Josef, Dr. Einem Caspar, Dr. Hagenhofer Marianne Schieder Peter Walther Heidrun	Faul Christian Kaipel Erwin, Ing. Muttonen Christine, Mag. Stadlbauer Bettina Trunk Melitta, Mag.
FPÖ (1)	Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Mainoni Eduard, Mag.
GRÜNE (1)	Lichtenberger Evelin, Dr.	Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.

3. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (18 Mitglieder)

Stand: 1. März 2004

Vorsitzender: Ager Hans

Vorsitzender-Stellvertreter: Konecny Albrecht
Roth-Halvax SissySchriftführer: Todt Reinhard
Schennach Stefan

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
ÖVP (9)	Ager Hans Bader Karl Fasching Paul Himmer Harald, Mag. Hösele Herwig Kneifel Gottfried Kritzinger Helmut Roth-Halvax Sissy	Fröhlich Christine Giesinger Ilse Haller Hermann, Ing. Kühnel Franz-Eduard, Dr. Liechtenstein Vincenz, Dr. Saller Josef Schnider Andreas, Dr. Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.
SPÖ (6)	Boden Karl Gumplmaier Erich, Dr. Haselbach Anna Elisabeth Kallenbacher Günther Konecny Albrecht Todt Reinhard	Bachner Roswitha Binna Theodor Hlavac Elisabeth, Dr. Lindinger Ewald Reisenberber Harald Schimböck Wolfgang Wiesenegg Helmut
FPÖ (3)	Gudenus John, Mag. Weilharter Engelbert	Böhm Peter, Dr. Kanovsky-Wintermann Renate, Dr. Klamt Gerd, Ing.
GRÜNE (1)	Schennach Stefan	Konrad Eva

4. EU-Ausschuss des Bundesrates (18 Mitglieder)

Stand: 1. März 2004

Vorsitzender:	Kneifel Gottfried
Vorsitzender-StellvertreterIn:	Konecny Albrecht Weiss Jürgen
SchriftführerIn:	Lindinger Ewald Hagen Christoph

	Mitglieder	Ersatzmitglieder
ÖVP (8)	Ager Hans Fasching Paul Höfinger Johann Kneifel Gottfried Kühnel Franz-Eduard, Dr. Schnider Andreas, Dr. Weiss Jürgen Zwazl Sonja	Bieringer Ludwig Gansterer Michaela Giesinger Ilse Gruber Franz, Ing. Hösele Herwig Roth-Halvax Sissy Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr. Tiefnig Ferdinand
SPÖ (7)	Gruber Manfred Hlavac Elisabeth, Dr. Kaltenbacher Günther Konecny Albrecht Lindinger Ewald Todt Reinhard Winter Ernst	Bachner Roswitha Ebner Adelheid Gumplmair Erich, Dr. Haselbach Anna Elisabeth Schicker Johanna Schlaffer Anna Stadler Werner

Anhang

FPÖ (3)	Böhm Peter, Dr. Hagen Christoph	Kanovsky-Wintermann Renate, Dr. Klamt Gerd, Ing.
GRÜNE (1)	Konrad Eva	Schennach Stefan

5. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (6 Mitglieder)

Stand: März 2004

Ordentliche Mitglieder:

Spindelegger Michael, Dr., Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Delegationsleiter
 Donabauer Karl, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Himmer Harald, Mag., Bundesrat (ÖVP)
 Wurm Gisela, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), stv. Delegationsleiterin
 Schieder Peter, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
 Gusenbauer Alfred, Dr., Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Ersatzmitglieder:

Hagl Karin, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
 Tusek Gerhard, Mag., Bundesrat (ÖVP)
 Muttonen Christine, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
 Schicker Johanna, Bundesrätin (SPÖ)
 Grisse mann Wilhelm, Bundesrat (FPÖ)
 Stoitsits Terezija, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (Grüne)

6. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments (21 Mitglieder)

Stand: März 2004

ÖVP (7)	Schweiger-Stenzel Ursula (Delegationsleiterin) Flemming Marilies, Dr. Karas Othmar, Mag. Pirker Hubert, Dr. Rack Reinhard, Univ.-Prof. Dr. Rübig Paul, Dr. Schierhuber Agnes
SPÖ (7)	Swoboda Hannes, Dr. (Delegationsleiter) Berger Maria, Dr. Bösch Herbert, Mag. Ettl Harald, Ing. Martin Hans-Peter, Dr. Prets Christa Scheele Karin, Mag.

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

FPÖ Raschhofer Daniela (Delegationsleiterin)
 (3) Ilgenfritz Wolfgang, Mag.
 Kronberger Hans, Dr.

GRÜNE Voggenhuber Johannes (Delegationsleiter)
 (2) Echerer Mercedes

Ohne Fraktionszugehörigkeit Hager Gerhard, Prof. Dr.
 (2) Sichrovsky Peter, Ing. Mag.

7. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik

Stand: März 2004

Der Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik wurde mit Bundesgesetz vom 21. November 2001 (BGBl 125/2001) eingerichtet. Der Rat dient der Beratung der Bundesregierung in Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik und tritt unter dem Vorsitz des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Im Jahr 2003 fanden Sitzungen am 24. Juni und am 17. Dezember statt. Zuletzt gehörten dem Rat folgende Personen an:

Mitglieder:

Dr. Benita Ferrero-Waldner, Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Vorsitzende

Dr. Hans Peter Manz, Vertreter des Bundeskanzlers

Mag. Barbara Steiner, Vertreterin des Vizekanzlers

Brigadier Wolfgang Wosolobe, Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung

Dr. Werner Fasslabend, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Dr. Michael Spindelegger, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Dr. Günter Stummvoll, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Gottfried Kneifel, Mitglied des Bundesrates (ÖVP)

Ing. Hermann Schultes, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

Dr. Heinz Fischer, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Dr. Alfred Gusenbauer, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Peter Schieder, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Dr. Caspar Einem, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Mag. Reinhard Bösch, Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Mag. Ulrike Lunacek, Abgeordnete zum Nationalrat (Grüne)

DDr. Herwig van Staa, Landeshauptmann von Tirol

Dr. Sepp Rieder, Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien

Walter Prior, Präsident des Burgenländischen Landtages

Angela Orthner, Präsidentin des Oberösterreichischen Landtages

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

ÖkR Rudolf Schwarzböck, Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Fritz Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dr. Peter Koits, Bürgermeister von Wels, Vertreter des Österreichischen Städtebundes

Prof. Walter Zimmer, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes

Anhang

Ersatzmitglieder:

Wolfgang Großruck, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Werner Amon, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Karlheinz Kopf, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Mag. Harald Himmer, Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
 Michael Praßl, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Dr. Josef Cap, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
 Anna Elisabeth Haselbach, Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
 Mag. Barbara Prammer, Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
 Mag. Gisela Wurm, Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
 Mag. Eduard Mainoni, Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
 Dr. Evelin Lichtenberger, Abgeordnete zum Nationalrat (Grüne)

Beobachter:

Dr. Markus Lutterotti, Vertreter der Präsidentschaftskanzlei

8. Nationaler Sicherheitsrat

Stand: 3. März 2004

Stimmberechtigte Mitglieder:

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Vorsitzender
 Hubert Gorbach, Vizekanzler, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
 Dr. Benita Ferrero-Waldner, Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
 Günther Platter, Bundesminister für Landesverteidigung
 Dr. Ernst Strasser, Bundesminister für Inneres
 Dr. Dieter Böhmendorfer, Bundesminister für Justiz
 Dr. Andreas Khol, Präsident des Nationalrates (ÖVP)
 Dr. Michael Spindelegger, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Dr. Günter Stummvoll, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Walter Murauer, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
 Ludwig Bieringer, Bundesrat (ÖVP)
 Dr. Heinz Fischer, Zweiter Präsident des Nationalrates (SPÖ)
 Dr. Alfred Gusenbauer, Klubvorsitzender, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
 Dr. Josef Cap, Geschäftsf. Klubvorsitzender, Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
 Mag. Barbara Prammer, Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
 Dr. Peter Pilz, Abgeordneter zum Nationalrat (Grüne)
 Dr. Reinhard Bösch, Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Mitglieder mit beratender Stimme:

Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann, Vertreter der LH-Konferenz
 Botschafter Dr. Helmut Türk, Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei
 Botschafter Dr. Johannes Kyrle, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
 General Roland Ertl, Generalstabschef
 Dr. Erik Buxbaum, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
 Botschafter Dr. Hubert Heiss, Bundeskanzleramt
 Dr. Helmut Günther, Sektionschef, Büro des Vizekanzlers
 Botschafter Dr. Thomas Mayr-Harting, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
 DDr. Erich Reiter, Sektionschef, Bundesministerium für Landesverteidigung

Österreich in Zahlen 1950 bis 2003

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2002	2003
Bevölkerungsstand, in 1.000, Ø	6.935	7.467	7.729	8.110	8.053	8.067 ²⁶⁾
darunter Ausländer, in 1.000	323 ²⁾	183	456	758	708	709 ²⁶⁾
Lebenserwartung, in Jahren, männlich	61,9	66,5	72,3	75,4	75,8	.
weiblich	67,0	73,4	78,9	81,2	81,7	.
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000	1.941	2.387	2.929	3.133	3.155	3.184
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige	.	40,8	36,7	35,5	40,9	40,9
Arbeitslosenquote ³⁾	6,0	2,4	5,4	5,8	6,9	7,0
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise, in Mrd. S ⁴⁾	51,9	375,9	1.813,5	207,0	218,3	224,3
Wirtschaftswachstum, in %	12,4	7,1	4,6	3,5	1,4	0,7
Offizielle Währungsreserven, in Mrd. S ⁵⁾	.	47	138	18,9	12,4	.
Verbraucherpreisindex, Ø 1966 = 100	47,9	115,0	298,6	375,4	392,3	397,7
Tariflohnindex, Ø 1966 = 100	32,4	131,1	507,6	716,9	753,6	770,5
Index der Industrieproduktion, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	19,2	68,3	133,4	.	.	.
Produktion je Beschäftigten, Ø 1981 = 100 ⁶⁾	25,7	66,4	153,3	.	.	.
Produktionsindex, Ø 1995 = 100, 2000 = 100	.	.	.	132,6	103,0	106,7 [*])
Beschäftigtenindex, Ø 1995 = 100, 2000 = 100	.	.	.	96,8	97,3	97,3 [*])
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	617	833	949,7	.	.
Brotgetreide, durchschnittlicher Ertrag pro ha, 100 kg	16,5	28,5	48,4	43,2	47,8	42,4
PKW- und Kombi-Bestand, in 1.000	48	1.197	2.991	4.097	3.987	4.054
Wohnfläche pro Einwohner, in m ²	.	21,4 ⁷⁾	32,1 ⁷⁾	37,5	38,1	.
Leistungsbilanzsaldo, in Mrd. S ⁸⁾	.	-1,7	13,6	-5,4	0,4	-2,0 [*])

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

. = Keine Daten vorhanden. – ¹⁾ Prognose bzw. Schätzung. – ²⁾ Volkszählung 1951. – ³⁾ Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). – ⁴⁾ Ab 1990 entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG, 2. Auflage); davor SNA 1968; ab 1995 gemäß ESVG 95. – ⁵⁾ Seit 1997 neues Konzept gemäß IWF. – ⁶⁾ Bruch in der Zeitreihe, seit 1995 neue Indizes im Sachgüterbereich. – ⁷⁾ Häuser- und Wohnungszählung 1971, 1981 bzw. 1991, Mikrozensus. – ⁸⁾ ab 2000 in Mrd. Euro. – ²⁶⁾ Stand 1. 1. 2003. – ^{*}) vorläufig.

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2002 in EUR ¹⁾	Wirtschaftswachstum ²⁾		Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP ³⁾		Einfuhr ⁴⁾		Ausfuhr ⁴⁾		Exportanteile ⁵⁾ am BIP	
		2002	2003 ⁶⁾	2002	2003 ⁶⁾	2001	2002	2001	2002	2001	2002
		in %				in Mrd. US-\$				in %	
Belgien	25.880	0,7	0,8	4,7	5,1	178,7	195,9	189,3	213,5	85,4	83,9
Dänemark	27.480	2,1	0,8	2,5	3,7	43,4	47,7	50,7	55,8	45,2	44,3
Deutschland	24.650	0,2	0,0	2,7	2,1	486,0	491,9	571,4	612,6	35,1	35,9
Finnland	24.800	2,2	1,4	7,6	7,3	32,1	33,6	42,8	44,7	39,8	38,7
Frankreich	24.660	1,2	0,1	2,0	0,9	300,7	308,3	296,2	309,8	27,9	27,0
Griechenland	15.840	3,8	4,1	-6,4	-6,5	29,9	31,2	9,5	10,3	22,7	20,9
Irland	30.140	6,9	1,6	-0,7	-1,7	51,3	51,5	83,0	87,4	98,2	93,7
Italien	24.570	0,4	0,4	-0,6	-1,2	233,0	243,3	241,7	251,1	28,3	27,0
Luxemburg	45.290	1,3	1,2	.	.	11,2	11,6	8,2	8,6	152,5	145,8
Niederlande	27.050	0,2	-0,9	1,4	1,9	194,9	193,6	216,1	220,3	65,3	62,6
Norwegen	.	1,0	1,1	13,2	12,7	33,0	34,9	59,2	59,7	46,3	41,2
Österreich	26.930	1,4	0,9	0,3	-0,6	70,4	72,8	66,7	73,2	52,5	52,8
Portugal	16.470	0,4	-0,8	-7,1	-4,9	39,4	38,3	24,4	25,5	31,0	30,3
Schweden	24.520	2,0	2,3	4,1	3,7	63,5	66,1	75,8	81,1	45,3	44,0
Schweiz	.	0,1	0,6	9,3	9,4	77,1	79,1	78,1	83,9	43,5	44,2
Spanien	20.280	1,9	1,4	-2,4	-3,6	153,3	163,5	115,2	123,5	29,9	28,4
Vereinigtes Königreich	24.790	1,7	2,0	-1,8	-2,7	321,0	335,4	267,3	276,3	27,0	26,2
EU 15	24.020	1,0	0,7	1,0	0,2	2209,2	2306,6	2261,8	2395,5	35,9	35,1
Japan	.	0,3	1,0	2,8	2,9	349,1	337,2	403,5	416,7	10,4	11,2
Vereinigte Staaten	.	2,4	2,5	-4,6	-5,0	1179,0	1200,0	731,0	694,0	10,3	9,6
OECD insgesamt	.	.	.	-1,1	-1,2

- 1) Zu laufenden Preisen und KKP. Q: Eurostat. – 2) Veränderung des realen BIP zum Vorjahr. Q: OECD Economic Outlook, Eurostat. – 3) Q: OECD, OeNb, WIFO. – 4) Generalhandel (Waren- inkl. Lagerverkehr) für Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich, Japan und USA; sonst Spezialhandel (Waren- exkl. Lagerverkehr). Hochrechnung aus Monatsdurchschnittswerten lt. OECD. – 5) Waren und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995. Q: Eurostat, New Chronos; Schweiz und OECD gesamt, Q: Main Economic Indicators. – 6) Prognose. – *) vorläufig.

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Arbeitslosenquote ⁸⁾			Jugend- arbeits- losen- quote ⁹⁾	Langzeit- arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Steigerung des Verbraucherpreises ¹¹⁾ gegenüber Vorjahr				Anteil der Umweltschutz- ausgaben am BIP, Anfang bis Mitte der 90er Jahre, öffentlicher und privater Sektor ²¹⁾	
	1995	2002	2003	2002	2002	1995	2002	2003	HVPI 2003	insgesamt	dar. öffentl. Sektor
	in %										
Belgien	9,7	7,3	8,1	15,7	49,6	1,4	1,6	1,6	1,5	1,5 ³³⁾	0,4
Dänemark	6,7	4,6	5,6	7,1	19,7	2,0	2,4	2,1	2,0	.	.
Deutschland	8,0	8,6	9,3	9,3	47,9	1,7	1,4	1,0	1,0	1,8 ²⁴⁾	0,6
Finnland	15,4	9,1	9,0	28,2	21,2	0,8	1,5	0,9	1,3	0,7 ³³⁾	0,5
Frankreich	11,3	8,8	9,4	18,9	32,7	1,7	1,9	2,1	2,2	1,7 ¹²⁾	0,9
Griechenland	9,2	10,0	.	25,7	52,4	8,9	3,6	3,6	3,4	.	.
Irland	12,3	4,3	4,6	7,8	29,3	2,6	4,7	3,5	4,0	0,6 ²⁴⁾	0,4
Italien	11,5	9,0	8,6	27,1	59,2	5,3	2,5	2,7	2,8	0,8 ²⁰⁾	0,7
Luxemburg	2,9	2,8	3,7	8,1	27,4	1,9	2,1	2,0	2,5	.	.
Niederlande	6,6	2,7	3,8	4,6	26,7	1,9	3,3	2,2	2,2	2,0 ²⁴⁾	1,1
Norwegen	5,4	3,9	4,5	13,0	12,6	2,5	1,3	2,5	2,0	1,2 ¹³⁾	0,4
Österreich	3,9	4,3	4,4	7,2	20,3	2,2	1,8	1,3	1,3	3,0³³⁾	1,3
Portugal	7,3	5,1	6,4	10,4	35,5	4,2	3,5	3,3	3,3	0,8 ¹²⁾	0,5
Schweden	8,8	4,9	5,6	12,9	20,1	2,9	2,3	2,1	2,3	0,8 ³³⁾	0,2
Schweiz	3,3	3,2	4,1	5,7	21,6	1,8	0,7	0,6	.	.	.
Spanien	18,8	11,3	11,3	21,5	34,3	4,7	3,1	3,0	3,1	.	.
Vereinigtes Königreich	8,5	5,1	5,0	10,9	23,1	3,4	1,6	2,9	1,4	0,7 ¹²⁾	0,4
EU 15	10,1	7,7	8,0	14,6	40,2	3,1	2,1	2,2	2,0	.	.
Japan	3,1	5,4	5,3	.	.	-0,1	-1,0	-0,2	.	1,4 ³³⁾	0,6
Vereinigte Staaten	5,6	5,8	6,0	.	.	2,8	1,5	2,3	.	1,6 ¹⁷⁾	0,7
OECD insgesamt

⁸⁾ In Prozent der Erwerbspersonen (ohne Militär); USA, Japan in Prozent aller Erwerbspersonen. Q: Eurostat, OECD, DGECFIN, EC economic dat pocket book für EU 15, Japan und USA; OECD Economic Outlook 66 für Norwegen und Schweiz. – ⁹⁾ 15–24-Jährige. – ¹⁰⁾ 12 Monate und länger. –

¹¹⁾ Q: OECD; Nationale Indizes 1995–2003 Q: Stat.Ämter, Statistik Österreich, vorläufige Werte; HVPI 2002 Q: Eurostat, Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ¹²⁾ 2000. – ¹³⁾ 1990. – ¹⁷⁾ 1994. – ²¹⁾ 1997. – ²¹⁾ Q: OECD Environmental Data 2002. – ²⁴⁾ 1998. – ³³⁾ 1999. – *) vorläufig.

Länder	Effektive Arbeitszeit ²²⁾	Erwerbs- bzw. Erwerbstätigenquote ²³⁾				Lebenserwartung in Jahren				Säuglingssterblichkeit ²⁵⁾		Lebendgeborene		Sterbefälle	
		auf 1.000 Einwohner		auf 1.000 Einwohner		auf 1.000 Einwohner		auf 1.000 Einwohner		auf 1.000 Einwohner		auf 1.000 Einwohner			
	2002	1995		2002		1995		2002		1995	2002	1995	2002	1995	2002
	Std./Woche	m.	w.	z. ³⁵⁾	w.	m.	w.	m.	w.	1995	2002	1995	2002	1995	2002
Belgien	37,6	73,1	52,4	59,7	51,1	73,4	80,2	75,1	81,1	6,1	4,9	11,4	11,0	10,5	10,3
Dänemark	37,5	87,9	74,6	76,4	72,6	72,7	77,8	74,8	79,5	5,1	4,4	13,3	11,9	12,1	10,9
Deutschland	40,9	78,4	60,4	65,4	58,8	73,3	79,7	75,6 ³⁷⁾	81,3 ³⁷⁾	5,3	4,3	9,4	8,8	10,8	10,2
Finnland	37,2	77,3	71,8	69,1	67,3	72,8	80,2	74,9	81,5	3,9	3,0	12,3	10,7	9,6	9,5
Frankreich	38,6	75,6	61,2	62,9	56,4	73,9	81,9	75,6*)	82,9*)	4,9	4,5	12,6	12,8	9,2	9,1
Griechenland	40,2	80,0	45,3	56,9	42,7	75,0	80,3	75,4*)	80,7*)	8,1	5,9	9,7	9,3	9,6	9,5
Irland	39,0	78,7	47,9	65,0	55,2	72,9	78,4	75,2	80,3	6,3	5,1	13,5	15,4	9,0	7,5
Italien	35,0	73,5	43,0	55,4	41,9	74,9	81,3	76,8*)	82,9*)	6,2	4,7	9,2	9,4	9,7	9,9
Luxemburg	39,9	99,8	57,8	63,6	51,5	73,0	80,2	74,9	81,5	5,5	5,1	13,2	12,0	9,3	8,4
Niederlande	37,3	79,3	58,5	74,5	65,9	74,6	80,4	76,0	80,7	5,5	5,1	12,3	12,6	8,8	8,9
Norwegen	37,5	.	.	77,3	73,8	74,8	80,8	76,4	81,5	4,0	3,9 ³⁷⁾	13,8	12,2	10,4	9,9
Österreich	40,9	82,7	64,5	68,2	61,1	73,6	80,1	75,8	81,7	5,4	4,1	11,0	9,7	10,1	9,5
Portugal	38,9	80,3	61,4	68,6	61,2	71,2	78,6	73,8	80,5	7,5	5,0	10,8	11,0	10,5	10,2
Schweden	37,2	80,8	78,0	74,0	72,5	76,2	81,4	77,7	82,1	4,1	2,8	11,7	10,7	10,6	10,6
Schweiz	42,4	.	.	78,9	70,6	75,3	81,7	77,8	83,0	5,0	4,5	11,7	9,9	9,0	8,5
Spanien	38,9	75,1	45,6	58,4	44,0	74,3	81,5	75,7*)	83,1*)	5,5	3,4	9,3	10,1	8,8	9,0
Vereinigtes Königreich	41,0	85,7	67,5	71,5	65,3	74,0	79,2	75,7 ³⁷⁾	80,4 ³⁷⁾	6,2	5,3	12,5	11,3	11,0	10,3
EU 15	39,1	78,3	57,3	64,2	55,5	73,9	80,4	75,8*)	81,6*)	5,6	4,6 ³⁷⁾	10,8	10,6 ³⁷⁾	10,0	9,5 ³⁷⁾
Japan	.	62,4 ¹³⁾	41,3 ¹³⁾	.	.	75,9 ¹³⁾	81,9 ¹³⁾	77,6 ³⁷⁾	84,2 ³⁷⁾	4,6 ¹³⁾	3,3	10,0 ¹³⁾	9,6	6,7 ¹³⁾	8,4
Vereinigte Staaten	.	57,5 ¹³⁾	44,4 ¹³⁾	.	.	71,8 ¹³⁾	78,8 ¹³⁾	74,4 ³⁷⁾	80,0 ³⁷⁾	9,2 ¹³⁾	6,9	16,7 ¹³⁾	14,2	8,6 ¹³⁾	8,5
OECD insgesamt

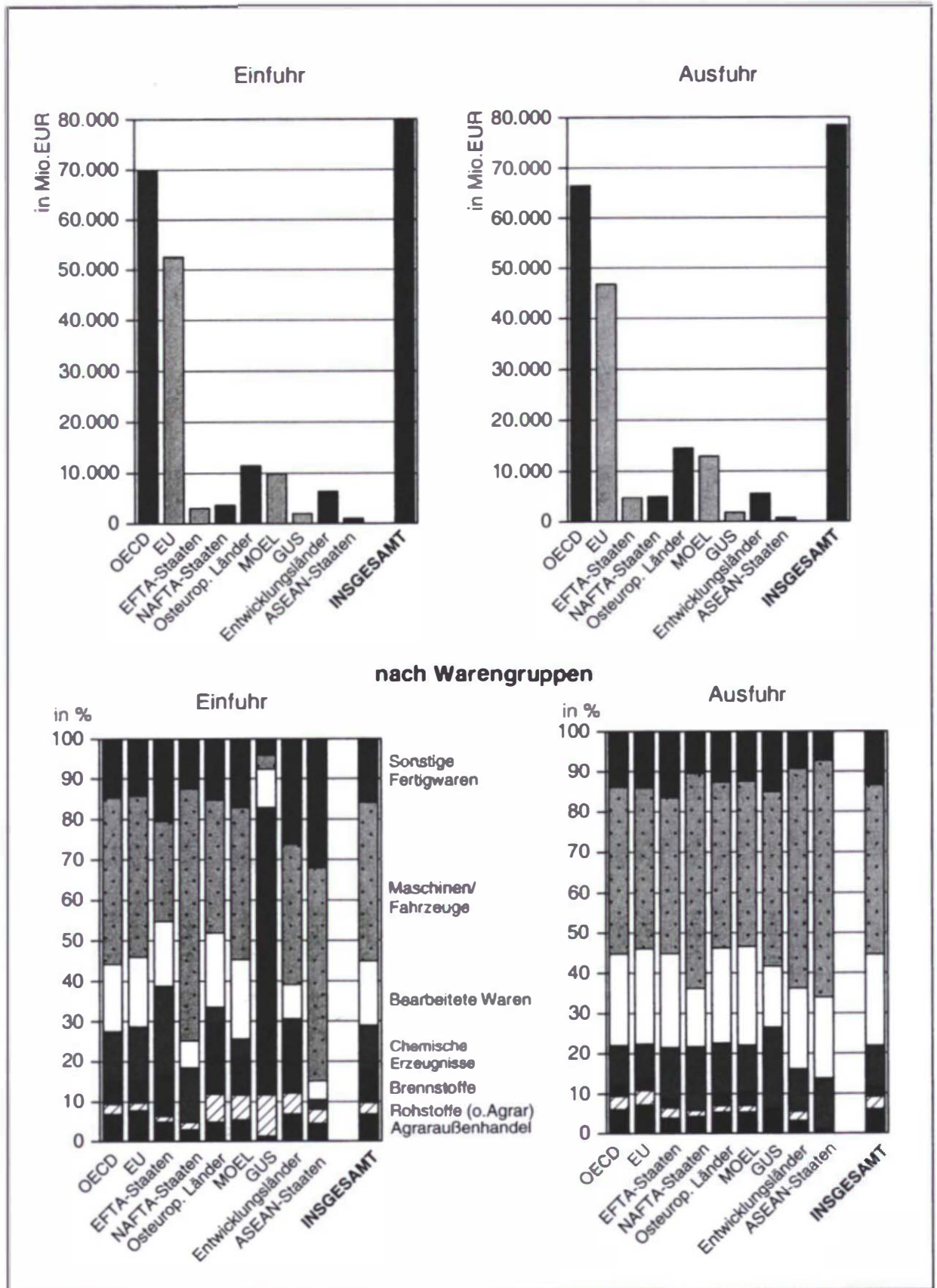
²²⁾ Q: Eurostat, New Cronos, 2002, Arbeitnehmer, Stunden auf Vollzeitbasis. – ²³⁾ Anteil der Erwerbspersonen bzw. der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter; Q: 1995 Stat.Jahrbuch, ÖSTAT; 2002 Eurostat, Labour-Force-Survey. – ²⁴⁾ Im 1. Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene. – ³⁵⁾ männlich und weiblich zusammen. – ¹³⁾ 1990. – ³⁷⁾ 2001. – *) vorläufig.

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Studenten im Tertiärbereich ²⁷⁾		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP ¹²⁾		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ²⁷⁾		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP ²⁸⁾		Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP ²⁹⁾		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2003 ³⁰⁾	
	1995	2001	1995	2001	1995	2001	1995	2001	1995	2001	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.		in %									
Belgien	3.481	3.500	5,0	6,1	8,7	9,0	1,72	2,17	1,6	1,3	0,41	0,12
Dänemark	3.255	3.567	7,7	8,5	8,2	8,6	1,84	2,39	1,7	1,6	3,00	0,40
Deutschland	2.644	2.533	4,7	4,6	10,6	10,7	2,26	2,51	1,7	1,5	0,90	0,43
Estland	1,08	0,86
Finnland	4.021	5.397	6,9	6,2	7,5	7,0	2,29	3,42	1,5	1,2	2,00	0,46
Frankreich	3.589	3.441	6,0	5,7	9,6	9,5	2,31	2,23	3,1	2,5	1,32	0,49
Griechenland	2.838	4.375	2,9	3,9	8,9	9,4	0,49	0,64	4,3	4,6	0,65	0,39
Irland	3.374	4.354	5,5	4,3	7,2	6,5	1,34	1,17	1,0	0,7	1,59	0,52
Italien	3.129	3.133	4,9	5,0	7,4	8,4	1,00	1,07 ¹²⁾	1,8	2,0	0,23	0,18
Lettland	0,72	0,50
Litauen	1,17	.
Luxemburg	.	577	4,3	3,8	6,4	5,6 ¹²⁾	.	.	0,8	0,8	3,50	0,73
Malta	1,58	.
Niederlande	3.261	3.153	5,0	5,0	8,4	8,9	1,99	1,89	1,9	1,6	7,07	0,47
Norwegen	3.978	4.218	7,5	7,0	8,0	8,0	1,71	1,60	2,4	1,8	2,04	0,24
Österreich	2.910	3.300	6,2	5,8	8,2	7,6	1,56	1,93 ^{*)}	0,9	0,8	0,50	0,32
Polen	0,38	.
Portugal	3.002	3.778	5,4	5,9	8,3	9,2	0,57	0,84	2,6	2,1	0,70	0,66
Schweden	2.789	4.030	7,5	7,3	8,1	8,7	3,46	4,27	1,9	2,0	2,85	0,28
Schweiz	2.111	2.082	5,7	5,4	10,0	10,9	2,66 ¹⁵⁾	2,63 ¹²⁾	1,4	1,1	3,80	0,80
Slowakei	0,96	0,71
Slowenien	0,95	0,61
Spanien	3.896	4.541	4,7	4,4	7,7	7,5	0,81	0,96	1,5	1,2	0,64	.
Tschechische Republik	0,55	0,27
Ungarn	0,98	0,85
Vereinigtes Königreich	3.100	3.453	5,0	4,7	7,0	7,6	1,98	1,89	3,0	2,5	0,35	0,21
Zypern	0,57	0,40
EU 15	3.174	3.440	5,2	4,9 ¹²⁾	8,1	8,1 ¹²⁾	1,81	1,93 ^{*)}
Japan	3.120	3.130	3,5	3,6	7,0	7,6 ¹²⁾	2,69	3,06	0,9	1,0	0,63	0,45
Vereinigte Staaten	5.456	4.688	4,9	5,2	13,3	13,9	2,51	2,74	3,8	3,1	1,27	0,34
OECD insgesamt	.	.	.	4,8	7,9	8,0 ¹²⁾	2,11	2,29 ^{*)}

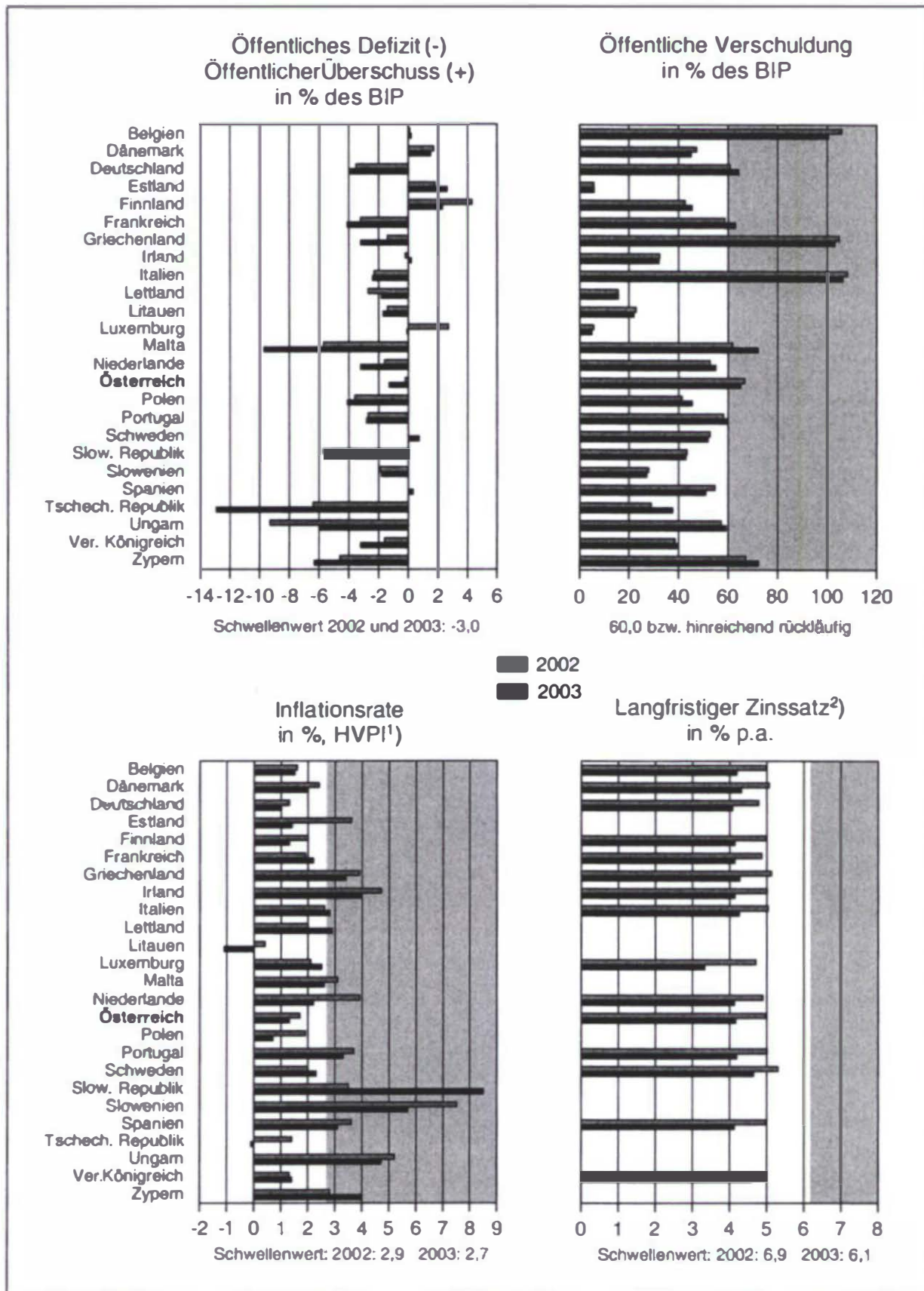
¹²⁾ 2000. – ¹⁴⁾ incl. internat. Organisationen. – ¹⁵⁾ 1992. – ²⁷⁾ Q: OECD. – ²⁸⁾ Q: OECD, MSTI 2002-3, USA ohne Investitionsausgaben, z. T. OECD bzw. nationale Schätzungen. – ²⁹⁾ Q: SIPRI 2003. – ³⁰⁾ Q: BmaA. – ³²⁾ Q: UNESCO, Eurostat. – ³⁶⁾ incl. Ausgabenbereich Asyl und Migration. – ^{*)} vorläufig.

Außenhandel 2003 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



Quelle sowie Grafik: STATISTIK AUSTRIA; vorläufige Werte

Konvergenzkriterien gemäß Maastrichter Vertrag 2002 und 2003



Q: Mitteilungen der EU-Länder an die Kommission, Stand vor dem 29.2.2004, für Österreich und Niederlande Berechnungsstand 1.4.2004, für Griechenland Berechnungsstand 7.5.2004 (Öffentl. Defizit und öffentl. Verschuldung); EUROSTAT (Inflationsrate); OeNB (langfristiger Zinssatz). - 1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II. 2) Daten noch nicht für alle EU-Länder verfügbar.
 Grafik: STATISTIK AUSTRIA

Sachindex

Sachindex

- Abchasien 105
 Abrüstung 29, 58, 93, 145, 146, 153, 176, 177, 258, 330
 – Antipersonenminen 135, 180–182
 – BTWK Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen
 – CCWC Certain Conventional Weapons Convention 181
 – CTBT Comprehensive (Nuclear) Test Ban Treaty 146, 176, 177, 308
 – Kleine und leichte Waffen (Small Arms/Light Weapons) 182
 – NPT Atomsperrvertrag (Nonproliferation Treaty) 48, 172, 176
 – NSG Nuclear Suppliers Group 183, 392
 – OPCW Organisation für das Verbot chemischer Waffen 178, 263, 373
 – Ottawa Konvention 146, 180, 181
 – Verhaltenskodex gegen die Verbreitung von ballistischen Raketen 179
 – Wassenaar Arrangement 184, 367, 373
 – ZC Zangger Komitee 183
 ACS Association of Caribbean States 96, 357
 AEYLS Asia Europe Young Leaders Symposium 58
 Afghanistan 49–53, 57, 84, 85, 99, 132, 135–137, 154, 159, 170, 181, 199, 200, 206, 207, 209, 213, 215, 262, 264, 359, 380
 Afrikanische Union (AU) 73
 Ägypten 57, 64, 68, 69, 100, 144, 146, 264, 269, 283, 339, 342, 359, 372
 AKP 79, 138, 139
 Albanien 38, 41, 42, 44, 103, 141, 181, 240, 265, 266, 359, 379, 380
 Algerien 63, 69, 100, 152, 177, 206, 207, 227, 245, 266, 359, 371
 Allied Harmony 42
 Alpenkonvention 121
 Andorra 266, 340, 359
 Angola 152, 158, 262, 267, 359
 Antigua und Barbuda 96, 263, 267, 359
 Antipersonenminen 135, 180–182
 AÖW Auslandsösterreicherwerk 250
 AÖWB Auslandsösterreicher-Weltbund 250
 Äquatorialguinea 261, 267, 359
 Arabische Liga 71
 Argentinien 91, 92, 95, 144, 159, 179, 190, 217, 249, 267, 326, 353, 359, 370, 373
 Armenien 36, 38, 106, 110, 112, 113, 206, 215, 262, 268, 359, 379, 380
 Armutsbekämpfung 74, 91, 95, 125, 130, 132, 138, 144, 165, 222, 320–322, 337, 342, 344
 Arusha-Abkommen 157
 ASEA-UNINET 345
 ASEAN Association of South East Asian Nations 56–58, 314, 392
 ASEF Asia Europe Foundation 58
 ASEM Asia Europe Meeting 57, 58, 258, 293
 Aserbaidshan 36, 57, 106, 110, 112, 113, 207, 232, 262, 268, 269, 359, 379, 380
 Assoziationsabkommen (EU) 63, 66, 69, 70, 91, 97
 Asyl 23, 118, 163, 205, 206, 258, 391
 Atomsperrvertrag 62, 295
 AU (Afrikanische Union) 63, 72–74, 79, 93, 156, 157, 159, 258–265, 268, 271, 274, 276, 278, 280, 284, 285, 287–289, 292, 294–297, 299, 302, 307, 311–314, 317, 320, 322, 327, 330, 331, 334, 336, 338, 340, 343, 345, 346, 348, 350, 351, 354, 379, 392, 393
 Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB) 250
 AuslandsösterreicherInnen 233, 244, 249–251, 349
 Ausschuss der Regionen 8
 Außenpolitische Bibliothek 257, 259
 Australien 249, 251, 258, 269, 270, 284, 304, 316, 318, 321–323, 325, 326, 332, 333, 346, 350, 353, 356, 359
 Austrian Development Agency (ADA) 126, 139, 252
 Auswärtiger Dienst 252
 Bahamas 96, 263, 270, 359
 Bahrain 144, 261, 270, 359
 Balkan 26, 38, 43, 44, 100, 101, 111, 134, 137, 233, 288, 289, 307
 Bangladesch 261, 270, 271, 359
 Barbados 96, 263, 271, 359
 Barcelona-Prozess 64, 69, 70
 Beitrittskandidaten 4, 18, 31, 44, 114, 118, 236, 240

Sachindex

- Beitrittsverhandlungen 1–4, 31, 118, 215
 Belarus 32, 33, 46, 50, 104, 110, 113, 180,
 191, 262, 271, 359, 379
 Belgien 146, 249, 271, 313, 359, 377,
 388–391, 393
 Belize 96, 261, 272, 359
 Benin 82, 138, 152, 260, 272, 359
 Berg-Karabach 106, 378
 Berlin Plus 25, 26, 29
 Beschäftigung 6, 15, 16, 135, 140–142, 254,
 258, 276
 Bhutan 54, 130, 133, 136, 261, 273, 274,
 359
 Bildende Kunst 230, 336
 Bildung 22, 42, 47, 52, 56, 59, 60, 127–129,
 131–133, 140, 142, 143, 154, 169, 171,
 197, 202, 229, 235–237, 239, 240, 265,
 266, 269, 274–276, 281, 289, 297,
 302–304, 308, 309, 311, 318, 319, 331,
 336, 339, 350, 352, 353, 357, 372, 391
 Bildung und Jugend 22, 44, 141
 Binnenmarkt 16–18, 53, 258
 Biologische Vielfalt 370
 Birma/Myanmar 56
 Bohunice 2
 Bolivien 95, 96, 262, 274, 359
 Bosnien und Herzegowina 26, 27, 39, 100,
 101, 103, 141, 142, 155, 207, 225, 240,
 249, 274, 373, 378–380
 Botsuana 262, 275, 359
 Brasilien 91, 92, 95, 146, 152, 192, 214,
 217, 249, 275, 359, 370
 Brunei 56, 57, 247, 261, 276, 359
 Budget des BMaA 256
 Bulgarien 3–5, 11, 14, 31, 32, 100, 141,
 152, 154, 207, 237, 240, 276, 359, 375
 Bundesrat 1, 7–11, 115, 270, 271, 274, 275,
 277, 278, 285, 292, 297, 328, 334, 335,
 337, 340, 347, 382–386
 Burgenländische Gemeinschaft 250
 Bürgerservice 244, 245, 258
 Burkina Faso 73, 127, 128, 134, 260, 276,
 277, 359
 Burundi 72, 79, 80, 128, 129, 136, 157, 161,
 180, 261, 277, 350, 359

 CAN Andinische Gemeinschaft 95
 CAP UN Consolidated Inter-Agency
 Appeal 162
 CARICOM Caribbean Community and Com-
 mon Market 95, 96
 Cartagena Protokoll 222

 CCPCJ Commission on Crime Prevention
 and Criminal Justice 210, 211
 CCWC Certain Conventional Weapons Con-
 vention 181
 CD Genfer Abrüstungskonferenz 89, 133,
 162, 177, 222, 281, 321, 329, 369
 CEEPUS Central European Exchange Pro-
 gram for University Studies 237, 309
 CEI Central European Initiative 31, 117,
 258, 328, 368
 CERN Rat der europäischen Organisation
 für Kernforschung 167, 237, 375
 Charta der Grundrechte der Union (EU) 9,
 10
 Chile 92, 94, 95, 97, 152, 168, 180,
 195–197, 260, 274, 277, 283, 326, 359,
 371
 China 25, 48, 49, 57, 130, 152, 180, 188,
 190, 205, 213, 224, 230, 240, 278, 305,
 319, 359
 CICA Konferenz über Interaktion und ver-
 trauensbildende Maßnahmen in Asien 57
 CICP Verbrechensverhütungszentrum der
 VN 209, 210
 CITES – Konvention über den Handel mit
 gefährdeten Tier- und Pflanzenarten 370
 CND VN-Suchtgiftkommission 80, 208, 209
 COST Europäische Zusammenarbeit auf
 dem Gebiet der wissenschaftlichen und
 technischen Forschung 237, 263
 Costa Rica 96, 127, 260, 279, 359
 Côte d'Ivoire 72–75, 81, 82, 157, 158, 272,
 276, 279, 287, 312, 323, 337, 345, 359,
 380
 Cotonou-Abkommen 138
 CTBT Comprehensive (Nuclear) Test Ban
 Treaty 146, 176, 177, 308
 CTBTO Comprehensive Test Ban Treaty Or-
 ganisation 177, 263, 290, 365–367, 372

 DAC Komitees für Entwicklungszusammen-
 arbeit der OECD 217
 Dänemark 54, 159, 217, 280, 296, 359, 371,
 375, 388–391, 393
 Deutsch als Fremdsprache (DaF) 236, 300,
 321
 Deutschland 2, 13, 15, 18, 23, 31, 41, 62, 75,
 86, 99, 121, 123, 152–156, 205, 226, 236,
 249, 265, 280, 281, 295, 309, 335, 339,
 352, 356, 357, 359, 370, 372, 375, 377,
 388–391, 393

Sachindex

- Dienstleistungen 2, 9, 16, 17, 75, 97, 98, 128, 214, 250, 388
- Diplomatische Akademie (DA) 254, 368
- Dominica 96, 263, 282, 359
- Dominikanische Republik 263, 282, 359
- Donaukommission 122, 123, 263, 375
- Donauraumkooperation 31, 121, 122
- Donauschifffahrt 122–124
- Drogen 46, 52, 53, 95, 132, 148, 160, 208, 209, 264, 281, 285, 327, 329, 369, 374
- Dschibuti 77, 260, 283, 359
- EAC East African Community 20, 57, 74
- EAPC Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat 99–101, 375
- ECAP European Capabilities Action Plan 27
- ECE Economic Commission for Europe 148, 161, 220, 221, 375
- ECHO Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission 38, 207, 341, 344
- ECOSOC 160, 161, 163, 190, 369
- ECOWAS Economic Community of West African States 74, 75, 82, 156, 157
- ECTS European Credit Transfer System 236
- Ecuador 91, 95, 144, 171, 247, 261, 283, 360
- EEF Europäischer Entwicklungsfonds 138, 139
- EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 114, 194
- Eisenbahnpaket 19
- El Salvador 127, 144, 260, 283, 360
- ELAK Elektronischer Akt 257
- EMRK Europäische Menschenrechtskonvention 194, 195
- Enduring Freedom 53
- Energie 20, 21, 34, 37, 45, 51, 85, 104, 120, 126, 129, 130, 133, 135, 138, 140, 141, 148, 160, 161, 175, 217–220, 258, 269, 273, 274, 276, 279, 310, 321, 334, 348, 349, 373
- Energiecharta 21
- Entwicklungszusammenarbeit 118, 125–127, 135, 144, 172, 199, 206, 207, 217, 242, 252, 255, 259, 264, 269, 273, 277, 279, 295, 302, 321, 322, 327, 342, 350, 357
- Eritrea 77, 158, 159, 260, 283, 360, 378, 380
- ESA Europäische Weltraumorganisation 23, 237, 238, 375, 392
- ESS Europäische Weltraumstrategie 258, 260, 262
- Estland 1, 5, 32, 100, 284, 360, 391, 393
- EuGH Europäischer Gerichtshof 5–7, 17–19
- EuGI Europäisches Gericht erster Instanz 5, 6
- EUMM EU Beobachtermission im ehemaligen Jugoslawien 274, 379
- EUPM EU Polizeimission 26–28, 155, 274, 380
- EURATOM 12, 173, 258
- Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess) 68
- Europäische Kommission 5, 43, 69, 96, 122, 133, 137, 139, 239, 345
- Europäische Union 5, 43, 126, 137, 265, 278, 374
- Assoziationsabkommen 63, 66, 69, 70, 91, 97
 - Ausschuss der Regionen 8
 - Beschäftigung 6, 15, 16, 135, 140–142, 254, 258, 276
 - Bildung und Jugend 22, 44, 141
 - Binnenmarkt 16–18, 53, 258
 - Charta der Grundrechte der Union 9, 10
 - Energie 20, 21, 34, 37, 45, 51, 85, 104, 120, 126, 129, 130, 133, 135, 138, 140, 141, 148, 160, 161, 175, 217–220, 258, 269, 273, 274, 276, 279, 310, 321, 334, 348, 349, 373
 - Entwicklungszusammenarbeit 118, 125–127, 135, 144, 172, 199, 206, 207, 217, 242, 252, 255, 259, 264, 269, 273, 277, 279, 295, 302, 321, 322, 327, 342, 350, 357
 - Erweiterung 1–6, 35, 43, 44, 47, 48, 57, 70, 71, 92, 100, 111, 115, 117, 118, 161, 198, 215, 216, 220, 224, 233, 239, 243, 258, 272, 280, 286, 299, 328, 329, 347, 356
 - ESVP Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik 25–29, 243, 281
 - – Operation Artemis 26, 27, 157, 159, 380
 - – Operation Concordia 25, 26
 - EuGH Europäischer Gerichtshof 5–7, 17–19
 - EuGI Europäisches Gericht erster Instanz 5, 6
 - Europäische Kommission 5, 43, 69, 96, 122, 133, 137, 139, 239, 345

Sachindex

- Europäischer Rat 258, 288
- Europäisches Parlament 7
- Forschung 2, 16, 22, 23, 27-29, 131, 151, 172, 174, 175, 217, 234, 237, 240, 273, 278, 293, 308, 323, 327, 355, 374, 377
- GASP Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 24, 25, 41, 44, 51, 156, 185, 258
- Justiz und Inneres 34, 51, 70, 93, 247, 288
- Konvent 3, 7, 9-13, 25, 29, 72, 110, 111, 118, 151, 163, 165, 170, 172, 173, 178, 180-182, 193, 194, 196, 200, 211, 223, 232, 251, 281, 288, 289, 347, 355
- Kultur 47, 70, 71, 75, 118, 122, 130, 131, 169-171, 197, 202, 224, 225, 227, 228, 232-236, 238, 240, 241, 252, 259, 264-266, 268-272, 275-280, 282, 284, 285, 287-290, 292-298, 300, 302-304, 307-309, 311, 313, 314, 316, 318, 319, 324, 328, 329, 331, 332, 334-339, 342, 343, 345, 348-353, 356-358, 371
- Kultur 2000 239
- Lissabonstrategie 14-17, 22, 118
- Rat der Europäischen Union 1, 3
- Reform 3, 4, 9, 11, 12, 14-16, 20, 25, 31, 36, 38, 39, 44, 45, 61, 62, 64-66, 85, 94, 99, 100, 109, 113-115, 117, 135, 138, 139, 144, 147, 152, 155, 161, 163, 169, 171, 209, 211, 265, 275, 286, 295, 319, 348, 368
- Regierungskonferenz 7, 9-13, 25, 29, 30, 107, 118, 280, 289, 298, 313
- Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen SAA 38
- Twinning 5, 44
- Umwelt 6, 9, 18-20, 34, 39, 49, 91, 93, 102, 108, 116, 120-122, 124-126, 133, 135, 136, 140-143, 147, 148, 161, 164, 166, 168, 175, 214, 216-222, 258, 266, 274, 276, 287-289, 294, 297, 308, 329, 331, 334-336, 338, 351, 378, 389
- Verfassungsvertrag 9, 11-13, 29
- Verkehr 17-19, 49, 54, 121-123, 161, 210, 237, 258, 281, 282, 285, 288, 297, 298, 307, 308, 329, 334, 338, 347, 349, 386
- Vertrag von Nizza 3, 13
- Wirtschafts- und Sozialausschuss WSA 8
- Wirtschafts- und Währungsunion 10, 14
- Zukunft Europas 243
- Europarat 31, 35, 40, 42, 109, 113-116, 120, 185, 194, 201, 232, 251, 258, 263, 281, 301, 307, 314, 318, 340, 352, 374, 384
- Europol 47
- Evaluierung (EZA) 3, 134, 181, 219, 235, 259, 269
- EZA Entwicklungszusammenarbeit 125-135, 207, 217, 252, 254, 256, 264, 269, 273, 275-277, 279, 283, 290, 302, 303, 305, 320-322, 330, 335, 337, 342, 344, 350
- Austrian Development Agency (ADA) 126, 139, 252
- FAO Food and Agriculture Organisation 164-166, 263, 371
- FARC Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia 93
- FEMIP Facility for Euro-Mediterranean Investment and Partnership 70, 71
- Fidschi 260, 284, 360, 376
- Film 227, 231, 233, 266, 272, 275, 279, 289, 290, 293, 298, 301, 304-306, 309, 310, 312-315, 317, 318, 323, 327, 329, 340, 342, 345, 348-351, 356, 357
- Finnland 14, 30, 32, 41, 100, 155, 159, 228, 231, 284, 311, 313, 360, 388-391, 393
- Flüchtlinge 23, 41, 45, 52, 54, 68, 78, 103, 104, 149, 162, 163, 197, 207, 332, 370
- Flüchtlingsfragen 149, 205
- Folter 106, 187-189, 372
- Forschung 2, 16, 22, 23, 27-29, 131, 151, 172, 174, 175, 217, 234, 237, 240, 273, 278, 293, 308, 323, 327, 355, 374, 377
- Frankreich 13, 15, 18, 31, 62, 63, 72, 75, 96, 106, 152, 153, 156, 157, 171, 174, 205, 213, 226, 249, 285, 286, 295, 319, 360, 372, 373, 375, 377, 388-391, 393
- Frauen 6, 52, 65, 87, 101, 103, 106, 119, 125, 127, 129, 131, 134, 136, 142-144, 149, 160, 172, 185, 187, 192, 193, 197-200, 207, 210, 218, 228, 255, 264, 283, 316, 320, 322, 337, 342, 343, 351, 370
- Friedenserhaltende Operationen (FEO) 158
- FTAA Free Trade Area of the Americas 98
- Gabun 72, 261, 286, 360
- Gambia 262, 286, 360

Sachindex

- GASP Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 24, 25, 41, 44, 51, 156, 185, 258
GCC Golfkooperationsrat 71, 72
Geldwäsche 106, 209, 210
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 24, 25, 41, 44, 51, 156, 185, 258
Generaldirektor 117, 123, 137, 169–172, 175, 208, 281, 286, 311, 330, 331, 386
Generalversammlung der VN 87
Genfer Flüchtlingskonvention 163
Georgien 36–38, 47, 48, 102, 105, 108, 110, 112, 113, 206, 262, 287, 360, 378–380
Gesundheit 6, 15, 20, 120, 127, 129, 131, 132, 134, 136, 164, 168, 172, 175, 192, 207, 213, 249, 269, 279, 281, 285, 286, 293, 294, 297, 301, 313, 319, 321, 324, 327, 335, 347, 349, 351, 391
Ghana 83, 260, 279, 287, 360, 369
Globalisierung 16, 95, 109, 125, 135, 148, 210
GMES Global Monitoring of Environment and Security 238
Grenada 96, 263, 288, 360, 376
Grenzverkehr 247, 248, 258
Griechenland 70, 75, 168, 180, 195, 197, 288, 289, 358, 360, 371, 374, 388–391, 393
Großbritannien (Vereinigtes Königreich) 14, 62, 64, 66, 75, 84, 101, 138, 152–154, 156, 159, 205, 249, 280, 289, 290, 295, 360, 376, 377
Guatemala 94, 127, 186, 260, 279, 283, 290, 292, 322, 360
Guinea 72, 82, 152, 190, 262, 267, 291, 326, 360
Guinea-Bissau 72, 83, 158, 161, 171, 262, 291, 360
GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten 46, 47, 102, 226, 240, 255, 368, 392
Guyana 96, 263, 291, 360
- Haager Kodex 180
Haager Kriegsverbrechertribunal 38, 39
Haiti 95, 96, 263, 291, 360
 Hamas 67
Hauptausschuss des Nationalrates 8, 9, 11, 12
Heiliger Stuhl 260, 291, 316, 333, 360
Helsinki-Übereinkommen (über Wasserschutz und Industrieunfälle) 221
Hilfsprogramme 113
Himalaya-Hindukush 130
Hochkommissar der VN für Flüchtlinge/Flüchtlingshochkommissar 149, 163
Hochkommissar der VN für Menschenrechte 189, 197, 198, 203, 369
Hoher Vertreter für die GASP 25
Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina 155
Honduras 260, 292, 360
Hongkong 231, 247, 260, 278, 279
Honorarkonsulate 252, 356
Humanitäre Hilfe 162, 207, 259, 271
- IAEO Internationale Atomenergie-Organisation 62, 64, 146, 153, 172, 173, 176, 258, 263, 295, 306, 372, 373
– Generaldirektor
ICAO Internationale Zivilluftfahrtorganisation 168, 169, 371
ICC / IStGH Internationaler Strafgerichtshof 292, 376
ICTY Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (Haager Kriegsverbrechertribunal) 38, 39, 376, 380
IDP Intern Vertriebene 149, 162, 192, 205
IFAD Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung 167, 377
IGAD Intergovernmental Authority for Development 76–78, 156, 158
Ignalina 2
IIASA Internationales Institut für Systemanalyse 238, 365–367, 374
IKRK Internationales Komitee vom Roten Kreuz 149, 197, 208, 374
ILO Internationale Arbeitsorganisation 165, 166, 371
IMO Internationale Seeschiffahrtsorganisation 168, 321, 371
INCB Suchtgiftkontrollrat der VN 209
Indien 53, 54, 57, 176, 180, 206, 273, 292, 293, 315, 321, 340, 360
Indonesien 55–57, 273, 293, 345, 360
Institutionelle Fragen 109
Internationale Energieagentur (IEA) 217, 373
Internationale Kommission zum Schutz der Donau 123, 376
Internationales Walfangübereinkommen (IWC) 222
IOM Internationale Organisation für Migration 207, 208, 365–367, 373

Sachindex

- Irak 24, 49, 58–66, 70–72, 84–89, 100, 114, 131, 137, 144, 153, 154, 158, 170, 173, 176, 181, 189–191, 198, 199, 205–207, 213, 239, 244, 266, 280, 287, 288, 293, 300, 310, 316, 340, 343, 348, 354, 360, 378, 379
- Iran 24, 62, 84, 132, 173, 176, 188, 189, 193, 207, 213, 233, 264, 294, 295, 360
- Irland 14, 30, 100, 146, 159, 169, 173, 195, 197, 295, 357, 360, 388–391, 393
- ISAF International Security Assistance Force 53, 99, 154, 159, 264, 380
- Island 171, 175, 213, 222, 260, 296, 360
- Israel 57, 58, 64, 65, 67–70, 100, 131, 145, 176, 180, 190, 213, 224, 249, 274, 296, 297, 356, 360
- Italien 1, 18, 70, 86, 156, 159, 173, 207, 225, 232, 233, 236, 249, 265, 297–299, 333, 356, 357, 360, 369, 373–375, 388–391, 393
- IWC Internationales Walfangübereinkommen 222
- Jamaika 96, 299, 360
- Japan 25, 48, 55, 57, 60, 88, 141, 146, 148, 194, 220, 222, 226, 229, 230, 247, 299, 300, 360, 371, 377, 388–391
- Jemen 262, 300, 360
- Jordanien 59, 61, 65, 67, 69, 100, 132, 144, 190, 195–197, 293, 300, 301, 360, 380
- JPO Junior Professional Officer Programme 136, 277, 374
- Jugend 62, 127, 136, 149, 156, 170, 172, 206, 207, 226, 228, 229, 231, 232, 268, 295, 297, 314, 320, 332, 337, 357, 374, 389
- Jugoslawien (Serbien und Montenegro) 40, 100, 142, 150, 258, 376, 379, 380
- Justiz und Inneres 34, 51, 70, 93, 247, 288
- Kaliningrad 248
- Kambodscha 56, 58, 186, 194, 215, 262, 301, 360
- Kamerun 152, 154, 261, 301, 360
- Kanada 25, 74, 77, 86–88, 90, 91, 159, 163, 168, 171, 175, 193, 195–198, 217, 247, 299, 301, 302, 356, 360, 369, 373, 376, 378
- Kap Verde 127, 128, 133, 136, 160, 262, 302, 360
- Kasachstan 46, 50–52, 57, 262, 302, 303, 360, 379
- Kaschmir 54
- Katar 61, 72, 144, 261, 303, 360
- Katastrophenhilfe 161, 206, 266, 297
- Kenia 73, 74, 76–78, 81, 128, 129, 133, 136, 277, 303, 305, 330, 336, 344, 350, 360
- Kernenergie 20, 172
- Kernkraftwerk (KKW) 2, 120, 121
- KFOR Kosovo Force 99, 100, 159, 380
- KGRE Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa 115, 116
- Kinder 61, 72, 116, 132, 136, 142, 143, 147, 152, 156, 172, 185, 186, 192–194, 196–200, 202, 203, 206–208, 216, 217, 227–229, 286, 287, 294, 300, 303, 310, 311, 314, 332, 337, 346, 347, 370
- Kinder in bewaffneten Konflikten 144, 185, 186, 196–198, 200
- Sonderbeauftragter
- Kirgisistan 50–52, 57, 106, 262, 304, 360
- Kiribati 260, 304, 361
- KKW Kernkraftwerk 120, 121, 347
- Kleine und leichte Waffen (Small Arms/Light Weapons) 182
- Klimarahmenkonvention der VN 222
- Klimawandel 220, 222
- Kolumbien 93, 95, 146, 283, 304, 305, 325, 361
- Konfliktprävention 74, 126, 128, 139, 141, 156
- Kongo (Demokratische Republik, Republik Kongo) 26, 80, 128, 157, 159, 193, 199, 261, 305, 361, 378, 380
- Konsularfragen 118, 244
- Konvent 3, 7, 9–13, 25, 29, 72, 110, 111, 118, 151, 163, 165, 170, 172, 173, 178, 180–182, 193, 194, 196, 200, 211, 223, 232, 251, 281, 288, 289, 347, 355
- Konvention gegen das Klonen von Menschen 150, 151, 194
- Kooperationsländer 125, 127–130
- Korea DVR 260, 305, 361
- Korea Republik 57, 179, 228, 232, 306, 361
- Kosovo 41, 100, 103, 122, 142, 155, 156, 181, 207, 336, 378–380
- Kroatien 4, 5, 14, 38, 39, 44, 104, 142, 181, 207, 227, 233, 237, 240, 246, 307–309, 361, 379, 380
- Kuba 75, 94, 191, 222, 275, 309, 310, 361
- Kultur 47, 70, 71, 75, 118, 122, 130, 131, 169–171, 197, 202, 224, 225, 227, 228, 232–236, 238, 240, 241, 252, 259, 264–266, 268–272, 275–280, 282, 284,

Sachindex

- 285, 287–290, 292–298, 300, 302–304, 307–309, 311, 313, 314, 316, 318, 319, 324, 328, 329, 331, 332, 334–339, 342, 343, 345, 348–353, 356–358, 371
- Kultur 2000 239
- Kulturabkommen 240, 264, 278, 339
- Kulturforum 224–227, 230, 231, 242, 263, 264, 272, 278, 286, 290, 295, 300, 309, 316, 328, 329, 335, 336, 338, 340, 356, 357
- Kuwait 61, 71, 158, 207, 261, 270, 303, 310, 361, 378, 379
- Kyoto-Protokoll 20, 48, 222
- Länder (österreichische Bundesländer) 1, 3, 5, 8, 9, 15, 22, 31, 32, 35, 36, 43, 44, 54, 56, 63, 75, 78, 95, 100, 101, 105, 110, 111, 113, 115, 121, 122, 125, 126, 129, 134, 138, 140, 141, 143, 159, 161–164, 167, 171, 172, 174, 182, 186, 187, 190, 191, 193, 196, 200, 204, 206, 209, 210, 213–217, 220, 221, 228, 229, 231, 233, 234, 236, 237, 239, 247, 249, 250, 264, 265, 272, 281, 298, 299, 307, 317, 326, 328, 345, 347, 348, 350, 388–393
- Landwirtschaft (EU) 2, 3, 5, 6, 75, 92, 98, 127, 129, 141, 143, 160, 164–166, 174, 214, 218, 258, 272, 277, 279, 282, 284, 285, 288, 289, 313, 322, 330, 339, 347, 351, 352, 357, 371, 385
- Laos 56, 58, 262, 310, 361
- LDC Least Developed Countries 125, 160, 161, 214, 215
- Lebensmittelsicherheit 164, 165
- LehrerInnen 128, 291, 355
- Lehrstühle 234
- Leiter 8, 41, 45, 103, 153, 160, 162, 172, 189, 210, 225, 241, 278, 289, 294, 299, 307, 308, 310, 312, 315, 317, 328, 331, 342, 347, 354, 369–378
- LektorInnen 266, 309, 318
- Leonardo 239, 320
- Lesotho 75, 76, 78, 262, 310, 311, 361
- Lettland 1, 5, 32, 100, 246, 311, 313, 361, 391, 393
- Libanon 65, 66, 69, 70, 311, 361, 378
- Liberia 72, 73, 75, 81–83, 157–159, 190, 260, 312, 361
- Libyen 63, 64, 69, 191, 312
- Liechtenstein 235, 312, 335, 361, 383
- Lissabonstrategie (EU) 14–17, 22, 118
- Litauen 1, 2, 5, 100, 159, 180, 313, 357, 361, 391, 393
- Literatur 228, 233–236, 284, 287, 290, 300, 306, 318, 335, 342, 344, 349, 352, 356, 357
- LRA Lord's Resistance Army (Nord-Uganda) 81
- Luxemburg 14, 18, 261, 313, 361, 377, 388–391, 393
- Macao 175, 247, 279
- Madagaskar 79, 262, 314, 361
- Malawi 78, 79, 262, 314, 361
- Malaysia 56, 57, 61, 71, 276, 314, 315, 361
- Malediven 160, 261, 315, 361
- Mali 74, 144, 195–198, 262, 284, 311, 315, 333, 361
- Malta 1, 5, 69, 114, 208, 261, 315, 316, 361, 391, 393
- Malteser Ritterorden (Souveräner) 260, 316
- Malteser Ritterorden (Souveräner) 361
- Mano River Union 82, 83
- Marokko 62, 63, 69, 100, 144, 276, 279, 286, 291, 302, 315–317, 335, 361, 371, 377
- Marshallinseln 361
- Massenvernichtungswaffen 24, 26, 64, 89, 107, 108, 145, 153, 176, 179, 184, 213
- Mauretanien 72, 100, 208, 261, 317, 361
- Mauritius 262, 317, 361
- Mazedonien 25, 26, 38, 42, 102, 103, 142, 144, 207, 215, 240, 317, 361, 379, 380
- MEDA-Programm 70
- Medien 33, 45, 46, 68, 103, 104, 110, 113, 129, 167, 170, 225, 231, 241, 243, 286, 306, 330, 355–357
- MEDUSA 256
- Melker Prozess 31, 120, 347
- Menschenhandel 23, 41, 44, 102, 104, 107, 109, 112, 114, 142, 143, 185, 209, 210, 355
- Menschenrechte 3, 4, 50–52, 58, 69, 72, 74, 77, 87, 94, 103, 106, 110–116, 126–129, 141, 144, 145, 148, 167, 170, 171, 185, 186, 188–190, 193–200, 202–204, 225, 258, 269, 275, 277, 290, 307, 330, 369, 373, 375
- Charta der Grundrechte der Union 9, 10
 - EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 114, 194
 - EMRK Europäische Menschenrechtskonvention 194, 195
 - Flüchtlingsfragen 149, 205

Sachindex

- Folter 106, 187–189, 372
- Frauen 6, 52, 65, 87, 101, 103, 106, 119, 125, 127, 129, 131, 134, 136, 142–144, 149, 160, 172, 185, 187, 192, 193, 197–200, 207, 210, 218, 228, 255, 264, 283, 316, 320, 322, 337, 342, 343, 351, 370
- Kinder 61, 72, 116, 132, 136, 142, 143, 147, 152, 156, 172, 185, 186, 192–194, 196–200, 202, 203, 206–208, 216, 217, 227–229, 286, 287, 294, 300, 303, 310, 311, 314, 332, 337, 346, 347, 370
- Menschenrechtserziehung 58, 185, 189, 190, 195–197, 199, 202
- Menschenrechtskommission der VN 185, 190, 196, 198
- Todesstrafe 38, 52, 94, 110, 115, 116, 185, 187, 188, 192, 194, 195
- Menschliche Sicherheit 87, 144, 147, 152, 199, 203, 335, 345
- Mexiko 90–92, 94, 97, 146, 152, 176, 192, 211, 213, 227, 230, 252, 261, 272, 279, 283, 290, 292, 309, 317, 318, 322, 325, 361
- Migration 45, 69, 111, 112, 115, 205, 207, 208, 251, 367, 373, 391
- Mikronesien 164, 260, 318, 361
- Minderheiten 3, 4, 32, 40, 41, 56, 103, 104, 115, 185, 192, 193, 201, 202, 307
- Minerva 239
- Ministerkomitee 35, 109, 110, 113, 114, 195, 201, 318
- Ministerkonferenz 35, 45, 98, 137, 196, 198, 211, 213, 215, 220, 265, 308, 318, 335, 351
- Minsk-Gruppe 106
- MINURSO 158, 378, 379
- Mobilitätsprogramme 236
- Moldau 32, 34–36, 48, 102, 104, 108, 110, 111, 114, 208, 262, 318, 319, 361, 379
- Monaco 110, 260, 319, 361
- Mongolei 57, 149, 260, 319, 361, 368
- Monitoring 3, 33, 110, 112, 113, 115, 116, 153, 197, 198, 367
- Montenegro 38–41, 100, 102, 109, 113, 142, 155, 180, 205–207, 246, 247, 317, 336, 356, 362, 379, 380
- MONUC VN-Mission in der DR Kongo 157, 159, 378
- Mosambik 73–75, 78, 129, 133, 134, 181, 186, 262, 320, 361
- MRK Menschenrechtskommission der VN 190, 193, 198, 199, 201
- MTCR Missile Technology Control Regime 179, 183
- Musik 181, 224–228, 232, 233, 271, 272, 280, 286, 287, 289, 290, 296, 300, 302–304, 306, 312–314, 316, 321, 329, 334, 335, 338, 342, 346, 349, 351–353, 356, 357
- Myanmar 56–58, 191, 193, 262, 320, 345, 361
- NAC New Agenda Coalition 146, 321
- Nachhaltigkeitspolitik 219
- NAFTA Nordamerikanisches Freihandelsabkommen 90, 91, 392
- Naher Osten 145, 154
- Nahrungsmittelhilfe 78, 79, 128, 130, 311, 337
- Namibia 129, 130, 262, 320, 321, 361
- Nationalrat 1, 2, 7, 10, 11, 31, 101, 115, 126, 138, 166, 195, 200, 206, 232, 251, 265, 273–275, 280, 281, 285, 286, 288, 292, 296, 297, 307, 308, 312–314, 320, 328, 333, 338, 339, 345–347, 350, 352, 381, 384–386
- NATO 25–27, 29–32, 41, 42, 53, 99–101, 108, 154–156, 263, 331, 340, 375
- Nauru 260, 321, 361
- Nepal 54, 130, 131, 171, 215, 261, 321, 362
- Netzwerk Menschliche Sicherheit 185, 195, 200, 202, 301
- Neuseeland 146, 208, 247, 258, 260, 322, 362
- New Partnership for Africa's Development 75, 76
- Nicaragua 94, 127, 135, 260, 322, 362
- Nichtregierungsorganisationen (NGOs) 52, 133, 185, 321, 327
- Niederlande 14, 54, 154, 159, 180, 193, 195, 322, 323, 357, 362, 370, 371, 373–376, 388–391, 393
- Niger 260, 323, 362
- Nigeria 72, 74, 75, 79, 174, 186, 206, 246, 267, 272, 286, 287, 301, 305, 312, 323, 333, 337, 345, 346, 358, 362, 372
- Niue 260, 323
- Nord-Süd-Kooperation 131
- Norwegen 54, 159, 195–197, 222, 296, 324, 362, 369, 376, 388–391
- NPT Atomsperrvertrag (Nonproliferation Treaty) 48, 172, 176

Sachindex

- NSG Nuclear Suppliers Group 183, 392
 Nukleare Sicherheit 120
 Nuklearinformationsabkommen 121, 335
- ÖAD Österreichischer Austauschdienst 236
- OCHA Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten 161, 162, 369
- ODC Office on Drugs and Crime 106, 197, 208, 209, 211, 369
- ODIHR Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte 103, 105–107, 111, 204, 375
- OECD 126, 215–218, 263, 373, 388–392
- Öffentlichkeitsarbeit 241, 245, 259, 264
- Ökopunkte 7, 17
- Oman 62, 144, 300, 324, 362
- OPCW Organisation für das Verbot chemischer Waffen 178, 263, 373
- Operation Artemis 26, 27, 157, 159, 380
- Operation Concordia 25, 26
- Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 93–95, 258
- Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) 61, 71, 314
- Ostafrika 74, 81, 128, 181
- Österreichischer Akademischer Austauschdienst 236
- Österreich-Bibliotheken 224, 226, 234–236, 275, 276, 338
- Österreich-Institut 235, 236, 338, 339
- Ostzusammenarbeit 39, 125–127, 134, 140, 259, 264, 331
- OSZE 28, 31–33, 35, 36, 41, 42, 50, 51, 57, 102–112, 142, 147, 156, 182, 183, 185, 194, 196, 197, 201, 263, 268, 287, 301, 304, 322, 334, 355, 364, 375, 378–380
- FSK Forum für Sicherheitskooperation 107, 198, 199
- Institutionelle Fragen 109
- ODIHR Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte 103, 105–107, 111, 204, 375
- Ottawa-Konvention 146, 180, 181
- Pakistan 53, 54, 57, 130, 131, 152, 171, 176, 180, 264, 325, 362
- Palästinensische Autonomiebehörde 69
- Palau 260, 325, 362
- Panama 325, 362
- Papua-Neuguinea 260, 326, 362
- Paraguay 95, 144, 260, 326, 362
- Parlamentarische Versammlung 109, 113, 114
- Peru 92, 95, 180, 274, 290, 326, 327, 362
- PfP Partnerschaft für den Frieden 99–101, 268, 287, 375
- Philippinen 56, 57, 152, 327, 362
- Plattform Kultur Mitteleuropa 232, 272
- Polen 1, 5, 13, 31, 32, 100, 114, 117–119, 159, 179, 195, 232, 237, 246, 265, 272, 298, 327–329, 356, 362, 391, 393
- Portugal 96, 149, 159, 240, 329, 362, 388–391, 393
- Préalable 253
- Rassismus 107, 112, 185, 186, 193, 197, 200, 201, 301
- Rat der Europäischen Union 1, 3
- Reform 3, 4, 9, 11, 12, 14–16, 20, 25, 31, 36, 38, 39, 44, 45, 61, 62, 64–66, 85, 94, 99, 100, 109, 113–115, 117, 135, 138, 139, 144, 147, 152, 155, 161, 163, 169, 171, 209, 211, 265, 275, 286, 295, 319, 348, 368
- Regierungskonferenz 7, 9–13, 25, 29, 30, 107, 118, 280, 289, 298, 313
- Regionale Partnerschaft 117, 118
- Regionalpolitik (EU) 2, 34, 218, 258
- Reiseinformationen 242, 244, 245
- Restitution 355
- Rio-Gruppe 95, 97, 318
- Road Map 65–68, 347
- Roma 32, 37, 51, 73, 106, 107, 113, 231, 284, 318, 338, 375
- Ruanda 74, 80, 128, 129, 150, 186, 261, 330, 350, 362, 376
- Rückübernahme 23, 47, 246, 336
- Rumänien 3–5, 11, 14, 31, 32, 100, 116, 122, 123, 141–143, 152, 159, 207, 233, 235, 237, 276, 318, 330, 331, 362
- Russland (Russische Föderation) 21, 25, 32, 35, 36, 45–48, 50, 67, 75, 100, 104, 106, 110, 153, 156, 195, 205, 215, 222, 238, 268, 287, 302, 304, 331, 332, 344, 350, 353, 356
- SAA Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen 38
- SADC Southern African Development Community 75, 76, 156
- Salomonen 260, 332, 362
- Sambia 78, 262, 332, 362
- Samoa 260, 333, 362

Sachindex

- San José-Gruppe 97
 San Marino 260, 333, 362
 São Tomé und Príncipe 74
 Saudi-Arabien 215, 270, 310, 333, 362
 Schweden 30, 100, 146, 152, 159, 176, 192, 313, 334, 362, 373, 376, 377, 388–391, 393
 Schweiz 54, 75, 141, 162, 169, 174, 195–197, 213, 226, 240, 245, 248, 249, 281, 312, 334, 335, 339, 362, 374, 388–391
 Schwerpunktländer 127, 128, 172
 Senegal 73, 83, 127, 128, 132, 134, 149, 286, 291, 302, 315, 321, 335, 336, 362, 371
 Seychellen 76, 261, 336, 362
 SFOR 27, 39, 99, 100, 155, 274, 379
 Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit 50, 57
 SHIRBRIG Standby Forces High Readiness Brigade 159
 Sicherheitsrat (SR) der VN 53, 58, 63, 66, 152, 153, 196, 197
 Sichtvermerksangelegenheiten 247
 Sierra Leone 82, 83, 157, 159, 190, 260, 305, 337, 362, 378
 Simbabwe 73, 78, 79, 129, 130, 191, 213, 267, 314, 320, 332, 337, 362
 Singapur 56, 57, 168, 215, 231, 261, 262, 337, 362, 370
 Slowakei 1, 2, 5, 31, 32, 100, 117, 118, 121, 161, 231–233, 237, 240, 248, 272, 298, 328, 338, 347, 362, 375, 391
 Slowenien 1, 2, 5, 31, 38, 39, 61, 100, 101, 117, 118, 121, 132, 159, 195, 197, 216, 232, 233, 237, 240, 246, 272, 298, 328, 338, 339, 362, 391, 393
 Sokrates 239
 Somalia 76–78, 158, 260, 339, 362
 Sozialpolitik 148
 Spanien 13, 58, 62, 75, 96, 100, 138, 152, 153, 159, 231, 251, 265, 266, 340, 357, 362, 375, 388–391, 393
 Sport 170, 231, 232, 268, 294, 334, 335, 349
 Sri Lanka 55, 261, 340, 341, 363
 Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen SAA 38
 Stabilitätspakt 21, 37, 44, 45, 100, 107, 116, 122, 141, 143, 210, 216, 220, 274, 299, 307, 308, 319, 330, 335
 Stabilitäts- und Wachstumspakt 15
 Stabilitätspakt für Südosteuropa 44, 216
 Steuerpaket 14
 Stipendien 236, 237, 240, 266, 272–274, 291, 293, 305, 314, 315, 320–322, 332, 335, 337, 345, 357
 St. Kitts und Nevis 96, 341, 362
 St. Lucia 96, 144, 341, 362
 Streitbeilegung 89, 91, 97
 Studienzentren 234, 357
 Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Stadtschlaining) 268, 269, 287, 341
 St. Vincent und die Grenadinen 96, 263, 341, 362
 Süd-Süd-Netzwerke 131
 Südafrika 73, 78, 79, 129, 130, 136, 146, 157, 168, 195, 246, 267, 275, 277, 303, 310, 311, 314, 317, 320, 321, 330, 332, 336, 337, 342–344, 350, 363, 373
 Sudan 72, 76–78, 171, 180, 191, 260, 342, 343, 363, 372
 Südkasien 36, 37, 268, 269, 287, 303, 304, 344, 353
 Südliches Afrika 129
 Südossetien 105
 Südosteuropa 21, 38, 44, 45, 100, 102, 105, 107, 111, 112, 116, 125, 140, 141, 143, 181, 210, 235, 239, 258, 264, 265, 307, 319, 330
 Südtirol 119, 120, 258, 297
 Suriname 263, 343, 363
 Swasiland 78, 79, 262, 343, 363
 Syrien 65, 66, 68–70, 144, 152, 153, 180, 311, 343, 363
 TACIS 38, 51, 52, 268
 Tadschikistan 50, 51, 57, 136, 148, 262, 344, 363, 379
 Tansania 74, 128, 129, 134, 261, 344, 350, 363, 370
 Temelin 2, 31, 120
 TEMPUS 38, 52, 316
 Terrorismus 29, 46, 62, 63, 69, 70, 86, 89, 101, 111, 112, 114, 116, 131, 150, 173, 179, 209, 210, 213, 225, 348
 Terrorismusbekämpfung 26, 57, 72, 106, 108, 110, 115, 184, 210
 Thailand 56, 57, 146, 195, 197, 198, 301, 310, 320, 345, 357, 363, 374
 Theater 225, 228, 229, 231, 267, 289, 297, 306, 328, 330, 331, 334, 338, 345, 348, 352
 Timor-Leste 136, 169, 176, 345
 Todesstrafe 38, 52, 94, 110, 115, 116, 185, 187, 188, 192, 194, 195

Sachindex

- Togo 72, 260, 345, 363
Tonga 260, 337, 346, 363
Transit 7, 17, 21, 50, 248, 288
Transnistrien 35, 36, 47, 104
Trinidad und Tobago 96, 263, 346, 363
Tschad 78, 261, 346, 363
Tschechische Republik 32, 117, 118, 120, 121, 171, 195, 346, 363, 391
Tschetschenien 46, 105, 110, 115, 191, 379
Tunesien 63, 69, 100, 174, 240, 348, 363
Türkei 4, 5, 11, 57, 69, 180, 205, 206, 228, 234, 348, 349, 363
Turkmenistan 51, 52, 106, 136, 191, 193, 262, 350, 363, 379
Tuvalu 164, 260, 350, 363
Twinning 5, 44
- Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POPs-Stockholmer Konvention) 223
Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung 221
Uganda 74, 76, 77, 80, 81, 128, 129, 132–136, 200, 261, 350, 363
Ukraine 25, 32–34, 36, 46, 47, 50, 100, 104, 106, 110, 144, 164, 240, 350, 351, 356, 363, 379
Umwelt 6, 9, 18–20, 34, 39, 49, 91, 93, 102, 108, 116, 120–122, 124–126, 133, 135, 136, 140–143, 147, 148, 161, 164, 166, 168, 175, 214, 216–222, 258, 266, 274, 276, 287–289, 294, 297, 308, 329, 331, 334–336, 338, 351, 378, 389
Umweltprogramm der VN (UNEP) 370
Umweltschutzabkommen 221
UNAMSIL UN-Mission in Sierra Leone 157, 159
UNCITRAL Kommission für Internationales Handelsrecht 150
UNCTAD Welthandels- und Entwicklungskonferenz der VN 137, 170, 370, 377
UNDCP VN-Drogenkontrollprogramm 208–210, 369
UNDP Entwicklungsprogramm der VN 60, 94, 124, 135, 166, 174, 202, 204, 277, 342, 344, 370
UNEP Umweltprogramm d. VN 166, 221, 263, 370
UNESCO 166, 169–171, 175, 197, 263, 285, 286, 371, 372, 391
UNFCCC 222
- UNFICYP UN Peacekeeping Force in Cyprus 155, 378, 379
UNFPA Bevölkerungsprogramm der VN 135, 136, 370
Ungarn 1, 2, 5, 31, 32, 34, 117, 118, 121, 232, 237, 246, 248, 265, 272, 298, 328, 339, 351, 352, 363, 391, 393
UN-Habitat 370
UNHCR VN-Flüchtlingshochkommissariat 149, 162, 163, 205, 370
UNICEF Kinderhilfswerk der VN 136, 162, 163, 197, 200, 208, 370
UNIDO Organisation der VN für industrielle Entwicklung 129, 133, 136, 137, 140, 263, 264, 277, 290, 305, 311, 314, 320, 336, 344, 345, 350, 351, 365–367, 370
UNMEE UN-Mission in Ethiopia and Eritrea 77, 158, 159, 378, 380
UNMIBH UN-Mission in Bosnia and Herzegowina 155, 378
UNMIK UN-Mission in Kosovo 41, 103, 155, 156, 378, 380
UNMISSET UN-Unterstützungsmission in Osttimor 156, 345, 378
UNMOVIC UN Monitoring and Verification Mission 153
– Leiter 153
UNOMIG UN Observer Mission in Georgia 287, 378, 379
UNRWA Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge 371
UNTAET UN Transitional Administration in East Timor 345
UNU UN-University 175
Uruguay 95, 260, 353, 363, 378
USA (Vereinigte Staaten von Amerika) 14, 19, 24, 25, 35, 36, 38, 39, 48, 49, 53, 55, 58–64, 66, 67, 71, 75, 78, 84, 86–91, 99, 102, 104, 145, 146, 151–154, 156, 169, 171, 175, 178, 187, 190–194, 199, 208, 213–215, 222, 225–227, 237, 238, 249, 278, 280, 293–295, 303, 304, 309, 344, 350, 353, 355–357, 370, 372, 373, 376, 377, 388, 389, 391
Usbekistan 50–52, 57, 106, 262, 353, 363, 379
- Vanuatu 260, 353, 363
Venezuela 93, 95, 267, 271, 282, 288, 291, 299, 304, 341, 343, 346, 354, 363
Verbrechensverhütung 148, 210, 211, 369

Sachindex

- Vereinigte Arabische Emirate 303, 324, 325, 354, 363
- Vereinte Nationen 139, 369
- CAP UN Consolidated Inter-Agency Appeal 162
 - Drogen 46, 52, 53, 95, 132, 148, 160, 208, 209, 264, 281, 285, 327, 329, 369, 374
 - ECOSOC 160, 161, 163, 190, 369
 - Friedenserhaltende Operationen (FEO) 158
 - Generalversammlung der VN 87
 - Hochkommissar der VN für Flüchtlinge/ Flüchtlingshochkommissar 149, 163
 - Hochkommissar der VN für Menschenrechte 189, 197, 198, 203, 369
 - MRK Menschenrechtskommission der VN 190, 193, 198, 199, 201
 - Sicherheitsrat der VN 53, 58, 63, 66, 152, 153, 196, 197
 - Terrorismusbekämpfung 26, 57, 72, 106, 108, 110, 115, 184, 210
 - Völkerrechtskommission 150-152
- Verfassungsvertrag 9, 11-13, 29
- Verhaltenskodex gegen die Verbreitung von ballistischen Raketen (Haager Kodex) 179
- Verkehr 17-19, 49, 54, 121-123, 161, 210, 237, 258, 281, 282, 285, 288, 297, 298, 307, 308, 329, 334, 338, 347, 349, 386
- Versöhnungsfonds 284, 313, 328, 351, 355, 356
- Vertretungsbehörden, ausländische 356, 364
- Vertretungsbehörden, österreichische 242, 244-246, 248, 252, 256, 257, 299, 349, 356
- Vienna Civil Society Award 211
- Vietnam 56-58, 171, 357, 363
- Völkerrecht 59, 150-152, 196, 203, 258, 294
- Völkerrechtskommission 150-152
- Wahlbeobachtung 42, 106, 110, 115, 116, 186, 330, 380
- Wahlrecht 6, 42, 106, 107, 251
- Wassenaar Arrangement 184, 367, 373
- WEAG Western European Armaments Group 102
- Weltbund der Österreicher 250
- Welterbe 170, 171, 372
- Weltraum 23, 149, 150, 166, 179, 237, 238, 306, 375
- Weltwirtschaftsgipfel 213
- Westafrika 73, 81, 83, 127, 157, 287
- Westsahara 63, 158, 378, 379
- WEU Westeuropäische Union 101, 102, 263, 375, 379
- WHO Weltgesundheitsorganisation 171, 195, 372
- Wirtschafts- und Sozialausschuss WSA 8
- Wirtschafts- und Währungsunion 10, 14
- WTO Welthandelsorganisation 33, 34, 48, 61, 63, 89, 90, 98, 137, 138, 160, 170, 174, 213-215, 263, 270, 372, 374
- ZC Zangger Komitee 183
- Zentralafrikanische Republik 261, 358, 363
- Zentralasiatische Zusammenarbeit 57
- Zentralasien 49-52, 100, 105, 140, 143, 258, 268, 269, 285, 287, 303, 304, 344, 350, 353
- Zentraleuropäische Initiative 117, 258
- Zukunft Europas 243
- Zypern 1, 2, 4, 5, 69, 155, 171, 260, 264, 288, 358, 363, 378, 379, 391, 393

Österreich in der Welt

- Europäische Union:
Erweiterung - Reformprozess – Politiken der EU – GASP –
Außenbeziehungen
- Die Europäische Verfassung
- Nachbarschaftspolitik, Regionale Partnerschaft,
Donauraumkooperation
- Die neuen Nachbarn der EU, Südosteuropa, Mittelmeerkooperation
- Die Lage in Krisenregionen, Naher Osten, Irak, Afghanistan
- Globale Aspekte der österreichischen Außenpolitik
- Österreichs Rolle in Internationalen Organisationen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Netzwerk Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Rechte der Frau
- Rüstungskontrolle und Humanitäre Außenpolitik
- Weltwirtschaftspolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Die konsularische Dimension der Außenpolitik
- Der österreichische auswärtige Dienst
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Graphiken: Internationaler Vergleich